Antifaschistisches
INFO
45
BLATT
Oktober/November 1998 6,– DM

Wie lange lassen sich 12,9 % integrieren?

Wahl '98: Analysen, Hintergründe, Perspektiven

Aus Prinzip gegen den Mißbrauch des Asylrechts und Wirtschaftsflucht in unsere Länder



Darum: Dankward Buwitt in den Deutschen Bundest

MORD

Wir s
echte O
Arbe
zuerst
Deutsch
radikal
sozial
deutsch
NP
Die Nationale

MIT 10 SEITEN
Was geht ab?

Impressum

Antifaschistisches Info-Blatt
12. Jahrgang
Nr. 45, Oktober/November 1998



Redaktion:
AIB, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
Fax: 030/694 67 95
e-mail: aib@mail.nadir.org
Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

Internet:
http://www.nadir.org/nadir/periodika/aib

e-mail & pgp:
Mails bitte nur als ascii-, MS-DOS-Text oder per pgp verschlüsselt und mit einer Postanschrift anbei. Den pgp-key gibt es auf unserer WWW-Seite oder auf Anfrage, der Fingerabdruck des keys lautet »07 E8 99 62 CE 2E BD 4D BA AE BA 99 62 7A 1B 2E«.

V.i.S.d.P.: L. Meyer (Adresse s.o.)

Konto:
J. Lehmann, 411 960 - 105, Postbank Berlin, BLZ: 100 100 10
(Bei Überweisungen bitte immer deutlich den Absender angeben!)

Erscheinungsweise: Fünf mal im Jahr

Preis: 6,- DM

Abo: 30,- DM/Jahr (s. vorletzte Seite)

Bilder auf der Titelseite:
Das Bild im Vordergrund zeigt Neonazis bei einem NPD-Aufmarsch in Neustrelitz am 1. August diesen Jahres anläßlich des Wahlkampfes in Mecklenburg-Vorpommern. Im Hintergrund ist ein Wahlplakat der CDU Berlin-Neukölln zu sehen. Deren Direktkandidat für den Stadtteil, Dankward Buwitt, wurde von einem Bürger aufgrund dieser Plakate wegen Volksverhetzung angezeigt.

Inhalt

Antifaschismus mit Biß!

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen!

Einzug Rechtsextremer in den Bundestag möglich.« »*Fast jeder zweite Ostdeutsche akzeptiert rechtsextreme Parteien.«* »*Jedes dritte Gewerkschaftsmitglied zwischen 18 und 24 kann sich vorstellen, rechts zu wählen.«* So lauteten die Meldungen der Presseagenturen im Vorfeld der Wahlen am 27. September. Man möchte meinen, daß ein breiteres gesellschaftliches Spektrum langsam aufwacht und erkennt, daß die extreme Rechte nicht nur eine Gefahr darstellt, sondern daß ihr bereits Einbrüche in viele gesellschaftliche Bereichen gelungen sind. Dann jedoch war der Wahlerfolg der extremen Rechten nicht so groß wie befürchtet und flächendeckend hieß es: Entwarnung.

Im Schwerpunkt zu den Wahlen findet Ihr Hintergrundberichte, Analysen und Ausblicke zu den Wahlkämpfen und Wahlergebnissen in Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und zur Bundestagswahl. Da wir diese Wahlen – vor allem auch was die neofaschistischen Parteien angeht – als entscheidend einschätzen, wollten wir aktuell darüber berichten. Deshalb haltet Ihr dieses Heft später als gewohnt in den Händen. Warum es alles andere als Entwarnung heißen muß und wir uns auf weitere Wahlergebnisse à la Sachsen-Anhalt gefaßt machen müssen, könnt Ihr ab Seite 4 lesen.

Im zweiten Schwerpunkt haben wir uns diesmal des Themas Euthanasie angenommen, das wir für unterbelichtet halten und auch in Zukunft stärker behandeln wollen. In diesem Bereich finden derzeit verheerende Entwicklungen statt, die eine Weichenstellung für die Zukunft bedeuten und die es nicht einfach hinzunehmen gilt. Ein erstes Heranführen an die Thematik findet Ihr ab Seite 21.

Abschied nehmen müßt Ihr mit dieser Ausgabe von dem erst drei Jahre alten Ressort »Frauen«. Die ursprüngliche Idee zu dieser Rubrik war, regelmäßig über den Bereich »Frauen in der rechten Szene« zu berichten, der in der Regel unter den Tisch fällt und nicht ernst genommen wird. Da sich aber der von Beginn an für dieses Ressort zuständige Kreis mittlerweile aufgelöst hat und es uns zunehmend schwerer fällt, AutorInnen zu finden, die kontinuierlich zu diesem Thema arbeiten und schreiben, haben wir nun die Konsequenz daraus gezogen und beschlossen, das Ressort aufzulösen. Artikel zum Thema werdet Ihr hoffentlich dennoch hin und wieder in den anderen Ressorts finden. Einen letzten Beitrag im Frauen-Ressort zu Frauen und rechtsextremer Publizistik gibt es ab Seite 53.

Das PDS-nahe Blatt Neues Deutschland schreckt nicht mehr davor zurück, rechten Autoren und ihrem chauvinistischen Nationalismus auf seiner Debattenseite ein Forum zu geben und sie somit weiter salonfähig zu machen. Und während es auch dem Schwarzbuch des Kommunismus gelingt, neurechte Standpunkte weiter in die gesellschaftliche Debatte einzubringen, entfacht der Berliner Innensenator und CDU-Rechtsaußen Jörg Schönbohm eine regelrechte rassistische Kampagne gegen die in Deutschland lebenden MigrantInnen. Diese Politik der Ausgrenzung, Abschottung und Diskriminierung manifestiert und fördert nicht nur den bestehenden Rassismus – so sind in Umfragen nach wie vor 52 Prozent der befragten BürgerInnen der Meinung, daß in Deutschland zuviele AusländerInnen leben würden: Diese bereits bekannte Unterteilung von Menschen in Rechthabende und Rechtlose bedeutet in der Konsequenz auch Verfolgung und Tod für die Ausgegrenzten. Für das vergangene Jahr vermelden die offiziellen staatlichen Zahlen den seit dem Zweiten Weltkrieg höchsten Stand an von Neofaschisten verübten Straftaten, die sich traditionell zu einem großen Teil aus rassistischen Übergriffen und Morden zusammensetzen. Wie Biedermann Schönbohm den Brandstiftern die geistigen Grundlagen schafft, könnt Ihr ab Seite 42 lesen; zum Thema PDS und Antifaschismus haben wir den sächsischen PDS-Landtagsabgeordneten Uwe Adamczyk interviewt.

Verstärkt sahen sich AntifaschistInnen in den vergangenen Monaten mit der Gleichsetzung mit Faschisten konfrontiert, die Totalitarismustheorie erlebt eine Renaissance. Offensichtlich ist dieses auf »neurechtem« Gedankengut basierende Konstrukt das einzige, was den Innenministern zu Rechtsruck, Rassismus und erstarkendem Neofaschismus einfällt. Um so wichtiger wird es für aktive AntifaschistInnen, in der Öffentlichkeit die eigenen Ansätze und Standpunkte offensiv und erklärend darzustellen, sowie deutlich zu machen, wer die wirklich Verantwortlichen sind.

Es gilt, den Faschisten weiter die Straße zu nehmen. Für Ignorieren und Totschweigen ist es lange zu spät. Das trägt heute höchstens dazu bei, daß die extreme Rechte irgendwann so stark ist, daß sich nur noch eine Minderheit traut, sich den Brandstiftern entgegenzustellen. Vielmehr sollten wir uns mit Mut, Spontanität und mehr Selbstverständlichkeit im Auftreten die Gegenden zurückholen, die nicht mehr unsere sind. Ohne den Nazis zu sehr hinterherzurennen, sollten wir eigene Akzente setzen, kulturelle und politische Initiativen gegen das ängstliche, gesellschaftliche Ducken vor den Rechten schaffen. Lösungen über den eigenen Tellerrand hinaus, an jedem Ort ein anderer Ansatz, bunt und vielseitig lautet die Devise.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Eure AIB-Redaktion



Peinlich, peinlich, Herr Uhrlau:
Wir wissen ja, daß die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern sich in den geistigen Spagat begeben, das AIB einerseits systematisch auszuwerten und unsere Informationen ohne Quellenangaben zu verwenden, und andererseits gegen uns zu hetzen. Der unter Ihrer Führung stehende Hamburger VS hat sich in seinem Bericht für 1997 nun aber einen Patzer von neuer Qualität erlaubt. Nicht nur, daß er ohne Nachfrage und Bezahlung ein aus unserer Ausgabe 41, Seite 33 stammendes Bild verwendet hat. Ihre Beamten wählten auch noch zielsicher ein von uns deutlich verfremdetes Foto aus, so daß wir selbiges sofort wiedererkennen konnten.





Ab durch die Mitte, oder

Trotz aller Skepsis über die Perspektiven: Das Wahlergebnis der Bundestagswahlen ist aus linksradikaler Perspektive das beste realistisch denkbare Ergebnis gewesen. Eine rot-grüne Regierungskoalition mit der PDS als Linksopposition könnte jedenfalls einen größeren gesellschaftlichen und politischen Spielraum bedeuten, als es ihn in den letzten 16 Jahren gab. Schwere Verluste haben dagegen die CDU und CSU hinnehmen müssen. Traditionell orientieren sich die Entwicklungen am rechten Rand des Parteienspektrums an der Union. Wie also geht es nun weiter? Bricht die Union auseinander? Driftet sie weiter nach rechts? Wir finden die Tendenzen – bei Redaktionsschluß eine Woche nach den Bundestagswahlen – noch nicht eindeutig. Trotzdem wollen wir versuchen, einen ersten Überblick über mögliche Varianten zu geben.

Im Gegensatz zu den Bundestagswahlen 1994 spielten die Themen »Innere Sicherheit« und »Ausländerpolitik« keine vorherrschende Rolle – weder in der Parteienpropaganda, mit Ausnahme der CSU, noch bei der Entscheidung der meisten WählerInnen. Der Mehrheit ging es offensichtlich um einen Wechsel bei der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Ob die dabei in eine rot-grüne Regierungskoalition gesetzten Erwartungen einen realen Hintergrund haben, bleibt eine spannende Frage. Für den wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich könnte entscheidend sein, inwieweit der ArbeitnehmerInnenflügel und die Gewerkschaften innerhalb der SPD ihren Einfluß geltend machen können. Eine wichtige Veränderung wurde zumindest im Bereich »Ausländerpolitik« angekündigt: Sowohl die SPD als auch die Grünen wollen das Staatsbürgerschaftsrecht ändern; für viele MigrantInnen wäre dann die doppelte Staatsbürgerschaft kein unerreichbarer Traum mehr. Auch das rassistische Abstammungsrecht soll verändert werden.

Für Asylsuchende wird dagegen vermutlich alles beim Alten bleiben: Die Abschottung der Festung Europa ist von SPD-Politikern und Parteigremien maßgeblich mitforciert worden; das rassistische Asylbewerberleistungsgesetz wurde mit den Stimmen der SPD-regierten Bundesländer verabschiedet. Auch in Bezug auf die Innere Sicherheit scheint vor allem die SPD auf Altbewährtes zu setzen. So will man beispielsweise am großen Lauschangriff nicht rütteln. Es wird wichtig sein, zu beobachten, inwieweit gerade in den Bereichen Strafvollzug/Strafrecht und bei der »Nulltoleranz-Politik« Veränderungen angestrebt werden. Ob sich außenpolitisch etwas verändern wird, ist noch unklar. Hier stellt sich für AntifaschistInnen insbesondere die Frage, inwieweit der aggressive Expansionskurs in Osteuropa und deutsche Militäreinsätze sowie »Diplomatie«-Interventionen mit der Brechstange à la Bosnien ein Ende finden.

Das rechte Lager

Für die weitere Entwicklung im rechten Lager wird eine Schlüsselrolle spielen, wie sich die CDU/CSU nach ihrer Wahlniederlage verhält (zu den Rechtsparteien selbst s. Artikel ab S. 5). Zum Zeitpunkt unseres Redaktionsschlusses war in der Union ein offener Kampf zwischen den unterschiedlichen Flügeln ausgebrochen, in dem sich bislang keine Fraktion durchsetzen konnte. Am Ende dieses Streits zwischen rechtskonservativen, neoliberalen und wieder stärker in die Mitte tendierenden Unionsfunktionären, die ihre Integrationsfigur Helmut Kohl verloren haben, wären drei Varianten denkbar.

➡ Die CDU/CSU ändert ihr politisches und personelles Profil, verläßt den Hardliner-Kurs von ex-Innenminister Manfred Kanther und Wolfgang Schäuble und orientiert sich mehr zur Mitte. Diese Forderung wird von jüngeren Funktionären sowie u.a. vom saarländischen CDU-Vorsitzenden Peter Müller erhoben, der eine stärkere soziale Ausrichtung der CDU forderte: *»Es reicht nicht, daß die Union mit ökonomischer Kompetenz verbunden wird.«* Daneben müsse die soziale Gerechtigkeit ein erkennbares Thema sein. Das sei in den vergangenen Jahren aufgrund der Rücksichtnahme gegenüber der FDP in der Koalition verlorengegangen.

CDU-Rechtsaußen Jörg Schönbohm



Sollte die CDU/CSU einen derartigen Kurswechsel vornehmen, würde am rechten Rand ein Vakuum entstehen, das dann von den rechtsextremen Parteien wie der DVU, der NPD und den Reps ausgefüllt werden könnte. Die rechten Parteien könnten sich so als die »wahren Vertreter« des unzufriedenen und heimatlosen, nationalistischen und rassistischen Wählerpotentials sowie der Vertriebenenorganisationen profilieren und ihre WählerInnenbasis auf Kosten der CDU/CSU ausbauen.

➡ Andererseits wäre es auch möglich, daß die CDU/CSU ihren derzeitigen Kurs beibehält oder noch weiter nach rechts rückt. Auch für diese Position gibt es genügend VertreterInnen innerhalb beider Parteien, insbesondere in der CSU. Dabei geht es nicht nur um die Asyl- und Einwanderungspolitik, in der die CSU ohnehin unbeirrt ihren Hardlinerkurs fährt. Auch in wirtschafts- und sozialpolitischen Bereichen fordern Spitzenpolitiker der Union eine härtere Linie. *»Die Macht der großen Koalition der Sozialpolitiker von CDU und SPD«* müsse endlich gebrochen werden, forderte beispielsweise der sächsische Wirtschaftsminister Kajo Schommer. Er verlangte gleichzeitig einen personellen Wechsel sowie die komplette Entmachtung von Kohl und dessen Vertrauten innerhalb der Partei. Auch die durchaus einflußreichen Vertriebenenverbände drängen darauf, daß die Unionsparteien weiterhin ihren Kurs stützen.

Sollte die CDU/CSU noch weiter nach rechts abdriften, könnte sie zumindest Teile der Rep-Basis weiter integrieren. Es käme zu einer gesellschaftlichen und politischen Polarisierung ähnlich wie zu Anfangszeiten der sozialliberalen Koalition in den 70er Jahren. Und ähnlich wie damals könnte dann ein Teil der militanten Neonaziszene noch weiter in den terroristischen Bereich gehen und versuchen, durch Terroranschläge ein Klima der Destabilisierung und Unsicherheit zu schaffen. Dabei könnten sich dann sowohl die



doch weiter nach rechts?

CDU/CSU als auch rechtsextreme Parteien als »Hüter von Recht und Ordnung« profilieren. Erste Anzeichen für eine derartige Entwicklung gibt es bereits: Im THULE-NETZ rufen Nazis seit dem 27. September dazu auf, *»in den Untergrund«* abzutauchen. Weiter heißt es: *»Wie in jeder verarmten multikulturellen Gesellschaft«*, werde es *»auch in der BRD zum Bürgerkrieg kommen«*. Und: *»Bereitet Euch auf den Tag X vor.«*

➡ Oder aber die Union bricht auseinander. Das heißt, die CSU verläßt die Union und versucht, sich als bundesweite Rechtspartei zu etablieren. Überlegungen und auch konkrete Ansätze in dieser Richtung gab es seit den 70er Jahren mehrfach. Letztendlich war die Gründung der Reps eine Reaktion darauf, daß die CSU diesen Schritt in den 80er Jahren dann doch nicht vollzogen hat. Sollte die Union tatsächlich zerfallen und die CSU als bundesweite Partei antreten, ist davon auszugehen, daß eine noch rechtere CSU die Vertriebenen sowie Teile der Republikaner und der DVU integrieren wird und immer weiter ins rechtsextreme Fahrwasser drängt.

Was bleibt ?

Niemand kann ernsthaft davon ausgehen, daß rassistische Übergriffe, neonazistische Organisierung und ein zunehmender Nationalismus und Revanchismus nach dieser Wahl plötzlich aus der Gesellschaft verschwinden. Das rechte und rechtsextreme WählerInnenpotential ist nach wie vor vorhanden. Es hat sich bei dieser Wahl nur an der Zuspitzung »Kohl oder Schröder« orientiert. Niemand kann sagen, ob zukünftige Protestbewegungen, die mit der rot-grünen Regierungspolitik unzufrieden sind, nach links oder rechts tendieren werden. Ebenso unklar ist noch, inwieweit sich durch das Wahlergebnis ein gesellschaftliches Klima, das in den letzten Jahren immer weiter nach rechts gerückt ist, verändern wird.

Für AntifaschistInnen haben sich die politischen Aufgaben und Schwerpunkte jedenfalls nicht verändert. Nach wie vor ist es dringend notwendig, sowohl gegen institutionellen als auch alltäglichen Rassismus vorzugehen, konkrete antifaschistische Aufklärungs- und Bündnisarbeit vor Ort zu machen sowie Neonazistrukturen zu benennen und anzugehen. Positiv könnte es sich auswirken, wenn es der antifaschistischen Bewegung gemeinsam mit anderen sozialen Bewegungen gelingen sollte, aus ihrer Defensive und der Politik des ständigen Reagierens und Verteidigens herauszukommen und stattdessen offensiv und konkret linksradikale Positionen eingefordert würden. Zumindest könnte so versucht werden, den gesellschaftlichen und politischen Spielraum wieder zu erweitern und die Grenzen des Machbaren neu zu definieren. ■

Obwohl die Wahlergebnisse der extremen Rechten niedriger ausfielen als befürchtet, sind sie ein weiter(er) Schritt in Richtung Etablierung einer Rechtspartei. Eine Wahlanalyse und Ausblicke.

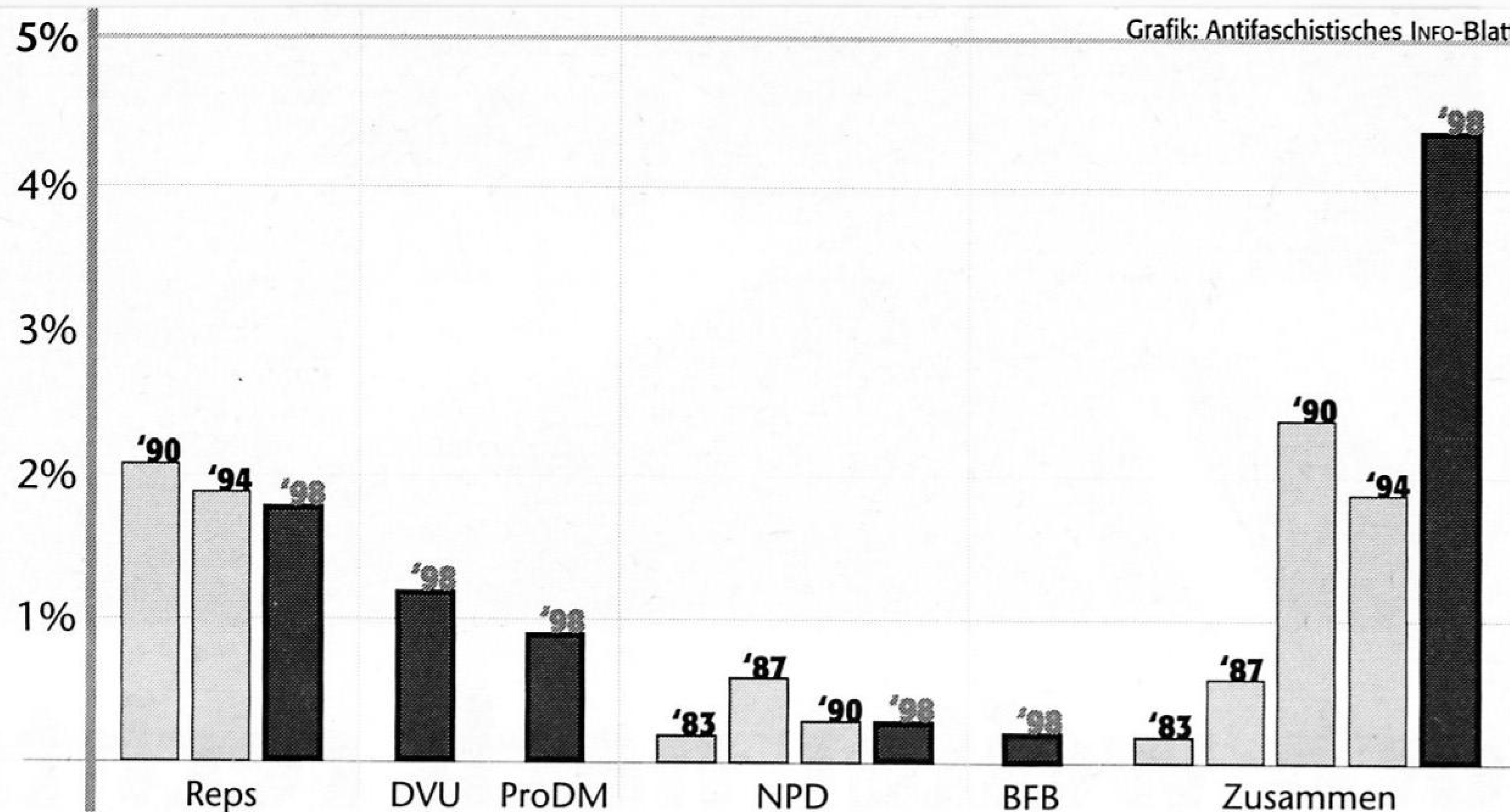
Wie weit ist es von Magdeburg nach Bonn?

Enttäuschung machte sich breit bei den extrem rechten Parteien, als am Abend des 27. September die ersten Prognosen über die Bildschirme flimmerten und klar wurde, daß die Ergebnisse weit hinter den Hoffnungen zurückgeblieben waren: Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis erhielten die REPS 1,8 Prozent der Stimmen, die DVU 1,2 und die NPD kam auf 0,3 Prozent. Der BUND FREIER BÜRGER (BFB) schaffte immerhin 0,2 Prozent und die auf das gleiche Wählerklientel abzielende INITIATIVE PRO DM erhielt aus dem Stand überraschende 0,9 Prozent. Die ÖDP landete bei 0,2 Prozent, während DIE BÜRGERRECHTSBEWEGUNG SOLIDARITÄT (BüSo) mit 9.682 Stimmen (0,0 Prozent) eines der schlechtesten Ergebnisse überhaupt erzielte.
Als noch enttäuschender insbesondere für DVU und NPD entpuppte sich das Ergebnis der Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern. Die GERHARD FREY-Partei DVU hatte hier einen Schwerpunkt gesetzt und ein ähnliches Ergebnis wie nur wenige Monate zuvor in Sachsen-Anhalt erwartet, wo sie 12,9 Prozent der Stimmen erhalten hatte. An der Ostseeküste wurden es am 27. September schließlich nur 2,9 Prozent und auch die NPD, die ihre ganze Kraft auf den Landtagswahlkampf konzentriert hatte, schnitt mit 1,1 Prozent der Stimmen wesentlich schlechter ab als erwartet. Die Reps landeten durch Antritt und Schwerpunktsetzung der beiden anderen Parteien deutlich abgewertet bei 0,5 Prozent. Im Vorfeld war den Neofaschisten in dem nordöstlichen Bundesland ein Wählerpotential von über 15 Prozent prognostiziert worden, ein Einzug von zwei der extrem rechten Parteien in den Landtag schien möglich (zur Wahl in Mecklenburg-Vorpommern siehe Artikel S. 11).
Während die NPD sich nach Bekanntwerden der Ergebnisse nüchtern gab und mit der Wahlkampfkostenrückerstattung in die Zukunft blickt, ging die DVU noch am Abend des 27. September auf Tauchstation. Lediglich Rep-Chef ROLF SCHLIERER war bemüht, aus den Hochrechnungen einen Erfolg für seine Partei herauszulesen.
Auch wenn die Wahlergebnisse der extremen Rechten um einiges hinter den Befürchtungen zurückgeblieben sind, stellen sowohl Bundes- als auch Landtagswahl alles andere als eine Entwarnung dar. Nicht nur, daß die neofaschistischen Parteien zusammengenommen ihren Stimmenanteil – im Vergleich zu den vorangegangenen Wahlen – erheblich steigern konnten. Sie bereiten sich auch bereits auf die Landtags- und Europawahlen im kommenden Jahr vor, bei denen sie mit wesentlich mehr Prozenten rechnen können. Die statistisch immer wieder ermittelten 12 bis 17 Prozent der Bevölkerung mit geschlossen rechtsextremem Weltbild sind nach wie vor vorhanden; ebenso das Potential der RechtswählerInnen, das auf bis zu 20 Prozent geschätzt wird. ➡

Prozente rechts von der Union

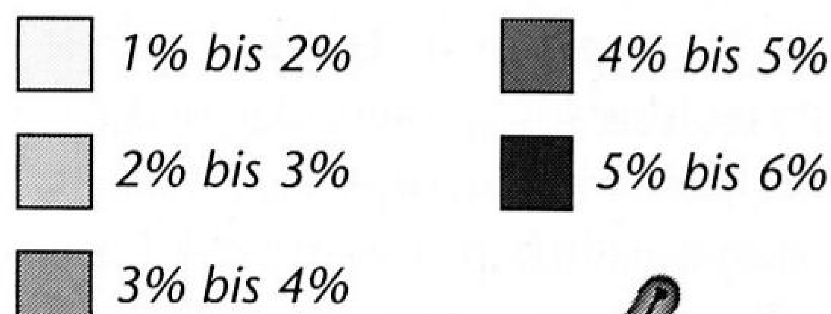
Zweitstimmenergebnisse der Parteien rechts von der Union bei Bundestagswahlen seit 1983

Berücksichtigt wurden nur die relevanten Parteien rechts von der Union mit überregionaler Bedeutung. Keinen Eingang fanden beispielsweise ödp, DSU, EAP, Bürgerrechtsbewegung Solidarität. Ebenfalls nicht berücksichtigt sind neonazistische Parteien, die nur aus taktischen Gründen antraten (Anerkennung als Partei durch Wahlteilnahme), wie z.B. die FAP. Bei den Bundestagswahlen '83 und '87 handelt es sich um die Werte des ehemaligen Bundesgebiets ohne West-Berlin.



Die Rechtsparteien in den Ländern

Zusammengezählte Zweitstimmenergebnisse von Reps, DVU und NPD bei der Bundestagswahl



Berlin
Zusammen: 4,9 %
Reps: 2,4 %
DVU: 2,1 %
NPD: 0,4 %

Hamburg
Zusammen: 2,8 %
DVU: 2,1 %
Reps: 0,6 %
NPD: 0,1 %

Schleswig-Holstein
Zusammen: 1,9 %
DVU: 1,3 %
Reps: 0,4 %
NPD: 0,2 %

Mecklenburg-Vorpommern
Zusammen: 4,3 %
DVU: 2,7 %
NPD: 1,0 %
Reps: 0,6 %

Bremen
Zusammen: 2,4 %
DVU: 1,6 %
Reps: 0,6 %
NPD: 0,2 %

Niedersachsen
Zusammen: 1,6 %
Reps: 0,9 %
DVU: 0,6 %
NPD: 0,1 %

Brandenburg
Zusammen: 5,2 %
DVU: 2,7 %
Reps: 1,7 %
NPD: 0,8 %

Sachsen-Anhalt
Zusammen: 4,1 %
DVU: 3,2 %
Reps: 0,6 %
NPD: 0,3 %

Nordrhein-Westfalen
Zusammen: 2,0 %
Reps: 1,0 %
DVU: 0,9 %
NPD: 0,1 %

Sachsen
Zusammen: 5,7 %
DVU: 2,6 %
Reps: 1,9 %
NPD: 1,2 %

Thüringen
Zusammen: 4,5 %
DVU: 2,9 %
Reps: 1,6 %

Hessen
Zusammen: 3,6 %
Reps: 2,3 %
DVU: 1,0 %
NPD: 0,3 %

Rheinland-Pfalz
Zusammen: 3,0 %
Reps: 2,1 %
DVU: 0,7 %
NPD: 0,2 %

Saarland
Zusammen: 2,4 %
Reps: 1,2 %
DVU: 0,9 %
NPD: 0,3 %

Baden-Württemberg
Zusammen: 4,7 %
Reps: 4,0 %
DVU: 0,6 %
NPD: 0,1 %

Bayern
Zusammen: 3,3 %
Reps: 2,6 %
DVU: 0,6 %
NPD: 0,1 %

Grafik: Antifaschistisches Info-Blatt

Die Gründe für das unerwartet schlechte Abschneiden der extrem rechten Parteien bei den Wahlen sind vielschichtig. Seit jeher sind bei Wahlen zum Bundestag wesentlich weniger WählerInnen so risikofreudig, außerhalb des etablierten Parteienspektrums ihre Stimmen zu verteilen, als beispielsweise bei Landtags-, Kommunal- oder Europawahlen. Das bekam der rechte Rand in diesem Jahr einmal mehr zu spüren. Verschärfend kam hinzu, daß die Wahl am 27. September – im Unterschied zu den beiden vorangegangenen Bundestagswahlen – stark von der Kanzlerwahl und den Spitzenkandidaten Schröder und Kohl geprägt war. Viele potentielle RechtswählerInnen werden ihre Stimme dafür eingesetzt haben, Kohl zu halten oder aber die Chance zu nutzen, ihn abzuwählen. Eine Dynamik, die sich ohne Zweifel auch auf die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern ausgewirkt hat, welche wie ein ostdeutsches Abbild der Bundestagswahl wirkt.

Das mit Abstand wichtigste Wahlthema waren soziale Fragen und die Massenarbeitslosigkeit. An diesen Punkten wurde die Wahl gewonnen und verloren, wovon sicher nicht nur CDU/CSU und FDP betroffen waren. Auch die neofaschistischen Parteien gelten in Sachen Soziales – im Gegensatz zum Beispiel zum Thema Asyl – kaum als kompetent. Während des Wahlkampfes gelang es weder Reps oder DVU mit ihren Parolen von den »*Arbeitsplätzen für Deutsche*«, noch der NPD mit ihrer Phrase vom »*nationalen Sozialismus*«, sich auf diesem Gebiet entscheidend zu profilieren. Jedenfalls nicht derart, daß ein größerer Teil der Bevölkerung bereit gewesen wäre, der extremen Rechten die Verantwortung für dieses Thema zu übergeben.[1] Die Ausfälle von CDU und SPD in Sachen »Innerer Sicherheit« und Asyl dürften auch ihren Teil dazu beigetragen haben, daß die Stimmenanteile der Rechten kleingehalten wurden.

Einen weiteren Grund für das schlechte Abschneiden können sich die Rechten und insbesondere die NPD selbst zuschreiben: Ihr militärisches Aufmarschieren unter Trommelschlägen und wehenden Fahnen schreckt zumindest vorerst noch ab. Ein Effekt, der sich auch auf die anderen Rechtsparteien ausgewirkt haben dürfte und den auch der mecklenburg-vorpommersche NPD-Spitzenkandidat Torsten Kowalski nicht verhindern konnte: Auf dem NPD-Wahlkampfabschluß in Rostock wirkte der Glatzkopf im Anzug ebenso lächerlich wie seine flehentliche Bitte an die BürgerInnen, doch zu glauben, daß die Neonazis gar nicht die

bösen Gewalttäter seien. Solange zu seinen Füßen an der Tribüne ein Heer haßerfüllt dreinschauender, glatzköpfiger Jungmänner aggressive Parolen brüllt, JournalistInnen anpöbelt und sich bei jeder Gelegenheit mit wem auch immer schlägt, wird seine Bitte wohl kaum Erfolg haben. Der Abschreckungseffekt gekoppelt mit dem »Schock« von Sachsen-Anhalt und der andauernden warnenden bis ironisierenden Medienberichterstattung über die rechten Parteien dürften ihr Übriges getan haben.

Wohin führt der rechte Weg?

Daß die extreme Rechte nicht die vielerorts befürchteten großen Stimmengewinne verbuchen konnte, kann sicher kein Grund zur Beruhigung oder gar Entwarnung sein: Trotz der oben beschriebenen schlechten Ausgangspositionen für die Neofaschisten haben weit mehr als zwei Millionen Menschen mit ihrer Zweitstimme rechte Parteien gewählt. Damit konnte die extreme Rechte ihren Stimmenanteil im Gegensatz zu den vergangenen Bundestagswahlen erheblich ausbauen und, daran gemessen, einen wichtigen Erfolg verbuchen – auch wenn dieser geringer ausfiel, als von ihnen erhofft.

Ein Blick zurück: Noch vor zehn Jahren waren es rechts der Union lediglich die Reps, die sich kontinuierlich entwickelten und Chancen hatten, nicht in der parteipolitischen Bedeutungslosigkeit zu verschwinden. Die Partei Franz Schönhubers hatte hin und wieder Erfolge, wie beispielsweise in Berlin und Baden-Württemberg. In dem südwestdeutschen Bundesland schaffte sie 1996 mit 9,1 Prozent als erste rechtsextreme Partei in der Geschichte der Bundesrepublik den Wiedereinzug in einen Landtag. Derweil war die DVU hinzugekommen und Mitte der neunziger Jahre restaurierte sich die NPD mit Hilfe der Neonazi-Szene zu einer wieder ernstzunehmenden Partei. Neben diesen drei Favoriten der extremen Rechten traten bei der Bundestagswahl am 27. September nicht weniger als ein halbes Dutzend Parteien rechts von der Union an. Das Parteienspektrum am rechten Rand hat sich also deutlich erweitert und differenziert und kann heute auf ein Wählerpotential zugreifen, von dem die Reps vor zehn Jahren nur träumen konnten.

Längst sind viele Tabus gebrochen. Die Rechten tauchen als ernstzunehmender Faktor in nahezu jeder Wahlberichterstattung auf, haben das Image der Provokation abgelegt und auch das Bild vom »Protestwähler« läßt sich nicht mehr aufrechterhalten. Nach einer Entscheidung des Berliner Verwaltungsgerichts vom August diesen Jahres dürfen die Reps bereits nicht mehr als rechtsextrem eingestuft werden, da es nicht genügend Anhaltspunkte für die Verfolgung verfassungsfeindlicher Ziele durch die Partei gäbe. Es scheint nur noch eine Frage der Zeit, bis ein Herr Schönhuber oder ein Herr Voigt am Tisch der »Bonner Runde« Platz nehmen dürfen.

Eine Frage der Zeit

Seit Beginn des jüngsten Aufschwungs der extremen Rechten in den 80er Jahren haben wir es folgerichtig mit einem wachsenden rechten Wählerpotential und erfolgreicher werdenden neofaschistischen Parteien zu tun. Dafür stehen nicht nur die 12,9 Prozent der DVU in Sachsen-Anhalt, die damit den größten Wahlerfolg einer extrem rechten Partei in der Geschichte der Bundesrepublik einfuhr. Wie die Grafiken zeigen, handelt es sich vielmehr um eine kontinuierliche Entwicklung: Nach 15jähriger Erfolglosigkeit seit dem Scheitern der alten NPD Anfang der siebziger Jahre meldeten sich die Rechtsparteien Ende der achtziger Jahre wieder auf der parteipolitischen Bühne zurück. Wenn auch regional noch relativ unterschiedlich, so ist das Streben nach Wahlerfolgen doch von steigendem Erfolg gekrönt.

In dieser Entwicklung waren die Wahlen am letzten September-Wochenende ein weiterer Schritt. Alle Parteien rechts von der Union zusammengenommen konnten ihren Stimmenanteil im Gegensatz zu 1994 mehr als verdoppeln. Die Reps erhielten nur 0,1 Prozent weniger als vor vier Jahren, dafür kam die DVU auf Anhieb auf 1,2 Prozent und auch die generalüberholte NPD konnte quasi aus dem Stand 0,3 Prozent für sich verbuchen.

Ebenfalls als Zeichen der kontinuierlichen Aufwärtsbewegung der rechten Parteien muß die Wählerwanderung gewertet werden: DVU und

Die rechten Parteien im Einzelnen

Reps

Die Schlierer-Partei – vor allem im südlichen Teil Westdeutschlands stark – konnte ihr Ergebnis von vor vier Jahren trotz DVU-Konkurrenz nahezu halten. Bei den Erststimmen legte die Partei sogar um einiges zu. Damit sind die Reps im Bund nach wie vor stärkste extrem rechte Partei – sie investierten mit geschätzten fünf Millionen Mark aber auch das meiste Geld in den Wahlkampf. DVU-Chef Frey gab für die Wahlkämpfe schätzungsweise nur etwa drei Millionen Mark aus.

Parteichef Schlierer tut zwar so, als wäre er mit dem Wahlergebnis relativ zufrieden und sein Kurs der richtige, kann dies aber Teilen seiner Partei schon seit Sachsen-Anhalt nicht mehr wirklich verkaufen. Der dem Parteichef treue Berliner Landesverband gibt unterdessen Durchhalteparolen aus. In einem internen Rundschreiben vom August heißt es mit Hinweis auf die »*Irrlichter*« DVU, NPD und BFB: »*Halten wir also Kurs und behalten wir die Nerven.*« Für die Bayernwahl hatten sich die Berliner in dem Papier schon einen Einzug ausgerechnet und gehofft, daß in diesem Falle die »*Karten für die Bundestagswahlen im Bereich der Rechtsparteien sowieso neu gemischt*« werden würden. Die Ergebnisse vom 27. September waren nach dem Scheitern in Bayern (3,6 Prozent) dann allerdings Öl ins Feuer des parteiinternen Streits. Der gegen den gemäßigten, abgrenzenden Schlierer-Kurs opponierende Parteiflügel um den Bundesvize Christian Käs fühlte sich bestätigt und forderte umgehend eine Bewegung in Richtung DVU bzw. zumindest Gespräche. Schlierer hingegen lehnte ein auf den Wahlsonntag folgendes Gesprächs-Angebot aus dem Hause Frey ab und erklärte: »*Wir bleiben mit Abstand die führende Kraft im rechten Spektrum.*« Gleichzeitig kündigte der Parteichef an, sich um einen engeren Zusammenschluß mit DSU und BFB bemühen zu wollen.

Bleibt die Frage, ob Schlierer sich durchsetzt und Gespräche mit der DVU weiter zum Parteiausschluß führen, ob Schlierer gekippt wird, wie er es selbst einst mit Schönhuber tat, oder ob sich die Partei spaltet. Jede dieser Varianten würde jedenfalls einen deutlichen Umbau des Spektrums rechts der Union nach sich ziehen, der als Folge der Wahlergebnisse ohnehin anstünde. Für eine einvernehmliche Lösung innerhalb der Reps scheinen die Erfolge zu rar gesät, die Risse zu tief.

DVU

Der Frey-Verein DVU war wohl am wenigsten auf den unerwartet klein ausgefallenen Wahlerfolg gefaßt. Nicht nur die Alibi-Statthalter aus Mecklenburg-Vorpommern, die sich offensichtlich eines Ergebnisses à la Sachsen-Anhalt schon sicher gewesen waren, zogen sich am Wahlabend beleidigt zurück und waren für niemanden zu sprechen. Auch in der Münchner Parteizentrale ging man zunächst auf Tauchstation. Am nächsten Tag gaben sich Gerhard Frey und sein Sprecher Bernd Dröse dann selbstsicher, blickten nach vorn und teilten Seitenhiebe gegen die Konkurrenz aus. Neben dem Gerede von der »*stärksten rechten Kraft*« DVU gaben sie aber auch die Einsicht kund, die Rechte müsse »*einen Weg der Zusammenarbeit*« finden: »*Das vorrangige Mindestziel ist jetzt einstweilen, sich bei Wahlen nicht zu blockieren und jeden rechten Bruderkrieg [...] zu unterlassen.*« Daß Gerhard Frey dabei vor allem auf seinen eigenen Vorteil bedacht ist, darauf kann man sich verlassen und auch Reps und NPD scheinen derzeit nicht zur Beendigung des »*Bruderkriegs*« bereit.

Ein rechtes Bündnis forderte nach der Wahl auch der ex-Rep-Chef und jetzige DVU-Kandidat Franz Schönhuber, der in seinem Wahlkreis nur 0,6 Prozent der Stimmen erhielt. Im Gegensatz zu Frey, der den Reps Gespräche an-



Ein typisches Bild für den vor allem in Mecklenburg-Vorpommern geführten Wahlkampf der NPD: Jugendliche Neonazis auf einem Aufmarsch am 14. Juni in Anklam.

bot, fordert Schönhuber, der sich nach dem 27. September vorsichtig von der DVU und dem Führungsstil Freys distanzierte, eine Annäherung an die NPD. Für den Fall eines Ausbleibens eines DVU-Erfolgs bei den Europawahlen kündigte Schönhuber seinen Rückzug von der DVU und Frey an.

Die vergangenen Bundestagswahlen haben auch gezeigt, daß es der DVU im Gegensatz zu den Reps nur mäßig gelingt, einen bundesweiten Wahlkampf zu führen. Für einen Landtagswahlkampf wie in Sachsen-Anhalt mag die Mannschaft aus München zusammen mit einigen Helfershelfern genügen. Längerfristig aber wird eine Phantom-Partei mit der Struktur der DVU kaum Erfolg haben. Da hilft auch die aus dem Sachsen-Anhalt-Erfolg gewachsene Selbstüberschätzung der Frey-Truppe nichts. Bleibt abzuwarten, wie weit die DVU ohne die schwindende Selbstsicherheit durch vergangene Erfolge kommen wird.

Derweil scheint die Möglichkeit einer Umstrukturierung bei dem Frey-Verein nicht mehr gänzlich ausgeschlossen: Die jüngere Funktionärsriege in Person des Berliner Parteichefs Olaf Herrmann (23), des Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, Sven Elske (22), und Gerhard Frey junior (29) drängt auf eine größere Eigenständigkeit der Landesverbände und fordert den Aufbau arbeitsfähiger Strukturen außerhalb der Münchner Parteizentrale.

NPD

Die NPD hat ihre selbstgesteckten Wahlziele nicht erreicht: Weder schafften die Neonazis die für die Wahlkampfkostenrückerstattung nötigen 0,5 Prozent bei der Bundestagswahl, die beim Schwerpunktwahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern mitgeholt werden sollten. Noch kann man die 1,1 Prozent bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern als Achtungserfolg – geschweige denn als verpaßten Einzug – bezeichnen. Und das, obwohl die Mannen um Parteichef Udo Voigt die Führungsspitze der Partei für Monate an die Ostsee verlegt hatten und man einen überaus aktiven Wahlkampf mit zahlreichen Aufmärschen, täglichen Info-Ständen und vielen auf ein Medienecho bedachten Aktionen führte.

Nichtsdestotrotz sind die Wahlergebnisse der Partei, ihre verhältnismäßig guten, weiter im Ausbau begriffenen Strukturen und insbesondere ihr langfristig angelegtes Konzept nicht zu verkennen. In der Ausgabe 9/98 des den österreichischen Freiheitlichen nahestehenden Magazins AULA schreibt Parteichef Voigt: »*Erst wenn wir den ,Kampf um die Straße' endgültig für uns entschieden haben, ist der ,Kampf um die Parlamente' mit der Aussicht zu führen, keine schnell verschwindenden Proteststimmen zu kanalisieren, sondern eine dauerhafte nationale Kraft im Nachkriegsdeutschland zu etablieren.*« Es gehe der NPD nicht um kurzfristige Wahlerfolge, »*sondern um langfristige, kontinuierliche Aufbauarbeit*«.

Gleich nach Bekanntwerden der Wahlergebnisse, die die strategischen Pläne des NPD-Chefs offensichtlich kaum behindern, kündigte Voigt an, nun alle Kraft auf die Landtagswahlen in Sachsen im kommenden Sommer legen zu wollen. Bereits eine Woche nach der Bundestagswahl stellte der sächsische Landesverband, der bundes-

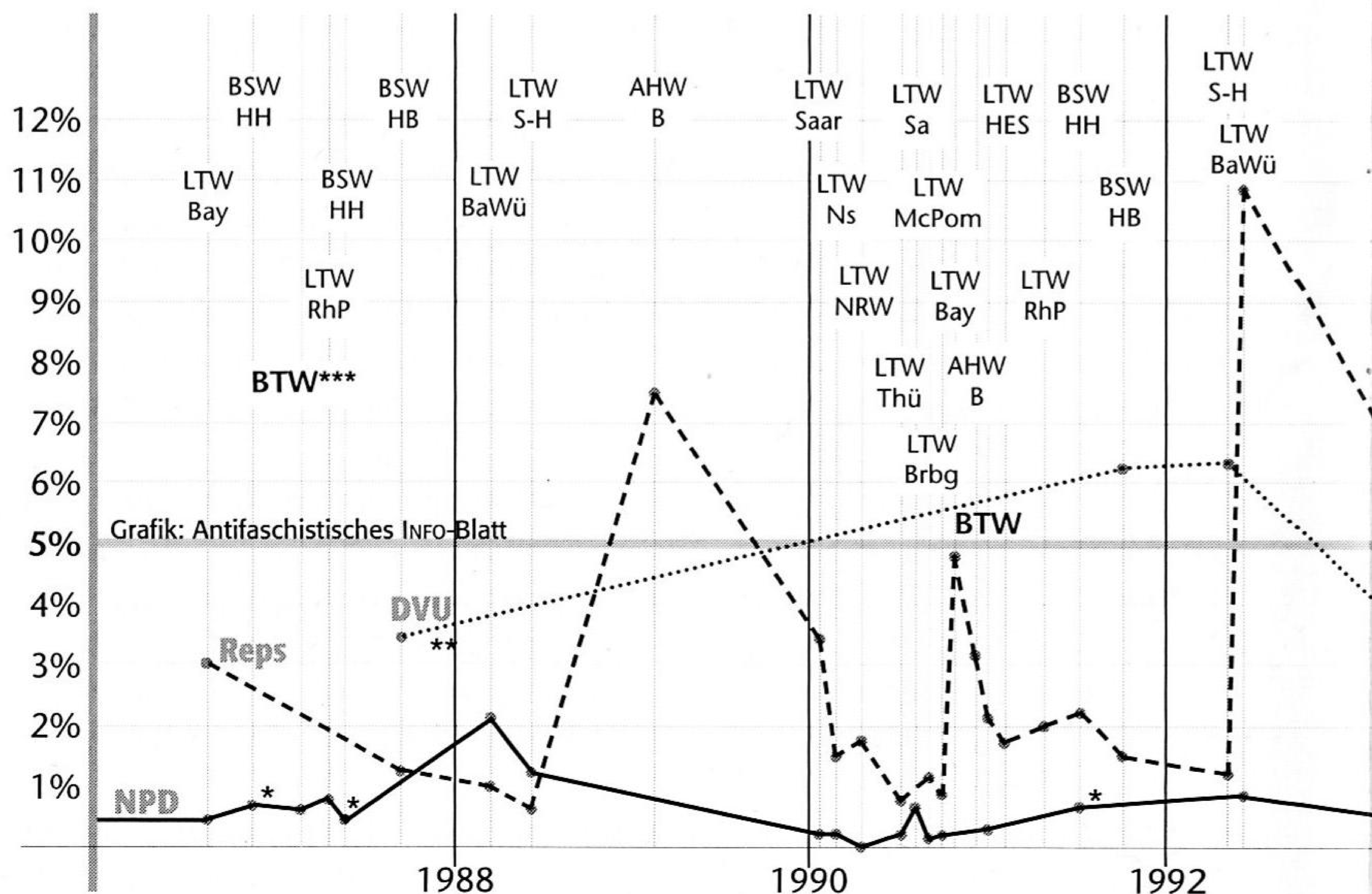
Reps zusammengenommen gewannen im Vergleich zur Wahl vor vier Jahren nicht nur von der CDU mehr Stimmen, als sie an diese abgaben. Als einzige Partei konnte die DVU auch der ansonsten von allen Parteien gewinnenden SPD WählerInnen abringen (0,08 Prozent). Die Reps verloren an die SPD lediglich 0,03 Prozent, womit es den rechten Parteien als einzigen gelang, der SPD mehr Stimmen abzunehmen, als diese von ihnen gewann. Neben den üblichen Hochburgen der verschiedenen extrem rechten Parteien in einzelnen Wahlkreisen, kamen die drei aussichtsreichsten Kandidaten der extremen Rechten, DVU, Reps und NPD, zusammengenommen in vielen Wahlkreisen insbesondere in Ostdeutschland bereits über die Fünf-Prozent-Hürde. In Sachsen und Brandenburg schafften sie dies sogar landesweit.

In Mecklenburg-Vorpommern ist die DVU nach Sachsen-Anhalt zum zweiten Mal viertstärkste Partei vor FDP und Grünen geworden, auch wenn der Frey-Partei diesmal der Sprung in den Landtag nicht gelang. Daß sich dies bald ändert, dafür könnten neben den bereits genannten Gründen in Zukunft auch die Jung- und ErstwählerInnen sorgen: Bundesweit votierten fünf Prozent der ErstwählerInnen für die DVU, im Osten waren es sogar acht Prozent. Unter den 18- bis 24jährigen gaben bundesweit sieben Prozent extrem rechten Parteien ihre Stimme. Mittlerweile ist nicht mehr nur die NPD um die jungen WählerInnen bemüht. Auch die Reps, die mit der Wahlkampfzeitung Junge Deutsche ein auf Jungwähler zugeschnittenes Blatt in einer Auflage von etlichen Zehntausend Exemplaren herausgaben, versuchen, das in dieser Altersklasse besonders große rechte Wählerpotential auszuschöpfen. Bei der DVU gibt es ähnliche Ansätze.

Ausblicke

Es scheint »nur« noch eine Frage der Zeit, bis die anhaltende Aufwärtsbewegung des rechten Parteienspektrums auf die dauerhafte Etablierung einer Partei rechts von der Union hinausläuft. Anders als Ende der sechziger Jahre, als die NPD in einer ähnlichen Situation an diesem Ziel scheiterte, in der Bedeutungslosigkeit versank und sich das neofaschistische Spektrum zersplitterte, können sich die rechtsextremen Parteien der neunziger Jahre auf ein wachsendes Wählerpotential, eine rechte Subkultur und den rechten Zeitgeist verlassen. Wie lange es bis zu dieser Etablierung dauert und in welcher Form sie stattfindet, wird nicht unwesentlich davon abhängen, in welche Richtung sich die CDU/CSU nach ihrer Wahlniederlage wendet, ob sie rechtsextremes Wählerpotential freigibt oder weiter bindet (siehe Artikel S. 4).

Den rechtsextremen Parteien selbst haben die Wahlergebnisse einmal mehr vor Augen geführt, daß sie sich den größten Gefallen erweisen würden, wenn sie ein Bündnis eingingen. Die Möglichkeiten dafür sind ebenso vielfältig, wie unwahrscheinlich: Die NPD ist selbstherrlich nur auf ihren eigenen Erfolg bedacht, hetzt bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegen die Konkurrenz und könnte ihrem Klientel ein Zusammenge-



hen mit Reps und DVU wohl auch nur schwer verkaufen. Rep-Chef Schlierer kann in dem Wahlergebnis seiner Partei keine Niederlage erkennen, was seine Parteifreunde mitunter anders sehen. Die Rufe nach einem Bündnis mit der DVU werden auch in der Parteispitze immer lauter. Die DVU in Person ihres Alleinherrschers Gerhard Frey wäre dazu auch bereit und hat den Reps nach den Wahlen bereits Gespräche angeboten – ohne Erfolg. Statt Bündnissen zwischen NPD, Reps und DVU wäre aber auch denkbar, daß sich das rechte Parteienspektrum klar polarisiert: In einen »gemäßigten« Teil um Reps, BFB und Kleinparteien wie die DSU, und einen Flügel der alten Rechten um DVU und NPD.

Wie dem auch sei: Falls die extreme Rechte zu einem Bündnis kommt oder eine der Parteien sich durchsetzen kann, kommt es lediglich noch auf die Anbindung eines ausreichend breiten Spektrums und gute Strukturen an, damit die Etablierung einer Rechtspartei absehbar ist. Zwar ist es möglich, daß dieser Schritt noch viele Jahre auf sich warten läßt, er würde allerdings auch eine neue Entwicklung einleiten, die kaum noch aufzuhalten sein wäre: Die Tage bis zur ersten schwarz-braunen Koalition wären dann zählbar. Zeitlich klar fixiert hingegen sind die weiteren Schritte auf dem Weg zur angestrebten Etablierung. Im Juni kommenden Jahres stehen nicht nur Europawahlen an, bei denen die Reps 1989 7,1 Prozent erhielten. Auch mehrere Landtage im für die Rechten chancenreichen Osten werden neu gewählt:

➡ Thüringen gilt als führend in Sachen rechtsextremer Straftaten pro Kopf der Bevölkerung und als NPD-Hochburg. Reps und DVU erhielten hier bei der Bundestagswahl zusammen 4,5 Prozent der Stimmen – die NPD verpaßte die Abgabe der Unterstützungsunterschriften und durfte nicht antreten.

➡ In Brandenburg erhielten DVU, NPD und Reps bei der Bundestagswahl zusammen 5,2 Prozent. Das Bundesland führt die Statistiken über Rechtsextremismus an und bei der Kommunalwahl parallel zur Bundestagswahl erhielten verschiedene Rechtsparteien Sitze in Kommunalparlamenten (siehe Artikel S. 18).

➡ In Sachsen hat die NPD ihren stärksten Landesverband und die besten Chancen auf einen Erfolg. Mit 1,2 Prozent konnte die Neonazi-Partei bei der Bundestagswahl hier ihr bestes Ergebnis verbuchen. Auch Reps, NPD und DVU zusammengenommen erzielten mit 5,7 Prozent dort ihr bestes Ergebnis. Die DVU meldete folgerichtig ebenfalls ihre Ambitionen auf einen Wahlerfolg bei den Landtagswahlen an.

Daß das nötige Potential für ein zweites Sachsen-Anhalt vorhanden ist, zeigen die Umfragen: Im Osten können sich 17 Prozent vorstellen, rechtsextrem zu wählen. Vor vier Jahren waren es noch elf Prozent. ■

1) Laut einer Forsa-Umfrage von Ende August waren lediglich zwölf Prozent der Befragten der Meinung, daß sich eine rechtsextreme Partei im Bundestag überhaupt um den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit kümmern würde.



Arge Probleme hatte der BFB bei seiner Wahlkampfabschlußkundgebung am 22. September in Erfurt. Statt interessierten BürgerInnen waren vor allem 100 AntifaschistInnen gekommen, die die rechte Propaganda mit Pfiffen, Sprechchören und leichten Manipulationen der Mikrofone nahezu unmöglich machten. Als BFB-Chef Manfred Brunner (2.v.l. auf der Tribüne) auch noch von Farbbeuteln getroffen wurde, wurde die Veranstaltung abgebrochen.

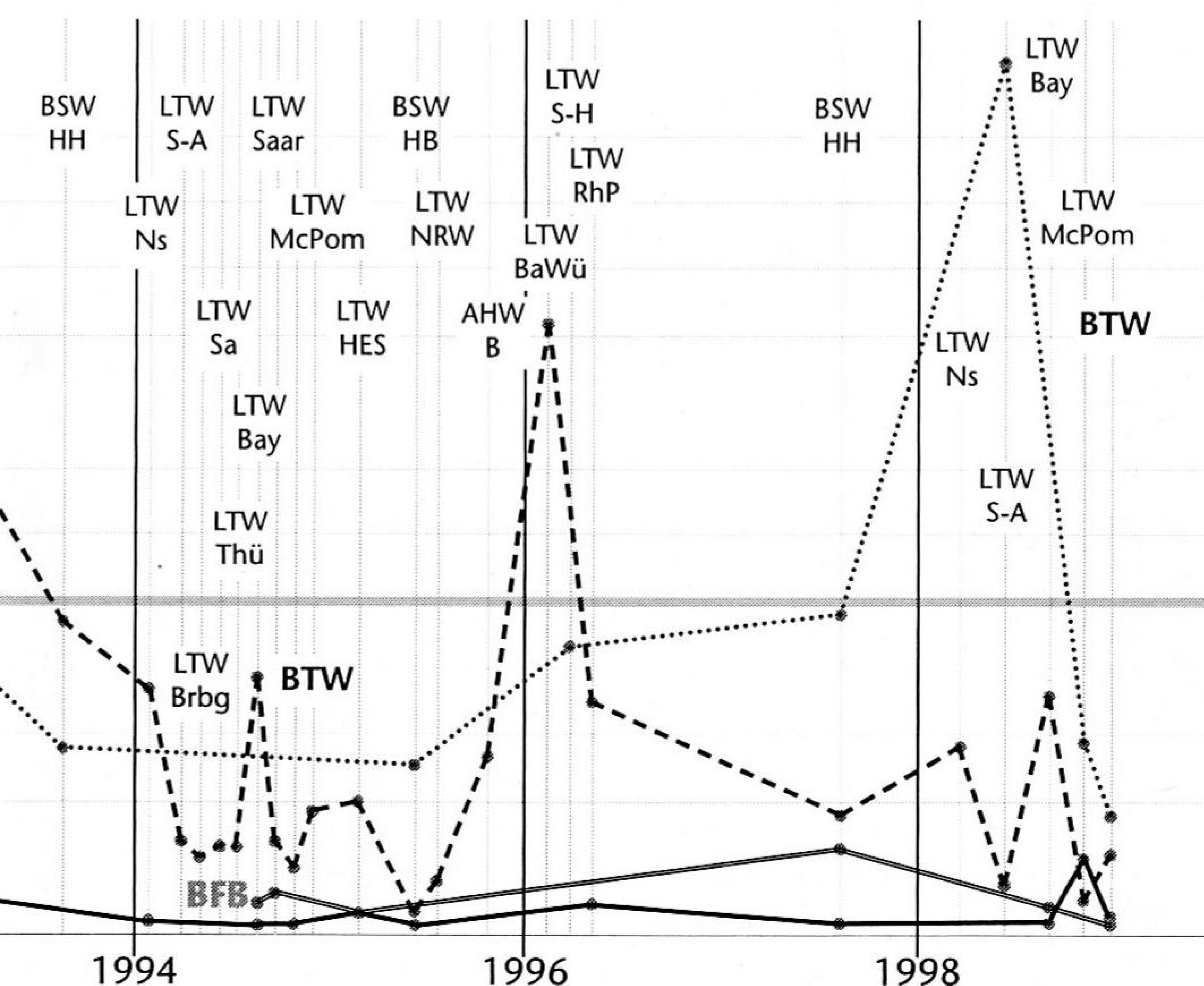
weit der mit Abstand stärkste ist, eine 25köpfige Landesliste für die Landtagswahl auf, die von dem Landesvorsitzenden Winfried Petzold angeführt wird. In dem südöstlichen Bundesland rechnen sich die Neonazis nicht ganz unberechtigt gute Chancen aus. Auch die Wahlkampfkostenrückerstattung aus Mecklenburg-Vorpommern soll dort eingesetzt werden. Fraglich scheint nur, wie lange das Fußvolk der NPD das Backen kleiner Brötchen noch mitmachen will, wenn die großmäulig angekündigten Erfolge ausbleiben und wie lange sich die zum Teil tiefen Risse innerhalb der Partei auf diesem Wege kitten lassen.

BFB & Pro DM

Der BFB konnte erwartungsgemäß keinen wirklichen Erfolg verbuchen. Nun bleibt abzuwarten, wie sich die wohl geschwundene Aufbruchseuphorie auf die Partei auswirkt. An seinem Wahlkampf gemessen, der durch qualitativ besonders schlechte Plakate und einen immer deutlicher hervortretenden Rassismus und Antisemitismus gekennzeichnet war, müßte der BFB zur Kleinstpartei verkommen. Ob die Orientierung des Brunner-Bundes auf eine rechtskonservative Sammlungsbewegung Erfolg nach sich zieht, bleibt dennoch abzuwarten.

Überraschungssieger unter den rechten Parteien und gleichzeitig vermutlich der größte Stimmenwilderer beim BFB war die Initiative Pro DM des Düsseldorfer Millionärs Bolko Hoffmann. Mit umfangreichen Wahlkampfmitteln, die vor allem in Fernsehspots und unzählige ganzseitige Zeitungsanzeigen investiert wurden, kam Pro DM auf immerhin 0,9 Prozent. Ob die Gruppierung, für die unter anderem der ehemalige Geschäftsführer des Junge Freiheit-Verlages und wir selbst-Autor Götz Meidinger antrat, mehr als eine Eintagsfliege war, bleibt abzuwarten.

Ausführlicheres zu den Parteien siehe AIB 44 ab Seite 40.



Entwicklung der Zweitstimmenergebnisse von NPD, Reps, DVU und BFB bei Wahlen zu Länderparlamenten und Bundestagswahlen seit 1986. Berücksichtigt wurden nur die Wahlen, bei denen mindestens eine der vier Parteien antrat.

LTW ➡ Landtagswahl
BTW ➡ Bundestagswahl
AHW ➡ Abgeordnetenhauswahl
BSW ➡ Bürgerschaftswahl

** angetreten als Hamburger Liste für Ausländerstopp (HLA)*
*** DVU-Liste D (DVU mit NPD im Wahlbündnis)*
**** ehemaliges Bundesgebiet ohne West-Berlin*

Parteienfinanzierung und Postwurfsendungen

Staatliche Hilfen für Rechtsextreme

Ohne staatliche Hilfen wären rechtsextreme Parteien längst am Ende. In die rassistische und nationalistische Propaganda von Reps und DVU werden jährlich Steuergelder in Millionenhöhe investiert. MitarbeiterInnen öffentlich-rechtlicher Sendeanstalten oder verbeamtete BriefträgerInnen müssen die braune Propaganda dann weiterverbreiten.

Weil die Parteien zur *»politischen Willensbildung des Volkes«* beitragen, so heißt es im Bericht der Bundestagspräsidentin über die Rechenschaftsberichte der Parteien, sind sie *»für die demokratische Ordnung unerläßlich«*. Sie kommen darum in den Genuß der lukrativen staatlichen Parteienfinanzierung. Dies gilt auch für rechtsextreme Parteien wie Reps, NPD, DVU oder Initiative Pro DM. Ebenso wie andere seien auch sie berufen, die Bürger zu *»politischen Handlungseinheiten zusammenzuschließen«*, und ihnen so *»einen wirksamen Einfluß auf das staatliche Geschehen zu ermöglichen«*.

Die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der staatlichen Finanzierung sind nicht allzu schwer zu erfüllen. Die Parteien müssen bei Bundestags- oder Europawahlen mindestens 0,5 Prozent erreichen oder bei einer Landtagswahl mit mindestens einem Prozent abschneiden. Für die ersten fünf Millionen Stimmen zahlt der Staat dann je 1,30 DM, für jede weitere immer noch 1 Mark. Spenden und Beiträge bis zu 6000 Mark je Person werden mit 50 Pfennig pro Spendenmark bezuschußt. Insbesondere die Reps profitieren von dieser Regelung. Sie erhielten 1996 gut sieben Millionen DM, und damit fast 50 Prozent ihres Gesamtbudgets aus dem Bundeshaushalt. Die anteilige Finanzierung liegt somit weit höher als bei den im Bundestag vertretenen Parteien, die nur um die 30 Prozent ihrer Einnahmen aus dem Staatssäckel beziehen. Auch der Bund Freier Bürger (BFB) konnte mit 735.000 DM rund 36 Prozent seiner Einnahmen aus Steuergeldern decken. Die DVU brachte es auf 20 Prozent und 699.000 DM.

Der staatliche Umgang mit den öffentlich geschmähten rechtsextremen Parteien ist durchaus liberal. Die NPD, die in früheren Jahren einen zu hohen Abschlag auf zu erwartende Wahlergebnisse kassiert hatte, war darüber jahrelang vorfinanziert worden. Mittlerweile hat sie die Schulden beim Bund jedoch beglichen. Erst durch öffentlichen Druck konnte die Bundestagsverwaltung bewogen werden, mit Sanktionen gegen die DVU vorzugehen, die 1995 gegen das Parteiengesetz verstoßen hatte, als sie für einen angeblichen Großspender eine falsche Adresse angab. Jacques de Mathan aus Paris – der sich nicht mehr daran erinnert, der rechtsextremen Partei eine Summe von immerhin 274.634 DM vermacht zu haben – hatte die DVU in einem nicht mehr existierenden Hotel in Villingen-Schwenningen einquartiert. Nun müssen 549.000 DM an die Staatskasse zurückgezahlt werden.

Für die Rückzahlung kann die Partei dann wohl auf die neuen Bundeszuwendungen aus der Wahlkampfkostenrückerstattung zurückgreifen. Gemeinsam mit den Reps wird auch die Hauspartei des Millionärs Frey wieder am 230 Millionen-Topf teilhaben. Insgesamt gehören nun, wie das Handelsblatt nach der Wahl berichtete, 20 Parteien zu den Profiteuren. Die beiden neu hinzugekommenen Empfänger zählen beide zum rechtsextremen Spektrum: Die 429.468 WählerInnen der Initiative Pro DM Bolko Hoffmanns können zwar den Euro nicht verhindern. Mit ihrer Stimmabgabe haben diese 0,9 Prozent aber dafür gesorgt, daß sie in die Parteifinanzierung einbezogen wird und damit die Parole »Pro DM« in dem Sinne wahr werden lassen, in dem Hoffmann sich das wohl gewünscht hat. Er wird kaum ablehnen, wenn die nicht zu verachtende Summe eines Tages in Euro auf seine Konten überwiesen werden wird.

Für die NPD reichte es bei der Bundestagswahl zwar nicht. Bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern aber überschritt die Partei die erforderliche Marke von 1,0 Prozent der Zweitstimmen und kommt somit in den Genuß der staatlichen Finanzierung.

Die rassistische und nationalistische Propaganda wird nicht nur zu großen Teilen aus Steuergeldern finanziert, sondern Bund, Länder und Kommunen tragen zum Teil auch Sorge für ihre Verbreitung. So gaben bislang die meisten Kommunen spezifische WählerInnenadressen an rechtsextreme Parteien weiter, die zielgerichtete Wahlwerbung – beispielsweise an Jung- und ErstwählerInnen – ermöglichen. Auch der braunen Propaganda stehen im Wahlkampf Fernseh- und Radiospots bei den öffentlich-rechtlichen Sendern zur Verfügung. Während einige Privatsender im Bundestagswahlkampf gerichtlich dazu gezwungen wurden, Werbespots der Reps auszusenden, verhielten

Die Großspender rechtsextremer Parteien 1996

Spenden an Parteien von mehr als 20.000 Mark müssen mit der Adresse der Spender in den Rechenschaftsberichten veröffentlicht werden. Aufgrund der Erfahrungen aus der Weimarer Republik und der Zeit des Nationalsozialismus sollen die Parteien sichtbar machen, wer hinter ihnen steht und sie finanziert.

Republikaner

Günther Bernlöhr, Ludwigstr. 14, 70794 Filderstadt	27.110,40 DM
Rainer Brem, Obere Wöhrstr. 2a, 84034 Landshut	49.220,52 DM
Wolf Krisch, Murrstr. 5, 70806 Kornwestheim	53.798,90 DM
Bodo Krämer, Postweg 14/E, 04849 Bad Düben	24.574,40 DM
Christian Käs, Riedgrasweg 65, 70599 Stuttgart	24.920,26 DM
Lothar König, Höhenstr. 54, 75335 Dobel	27.540,90 DM
Heinz Lorz, Grabenstr. 53, 97447 Gerolzhofen	21.780,51 DM
Herbert Nehring, Dorfstr. 122 A, 04838 Audenhain	20.204,40 DM
Frank Rohleder, Schillerstr. 19, 07973 Greiz	40.651,70 DM
Dr. Rolf Schlierer, Kernerstr. 2a, 70182 Stuttgart	32.840,00 DM
Heinz Troll, Kraichgaustr. 3, 76661 Philippsburg	23.131,05 DM
Karl-Werner Weiss, Irgenhöhe 8, 66119 Saarbrücken	25.493,00 DM

DVU

Gertrud König, Auf der Hardt 22, 51570 Windeck	103.608,00 DM
August Fritz Liesegang, Grillparzerstr. 10, 2340 Mödling (AU)	48.238,16 DM



sich die Einwohnermeldeämter in Mecklenburg-Vorpommern in Sachen Datenherausgabe an die NPD unterschiedlich. Ihnen bleibt für die Herausgabe der Daten ein Ermessensspielraum. Angesichts der DVU-Wahlerfolge in Sachsen-Anhalt und nach Beschwerden von BürgerInnen hielten einige Meldeämter, insbesondere in den Städten, die Erstwählerdaten zurück; zahlreiche Meldeämter kleinerer und mittlerer Parteien hingegen erfüllten der NPD den Datenwunsch. Auch die DVU verschickte wieder persönliche Wahlbriefe. Gerade sie ist bei der Realisierung ihrer millionenschweren Wahlkampagnen auf fremde Hilfe angewiesen. Flächendeckende Postwurfsendungen werden von der bundeseigenen Post AG in die Briefkästen befördert. Die in der Regel verbeamteten BriefträgerInnen würden den rechtsextremen Dreck oft viel lieber in den Müll als in die Briefkästen werfen, doch wer sich weigert, muß mit Abmahnungen und in letzter Konsequenz mit dem Verlust des Arbeitsplatzes rechnen.Dieser Gewissenskonflikt plagt nicht nur die BriefträgerInnen und die Beschäftigten der Sendeanstalten, die rechte Wahlwerbespots ausstrahlen müssen. Auch SetzerInnen oder DruckerInnen sind zum Beispiel mit der Produktion rechtsextremer Propaganda konfrontiert, KellnerInnen mit Serviceleistungen für rechtsextreme Veranstaltungsbesucher. Ein Antrag, den die Bündnisgrünen im Bundestag eingebracht hatten, und der ein Verweigerungsrecht für die betroffenen ArbeitnehmerInnen forderte, wurde bei Stimmenthaltung der SPD von der Koalitionsmehrheit abgelehnt. Nur die PDS stimmte zu. CDU, FDP und SPD setzen stattdessen auf die »politische Bekämpfung« des Rechtsextremismus. Was damit gemeint ist, ließ sich in den letzten zehn Jahren beobachten. Fast alle spektakulären Auftritte oder Wahlerfolge von Reps, DVU oder NPD wurden zum Anlaß genommen, selbst ausgrenzende und nationalistische Parolen zu verbreiten oder entsprechende Gesetze zu beschließen. Die Abschottung nach außen und die autoritäre Politik nach Innen hat den Rechtsextremen insgesamt genutzt. Sie können heute mehr denn je an ein rechtes und rechtsextremes Einstelungspotential anknüpfen. ■

Kommunen verweigern Meldedaten

Sechs Monate vor Wahlen dürfen die Kommunen WählerInnenadressen aus ihren Meldedateien an Parteien weitergeben. Vor allem für die rechtsextremen Parteien hat das den Vorteil, spezifische WählerInnengruppen, z.B. Jung- oder ErstwählerInnen, anschreiben und mit rassistischer Propaganda beliefern zu können.

Die Kommunen dürfen zwar die Daten herausgeben, sind aber rechtlich nicht dazu verpflichtet. Einige ostdeutsche Städte und Gemeinden, so Dresden, Dessau und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern, haben der Datenweitergabe nun einen Riegel vorgeschoben. Zwar hatte die NPD in Mecklenburg-Vorpommern angekündigt, sie wolle die Herausgabe der Meldedaten einklagen, aber die Kommunen konnten dem gelassen entgegensehen: Wenn der Gleichbehandlungsgrundsatz nicht verletzt wird, d.h. allen Parteien die Daten verweigert werden, haben auch die Rechtsextremen keine Chance. Eine Klage der DVU gegen die Stadt Dessau scheiterte bereits.

Weil aber auch die etablierten Parteien gerne Gebrauch von den WählerInnendaten machen, wird es notwendig sein, öffentlichen Druck auf die Kommunen auszuüben. Die rechtsextreme Propaganda könnte so wenigstens etwas eingeschränkt werden.

Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern

Kopfschußübungen und Aufmärsche

Nach den Ergebnissen bei der Wahl in Sachsen-Anhalt hatten viele auch mit einem Einzug neofaschistischer Parteien in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern gerechnet. Dies ist nicht geschehen.

Die angetretenen Parteien DVU, REP und NPD haben zusammengerechnet 4,5 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten. Im Vergleich zu den letzten Landtagswahlen – damals wählten lediglich 1,3 Prozent eine der damals angetretenen rechtsextremen Parteien – ist dies angesichts der hohen Wahlbeteiligung dennoch eine deutliche Steigerung. Diesmal haben knapp 50.000 Menschen im Land ihre Stimme einer der neofaschistischen Parteien gegeben.

Mit 1,1 Prozent hat neben der DVU auch die NPD entsprechend ihrem WählerInnenanteil einen Anspruch auf staatliche Teilfinanzierung nach dem Parteiengesetz erlangt.

Rückblickend muß festgestellt werden, daß die Nazis im Zuge des Wahlkampfes eine bis dahin nicht vorhandene Öffentlichkeit erhalten haben. Spätestens ab Juli war neofaschistische Propaganda (mit Ausnahmen) im gesamten Land durch Veranstaltungen, Aufmärsche und flächendeckend verteiltes Werbematerial präsent.

Der NPD-Schwerpunktwahlkampf

Die NPD hatte seit Juni jeden Tag versucht, eine Veranstaltung durchzuführen. Dieser Landtagswahlkampf war insbesondere für die NPD von zentraler Bedeutung. Dies wurde bereits auf dem vorgezogenen Bundesparteitag in Stavenhagen Anfang Januar formuliert. Mit dem gerade neu gewählten Stellvertreter im Bundesvorstand Hans Günther Eisenecker an der Spitze, hat die NPD auch in Mecklenburg-Vorpommern die Anbindung von Naziskins und unabhängigen Nazigruppen erreicht.

Sie werden jetzt unterstützt und angeleitet: Mehrere Kader der Bundespartei hielten sich vorübergehend im Land auf oder bezogen hier ein neues Quartier. Holger Apfel, Sascha Roßmüller, Udo Voigt, Alexander von Webenau, Klaus Beier u.a. – fast der gesamte NPD-Bundesvorstand, bis auf den inhaftierten »*Bundeswerbebeauftragten*« Frank Schwerdt, war da. Frank Rennicke hat gemanagt und gesungen. Manfred Roeder, Bundestagskandidat in Stralsund, bezog bei Stralsund eine Pension, und Peter Stöckicht wohnt schon seit längerem bei Rostock. Sascha Wagner leitete den Ordnerdienst für die Aufmärsche und Veranstaltungen und wurde sogar beim Plakatieren gesehen. Die Kameraden vom Bündnis Rechts für Lübeck gaben ihre Unterstützung. Und eine Leipziger Nazischläger-Gruppe verübte über Wochen im Raum Stralsund Angriffe auf Linke; Christian Worch und Thomas »Steiner« Wulff leisteten Schützenhilfe bei den Aufmärschen. Etliche neue Kreisverbände entstanden. Scheinbar nebenbei hat die NPD

Eine unvollständige Chronologie der NPD-Wahlkampfaufmärsche

14.03. 200 Nazis in Neustrelitz
09.05. 150 Nazis in Stralsund
01.08. 500 Nazis in Neustrelitz
14.06. 200 - 300 Nazis in Anklam
20.06. 200 Nazis in Stralsund
01.08. 500 Nazis in Neustrelitz
05.09. 80 Nazis in Ribnitz-Dammgarten
12.09. 30 - 40 Nazis in Schwerin
19.09. ca. 3.000 Nazis in Rostock
26.09. 250 Nazis in Wolgast
26.09. 40 Nazis in Neustrelitz

eine Steigerung ihrer Mitgliederzahl im Land von 80 auf 300 erreicht.

Radikahl-national?

»Mit brutalen Wahlkampfmethoden«, so die Ostseezeitung (OZ), wurden andere Parteien konfrontiert. An Infoständen von CDU oder SPD wurden Menschen belästigt; das Auto eines Mitarbeiters der Stadtverwaltung Wolgast wurde mit Eiern beworfen, weil er wild geklebte NPD-Plakate entfernte. In etlichen Regionen waren zeitweise nur Plakate der NPD und DVU zu sehen. Der letzte NPD-Aufmarsch am Tag vor der Wahl führte vor das Haus des Wolgaster Bürgermeisters Jürgen Kannehl (SPD). Er hatte sich getraut, die Situation in Ostvorpommern zu beschreiben: *»Die Nazis erzeugen Angst, um zu erreichen, daß die Bevölkerung, die Staatsgewalt und auch die Stadt vor ihnen zurückweicht. Sie wollen Zonen schaffen, in denen praktisch nur ihr Recht gilt, wo es nur das Volkstum gibt, so wie sie es sich vorstellen.«* In mehreren Fernsehbeiträgen wurde Torsten Kowalski, die »Nummer Eins« auf der Landtagsliste der NPD, während eines Nazi-Ausbildungscamps beim Vorführen eines Kopfschusses gezeigt. Wegen diesem und anderen Berichten hatten die Nazis für das Wahlwochende Protestaktionen vor Rundfunkhäusern im Land angekündigt. Bereits vorher hatten die beiden großen mecklenburger Privatrundfunksender gegen die Ausstrahlung von Wahlwerbespots vergeblich, aber medienwirksam geklagt.

Noch Anfang des Jahres wollte in Neustrelitz die Stadtverwaltung keinen der angekündigten Naziaufmärsche und Anifagegendemos zulassen. Im September zitierte die OZ den SPD-Bürgermeister von Neustrelitz, Rainer Günther, dann mit den Worten: *»Totschweigen hilft nicht.«* Lektionen über den Schutz der Demokratie seien notwendig. Da Lehrerinnen und Lehrer aus Verunsicherung dazu offenbar keinen Beitrag leisten oder sie selbst oft keinen vermittelbaren eigenen Standpunkt haben, lud der nun besorgte Bürgermeister gleich zwei Mitarbeiter des Verfassungsschutzes in die Schulen ein.

Keine Angst vor den Nazis

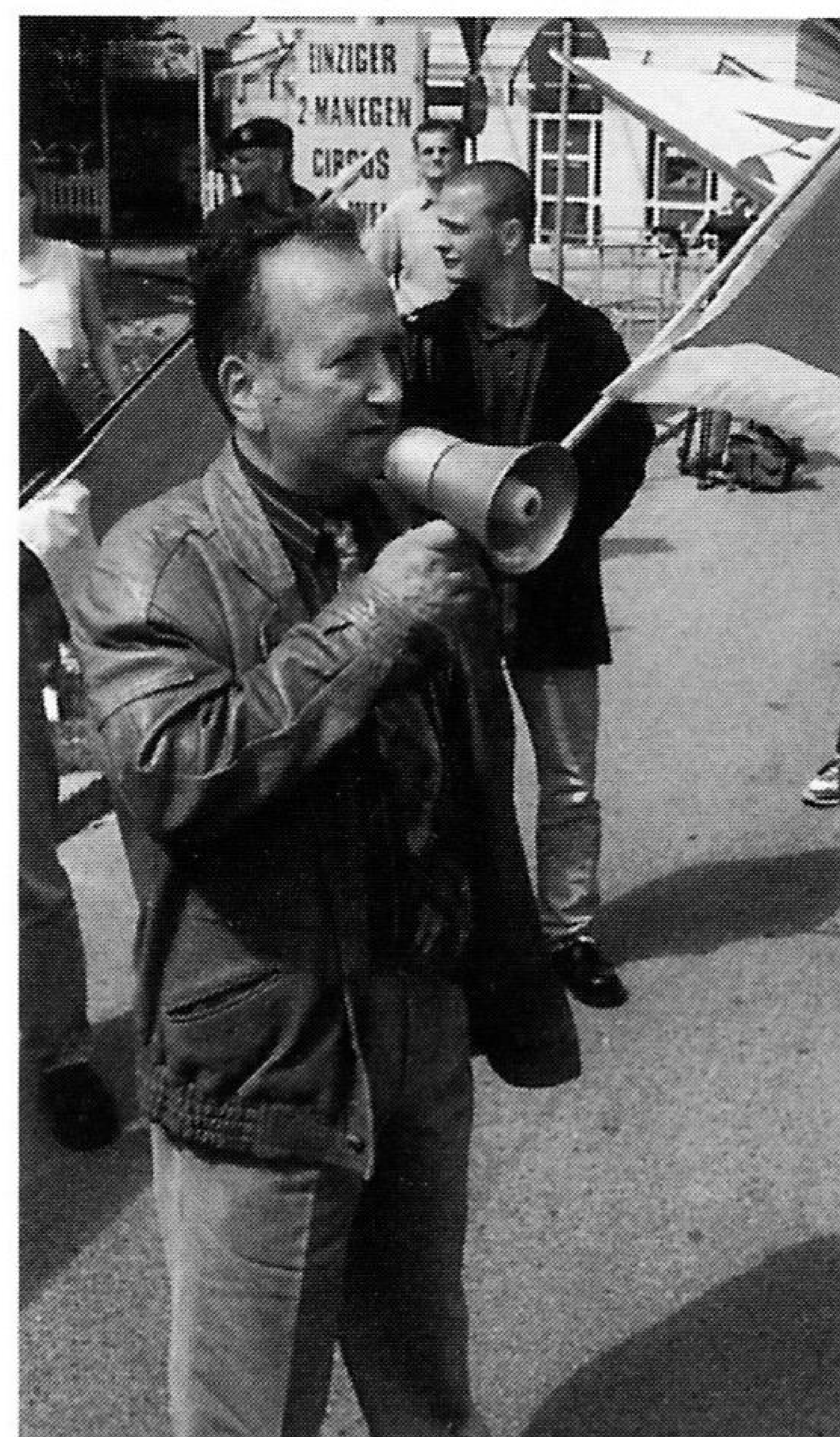
Im Konzeptmix der NPD von propagierter Gewaltlosigkeit, gekoppelt mit latenter Gewaltandrohung und Machtausübung, ist das Erzeugen von Ängsten zwar nicht vordergründiges Ziel. Aber um Gegner einzuschüchtern und Mitläufer anzuziehen, wird darauf gebaut. Doch dieses Moment hat sich offensichtlich auch gegen die Nazis gewendet. Auf den NPD-Aufmarsch in Rostock-Dierkow herabschauende AnwohnerInnen waren doch erschrocken, als es *»Tod und Haß der PDS!«* von der Straße schallte. Auch die unverblümte Parteinahme für und Integration von Nazi-Skinheads durch die NPD läßt die meisten Menschen auf Distanz gehen. Und die Anwesenheit der Polizei bei den NPD-Veranstaltungen wirkte nicht gerade anziehend. Bei den meisten NPD-Aktionen gab es kaum Menschen, die spontan Sympathie geäußert haben. Meistens wurden die Nazis vorsichtig aus der Nähe beobachtet.

Auch wenn Übereinstimmung mit den Parolen besteht: Das martialische Erscheinen und die tendenziöse Aufwertung des Nationalsozialismus haben auf die WählerInnen eher abstoßend gewirkt.

Ein Eigentor hatte die NPD noch in der letzten Woche vor der Wahl geschossen. Peter Stöckicht entpuppte sich als Pflichtverteidiger eines Angeklagten in einem Mißbrauchsprozeß vor dem Rostocker Landgericht. Anwesende Journalisten erinnerten ihn dann süffisant an die Parole *»Todesstrafe für Kinderschänder!«*

Streit in der DVU

Die DVU griff relativ spät in den Wahlkampf ein. Ihr war es anzumerken, daß ihr im Land die Strukturen fehlten und gerade junge Parteihelfer sich lieber der NPD andienten. Die DVU litt unter den peinlichen Darstellungen der Kandidaten in Sachsen-Anhalt. Diejenigen DVUler, die auf Autonomie pochten, wurden von Verlagschef Frey rausgedrängt. Undemokratisches Prozedere und Manipulation riefen die DVU-«Rebellen« mit Manfred Dumm und Friedrich-Wilhelm Fischer an der Spitze und forderten ein Parteiausschlußverfahren gegen Frey. Eine *»ungeheure Schurkerei (...) zweier schräger Gestalten«* tönte dieser zurück und war bemüht, den Eklat schnell vergessen zu machen. Die schlußendlich

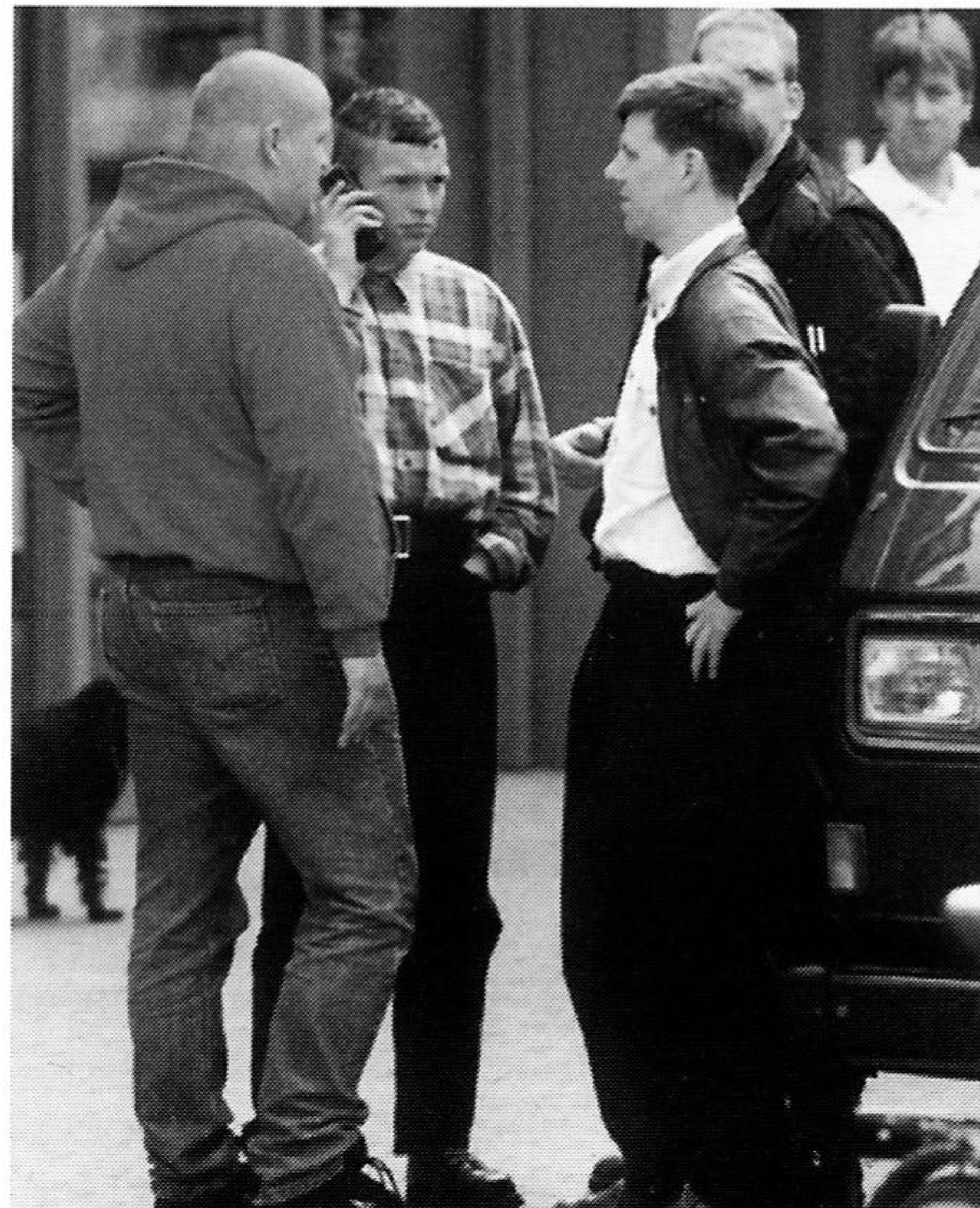




aufgestellten Kandidaten waren keinesfalls überzeugender. Angeführt wurde die DVU-Landesliste von dem 23jährigen Studenten Sven Elske aus Neustadt-Glewe. Die DVU-Kandidatin Edith Happel fiel mit der Bemerkung auf, unter den Kandidaten der DVU seien *»sehr viele, die etwas mit der Wehrmacht zu tun hatten«*. Die Schweriner Staatsanwaltschaft hat gegen die 38jährige unterdessen Anklage wegen 16 Straftaten, darunter Betrug und Unterschlagung, erhoben.

Daß die DVU eine Briefkastenpartei sei, wußten im Land bald viele. Die DVU-Veranstaltungen erinnerten an aus dem Ruder gelaufene Kaffeefahrten. Häufig kamen zwischen 200 bis 400 Deutschlandbesessene in Reisebussen auch aus anderen Bundesländern. Aus dem *»Donnerwetter des Wählers gegen die von Bonn ferngesteuerten arroganten Polit-Bonzen in*

5. August, Rostock – NPD-Kundgebung und Infostand müssen ausfallen. Sascha Wagner (1.v.l.) und Frank Rennicke (3.v.l.) beraten das weitere Vorgehen.







Die drei Gesichter der NPD:

***Bild links** – Während der NPD-Demonstration in Anklam spricht Peter Stöckicht von »Recht und Ordnung«.*
***Bild Mitte** – Vermummte Neonazis marschieren in Neustrelitz.*
***Bild rechts** – NPD-Spitzenkandidat Torsten Kowalski zeigt als Ausbilder beim paramilitärischem Training den aufgesetzten Kopfschuß.*

Schwerin« ist nichts geworden. Auch für die DVU war das Wahlergebnis enttäuschend. Sie holte flächendeckend um die drei Prozent. *»Kriminalität hart bekämpfen!«* – Das will auch die CDU. Viele wählten dann gleich die Partei, die in Mecklenburg-Vorpommern gut den Beinamen Ost-CSU verdient hätte.

Bürgerliche AntifaschistInnen

Während es in einigen Regionen nur noch wenige gibt, die sich trauen etwas gegen Nazis zu sagen, und Menschen sich aus Angst vor Repressalien der Nazis vor einer Fernsehkamera nicht mehr dazu äußern möchten, ist es woanders chic geworden, gegen Nazis zu sein.

In etlichen Städten haben sich in den letzten Monaten meist spektrumsübergreifende Bündnisse gegen Rechts gebildet. Die Bündnisse haben sich auf ihre Fahnen geschrieben, eine rechtsgerichtete Politik im Land zu stoppen und Gegenöffentlichkeit zu schaffen. In Rostock wurde das dortige Bündnis so groß, daß man schon fast von einer Anti-Nazi-Welle sprechen könnte. Selbst der Kreisverband der CDU stritt sich um eine Beteiligung. Was das gebracht hat, darüber streiten sich noch die Antifas. In einem Aufruf des Rostocker Bündnisses gegen Rechts zu Gegenaktivitäten hieß es: *»Wir wollen mehr Demokratie für Alle und überzeugende politische Alternativen!«* In jedem Fall konnten die Nazis sich in Rostock nur selten in der Öffentlichkeit widerspruchlos präsentieren.

Im Gegensatz zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt wurde in den bürgerlichen Parteien ein möglicher Einzug der Rechtsextremen in den Schweriner Landtag und dessen mögliche Ursachen zum Thema der Auseinandersetzung gemacht. Bei der SPD lautete das zweite Wahlziel, den Einzug von DVU und NPD in den Landtag zu verhindern *»Keine Nazis«* wurde zur politischen Parole bei Parteien, Gewerkschaften und regionalen Medien. Bloß die Analysen, warum denn z.B. so viele Jugendliche sich rechts orientieren, blieben meist an der Oberfläche. Vielen ging es dabei oft auch nur um den befürchteten Imageverlust für das Dorf oder die Stadt.

Doch es gab auch über das ganze Land verteilt Antifaaktionen, Demos, Flugblätter und Plakate. Etliche Male wurden Nazis bei ihren Aktivitäten angegriffen, wie beispielsweise in Wismar, wo Holger Apfel und der Kleinbus von Frank Rennicke attackiert wurden. Die Nazis konnten sich oft nicht sicher fühlen und agierten teilweise ängstlich. Allein, daß sogar auf Landstraßen immer wieder Naziplakate runtergerissen waren, hat demonstriert, daß es Widerstand gibt.

Das rechte WählerInnenpotential ist den Umfragen zufolge höher, als es sich in den Ergebnissen ausdrückt, und die Nazis hatten sich mehr ausgerechnet. Der von der CDU propagierte Lagerwahlkampf hat sich zu Ungunsten der Rechtsextremen ausgewirkt, und viele haben gegen Rot die CDU gewählt. Das könnte für die CDU bedeuten, daß sie beim nächsten Mal noch weniger Stimmen einfahren wird.

Während die NPD überwiegend in den Städten deutlich unter der Ein-Prozent-Marke geblieben ist, holte sie die meisten Stimmen mit über zwei Prozent in den Regionen nahe der polnischen Grenze. Das sind die Landkreise Ostvorpommern und Uecker-Randow, eben da, wo sich eine Kultur des Rechtsseins alternativlos durchgesetzt hat. Dennoch die NPD hat dreifach verloren: Gegen die Linken, gegen die DVU und gegen die Fünf-Prozent-Hürde. Dementsprechend groß ist jetzt die Trauer über das Wahlergebnis. Auf dem NPD-Infotelefon hört sich das so an: *»Uns bleiben viele schöne Erinnerungen an gemeinsame Kampftage. (...) Eine schlimme Zeit steht uns bevor. (...) Ein neues blutrotes Deutschland wurde geboren.«* Eine hausgemachte Repres-sionspanik wird viele wieder in verdeckte Gruppenstrukturen abtauchen lassen. Man darf gespannt sein, mit welchen Mitteln die Neonazis ihre Arbeit fortsetzen werden.

Medienberichterstattung und antifaschistische Perspektive

Bemerkenswert ist das scheinbare Wiedererwachen einer liberal-demokratischen Medienöffentlichkeit. Obwohl selbst in der größten regionalen Zeitung »Ostseezeitung« kein einziger in der Thematik Rechtsextremismus kundiger Redakteur arbeitet, wurde relativ kritisch berichtet. Dankbar wurden Anlässe aufgegriffen, anhand derer die Gefährlichkeit der Nazis festgemacht wurde. Anzeigenzeitungen veröffentlichten kostenlos großformatige Ankündigungen über Aktionen gegen den NPD-Aufmarsch in Rostock.

Für alle, die sich in den letzten Wochen gegen die Nazis ausgesprochen haben, ist der Nichteinzug in den Landtag ein erfreuliches Ergebnis. Man wird den bisherigen SPD-Sozialminister Hinrich Kuessner jetzt an seine Worte erinnern müssen, daß eine weitere Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus notwendig sei. Die entstandenen Bündnisse bieten dafür möglicherweise einen Raum, der ausgebaut werden könnte. Doch eine wirkliche Veränderung wird nur eintreten, wenn demokratische Teilhaberechte für alle Menschen gleich welcher Nationalität oder Herkunft existieren und eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums realisiert wird. Die organisierte Antifa muß sich entscheiden, wie sie sich in einen Prozeß dahin einbringen kann. Eine Antifa-Politik, die überwiegend auf Demos und ein paar militante Aktionen ausgerichtet ist, wird nicht viel erreichen. Wir haben aber Gründe genug, selbstbewußter und vehementer zu werden. Erobern wir kulturelle Räume! ■



»Deutsche Früchte für die deutsche Jugend«

Von Bündnissen, Fehlern und Erfolgen

Rostocker Rückblicke

Nach dem 1. Mai in Leipzig gelang es der NPD am 19. September in Rostock, mit rund 3.000 Neonazis ihren zweiten großen Aufmarsch in diesem Jahr durchzuführen. Gleichzeitig beteiligten sich ca. 10.000 Menschen an mehreren Aktivitäten des »Bündnis gegen Rechts«. Während im Innenstadtbereich von Rostock rund 2.000 unabhängige AntifaschistInnen demonstrierten, griffen 60 Nazis das nahegelegene antifaschistische Infozelt an. Wenige Minuten nach dem Angriff wurde ein Antifaschist von einem Naziauto überfahren und schwer verletzt. Mittlerweile ist der 28jährige Mann aus dem Wendland nach acht Tagen im Koma wieder bei Bewußtsein.

Großspurig hatten JN und NPD zum Abschluß ihres Schwerpunktwahlkampfes in Mecklenburg-Vorpommern für den 19. September nach Rostock mobilisiert. Ziel des Aufmarsches, der schon am 16. Juni angemeldet wurde, sollte das Sonnenblumenhaus sein. Das ehemalige Vertragsarbeiterwohnheim war Ende August 1992 von einem rassistischen Mob und Neonazikadern während eines tagelangen Pogroms in Brand gesetzt worden. 115 VietnamesInnen und ein ZDF-Kamerateam entkamen den Flammen nur knapp, indem sie auf das Dach des Hauses flüchteten. (s. AIB Nr. 20 u. 41)

Mit dem Sonnenblumenhaus als Abschlußkundgebungsort hatte die NPD nach eigener Aussage gezielt eine *»Provokation«* angestrebt. Ziel war vor allem, die ohnehin schon große Medienöffentlichkeit für ihren Wahlkampf noch einmal kurz vor Schluß zu steigern. Gegenüber den eigenen SympathisantInnen sollte der Mythos von der schlagfähigen Kampfpartei gestärkt werden, indem man sich in die Kontinuität der Brandstifter von Rostock einreihte und gleichzeitig gegenüber den Medien augenzwinkernd beteuerte, daß die NPD eine gewaltlose Partei sei.

Bündnisarbeit und Antifamobilisierung

Nachdem die Pläne der NPD öffentlich geworden waren, begannen AntifaschistInnen in Rostock zusammen mit dem Rostocker »Bündnis gegen Rechts«, das sich nach den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt gegründet hatte, mit der Mobilisierung gegen den Aufmarsch. In den politischen Gremien der Stadt, aber auch bei weiten Teilen der Rostocker Bevölkerung wurde die Empörung über den NPD-Aufmarsch vor allem durch die Wahl des Abschlußkundgebungsortes »Sonnenblumenhaus« ausgelöst. Rostocks Parteien und der SPD-Oberbürgermeister befürchteten eine weitere Imageschädigung für die Stadt, die auch nach sechs Jahren immer noch weltweit mit dem Pogrom identifiziert wird.

Eine Aufarbeitung des Pogroms und des Verhaltens der BürgerInnen 1992 – ganz zu schweigen von dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß im Schweriner Landtag, der kaum Fehler an dem Polizeieinsatz und der Einsatzleitung finden konnte bzw. wollte – hat in Rostock nur sehr schleppend stattgefunden. Abgesehen von Ausnahmen, wie der vietnamesisch-deutschen Begegnungsstätte im Sonnenblumenhaus und den Jugendclubs in Lichtenhagen, die zwar auch mit rechten Jugendlichen arbeiten, dabei aber nicht nach dem Konzept der »akzeptierenden Sozialarbeit« vorgehen, wurde in Rostock das Thema »Lichtenhagen« lange Zeit unter den Teppich gekehrt. Mit der NPD-Aufmarschanmeldung waren nun alle möglichen Parteien und Organisationen damit konfrontiert, sich der jüngeren Vergangenheit der Stadt stellen zu müssen.

Öffentlich wurde erklärt, einen Naziaufmarsch nicht dulden zu wollen; gemeint war: Er solle verboten werden. Die eigene Verantwortung, etwas tun zu können, wurde wegdelegiert. Obwohl vielen klar war, daß ein Verbot keinen Bestand haben würde, beschränkte sich die Palette der Handlungsmöglichkeiten im Denken vieler auf die Forderung nach dem Ausschöpfen der juristischen Möglichkeiten. In dieser Logik erließ der SPD-Oberbürgermeister eine Verbotsverfügung gegen die Aufmarschanmeldung. Wie zu erwarten war, wurde von den zuständigen Gerichten entschieden, daß die NPD demonstrieren dürfe. Allerdings nicht, so das OVG Greifswald, vor dem Sonnenblumenhaus in Rostock-Lichtenhagen.

Es ist der Verdienst der Rostocker Antifas, den Verbotshoffnungen rechtzeitig entgegengewirkt, und gemeinsam mit dem Bündnis eine weitergehende Plattform für all diejenigen geschaffen zu haben, die zeigen wollten, daß sie gegen Nazis sind. Mehrere Demonstrationen und Kundgebungen wurden angemeldet und ein multikulturelles »Friedensfest« vor dem Sonnenblumenhaus sowie ein »Rock gegen Rechts«-Konzert geplant. Die Offenheit des Bündnisses führte dazu, daß viele unterschiedliche Menschen und Organisationen aktiv und die Planungen immer umfangreicher wurden. Gleichzeitig beteiligten sich immer mehr, denen die Kampagne auch als willkommener Anlaß zur Imageverbesserung des Standortes Rostock gelegen kam und die allein nur deswegen ihr Geld gaben. Ein vom Bündnis formulierter Aufruf forderte zwar *»Kein Nazi-Aufmarsch in Rostock«*. Die Parole wurde jedoch nach und nach – auch aus Angst vor direkten Konfrontationen mit der NPD – als eine politische Forderung ausgelegt, deren Umsetzung von der Mehrheit im Bündnis nur sehr vage bestimmt war. Letztendlich wurde der Aufruf von immerhin 80 Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen der unterschiedlichsten politischen Richtungen unterschrieben. Bis auf die CDU unterstützten sämtliche Parteien sowie Gewerkschaften, die Fachhochschulen und Universität der Stadt, Kirchen, kommunale Betriebe, Vereine etc. die Bündnisaktivitäten. Daß es den meisten in Rostock eher darum ging, »ein Zeichen zu setzen« und nicht den Naziaufmarsch zu verhindern, wurde mit der Aktion »Bunt statt Braun« deutlich. Mit diesem Motto und mit dem Zusatz *»Rostock miteinander. Für eine friedliche, weltoffene und demokratische Gesellschaft«* wurden die bis dahin bestimmenden Ziele überlagert und vereinnahmt. Statt den bis dato *»lauten und kämpferischen Tönen«* sollten nun *»leise, friedliche Klänge von einem anderen Rostock«*

in den Medien und der Öffentlichkeit vernommen werden.

Die Stadtverwaltung sah sich durch die Demoanmeldung des Bündnisses lange Zeit in der Zwickmühle: Einerseits mußte sie die Planungen des Bündnisses wohlwollend akzeptieren. Andererseits wollte sie die Bündnisveranstaltungen möglichst weit weg von den Nazis haben. Ein Verbot der Bündnisdemonstration mußte aus politischen Gründen vermieden werden, was im Falle eines NPD-Aufmarsches auf der Route nach Lichtenhagen jedoch schwierig geworden wäre. Also begann man sich in der Stadtverwaltung, wohl in Absprache mit dem CDU-geführten Schweriner Innenministerium, nach Alternativen für den NPD-Aufmarsch umzusehen. Schließlich befürchtete die SPD auch, daß Krawallbilder aus Rostock der CDU kurz vor Wahlkampfschluß durchaus gelegen gekommen wären. Wichtigstes Kriterium bei der Wahl des Stadtteils Dierkow war darum sicherlich, daß das Plattenbauviertel relativ einfach polizeilich abzuriegeln und kontrollierbar ist. Schon mehrere Wochen vor dem 19. September wurde Dierkow vom Ordnungsamt als alternativer Aufmarschort anvisiert – ohne, daß das Bündnis davon informiert wurde. Als sich die NPD dann 48 Stunden vor dem Aufmarsch für Dierkow und gegen Lichtenhagen als Aufmarschort entschied, blieb nur noch wenig Zeit, um darauf zu reagieren. Viele Alternativen gab es zu diesem Zeitpunkt für die unabhängigen AntifaschistInnen ohnehin nicht mehr: Eine Mehrheit im Bündnis hatte sich schon vorher darauf festgelegt, eine direkte Konfrontation mit der NPD vermeiden zu wollen, d.h. nicht mal Sitzblockaden o.ä. am Aufmarschort zu versuchen. Stattdessen hielt das Bündnis an der angemeldeten Route nach Lichtenhagen und insbesondere dem »Friedensfest« fest.

Den Zorn von AntifaschistInnen zog sich diese mit NPD-Anhängern voll besetzte und auf dem Weg nach Dierkow befindliche Straßenbahn zu.



Ein gravierender Fehler war auch, daß eine am 17. September noch kurzfristig von der PDS in Dierkow angemeldete Gegenkundgebung am 18. September wieder zurückgezogen wurde. Nach heftigen Debatten auf dem letzten Bündnistreffen am Abend des 17. September einigte man sich lediglich auf einen Verbalkompromiß: Das Bündnis ruft weiter zu den bisher geplanten Aktivitäten auf, und erklärt lediglich eine solidarische Unterstützung für eine Antifademo mit Dierkow als Ziel. Das war dem PDS-Kreisverband Rostock als Anmelder in Dierkow zu wenig. Sie wollten die politische Verantwortung nicht alleine tragen. Am Freitag Abend versuchten dann noch einmal namenhafte VertreterInnen des Bündnisses, bei der Stadtverwaltung um Unterstützung im Falle einer neuen Demoanmeldung durch unabhängige AntifaschistInnen zu werben. Sie wurden mit dem Hinweis, daß inzwischen das Innenministerium in Schwerin die Entscheidungsgewalt an sich gezogen hätte, unverrichteter Dinge nach Hause geschickt. Die Einsatzpläne waren schon lange geschrieben. Nichts sollte noch dazwischen kommen.

Der Naziaufmarsch

Bereits in den frühen Morgenstunden des 19.9. wurden von der Polizei sämtliche Zufahrtsstraßen nach Dierkow kontrolliert und mit Wasserwerfern und Räumpanzern gesichert. Ab neun Uhr morgens sammelten sich die Nazis auf einem Parkplatz in Dierkow. Mit fast zweistündiger Verspätung setzten sich die ca. 3.000 Nazis in Bewegung.

Am Rand hielten führende NPD-Kader Pressegespräche ab: Der 27jährige Torsten Kowalski, NPD-Spitzenkandidat und Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Rostock, sowie der auf Listenplatz 3 plazierte 67 Jahre alte Rechtsanwalt Peter Stöckicht, der schon von 1968 bis 1972 für die NPD im baden-württembergischen Landtag gesessen hatte und mittlerweile in Laage wohnt. Auch Manfred Roeder suhlte sich im Medieninteresse. Die »einfachen Kameraden« dagegen hatten strikte Anweisung, sich nicht interviewen zu lassen. Mehrfach wurden Pressevertreter angegriffen, während die Polizei zusah. Der Aufmarsch wurde vom Landesverband Sachsen-Anhalt angeführt und durch große Lücken zwischen den einzelnen Landesverbänden sowie *»ordentliche Fünferreihen«* künstlich in die Länge gezogen. Die zahlenmäßig größten Blöcke kamen aus Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen. Auffallend war die starke Präsenz sogenannter »Freier Kameradschaften«. Wie schon am 1. Mai in Leipzig leitete NPD-Kader Sascha Wagner den Ordnerdienst. Eine Gruppe der selbsternannten Freien Nationalisten aus Hamburg unter der Führung von Thomas Wulff und Christian Worch sorgte für den Schutz des Leitfahrzeuges. NPD-Bundesvorstandsmitglied Jürgen Distler und JN-Chef Holger Apfel waren für die Zusammenarbeit mit der Polizei zuständig. Der Aufmarsch endete mit Reden von Udo Voigt, Hans-Günter Eisenecker, Torsten Kowalski, Peter Stöckicht und Christian Worch. Danach verließen die meisten Nazibusse die Stadt. Auf der Autobahn Richtung Süden wurden abends dann mehrere Autos mit AntifaschistInnen von Nazibussen und Pkws aus angegriffen.



Alle Fotos zeigen Teilnehmer des Aufmarsches

Brutale Polizeieinsätze

Der Einsatz von 6.000 Polizisten aus allen Bundesländern sowie SEK- und MEK-Einheiten mitsamt Hubschraubern war von vornherein darauf ausgerichtet, AntifaschistInnen daran zu hindern, in die Nähe der NPD zu kommen. Beim NPD-Aufmarsch beschränkte sich die Polizei lediglich darauf, mit Wasserwerfern hinterherzufahren und den Verkehr zu regeln. Nur einzelne Blöcke wurden von Polizeieinheiten begleitet.

Gegen AntifaschistInnen ging die Polizei dagegen massiv vor. Schon im Vorfeld wurde der norddeutsche Buskonvoi an einer Polizeisperre aufgehalten und durchsucht. Dabei setzten Polizisten Chemical Maze und Schlagstöcke gegen die Insassen des dänischen Antifabusses ein. Auch alle anderen antifaschistischen Buskonvois wurden aufgehalten und durchsucht. In Berlin kam es schon bei der Abfahrt zu Festnahmen. Bei der Demonstration in der Innenstadt gingen die Poli-



Deutschland

zeischikanen und brutalen Übergriffe dann weiter. Permanenter Schlagstockeinsatz und willkürliche Festnahmen gehörten an diesem Tag zur Normalität. 117 AntifaschistInnen wurden festgenommen.

Denjenigen, denen es gelang, bis nach Dierkow zu kommen, sahen sich dort mit einer massiven Polizeipräsenz, Platzverweisen und Neonazis konfrontiert, ohne daß eine Möglichkeit bestanden hätte, sich – ähnlich wie in Leipzig – zu sammeln und zu agieren. Das ist wohl auch aus antifaschistischer Sicht ein wesentlicher Unterschied zwischen dem 1. Mai in Leipzig und dem 19. September in Rostock: In Leipzig gingen die Polizeikräfte weniger konsequent und koordiniert vor; eine räumliche Trennung zwischen AntifaschistInnen und Neonazis wurde weniger strikt durchgesetzt.

Folgenschwerer Angriff

Ungehindert von der bei antifaschistischen Aktivitäten allgegenwärtigen Polizei gelang es rund 60 Nazis, unbemerkt bis zum antifaschistischen Informationszelt am Hafen zu kommen und dieses anzugreifen. Während des Angriffs hielten sich nur wenige Menschen, darunter auch Kinder, im bzw. beim Zelt auf. Zwei Personen wurden durch Steinwürfe der Nazis verletzt. Minuten später überfuhr ein Naziauto auf der Straße vor dem Zelt einen Antifaschisten. Während der Mann mit schweren Kopfverletzungen auf der Straße liegenblieb, flüchtete das Naziauto.

In einer Presseerklärung der Antifaschistischen Aktion Lüneburg/Uelzen heißt es dazu: »(...) *Daß es sich bei diesem Anschlag nicht um einen Verkehrsunfall handelte, haben mehrere ZeugInnen bestätigt. Der Fahrer des Autos ist mit sehr hoher Geschwindigkeit (...) auf den Antifaschisten zugefahren. Der Antifaschist konnte dem Auto nicht mehr ausweichen und wurde überfahren.*« Der Vorfall wurde von der Polizei als Unfall verharmlost und in den meisten überregionalen Medien entweder komplett ignoriert bzw. die Polizeiversion berichtet. Der Halter des Fahrzeugs, Jens Pohl aus Lengerich, den die Polizei als »*nicht einer rechten Szene zuortbar*« bezeichnete, wurde von Journalisten an einer Tankstelle am Ortsausgang von Rostock gestellt. Als diese filmten, breiteten die Fahrzeuginsassen eine Reichskriegsflagge über dem Auto aus und versuchten, die Journalisten anzugreifen. Der Angriff auf das Zirkuszelt wurde von der Polizei – wen wundert es – in ihrer Tagesbilanz im übrigen gänzlich verschwiegen. Stattdessen ermittelt der Staatsschutz mittlerweile gegen Menschen, die in der Nähe gestanden haben könnten, als der Antifaschist überfahren wurde.

Nicht das Ende antifaschistischer Politik

Zunächst einmal die positive Bilanz des Tages: Die große Beteiligung an den antifaschistischen Aktivitäten ist als Erfolg zu werten. Auch, daß es unabhängige AntifaschistInnen geschafft haben, ein derart breites Bündnis auf die Beine zu stellen und eine Spaltung zu verhindern, ist politisch wichtig und richtungsweisend. Es ist dem Bündnis gelungen, in der Stadt mehrheitlich eine Anti-Nazi-Stimmung zu erzeugen, die auch nach außen sichtbar war. Für viele Menschen wurde an diesem Tag deutlich, daß es einen breiten Widerstand gegen Neofaschismus und die NPD gibt. Daß es nicht gelang, den NPD-Aufmarsch zu verhindern bzw. zumindestens zu behindern, hatte mehrere Ursachen. Zum einen wollte das Bündnis mehrheitlich keine direkte Konfrontation mit der NPD. Außerdem hatte das Bündnis eine schon Wochen vor dem 19.9. geplante Anmeldung einer Antifademonstration in Dierkow immer wieder verschoben. Für das Zurückziehen der Demonstrationsanmeldung in Dierkow durch den PDS-Kreisverband gibt es keine Entschuldigung. Eine Partei, die sich selber als antifaschistisch bezeichnet, muß auch gewillt sein, politische Verantwortung auf der Straße zu übernehmen.



Unter diesen Bedingungen war es relativ unmöglich, eine unabhängige Antifademonstration im Innenstadtbereich anzumelden, die als Sammelpunkt für Antifas dienen sollte und gleichzeitig versuchen wollte, bis nach Dierkow zu kommen. Zumal die Entscheidung sehr kurzfristig fiel und die Möglichkeiten, bis an den Stadtrand von Dierkow zu gelangen – angesichts eines fehlenden Ersatzkonzepts – falsch eingeschätzt wurden. Trotzdem ist dies auch noch am Morgen, wenn auch vergeblich, versucht worden. Daß sich letztendlich doch noch ein Demozug formieren würde, war vorhersehbar. Genauso wie feststand, daß dieser nicht bis nach Dierkow kommen würde. Es hätte noch viele andere Möglichkeiten für Antifas gegeben, die Nazis am Marschieren zu hindern. Diese sind – wie schon oft – nicht genutzt worden.

Wie immer nach antifaschistischen Versuchen, Großveranstaltungen der Nazis zu be- bzw. verhindern, stellt sich die Frage nach den Konzepten und der Notwendigkeit, neue Wege zu gehen. Eine Diskussion darum sollte auf jeden Fall solidarisch geführt werden. Es gab erfolgversprechende Konzepte, wenn der NPD-Aufmarsch in Lichtenhagen stattgefunden hätte. So war es fatal, daß ein vom Bündniskonzept unabhängiges Ersatzkonzept für den Fall der Verlegung des Aufmarschortes zu spät überlegt wurde.

Der NPD-Aufmarsch in Rostock ist nicht der erste Naziaufmarsch, der nicht verhindert worden ist, und es wird wohl auch leider nicht der letzte sein. Es wäre aber fatal, wenn wir den Erfolg antifaschistischer Politik alleine am Verhindern bzw. Behindern von Naziaufmärschen messen würden. Der Erfolg, einen breiten Widerstand auf der Straße gezeigt und den Nazis sowohl den räumlichen, als auch gesellschaftlichen Bewegungsspielraum genommen zu haben, ist unter Umständen sogar um einiges größer. ■

Der Rostocker EA hat eine neue Telefonnummer: 0381/4922989. Repressionsbetroffene können sich auch beim Berliner EA 030/6922222 melden. Spendenkonto für den verletzten Antifaschisten: Abraxas, Kto.-Nr. 22 199 88, BLZ 258 551 335, Kreissparkasse Lüchow-Dannenberg, Stichwort: »Holger«.

Immerhin 2,1 Prozent der Erststimmen erhielt Manfred Roeder im Wahlkreis Stralsund, wo er als NPD-Direktkandidat angetreten war. Für den 69jährigen war der Wahlkampf vorläufiger Höhepunkt eines spektakulären Comebacks.

Er lächelt in jede Kamera, redet in jedes Mikrophon:

Der zweite Frühling des Terroristen Manfred Roeder

Geboren wurde Roeder am 6. Februar 1929 in Berlin. 16jährig meldete er sich freiwillig zur Wehrmacht und nahm er an den letzten Kämpfen um Berlin teil. 1967 erhielt er seine Zulassung als Rechtsanwalt, die ihm die Bundesanwaltskammer später wieder entzog.

1970 startete er in Bensheim seine offizielle politische Karriere in der örtlichen CDU. 1971 gründete er den gemeinnützigen Deutsche Bürgerinitiative e.V. Ab 1972 betätigte sich Roeder als Autor rechtsradikaler Schriften. Sein erstes Buch »Unser Kampf gegen eine widernatürliche Justiz« wurde von dem 1997 verstorbenen Revisionisten Thies Christophersen herausgegeben. Im selben Jahr folgten erste Aktionen mit Christophersen, wie z.B. Rauchbomben gegen die »Documenta« in Kassel.

1973 schrieb Roeder das Vorwort zu Thies Christophersens Hetzschrift »Die Auschwitzlüge«. Zudem betätigte er sich als Autor für Christophersens Hauspostille Die Bauernschaft. 1974 wurde Roeder Bundesbruder der Europaburschenschaft Arminia in Zürich und erhielt das »*Arminia-Ehrenband*«. Im selben Jahr organisierte er einen Aufmarsch zum 80. Geburtstag von Rudolf Heß. Weitere Aufmärsche folgten, zumeist für die Freilassung von Rudolf Heß oder Öko-Demos für den Erhalt deutscher Landschaften. 1975 gründete er die Freiheitsbewegung Deutsches Reich (FDR), deren Nachfolgeorganisation die Europäische Freiheitsbewegung ist. In Absprache mit Großadmiral Dönitz organisierte Roeder einen »*Reichstag*« der FDR in Flensburg und ließ sich dort als Nachfolger von Dönitz zum »*Reichsverweser*« ernennen.

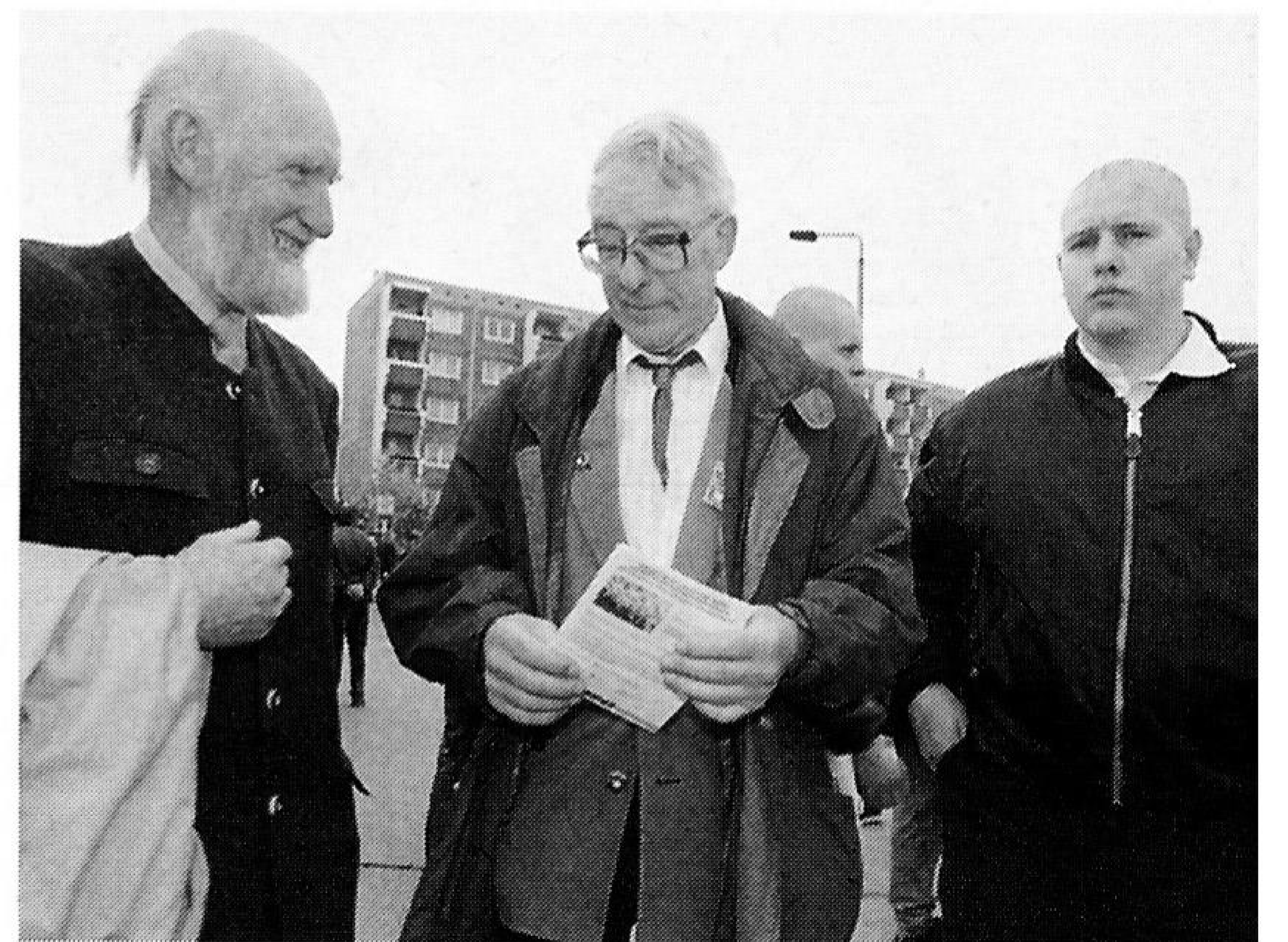
1976 nahm der damals 47jährige an einem Treffen der illegalen NSDAP auf Helgoland teil. In dieser »*bewegten*« Zeit wurde er mehrfach wegen Beleidigung, Volksverhetzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt verurteilt. Er floh aus Deutschland über die Schweiz und Österreich nach Brasilien, wo er am 20. April 1978 mit dem KZ-Wächter Wagner »*Führers Geburtstag*« feierte. Weitere Fluchtstationen waren Großbritannien, Kanada, die USA und Südafrika. In diesen Ländern knüpfte Roeder enge Kontakte zu Nazigruppen und alten Faschisten. Schon damals gehörte er, aufgrund seiner internationalen Beziehungen, zu den führenden Nazis in Deutschland.

Obwohl Roeder mit internationalem Haftbefehl gesucht wurde, gelang ihm noch 1978 die Wiedereinreise in die BRD. 1979 folgte seine Festnahme und eine kurzzeitige Inhaftierung in der Schweiz, jedoch keine Auslieferung an die BRD. Er knüpfte nicht nur wichtige Kontakte zur internationalen Naziszene, sondern scharte auch militante Neonazis in der Deutschen Aktionsgruppe um sich. 1980 verübte diese Nazigruppe mehrere Sprengstoffanschläge, bei denen am 22. August 1980 in Hamburg zwei Vietnamesen ermordet wurden.[1] Die Festnahme am 1. September 1980 in Hannoversch Münden markierte das vorläufige Ende seiner braunen Karriere: 1982 folgte Roeders Verurteilung wegen Rädelsführerschaft in einer »*terroristischen Vereinigung*« sowie der Anstiftung zu sieben Brand- und Sprengstoffanschlägen zu 13 Jahren Haft. Das 1983 von seiner Frau Gertrud Roeder gegründete Hilfswerk Manfred Roeder verbreitete dann die Nazipamphlete, die Roeder in der Haft produzierte. Seine vorzeitige Haftentlassung 1990 feierte er, indem er – trotz Bewährungsauflagen – direkt am Revisionistentreffen »*Wahrheit macht frei*« in München teilnahm.

Danach wurde es ersteinmal stiller um Roeder. Mit dem Abdruck seiner rassistischen und antisemitischen »*95 Thesen zum Lutherjahr*« in der Hessischen Allgemeinen Zeitung meldete sich Roeder 1996 ins Rampenlicht zurück. Seine Hauptenergie steckte er jedoch in das Deutsch-Russische Gemeinschaftswerk – Förderverein Nord-Ostpreußen. Ziel ist die Ansiedlung von »*Rußlanddeutschen*« in der Nähe von Kaliningrad. Der Förderverein wirbt bei betuchten Rechtskonservativen um finanzielle Unterstützung. Außer vielen leeren Versprechungen und einigen nicht bezugsfähigen Häusern haben die sogenannten Rußlanddeutschen jedoch nichts von der versprochenen Unterstützung gesehen. Vermutlich hat Roeder einen Großteil der Spendengelder selbst behalten. Roeder und Co. wollen in Osteuropa – noch einmal – vollendete Tatsachen schaffen. In Staaten, in denen viele »Deutsche« leben, ist die Forderung nach Autonomie von Gebieten, die dann später »*Heim ins Reich*« geholt werden sollen, natürlich viel einfacher. Ein vermeintlicher »*Freistaat Preußen*« soll später aus dem russischen Staatenverband herausgelöst werden.

Als »Experte« für die »*Übersiedlung von Rußlanddeutschen in den Raum von Königsberg*« hatte Roeder im Januar 1995 an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg im Rahmen einer Offiziersweiterbildung einen Vortrag zum Thema gehalten.[2] Weiterhin wurde 1997 bekannt, daß die Bundeswehr, obwohl das Innenministerium angeblich die Bundeswehr-Führung eindringlich vor den Machenschaften des Naziterroristen und demDeutsch-Russischen Gemeinschaftswerk gewarnt hatte, mit ausgedienten LKWs versorgt hatte. Roeder genoß jede Minute des Medienrummels, der nach den letzten Enthüllungen ausbrach, steigerten sie doch seine Popularität und seinen Marktwert innerhalb der Neonaziszene erheblich. Mit der Kandidatur für die NPD stieg seine Medienpräsenz dann noch einmal. Gerade während des Wahlkampfs hatte Roeder kaum eine wichtige Naziveranstaltung ausgelassen; fast überall wurde er als mehr oder weniger gern gehörter »*Vater der Bewegung*« eingeladen. Auch sein vorerst letztes Ermittlungsverfahren rührt von einer NPD-Veranstaltung her: Der Antisemit und Revisionist hatte am 24. August in Updahl den Holocaust geleugnet.

Auch wenn Roeder hin und wieder den Eindruck eines senilen Altnazis erweckt – so brachte er kürzlich ein Flugblatt in Umlauf, in dem er sich als »*Kanzleralternative*« anpries –, sollte man sich nicht täuschen lassen: Roeder ist eine der wichtigsten Integrationsfiguren für die Neonaziszene. Er ist sowohl bei burschenschaftlichen Treffen, in neuheidnischen Gruppen als auch auf »*Vertriebenentreffen*« und Veranstaltungen militanter Neonazis und der NPD gern gesehen. Außerdem verfügt er immer noch über beste internationale Kontakte. Nicht zuletzt ist er für den Tod von zwei Menschen verantwortlich. Das sollte nicht vergessen werden! ■



Manfred Roeder mit Parteifreund und Bodyguard

1) siehe AIB Nr 42/1998, S. 11 (Kasten)
2) siehe AIB Nr 42/1998, S. 10

Wahlen im Land der Skins und Schläger

Mit rund 44.000 Erstwählerstimmen für die NPD gehört Brandenburg zu den Bundesländern, in denen die Neonazis bei der Bundestagswahl ihren deutlichsten Erfolg erzielen konnten. Bei der parallel abgehaltenen Kommunalwahl gewann die NPD genügend Stimmen, um in die Stadtparlamente von Fürstenwalde und Frankfurt/Oder einzuziehen.

Im Vergleich zu Mecklenburg-Vorpommern hatten NPD/JN mit ihren knapp 200 Mitgliedern in Brandenburg ihren Bundestags- und Kommunalwahlkampf auf niedrigerer Flamme gehalten. Eine Ausnahme bildete dabei Frankfurt/Oder, wo der Kreisverband um den JN-Barden Jörg Hähnel durch Aktionen wie Bäumepflanzen im Plattenbauviertel und Auftritten bei fast allen öffentlichen Veranstaltungen zu den Themen »Rechtsextremismus/Rassismus« einen sehr aggressiven Wahlkampf führte. Die Regionalpresse tat ihr Übriges, um der NPD zu Öffentlichkeit zu verhelfen. So druckte beispielsweise die Märkische Oderzeitung in ihrer Wahlserie unkommentiert auch das Wahlprogramm der NPD ab und berichtete regelmäßig vermeintlich »neutral« über die NPD-Aktionen. Ansonsten gab es größere Wahlkampfstände der NPD in Eberswalde, Fürstenwalde und Strausberg sowie einen NPD-«Schweigemarsch« am 25.9. in Schwedt, an dem ca. 200 Nazis teilnahmen. AntifaschistInnen organisierten bei fast allen NPD-Aktionen Gegenaktivitäten.



Vor allem mit Informationsständen, wie hier in Frankfurt/Oder, versuchte die NPD in Brandenburg auf Stimmenfang zu gehen.

Die Ergebnisse von NPD, Reps und DVU

Bei den Bundestagswahlen erzielte die NPD mit 0,8% der Zweitstimmen und 3,5% der Erststimmen in Brandenburg bundesweit ihr drittbestes Ergebnis nach Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Bei den Kommunalwahlen gelang ihr der Einzug in die Stadtparlamente von Frankfurt/Oder und Fürstenwalde. In der brandKleinstadt Fürstenwalde erreichte die NPD 5,2 Prozent: Auf ihre drei Kandidaten entfielen insgesamt 2.811 Stimmen. Das bedeutet zwei Sitze, die von Danilo Wilke (26) und David Kellert (20) eingenommen werden. In Frankfurt/Oder wählten 2.217 bzw. 1,75% der Wahlberechtigten die NPD. Die meisten Stimmen für die Neonazis sammelte der im Plattenbauviertel Neuberesinchen angetretene 18jährige René Wegner, der auch im Stadtparlament sitzen wird. Hinzu kommt, daß auch der Bund Freier Bürger (BFB) mit 1.883 Stimmen bzw. 1,49 Prozent einen Sitz im Stadtparlament erhält. In Eisenhüttenstadt gelang es den Republikanern, sich im Vergleich zu den Kommunalwahlen vor fünf Jahren sogar noch zu verbessern. Sie werden jetzt mit zwei Abgeordneten im Stadtparlament vertreten sein. Der schon 1993 gewählte Winfried Steinberg, der in der Neonazipostille »Berlin-Brandenburger Zeitung« mehrfach lobend erwähnt wurde, hat nun die parteilose Bettina Helbig an seiner Seite. Die Reps in Eisenhüttenstadt haben damit Fraktionsstatus.

Dagegen war die DVU bei den Kommunalwahlen gar nicht erst angetreten. Allerdings gewann sie bei den Bundestagswahlen 2,7% der Zweitstimmen in Brandenburg – mehr als Reps und NPD zusammen. Ihre höchsten Ergebnisse erzielte die Frey-Partei mit 3,8% im Wahlkreis Fürstenwalde-Strausberg-Seelow, wo auch der DVU-Landevorsitzende Axel Hesselbarth zuhause ist; im Wahlkreis Bad Liebenwalde-Finsterwalde-Herzberg-Lübben-Luckau erhielt sie sogar 4% der Stimmen.

Ausblick: Landtagswahlen 1999

Es bleibt abzuwarten, wie die neofaschistischen Parteien ihre Mandate in den brandenburgischen Kommunalparlamenten nutzen werden, um ihre Position innerhalb der politischen Landschaft zu konsolidieren bzw. weiter zu stärken. Auch wenn den neofaschistischen Parteien nur in einigen Kommunen der Sprung in die Kommunalparlamente gelungen ist, hat der 27. September klar gemacht, daß das WählerInnenpotential für rechte Parteien zusammengefaßt über der 5%-Marke liegt.

Die Kopplung mit der Bundestagswahl und die »Kohl-muß-weg«-Stimmung hat auch die Wahlergebnisse dieser Kommunalwahlen beeinflußt. Denn durchschnittlich 13 Prozent der Bevölkerung (ab 14 Jahren) haben nach Umfragen ein rechtsextremes Weltbild. Das rechte WählerInnenpotential ist also nicht verschwunden, es hat sich dieses Mal nur taktisch anders entschieden. Es ist also keinesfalls Entwarnung angesagt.

Für die Landtagswahlen im nächsten Jahr kann dies nur bedeuten, daß es gelingen muß, der Wahlkampfmaschinerie der Rechten, bei denen insbesondere die NPD zu einem wirkungsvollen und flächendeckenden Wahlkampf mit Hilfe eines aktiven Mitglieder- und Sympathiesantenkreises fähig ist, Einhalt zu gebieten. Dabei gilt es, den Spagat zwischen Bündnisarbeit und eigenen Positionen zustande zu bringen. ■

Die Nazikandidaten

NPD-Landesliste:

Jörg Hähnel, Frankfurt/oder
Thilo Kabus, Hennigsdorf
Maik Hampel, Oranienburg
Sven Issler, Wittstock
Reimar Leibner, Oranienburg

DVU-Landesliste:

Axel Hesselbarth, Strausberg
Michael Claus, Petershagen
Hartmut Koch, Stücken
Oliver Köhler, Klosterfelde
Bärbel Mielis, Storkow
Siegmund Platz, Rückersdorf
Ortwin Tietz, Storkow
Werner Firnelburg, Müncheberg
Christian Köhler, Klosterfelde



Der Landtagswahlkampf der CSU in Bayern übertraf den Bundestagswahlkampf der Union an rechtem Populismus bei weitem.

Rassismus hat viele Gesichter. Dies trifft insbesondere auf die CSU zu. Forderungen nach »asylantenfreien Zonen« oder Stimmen gegen eine »durchrasste Gesellschaft« sind hinlänglich bekannt und stellen im Zusammenhang mit der bayerischen Regierungspartei nichts Neues dar. Schließlich gilt immer noch das Credo von Franz-Josef Strauß, daß es entscheidend darauf ankäme, den rechten Rand der Union nicht ausfransen zu lassen. Neu ist jedoch, wie systematisch und perfekt getimt die CSU für die bayerischen Landtagswahlen und die darauffolgenden Bundestagswahlen eine rassistische Kampagne entfachte. Das Ganze unter dem Motto: »CSU – Mit Herz und Verstand«.

Wer ist das Original und wer die Kopie?

Die bayerische CSU grub mit ihrer rassistischen Kampagne zu den Wahlen den rechtsextremen Parteien das Wasser ab

Schon im Sommer 1997 ließ die Ankündigung von CSU-Chef Theo Waigel, man müsse sich *»auf härteste Wahlkämpfe«* einstellen, Schlimmes erahnen. *»Die Auseinandersetzungen der Vergangenheit waren nur matte Trainingseinheiten verglichen mit dem, was uns 1998 erwartet«*, tönte der Bayer.

Bevor die CSU ihr Trainingslager verließ, durfte ihr stellvertretender Generalsekretär, Joachim Herrmann, noch schnell die Marschroute konkretisieren. Der Themenkomplex »Ausländer und Innere Sicherheit« müßte eine wichtige Rolle im Wahlkampf spielen, denn die Integration wäre nun einmal *»am Ende ihrer Möglichkeiten«* angelangt. Er forderte die Senkung des Nachzugsalters für Kinder ausländischer Familien von derzeit 16 auf zehn Jahre. Es könne nicht so weitergehen, daß *»wir ständig Jugendarbeitslosigkeit aus der Türkei importieren«* würden.

Anfang Januar 1998 verabschiedete die CSU auf ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth ein Konzept zur schärferen Verbrechensbekämpfung, im Mittelpunkt davon die *»schnelle Abschiebung krimineller Ausländer«*. Einen Monat später tauchte dann der CSU-Rechtsaußen und Münchner Unterbezirksvorsitzender Peter Gauweiler aus der Versenkung auf. Er kündigte ein Volksbegehren mit dem Ziel an, den Satz *»Bayern ist kein Einwanderungsland«* in der Verfassung zu verankern. Ein Vorstoß, der in seiner eigenen Partei zunächst auf Ablehnung stieß.

Mitte März machte dann der CSU-Fraktionschef im bayerischen Landtag, Alois Glück, unmißverständlich klar, daß seine Partei *»die Ausländerpolitik zum Wahlkampfthema«* machen würde. Je näher nun die Wahltermine heranrückten, desto mehr nahm die CSU-Kampagne an Intensität zu.

Anhand eines jugendlichen türkischen Mehrfachstraftäters, »Mehmet« genannt, entfachte man zunächst in München, dann bayern- und bundesweit, eine Kampagne zur Abschiebung *»krimineller Ausländer«* und darüber hinaus zur Sippenhaft für Eltern straffällig gewordener Kinder. Die CSU forderte, die Eltern straffällig gewordener Ausländerkinder zur Strafe gleich mitabzuschieben. Bis zum Wahltag wurde diese Debatte am Kochen gehalten, obwohl das OVG Bayern schon längst entschieden hatte, daß der Ausweisungsbescheid sowohl für »Mehmet« als auch für seine Eltern nicht rechtmäßig ist.

Nachdem die DVU mit rassistischen Parolen 12,9 Prozent der Stimmen bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt im April eingefahren hatte, war die CSU kaum mehr zu bremsen. Die Angst packte die Partei schon am Abend nach Bekanntgabe der ersten Hochrechungen derart, daß man sich von Mahnungen der Kirchen, Wohlfahrtsverbände oder auch des Hotel- und Gaststättenverbandes nicht irritieren ließ. *»Härtere Themen sind nun gefragt«*, gab CSU-Generalsekretär Bernd Protzner die künftige Linie aus. CSU-Chef Waigel forderte von der gesamten Union einen Themenwechsel hin zur Ausländerpolitik, um zu versuchen, die DVU-Wähler für die demokratischen Parteien zurückzugewinnen. Bayerns Finanzminister Erwin Huber verlangte die stärkere Berücksichtigung *»na-*



Peter Gauweiler, CSU-Rechtsaußen und selbsternannter Asylpolitiker

tionaler Interessen«. Beim kleinen Parteitag der CSU in Ingolstadt, genau einen Monat nach dem DVU-Triumph in Sachsen-Anhalt, hatte dann Peter Gauweiler seinen großen Auftritt. Keiner schien der CSU-Spitze besser geeignet, den Leitantrag »*Deutschland und Bayern sind kein Einwanderungsland*« den 200 Delegierten vorzustellen. »*Unsere Aufnahmekapazität ist erreicht*«, betonte Gauweiler. Er wolle »*nicht nur reden, sondern handeln*«, und eine Debatte führen, die die »*vielen Denkpolizisten im linken Lager nicht gerne sehen*«. Ein Vorkämpfer gegen die »political correctness«, ein Fighter gegen Denkverbote, der unbeirrt die Wahrheit trotz heftigem Gegenwind verkündet, so sieht sich Gauweiler gerne. Das kam an bei den Delegierten, draußen in den Bierzelten und auch bei der CSU-Führung. »*Wir bleiben eine deutsche Nation*«, rief Parteichef Waigel begeistert aus und verwies darauf, daß man Volkes Stimme hinter sich hätte: »*Wir als CSU rücken nicht nach rechts. Wir bleiben wo wir sind: in der Mitte.*« Man müßte eben die »*diffusen Ängste in der Bevölkerung*« ernst nehmen. Derer nimmt sich auch Bayerns Innenminister Günther Beckstein jederzeit an, »*emotionslos verantwortungsbewußt*«, wie der christliche Hardliner stets betont.

»*Zuwanderung – weiter begrenzen!*« und »*Bayern ist kein Einwanderungsland*« hieß es fortan im Wahlpapier der CSU. Alle Anstrengungen liefen darauf hinaus, dies auch in der gemeinsamen Wahlplattform der Union zu verankern. Dies mißlang zwar, doch die CSU-Propaganda brachte nun fast täglich neue negative Highlights zustande. So fordert CSU-Vizegeneralsekretär Joachim Herrmann, man müßte künftig in den Ausländerbehörden zwischen »*hoch willkommenen und eher unerwünschten Leuten*« unterscheiden. Obwohl in den letzten fünf Jahren die Zahl der Asylbewerber von 450.000 auf 105.000 sank, geißelte Beckstein den »*weiterhin eklatanten Mißbrauch des deutschen Asylrechts*« und forderte zur »*forcierten Rückführung*« der bosnischen Kriegsflüchtlinge in ihre Heimat auf. »*Unsere Gastfreundschaft ist zu Ende.*« Becksteins Innenstaatssekretär, Hermann Regensburger, lehnte es öffentlichkeitswirksam ab, die Sondererfassung in der kriminalpolizeilichen Kartei des Freistaats in die Kategorien »*negroid*« und »*Personentyp Roma/Sinti*« abzuschaffen.

Auf ihrer Klausur Anfang Juli im Kloster Banz legte die CSU-Landesgruppe dann noch einmal nach. Schließlich lag die Partei bei Meinungsumfragen am Boden. Um die fünf Prozent für die Reps und nur noch 46 Prozent für die CSU in Bayern. Vorbei also mit dem »50 plus X«, aus dem die CSU ihre bundespolitische Bedeutung und Ausnahmestellung ableitet. Die DVU hatte schon vorher auf eine Kandidatur im Freistaat bei den Landtagswahlen verzichtet, da – so DVU-Chef Frey – die CSU »*bereits unsere Politik*« vertrete. Nun galt es, die Reps zu schwächen.

Zwar war das CSU-Positionspapier zur Ausländerpolitik in Banz mit »*Deutschland und Bayern – weltoffen und gastlich*« überschrieben. Was die CSU unter Weltoffenheit versteht, offenbarte sich dann im Text. Wer als Ausländer in Deutschland leben wolle, müßte so sprechen wie ein Deutscher, also regelmäßig Deutschkurse belegen, sonst wecke er »*Zweifel an seiner Integrationsbereitschaft*«. Er sollte sich in deutschen Vereinen und Verbänden engagieren und nicht mit zu vielen Ausländern in einer Straße wohnen. »*Maßnahmen zur Sicherung ausgewogener Bewohnerstrukturen*«, nannte man das. »*Die Integrationsfähigkeit und Identität unserer Gesellschaft bewahren, heißt Zuwanderung begrenzen*«, hieß es in den CSU-Wahlprospekten.

Mit einer rassistischen Stimmungsmache hatte schon die SPD in Baden-Württemberg und in Hamburg die Rechtsextremisten stark gemacht. Das Gleiche passierte der CSU 1989 bei den Europawahlen, damals holten die Reps 14,6 Prozent in Bayern. Diesmal jedoch ging das Konzept der CSU auf. Sie holte 52,9 Prozent der Stimmen. Die Reps, die landesweit den Slogan »*Wir halten, was die CSU verspricht*« plakatiert hatten, scheiterten mit 3,6 Prozent überraschend klar an der Fünfprozenthürde. Edmund Stoiber jubelte nach den ersten Hochrechnungen in Bayern: »*Es ist unser Verdienst, undemokratische Parteien aus dem Landtag herausgehalten zu haben.*«

Kurz vor den Bundestagswahlen setzte die CSU ihre Kampagne fort. Sie präsentierte Umfrageergebnisse, wonach die Mehrzahl der in Deutschland lebenden Ausländer Rot-Grün bevorzugen würden. CSU-Landesgruppenchef Michael Glos gab kund, daß die CSU auch künftig nur »*jetzigen Deutschen*«, aber nicht irgendwelchen »*Neo-Deutschen*« das Wahlrecht zugestehen werde. Er warnte in diesem Zusammenhang vor einer »*islamischen Republik Deutschland*«. Der Zeitpunkt war denkbar geschickt gesetzt. Zwei Tage zuvor war in Freising bei München ein angeblicher Komplize des mutmaßlichen internationalen Topterroristen Ussamar Bin Laden festgenommen worden und im Freistaat ging die Angst vor Vergeltungsmaßnahmen und Anschlägen islamischer Fundamentalisten um.

Auch wenn die CSU bei der Bundestagswahl im Vergleich zur Landtagswahl unter die 50-Prozent-Marke rutschte: Mit ihrem Wahlkampf und ihren Positionen hat sie die Eckpunkte der Debatte noch weiter nach Rechts verschoben. ■

Gesucht: Politische Plakate

Am Ende des 20. Jahrhunderts soll es noch *Die Plakate der autonomen/linksradikalen Bewegungen* geben. Für dieses Buchprojekt wurden bisher ca. 500 Exemplare gesichtet und fotografiert. Wir suchen jedoch weiter Plakate aus dem Zeitraum von ca.1975 bis heute und bitten um Mitteilung, wer noch Plakate hat, wer Plakat-Archive kennt und ggf. um Zusendung von privaten Exemplaren. Nach Absprache ersetzen wir die Portokosten und schicken Plakate nach Verfilmung garantiert zurück – die übrigen geben wir an das Hamburger *Archiv der sozialen Bewegungen.* (Wir nehmen auch schlecht erhaltene und wenig gelungene Plakate!)
Das Buchprojekt ist ein non-profit-Unternehmen, das wegen hoher Kosten (Vierfarbdruck, Großformat) auf Zuschüsse angewiesen ist. Institutionen oder Einzelpersonen, die sich finanziell am Buch beteiligen wollen, können eine Beschreibung des Projektes anfordern.

Verlage Libertäre Assoziation • Schwarze Risse • Rote Strasse

Kontakt:
VLA • Lindenallee 72 •
20259 Hamburg
Tel/Fax: 040/439 36 66

Euthanasie und Bevölkerungspolitik

Der Historiker Detlev Peukert veröffentlichte kurz vor seinem Tod einen Aufsatz, in dem er versuchte, die Logik der Vernichtung, die mit dem Namen »Auschwitz« verbunden ist, aus der Logik der medizinischen Pflege und dem Versprechen auf einen gesunden »Volkskörper« zu erklären. In der Moderne lag nach Peukert ein Zug, soziales Elend und Krankheit abzuschaffen. Für lange Zeit sei es dabei um Maßnahmen gegen die Ursachen und Symptome von Armut und Krankheit gegangen.
Doch in Verbindung mit einer rassistischen Ausgrenzungsmentalität seien schließlich statt der Armut die Armen und statt der Krankheit die Kranken ins Blickfeld gerückt. Als die zu verteilenden Mittel spärlicher und die Ausgaben für Sozial- und Gesundheitssystem knapper wurden, stieg die Bereitschaft, diese Menschen zu ermorden.[1]

Bereits seit den Siebzigern war, beispielsweise in der Zeitschrift »Autonomie« oder in den »Beiträgen zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik«, auf den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Verwertungslogik und Bereitschaft zur Vernichtung in modernen Gesellschaften aufmerksam gemacht worden.

Tatsächlich war es das Fachwissen der Ärzte, die auf Hitlers Anweisung die Euthanasie-Aktion durchgeführt hatten – das heißt praktische Erfahrungen in der massenhaften Vernichtung von Menschen gesammelt hatten –, das dann beim Aufbau der Todesfabriken als Grundlage diente, als es darum ging, zur Judenvernichtung zu schreiten. Sicher wäre es falsch, in dieser Logik den entscheidenden, alles erklärenden Schlüssel zu Auschwitz zu suchen. Aber zumindestens in Deutschland nach 1945 konnten sich die diskreditierten Befürworter des angeblich so »*schönen Todes*« – denn das heißt Euthanasie übersetzt – über lange Zeit nicht mehr offensiv in die Öffentlichkeit wagen.

Euthanasie und Sterbehilfe

Das hat sich seit einigen Jahren geändert. Wesentlich unbefangener wird Euthanasie öffentlich diskutiert, auch wenn der Begriff nicht immer verwendet wird. Es ist bequem für die Befürworter von Euthanasie-Maßnahmen, wenn der prominenteste Fürsprecher dieser Praxis, Peter Singer, nicht nur kein Deutscher ist, sondern vom Vorwurf des Rassismus stets als Jude in Schutz genommen wird. Mit dem »Personenkult« um Singer beschäftigt sich der Artikel über ein Seminar an der TU Braunschweig ab Seite 22.

Statt um das häßliche Wort vom »*schönen Tod*« wird in der deutschen Debatte oft um Sterbehilfe diskutiert. Medienwirksam wird das Schicksal einzelner PatientInnen dargestellt, die Sterbehilfe mehr oder weniger offen als einzige Erlösung präsentiert. Dabei verwischen häufig die Grenzen. Moralisch und ethisch ist das Problem hochkompliziert: Gibt es einen Anspruch auf einen selbstbestimmten Tod? Kann ein Tod selbstbestimmt sein in einer entfremdeten Gesellschaft, in der noch nicht einmal das Leben selbstbestimmt ist? Wann ist eine Entscheidung »frei«?

Mit dem Problem der Sterbehilfe gerät die moderne Medizin im ausgehenden 20. Jahrhundert ins Blickfeld. Einerseits sind PatientInnen Objekte von Kosten-Nutzen-Kalkulationen, andererseits sind zahlungsfähige PatientInnen auch profitträchtig. Die Zerschlagung der Polikliniken in der DDR sowie die Privatisierungen und Teilprivatisierungen im gesamtdeutschen Gesundheitssystem haben die betriebswirtschaftliche und auf Profit orientierte Ideologie im medizinischen Bereich verstärkt. Zugleich steigt die Forderung, nicht mehr verwertbare Menschen töten zu dürfen. Behinderten, Alten, schwer leidenden Kranken wird dabei abgesprochen, darüber entscheiden zu können, ob ihnen ihr Leben noch etwas »bringt«. Einige Urteile der vergangenen Jahre weiten die Möglichkeiten zu derartigen Maßnahmen aus.

Bevölkerungspolitik im Norden und im Süden

Ausgrenzung, passives »Sterbenlassen« und aktive Vernichtung armer, kranker, »nicht-lebenswerter« Menschen ist kein Gespenst der Vergangenheit – es ist alltägliche Praxis in jenem größeren Teil der Erde, in dem der größere und ärmere Teil der Menschheit lebt.

Die Hightech-Medizin der Industrieländer steht in einem krassen Gegensatz zur nicht vorhandenen medizinischen und ökonomischen Grundversorgung der Menschen in der sogenannten Dritten Welt. Und so liegt dort und bei der armen Bevölkerung der Industrieländer auch der Schwerpunkt auf jenen Maßnahmen, die verhindern sollen, daß sie nach ihrem eigenen Willen Kinder bekommen. Von der Vernichtung der Armut zur Vernichtung der Armen – und weiter, zur präventiven Verhinderung ihrer Reproduktion. Dreimonatsspritzen, Implantate und Zwangssterilisierung von Frauen in Afrika, Asien und Lateinamerika sind das Instrumentarium dieser »Prävention«.

Ein Geschäft, bei dem die multinationalen Pharmakonzerne riesige Gewinne einfahren – wie beispielsweise Schering mit dem umstrittenen Langzeitverhütungsmittel Depo-Provera, das zuerst an schwarzen Frauen in Südafrika und Namibia getestet wurde. In den USA werden mittlerweile afroamerika-nische Sozialhilfeempfängerinnen mit mehreren Kindern per Gerichtsbeschluß dazu gezwungen, Depotverhütungsmittel zu benutzen. Diesen Punkt gilt es festzuhalten, da sich die hier abgedruckten Artikel auf Deutschland und Europa konzentrieren. Zugleich dienen die armen Länder auch als Versuchsfelder für den reichen Norden.

Weltweit sind es bestimmte Bevölkerungsgruppen, die kein selbstbestimmtes Recht auf Reproduktion haben sollen. Erst vor kurzem wurde bekannt, daß sowohl in Schweden als auch in Frankreich Zehntausende von Menschen mit Behinderungen ohne ihre Einwilligung sterilisiert wurden; und es sind bestimmte Kinder, die nicht leben sollen: Arme, kranke, behinderte. Dem dient die pränatale Diagnostik der Industrieländer, mit der sich Udo Siercks Gastbeitrag ab Seite 24 befaßt. Kriterium ist die Verwertbarkeit nach Kapitallogik.

Das AIB ist selbstverständlich weder gegen einen selbstbestimmten Tod, noch gegen das Recht zur Entscheidung von Frauen, ob sie ein Kind austragen wollen oder nicht. Doch die aktuelle Debatte verschiebt die Frage weg von der Selbstbestimmung hin zur Fremdbestimmung. Danach sollen, können, müssen »*verwertbare*« Kinder ausgetragen werden. »*Nicht-verwertbare*« Menschen, »*nutzlose Esse*r«, sollen, können, müssen von ihrem Leben »*erlöst*« werden. ■

1) Peukert, Detlev J.K., »Die Genesis der 'Endlösung' aus dem Geist der Wissenschaft«, in: J.K. Detlev Peukert, Max Webers Diagnose der Moderne, Göttingen 1989, S. 102 ff.. 1990 starb Detlev Peukert im Alter von 40 Jahren.

Personenkult um Peter Singer

Akademische Euthanasiedebatte in Braunschweig

Im Wintersemester 1997/98 fand an der TU Braunschweig am Seminar für Philosophie ein Proseminar mit dem Titel »*Peter Singer – sein Standpunkt und dessen Rezeption in Deutschland*« statt. Bei PETER SINGER handelt es sich um einen australischen Philosophen, der mit seinem Buch »Praktische Ethik« Anfang der 80er eine neue Euthanasie-Debatte eingeleitet hat. Dieses Buch ist auch das einzige, das in der Literaturliste zum Seminar aufgeführt ist. Gleich in der ersten Sitzung sollte der auf Emotionen zielende Film »Zum Leiden geboren?« gezeigt werden; das Thema »*Euthanasie im Dritten Reich*« dagegen wurde erst am Ende des Semesters behandelt. Einige StudentInnen befürchteten, daß sich nur sehr unkritisch mit Singers Thesen auseinandergesetzt werden würde. Sie forderten, daß vor allem eine Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse stattfinden müßte, in denen es verschärft zu Ausgrenzungsmechanismen gegenüber Menschen kommt, die im Produktionsprozeß nicht verwertbar sind. Aufgrund der Proteste gestaltete Seminarleiter Wolfgang Buschlinger das erste Treffen zu einer Diskussionsveranstaltung um, in der es um die Fortführung des Seminars ging. Das Ergebnis dieser Diskussion war jedoch, daß das Seminar trotzdem abgehalten wurde. Diskussionsleiter Roland Simon-Schäfer schlug sogar vor, Singer selbst als Referenten in die Universität einzuladen. Den »Behinderten«vertreterInnen wurden dagegen »*irrationale Ängste*« vorgeworfen. Ein Großteil der Anwesenden berief sich bei ihrer Unterstützung für das Seminar auf die sogenannte »*Freiheit der Wissenschaft*«.

Doch erstmal zu Peter Singer und seiner Arbeit: Er ist Co-Direktor am INSTITUTE OF HUMAN BIOETHICS an der Monash-University in Melbourne und bezieht sich in seinen Werken auf die philosophische Richtung des Utilitarismus. Obwohl schon im 18.Jahrhundert entstanden, hat der Utilitarismus in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen. In der Ethik des Utilitarismus geht es darum, einen »*größtmöglichen Nutzen für eine größtmögliche Zahl von Menschen*« zu erreichen. Das Wohl des Einzelnen hat sich hierbei dem Allgemeinwohl unterzuordnen. In den letzten Jahren wird bei politischen Entscheidungen verstärkt mit utilitaristischen Kosten-Nutzen-Rechnungen gearbeitet. Im Jahre 1984 veröffentlichte Peter Singer das umstrittene Buch »Praktische Ethik«. Darin führt er Kriterien auf, um Menschen in zwei Kategorien einzuteilen. Er unterscheidet zwischen »*Personen*« und »*Nicht-Personen*«. Zu den Kriterien, die laut Singer eine »Person« ausmachen, gehören Rationalität, Autonomie, Selbstbewußtsein und die Fähigkeit, die Zukunft zu planen. Wenn ein Mensch diese Kriterien nicht erfüllt, sei dieser auch keine »Person« und habe damit keinen Anspruch auf ein Recht zum Leben: »*Sie zu töten kann daher nicht gleichgesetzt werden mit dem Töten normaler menschlicher Wesen.*« Dies gilt nach Singer beispielsweise für Menschen mit Alzheimer oder für KomapatientInnen. Auch Neugeborenen spricht er ein Lebensrecht ab. Mit Hilfe von utilitaristischen Kosten-Nutzen-Rechnungen versucht er, die »*Summe des Glückes*« zu ermitteln; schwerbehinderte Neugeborene werden in dieser Logik als ein Kostenfaktor gewertet. Da ja die Kriterien des »Personseins« fehlen, dürfen sie getötet werden. Gesunde Neugeborene dagegen wirken positiv auf die Summe des Glücks. Nach Singers Personenkriterium können allerdings auch Neugeborene getötet werden, wenn deren Geschlecht unerwünscht ist. Dies trifft in patriarchalen Gesellschaften meist nur auf Mädchen zu.

Peter Singer ist neben seiner Befürwortung der Euthanasie auch als Tierrechtler bekannt. Er spricht bestimmten Tieren, z.B. Schimpansen, die Eigenschaft zu, »Person« zu sein, und fordert für diese Grundrechte ein. Darüber hinaus ist Singer führendes Mitglied bei den australischen Grünen im Bundesstaat Victoria.

Singer in Deutschland

In Deutschland erregte Singer das erste Mal Aufsehen, als er auf einem Symposium der Lebenshilfe in Marburg reden sollte, aber aufgrund der Proteste von Behindertenbewegungen wieder ausgeladen wurde. Auch andere Vorträge Singers sind durch massive Proteste verhindert worden. Trotzdem hat die Veröffentlichung der »Praktischen Ethik« einer neuerlichen Euthanasie-Debatte zum Durchbruch verholfen. Die Debatte über Bioethik darf jedoch nicht nur anhand von Peter Singer geführt werden. Denn es gibt noch jede Menge anderer BioethikerInnen, die ähnliche Gedanken und Ansätze haben. Auch die wirtschaftlichen Interessen an der Bioethik müssen analysiert werden. Es ist kaum verwunderlich, daß in Zeiten, in denen die Ausgaben für ärztliche Versorgung gekürzt werden, eine »Euthanasie-Diskussion« geführt wird. Staat und Wirtschaft kommt dieser Diskurs durchaus als Argumentationshilfe bei Kürzungen im Gesundheitsbereich gelegen. Auch die Bioethik-Konvention des Europarates ist in diesem Zusammenhang zu sehen, geht es darin doch unter anderem um die Forschung an nicht »*einwilligungsfähigen Menschen*« – also Menschen, die Singers Personenkriterien nur zum Teil oder gar nicht erfüllen. An diesen Menschen soll selbst dann Forschung erlaubt sein, wenn von dem getesteten Medikament keine Besserung zu erwarten ist. Forschung zum Wohl der Allgemeinheit ..... .

Protest in Braunschweig

Zurück zu den Protesten gegen das Singer-Seminar in Braunschweig: Der AStA der TU Braunschweig rief zu einem Boykott des Seminars auf. Gemeinsam mit KritikerInnen der Bioethik sowie AktivistInnen von »Behinderten«gruppen wurde eine Veranstaltungsreihe organisiert. Obwohl



Singer auf den Spuren der Vergangenheit? Die beiden Bilder zeigen Kosten-Nutzen-Vorstellungen aus dem Jahr 1939.

dabei die Diskussion und Stimmung eindeutig gegen die Fortführung des Singer-Seminars waren, betonte TU-Präsident Bernd Rebe bei einer Podiumsdiskussion, daß seiner Ansicht nach das Seminar auf jeden Fall stattfinden müßte.

Das hat es auch getan, wobei Buschlinger trotz der Proteste keine Änderungen an dem Seminarkonzept vornahm. Währenddessen wurde die Gegenveranstaltungsreihe des AStA durchgeführt. Die Vorträge – z.B. mit Oliver Tolmein und Udo Sierck – waren zum Teil sehr gut besucht. Außerdem hat sich ein außeruniversitärer »Arbeitskreis Bioethik« gegründet. In diesem Zeitraum wurden auch in der Lokalpresse und in regionalen Radiosendern mehr und mehr Stimmen gegen das Singer-Seminar laut. Im Laufe der Zeit wurde deutlich, daß die Öffentlichkeit keineswegs geschlossen für die Fortführung des Seminars ist. Insbesondere linke, liberale und auch christliche Gruppen und Einzelpersonen engagierten sich stark. Einige Menschen aus der autonomen »Behinderten«bewegung suchten auch die direkte Auseinandersetzung und erschienen während einer der Sitzungen des Seminars. Sie versuchten, mit den TeilnehmerInnen über den Zusammenhang zwischen alltäglicher »Behinderten«feindlichkeit und den Thesen Singers zu diskutieren. Dabei wurde jedoch deutlich, daß sich die SeminarteilnehmerInnen durch die »Behinderten« eher gestört fühlten und eine Diskussion nicht erwünscht war. Gegen Ende des Semesters änderte Buschlinger aufgrund des öffentlichen Druckes, der auch nicht an den offiziellen Stellen der TU vorbeigegangen ist, den Seminarplan. Er sah sich gezwungen, im Seminar Texte zu verteilen und zu behandeln, die sich kritisch mit Singers Personenbegriff auseinandersetzen.

Ein Teilerfolg

Erwähnenswert ist auch das Verhalten der Hochschulleitung während des ganzen Semesters. So wurden Einladungen des AStA an die Institute zu einem Vorbereitungstreffen, auf dem der Protest gegen das Singer-Seminar hätte organisiert werden sollen, auf Anweisung der Hochschulleitung bis nach dem Treffen zurückgehalten. Ähnlich ist es mit dem »Appell wider tödliche Philosophie« gelaufen, der von der Lebenshilfe und der Evangelischen Stiftung Neuerkerode in Zusammenarbeit mit dem AStA initiiert worden ist, sowie mit einer Veranstaltungsankündigung, die beide erst nach Protesten von AStA-Mitgliedern von der Poststelle verteilt wurden. Der Appell richtete sich gegen das Stattfinden des Singer-Seminars und Singers Euthanasie-Thesen. Dabei wurden über zweitausend Unterschriften gesammelt, darunter auch die Unterschriften aller Braunschweiger Bundestagsabgeordneten.

Die Unterschriften wurden wegen »*Terminschwierigkeiten*« erst nach dem Ende des Singer-Seminars an den Präsidenten der TU Braunschweig überreicht. Als es dann zu der Übergabe der Unterschriften in Anwesenheit der Presse kam, distanzierte sich TU-Präsident Rebe vom Singer-Seminar und einer von Buschlinger bei dieser Gelegenheit gemachten Äußerung, daß für ihn das menschliche Leben nicht auf jeden Fall erhaltenswert sei. Auch hat Rebe darauf hingewiesen, daß ein derartiges Seminar nicht noch einmal an der TU Braunschweig stattfinden werde – eine klare, wenn auch völlig verspätete Distanzierung von seiner anfänglichen uneingeschränkten Unterstützung des Seminars. Die Presse nahm diese Aussagen irritiert zur Kenntnis, ist doch von Rebe bis zu diesem Zeitpunkt jegliche Kritik an dem Seminar zurückgewiesen worden. Festzuhalten bleibt, daß das Seminar zwar nicht verhindert worden ist.

Den Veranstaltern des Seminars ist es jedoch nicht gelungen, ihre menschenverachtende Ideologie ungestört zu verbreiten. Deutlich wurde auch, daß progressive Positionen in der Studierendenschaft nicht unbedingt vorausgesetzt werden können. In derartigen Fällen ist es von Vorteil, auch die oftmals verschmähten bürgerlichen Kräfte als BündnispartnerInnen zu gewinnen. ■

Prävention und Normalität



Ein Gastbeitrag von Udo Sierck

Die Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung mit dem Neonazi Jürgen Rieger an der Spitze verschickte Ende der siebziger Jahre ein Rundschreiben an Ärzte des deutschen Sprachraums. In ihm wurde aus ärztlicher Verantwortung die »*Führung auf eugenischem Gebiet*« beansprucht und der weitere Ausbau der genetischen Beratungsstellen verlangt. In der Wortwahl eindeutig und treffend, fand lobend Erwähnung, daß in diesen Einrichtungen jetzt auch auf Krankenschein »Erbgesundheitsgutachten« erstellt würden. Bei geringstem Zweifel am gesunden Nachwuchs gäbe es nur eines: »*Verweisen Sie Ihre Patienten an die Genetischen Beratungsstellen.*« Zur weiteren Information und zur »*Vertiefung Ihrer erbgesundheitlichen Kenntnisse*« wurden Bücher prominenter bundesdeutscher Humangenetiker empfohlen.

In einem Merkblatt mit gesundheitlichen Ratschlägen für Eheschließende, das Heiratswilligen auf den Standesämtern in Baden-Wüttemberg mindestens noch Ende der achtziger Jahre in die Hand gedrückt wurde, heißt es in einem Jargon, der an die »Aufklärung« zur Volksgesundheit im NS-Regime erinnert: »*Gesundheit ist eine der wesentlichen Grundlagen für das Glück der Ehe. Gesundheitsvorsorge (...) ist eine wichtige Voraussetzung für ein harmonisches Eheleben und für gesunde Kinder. Krankheit dagegen bringt Kummer und Sorgen ins Haus, beeinträchtigt die Schaffens- und Lebensfreude des Ehepartners und zerbricht die eheliche Gemeinschaft. Bestimmte Krankheiten der Eltern können die Kinder in ihrer körperlichen und geistig-seelischen Entwicklung schädigen. Unheilvoll sind vor allem bestimmte Erbleiden (...). Es sollte sich deshalb jeder, der heiraten will, vergewissern, ob sich die Verehelichung mit seinem Gesundheitszustand vereinbaren läßt. Es ist dies die ernste Pflicht eines gewissenhaften Menschen gegen sich selbst, gegenüber seinem künftigen Ehegatten und den Nachkommen. (...) Verlobte sollen deshalb vor der Eheschließung ihren Arzt aufsuchen und diesen um eine gründliche Untersuchung (...) und um seinen sachverständigen Rat bitten. Zumeist wird die ärztliche Untersuchung eine Bestätigung der Heiratsfähigkeit bringen. (...) Wer gegen diese Vorschriften verstößt, obwohl er seine Erkrankung kennt oder den Umständen nach kennen muß, kann mit Freiheitsstrafe oder mit Geldstrafe bestraft werden.*« Solche Appelle an die Selbstverantwortung, die diversen Angebote der Prävention in Anspruch zu nehmen, verbunden mit dem drohenden Vorwurf der Selbstverschuldung, wenn ein Kind eine vorgeburtlich erkennbare Behinderung hat, sind heute kaum noch notwendig. Denn ohnehin besitzen immer mehr scheinbar verantwortungsbewußte Menschen ein Präventivbewußtsein und akzeptieren die Versprechungen der Humangenetik auf ein nichtbehindertes Kind. Nach dem Büro für Technikfolgen-Abschätzung (TAB) beim Deutschen Bundestag sind mit DNA-Analysen seit Anfang 1993 bereits 738 verschiedene Erkrankungen nachweisbar. Daß mit dieser Entwicklung die Stigmatisierung behinderter Menschen als »*nicht rechtzeitig erkannt*« einhergeht, ist eine wenige Jahre alte Behauptung aus der Behindertenbewegung, die sich inzwischen bewahrheitet hat. Die Prävention erhebt den Anspruch, eine Behinderung erst gar nicht entstehen zu lassen. Tritt eine Behinderung auf, hat die Prävention demnach in ihrem Selbstverständnis versagt. Lebende behinderte Menschen sind eine Provokation für die ExpertInnen und PraktikerInnen der Prävention.

Anton Leist, ein in der aktuellen bioethischen Debatte stehender Philosoph, der sich in schriftlichen Beiträgen auch für die Tötungsdiskussion stark macht und der eine Verbindung zu den Rechtsextremen weit von sich weisen würde, äußert zu den Möglichkeiten und Konsequenzen der vorgeburtlichen Untersuchungen: »*Vielleicht führt das Bestreben, möglichst gesunde Kinder zu haben, zugleich zur verbreiteten Intoleranz gegenü-*

ber lebenden Behinderten. Andererseits werden durch die pränatale Diagnose in Zukunft weniger Behinderte leben, gegen die sich eine Intoleranz richten kann. (...)«

Prävention, übersetzt mit Vorbeuge oder Vorsorge, ist auf den ersten Blick ein vernünftiger Ansatz, der aktives Eingreifen in Verhältnisse und Verhalten rechtfertigt. Aber in Konkurrenz zueinander stehen schon der medizinische und der sozialwissenschaftliche Ansatz der Prävention: Letzterer setzt auf die mündigen Bürger, auf gesellschaftliche Reformen mit Gesundheits- und Sozialpolitik. Das faktisch herrschende medizinische Präventionsmodell individualisiert Krankheit, macht die Menschen zum Objekt, deren »natürliche« Anlagen es zu entschlüsseln und an denen es anzusetzen gilt. Prävention und Eugenik verbinden sich zu einem undurchsichtigen Geflecht. Mit der Definitionsmacht über Normalität und mit der Macht, in Lebenszusammenhänge eingreifen zu können, bedeutet medizinisch orientierte Gesundheitsvorsorge auf den zweiten Blick Selektion, soziale Ausgrenzung sowie physische und psychische Gewalt.

Die Perspektiven der Prävention sind Entmündigung und Disziplinierung der Versicherten sowie die Ökonomisierung und Bürokratisierung von Krankheit und Behinderung. Die Medizin übernimmt die Rolle einer »Institution sozialer Kontrolle«: Wer sich angepaßt verhält, bekommt nach bestimmten Kriterien finanzielle und materielle Unterstützung. Der gutachtende Arzt oder die attestierende Ärztin bestimmen über den weiteren Lebensweg, sie hierarchisieren die zu ihnen kommenden Menschen in noch Förderbare und in jene, bei denen der zu betreibende Aufwand sich aus ihrer Sicht nicht mehr lohnt. Der Präventionsgedanke wandelt sich in ein technokratisches Instrument der Medizin, das auf individuelle Schuldzuweisung und persönliche Verantwortung setzt und selektiv wirkt.

Auf die eugenischen Varianten der Prävention machte der 1991 vorgelegte und im Auftrag des Bundesministers für Forschung und Technologie erstellte Bericht *»Die Erforschung des menschlichen Genoms. Ehtische und soziale Aspekte«* aufmerksam. In ihm wurde festgehalten: *»Menschen, die aufgrund ihrer genetischen Disposition (...) aus der Normalität herausfallen, werden daher 'von Natur aus' benachteiligt, ja mit der Wiederbelebung eugenischer Vorstellungen als 'minderwertig' eingeschätzt.«* Aus diesem Befund folgerten die Berichterstatter die Einschränkung individueller Freiheiten, denn aus *»dem Modell der Selbstverantwortlichkeit des Individuums kann der Selbstzwang entstehen, die Lebensführung unter das Diktat genetischer Information zu stellen.«*

Trotz des Wissens um diese Perspektive sangen die Autoren des Berichtes ein Loblied auf das reduzierte Menschenbild der Naturwissenschaft, auf die Totalisierung von Erfassung und Zurichtung, bei der das Subjekt und soziale Aspekte auf der Strecke bleiben. Die private soziale Absicherung ist nicht mehr nur eine finanzielle Frage, sondern auch eine der »guten Gene«: Im Technikfolgen-Abschätzung-Brief Nr. 7/1993 des Deutschen Bundestages liest sich lapidar: *»Eine Nutzung genetischer Tests durch Versicherungen kann vor dem Hintergrund steigender Kosten im Gesundheitswesen und einer Verschärfung der Konkurrenz in einem liberalisierten EG-Binnenmarkt nicht ausgeschlossen werden.«*

Ein wichtiges Merkmal der Prävention ist es, beim Individuum anzusetzen, um Entstehung und Verlauf von psychischen oder körperlichen Behinderungen und Erkrankungen zu beeinflussen. Zum Präventionsansatz gehört auch die Offerte, die lebenslängliche Dauer der Behinderung oder chronischen Krankheit im Vorfeld zu verhindern sowie das Ansinnen, einen eingetretenen Leidenszustand nicht zu lange andauern zu lassen. Ein künftiges *»Leben in Leiden«* zu ersparen, ist ein Handlungskonzept und eine Begründung, die von den Vordenkern und TheoretikerInnen sowie von den Tätern und Täterinnen in der aktuellen »Euthanasie«-Auseinandersetzung stammt. Die Prävention vor dem angeprangerten langsamen Sterben bildet in diesem Denken der schnelle Tod.

Behinderung und chronische Krankheit wird zum individuellen Schicksal erklärt, das es privat zu meistern gilt. Ansprüche an die Solidargemeinschaft werden schrittweise negiert. Jeder und jede soll in schwierigen Lebenssituationen selbst zusehen, wieder »auf die Beine zu kommen«. Gelingt dies nicht, wird das dem Einzelnen als persönliche Schwäche gedeutet. Er oder sie hat versagt und kann weder in der Gegenwart noch in der Zukunft größere Unterstützung von außen erwarten.

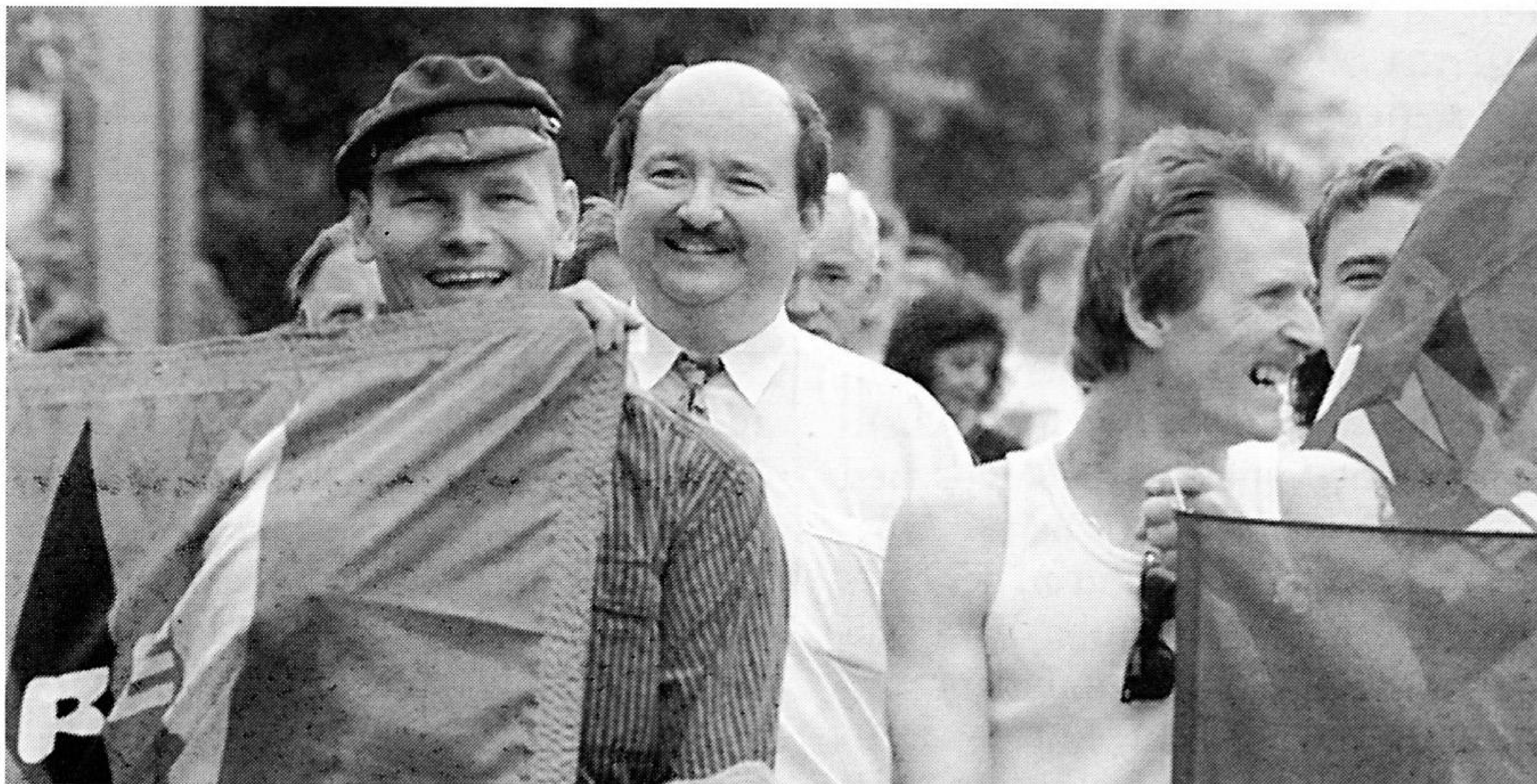
Die naheliegende Konsequenz aus dieser Haltung ist der sprichwörtliche Gedanke an das Ende mit Schrecken statt ein Schrecken ohne Ende. So ist es kein Zufall, daß Hans Schaefer, der Vater der deutschen Sozialmedizin, angesichts behinderter Menschen, bei denen er von einer *»beinahe krankhaften Fröhlichkeit«* ausgeht, Leben nicht mehr absolut setzen möchte. Schaefer folgert, daß eines Tages dem Recht auf Leben das Recht der Gesellschaft auf Kostensenkung gegenübergestellt werden müsse. ■

Udo Sierck ist Autor. Er lebt und arbeitet in Hamburg.

Mit deutlich weniger Teilnehmern als angekündigt, dafür aber in illustrer Spannbreite demonstrierten ca. 300 Republikaner, NPDler und Angehörige des sogenannten »Nationalen Widerstands« bzw. der FREIEN KAMERADSCHAFTEN einträchtig am 6. Juni 1998 in Kassel. Anlaß war die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-44« des Hamburger Instituts für Sozialforschung, die vom 26. Mai bis 5. Juli in der Documenta-Halle gezeigt wurde.

Allianz der Geschichtsleugner Teil 5 & 6

Wehrmachtsausstellung und Nazi-Aufmarsch in Kassel...



Ein ungewohntes Bild:
In trauter Eintracht marschierten Reps und unabhängige Kameradschaften.
Christian Käs (stellv. Rep-Bundesvorsitzender, Mitte) läßt sich von Thomas Wulff (Freie Nationalisten, links) das Rep-Transparent tragen.

Die lokalen TrägerInnen der Ausstellung hatten ein umfangreiches Begleitprogramm abendlicher Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen organisiert; Führungen durch die Ausstellung fanden statt, und die Lokalpresse (HNA) brachte unterstützend ausführliche Hintergrundberichte und Sonderseiten mit einer Fülle unterschiedlicher LeserInnenbriefe. Bilanziert wurde ein Erfolg des Konzeptes »*Gräben anschauen – nicht vertiefen*«. Mehr als 30.000 Menschen besuchten die Ausstellung in Kassel. Und: Hier hatte sich erstmals ein CDU-Oberbürgermeister bereit erklärt, auf der Eröffnungsveranstaltung zu sprechen. So weit, so demokratisch in der Form. Inhaltlich war neben interessanten Informationen eine relativ starke Behutsamkeit im Umgang mit den Tätern und eine Tendenz zu Abgrenzungen gegen »*jedwede politische Extreme*« zu beobachten. Bei den Veranstaltungen ging es um einen Aufarbeitungsdiskurs aus vorrangig historischer Perspektive, der nicht durch konfrontative Strategien, sondern durch Information, gegenseitiges Zuhören und Differenzierung gefördert werden sollte. Ein Ansatz, der punktuell jedoch zu dem Unbehagen führte, daß sich vor allem Linke – in quasi vorauseilender »Zahmheit« – um den Dialog bemühten und manches Mal Täter- und Opferpositionen allzusehr verwischt wurden.

Spektakuläre Stör- oder Beschädigungsaktionen gegen die Ausstellung blieben aus. Es gab diverse verbale Bekenntnisse, ein schüchterner Pappschild-Opi für wenige Minuten vor dem Eingang und Schmähbriefe gegen die VeranstalterInnen. Das Gästebuch spiegelt die unterschiedlichen Haltungen der BesucherInnen wieder.

Sicherheitstechnisch setzten die VeranstalterInnen auf private Security und Polizei zum Schutz der Ausstellung im engsten Sinne und verhielten sich nicht zu den anderen angekündigten Aktivitäten von Faschisten in der Stadt.

Bündnis gegen Rechts

Umso notwendiger war es, daß sich hier andere Kräfte organisierten, um den – seit München – zu erwartenden Öffentlichkeits- und Propagandaaktionen der Rechten etwas entgegenzusetzen. So konstituierte sich im Frühjahr ein »Bündnis gegen Rechts« (BgR), dem neben autonomen und feministischen AntifaschistInnen auch Gruppen wie VVN/BdA, Friedensforum, DFG/VK, Kasseler Erwerbslosen-Initiative, Frauengruppe Courage, DGB/ÖTV, AWO und Sozialistische Initiative Voran sowie die Parteien PDS, Grüne und SPD angehörten.

Insgesamt bewährte sich die Bündnisarbeit hinsichtlich eines breiten Unterzeichnungsspektrums bei Aufrufen, was möglicherweise auch eine breitere Mobilisierung bewirkte. Unerfreulich hingegen war, daß die meiste praktische Organisations-Arbeit vor allem an den (ex-)Autonomen hängenblieb und die Verbindlichkeit vieler »FunktionärInnen« (aus diversen Spektren) zu Wünschen übrig ließ. Der Anspruch gemeinsamer inhaltlicher Diskussionen konnten ebenfalls nur sehr begrenzt umgesetzt werden. Ärgerlich war zudem, daß die HNA nur sehr selten und/oder verspätet die Presseerklärungen des BgR veröffentlichte.

Trotz alledem wird das BgR – auch nach der sog. Wehrmachtsausstellung und den diesbezüglichen Nazi-Aktivitäten – vorerst weiterexistieren.

Eröffnungstag

Zur Ausstellungseröffnung am 25. Mai wurde das Gelände um den Ausstellungsort reichlich von Polizei abgesichert. Die rechte Präsenz war eher spärlich, man blieb angesichts der Situation relativ unbehelligt und beschränkte sich auf das Verteilen einiger Flugblätter. Gekommen waren: Für das FRIEDENSKOMITEE 2000 FRIEDRICH BAUNACK aus Rothenburg a.d. Fulda (Regionalbeauftragter für Nordhessen der DEUTSCHLANDBEWEGUNG um ALFRED MECHTERSHEIMER), für die BÜRGERAKTION UNSERE ZUKUNFT ROY A. GODENAU aus dem nordhessischen Gilserberg, der seit langem im Umfeld verschiedener Nazi-Organisationen tätig ist (mit einigen Begleitern), die Rechtsaußen RUTH BACHMANN aus Arolsen, mehrere Kasseler Reps, u.a. deren lokale Gallionsfigur CHRISTINE MEY und BAUER, ein Mitglied der REPUBLIKANISCHEN JUGEND (RJ) aus Volkmarsen.

Vor dem Nazi-Aufmarsch

Zentraler Mobilisierungspunkt wurde dann die von der Republikanischen Jugend bzw. deren hessischem Landesvorsitzenden ANDREAS LEHMANN aus Gelnhausen angemeldete Kundgebung am 6.Juni. Das Ordnungsamt nutzte keine Möglichkeit, um die REP-Veranstaltung zu verbieten oder außerhalb der City zu verlegen. Stattdessen entschied SPD-Bürgermeister und Ordnungsdezernent Ingo Groß, eine »*Pufferzone*« einzurichten und die Nazi-Kundgebung vor dem Rathaus, direkt am Denkmal für den im »Dritten Reich« zerstörten Brunnen des jüdischen Stifters Aschrott zu genehmigen. Die antifaschistische Gegendemo durfte nur bis zum etwa 200 Meter entfernten Königsplatz gehen. Der Verbotsforderung des BgR begegnete Groß mit für ihn nicht sonderlich typischen liberalen Demokratie-Begründungen (»*Versammlungsfreiheit*«) und der angeblichen Aussichtslosigkeit juristischer Anstren-

gungen in dieser Angelegenheit. Damit versäumte er es sowohl, den Rechten mehr »Nerverei« durch Gerichtsverfahren zu bescheren, als auch, ein politisches Signal zu setzen. Stattdessen wurde das extrem spärliche Lippenbekenntnis, daß er die rechte Demo nicht begrüße, faktisch überlagert von der Garantie für diese, an sehr exponierter (und zusätzlich thematisch sensibler) Stelle demonstrieren zu dürfen und ihren Schutz polizeilich durchzusetzen.

Nazi-Aufmarsch und Gegendemo

Nachdem der städtische Kurs der Genehmigung und Absicherung gegenüber den Rechten nicht mehr zu revidieren war, verließen sich Antifas und BgR auf die eigenen (vorbereiteten) Kräfte: Die antifaschistische Demo war mit ca. 1.500 Leuten für Kasseler Verhältnisse sehr groß und bunt gemischt und konnte zügig die offizielle Route absolvieren, inklusive einer spektrumsmäßig breit gefächerten, aber bewußt kurz gehaltenen Abschlußkundgebung. Etwa 150 Menschen gelangten auf den Rathausplatz und konnten ihn zunächst besetzen, andere standen jenseits der Polizeiketten um den Platz herum. Die über die Autobahn kommenden Neonazis wurden in zwei Konvois von der Polizei in die Stadt eskortiert. Nach verzögerter Sammlungsphase marschierten die ca. 300 Nazis gut beschützt eine kurze Strecke in Richtung Rathaus. Dabei waren einige Reps wie Andreas Lehmann, Christine Mey und CHRISTIAN KÄS (stellvertretender Bundesvorsitzender der Reps), THOMAS »STEINER« WULFF (Ex-NL, FREIE NATIONALISTEN, Hamburg), THORSTEN HEISE (Ex-FAP, KAMERADSCHAFT NORTHEIM), MARKUS ECKEL (Ex-FAP, Kassel), CHRISTIAN HEHL (zu diesem Zeitpunkt noch Nazi-Ladenbesitzer, Ludwigshafen), FRIEDHELM BUSSE (Ex-FAP-Chef) sowie MICHAEL HOMEISTER (Göttingen, früher im Umfeld des ehemaligen Schulungszentrums von KARL POLACEK in Mackenrode aktiv). Kurz vor Eintreffen des Nazi-Aufmarsches am Rathaus wurde der Vorplatz durch die Polizei freigeräumt, zum Teil unter Schlagstockeinsatz mit einigen Verletzungen bei GegendemonstrantInnen.

Die Kundgebung der Nazis, auf der neben Hauptredner Käs und Anmelder Lehmann auch Baunack und Wulff einen kurzen Redebeitrag halten durften, wurde teilweise von den protestierenden Umstehenden akustisch übertönt. Verhindert werden konnte sie aufgrund der Polizeipräsenz nicht. Beim baldigen eskortierten Rückmarsch kam es zu einigen Konfrontationen, die mit insgesamt 16 Festnahmen und etlichen Personalienfeststellungen von AntifaschistInnen endeten. Obwohl die Polizei angekündigt hatte, keinerlei Straftaten zu tolerieren, wurden Steinwürfe von Nazis und das Zeigen des Hitlergrußes nicht geahndet. Die Polizei begleitete anschließend den Konvoi von ca. 50 Nazi-PKWs und einem Bus bis zum Stadtrand.

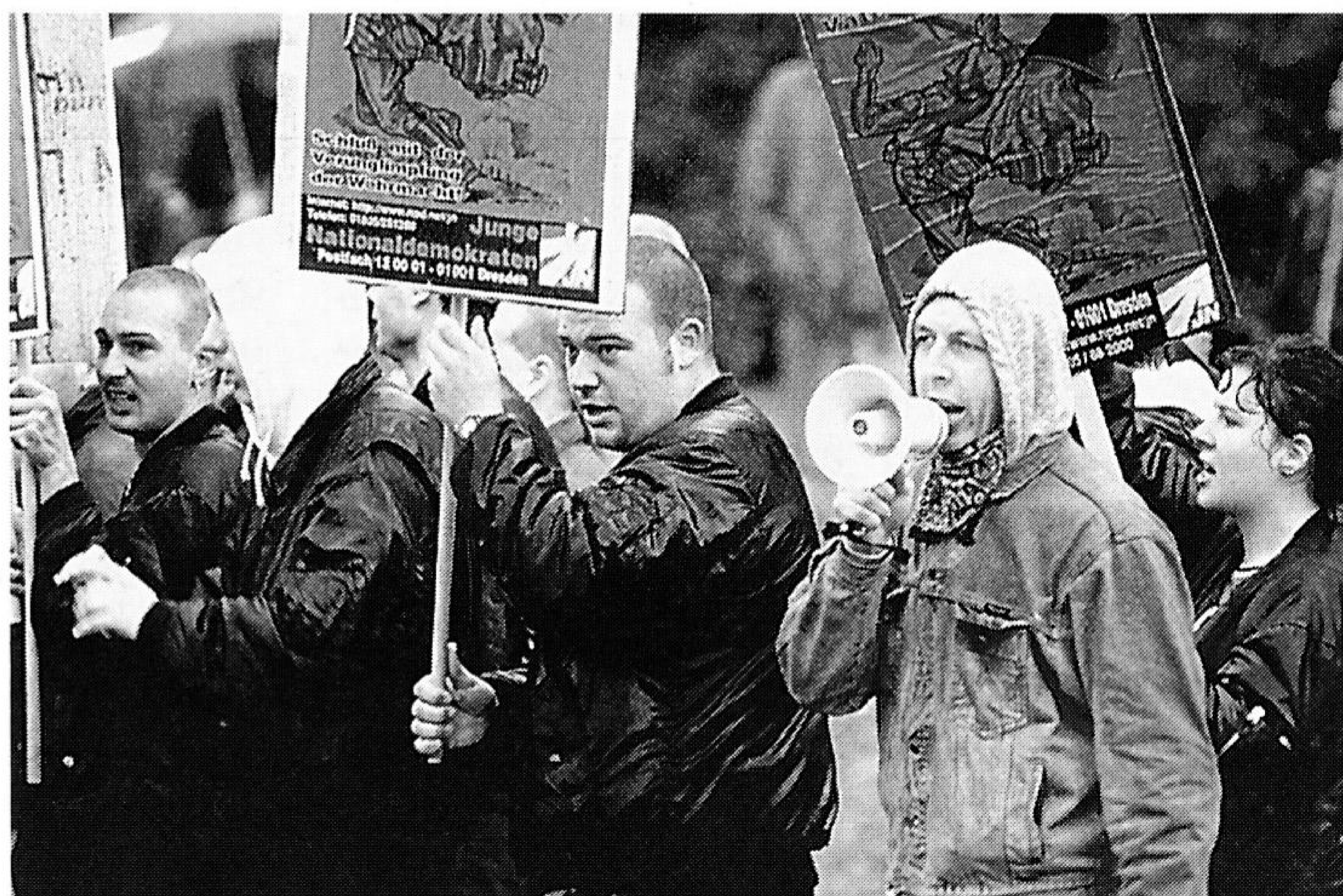
Die Bilanz bleibt zwiespältig: Die Nazis konnten Dank des städtischen und polizeilichen Verhaltens ihre Veranstaltung durchziehen. Das Bemerkenswerte an dem seit Jahrzehnten ersten großen Nazi-Aufmarsch in Kassel wurde von Hamburger Nazis im Internet kommentiert: »*Das besondere bei dieser Demonstration: Republikaner und Freie Nationalisten marschieren gemeinsam. In einer Ansprache begrüßte der stellvertretende Bundesvorsitzende der Republikaner ausdrücklich den parteiübergreifenden Zusammenhalt. Findet nun auch bei den Republikanern ein positives Umdenken statt?*« Daß sich die Fraktion innerhalb der Reps, die eine Zusammenarbeit mit militanten Nazis propagiert, durchsetzen könnte, erscheint durchaus möglich, zumal auch NPD/JN zur Zeit relativ erfolgreich auf dieses Konzept setzen. Die antifaschistischen Aktivitäten konnten die Kundgebung zwar stören, jedoch nicht verhindern. Die zahlreiche Beteiligung eines bunten Spektrums an der Gegendemo und auch später in direkter Nähe zu den Nazis war jedoch sehr erfreulich. Die antifaschistischen Aktivitäten um den 6.6. stießen auf recht breite öffentliche Zustimmung, was darauf hoffen läßt, daß es auch in Zukunft für öffentlich auftretende Nazis in Kassel ungemütlich bleibt – unabhängig vom »offiziellen« städtischen Kurs. ■

...und auch in Münster

Für den 12. September '98 meldeten die Landesverbände NRW von NPD und JN eine Demonstration gegen die zur Zeit in Münster weilende Wanderausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944« an. Nach einigem juristischen Hin und Her erlaubten die Gerichte schließlich den Naziaufmarsch.

So marschierten am 12. September etwa 300 Nazis eine knappe Stunde durch Münster. An die 1.000 GegendemonstrantInnen sorgten jedoch von Beginn an dafür, daß nicht nur Regen auf die Faschisten niederging. Die anwesende Polizei hatte anfangs einige Schwierigkeiten, die nassen »Kameraden« vor größeren antifaschistischen Unwettern zu schützen.

Veranstaltungsleiter der NPD-Kundgebung war der Landesvorsitzende NRW und JN-Bundesvorstandsmitglied ACHIM EZER aus Köln-Buchheim (Hermann-Kunz-Straße 19). Der NPD-Landesvorsitzende UDO HOLTMANN erfreute die anwesenden Nazis mit einer schmissigen Rede, die in ihrer Schwachsinnigkeit von Ezer anschließend noch übertroffen wurde. Aber auch einige



»Schluß mit der Verunglimpfung der Wehrmacht« hieß es auf den Plakaten der überwiegend dem Spektrum der »unabhängigen« Kameradschaften zugehörigen Neonazis. Rechts mit Megafon: Bernd Stehmann aus Bielefeld

Mitglieder UNABHÄNGIGER KAMERADSCHAFTEN um SVEN SKODA vom NIT RHEINLAND und der KAMERADSCHAFT BONN/RHEIN-SIEG erschienen bei diesem Stelldichein der extremen Rechten. SIEGFRIED BORCHARDT, OLIVER HÄNDEL, DIETER RIEFLING und THORSTEN CRÄMER (DKW) waren ebenso mit von der Partie wie JNler aus Frankfurt um ROLF GIESEMANN. Abschließend ist festzustellen, daß es den Nazis trotz starker und entschlossener Gegenwehr gelungen ist, ihren Marsch gegen die Ausstellung durchzuführen. Zwar kamen nicht die großmäulig angekündigten 3000 Teilnehmer, aber die faschistische Hetze gegen die Ausstellung hat mittlerweile eine gewisse Kontinuität erreicht. Als nächsten Schritt haben die Nazis bereits angekündigt, am 24. Oktober in Bonn gegen die Ausstellung aufmarschieren zu wollen. Der positive Effekt für die Faschisten liegt dabei wohl weniger in der nicht mehr sonderlich großen Publicity, sondern in dem verbindenden und einigenden Charakter für die gesamte rechte Szene, den der »Widerstand« gegen die Wehrmachtsausstellung besitzt. ■

Ein »Café Germania« ist schon eins zuviel



»Nationales Gastronomieprojekt« strebt Ausbreitung an und stößt auf Widerstand

Seit Dezember 1997 sorgt das Berliner CAFÉ GERMANIA für Schlagzeilen. Gründungsvater des mittlerweile bundesweit bekannten Neonazitreffpunktes in der Lichtenberger Normannenstraße 5a ist der Nazikader ANDREAS VOIGT aus dem Raum Stuttgart. Von Anfang an gingen AntifaschistInnen mit Demonstrationen und Glasbruch gegen das Germania vor. Mittlerweile rufen die in Bedrängnis geratenen »verantwortlichen Initiatoren« mit Anzeigen in der DEUTSCHEN STIMME und auf den Internet-Seiten der BERLIN-BRANDENBURGER ZEITUNG *»ab sofort das Projekt Café Germania«* aus. Ihr Ziel: *»Eine erst berlinweite und später deutschlandweite Infrastruktur von nationalen Gastronomie- und Freizeitobjekten zu schaffen«*. Vorher jedoch gilt es, daß Lichtenberger Objektzu halten: Nach dem dritten Glasbruch soll sich die Versicherung geweigert haben, weiter für den Schaden aufzukommen. Seitdem hat das Germania Sicherheitsscheiben aus Plastik. Über Andreas Voigt wird berichtet, daß ihn mittlerweile mehrere zehntausend Mark Schulden plagen.

Das Café Germania hat sich seit seiner Eröffnung schnell zum Sammelpunkt für bundesweit bekannte Neonazikader, Naziskins und rechte Kundschaft aus dem umliegenden Stadtteil entwickelt. Der Name ist Programm: Bei germanischem Met können die Gäste Landsermusik hören, sich an germanischen Kunstwerken wie der *»Sprachenkarte von Mitteleuropa«* – publiziert vom ARNDT-VERLAG des Neonazis DIETMAR MUNIER – erfreuen und ungestört ihre Pläne schmieden.[1] Hier sind die Möchtegerngermanen bei »nationalen Liederabenden« unter sich, denn der Zutritt zu dem Café mit der breiten Fensterfront in dem renovierten Neubau wird nicht selten wird nur nach Augenschein und Gesichtskontrolle gewährt. Wenn Besucher an auf der Straße und vor dem Caféeingang herumlungernden Naziskins vorbeigekommen sind, haben sie die erste Hürde auf dem Weg in das *»nationale Gastronomieobjekt«* geschafft. Doch Laufkundschaft verirrt sich ohnehin nur selten hierher. Alle, die nicht in das rechte Weltbild passen, wechseln schon einige hundert Meter vor dem Germania die Straßenseite. Zu oft gingen von Besuchern der Nazi-Kneipe Übergriffe und Pöbeleien aus, als daß nicht alle im Viertel lebenden Menschen über die politische Einstellung der Gäste und der Betreiber informiert wären.

Etwas länger dauerte es, bis die Informationen über das Treiben im Germania bei den Hausbesitzern und deren Hausverwaltung Besorgnis und halbherzige Distanzierungen auslösten. Das Gebäude in der Normannenstraße gehört seit 1996 der L&R Wohnbau GmbH aus Mönchengladbach. Die Hausverwaltung wechselte im Juni diesen Jahres zur im Haus befindlichen Perfecta Hausverwaltung. Gepachtet wurden die Caféräume von ERIK BEHRENDT, der diese an die Germania-Betreiber untervermietet. Nach einem offenen Brief, der zur Schließung des Germania auffordert und u.a. vom PDS-Bezirksbürgermeister unterschrieben wurde, behauptet die Hausverwaltung mittlerweile, daß sie die Germanen gerne loswerden würde. Allein die komplizierten Pacht- und Mietrechtsbestimmungen hätten sie bislang an einem Rausschmiß gehindert. Durch eine Veranstaltung der »Aktion gegen Rechts Friedrichshain/Lichtenberg« zum Germania Mitte September wurde der Druck auf die Hausverwaltung verstärkt. Etwa 150 ZuhörerInnen – vornehmlich ältere BürgerInnen und Antifas – informierten sich über den rechten Treffpunkt und planten weitere Aktivitäten. Erstmal jedoch sieht es so aus, als wenn Andreas Voigt & Co weiterhin Met ausschenken und der Naziszene einen Treffpunkt bieten können.

Mit Lichtenberg haben Voigt und Kameraden einen idealen Standort gewählt. In dem Bezirk wurden 1997 die meisten rechtsextremen Straftaten in Berlin verübt; hier gibt es neun bekannte faschistische Skinheadstützpunkte – weit mehr als in jedem anderen Bezirk – sowie zwei Stützpunkte von Neonazikameradschaften.[2] In der Nähe des Germania befindet sich das Ring-Center, ein beliebter rechter Treffpunkt, und der von dem Ex-NA-Kader FRANK LUTZ betriebene Tattooshop UTGARD.

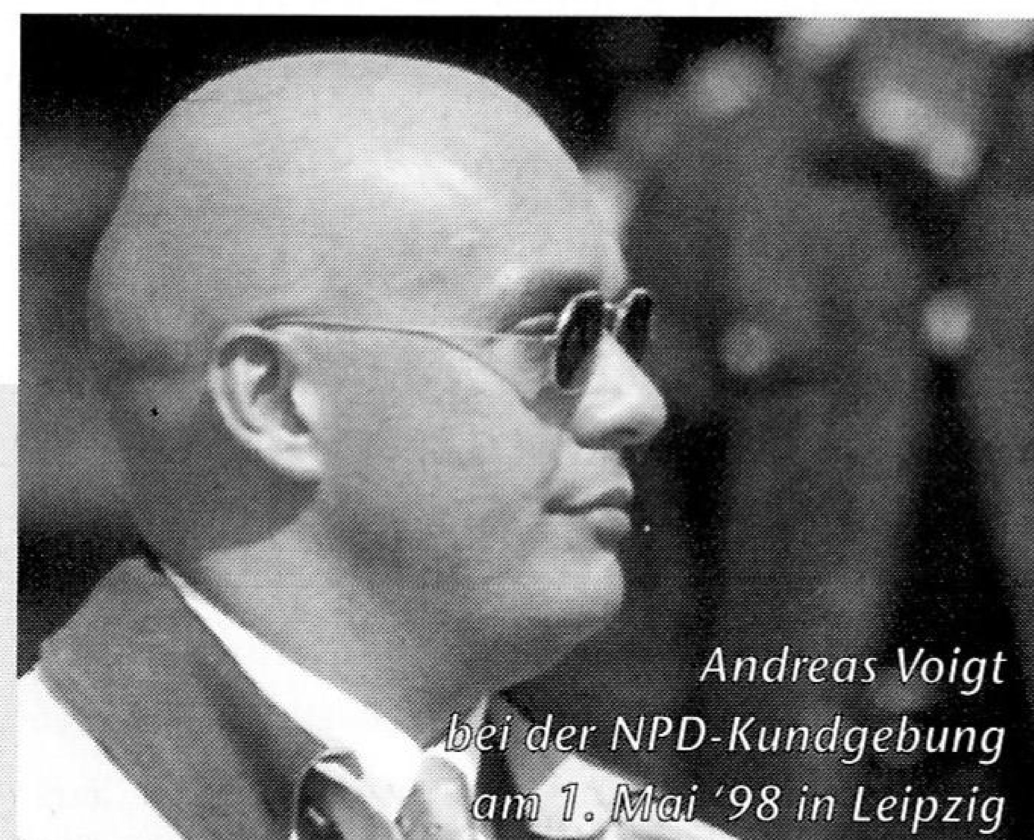
Die Kundschaft kommt aus allen Strömungen der Berliner Neonaziszene: NPD-Kader ANDREAS STORR wurde hier ebenso gesehen wie der ANTI-ANTIFA-Aktivist OLIVER SCHWEIGERT, der das Germania offenbar zu seiner Stammkneipe gemacht hat. Schweigert kennt sich in Lichtenberg aus. Schließlich war er Anfang der 90er Jahre an der Nazihausbesetzung in der Lichtenberger Weitlingstraße beteiligt. ■

Bestelladresse für eine Infomappe zum Germania: »Aktion gegen Rechts«, c/o Stadtteilladen, Grünberger Str. 73, 10245 Berlin.

1) Bulletin »Zentrum Demokratische Kultur« 2/98, »Café Germania – das etwas andere Lokal«. Berlin 1998.
2) Kleine Anfrage Nr. 13/3697 der PDS-Abgeordneten Dr. Margit Barth über rechtsextremistische Orientierung bei Jugendlichen. Berliner Abgeordnetenhaus, August 1998.

Wer ist Andreas Voigt?

Voigt, der nach Angaben der Hausverwaltung als Germania-Geschäftsführer auftritt, war Chef der Boneheadgruppierung KREUZRITTER FÜR DEUTSCHLAND (KDF) aus dem Stuttgarter Raum. Die damals etwa 50 Mitglieder zählenden Gruppe war Anfang der neunziger Jahre eine der aktivsten in der bundesweiten Naziskin-Szene. Zu ihren Aktivitäten gehörte vor allem die Organisierung von Nazikonzerten – u.a. mit international bekannten Bands wie SKREWDRIVER aus England – ein Versandhandel und der Verkauf ihres Zines DIE BURG. Seit 1993 spielten die Kreuzritter und die ihr nahestehende Band NOIE WERTE eine maßgebliche Rolle beim Aufbau der deutschen Sektion des internationalen Naziskin-Netzwerkes BLOOD & HONOUR. Fünf Mitglieder der Kreuzritter wurden im März 1994 wegen Verbreitung von Propagandamaterial verfassungswidriger Organisationen zu mehrmonatigen Bewährungsstrafen verurteilt. Andreas Voigt erhielt vom Landgericht Stuttgart u.a. wegen Nötigung, Körperverletzung und Bedrohung eine


Andreas Voigt bei der NPD-Kundgebung am 1. Mai '98 in Leipzig

Haftstrafe von drei Jahren und vier Monaten. Er hatte zusammen mit zwei Gesinnungsgenossen einen abtrünnigen Kameraden mißhandelt und nach Frankreich entführt. Dort wollten sie ihn zwingen, in die Fremdenlegion einzutreten.

Zwischen Subkultur und Politik – die Nazi-Szene in Sachsen

Die NPD hat in Sachsen ihren mit Abstand stärksten Landesverband. Warum? Daß die Partei und ihre Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN gerade im Freistaat einen enormen Zulauf haben, ist nicht zufällig, sondern eine Reihe von Faktoren spielen dabei eine Rolle. Neben der weitverbreiteten rassistischen und nationalistischen Grundstimmung, etablierte sich in Sachsen innerhalb der vergangenen Jahre eine kontinuierlich arbeitende Nazi-Skinhead-Subkultur. Parallel dazu bildeten sich »Autonome Kameradschaften«, die das Bindeglied zwischen den rechtsradikalen Nachwendestrukturen und der heutigen NPD bildeten. Zwei dieser Faktoren, die maßgeblich zur Entwicklung der Naziszene in Sachsen beitrugen, werden im Folgenden näher beleuchtet und ihre Auswirkungen auf NPD und JN dargestellt.



Die Skinhead-Subkultur als Rekrutierungsfeld für »unpolitische« Rechtsradikale

In mehreren Gegenden Sachsens begannen ab 1994 Einzelpersonen oder kleinere Gruppen mit der Organisation von Nazikonzerten. Hochburgen waren dabei die Regionen Chemnitz und Ostsachsen. Der Freistaat entwickelte sich innerhalb der letzten zwei Jahre zum bundesweiten Schwerpunkt von Nazi-Skinheadkonzerten. So fanden in diesem Zeitraum annähernd 50 Veranstaltungen statt,[1] bei denen entweder Nazi-Bands auftraten oder der größte Teil der BesucherInnen Neonazis waren. Die Konsequenz daraus war eine Festigung rechtsextremen Gedankgenguts bei sächsischen Jugendlichen.

Bereits 1993 wurden eigene Bands gegründet und unprofessionelle Fanzines herausgegeben. So wirkt(e) der Chemnitzer JENS SCHAARSCHMIDT, Frontmann der Naziband AEG, an der Veröffentlichung des Fanzines »DER HENKER« mit. Mit zunehmender Routine, die mit einer Kommerzialisierung der Skinheadszene einherging, entstanden qualitativ verbesserte Zines. Schaarschmidts Hauptengagement gilt heute dem FOIER FREI. Professionell aufgemacht, war es eines der ersten Zines, das zu einem moderaten Preis eine CD beilegte. Es ist extrem rassistisch geprägt und orientiert sich an der Ideologie von BLOOD & HONOUR (B&H).

Begann die Chemnitzer Nazimusikszene zunächst mit kleinen Konzerten mit regional ansässigen Bands, so gründete sich später die CHEMNITZ CONCERT 88 (CC 88) um Schaarschmidt. Sie war maßgeblich an der Vorbereitung von Konzerten in Westsachsen beteiligt. Ermöglicht wurde das durch jahrelang intensivierte Kontakte zu B&H. Das spiegelt sich beispielsweise darin wieder, daß einige CC 88-Leute an der Herstellung des aus Dänemark verschickten BLOOD & HONOUR-MAGAZINS beteiligt sind. Die überregionale Einbindung der Chemnitzer hatte auch regionale Auswirkungen, denn mit ihrem Grad der Organisierung wurde es möglich, eine von rechts dominierte kulturelle Hegemonie aufzubauen, ohne dabei auf Parteistrukturen angewiesen zu sein.

Ganz anders als in Chemnitz entwickelte sich die Konzertstruktur im ostsächsischen Raum. Dort wurden die Konzerte ab Sommer 1996 maßgeblich von MARIO ANSORGE in Zusammenarbeit mit SASCHA WAGNER vorbereitet (vgl. AIB 42, S.21). Bis heute organisierte Ansorge annähernd zehn Konzerte. Trotz der teilweise bis zu 1.000 BesucherInnen vermochte er es nicht, vor Ort funktionierende Strukturen zu etablieren. Ein Grundhierfür ist die einseitigen Festlegung auf Konzerte. 1997 stieß die NPD in dieses organisatorische Loch. Offensichtlich wurde das im Juli 1997, als im Anschluß an einen NPD-Aufmarsch ein von Ansorge vorbereitetes Konzert in Weißwasser stattfinden sollte. Auch war zu beobachten, daß bei regionalen Parteiveranstaltungen immer auch für ein musikalisches Rahmenprogramm gesorgt wurde. Damit gelang es der NPD, unorganisierte rechte Jugendliche an die Parteipolitik heranzuführen und ihre führende Position als rechtsextreme Partei in der Region auszubauen.

Wegbereiter für »bessere« Zeiten

Nach den Parteiverboten kam es ab 1994 zu einer Aufsplittung des rechtsextremen Lagers. Die Zeit der Neuorganisierung von unten begann. In vielen Regionen Sachsens bildeten sich sogenannte »Autonome Kameradschaften«, was teilweise eine Weiterführung der Arbeit verbotener Organisationen bedeutete. Die Kader waren vor allem in ihren »Wohngebieten« aktiv. Dort gelang es ihnen, eine große Anzahl von rechtsgerichteten Jugendlichen an sich zu binden. Mit der Zeit bildeten sich aus lockeren Zusammenhängen festere Gruppen, die sich schließlich als Kameradschaften begriffen. Diese Art der Umstrukturierung erlaubte ihnen freies Agieren. Und im Unterschied zu jeder Partei ermöglichte diese Unabhängigkeit ein militantes Auftreten. Durch Übergriffe auf alle, die sich nicht dem rechten Mainstream anpaßten, entstand in vielen Gebieten Sachsens, wie z.B. der Muldentalkreis, eine rechte Hegemonie.

Ab 1996 ist anhand verschiedenster rechtsradikaler Publikationen nachweisbar, daß einzelne Kameradschaften regen Kontakt mit NPD/JN pflegten. So die Dresdner Kameradschaft SACHSENFRONT, die schon im Dezember 1995 in der sächsischen NPD-Zeitschrift »SACHSENSTIMME« vorgestellt wurde. Mit zunehmender Organisierung gestalteten die Kameradschaften ihre Öffentlichkeitsarbeit professioneller; eigene Plakaten und Zeitschriften wurden hergestellt.

Mit dem NPD-Großaufmarsch gegen die Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht« in München wurden die Vereinzelungstendenzen der sächsischen Kameradschaften aufgebrochen. NPD/JN konnten erstmals einen überregionalen Führungsanspruch behaupten. Ab diesem Zeitpunkt traten die Kameradschaften immer weniger an die Öffentlichkeit. Dagegen waren ihre Führungsfiguren dann



»Ein Herz für Deutschland« – NPD-Aufmarsch 1997 in Görlitz

ab 1997 in der sächsischen NPD zu finden. Markus Müller, ehemaliger Führer der Kameradschaft Wurzen, ist heute Kreisverbandsvorsitzender der NPD im Muldentalkreis. Bis zum Herbst 1997 war es der NPD/JN in Sachsen gelungen, fast das gesamte organisierte rechtsextreme Potential an sich zu binden. Die Namen der Kameradschaften werden jedoch weiterhin für Aktionen genutzt, die nicht öffentlich auf die NPD/JN zurück geführt werden sollen.[2]

»jung, national, erfolgversprechend«

Schon ab Ende 1995 wurde der Versuch unternommen, »*ein Zusammengehen aller rechtsextremen Gruppierungen*«[3] zu forcieren. Im Freistaat führte dies zu parteiübergreifenden Runden Tischen von rechtsextremen Gruppierungen. Die Veranstaltungen, die vor allem in Leipzig und Dresden ab dem Frühjahr 1996 stattfanden, liefen unter dem Motto *»Ein Herz für Deutschland – vereint sind wir stark«*. Die Gründung eines Bündnisses für Deutschland wurde versucht, denn nur im festen *»Bündnis aller Nationalen«*[4] wurde eine Chance für die erfolgreiche Umsetzung der *»historischen Mission«*[5] gesehen. Der Sammlungsversuch aller rechten Gruppierungen scheiterte. Aber nichtsdestotrotz gelang es der NPD, wichtige Kader anderer Organisationen zum Parteiübertritt zu bewegen. Offensichtlichstes Beispiel ist der heutige NPD-Landesvorsitzende Winfried Petzold, der früher dieselbe Funktion bei den Republikanern inne hatte.

Parallel zu dieser Entwicklung ging der sächsische Landesverband gezielt in parteipolitisch unorganisierte Gegenden und versuchte, vor Ort Aufbauarbeit zu betreiben. Ziel war die Ausbreitung der NPD innerhalb Sachsens und die Erhöhung des Einflusses an der Basis. So geschehen 1996 in Görlitz, wo der NPD-Landesverband mit zwei Informationsveranstaltungen die Gründung eines Kreisverbandes unterstützte.

Im selben Jahr war die sächsische NPD mehr mit der Selbstorganisierung beschäftigt, als daß sie öffentlich auftrat. Der Kauf bzw. die Anmietung eigener Räumlichkeiten und die Werbung neuer Mitglieder standen zu dieser Zeit im Vordergrund ihrer Arbeit.

Der Aufschwung in Sachsen begann 1997, vor allem nach dem für die Nazis erfolgreichen Großaufmarsch in München am 1. März 1997. Neue Kreisverbände schossen wie Pilze aus dem Boden. Möglich wurde dies durch schon vorhandene Nazistrukturen in Sachsen. *»Während im Raum Weißwasser ehemalige Mitglieder der Republikaner (darunter ein Kreistagsabgeordneter) mit bisher parteilosen Bürgern den NPD-Kreisverband Niederschlesischer Oberlausitzkreis gründeten, sind es im KV Muldentalkreis zumeist junge Parteimitglieder.«*[6]

Mit der nunmehr fast flächendeckenden[7] Präsenz der NPD ist sowohl eine vielfältige Öffentlichkeitsarbeit, als auch ein reges innerparteiliches Leben festzustellen. Seit 1998 sind jedes Wochenende in Sachsen Aktivitäten von NPD/JN zu registrieren. So finden immer wieder Vortragsveranstaltungen mit bekannten Referenten statt, wie z.B. Per-Lennart Aae und Thomas Salomon. Neben der ideologischen Weiterbildung der Mitglieder gibt es häufig von der NPD organisierte Konzerte. Exemplarisch ist die Frank Rennicke-Tour im März 1998 in Ostsachsen.

Die *»vorbildliche«* Arbeit des sächsischen Landesverbandes wurde schließlich im Januar 1998 in Stavenhagen beim NPD-Bundesparteitag belohnt, als der Leipziger Jürgen Schön abermals zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt und der Rechtsanwalt Gregor Janik aus Zittau neu in den Bundesvorstand berufen wurde.

Doch obwohl der sächsische NPD-Landesverband der derzeit stärkste in der Bundesrepublik ist, hat er einige Probleme. Die NPD ist nicht mehr in der Lage, Sachsen flächendeckend mit fähigen Führungspersonen abzudecken. Nachzuvollziehen ist diese Entwicklung beispielsweise an Oliver Händel, der in Personalunion einerseits Führungskader der JN und andererseits stellvertretender Landesvorsitzender in Sachsen ist. Vor Ort übernehmen oft unerfahrenere Mitglieder die Führung und scheitern daran. So geschehen Anfang diesen Jahres in Dresden mit der Wahl von Ronny Thomas zum neuen NPD-Kreisvorsitzenden. Er war aber mit seiner Aufgabe, Führungsperson einer zugelassenen Partei zu sein, überfordert. Mitte Mai 1998 war der als Schläger bekannte Thomas erneut an einem Überfall auf Punks beteiligt und wurde inzwischen verurteilt.

Daß sächsische NPD-Mitglieder an gewalttätigen Übergriffen beteiligt sind, ist nichts Neues. In Freiberg beteiligte sich das NPDler Heiko Böhm an einem Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim. Im Zuge der Ermittlungen zu einem Brandanschlag im Juni 1998 in Kamenz wurde ein JN Mitglied als Tatbeteiligter gefaßt. Diese Beispiele sind keine Zufälle. Denn durch ihre Öffnung für alle, hat es die NPD schwer, die Kontrolle über die Disziplin ihrer Aktivisten zu behalten. Die derzeitige NPD-Rekrutierungspolitik beschreibt der Landespressesprecher der NPD, Matthias Paul, wie folgt: *»Uns ist es eigentlich egal, woher einer kommt oder ob er früher mal Mist gebaut hat.«*[8]

Die oben erwähnte dünne Kaderdecke ist auch den innerparteilichen Differenzen geschuldet. Diese haben ihre Ursachen im Streit um die Entmachtung des ehemaligen Parteivorsitzenden Günter Deckert. Was innerhalb der bundesweiten NPD zu einer Spaltung der Mitglieder führte, hinterließ auch in Sachsen seine Spuren. So mußten ehemalige Landesvorstandsmitglieder ihren Hut nehmen, weil sie sich weiterhin hinter Deckert stellten. Einer von ihnen, Torsten Keil, ist seit September 1997 Mitherausgeber des »SachsenSpiegel«. Begründet wurde die Herausgabe dieser Publikation damit, daß das innerparteiliche Meinungsgleichgewicht in Sachsen wieder hergestellt werden sollte[9]. Dieses Ungleichgewicht wird mit dem absoluten Führungsanspruch von Jürgen Schön begründet. Einer der Autoren in dieser Zeitschrift ist Stefan Giemsa aus Altenberg (vgl. AIB 42, S.21). Aufgrund der innerparteilichen Säuberung dürften jetzt alle Kreisverbände in Sachsen zum Voigt--treuen Flügel gehören.

Die JN in Sachsen – bundesweiter Schwerpunkt ohne regionale Bedeutung?

Bewußt haben wir in diesem Beitrag fast ausschließlich die NPD-Strukturen in

Sachsen beleuchtet. Gegenwärtig ist die seltene Nennung von expliziten JN-Aktivitäten dem geringen Altersdurchschnitt der sächsischen NPD-Anhänger geschuldet, der eine Trennung in NPD und JN fast unmöglich macht. Mit dem Ende der DDR plante die JN ihre Ausweitung im Osten. Ihr Hauptaugenmerk richtete sie dabei auf Leipzig, wo im Herbst 1990 ihr Bundeskongreß stattfand, um die Vereinigung der mittel- und westdeutschen JN[10] zu vollziehen. Die Delegierten wählten den Leipziger FRANK KOLENDER zu ihrem neuen Vorsitzendenden. Dieser Schritt zeigte, wie ernst die JN ihre neugewonnenen Kameraden in Ostdeutschland nehmen wollte. Im Verlauf der folgenden fünf Jahre gelang es ihr aber nicht, sich aus ihrer Bedeutungslosigkeit zu befreien.

Uwe Leichsenring (links), Kreisgeschäftsführer des NPD-KV Sächsische Schweiz, führte am 24.01.98 in Dresden zusammen mit Udo Voigt (mitte) und Winfried Petzold (rechts) den bisher größten NPD-Aufmarsch in Sachsen an.



Eine Änderung dieser Situation stellte sich erst Pfingsten 1996 ein, als in der Messestadt erneut ein JN-Bundeskongreß stattfand. Diese Veranstaltung galt als Startsignal für den Aufbau neuer Strukturen im Freistaat. So wurde u.a. die Dresdnerin KATHARINA HANDSCHUH zur Bundesmädelbeauftragten in den JN-Bundesvorstand gewählt.

Zur gleichen Zeit verkündete der sächsische Landesverband, daß »*es endlich gelungen* [ist], *einen Stamm von Aktivisten zu bilden*« und daß es »*eine eigene Geschäftsstelle in Sachsen*«[11] gibt. Der damalige Landesbeauftragte der JN war CHRISTIAN PICHE. Im Zuge einer NPD-Demonstration im Juli 1997, kam es innerhalb der sächsischen JN-Struktur zu Differenzen, die mit Versäumnissen und Anmaßungen von Piche begründet wurden. Im Anschluß an seine Absetzung sollte ein »*Dresdner Kamerad*«[12] neuer Vorsitzender werden.

Im Sommer 1997 fand für die sächsische JN ein endgültiger Bruch mit ihrer bedeutungslosen Vergangenheit statt. Oliver Händel verlegte seinen Wohnsitz nach Dresden. Auch sorgte der Sog von München für einen enormen Mitgliederzuwachs in der sächsischen NPD. Neben der Installation eines regionalen NPD-Telefones, betreute Händel zusammen mit Katharina Handschuh ab Herbst 1997 das bundesweite Infotelefon der JN[13]. Die Gründung des ersten sächsischen JN-Stützpunktes folgte am 4.Oktober 1997 in Dresden. Seit der Verlegung ihrer Bundesgeschäftsstelle im November 1997, managt die JN nun einen Großteil ihrer Kommunikationsstruktur von Dresden aus. Bis Ende des Jahres 1998 soll in Sachsen ein Landesverband der JN konstituiert werden.[14]

Ob dieses Ziel erreicht wird, ist fraglich, da die organisatorische Ausbreitung der sächsischen JN, getreu dem Motto »Qualität vor Quantität«, nur langsam vorangeht. Dresden ist zwar einer der organisatorischen Schwerpunkte der JN, dennoch konnte sich die JN in Sachsen bisher nicht als eigenständige Kraft gegenüber ihrer Mutterpartei etablieren. ■

1) Materialsammlung »Dresden ganz rechts«, Dresdner Bündnis gegen Rechts, 19.Mai 1998
2) Beispielsweise 1998 im Vorfeld der Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944« in Dresden
3) Pressemitteilung des NPD-KV Pirna/Sebnitz, 3.November 1995
4) Sachsenstimme Mai/Juni 1996
5) ebenda
6) Sachsenstimme März/April 1997
7) Die NPD hat Sachsen inzwischen parteipolitisch vollständig erschlossen Eine Ausnahme ist das Gebiet um die Stadt Hoyerswerda: Hier gründete sich am 27.Mai 1998 die »Vereinigte Rechte« unter explizitem Ausschluß der NPD.
8) Bild-Zeitung Dresden 15.Mai 1998
9) Sachsenspiegel September 1997
10) Leipzig ganz Rechts, 1995
11) Sachsenstimme Juli/August 1996
12) Die Kameradschaft, September 1997
13) Seit Frühjahr 1998 wird das Infotelefon wahrscheinlich nur noch von Oliver Händel betreut.
14) Diese Ankündigung machte Händel im Anschluß an die Gründung des zweiten JN-Stützpunktes in Bischofswerda im Mai 1998.

Die Gästewoche der DKG, die Mitteldeutschen Vortragstage und das Europa Vorn Pressefest fanden in diesem Jahr in Sachsen statt

Drei auf einen Streich



Seit nunmehr über einem Jahr zieht es JournalistInnen nach Sachsen, um dem Phänomen NPD auf die Spur zu kommen. Sie schrieben viel und sagten nur wenig, denn ihre Darstellungen gingen selten über eine Portraitierung der offensichtlichen Zustände hinaus.

Unerwähnt blieben die Folgen des Aufstieges der NPD. Während der vorhergehende Beitrag versucht, die Gründe für das Erstarken der NPD im Freistaat darzulegen, zeigt der nun folgende Text die Verlagerung des bundesweiten Aktionsschwerpunktes rechter Gruppierungen dorthin auf.

Die Gästewochen der Deutschen Kulturgemeinschaft

Zum fünften Mal in Folge veranstaltete die DEUTSCHE KULTURGEMEINSCHAFT« im September ihre jährliche Gästewoche im sächsischen Altenberg. Der im Osterzgebirge gelegene Touristenort ist den Wintersportenthusiasten eher als Mekka der Bobfahrer denn als Nazitreffpunkt bekannt. Unter dem Motto »*Organisches Denken und Bruchstückdenken. Gegen das politische Zertrümmern aller gewachsener Ordnung*« kamen die etwa 130 überwiegend älteren TeilnehmerInnen zusammen, in der Mehrzahl aus Deutschland und Österreich. In Altenberg braucht der Vorortorganisator STEFAN GIEMSA keinen Widerstand von der Bevölkerung zu fürchten. Örtlichen AntifaschistInnen zufolge gab es in der Vergangenheit Absprachen zwischen Giemsa und der Stadtverwaltung. Diese besagten, daß Giemsa nur geschlossene Saalveranstaltungen durchführt und im Gegenzug der Stadt Altenberg finanziell unter die Arme greift. Auf das unweit der tschechischen Grenze liegende Dorf und den örtlichen Organisator Giemsa ist die DKG über die ehemals starken Strukturen der WIKING-JUGEND in Sachsen gestoßen. Schon ab 1991 lassen sich enge Verbindungen und Aktivitäten einiger DKG-AktivistInnen

im Freistaat dokumentieren. Dafür griffen sie immer wieder auf die existierenden WJ-Gruppen zurück. Auch war die Mehrzahl der sächsischen Wiking-Jugendlichen parallel in der NPD organisiert. Somit erscheint es logisch, daß das

JN-Funktionär Sascha Wagner (links) interessierte sich beim Europa Vorn Pressefest mehr für die Ereignisse vor dem Hygienemuseum

langjährige NPD-Mitglied Giemsa der sächsischen WJ häufig seine Gaststätten für Veranstaltungen zur Verfügung stellte. Mit dem Verbot der Wiking-Jugend im Jahr 1994 setzten dann auch einige Führungskader ihre politische Arbeit innerhalb der NPD fort.

Hetendorf light

Mitte Juni diesen Jahres erwählte der Hamburger Nazi Jürgen Rieger das beschauliche Städtchen Ostritz zum Austragungsort für eine seine »1. Mitteldeutschen Vortragstage«. Quartier bezogen die ca. 50 angereisten Nazis, unter ihnen auch einige Kleinkinder, im Hotel »Neißeblick«. Ostritz liegt einige Kilometer südlich von Görlitz im Niederschlesischen Oberlausitzkreis, einer Gegend, die der sächsische Verfassungsschutz als eines der aktionistischen Zentren der NPD bezeichnet.

Der Kreis der einladenden Vereine waren nahezu identisch mit dem, welcher schon zu den jährlichen »Hetendorfer Tagungswochen« lud. Einzig und allein die im Februar diesen Jahres verbotenen »Heideheim«-Vereine fehlten im Briefkopf.

Das auf sechs Tage aufgeteilte Programm gliederte sich laut dem Einladungsschreiben einerseits in die 1. Mitteldeutsche Vortragswoche und andererseits in das Mittsommertreffen der Artgemeinschaft. Das Programm kündigte für die Tagungswoche die bekannten Rechtsextremisten Jürgen Rieger, Karl Baßler, Rudolf Gabriel, Wolfgang Juchem, Dr. Eduard Peter Koch und Prof. Dr. Klaus Weinschenk an. Neben Rieger sollten beim »Mittsommertreffen der Artgemeinschaft« Franz Kehl und die Aktivisten des Bundes der Goden, Ursula Lindenberg und Gerhard Hess, auftreten und ihr Wissen zum Besten geben. Weiterhin offerierte das Programm sportliche Ertüchtigungen in Form eines »*Germanischen Sechskampfes*« und den nationalen Liedermacher Frank Rennicke. Den Höhepunkt des Wochenendes bildete eine öffentlich angekündigte Sonnenwendfeier auf einer am Hotel angrenzenden Wiese.

Die Anwesenheit des Görlitzer NPD-Vorsitzenden Jürgen-Uwe Krumpholz bestätigt die Vermutung, daß die sächsischen NPD-Strukturen bei der Wahl des Austragungsortes für die abgespeckten Hetendorfer Tagungswochen ihre Finger im Spiel hatten. Auch das Erscheinen des ehemaligen NPD-Bundesvorstandsmitglied Axel Schunk, der internen Unterlagen zufolge zum Organisationskreis der jährlichen DKG-Gästewochen in Altenberg gehörte, bestätigt diesen Verdacht.

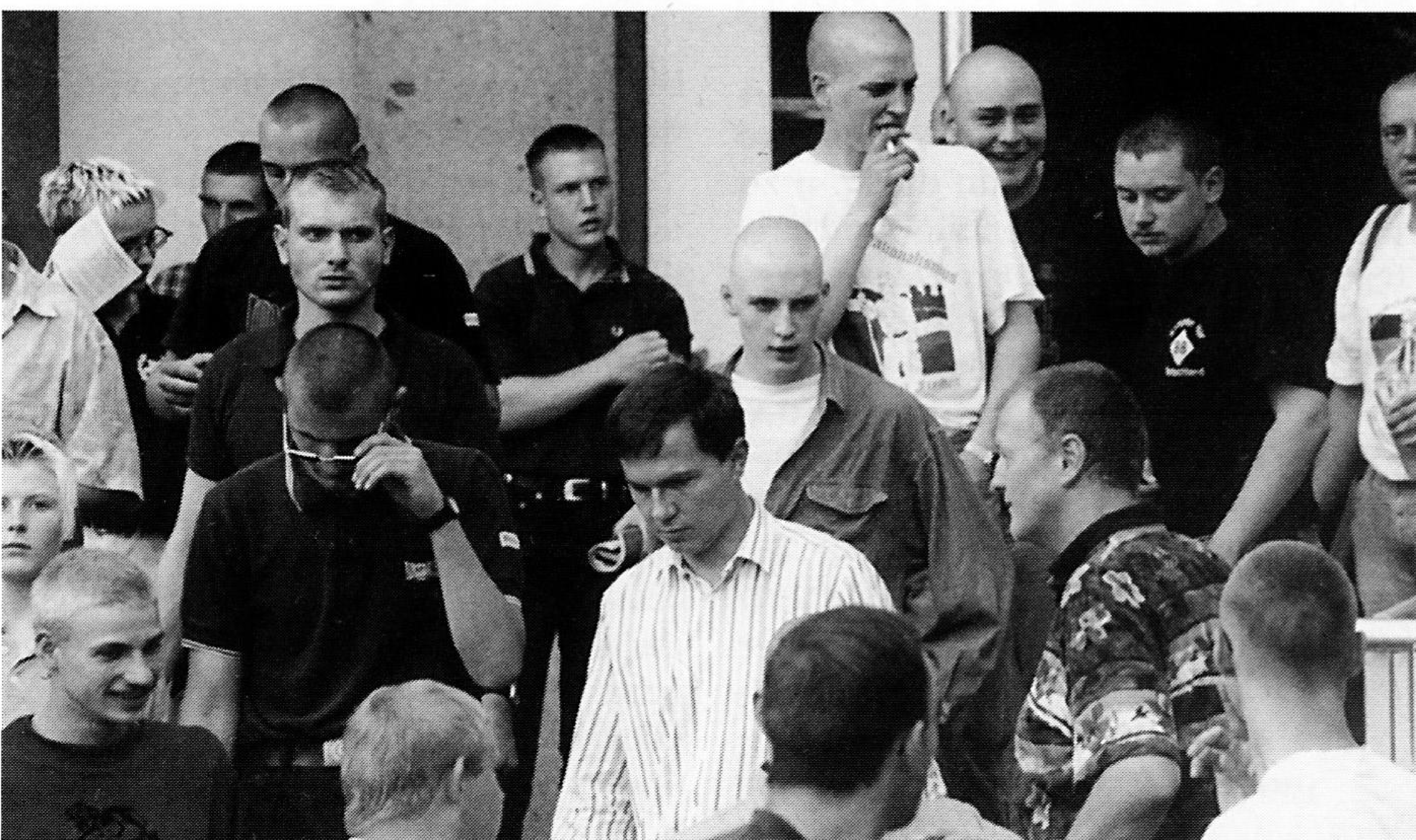
Pressefest von Europa Vorn

Am 27.Juni veranstaltete die rechtsextreme Zeitschrift Europa vorn ihr jährliches Pressefest in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden. Doch der Aufenthalt der etwa 200 angereisten Nazis in der Elbmetropole dauerte nur gute zwei Stunden, denn der Direktor des »Deutschen Hygienemuseums« trat umgehend von seinem Vertrag mit Manfred Rouhs zurück. Dieser hatte sich für eine währungspolitische Debatte zum Euro in den dortigen Veranstaltungssaal eingemietet. Die von dem Kölner Manfred Rouhs herausgegebene »Europa Vorn« macht sich seit vielen Jahren für eine Einigung des zersplitterten rechten Randes stark. So entsprach dann auch das Programm des Pressefestes diesem Anspruch. Als Redner konnte Rouhs den ehemaligen Parteivorsitzenden der Republikaner, Franz Schönhuber, gewinnen. Nachdem Schönhuber 1994 von seinen Parteikollegen geschaßt wurde, ging er bei der diesjährigen Bundestagswahl für die DVU ins Rennen. Daneben sollten die Nazi-Liedermacher Jörg Hähnel und Frank Rennicke, die beide in den Reihen von NPD und JN zu finden sind, im Rahmen des Kulturprogrammes auftreten.

Neben Rouhs war der JN-Führungskader Sascha Wagner wichtigster Akteur vor Ort. Wagner, der das »Europa Vorn«-Seitenprojekt Neue Doitsche Welle herausgibt, engagiert sich seit längerer Zeit für die Skinhead-Subkultur und versucht diese zu politisieren. Offensichtlich war die Dominanz von NPD und JN beim Pressefest. So befanden sich unter den TeilnehmerInnen u.a. der Bundesvorsitzende der JN, Holger Apfel, und das NPD-Bundesvorstandsmitglied Steffen Hupka. Auch der in Dresden ansässige Oliver Händel, der von dort aus die Bundesgeschäftsstelle der JN betreibt, ließ sich die Teilnahme nicht nehmen. Ergänzt wurde das Publikum durch eine Reihe von regionalen Aktivisten des mit über 1.400 Mitgliedern derzeit größten Landesverbandes der NPD. Nach dem Rausschmiß in Dresden, verlegten Rouhs und Wagner ihr Happening kurzerhand ins »*Nationale Bürger- und Jugendzentrum*« nach Wurzen.

Es gibt vielfältige Hinweise dafür, daß Wagner schon seit längerer Zeit seine Arme in Richtung dieses »*Modells einer gelungenen lokalen Kulturrevolution*« (Zitat »Neue Doitsche Welle«) ausgebreitet hat. In diesem für zehn Jahre gepachteten Haus konnten Rouhs und Wagner zumindestens noch den kulturellen Teil ihres Festes über die Bühne bringen. ■

Mehr Glatzenparty als Pressefest – die überwiegend jungen TeilnehmerInnen konnten am Ausweichort Wurzen nur noch den Kulturteil erleben



Nr. 25

Oktober/November '98

Was geht ab?

IMPRESSUM:
Was Geht Ab? Nr. 25
Oktober/November '98
Herausgeber und V.i.S.d.P.:
Kai Mara
Gneisenaustr.2a
10961 Berlin
Die »Was geht ab?« erscheint seit der Nr. 19 als ständige Beilage im Antifaschistischen INFO-Blatt. Für Abo, Nachdruck und alles weitere gelten dessen Bedingungen.

Bundesweit

Lummer und Siegerist für die CDU

DDK, Focus - 8/9 1998 - In ganzseitigen Anzeigen unter anderem im ***Focus*** betrieb der *CDU*-Rechtsaußen **Heinrich Lummer** Lagerwahlkampf für die CDU. Die Anzeigen wurden geschaltet vom ultrarechten Verein ***Die Deutschen Konservativen e.V. (DK)*** in Zusammenarbeit mit der ***Aktion für Deutschland***. Die DK sind eine aus der ***Konservativen Aktion*** hervorgegangene Kleinstpartei, die keine wichtige Rolle im ultrarechten Lager spielt. Ihr Vorsitzender **Joachim Siegerist** machte sich jedoch einen Namen als skandalträchtiger Rassist und Antisemit im lettischen Parlament. Er ist in Deutschland bereits wegen Volksverhetzung verurteilt worden. In ihrer Anzeige versuchten Lummer und die DK, mit dem Abdruck eines Briefes von **Gerhard Schröder** an das damalige ***SED***-Politbüromitglied **Egon Krenz** Ängste vor einer »*linken Volksfrontregierung*« zu schüren. Außerdem wird für das Lummer-Heftchen »*Das rote Quartett*« geworben, in dem er die »*Horrorvision*« einer »*Volksfrontregierung*« von Schröder, **Lafontaine**, **Trittin** und **Fischer** beschreibt und eine Koalition der CDU mit ***REPs***, ***DVU*** und ***NPD*** befürwortet.

Schwerdt und Wendt im Knast

Presse 6/7 '98 - Seit Ende Mai bzw. Anfang Juli sitzen zwei führende Köpfe der bundesweiten NS-Szene hinter Gittern. **Christian Wendt** wurde am 30. Mai von einem Staatsschutzbeamten erkannt und mit Hilfe eines dazugerufenen Streifenwagens festgenommen. Wendt, der untergetaucht war, war mit dem Macher des ***NIT-Preußen***, **Mike Penkert**, auf dem Weg zu einer ***NPD***-Veranstaltung gewesen. Er mußte eine zweimonatige Reststrafe wegen Volksverhetzung absitzen, sowie gleich im Anschluß zehn Monate wegen Körperverletzung. Von der ersten Strafe hatte er schon zehn Monate abgesessen, die restlichen zwei hätte er bei Befolgung der Meldeauflagen nicht absitzen müssen, er tauchte jedoch unter. Wendt war 1997 wegen Herstellung der nationalsozialistischen ***Schulungsbriefe*** verurteilt worden. Die Körperverletzung war ein Angriff von ihm auf zwei vermeintliche Linke in einer Regionalbahn in Brandenburg. Wendt war führender Funktionär der inzwischen aufgelösten ***Nationalen***. Jetzt mischt er, wie auch Mike Penkert, bei der ***AG nationale Sozialisten in und außerhalb der NPD (AGnS)*** mit, die sich um eine engere Zusammenarbeit zwischen NPD und offenen Nazis wie den ***Freien Nationalisten*** und dem Kameradschaftsspektrum bemühen.

Frank Schwerdt sitzt seit dem 7.7.98 in der JVA Berlin-Tegel. Beim Haftantritt begleitete ihn NPD-Chef **Udo Voigt** höchstpersönlich vor das Tor der JVA. Auch Schwerdt sitzt wegen der »Schulungsbriefe«, seine Haftstrafe wurde nach 14 Tagen offenem Vollzug in geschlossenen verwandelt. Nach einer Revision wurde sie vom Bundesgerichtshof von zwölf auf neun Monate reduziert. Desweiteren war damals **Lutz Giesen** zu 18 Monaten verurteilt worden, der auch in Schwerdts Haus wohnte. Schwerdt ist seit Jahren eine der Schlüsselfiguren der deutschen Naziszene. Er ist Herausgeber der ***Berlin-Brandenburger Zeitung (BBZ)*** (momentan nur im Internet), die in den ***Nationalen Medienverbund*** eingegliedert ist, einem Netzwerk deutscher Nazizeitungen, die bis auf einige lokale Meldungen von der BBZ abschreiben. Schwerdt war bis zu deren Auflösung Chef der **Nationalen**. Er betätigt sich seit Jahren als Entwicklungshelfer beim Aufbau von Nazistrukturen in ganz Ostdeutschland und ist seit einiger Zeit Mitglied des Bundesvorstandes der NPD.

JF bettelt wieder

JF-Brief 20.8. 98, JF-intern - In einem Bettelbrief, der an alle AbonnentInnen verschickt wurde, heult ***Junge-Freiheit***-Geschäftsführer **Dieter Stein** in pseudointim gehaltenem Ton zum x-ten Mal über die finanzielle Lage seiner Zeitung. Zitat: »*...ich*

Chronologie

1. April

★ **Rostock** – Zwei Asylbewerber aus Togo wurden am frühen Morgen von mehreren Männern überfallen und mißhandelt. Einer der zwei wurde verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert.

★ **Berlin** – Zwischen den Berliner S-Bahnstationen Friedrichstraße und Alexanderplatz wurde ein 33jähriger Mann aus Nigeria von etwa 10 Männern angegriffen. Der Mann wurde mißhandelt und fast aus der fahrenden S-Bahn gestoßen.

2. April

★ **Oranienburg** – Eine 22jährige Thailänderin wurde von zwei Nazis attackiert und ins Gesicht geschlagen. Einer der beiden hob zudem die Hand zum Hitlergruß.

3. April

★ **Magdeburg** – Vier US-amerikanische Studenten und ein zuhilfeeilender Deutscher wurden von vier Nazis in einer Straßenbahn attackiert und mit einem Messer bedroht. Der eingreifende Mann wurde so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus behandelt werden mußte.

4. April

★ **Klötze (Sachsen-Anhalt)** – Unter Federführung der faschistischen »Kameradschaft Altmark« fand ein Aufmarsch mit etwa 250 Nazis statt. An einer antifaschistischen Gegendemonstration beteiligten sich rund 150 Personen.

★ **Bad Hersfeld** – Etwa 120 AntifaschistInnen nahmen an einer Demo gegen einen geplanten NPD-Aufmarsch teil. Die Stadtverwaltung der als NPD-Hochburg bekannten Stadt hatte zuvor den Aufmarsch verboten.

★ **Halensee bei Frankfurt/O.** – Eine Gruppe rechter Schläger überfiel unter »Sieg-Heil«-Rufen eine private Grillfeier und verletzte mehrere der TeilnehmerInnen.

5. April

★ **Oberlödla (Thüringen)** – Am frühen Morgen stürmten 15 Nazis einen Jugendclub. Vier Jugendliche aus dem Club wurden zum Teil schwer verletzt. Die Nazis waren mit mindestens zwei PKW mit Nürnberger Kennzeichen unterwegs und hatten nach dem Überfall versucht, im Club Feuer zu legen.

7. April
★ **Berlin-Treptow** – Ein türkischer Imbiß wurde am Abend im Sterndamm von 15 bis 20 Nazis überfallen und zum Teil zerstört. Der einzige Gast, ein 27jähriger Türke wurde durch einen Messerstich so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus auf der Intensivstation behandelt werden mußte. Einige Nazis aus der Gruppe fielen bereits einige Stunden zuvor vor dem Imbiß durch aggressives Auftreten auf.

8. April
★ **Freiberg** – Nazis verübten einen Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft. Einer der Täter ist Mitglied der NPD.

9. April
★ **Oranienburg** – Sieben Nazis randalierten auf einer Feier eines kirchlichen Jugendzentrums. Sie riefen Nazi-Parolen, darunter »Judenschweine, wir legen euch um«, und warfen außerdem Mülltonnen, Bänke und Stühle um.
★ **Freiberg (Sachsen)** – Nazis verübten einen Brandanschlag auf ein AsylbewerberInnenheim, in dem sich mehr als 100 Menschen befanden. Es entstand allerdings nur geringer Sachschaden.
★ **Königs-Wusterhausen** - Eine Gruppe linker Jugendlicher wurde von mehreren Nazis brutal überfallen. Der Überfall, bei dem ein Antifaschist für mehrere Stunden bewußtlos geschlagen wurde, ereignete sich bei einem Osterfeuer-Fest. An verschiedenen Feuer-Festen nahmen in der Umgebung von KW rund 200 Nazis teil. Die Antifa-Süd-Ost (ASO), die den Überfall bekannt machte, meldete weiter, daß sich z. B. im nahegelegenden Schulzendorf über 60 Neonazis versammelt hatten.

10. April
★ **Quedlinburg** - Einen »feurigen gruß« hinterließen autonome AntifaschistInnen dem Neonazi-Kader Steffen Hupka und fackelten einen seiner Firmen-LKW ab. Ihm sollte so sein »ruhiges Hinterland genommen« sowie sein finanzielles Standbein (Hupka betreibt eine Innenausbau-Firma) getroffen werden.
★ **Berlin-Lichtenberg** - Nach der Berliner Szene-Zeitung »Interim« wurden rund 20 NPD/JN-Nazis vertrieben, als sie einen Info-Tisch aufgebaut hatten. Die Nazis unter der Führung von Andreas Storr verteilten Flugblätter und hatten zum Schluß einige Verletzte zu beklagen.
★ **Berlin-Neukölln** - Hier randalierte eine Gruppe Nazi-Fans von Hertha BSC. Sie riefen faschistische Parolen und provozierten türkische Jugendliche. Ein Jugendlicher wehrte sich gegen die Attacke und verletzte einen Nazi durch einen Messerstich. Der Jugendliche wurde einige Tage wegen versuchten Totschlags in U-Haft genommen.
★ **Berlin-Spandau** - Etwa 15 Sinti und Roma, die auf dem Parkplatz vor dem Hertha-Stadion campierten, mußten aus Angst vor Nazihool-Angriffen ihr Quartier verlassen. Immer wieder kam es zu Angriffen von Hertha-Fans. Gleichzeitig verteilten Nazis →

bin ratlos und verzweifelt. Denn die Junge Freiheit geht jetzt durch die größte Krise ihrer Geschichte. (...) ...es ist 23.00 Uhr. Die letzten Mitarbeiter haben das Büro verlassen. Bis auf die Buchhaltung weiß noch niemand von der Krise. Jetzt schreibe ich eilig an sie und an unsere anderen treuen Freunde. Und morgen muß ich es auch unseren Mitarbeitern sagen... (...) Diesen Fehler kann ich nur mir selbst anlasten. Deshalb habe ich auch ein so schlechtes Gewissen! (...) ...ich bin traurig.« Er will sogleich einen »*radikalen Sanierungsplan*« entworfen haben, der unter anderem Entlassungen vorsehe. Um zu überleben, sei man aber auf die Spendierfreudigkeit der AbonnentInnen angewiesen. In der nächsten WGA werden wir wahrscheinlich schon über eine neue Bettelkampagne der JF berichten können.

Des weiteren hat es laut der unregelmäßig erscheinenden ***JF-intern*** personelle Veränderungen bei der JF gegeben. Neuer Redakteur der Ressorts »*Im Gespräch*« und »*Hintergrund*« ist seit dem 1.April **Peter Krause** (34). Das neue Ressort »*Wirtschaft & Soziales*« übernahm **Gerhard Quast** (früher ***wir selbst***). Der Ex-***Rep***-Fraktionsgeschäftsführer im Berliner Abgeordnetenhaus, **Thorsten Thaler**, betreut in Zukunft neben dem Politikressort auch die Medienseite. Die Nachfolge von **Wolfgang Saur**, der bereits am 31.1. 98 als Betreuer des JF-Buchdienstes ausschied, traten **Peter Boigk** und **Diana Bonheio** an. Im Gegensatz zu seinem Bettelbrief freut sich Dieter Stein hier noch, daß die Versandbuchhandlung »*floriert und täglich neue Kunden gewinnt*«.

Heideheim e.V. bleibt verboten

Presse 9.8. 98 - Das Bundesverfassungsgericht hat das Verbot des Neonazivereins ***Heideheim e.V.*** bestätigt, nachdem dieser einen Antrag gegen das Verbot gestellt hatte. Der Verein war Anfang Februar diesen Jahres verboten worden. Er hatte als Träger des Neonazischulungs- und organisierungszentrums im niedersächsischen Hetendorf gedient.

Deutsche Justiz bequemt sich nach 54 Jahren

Presse 20.7. 98 - Die bayerische Staatsanwaltschaft hat nach jahrzehntelangem Druck aus Dänemark die Ermittlungen gegen den ***SS***-Mörder **Sören Kam** wiederaufgenommen. Kam hatte 1943 im von den Deutschen besetzten Dänemark den dänischen Journalisten **Carl Henrik Clemmensen** ermordet, weil dieser vor einem kollaborierenden Kollegen ausgespuckt und ihn als Landesverräter bezeichnet hatte. Die dänische Regierung hatte jahrzehntelang erfolglos versucht, die deutsche Justiz zu einem Vorgehen gegen den nach Kriegsende nach Deutschland übergesiedelten Kam zu bewegen. 1971 ermittelten die deutschen Behörden ein erstes Mal, das Verfahren wurde jedoch eingestellt. Kam behauptete, er habe auf den bereits tot am Boden liegenden Clemmensen geschossen. Diese Behauptung wird jedoch durch den Obduktionsbericht widerlegt, der beweist, daß Kam und zwei weitere SS-Männer gleichzeitig auf den stehenden Clemmensen schossen. Der mittlerweile 76jährige Kam war den Ermittlungsbehörden 1995 wieder aufgefallen, als er in SS-Uniform bei einem Veteranentreffen in Österreich gesehen wurde.

DVU muß blechen

Presse Juni 98 - Die ***DVU*** muß über 500.000 Mark an staatlichen Parteizuschüssen zurückzahlen, weil sie falsche Angaben über einen Spender gemacht hat. Grundlage der Entscheidung von ex-Bundestagspräsidentin **Süssmuth *(CDU)*** ist das Transparenzgebot des Parteiengesetzes, nach dem Parteien bei Spenden über 20.000 Mark Namen und Anschrift des Spenders in ihrem Rechenschaftsbericht veröffentlichen muß.

Die DVU hatte 1995 die Spende eines Franzosen von 274.500 Mark zwar in der Höhe korrekt ausgewiesen, jedoch eine falsche Adresse angegeben. Begründet wurde die Falschangabe mit der Angst des Spenders vor Anschlägen. Da eine Partei bei falschen Spendenangaben den Anspruch auf staatliche Mittel in doppelter Höhe der Spende verliert, muß sie 549.000 Mark zurückzahlen. Die DVU bezeichnete die Entscheidung als unrechtmäßig und kündigte rechtliche Schritte dagegen an.

Diesner-Urteil teilweise aufgehoben

Presse 24.6. 98 - Der Bundesgerichtshof (BGH) hat das Urteil gegen den Nazimörder **Kay Diesner** teilweise aufgehoben und zur erneuten Verhandlung an das Landgericht Lübeck zurückverwiesen. Die lebenslange Haftstrafe wegen Polizistenmordes bestätigte der BGH. Jedoch war er der Meinung, das Geschehen nach dem zweiten Schuß auf den Buchhändler **Klaus Baltruschat** einige Tage zuvor sei noch nicht ausreichend aufgeklärt worden. Es müsse festgestellt werden, ob er den Mordversuch mit einem dritten Schuß hätte fortführen können oder »*ob er die weitere Tatausführung freiwillig aufgegeben hat*«.

Nachdem im Februar 1997 ein Aufmarschversuch der Berliner ***JN*** in Berlin-Hellersdorf von Antifas unterbunden worden war, schoß Diesner wenige Tage später auf Baltruschat, den er für ein ***PDS***-Mitglied hielt.

Thüringen, Bayern, Sachsen, Ba-Wü

NPD/JN & Antifa-Actions

DS, ZN, WGA, Antifas, NITs, Presse - Wie die neue Zuständige für die ***JN-Abteilung Finanzen***, **Katja Beier**, beklagt, stürmte am 27. Mai 98 die SOKO REX des LKA Sachsen im Auftrag der Staatsanwaltschaft Bochum die Räumlichkeiten der JN-Bundesgeschäftsstelle in Dresden und beschlagnahmte sämtliche Computer-Hard- und Software der JN. Die JN hatte indizierte, volksverhetzende Aufkleber verbreitet. Katja Beier (0172/4715940) aus Miltenberg ist seit drei Jahren in der NPD/JN und seit zwei Jahren als Landesschatzmeisterin in Bayern aktiv.

Für den 5.6.98 plante die NPD eine Saalveranstaltung im Gasthof Langbräusaal in Wunsiedel-Holenbrunn mit den NPD/JN-Funktionären **Udo Voigt** und **Sascha Roßmüller**. AntifaschistInnen riefen zu einer Gegendemonstration am selben Tag auf. Der ***NPD-Ortsverband Wunsiedel*** wurde im Februar 98 mit etwa 36 Mitgliedern gegründet. Zum Ortsvorsitzenden wurde **Gerhard Pietrzyk** gewählt. Zum Ortsvorstand gehören **Claudia Golbs, Harald Bestehorn, Steffen Seeboth, Sandra Gintenreiter, Marcus Pfau** und **Frank Werner**.

Auch in Offenburg wollte die NPD am 5.6.98 einen Aufmarsch durchführen, den sie aber aus Angst vor einer antirassistischen Demo um eine Woche verschob. Da an diesem Tag aber die SPD eine Wahlaktion durchführte, schleuste die Polizei die 35 NPDler mit Flugblättern ins benachbarte Lahr. Hier blockierten 60 Antifas eine Stunde lang die Nazis, bis die Polizei diesen den Weg freiknüppelte. Im Laufe von weiteren Blockaden und weiteren Knüppeleinsätzen wurden vier Antifas festgenommen. Zum Schluß blockierten rund 200 empörte BürgerInnen, Antifas und jugendliche MigrantInnen den Marktplatz, so daß die NPD dort nicht ihre Abschlußkundgebung abhalten konnte.

Am 10.6.98 erließ das Amtsgericht Bautzen Haftbefehl gegen drei JN-Mitglieder im Alter zwischen 16 und 20 Jahren. Diese hatten versucht, in Kamenz eine Flüchtlingsunterkunft anzuzünden. Als Motiv gaben sie Ausländerfeindlichkeit an.

Am 18.6.98 wollte die ***NPD-Thüringen*** in Eisenach einen Infotisch aufbauen. AntifaschistInnen gelang es, den NPD-Parteibus (GTH-JN 300, Hyundai), den der thüringische NPD-Chef **Frank Golkowski** unbeobachtet auf dem Eisenacher Markt stehen ließ, zu entglasen.

In Eislingen (Ba.-Wü.) ist der NPD-Stadtrat **Jakob Hopp** (62) für seine *»jugendpolitische Arbeit«* im ***Sportverein TSG*** zum Ehrenmitglied ernannt worden.

In der sächsischen Schweiz trat der 31jährige Fahrlehrer **Uwe Leichsenring** für die NPD zur Bundestagswahl an. Er ist seit 1990 in der NPD und Geschäftsführer des ***NPD-KV Sächsische Schweiz***. Im Vogtland tritt die 24jährige Kinderkrankenschwester **Diana Kaiser** aus Reichenbach für die NPD an.

Am 24.6.98 razzte die Polizei 17 Objekte (Wohnungen, Garagen, Lagerhallen, eine Waldhütte und einen Wehrmachtsbunker) in den Landkreisen Neu-Schrobenhausen und Pfaffenhofen/Ilm. Sie fanden u.a. MGs, Sturmgewehre, Handgranaten und Tretminen. Gegen den 52jährigen **Anton Pfahler** (siehe WGA # 43), einen 22jährigen Komplizen aus Neustadt a.d. Weinstraße und einen 27jährigen Kfz-Mechaniker wurde Haftbefehl erlassen. Das Grundstück von Pfahler in Sinningen ist u.a. Sitz und Druckerei des NPD-Blattes ***Deutsche Stimme***.

Bei einer ***DGB***-Demo in Heilbronn mischten sich kurzzeitig JNler mit ihren Fahnen und NPD-Flugis unter die Demo.

Für den 11.7.98 meldete der NPD/JN-Kader **Jens Pühse** eine Demo in Freising an, da die Stadt sich weigerte, der NPD/JN die Luitpoldhalle für einen JN-Kongreß unter dem Motto *»Verbrechen an der Wehrmacht«* zur Verfügung zu stellen. Am 11./12.7.98 traf sich die JN dann mit etwa 100 Leuten in Pfaffenhofen (Oberbayern) zu ihrem Bundeskongreß. Neuwahlen gab es keine, aber dafür einen Vortrag des eigentlich zu einer Haftstrafe verurteilten Altnazis **Herbert Schweiger**. Im Anschluß an den Kongreß marschierten die JNler durchs benachbarte Ingolstadt.

Am selben Wochenende demonstrierten in Chemnitz etwa 250 NPD/JN-Aktivisten unter enormem Polizeischutz gegen den Euro. Der Chemnitzer NPD-Chef **Robert Rohlauf**, der NPD-Landesvorsitzende **Winfried Petzold** und der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt hielten Reden. Den ganzen Tag über wurden hunderte Antifas von der Strasse weggehaftet und eingesperrt, so daß




Uwe Leichsenring und Diana Kaiser

---

von NPD und DVU mehrere Male Flugblätter vor dem Olympiastadion.

★ **Ebendorf bei Magdeburg** - Drei junge Nazis überfielen einen türkischen Imbiß-Stand und beschossen den Besitzer mit einer Gaspistole. Der Inhaber des Imbiß konnte sich erfolgreich gegen den Angriff zur Wehr setzen und verletzte einen Nazi mit einem Döner-Messer.

12. April

★ **Stendal (Sachsen-Anhalt)** - Ein DVU-Funktionär sowie zwei Wahlhelfer wurden von autonomen AntifaschistInnen angegriffen. Ein Nazi wurde so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

14. April

★ **Saalfeld** - 30 Nazis überfielen eine 7-köpfige Gruppe linker Mädchen und schlugen und traten auf sie ein.

15. April

★ **Berlin** - Militante AntifaschistInnen warfen beim Naziaktivisten Michael Aulich in der Trachtenbrodtstraße 14 die Scheiben ein.

16. April

★ **Eichwalde bei Berlin** - Zwei Neonazis haben im Umland zwei junge Schüler ohne ersichtlichen Grund angepöbelt und durch einen Schuß aus einer Gaspistole schwer verletzt.

17. April

★ **Bayern** - Ein Ex-SS-Mann und verurteilter Nazi-Mörder wird jetzt eventuell aus Bayern nach Tschechien ausgeliefert. Bislang galt der heute 86jährige Anton Malloth als Deutscher und wurde deshalb nicht den damaligen tschechoslowakischen Behörden übergeben. Malloth wurde 1948 von einem tschechoslowakischen Gericht wegen Ermordung von Häftlingen des Gestapo-Gefängnisses in Theresienstadt zum Tode verurteilt.

★ **Bautzen** – 60 Nazis griffen das alternative Projekt Steinhaus an.

18. April

★ **Züssow (Ostvorpommern)** - Vier nigerianische Flüchtlinge wurden von Nazis mit Baseballschlägern verprügelt. Eine antirassistische Antwort von örtlichen AsylbewerberInnen gegen Züssower Jungnazis konnte von der Polizei nur durch Warnschüsse unterbunden werden.

★ **Angermünde (Uckermark)** - Ein pakistanischer Mann wurde auf dem Bahnhof von Nazis niedergeschlagen. Rund eine Stunde später wurde ein Türke vor einem Imbiß angepöbelt, rassistisch beschimpft und bedroht.

★ **Blankenfelde (Brandenburg)** - Zwei Nazis überfielen einen Palästinenser und wurden kurze Zeit später von der Polizei festgenommen.

★ **Magdeburg** - Zwei Nazis schlugen einen 14jährigen Jungen mit ausländischen Aussehen in der Straßenbahn zusammen.

★ **Tostedt (Niedersachsen)** - Vier Mitglieder der Menschenrechtsorganisation »prison watch« wurden gleich zwei Mal von rund zehn Neonazis angegriffen und zum Teil schwer verletzt. Eine Frau mußte mit einem Schädelbruch ins Krankenhaus eingeliefert werden. Ein

25jähriger Nazi wurde festgenommen.
★ **Zöblitz** – Vor der Disko »Wind« wurde ein linker Skin von 10 Nazis mit Eisenstangen verprügelt. Er mußte operiert werden, lag mehrere Wochen im Krankenhaus und verlor ein Auge.

20. April
★ **Leipzig-Grünau** - 15 Nazis überfielen einen PDS-Stand.

1. Mai
★ **Sauerland** - Eine antifaschistische Gruppe »hexennacht« grifft den Privat-PKW des örtlichen Nazi-Kaders und JN-Landesbeauftragten Uli Diehl an. Nach seiner Rückkehr vom Aufmarsch aus Leipzig mußte er feststellen, daß sein Auto erheblich beschädigt war.
★ **Gostenhof bei Nürnberg** - Hier wurde ebenfalls ein Privat-LKW eines Nazis von autonomen AntifaschistInnen attackiert. Sie zerstörten den Firmen-LKW des Nürnberger DVU-Chefs Papa in der Adam-Klein-Str. 83 in Gostenhof.
★ **Neumark** - In der bayerischen Kleinstadt kam es während eines Frühlingsfestes zu einer Auseinandersetzung zwischen rund 30 Nazi-Skins und etwa 70 Aussiedlern.
★ **Bochum-Günnigfeld** – In der Nacht zum 1.5. griffen Antifas die NPD/JN-Landeszentrale mit Steinen, Farbeiern und Buttersäure an.
★ **Freiberg** – Zwei NPD-Busse wurden auf dem Weg nach Leipzig von Antifas angegriffen, gestoppt und zurückgeschickt. Zuvor waren 3 Nazi-PKWs beschädigt und der Antik-Laden des NPD-KV-Chefs Lamprecht entglast worden. Am Abend hißten Nazis eine Nazi-Fahne vor dem Rathaus.
★ **Berlin** - Auf der abendlichen 1.-Maidemo im Prenzlauer Berg wurden mehrere Nazis, die glaubten, unerkannt mitlaufen zu können, von aufmerksamen AntifaschistInnen nachdrücklich des Platzes verwiesen. Später wurde ein ausländischer Fotograf von Nazis angegriffen.
★ **Langenhagen** - In der Nacht zum 1.5. fackelten autonome Antifas das Auto des Langenhagener Nazis Tobi Quellmalz ab.

2. Mai
★ **Berlin** - Zum wiederholten Male wurde eine jüdische Gedenktafel im Bezirk Mitte von Neonazis geschändet.

3. Mai
★ **Wilmersdorf (Brandenburg)** - In einem Jugendclub löste die Polizei eine Feier von rund 30 Nazis der Gruppe »Prignitz 88« auf. Nach kurzer Schlägerei mit den Nazis wurden Waffen und Propagandamaterial sichergestellt und drei von ihnen festgenommen.

5. Mai
★ **Annweiler** - Ein Schaufenster mit Literatur zum 50. Geburtstag Israels wurde vermutlich von Neonazis eingeschlagen und zerstört. Dies war der zweite faschistische Übergriff binnen zwei Wochen in der Stadt im Kreis Südliche Weinstraße.

→

von den geplanten Gegenaktivitäten zum Schluß »nur« eine Menschenkette von 6.000 BürgerInnen »übrigblieb«.

Am 18.7.98 demonstrierten in Bruchsal etwa 160 NPD/JN-Anhänger ungehindert für den inhaftierten Ex-NPD-Chef **Günter Deckert**. Dies war bereits die dritte Demo dieser Art. Dabei waren u.a. der NPDler **Eric Rößler**, **Christian Hehl**, der ex-JN-Ba.Wü.-Chef **Michael Wendland**, Nazi-Kader **Helmut Braun** und **Ernst Tag**, JNler **Uli Diehl** sowie der angebliche Nazi-Aussteiger **Manfred Huck**.

In Thüringen sollten weitere NPD-Kreisverbände gegründet werden: Am 30.8. 98 Ilmkreis in Arnstadt, am 4.9. 98 Greiz in Zeulenroda, am 5.9. Suhl in Suhl, am 6.9. 98 Unstrut-Hainich-Kreis in Mühlhausen und am 12.9. 98 Weimar und Weimar-Land in Apolda. In Pößneck ist bereits Anfang des Jahres ein Kreisverband unter der Leitung von **Peter Barth** (Pößneck), **Ilona Holzhäuser** (Langendembach) und **Ralf Henge** (Pößneck) gegründet worden. Besonders aktiv ist hier der 67jährige Rentner **Oswald Müller**, der durch die thüringischen NPD-Funktionäre **Andreas Schönleben** und **Roswitha Schumann** geehrt wurde.



Frank Golkowski und Frau Ortlepp (Gotha)

Am 15.8. 98 tauchten im Fußballstadion von Dresden u.a. Transparente mit der Aufschrift »*Kreisverband Sächsische Schweiz der NPD grüßt Dynamo Dresden*« und »*Juden DSC*« auf.

Am 5.9.98 führte die NPD/JN in Göppingen einen Marsch unter dem Motto »*Deutschland uns Deutschen*« durch. AntifaschistInnen warfen Flaschen und Steine.

Antifa-Soli

Am 14.8. 97 kam es in Bietigheim-Bissingen zu einer Auseinandersetzung zwischen Nazis und Antifas. Mindestens sechs Nazis wurden verletzt und an PKWs ein Schaden von 10.000 Mark angerichtet. Die Polizei verhaftete in derselben Nacht zwei Antifas in Tatortnähe. Durch massiven psychischen Druck kam es zu Teilaussagen eines Verhafteten. Inzwischen erhielten fünf Antifas Anklageschriften. Zwei weitere Antifas sind wegen Beihilfe angeklagt. Die Antifas brauchen Unterstützung. Kontakt über Anti-Repressionsgruppe (ARG), c/o Jugendhaus, Farbstraße. 15, 74321 Bietigheim-Bissingen, Tel. 07142-943884. Spenden unter dem Stichwort »ARG« an: Kreissparkasse Ludwigsburg, BLZ 60450050, Kto.-Nr. 7740071.

Dienel hat's nicht drauf

NIT Rheinland 10.6. 98 - Wie der Bundesvorsitzende der ***Deutschen Nationalen Partei (DNP)***, **Thomas Dienel**, bekanntgab, ist sein Computer von einem »*drogenabhängigen Verräter*« geklaut worden. Auf diesem Computer waren Daten von »*vielen Kameraden*« der DNP, des ***Jungsturms der DNP, Autonomer Kameradschaften*** sowie Daten zu den Schriftstücken ***Mitteldeutsche Stimme, ANG*** und der ***Kameradschaftshilfe***. Auch Daten der ***Anti-Antifa*** seien nun verschwunden.

REPs

Der REP, Antifas aus Erfurt, Jena - Eine neue Parteizentrale wollen die REPs in einem Ladenlokal in Feldberg im Schwarzwald, Ortsteil Altglashütten aufbauen. Verantwortlich ist u.a der Bezirksvorsitzende **Wolfgang Meier**. Der Rep-Kreisverband Bad Dürkheim hat unter 06356/6237 ein Infotelefon eingerichtet. Am sog. Bodenseetag versammelten sich 149 Reps in Lindau, um eine Rede vom Bezirksvorsitzendem **Karl-August Schaal** zu hören. Dieser rief auch die »*Aktion Kornblume*« ins Leben. Als Hauptquartier bei den Einsätzen in und um Freiberg diente eine abgelegene Mühle von **Kerstin Lorenz** und Schaal. In Großzabern bei Plauen lag die Zentrale für die gesamte »*Kornblumen-Aktionen*«, bei der u.a. 20.000 Plakate geklebt werden sollten. Mit dabei die Reps-Chemnitz (Clausstr. 62, 09126 Chemnitz), die Reps-Vogtland (037436-2526), der Landeswahlkampfleiter **Stimpel** (0371-50057) sowie der Vizelandesvorsitzende und Landesschatzmeisterin (034244-51322). Am 1.7.98 hat sich der ***Republikanische Hoschulverband (RHV)*** an den Unis Heidelberg und Mannheim gegründet. Kreisvorsitzender ist **Hubert Jungbauer**, Vorsitzender **Thomas Prill**. Am 18.7.98 verhinderten 500 Antifas in Jena eine Rep-Kundgebung mit **Rolf Schlierer** und **Wilhelm Tell**. Sie mußten ihre Reden unter dem Schutz des **Thüringer Heimatschutzes** vor weniger als 20 AnhängerInnen halten. Ihre Worte gingen in dem lautstarkem Antifa-Protest unter. Am 28.7.98 versuchte der LV Thüringen einen Infostand in Erfurt aufzubauen. Antifas überschütteten den Stand mit mehreren Litern Saft und Ketchup. Daraufhin verdrückten sich die anwesenden Nazis. Nachdem der Stand bei einer zweiten Aktion mit mehreren Kilo fauligem Obst beehrt wurde, verdrückten sich auch die Reps.

Berlin

Nazis & Wahlen

Presse - Neben diversen rechten Kleinstparteien kandidierten auch ***NPD***, ***REP***s und ***DVU*** erfolglos. Rep-Spitzenkandidat war der 56jährige »Journalist« **Sven Thomas Frank**. Bei ihrem »Wahlkampfauftakt« am 20. August im Saal der BVV-Tempelhof versammelte sich nur eine Schar aus Rentnern, Mittvierzigern und zwei Dutzend Jugendlichen, um dem Rep-Chef **Rolf Schlierer** zu lauschen.

Öffentliche Räume wie im Rathaus Tempelhof, wo regelmäßig Treffen stattfinden, bekommen die REPs nicht überall. Meistens müssen sie sich in ihrem Büro in der Sternstr. 7 bzw. im Vereinszimmer der darunterliegenden Kneipe treffen. Die meisten Bezirke sträubten sich und wurden durch die Reps mit einstweiligen Anordnungen oder Dienstaufsichtsbeschwerden bedacht. Zweimal bekamen die Reps Recht, zweimal platzten Wahlkampfveranstaltungen – am 14. August in Hellersdorf und am 20. Juni der Bundesparteitag in der Kongreßhalle in Berlin Mitte. Stattdessen beteiligten sie sich an diesem Tag an dem NPD-Aufmarsch und protestierten in Berlin-Tiergarten zusammen mit Reps aus NRW gegen ein sowjetisches Ehrenmal. Für die NPD kandidierten **Andreas Storr, Jürgen Bolte, Lars Macht, Bernd Barthel, Otfried Pahncke und Hans Schmidt-Stölting**. Die NPD konzentrierte sich auf ihren »*Schwerpunkt-Wahlkampf*« in Mecklenburg-Vorpommern und will sich erst zur nächsten Wahl hauptstädtisch zurückmelden. Die einzige halbwegs bekannte Veranstaltung der NPD im Saal des Freizeitforums Marzahn, der ihr vom PDS-Stadtrat **Wolfgang Kieke** genehmigt wurde, mußte nach öffentlichem Druck, durch juristische Tricks und schließlich durch die starke Anwesenheit von Antifas ausfallen (die NPD tagte dann privat). Abgesehen von dem 200-Leute-Aufmarsch am 20. Juni unter massivem Polizeischutz sowie mit Hilfe des Innensenat und extra bereitgestellten städtischen Bussen in Hohenschönhausen, dümpelt sie mit Propagandaverbreiten vor sich hin. Hierbei versucht sie einerseits bei Deutschen mit Rassismus zu punkten, um dann bei russischen Aussiedlern mit Flugblättern in russischer Sprache um Stimmen zu werben.

Als Spitzenkandidat der zehn DVU-Kandidaten ging der Landesvorsitzende **Olaf Herrmann** ins Rennen. Der Lichtenberger Kreisvorsitzende **André Otto** und vier andere DVUler wurden noch vor der Wahl festgenommen, nachdem sie - unterwegs im Wahlkampfbus - einen schwarzen Franzosen und seine Begleiterin beschimpften, schlugen und mit Reizgas besprühten. Gegen Otto liegen mehrere Anzeigen vor, da er beim DVU-Plakatebewachen Übergriffe gegen vermeintliche Gegner anführte. Die Aktivitäten der DVU beschränkten sich auf Stammtische, kleine konspirative Treffen und auf gemeinsame Busfahrten zu Veranstaltungen im Umland. Die einzige größere DVU-Veranstaltung in Berlin fand am 16. September unter starkem Polizeischutz im Landhaus Lichtenrade (Bahnhofstr. 30) mit **Franz Schönhuber**, **Helmut Wolf** und **Linda-Susanne Liß** statt. Im Laufe des Wahlkampfes luden mehrere Berliner Schulen Kandidaten von Reps und DVU zu Diskussionen ein. In der Spandauer Martin-Buber-Oberschule gestattete man den Reps sogar, einen Infotisch im Schulfoyer aufzubauen.

Antifa-Aktionen

Presse - Da er Fahnen für die ***NPD*** herstellte, wurde der Laden ***Lünser & Hennlein*** am 28.7.98 von Antifas entglast. Genauso erging es schon den Klamottenläden ***MC Trend*** und ***East-Side*** am 15.7.98, weil sie Nazi-Material verkaufen.

Am 14.8.98 statteten AntifaschistInnen einem Treffen von ca. 60 ***DVU***lern in Lichtenberg einen Besuch ab und hinterließen dort bei einigen der Faschisten einen bleibenden Eindruck. Das Kleben von DVU-Plakaten mußte ein 62jähriger Nazi am 24. August unterlassen, nachdem er von einem Unbekannten attackiert wurde. In Marzahn wurde nach DVU-Angaben eine Wahlhelfer die Treppe runtergeschubst.

Zu einer Veranstaltung mit **Gerhard Frey** am 12.9.98 in Mecklenburg Vorpommern kamen nur ca. 15 DVUler, da einer ihrer Busse in Potsdam entglast wurde und die weiteren DVU-Treffpunkte nicht oder verspätet angefahren wurden. Der ***Ratskeller*** im Rathaus Lichtenberg, wo sich mehrere DVU-Kreisverbände trafen, wurde von Antifas entglast und besprüht.

Ähnlich erging es der bekannten Nazikneipe ***Falkos Schwabenstuben***, der am 7.9.98 mit Buttersäure der passende Geruch verpasst wurde.

Und auch das Nazi-***Cafe Germania*** von dem bekannten Neonazi **Andreas Voigt** wurde von Antifas mehrmals mit Steinen und Farbeiern attackiert. Gegen das Germania hat sich ein breites Bündnis zusammengefunden, das am 14.9.98 eine mit über 100 alten und jungen Menschen gut besuchte Veranstaltung im Rathaus Lichtenberg durchführte. Gleichzeitig wurde im Germania zum »*nationalen Liederabend*« geladen, an dem ca. 50 Naziskins teilnahmen.

6. Mai

★ **Neustadt (Ostholstein)** - Eine Gruppe von Neonazis aus Neustadt, Eutin, Lübeck und Scharbeutz randalierte nachts in der Innenstadt. Sie zogen grölend durch die Stadt und versuchten, in die Räume einer Ausstellung über Rechtsextremismus einzudringen.

7. Mai

★ **Berlin-Prenzlauer Berg** - Ein Reisebüro der »Ruperti«-Gruppe wurde in der Grellstraße von autonomen AntifaschistInnen angegriffen und mit dem Spruch »Keine Busse für Nazis« besprüht. Eine Brandenburger »Ruperti«-Filiale hatte Nazis am 1. Mai zur NPD/JN-Kundgebung nach Leipzig gefahren.

9. Mai

★ **Berlin-Prenzlauer Berg** - Auf dem U-Bahnhof Eberswalder Straße wurden zwei Männer aus Äthiopien von zwei Nazis zunächst massiv angepöbelt und anschließend brutal zusammengeschlagen. Einer der Nazis fiel nach Gegenwehr auf die Bahngleise und wurde leichtverletzt festgenommen. Gegen ihn lag bereits ein Haftbefehl vor.

★ **Ba-Wü** - Die NPD führte im Großraum Stuttgart eine Veranstaltung unter der Bezeichnung »Forum Südwest« durch. Redner waren u. a. der österreichische Alt-Nazi Herbert Schweiger, Gerhard Heß aus Wiesbaden sowie der Revisionist Dr. Eduard Koch.

★ **Karlsruhe** - Die Autonome Antifa Heidelberg rief zu einer antifaschistischen Demonstration nach Karlsruhe-Durlach auf. Sie richtete sich gegen die örtlichen JN-Strukturen sowie gegen die Kameradschaft-Karlsruhe.

★ **Weilheim (Oberbayern)** - Rund 50 AntifaschistInnen blockierten den Zufahrtsweg zur Hochhalle (Wessobrunner Straße), in der der Rep-Bezirksverband eine »Großkundgebung« veranstaltete. Als Gäste waren u. a. Rep-Chef Rolf Schlierer sowie Johann Gärtner und Gottfried Schubert angekündigt. Trotz Polizeischutz wurden einige Nazis mit Obst und Gemüse beworfen. 13 AntifaschistInnen wurden festgenommen.

★ **Neuhaus (Thüringen)** - JN-Nazis führten einen Schweigemarsch für den 1995 von einem linken Jugendlichen in Notwehr erstochenen Nazi Sandro Weilkes durch.

10. Mai

★ **Erfurt** - Autonome AntifaschistInnen versuchten vergeblich, eine Feier von Nazis anzugreifen, konnten jedoch einige der Faschisten vor der Lokalität attakieren. Als die Polizei die antifaschistische Aktion zu verhindern versuchte, wurde sie von den Autonomen angegriffen. Die Polizei nahm insgesamt 38 Personen fest - drei Polizisten wurden verletzt.

★ **Altenhain (Sachsen)** - Über zwanzig Nazis im Alter zwischen 15 und 21 Jahren überfielen zehn Aussiedler und grölten dabei Nazi-Parolen. Einige Tage nach dem Überfall, bei dem vier Personen leicht verletzt wurden, ermittelte die Polizei insgesamt 21 Tatverdächtige, von denen einige die Tat sofort gestanden.

★ **Mannheim** - Am frühen Morgen wurde das selbstverwaltete Jugendzentrum von rund 20 jungen Nazis angegriffen. Nach ziemlich schnellem Eintreffen eines Streifenwagens verzogen sie sich.

11. Mai

★ **Halle** - In der Straßenbahn wurde ein Afrikaner von zwei Rassisten (25- und 28jährig) beschimpft und zusammengeschlagen.

★ **Hamburg** - Auf die Christianskirche im Stadtteil Ottensen verübten Neonazis einen Brandanschlag. An die Außenfassaden wurden Hakenkreuze geschmiert. Zwei Molotow-Cocktails hinterließen nur geringen Sachschaden.

15. Mai

★ **Aichbach b. Augsburg** - Vier Skinheads verübten einen Brandanschlag auf eine von AfrikanerInnen bewohnte Unterkunft. Das Feuer konnte schnell gelöscht werden, so daß nur Sachschaden entstand. Die Nazis (16 bis 24 Jahre) wurden festgenommen; zwei gestanden.

★ **Wilhelmsaue b. Frankfurt/Oder** - Etwa 10 Nazi-Skins griffen im Landheim des Ortes eine türkische SchülerInnengruppe aus Berlin an. Die Nazis grölten »Heil-Hitler« und breiteten u. a. eine Hakenkreuzfahne aus. Sechs Nazis wurden festgenommen.

★ **Wihelmsaue/Brbg** - Eine vorwiegend türkische Schülergruppe wurde von Nazis attackiert.

16. Mai

★ **Speyer/Ludwigshafen** - Ein »Schweigemarsch« der Reps-Rheinland-Pfalz wurde aufgrund der »fehlenden öffentlichen Sicherheit und Ordnung« zuerst in Speyer und dann in Ludwigshafen verboten. In beiden Städten fanden antifaschistische Demonstrationen mit insgesamt über 1.200 Personen statt. In der Ludwigshafener City wurden rund 50 autonome AntifaschistInnen von Polizeikräften daran gehindert, gegen etwa 25 Nazis vorzugehen. Die Reps kündigten statt dessen eine geschlossene Veranstaltung mit ihrem Chef Rolf Schlierer an.

★ **Goslar (Harz)** - Am frühen Morgen randalierten rund 80 Nazis aus der regionalen Skinhead-Szene in der Stadt und riefen Nazi-Parolen.

★ **Breitenbrunn** – Es fand ein Nazi-Konzert mit ca. 500 Nazi-Skins aus verschiedenen Ländern statt. Organisatoren waren u.a. Cymorek aus Aue und Jan Werner (Skins 88) aus Chemnitz.

17. Mai

★ **Oranienburg** - Zwei Männer aus Togo wurden von einem deutschen Rassisten angegriffen, wobei einer im Gesicht verletzt wurde.

21. Mai

★ **Ruhlsdorf (Brandenburg)** - An einem Kiessee rund 10 km südlich von Eberwalde wurde eine Gruppe campender BerlinerInnen von Rechtsradikalen angepöbelt, attackiert und verprügelt. Mehrere BerlinerInnen wurden verletzt.

★ **Magdeburg** - Bei zwei Angriffen von Neonazis auf AfrikanerInnen wurden insgesamt vier Nazis →

Brandenburg

Nazi-CDs beschlagnahmt

BeZe,4.8. 98- Nachdem am 22.7.98 an der deutsch-polnischen Grenze zwei einschlägig bekannte Nazi-Skins aus Cottbus festgenommen wurden, weil sie 352 CDs mit rechtsradikalem Inhalt im Reserverad über die Grenze schmuggeln wollten, durchsuchte die Polizei am 31.7.98 18 Wohnungen von Neonazis in fünf Bundesländern. Es wurden Adressenlisten und Skinhead-Magazine sowie mehrere tausend Tonträger in Großverpackungen und dazugehörige leere Hüllen und Etiketten beschlagnahmt. Als Herkunftsland wird Polen vermutet, aber auch andere osteuropäische sowie skandinavische Länder werden nicht ausgeschlossen.

Antifa-Demo in Potsdam

ND, 29. 6. 98- Am 27.6.98 demonstrierten ca. 500 Antifas in Potsdam unter dem Motto *»Dem rechten Konsens entgegentreten! Für eine emanzipierte und antifaschistische Jugendkultur*!«. Unmittelbarer Anlaß für die Demo war die jahrelange städtische Förderung der Nazi-Band ***Proissenheads*** (siehe WGA#24), deren Sänger **Uwe Menzel** auch am Rand der Demo provozierte. Die Demonstration führte durch Potsdamer Außenbezirke, die als Nazi-Hochburgen bekannt sind. Daß sie hier keinen Widerspruch dulden wollen, machten etwa 100 Nazis deutllich, die sich in der Nähe der Abschlußkundgebung zusammenrotteten und sich Schlägereien mit der Polizei lieferten. Bei der Demo blieb es bis auf kleinere Auseinandersetzungen ruhig.

NPD und Kameraden

NIT-Preußen- Am 15.8.98 lud die ***NPD*** zu einem *»politischen Spaziergang»* durch Potsdam ein. So zogen ca. 20 NPDler unter Führung des NPD-Bezirksvorsitzenden **Thilo Kabus** durch die Stadt, um Flugblätter zu verteilen. Dies endete in der Einkesselung der Nazis durch Antifas. Bei der anschließenden Flucht wurde eine Gruppe Nazi-Skins von Antifas durch die Straßen gejagt. Von der NPD-Führung kam dazu der Kommentar, daß die Skins sich das aufgrund ihres Aussehens selbst zuzuschreiben hätten. Die NPD sollte wohl etwas freundlicher mit ihren Kameraden umgehen, denn als dann am Nachmittag **Andreas Storr** als Kandidat für die Wahl des Oberbürgermeisters von Potsdam aufgestellt werden sollte, waren von den 100 geladenen Personen gerade mal acht erschienen, von denen nur drei aus Potsdam waren. Da von den dreien nur einer bereit war, an Ort und Stelle der NPD beizutreten, um für Storr unterschreiben zu können, endete auch dieses Unternehmen in einem Fiasko.

Am Rande eines Infostandes der NPD in Strausberg wurden zwei 19jährige Jungnazis von vermummten Antifas angegriffen und verletzt. Für die NPD kandidierten **Thilo Kabus**, **Jörg Hähnel**, **Maik Hampel**, **Sven Issler** und **Reimar Leibner**. Am 25.9.98 demonstrierte die NPD in Schwedt. Wegen Hitlergruß und Totschläger wurden zwei Nazis verhaftet. 500 Schwedter demonstrierten gegen den Aufmarsch. Am selben Tag bildeten 1.000 BewohnerInnen von Frankfurt/O. eine Menschenkette um das Rathaus, um vor dem Einzug von Naziparteien zu warnen. 50 NPDler störten die Aktion mit Trommelschlägen und Zwischenrufen. Von einem Kino wurde ein Transparent mit der Aufschrift »*Wir kommen - NPD*« heruntergelassen. Antifas entfernten das fünf mal fünf Meter große Transparent.

BFB-Wahlfälschung

BeZe, 24.7/16.9. 98- Die Staatsanwaltschaft Neuruppin hat beim ***Bund Freier Bürger*** wegen des Verdachts der Fälschung von Unterschriften für die Zulassung zur Bundestagswahl zwei Listen mit 100 Unterschriften beschlagnahmt. Einer Mitarbeiterin des Ordnungsamtes waren beim Sichten der Unterschriften-Formblätter ähnliche Namenszüge aufgefallen. Eine Stichprobe ergab, daß sich von sieben Personen, die in der Liste der Partei auftauchten, nur eine daran habe erinnern können, unterschrieben zu haben.

Doch nicht nur mit Unterschriftenfälschungen macht der in Brandenburg 50 Mitglieder zählende BFB auf sich aufmerksam. Gegen den Bundestagskandidaten des BFB **Johannes Rey** ermittelt die Staatsanwaltschaft nach einer anonymen Anzeige wegen Nötigung. Er soll Rechnungen von Handwerksbetrieben nur unter der Bedingung beglichen haben, daß deren Mitarbeiter Unterschriften für seine Kandidatur leisten.

Nazikonzert

Presse - Zu schweren Auseinandersetzungen kam es am Abend des 5.9. 98 bei der Auflösung eines Naziskinkonzertes in Hirschfeld (Elbe-Elster). Ca. 200 Nazis, vornehmlich aus Brandenburg und Sachsen, hatten sich zu einem Konzert in einer Gaststätte versammelt und Naziparolen skandiert. 20 Polizisten wurden verletzt, 65 Nazis festgenommen.

Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Bremen, Meck-Pom, Hamburg, Schleswig-Holstein

Nazidemo für Bismarck

DRR, NIT - Am 8.8.98 nahmen über 100 Neonazis an einer Kundgebung unter dem Motto » *Bismarck - ein sozialer Nationalist*« zu Ehren Otto von Bismarcks 100. Todestag in Hamburg-Aumühle teil. Zu diesem Aufmarsch hatten die ***JN*** und die ***Freien Nationalisten*** aufgerufen. Am Aufmarsch nahmen dann u.a.



die Anti-Antifa-Aktivistin **Thekla Kosche**, der Naziaktivist **Sascha Bothe** aus Tostedt und die Freien Nationalisten um **Christian Worch** und **Thomas Wulff** (ex-***Nationale Liste, 1995 verboten)*** teil. **Michael Swierczek** (ex-Vizegeneralsekretär der ***FAP*** und Gründer der ***Nationalen Offensive***) hielt vor dem Bismarck-Turm die Abschlußrede. Die Polizei unterband zwei Gegendemonstrationen und entfernte eine von BürgerInnen angebrachte Verdeckung eines Gedenksteins des radikalen Antisemiten **Georg Schönerer**. Einige AnwohnerInnen hielten antifaschistische Transparente hoch, und vereinzelt kam es zu Angriffen von Antifas auf Nazidemonstranten.

REP plus DSU

Der REP, DESG-Inform, JF - Die ***REP***s wollen ihre Zusammenarbeit mit der ***Deutschen Sozialen Union (DSU)*** und der ***Demokratischen Erneuerung (DE)*** in Sachsen-Anhalt fortsetzen. Auch die Kontakte zum ***BFB*** sollen erweitert werden. Der DSU-Landeschef Dr. **Joachim Nothdurft** versicherte auf einem Treffen des Rep-LV am 28.7. 98 in Zerbst die weitere Bereitschaft seiner Partei zur intensiven Zusammenarbeit mit den ***Reps***. Neuer Landesvorsitzender der Reps wurde **Hermann Lehmann** (Stadtrat aus Zerbst). Zu seinen Stellvertretern wurden gewählt: Dr. **Ekkehard Birkholz** (Bundesvorsitzender der DE, Ex-Rep-Landeschef aus Frose), **Wilfried Naruhn** (Haldensleben) und **Ulrich Reinke** (Dessau). Eine gemeinsame Landesliste von Reps, DSU und DE unter dem Namen ***Arbeit für Sachsen-Anhalt*** scheiterte. In Magdeburg wollten Hermann Lehmann (REP), **Wolfgang Heim** (DSU), **Dieter Jeserich** (REP), und **Andreas Kaluza** (DSU) kandidieren.

Aktion gegen DVU

Antifas Bremen - Am 20.6.98 haben AntifaschistInnen am Bremer Hauptbahnhof versucht, eine Busfahrt von Nazis zu einer zentralen Sonnenwendfeier verschiedener ***DVU***-Landesverbände in Pölitz zu verhindern. Der Doppelstock-Bus war von der Bremer DVU bei der Firma ***von Rahden*** gemietet worden. Teilnehmer waren neben DVUlern auch ***NPD***ler, ***Hammer-Skins*** und ***Freie Nationalisten***. Als ca. 90 Antifas durch eine Blockade und eine Flugi-Aktion die Abfahrt des Nazi-Busses verhindern wollten, kam es zu einem schweren Unfall. Ein Reifen des Doppelstock-Busses explodierte und verletzte einen Antifaschisten so schwer, daß er an der Hand operiert werden mußte. Die Polizei nahm anschließend 21 Personen in der Umgebung des Hauptbahnhofes fest. Auch die Leute, die sich um den Verletzten kümmerten, wurden verhaftet. Der Bus mußte seine Fahrt abbrechen. Später wurden bei mehreren Streifenwagen und beim Auto des DVU-Landeschefs die Reifen abgestochen.

Aktionen gegen Kosche

JW, NIT, Thule - Am 13.6. 98 gab es in Bad Segeberg eine Antifa-Demo gegen die Anti-Antifa-Aktivistin und Betreiberin der Nazi-Mailbox ***Asgard BBS*** **Thekla Kosche**. An der Demo beteiligten sich etwa 150 Antifas. Störungsversuche von Thekla Kosche am Rande der Antifa-Demo wurden schnell beendet. Später schrieb Kosche im Thule-Netz: »*Die Antifa-Demo in Segeberg zeigt Wirkung: meinen Arbeitsplatz bin ich schon los. Obwohl man mich in Bad Segeberg gut kennt, weicht alles vor dem gewalttätigen roten Mob, der sich hier durch die Strassen trollte, zurück.*« Am 24.7.98 ging dann das Auto von Kosche in Flammen auf.

NPD in Magdeburg

Presse, AK Antifaschismus - Am 18.7.98 wurden etwa 60 ***NPD***ler in Magdeburg Neu-Olvenstedt verhaftet, die trotz Verbot einen Aufmarsch durchführen wollten. Die NPD wollte zunächst in Tangerhütte eine Demo unter dem Motto »*Widerstand gegen den Euro*« durchführen, die aber verboten wurde. Die Behörden verhängten außerdem im gesamten Regierungsbezirk ein NPD-Demonstrationsverbot. Die Nazis (u.a. **Christian Worch** und **Thekla Kosche**) landeten für eine Nacht in Polizeigewahrsam. Unterstützt wurde die ***NPD*** durch ***Freie Nationalisten, Freie Aktionsgruppen im Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Norddeutschland*** und die ***JN-Hamburg*** und ***Schleswig--Holstein***.

festgenommen. Mehrere Männer wurden durch Schläge der Nazis verletzt.

★ **Mühlhausen (Thüringen)** - Drei Nazis im Alter zwischen 16 und 20 Jahren schlugen einen 30jährigen Mann aus Aserbaidschan so schwer zusammen, daß er mit gebrochenem Ober- und Unterkiefer ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

★ **Halle** - Faschisten griffen MigrantInnen an.

★ **Saalfeld** - Ca. 20 Nazis griffen zwei Antifas an und verletzten diese unter den Augen von Polizisten schwer. Im nahegelegenem Kamsdorf wurden in einer Disco Leute von Nazis angegriffen und verletzt. Im selben Ort überfielen die Nazis noch eine Tankstelle.

23. Mai

★ **Sauerland** - Vier Nazis wurden festgenommen, nachdem sie zeltende Jugendliche angegriffen und mit Steinwürfen verletzt hatten.

★ **Weinheim (Ba-Wü)** - Etwa 30 mit Schlagstöcken bewaffnete Neonazis überfielen eine Privatparty im Jugendzentrum Café Central. Bei dem Anschlag wurden zahlreiche Café-Gäste zum Teil schwer verletzt. Zwei Nazis wurden festgenommen, ein Rädelsführer konnte festgehalten werden. Er kam in Untersuchungshaft.

★ **Saalfeld** - Im Stadteilzentrum Gorndorf sollte es ein Indie-Konzert geben. Nazis belagerten das Gelände, beschädigten die Einrichtung und das Bandauto. Die Band mußte fliehen, und das Zentrum wurde für offene Arbeit geschlossen.

★ **Märkisch Buchholz** - Nazis forderten eine 7. Klasse eines Gymnasiums auf, einen Deutsch-Brasilianer auszuliefern und versuchten anschließend, eine Jugendherberge zu stürmen.

★ **Berlin** – Zwei Nazis griffen an einer Badestelle in Köpenick eine türkische Familie mit Stein- und Flaschenwürfen, Tritten und Schlägen an und verletzten ein Familienmitglied.

★ **Berlin** – Eine Gruppe Nazis überfielen mehrere teils nichtdeutsche bzw. langhaarige Jugendliche am S-Bhf. Storkower Straße und verletzten einen Jugendlichen dabei.

25. Mai

★ **Rheinsberg** – Ein Jungnazi ging mit Faustschlägen und Tritten auf zwei Schüler ausländischer Herkunft los. Er wurde festgenommen. Weil gegen ihn noch andere Anzeigen liefen, wurde Untersuchungshaft angeordnet.

26. Mai

★ **Mörfelden (Hessen)** - Erneut versuchte der örtliche Kreisverband der Reps, seine Kreismitgliederversammlung durchzuführen - diesmal im Bürgerhaus. Nachdem es die REPs aufgrund antifaschistischer Proteste bereis Ende April nicht schafften, lehnte es diesmal die Stadt ab, ihnen Räume zur Verfügung zu stellen. Vor dem Bürgerhaus fanden sich trotzdem über 150 AntifaschistInnen ein, um gegen sie zu demonstrieren.

→

23. Mai

★ **Coburg** - Bei einer Auseinandersetzung zwischen 20 türkischen Personen und Nazis wurde ein 15jähriger Nazi verletzt. Kurze Zeit später versuchten die Nazis, ein türkisches Lokal zu stürmen.

2. Juni

★ **Fürstenwalde** - Nazis verübten einen Anschlag auf das Mahnmal zur Erinnerung an die Häftlinge des NS-Arbeitslagers »Fuchsbau/Bad Sarow«. Die Täter verwüsteten die Gedenkstätte, rissen eine im Zentrum stehende Messingplatte um und schmierten faschistische Parolen, darunter ein Hakenkreuz, »Juden Raus« und SS-Runen.

3. Juni

★ **Freiberg** – Es gab einen Brandanschlag auf das AZ Barrikade. In den Tagen zuvor und danach gab es vermehrt Überfälle auf Linke.

★ **Frankfurt/Oder** – Ein polnischer Student wurde von zwei Nazis attackiert und von deren Hund gebissen.

4. Juni

★ **Leipzig** – Nazis warfen nachts eine NVA-Nebelgranate in ein von Linken bewohntes Haus. Sie flohen mit einem Auto.

★ **Kamenz** – Nazis warfen sechs Brandsätze gegen ein Flüchtlingsheim. Drei Täter gestanden, darunter ein JN-Mitglied.

6./7. Juni

★ **Lambsheim** – Nach einem verbalen Streit mit Nazis wurden mehrere Angler von 10 Nazis überfallen und drei von ihnen verletzt.

★ **Kröges bei Meißen** – Ca. 20 Nazis überfielen ein christliches Jugendlager und verletzten 3 Personen.

★ **Bedburg-Hau/NRW** – Ein Nazi legte Feuer in einer Flüchtlingsunterkunft.

★ **Anklam** – Eine Gruppe von 20 Nazis griff mehrere Afrikaner an und verletzte zwei schwer.

9. Juni

★**Fürstenwalde** – Mehrere deutsche Jugendliche schlugen einen Jugoslawen zusammen.

★ **Bodenfelde** – In dem niedersächsischen Ort verwüsteten unbekannte Nazis einen jüdischen Friedhof.

12. Juni

★ **Leipzig** – Es gab einen versuchten Brandanschlag auf eine Wagenburg.

★ **Freiberg** – Zwei Besucherinnen des AZ Barrikade wurden auf dem nächtlichen Heimweg von Nazis angegriffen, die ihnen im Gebüsch aufgelauert hatten.

13. Juni

★ **Ehrenberg** – Der sächsische NPD-Parteitag fand im Gasthof »Am Mühlberg« statt. 80 Antifas führten eine Gegendemo durch.

★ **Sandersdorf** – 200 Antifas demonstrierten gegen den DVU-Landeschef Helmut Wolf.

★ **Leubnitz** – 5 Nazis überfielen eine Gruppe Afghanen. Ein Nazi wurde an beiden Händen verletzt, da →

NRW, Rheinland-Pfalz, Hessen, Saarland

Saarlouis

Antifa Saar-AG - Am 26.6.98 fand vor dem Amtsgericht Saarlouis ein Prozeß gegen sieben saarländische Neonazis statt, die am Rande einer Antifa-Veranstaltung Ärger gemacht hatten und gegen Platzverweise der Polizei verstießen. Die Nazis hatten nach der Veranstaltung Antifas angegriffen. Bei der darauf folgenden Auseinandersetzung wurde der Neunkirchener Nazi-Hool **Pulvermüller** schwer verletzt. Die Polizei stürmte daraufhin den Infoladen und verhaftete anwesende Antifas. Angeklagt waren die Nazis **Dominique Jerome Bacquez** (20) aus Spießen-Elversberg, der 18jährige **Marco Schwickert (Kiki)** aus Saarlouis, der JN-Beauftragte **Uli Peter Diehl** (23) aus Heusweiler-Wahlschied, der Anführer der ***Kameradschaft Horst Wessel Saarlautern*** **Peter Strumpler** (29) aus Saarlouis, **Heiko Georg Theobald** (21) aus Saarlouis und **Markus Karl-Heinz Mang** (32) aus Wadgassen. Wegen fehlender Zeugen wurde der Prozeß vertagt.

Nach der Verhandlung kam es vor dem Gericht zu Auseinandersetzungen zwischen Antifas und Nazis, bei denen der Nazi-Skin **Mark Alexander Martin** verletzt worden sein soll. Am 17.8.98 überreichten VertreterInnen des ***Bündnis gegen Rechts*** dem Bürgermeister einen Eimer mit weißer Farbe. Damit sollte auf die Duldung faschistischer Machenschaften in Saarlouis aufmerksam gemacht werden. So wurde bereits im Mai ein Pavillon im Saarlouiser Ludwigspark (Treffpunkt der Nazi-Szene) von Nazis schwarz-weiß-rot angestrichen. Bis heute hat sich daran nichts geändert.

Nach dieser Aktion wurden VertreterInnen des Bündnisses von mehreren Faschisten (u.a. Peter Strumpler und Markus Karl-Heinz Mang) angegriffen und fotografiert. Verletzt wurde niemand. Am 26.8.98 überfielen ca. 25 Nazis unter der Führung von Peter Strumpler 15 linke Jugendliche und verletzten sie teilweise schwer.

Nazi-Skin-Treffen

DRR - Auch dieses Jahr fand am letzten Juli-Wochenende wieder ein Nazi-Skin-Treffenunter dem Motto *»Froide durch Alkohol«* in Offenbach statt. Etwa 100 Nazi-Skins versammelten sich auf einem abgelegenem Grillplatz, um sich zu besaufen und ***NPD***-Flugis zu verbreiten. Konzerte wie z.B. mit ***Brutal Attack*** gab es dieses Jahr nicht. Organisiert wurde das Ganze dieses Jahr von den Nazi-Skins **Andreas Reuhl** und **Stefan Werth**. In den letzten Jahren wurde dieses Fest von **Michael (Mike) Hansen** und **Lars Schulz** (beide Brutal Attack-Security) organisiert. Die beiden betreiben den Plattenladen ***CD-Room*** in Offenbach-Bieber, den ***Skrewdriver Service Deutschland*** und das Nazi-Skin-Szine ***Appelwoi-Express***. Mike Hansen soll mittlerweile nach Frankfurt/M. gezogen und dort bei dem *Böhse Onkelz*-Frontmann **Kevin Russel** untergekommen sein.

REPS

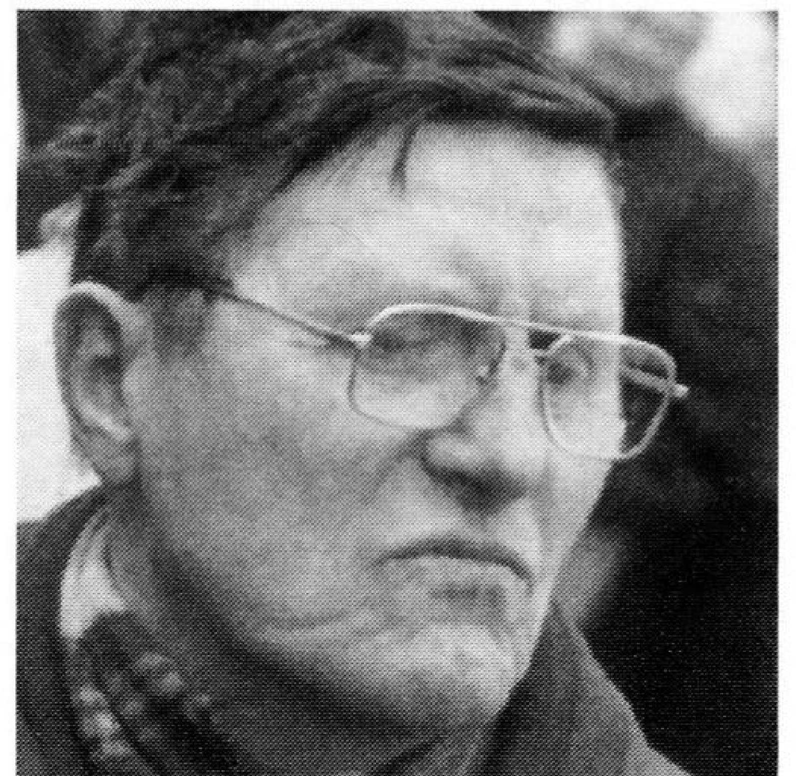
Der REP, JF - Der Vorsitzende des REP-LV Hessen **Haymo Hoch** darf weiter Regierungsdirektor bleiben. Ein Gericht erklärte: *»Die vorläufige Dienstenthebung war rechtswidrig«*. In Wiesbaden stellten die Reps mit **Marl Olaf Enderes**, **Peter Schadt** und **Hermann Höhn** drei Direktkandidaten auf. In Düsseldorf kandidierten **Andre Maniera** (26) und **Frank Heise** (35). Wahlkreiskandidat wurde der 66jährige **Walter Armann**.

Am 16.8.98 fand im Kolpinghaus in Herne-Wanne (Kolpingstr. 23) eine Rep-Veranstaltung mit **Rolf Schlierer**, **Hans Hirzel** und **Uschi Winkelsett** statt. Den Reps **Ralf Bargenda** (Waldeck-Frankenberg) und **Bernd Ulrich Peter** (Dillenburg) wurde das ehrenamtliche Richteramt am hessischen Verwaltungsgerichtshof verweigert. Rep-Wahlkampfveranstaltungen fanden auch Anfang Juli in der Veranstaltungshalle von Bad Soden/Allendorf mit ***Gitta*** und **Siegfried Schülbe** und am 27.8.98 im Bürgerhaus von Wiesbaden-Biebrich mit Enderes und Hirzel statt. In Burg bei Herborn machte **Markus Rompf** Panik vor dem Islam, der Dillenburg einnehme.

NPD

DS - Bei einer Sitzung der Gemeindevertretung in Ehringhausen provozierte der ***NPD***-Abgeordnete **Alfred Zutt** so lange, bis er von der Polizei rausgeworfen wurde. Im Rahmen der Razzia gegen die ***JN*** (s. Süd) wurde auch die NPD-Geschäftsstelle in Wattenscheid und Wohnungen in Bochum und Oberhausen durchsucht.

Zu mutmaßen ist, daß in Bochum der NPD-Funktionär **Wolfgang Hennig** und Ehefrau **Claudia** gerazzt wurden. Hennig erstellt die Internetseiten der NPD. Der JNler **Claus Crämer** ist Ordner bei Wattenscheid 09.



Alfred Zutt

sich einer der Angegriffenen mit seinem Küchenmesser verteidigte.
★ **Freiberg** – Wegen der Überfälle in den Tagen zuvor gab es eine Antifa-Kundgebung mit 70 Leuten.
★ **Lüneburg** – 65 sog. Freie Nationalisten marschierten im Namen einer Arbeitsloseninitiative.

14. Juni
★ **Flöha** – Es gab einen Brandanschlag auf ein Aussiedler-Wohnheim. Die BewohnerInnen konnten den Brand löschen. Ein Nazi wurde verhaftet und wieder freigelassen, nachdem er die Aussage verweigerte.
★ **Anklam** – Nach einer NPD-Demo griffen Antifas Nazis an und verletzten einige.

15. Juni
★ **Fürstenwalde** – Ein Inder wurde von zwei Deutschen angegriffen und verletzt.

16. Juni
★ **Herne** – Gegen eine geplante großangelegte Plakatieraktion der REPs rief ein breites Bündnis zu einer Kundgebung auf.

19. Juni
★ **Leipzig-Reudnitz** – Ein Antifa wurde von sechs Nazis angegriffen und schwer verletzt.
★ **Berlin** – Drei Jungnazis erfreuten sich daran, einem 11jährigen in einem Erholungspark ein Hakenkreuz aufzumalen und ein Feuerzeug an die Hand zu halten.

20. Juni
★ **Leipzig-Markleeberg** – Zeltende Nazis, die Punks belästigten, wurden von Antifas angegriffen und verjagt.
★ **Haldensleben** – 10 Nazis überfielen eine Kneipe und versuchten, den Wirt aufzuhängen.
★ **Detmold** – Am Rande einer Sonnenwendfeier randalierten sächsische Nazis, zerkloppten Autos und griffen Ausländer an. 26 wurden festgenommen.
★ **Bad Dürrheim** – Auf einen PDS-Kandidaten wurde ein Nazi-Überfall verübt. Der bekannte Antifaschist wurde schwer verletzt. Im Vorfeld kam es zu Drohungen durch den »Nationalen Widerstand«.
★ **Schmalkalden/Thüringen** – 5 Nazis überfielen zwei Linke und prügelten diese krankenhausreif.
★ **Oibesfelde/Sachsen Anhalt** – Ca. 10 Nazis überfielen eine Gartenparty und verletzten fünf linke Besucherinnen schwer.
★ **Cottbus** – Drei Jungnazis überfielen einen Kurden auf seinem Schulhof, dieser setzte sich zur Wehr und verletzte einen der drei Angreifer.

21. Juni
★ **Rheinsberg** – Anti-Atom- und Antifagruppen demonstrierten gemeinsam gegen örtliche Nazis. Zuvor hatten Nazis bei einem der regelmäßig stattfindenden Sonntagsspaziergänge gegen den geplanten Castor-Transport nach Rheinsberg die DemoteilnehmerInnen fotografiert und mit Transpis wie »Chaoten raus« und »Freie Fahrt dem Castor« provoziert.

22. Juni
★ **Blankenfelde** – Ein Farbiger wurde von vier Nazis angegriffen und verletzt.

25. Juni
★ **Berlin-Marzahn** – Ein vietnamesischer Bahnhofsreiniger wurde von drei Nazis zusammengeschlagen und auf die Gleise geworfen. Er entkam nur knapp einer S-Bahn. Er erlitt eine Gehirnerschütterung, mehrere Prellungen und Platzwunden.

26. Juni
★ **Leipzig-Plagwitz** – Zehn bis fünfzehn Nazis griffen das alternative Wohnprojekt »Plaque« an. Sie stürmten eine Wohnung, die Bewohner konnten sich in einer benachbarten Wohnung verbarrikadieren. Die Nazis zerschlugen Computer, Anlage Türen, Fenster und andere Einrichtungsgegenstände. Nach dem Angriff flüchteten sie in die bekannte Nazikneipe »Zur Wilden Sau«. Zivilpolizisten, die während des ca. 10minütigen Angriffs das Geschehen aus einem Auto beobachteten, griffen nicht ein.

27. Juni
★ **Pausitz (nähe Leipzig)** – Antifas griffen den Schleusungspunkt für das Pressefest des »Europa-Vorn«-Verlages (siehe Artikel im AIB) an. Mindestens zwei Nazikader wurden verletzt und etliche ihrer Autos beschädigt. Später sammelten sich ca. 100 Nazis an einer Tanke und fuhren im Konvoi zu der Veranstaltung nach Dresden.
★ **Brandenburg** – Vier Nazis überfielen zwei 18- und 19jährige beim Zelten und verletzten sie.
★ **Schwarzenberg** – Nachdem zwei Antifas von Nazis angepöbelt worden waren und daraufhin Antifas acht Nazis in einen See befördert hatten, überfielen 20 Nazis den »Bunker« im Neubaugebiet Schwarzenberg-Heide und verletzten sieben Menschen schwer. In der gleichen Nacht überfielen ca. 20 Nazihools die Disco »Tandem« und schlugen zehn Menschen mit Baseballschlägern zusammen. Auch in der Umgebung Schwarzenbergs gab es in der Nacht Schlägereien mit Nazis.
★ **Anklam** – Ein Asylbewerber wurde von sechs Jugendlichen angegriffen und mit einem Messer verletzt.
★**Saal/Meck.Pomm.** – Ein Algerier wurde von 50 Jungnazis beleidigt und anschließend auf dem Heimweg von sechs Nazis krankenhausreif geschlagen.

29. Juni
★ **Schwarzenberg** – Auf dem Busbahnhof wurde ein 25jähriger Türke von vier Nazis aus dem Bus gezerrt und verprügelt. Er kam mit Kopfverletzungen und Prellungen ins Krankenhaus.

Ende Juni
★ **Berlin** – Mehrere Antifas griffen zwei DVU-Wahlhelfer an, die DVU-Propaganda in Briefkästen steckten.

1. Juli
★ **Frankfurt/O.** – Zwei Dutzend NPDler um Jörg Hähnel störten das zweite Treffen der »Plattform gegen Rechts« im Frankfurter Rathaus.

3. Juli
★ **Wismar** – Ein NPD-Infostand wurde von autonomen Antifas angegriffen. Das Auto von JN-Chef Holger Apfel und seinem Bruder wurde beschädigt, die beiden wurden leicht verletzt. Auch das Auto des Nazibarden Frank Rennicke wurde angegriffen.

4. Juli
★ **Freiberg** – Gegen 3 Uhr morgens versuchten erneut Nazis, das AZ Barrikade, ein linkes Jugendzentrum, anzuzünden, was jedoch an einer Stahltür scheiterte.
★ **Altrip (Rheinpfalz)** – Auf einem Fischerfest griffen Naziskins und -hools Polizisten an. Mehrere wurden festgenommen.
★ **Zittau** – Unter starkem Polizeischutz demonstrierten ca. 200 NPDler. Einen Tag später beteiligten sich ca. 300 Personen an einer antifaschistischen Demonstration.

6. Juli
★ **Dieuze (Lothringen)** – Unbekannte Nazis warfen auf dem jüdischen Friedhof etwa 60 Grabsteine um.

8. Juli
★ **Rheinsberg** – Ein 18jähriger Nazi schlug den Leiter der Tucholsky-Gedenkstätte krankenhausreif. Zuvor hatte er zwei Berliner rassistisch beschimpft und einen von ihnen geschlagen. Der Nazi wurde festgenommen.

11. Juli
★ **Villingen-Schwenningen** – Hier gab es eine Antifa-Demo wegen des Nazi-Überfalls auf ein PDS-Mitglied in Bad Dürrheim am 20. Juni.
★ **Lauchhammer** – Zwei jugendliche Faschisten schlugen einen Obdachlosen mit einem Baseballschläger zusammen.

14. Juli
★ **Usedom** – Sechs Nazis griffen Camper an und verletzten zwei Berliner Jugendliche schwer. Einer der Festgenommenen trug einen Hakenkreuzanstecker mit NSDAP-Schriftzug.

15. Juli
★ **Schönwalde** – Nazis verübten einen Brandanschlag auf ein Restaurant, das einem Mann ägyptischer Abstammung gehört.

18. Juli
★ **Altenburg** – Zwei deutsche Jugendliche verletzten einen russischen Musiker mit Schnitt- und Stichverletzungen im Gesicht und Oberkörper so schwer, daß er notoperiert werden mußte. Die 16- und 18jährigen Nazis wurden festgenommen.
★ **Potsdam** - Ein Dutzend Nazis versuchte gegen Linke vorzugehen, die die militaristische Wachparade der sog. »Langen Kerls« störten, vereinzelt kam es zu Übergriffen und namentlichen Bedrohungen.

★ **Magdeburg** – 118 NPDler wurden vorläufig in Gewahrsam genommen, nachdem ein NPD-Treffen in Tangerhütte verboten wurde und sie statt dessen nach Neu-Olvenstedt zogen.

19. Juli
★ **Templin** – Zehn deutsche Jugendliche griffen fünf Rußlanddeutsche an und verletzten sie.

20. Juli
★ **Berlin** – Ein Franzose wurde in einem Bus von etwa zehn Nazis geschlagen und als »Kanake« beschimpft.

22. Juli
★ **Usedom** – Auf einer Wahlkampfveranstaltung von Helmut Kohl wurden zwei Nazis festgenommen, die NPD-Flugblätter in die Menge warfen.

24. Juli
★ **Bad Honnef** – Nazis überfielen jugendliche Camper an einem See. Sie hatten zuvor Nazilieder gesungen. Sie verletzten einen Mann, gaben zwei Schüsse ab und verwüsteten das Zeltlager.

25./26. Juli
★ **Buchenwald** – Nazis schändeten ein Denkmal in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald. Sie versuchten, aus einer Plastik befreiter KZ-Häftlinge das Bein eines Kindes abzusägen.
★ **Johanngeorgenstadt** – 15 Nazis griffen eine Gruppe von 30 Berliner StudentInnen auf einem Volksfest an. Zuschauer ignorierten die Hilferufe der Opfer. Mindestens sechs StudentInnen erlitten Kopf- und Gesichtsverletzungen und teils komplizierte Knochenbrüche.

28. Juli
★ **Bernau** – Vier Deutsche überfielen einen 53jährigen Gambier, beschimpften ihn als »Nigger« und prügelten ihn krankenhausreif. Er kam mit beidseitiger Nierenprellung und Verdacht auf innere Blutungen ins Krankenhaus. Anschließend überfielen sie einen Deutschen, den sie für einen Russen hielten. Er mußte mit Kopfplatzwunden, Schädelprellung und einem Kapselanriß ins Krankenhaus. Die vier Nazis wurden festgenommen,und es wurden Haftbefehle beantragt.

30. Juli
★ **Rathenow** – 30 Deutsche verprügelten einen 19jährigen Aussiedler aus Kasachstan. Er wurde mit schweren Kopfverletzungen und Blutergüssen am ganzen Körper ins Krankenhaus geliefert. Drei Nazis wurden vorübergehend festgenommen.

1. August
★ **Widach bei Coburg** – Der Nazi-Kader Peter Dehoust (Nation & Europa) führte in der Gaststätte »Zum kühlen Trunk« eine Veranstaltung zu Bismarcks Todestag durch. Antifas führten gegen die Gaststätte einen Buttersäureanschlag durch. Der «Kühle Trunk« ist auch sonst ein Treffpunkt von Naziskins.



★ **Weferlingen** – An diesem Wochenende überfielen neun Nazi-Skins einen Döner-Stand und verletzten den türkischen Betreiber.

2. August

★ **Bernau** – Unbekannte Nazis schändeten ein Denkmal für die Opfer des Faschismus. Sie verbogen eine Opferschale und rissen zwei Füße aus dem Sockel. Die Polizei fand »keinen Hinweis auf ein politisches Motiv«.

4. August

★ **Berlin** – Antifas warfen laut NIT bei einem Kameradschaftsnazi die Scheiben ein.

★ **Wismar** – Am Rande einer NPD-Wahlkampfveranstaltung griffen Antifas NPDler an ihrem Auto an und verletzten zwei von ihnen, darunter den JN-Chef Holger Apfel und den Dortmunder JN-Kader Sven Schwertfeger. Es wurden mehrere Naziautos beschädigt.

7. August

★ **Berlin-Kaulsdorf** – Drei WahlhelferInnen der Grünen wurden von einem Nazi bedroht, der zudem den Infotisch zerschlug.

8. August

★ **Strausberg** – Autonome Antifas störten eine Wahlkampfveranstaltung der NPD. Die Nazis machten einen Infostand und verteilten Flugblätter. Zwei 19jährige Nazis, die gerade NPD-Flyer an Autos steckten, wurden von Antifas verprügelt.

★ **Aumühle** – Am Rande einer Nazidemo von NPD und freien Nationalisten wurden Nazis von Antifas angegriffen.

10. August

★ **Schwerin** – Das Vorstandsmitglied der DVU Mecklenburg-Vorpommern Manfred Dumm leitete ein Parteiausschlußverfahren gegen Gerhard Frey wegen »parteischädigenden Verhaltens« ein. Die DVU vermutete, Dumms Antrag solle dazu dienen, den DVU-Wahlkampf in Meck-Pomm »in fremdem Interesse« zu behindern.

11. August

★ **Gudow** – Nazis zündeten zwei Autos einer Gruppe geistig Behinderter an. Die Feuerwehr konnte ein Übergreifen des Brandes auf ein Ferienheim verhindern. In einem anonymen Anruf bekannten sich Nazis zu dem Anschlag.

15. August

★ **Saarlouis** – Antifas legten einen Wagen mit dem Kennzeichen SÜW-Y 237 tiefer, mit dem Nazis zu den dortigen Aktionen anläßlich des Rudolf-Hess-Todestages gereist waren.

★ Fürstenwalde – Zwei Naziskins, die einen Kubaner beschimpft hatten, griffen zwei sie verfolgende PolizistInnen an und schlugen sie krankenhausreif.
Der Polizist gab einen Warnschuß ab. Die beiden Nazis sowie die anderen rassistischen Pöbler wurden festgenommen.

22. August

★ **Neustrelitz** – An diesem Wochenende verunglückte der Nazi-Kader Ronny Klein aus Neustrelitz tödlich. Er war Kader der Unabhängigen Nationalen Bewegung und Chef des Unabhängigen Freundeskreises.

★ **Dedelow (Uckermark)** – Nazis überfielen auf einem Dorffest einen Italiener und traten ihm mit Stahlkappenschuhen gegen den Kopf. Er erlitt mehrere Schädelbrüche. Gegen den 19jährigen Hauptverdächtigen wurde Haftbefehl wegen versuchten Mordes erlassen.

23. August

★ **Gotha/Thüringen** – Ca. 60 Nazis demonstrierten, um dem Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess zu gedenken.

★ **Gera** – Ca. 25 Nazis sammelten sich aus demselben Grund, marschierten aber nicht.

★ **Rathenow** – 50 - 100 Nazis machten auch eine Demo für ihren Rudi.

28. August

★ **Berlin** – Nachdem er in der U-Bahn auf seine Nazitätowierung angesprochen wurde, schlug ein Naziskinhead einem Türken einen Feldspaten auf den Kopf, so daß er einen Schädelbasisbruch erlitt.

27. August

★ **Bernau** – Drei Nazis rissen einen Vietnamesen zu Boden und schlugen ihn mit einem Kantholz auf den Kopf. Er mußte mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus gebracht werden.

29.August

★ **Dresden** – 15 Antifas griffen eine Veranstaltung des BFB an. Drei BFBler und ein Polizist wurden verletzt. Zwei Personen wurden verhaftet.

★ **Verden** – Die NPD/JN hatte eine Kundgebung angemeldet. Den Kundgebungsplatz hatten jedoch rund 60 Antifas zuvor besetzt, so daß sich ganze 13 Nazis unter der Führung von Achim Ezer und unter Polizeischutzschutz in einer Ecke des Platzes sammelten. Ezers durch ein Megaphon gehaltene Reden waren aufgrund des lautstarken Protests nicht zu verstehen. Im Anschluß an die Kundgebung wurde Ezer von Antifas aus seinem Auto gezerrt und verprügelt. Auch ein anderes Naziauto wurde durch Steinwürfe beschädigt.

1. September

★ **Halle** – Zehn deutsche Jugendliche verfolgten einen 31jährigen Mosambikaner, schlugen ihn mit einem Baseballschläger zusammen und verletzten ihn mit einem Messer am Auge. Mehrere Passanten schauten zu und griffen nicht ein, obwohl der Mann sie mehrmals um Hilfe bat. Er wird möglicherweise auf einem Auge blind bleiben.

5. September

★ **Berlin-Hellersdorf** – Einige hundert Antifas demonstrierten gegen die Präsenz von Faschisten im Stadtteil. Provozierende Nazis wurden in ihre Schranken gewiesen.

6. September

★ **Berlin** – Gegen den »Tag der Heimat« des BdV fand eine Kundgebung statt.

★ **Magdeburg** – Vier Nazis griffen einen Jemeniter an, der aber fliehen konnte.

8. September

★ **Eisenhüttenstadt** – Auf einem Schulhof gab es eine Massenschlägerei zwischen Nazis und Antifas. 14 Schüler wurden festgenommen.

9. September

★ **Eisenhüttenstadt** – Nach der Massenschlägerei am Vortag wurden heute 30 Nazis und Antifas vor der 1. Gesamtschule Platzverweise erteilt.

11. September

★ **Berlin-Treptow** – 20 Nazis griffen einen Junge-Union-Infostand an, wobei sie einen linken Jugendlichen und einen JUler verletzten, obwohl gerade die JU Treptow ein Tummelplatz für Rechte ist.

★ **Jüterbog** – Eine Gruppe junger Deutscher jagte drei Vietnamesen und verletzte einen von ihnen. Zwei der Täter wurden vernommen und wieder auf freien Fuß gesetzt.

12. September

★ **München** – Rund 400 AntifaschistInnen demonstrierten gegen den rassistischen Wahlkampf und zogen zur CSU-Zentrale.

15. September

★ **Mecklenburg** – Es wurde bekannt, daß eine PDS-Kreistagsabgeordnete private Räume an die NPD vermietet hat.

19. September

★ **Magdeburg** – Ein Türke wurde an einer Tramhaltestelle von mehreren Deutschen zusammengeschlagen.

20. September

★ **Schwerin** – Ein Afrikaner und seine beiden kleinen Kinder wurden von Nazis mit einer Gaspistole beschossen und verletzt. Ein 19jähriger Täter wurde festgenommen.

Termine Herbst/Winter '98

24. bis 26.Oktober

Der Heidenkreis Hamburg e.V. plant zusammen mit einer heidnischen Gruppe aus Schwerin ein Erlebniswochenende zum Thema Runen im Tagungshaus Hohen-Woost in der Nähe von Dömitz. Kleinere Exkursionen zu heidnischen Kultplätzen der Umgebung sollen das Programm abrunden.

30.Oktober

19.00 Uhr Rep-Veranstaltung mit Pastor Hans-Joachim Brühe (BdV-Landesvorstand): »Christentum und Islam - eine vergleichende Darstellung« im Rathaus Berlin-Tempelhof.

7. November

Antifaschistische Demonstration anläßlich des 60. Jahrestages der Reichspogromnacht in Erfurt. Ab 10.00 Uhr, Hauptbahnhof. Um 12.00 Uhr findet im Haus der Gewerkschaften der 10. Antifaschistische Ratschlag statt.

20. November

19.00 Uhr, Rep-Veranstaltung mit Michael Thiergart »Der Niedergang der Bauwirtschaft und die Arbeitslosigkeit in Berlin« im Rathaus Berlin-Tempelhof.

21./22. November

Antifaaktionen gegen den Bundesparteitag der REPs in Witzenhausen/Unterrieden.

27. bis 30. November

Mini-Wochenend-Kongreß der Deutschen Konservativen im Hotel FREUND in Oberorke. Am 27.11.'98 17.00 Uhr Hauptbahnhof Kassel-Wilhelmshöhe Busse zum Hotel. Dann Vorträge des Ultra-Rechten Joachim Siegerist, des Pfarrers Winfried Pietrek (Christliche Mitte), , des RA Klaus Kunze (DESG-Referent, RFS, Ostpreußenblatt), Heinrich Lummer, des ehem. Generalkonsuls Carl-Hans Bütow und des BFBlers Bruno Bandulet (Deutschland-Brief).

27. November

Antifaschistische Blockade der IG Farben-Aktionärsversammlung in Frankfurt/Main.

Über ein halbes Jahr lang bewachten ANDREAS ROSSIAR, KARIN BÄCHTLE und weitere führende Neonazis aus Südwestdeutschland als Angestellte eines Sicherheitsdienstes das soziokulturelle Zentrum »Sudhaus« in Tübingen. Nachdem es im Sudhaus des öfteren zu Konfrontationen mit der Rockerclique »Bones« gekommen war, hatten die Verantwortlichen die Security-Firma TITAN aus Balingen engagiert. Als bekannt wurde, daß es sich bei den mit Schlagringen, Schreckschußwaffen, schußsicheren Westen und Teleskopschlagstöcken ausgerüsteten Security-Leuten um Neonazis handelt, wurden endlich auch die Berichte über rassistische Übergriffe im Kassenbereich ernst genommen und dem Sicherheitsdienst der Vertrag gekündigt. Das Einsatzgebiet des Sicherheitsdienstes Titan erstreckt sich neben mehreren Discos in Reutlingen über die Schwäbische Alb bis hin zum Schwarzwald.

Führende Köpfe der 1993 verbotenen HVD schützten soziokulturelles Zentrum

Nazi-Kader unterwandern süddeutschen Sicherheitsdienst

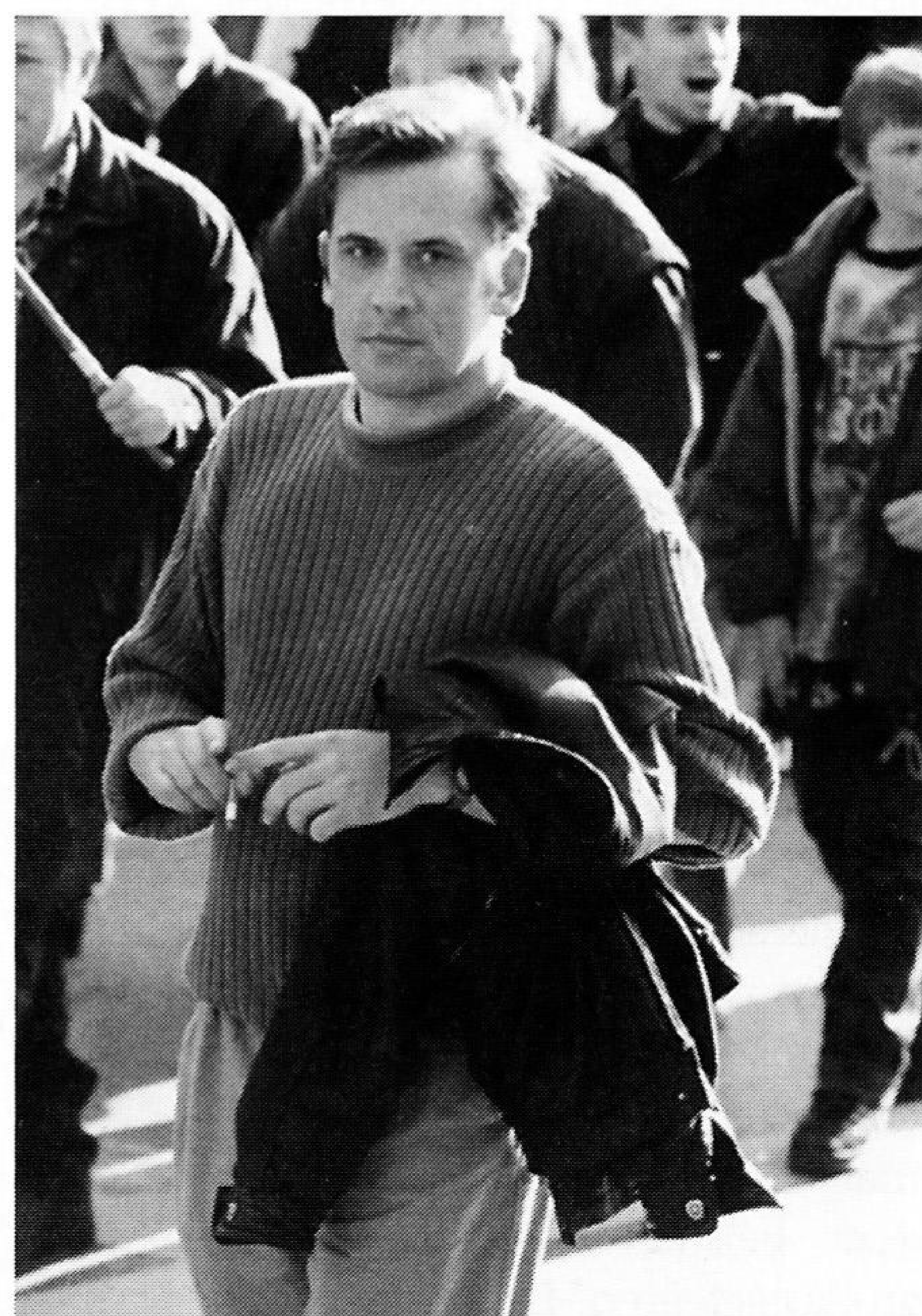
Andreas Rossiar gehört zum härteren Kaliber in der Neonazi-Szene. Seine weitgehend konspirativ agierende HEIMATTREUE VEREINIGUNG DEUTSCHLANDS (HVD), die zeitweise etwa 100 Mitglieder hatte, war bekannt für paramilitärisches Training und Wehrsport, ihr Schwerpunkt lag auf der Kaderschulung. Auch nach dem Verbot der Neonazi-Gruppierung durch das baden-württembergische Innenministerium im Herbst 1993 verkündete HVD-Chef Rossiar in der Öffentlichkeit: »*Mit Sicherheit werden sich Teile des rechten Lagers überlegen, ob sie nicht in den Untergrund gehen und Gewaltakte verüben.*«[1]

Ende 1994 meldete sich der Neonazi dann via Fernsehen aus Spanien anläßlich des Todestages von Diktator FRANCO in Uniform und mit Hitlergruß wieder. Daß er währenddessen beim »*Stuttgarter Bewegungsprozess*« beteuert hatte, mit der Neonaziszene nichts mehr zu tun zu haben, schien Rossiar dabei nicht weiter zu stören. Damals saß er monatelang wegen der Fortführung der 1982 verbotenen AKTIONSFRONT NATIONALER SOZIALISTEN/NATIONALE AKTIVISTEN (ANS/NA) in Form des KOMITEES ZUR VORBEREITUNG DER FEIERLICHKEITEN DES 100. GEBURTSTAGS ADOLF HITLERS (KAH) vor dem Stuttgarter Landgericht auf der Anklagebank. Er kam mit einer siebenmonatigen Bewährungsstrafe davon.

Am 1. März 1997 war Rossiar in München beim Aufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung anwesend, wo auch der FREIHEITLICHE VOLKSBLOCK (FVB), der als Nachfolgeorganisation der HVD gehandelt wird, seinen ersten großen Auftritt hatte. Zwar trat Rossiar nie direkt im Zusammenhang mit dem FVB in Erscheinung, in einem Flugblatt von Neonazis zum FVB heißt es dazu aber: »*Die ehem. führenden HVD-Köpfe übten nach außen hin keinen Einfluß auf diese Neugründung* [des FVB, d.Red.] *aus, um ein Verbot wegen evtl. HVD-Nachfolge zu umgehen.*«[2]

Mittlerweile drängt sich der Verdacht auf, daß Andreas Rossiar bei der Sicherheitsfirma Titan nicht nur angestellt ist, sondern in seiner Funktion als Koordinator auch auf die verbliebene Infrastruktur der Neonazi-Gruppierung HVD zurückgreift. Ihre Mitglieder überfielen Flüchtlingsheime, schändeten jüdische Friedhöfe und machten nachts Jagd auf AusländerInnen.[3] Für den Sicherheitsdienst sollen Leute aus Heidenheim, Ulm, Nürnberg und Göppingen angeworben werden – exakt die Städte, in denen die HVD früher ihre Stützpunkte hatte und der FVB heute aktiv ist. Angeblich plant Titan auch, eine Zweigstelle in Halle zu eröffnen, wo der FVB neben Südwestdeutschland ebenfalls über Aktivisten verfügt.

Andreas Rossiar beim NPD-Aufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung am 1. März vergangenen Jahres in München.

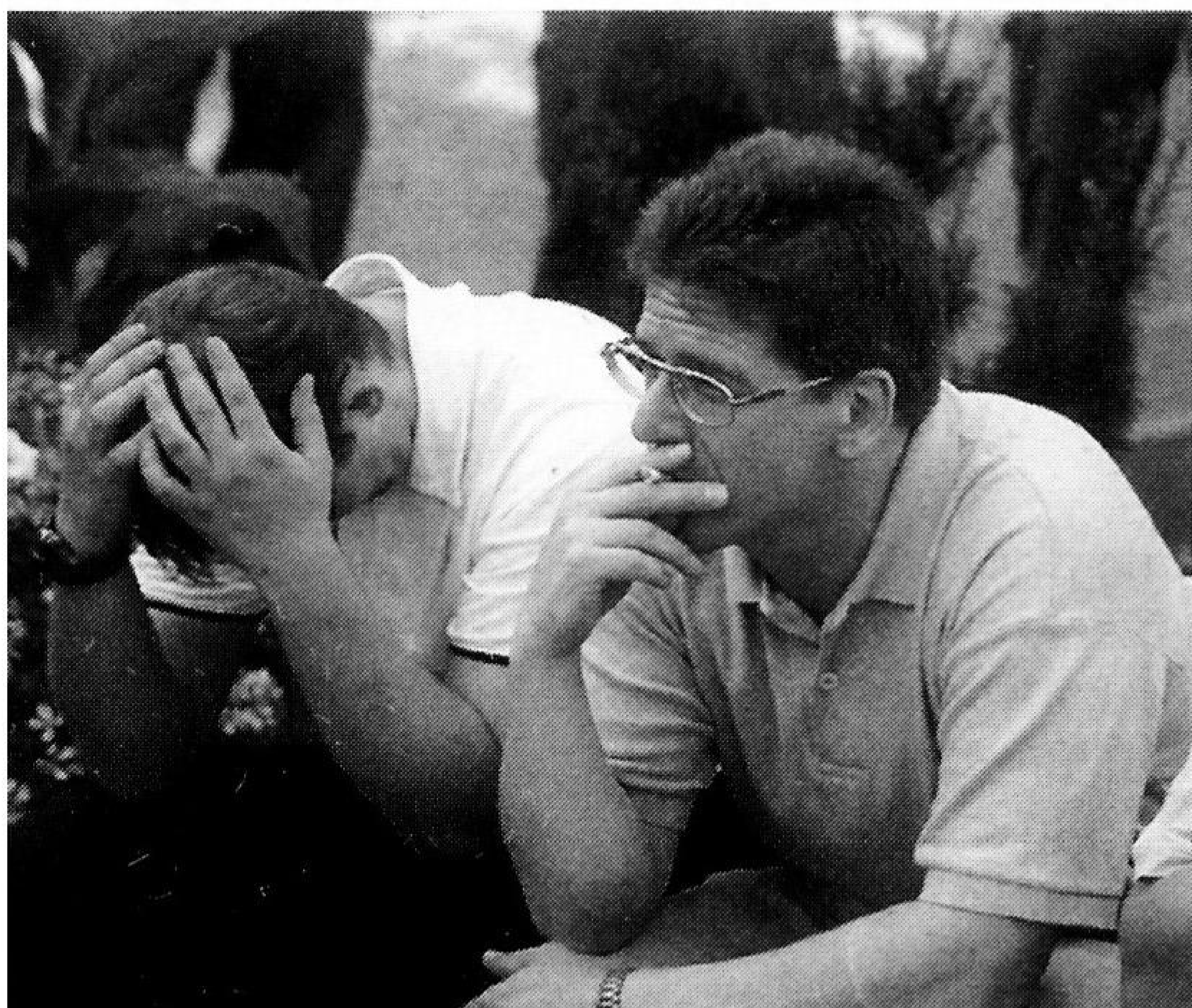


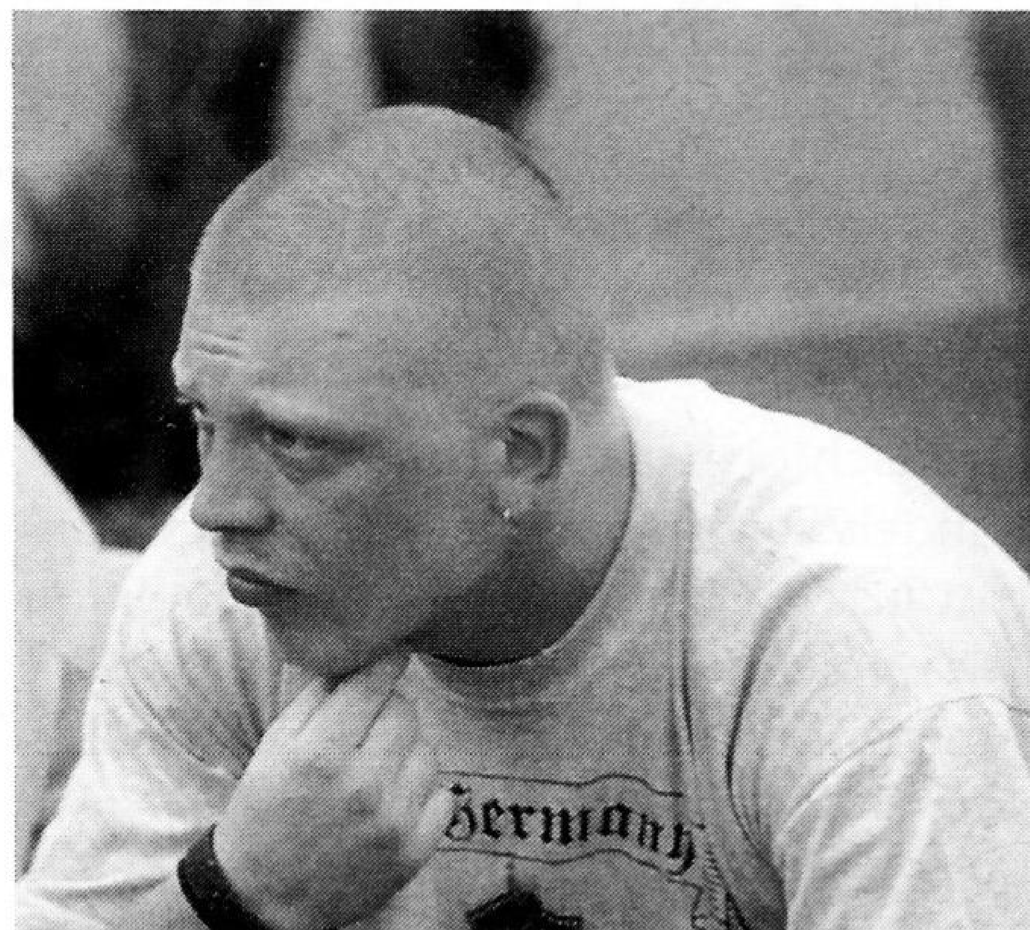
Mit DIRK PLANKENHORN, dem ehemaligen HVD-Vize, soll bei Titan ein weiterer HVD-Führungskader beschäftigt sein. Über dessen Versandhandel für In- und Outdoor PLADI-VERSAND in Pfullingen (bei Reutlingen) und über PADDY'S MILITARY SHOP – einen Laden in Heidenheim, den er gemeinsam mit JÜRGEN BOER betreibt – scheint Titan seinen Bedarf an Waffen und Uniformen zu decken. Mittlerweile soll Plankenhorn auch eine Filiale in Balingen haben. KARIN BÄCHTLE, Rossiars Lebensgefährtin und ebenfalls ehemals in der HVD-Führung aktiv, züchtet inzwischen Kampfhunde, die eventuell auch bei dem Security-Service zum Einsatz kommen. Im schwäbischen Raum ist Bächtle mit der Zucht dieser Hunde nicht alleine: STEFFEN FÖLL (ex-FAP) ist hier schon länger im Geschäft. Kampfhunde gehören im übrigen auch zum Erscheinungsbild bei Aufmärschen des FVB. Schon des öfteren versuchten die ehemaligen Führer der Heimattreuen Vereinigung, als scheinbar ehrbare Geschäftsleute Fuß zu fassen. So betrieben sie beispielsweise einen Versand für Holzspielzeug und Kräutertees; ein anderes Mal eröffneten sie zwei Läden mit Geschenkartikeln, die sie nach einigen erfolgreichen Antifa-Aktionen wieder schließen mußten. Auch das zweifelhafte Projekt von Dessous-Modeschauen mußten sie wieder aufgeben. Ob sich die ehemalige HVD-Führungsriege im Security-Geschäft festsetzen kann und womöglich einen eigenen Laden aufmachen wird, könnte sich naher Zukunft zeigen. ■

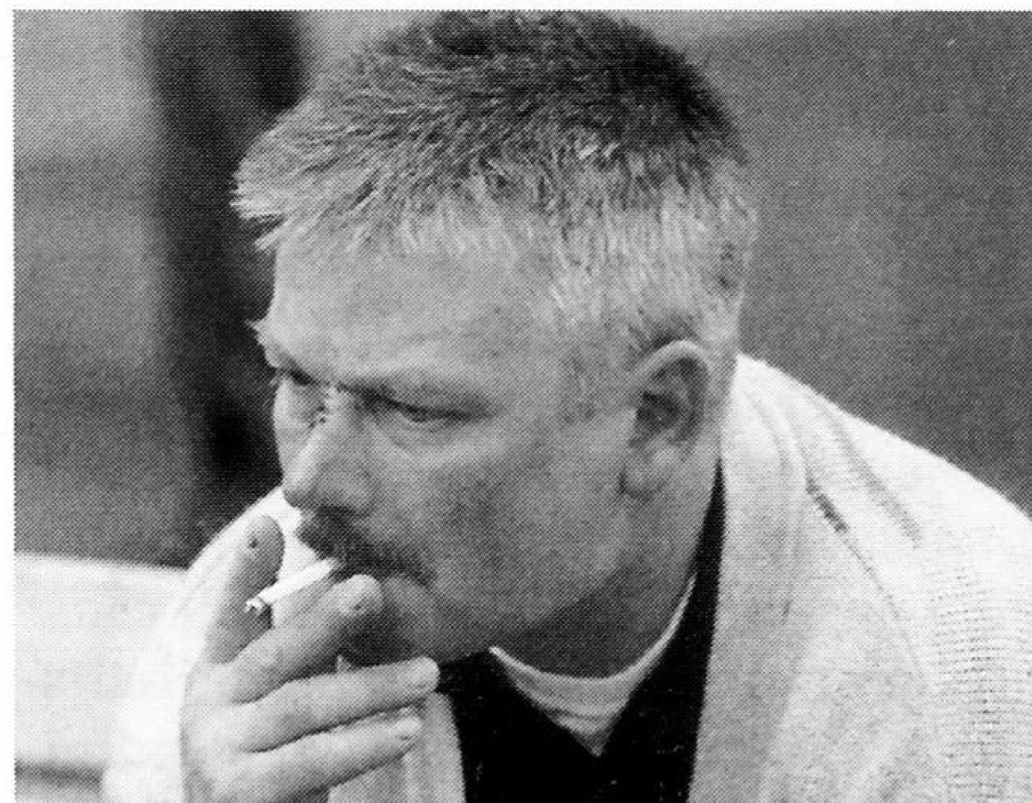
1) Schwäbisches Tagblatt vom 7. August '93.
2) Flugblatt »Deutschland in Not...? Wer ist der Freiheitliche Volksblock?« einer »Initiative freier und organisierter Nationalisten des nationalen Widerstandes«, Berlin.
3) Vgl. Antifaschistisches Autorenkollektiv, Drahtzieher im braunen Netz. Hamburg 1996, S. 165 ff.

Es wird ruhiger um Rudolf

Versuche von Neonazis, einen »Rudolf-Heß-Gedächtnismarsch« durchzuführen, endeten dieses Jahr noch desaströser als 1997. Dezentrale Aktionen nahmen zu.







***Bilder oben:** Nervös und am Ende seiner Weisheit angelangt. So präsentierte sich das »Aktionskomitee Rudolf Heß« samt Anhang am 15. August in Masberg. Ganz rechts ist Rüdiger Kahsner zu sehen.*
***Bild unten:** Auch einige NPD-Kader, wie der Bonner HANS ROBERT KLUG (1.v.r.) konnten sich nicht verkneifen, zum Heß-Marsch zu kommen.*
***Bild rechts oben:** Der Nazi-Aufmarsch in Greve.*
***Bild rechts unten:** Zahlreiche deutsche Neonazis traten in Greve zum Aufmarsch an. Unter ihnen René Rodriguez-Teufer (1.v.l.), Christiane Dollscheid (2.v.l., Betreiberin der Nazikneipe »Club 88« in Neumünster) und ihr Freund Tim Bartling (1.v.r., Besitzer der Kneipe).*

Der ehemalige Hitler-Stellvertreter RUDOLF HEß würde sich vermutlich im Grabe wälzen, wüßte er um die verzweifelten Versuche seiner Jünger, anläßlich seines elften Todestages am 17. August einen »*Gedächtnismarsch*« durchzuführen. Nachdem es den Neonazis verschiedener Fraktionen bereits im vergangenen Jahr nicht gelungen war, in Deutschland eine derartige Aktion auf die Beine zu stellen, und nur in Dänemark 150 FaschistInnen aus ganz Nordeuropa unter Polizeischutz aufmarschieren konnten, war die Pleite in diesem Jahr noch größer: Wo auch immer die Nazis hinkamen, waren Polizei, Presse und Antifa schon da. Die erneut in Dänemark abgehaltene Veranstaltung der skandinavischen KameradInnen geriet aus Angst vor aufgebrachten BürgerInnen und AntifaschistInnen zu einem halbstündigen Kleinstaufmarsch in den frühen Morgenstunden des 15. August. Ein Nachruf auf einen jährlichen Aufmarsch, der Anfang der neunziger Jahre der bedeutendste der deutschen Neonazi-Szene war, und eine Einschätzung, warum er dies nicht mehr ist.

Nachdem sich mit ANDREE ZIMMERMANN und THOMAS KUBIAK im November vergangenen Jahres zwei führende Mitglieder des AKTIONSKOMITEES RUDOLF HEß in den Tod gefahren und der Rest sich aufgelöst hatte, mußte dieses Jahr eine neue Garde ran, um die »Aktionswoche« und den »zentralen Aufmarsch« zum Gedenken an Hitlerstellvertreter Heß zu planen. In die Bresche sprangen unter anderem RÜDIGER KAHSNER[1] aus Hagen und Neonazis um den DONNER-VERSAND aus Lüdenscheid. Die NPD und ihre Jugendorganisation JN hatten sich in diesem Jahr endgültig aus den Aktivitäten zurückgezogen, um kurz vor den Wahlen nicht mit den verbotenen Aktionen und Aufmärschen in Verbindung gebracht zu werden. Sie überließen das Feld komplett den selbsternannten FREIEN NATIONALISTEN. Damit die Anhänger der Partei diesem Wunsch auch Folge leisteten, organisierte die NPD eigens für den Tag des Heß-Marsches eine eigene Veranstaltung im Burgenland in Österreich, die ebenfalls verboten wurde.

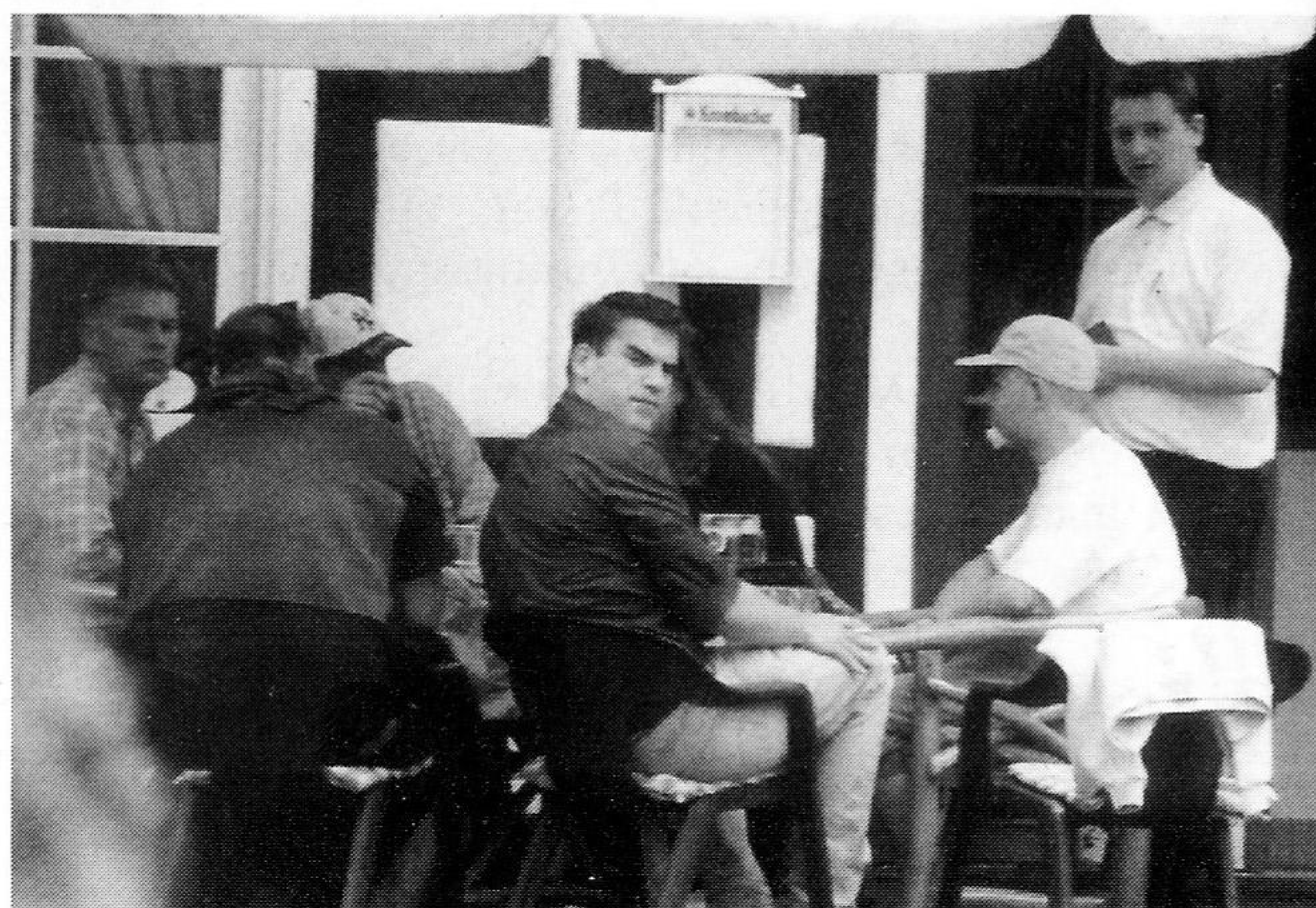
Die Verschickung des Informations- und Propagandamaterials zum zehnten »Rudolf-Heß-Marsch« wurde über den RK DRUCK UND VERTRIEB Kahsners, ein Postfach in Lüdenscheid und die Adresse der Zeitschrift ZENTRALORGAN abgewickelt. Erneut eine wichtige Rolle in der Mobilisierungsstruktur spielten die NATIONALEN INFOTELEFONE (NIT).

Wie im vergangenen Jahr riefen die Aktionen zum Heß-Todestag bereits Wochen vor dem 17. August Polizei, Innenbehörden und Justiz auf den Plan, denen daran gelegen war, jegliche Aufmärsche zu verhindern. So wurden beispielsweise bei einer großangelegten Durchsuchungsaktion am 13. August zahlreiche der Plakate und Aufkleber zur »Aktionswoche« sichergestellt. Möglich wurde dies, weil die Beamten zuvor bei einem namentlich nicht genannten Neonazi eine Bestelliste mit den Adressen derjenigen fand, die das Propagandamaterial geordert hatten.

Zusammengenommen kamen erneut nicht nur ein großes Polizeiaufgebot, sondern auch zahlreiche andere Werkzeuge der »Inneren Sicherheit« zum Einsatz. Staatliche Stellen demonstrierten bei dieser Gelegenheit einmal mehr den starken Staat und man kann sich gewiß sein, daß bei den nächsten Forderungen nach Gesetzesverschärfungen und einer Ausweitung polizeilicher Befugnisse auch die Rechtsextremisten wieder auf der Liste der Gründe auftauchen werden.

Traurige Aufmarschversuche und eine »Aktionswoche«

Am 15. August, dem Tag des »zentralen« Aufmarsches, boten die Neonazis und ihr »Aktionskomitee« ein klägliches Bild. Wohl nicht viel mehr als hundert Kameraden ließen sich mittels einiger Mobiltelefone, die als Kontaktnummern dienten, über den Großraum Kassel in Richtung Sauerland lotsen. Die meisten von ihnen schafften es nicht einmal bis zum ersten geplanten Aufmarschort Brilon südlich von Paderborn. Dort warteten





schon zahlreiche Journalisten, Antifas und Polizei auf sie. Als auch dem Aktionskomitee klar geworden war, daß in dem Ort an diesem Tag kein Aufmarsch stattfinden würde, dirigierte man die zu diesem Zeitpunkt noch nicht festgenommenen Kameraden in das 15 Kilometer entfernte Masberg um. Am ausgegebenen Treffpunkt aber erschien kein einziger der Heß-Jünger mehr. 25 von ihnen, darunter das Aktionskomitee, waren schon vorher festgenommen worden. Im Bundesgebiet wurden ca. weitere 100 Neonazis von der Polizei festgesetzt.

Rund um den 15. August herum allerdings kam es zu zahlreichen Neonazi-Aktionen, die nur zum Teil von der Polizei unterbunden wurden. Nachdem der »zentrale Marsch« bereits im vergangenen Jahr gescheitert war, verlegten sich diesmal offensichtlich noch mehr Neonazis auf dezentrale und selbst geplante Aktionen, darunter Saalveranstaltungen, Aufmärsche, »Mahnwachen« und Propagandaverteilaktionen. So kam es beispielsweise in der Nacht des 14. August in Zielitz bei Magdeburg zu einem halbstündigen Aufmarsch von etwa 100 zum Teil vermummten und Fackeln tragenden Nazis, einem Aufmarschversuch in Goslar und einer Kranzniederlegung in Marburg. Bereits am 8. August fand im Saarland ein kurzer Aufmarsch örtlicher Kameradschaften in St. Wedel statt. Als die Neonazis anschließend ein Fuballspiel der Regionalliga als Propagandakulisse nutzen wollten, wurden 37 von ihnen festgenommen.

Immer wieder Dänemark

Der internationale Heß-Marsch fand dieses Jahr erneut in Dänemark statt. Nachdem Anmeldungen der DÄNISCHEN NATIONALSOZIALISTISCHEN BEWEGUNG (DNSB) in Køge bei Kopenhagen und in der Kopenhagener Innenstadt verboten worden waren, wichen die Neonazis in den Vorort Greve aus, in dem auch das bunkerartig gesicherte DNSB-Hauptquartier liegt. Um den mehreren Tausend angereisten AntifaschistInnen auszuweichen, führte die DNSB ihren Aufmarsch anders als geplant bereits in den frühen Morgenstunden und unter starkem Polizeischutz durch: Ab acht Uhr dreißig marschierten ganze 132 Neonazis aus Skandinavien und Deutschland zum Teil vermummt, uniformiert und mit Hakenkreuzfahnen unter Führung von DNSB-Chef JONNI HANSEN nur eine knappe Stunde durch Greve. Anschließend zogen sie sich schnell in den DNSB-Bunker zurück und die ersten Kameraden machten sich bereits an die Abreise. Ab dem Vormittag demonstrierten mehrere Tausend Menschen in Kopenhagen und Greve gegen den Nazi-Aufmarsch und verhinderten weitere Aktionen der Nazis, die unter Polizeischutz abreisen mußten. Als einige Hundert AntifaschistInnen in Greve näher zum Nazi-Hauptquartier ziehen wollten, wurden sie von der Polizei mit Tränengas daran gehindert. Bereits im Vorfeld waren nicht nur weit über 120 Nazis, sondern auch zahlreiche AntifaschistInnen an den Grenzen von BeamtInnen auf beiden Seiten an der Einreise gehindert worden.

Resümee

Die Nazis sind mit dem Ergebnis ihrer Aktionen nicht zufrieden, und der Streit hat schon begonnen. Das NIT RHEINLAND wirft dem Aktionskomitee eine »*mißlungene Planung*« vor und mokiert sich darüber, daß man sich bei der Koordinierung wieder auf die leicht zu ortenden Mobiltelefone verlassen habe.[2] In die gleiche Kerbe schlägt ein unter dem Pseudonym »HAUPTFELD« im THULE-NETZ schreibender Neonazi aus dem Saarland: Er hält es für »*wesentlich sinnvoller*«, auf regionale Aktionen zu setzen, »*als sich dem, ich sabe bewusst, diesjaehrigen Aktionskomitee anzuschliessen*«.[3] Für die eigenen regionalen Aktionen klopft er sich dann auch gleich selbst auf die Schulter.

Bereits im Vorfeld der »Aktionswoche« hatte auch die BERLIN-BRANDENBURGER ZEITUNG (BBZ) in ihrer Internetausgabe dazu aufgerufen, zumindest parallel zu dem Aufmarsch »*ein noch stärkeres Augenmerk auf die Arbeit vor Ort*« zu richten: »*Eurer Phantasie sind dabei keine Grenzen gesetzt. Wichtig ist vielmehr, daß der Name Rudolf Heß über die Aktionswochen in jedem noch so kleinen Systemblatt Einzug hält. (...) Alles Aufsehenerregende sollte ins nähere Augenmerk genommen werden.*«[4]



Auch wenn der »zentrale Aufmarsch« in diesem Jahr erneut ein Trauerspiel war, haben die Nazis zumindest ihr Ziel erreicht, Aufsehen zu erregen, und den Namen Heß zu verbreiten. Natürlich ein bescheidener Anspruch gemessen daran, daß der Heß-Marsch über mehrere Jahre hinweg die zentrale und mit bis zu 2.000 TeilnehmerInnen größte Aktion des Nazi-Lagers mit großer Integrationsfunktion war. Andererseits stehen der extremen Rechten mit Kundgebungen der NPD heute natürlich auch ganz andere – legale – Massenaktionen zur Verfügung.

In Zukunft werden wir uns wohl darauf einstellen können, daß ein zentraler »Rudolf-Heß-Gedenkmarsch« weiter an Bedeutung verlieren und schließlich ganz aufgegeben werden wird. Stattdessen werden kleine, regionale Aktivitäten wichtiger. Daß dem so ist und die Nazi-Szene damit eine wichtige Großveranstaltung mit Tradition und Mythos weniger besitzt, ist in erster Linie der antifaschistischen Bewegung zu verdanken. Von Anfang an und über Jahre hinweg waren es die Antifas, die kontinuierlich gegen den Aufmarsch mobilisierten, ihn in der Öffentlichkeit und vor dem Ausland anprangerten und mit vielen verschiedenen Aktionen den Nazis Bewegungsspielraum nahmen. Dies und letztendlich auch die Tatsache, daß staatliche Stellen durch die entstandene Öffentlichkeit zum Eingreifen gezwungen waren, bereitete dem Heß-Marsch das Ende. Nun heißt es, den Nazis rund um den 17. August bei ihren regionalen Aktionen die Straße zu nehmen, ohne dabei die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf ihr Anliegen zu lenken. ■

1) Kahsner fiel bislang vor allem als Chef der WESTDEUTSCHEN VOLKSZEITUNG (WVZ) auf, einer Tochterzeitung der BBZ. Die BBZ – und damit auch die WVZ – erscheint wegen finanzieller Engpässe bereits seit längerer Zeit nicht mehr als Druckausgabe und auch die virtuelle Ausgabe im Internet wird derzeit wegen personeller Probleme nur noch sporadisch aktualisiert.
2) NIT Rheinland, Ansage vom 25. August 1998.
3) Bericht im Thule-Netz vom 22. August 1998, Rechtschreibung im Original.
4) Internetausgabe der BBZ vom 9. August 1998.

In der militanten Nazi-Szene Sachsen-Anhalts hat sich in den letzten zwei Jahren eine Entwicklung vollzogen, die – auch durch den Wahlerfolg der DVU – bislang von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wurde. So haben die vor einiger Zeit noch sehr aktiven Neonazistrukturen im Ostharz an überregionaler Bedeutung verloren, während in der nördlich von Magdeburg liegenden Altmark die Nazi-Aktivitäten deutlich zugenommen haben.

Sachsen-Anhalt: Altmark löst Ostharz ab?

In der Altmarkregion verlief die Entwicklung nach der Wende genauso wie in der gesamten ehemaligen DDR: Beeinflußt von Jugendsubkulturen, abhängig von lokalen Cliquenanführern und polarisiert durch den neonazistischen Taumel der Wiedervereinigung bildeten sich in den Kleinstädten und Dörfern der Altmark ebenfalls linke und rechte subkulturell geprägte Szenen. Auch wenn es der rechten Szene gelang, ihren Einfluß in diesem Bereich zu einer den Alltag prägenden Hegemonie auszubauen, so ist dennoch auf Ausnahmen zu verweisen. In der Altmarkstadt Stendal gibt es einen »linken Jugendklub«, Kalbe/Milde und Salzwedel gelten als von einer alternativen Szene dominierte Städte.



»Keine Macht den Drogen«-Aufmarsch in Klötze am 4. April diesen Jahres. Im Vordergrund v.l.n.r.: Christian Worch und die Klötzer Kameradschaftsführer Kay Schweigel und Mirko Appelt

Dennoch zeigt sich auch in der Altmark eine dominierende rechte Jugendkultur. In mehreren Städten haben sich »Kameradschaften« gegründet, die personell in der Regel auf schon länger existierende Nazistrukturen zurückgreifen können. Eine Vorreiterrolle für die genannte Entwicklung in der Region spielt die Altmarkstadt Klötze. Hier bemühen sich Neonazis stärker als in der Vergangenheit um die Vermittlung ihrer politischen Inhalte durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit. Begünstigt wurde diese auch durch Unkenntnis und politische Naivität lokaler Behörden und Medien. So intervenierten Landesverfassungsschutz und das Magdeburger Regierungspräsidium mehrfach beim Landratsamt der Region ob des laxen Umgangs der Behörde mit rechten Aktivitäten. Entsprechend dem bundesweiten Trend wird die politische Arbeit der Neonazis verstärkt von lokalen Kadern geleistet. In Klötze führen die zwei mehrfach vorbestraften Neonazis KAY SCHWEIGEL und MIRKO APPELT sowie ANDREAS NICKEL eine Kameradschaft mit ca. 20 Mitgliedern an. Zugleich integrieren sie das rechte Umfeld in der Altmarkregion.

Ebenfalls der allgemeinen Entwicklung entsprechend, versuchen die organisierten Nazis durch Aufmärsche, innerhalt der eigenen Szene Stärke zu zeigen und mittels populistischer Forderungen öffentliches Interesse auf sich zu lenken (siehe Kasten).

Die Grenze zwischen »autonomen« Kameradschaften und der NPD/JN ist – das zeigen die Aufmärsche der letzten Monate – fließend. Auf diese Zusammenarbeit ist die NPD in Sachsen-Anhalt angewiesen, da die Mitgliederzahl des Landesverbandes im Gegensatz zu anderen Bundesländern bei wenigen Dutzend stagniert und die Partei kaum eigene, größere Aktivitäten entfalten kann. Ausschlaggebend hierführ ist sicher auch, daß das Vorhaben der NPD, in der Altmark ein bundesweites Schulungszentrum zu etablieren, an der gerichtlichen Rückübertragung des Grundstücks an den Alteigentümer scheiterte. Verantwortlich für die Planung des Zentrums war der ehemalige NPD-Chef GÜNTHER DECKERT. Er und ein örtliches NPD-Mitglied organisierten im September 1995 den Bundeskongreß der NPD/JN in Siedentramm bei Klötze.

Auch der Hamburger CHRISTIAN WORCH und Anhänger der FREIEN NATIONALISTEN verfügen über informelle Kontakte zu den Kameradschaften in der Region und nehmen des öfteren an Aufmärschen in nördlichen Sachsen-Anhalt teil. Vermutungen, wonach Worch der eigentliche Drahtzieher der vermehrten Naziaktivitäten wäre, teilen AntifaschistInnen in der Region jedoch nicht. Ebenfalls mehrfach in Klötze gesehen wurde THORSTEN HEISE.

Insgesamt sehen AntifaschistInnen die Lage der Altmark noch nicht als verloren an. Zwar gibt es innerhalb der rechten Szene momentan einen Aufschwung, über dessen Dauer kann jedoch derzeit nur spekuliert werden. Die Verbindung der NPD mit der rechten Skinheadsubkultur führt nach ihrer Einschätzung auf Dauer in die Sackgasse, da sich die Masse der Naziskins nicht längerfristig für politische Arbeit gewinnen lassen wird. Gefährlicher wird die Situation, wenn es der NPD bzw. anderen Nazigruppierungen gelingt, aus der anpolitisierten Szene Kader heranzuziehen, mit deren politischen Aktivitäten sich auch BürgerInnen ansprechen lassen.

Hoffnung macht die Arbeit antifaschistischer Gruppen in der Region. Die überregionale Zusammenarbeit von Antifas hat sich in den letzten Monaten verbessert, und auch unabhängig von Unterstützung aus größeren Städten gibt es positive Ansätze. So demonstrierten in Salzwedel nach Ausschreitungen von Neonazis rund 500 BürgerInnen aus Gewerkschaften, Kirchen und Parteien gegen Faschismus und Naziaktivitäten in der Altmark. ■

Die Redaktion dankt AntifaschistInnen aus der Altmark für Material und Beratung.

Kurze Chronologie neofaschistischer Aktivitäten in der Altmark

Seit 1992/93 zahlreiche Überfälle auf AsylbewerberInnen und linke Jugendliche

1995

➡ 16./17. November (»Volkstrauertag«): ca. 30 Neonazis aus der Region marschieren unter Fahnen und Trommelspiel durch Klötze und legen am Kriegerdenkmal Kränze nieder.

1996

➡ 28. Dezember, Klötze: Polizei verhindert einen geplanten Aufmarsch von ca. 50 Neonazis.

1997

➡ »Volkstrauertag«, Jävenitz: Aufmarsch von ca. 80 Neonazis. Anschließend Kranzniederlegung, der anwesende Steffen Hupka spricht zu den TeilnehmerInnen.

1998

➡ 2. Februar, Klötze: Angeleitet durch Kay Schweigel reinigen 15 Naziskins öffentlichkeitswirksam Hauswände von »drogenverherrlichenden« Graffities.

➡ 4. April, Klötze: Aufmarsch der NPD/JN mit ca. 250 TeilnehmerInnen.

➡ Nachfolgend weitere Übergriffe und Wahlkampfaktivitäten der NPD/JN.

Wilhelm »Opa« Lange und seine Schergen

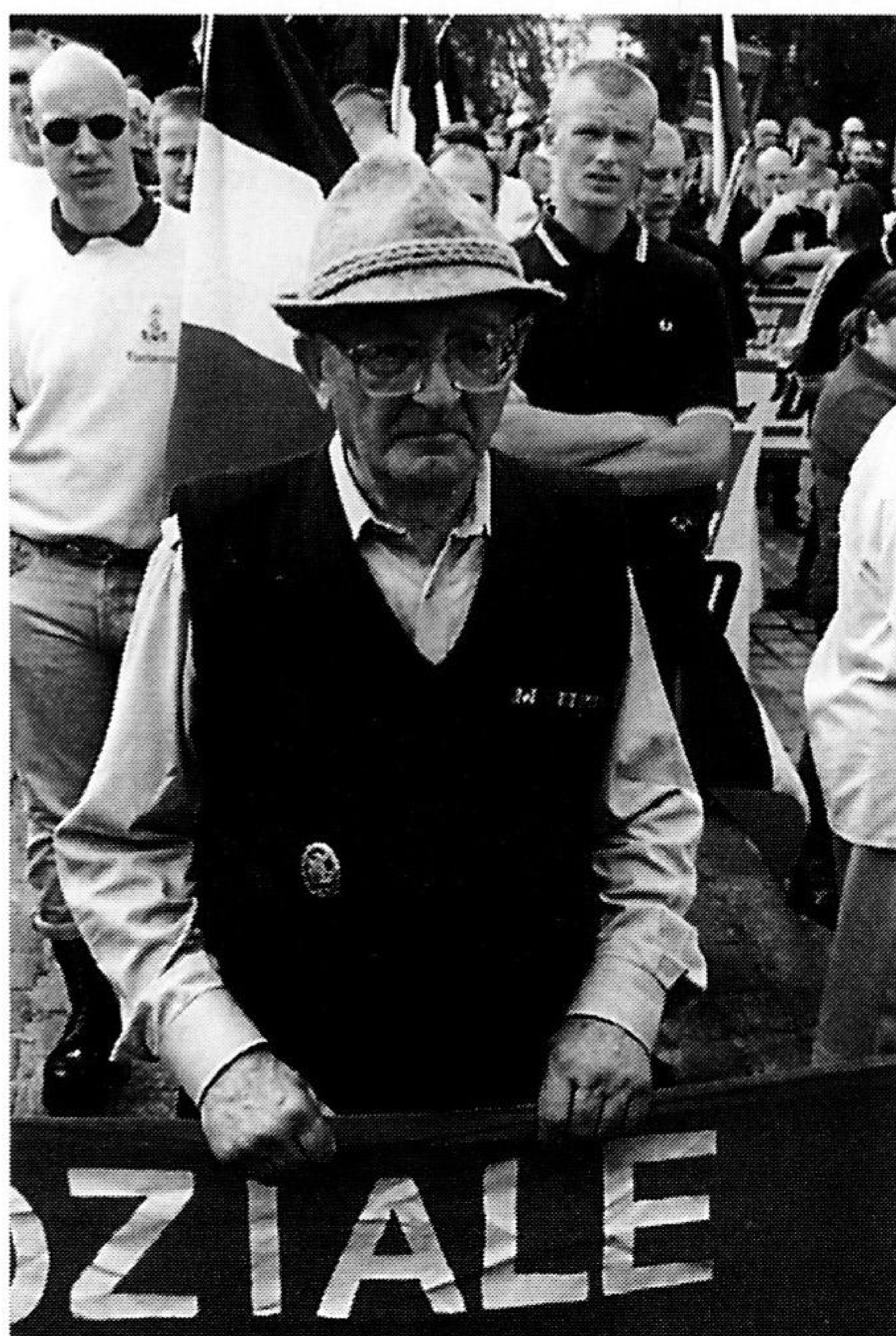
Die NPD im brandenburgischen Neuruppin

Neuruppin, eine idyllische Kleinstadt im Norden Brandenburgs, hat in diesem Sommer nicht nur als »Fontanestadt« von sich reden gemacht. Neuruppin war eine der über 30 Kommunen des Landes Brandenburg, in denen die NPD versuchte, zu den gleichzeitig zur Bundestagswahl stattfindenden Kommunalwahlen anzutreten. Daß es dazu doch nicht kam, lag wohl vor allem daran, daß das lokale Aushängeschild der NPD – der 82jährige Wilhelm Lange – sich nach eigenen Angaben gesundheitlich nicht mehr zur Kandidatur in der Lage fühlte.

Um die Entwicklung der rechten Szene Neuruppins nachvollziehen zu können, ist ein kleiner Ausflug in die Vergangenheit nötig. Nach der sogenannten Wende machten auch in Neuruppin die Stiefelnazis mit Schlägereien und Übergriffen auf sich aufmerksam. Höhepunkt dieser Entwicklung war die Ermordung des Obdachlosen Emil Wendtland. Er wurde in der Nacht zum 1. Juli 1992 von mehreren Nazis erschlagen. Nach Angriffen auf kirchliche und alternative Jugendeinrichtungen reagierten die Stadt und ein freier Träger mit dem Angebot eines Jugendclubs für die rechte Jugendszene – der »Bunker«. Dort wird seit 1992 »akzeptierende Jugendsozialarbeit« ausprobiert.

Nach einer erfolgreichen Hausbesetzung war das linke Infocafé MittenDrin dann immer wieder Zielscheibe von rechtsradikalen Übergriffen. Im Oktober ´95 wurde das MittenDrin von 30 Rechtsradikalen angegriffen und teilweise zerstört. Weitere Angriffe gegen vermeintliche Linke und Ausländer sind bis heute Alltag. Vor zwei Jahren kam Bewegung in die eher unorganisierte rechte und Naziskinszene: Der 82jährige Wilhelm »Opa« Lange zog kurz nach der Wende aus Schwelm bei Wuppertal ins Dörfchen Vielitz bei Lindow. Schon dort fiel er durch seine »präventive« (O-Ton Lange) politische Arbeit auf. So spendete er Anfang 1996 rund 1.000 DM für den Aufbau eines rechten Jugendtreffs in Lindow, in dem sich rund 20 Naziskins regelmäßig trafen, und verteilte – wie auch heute in Neuruppin – Propagandamaterial verschiedenster neonazistischer Couleur vor Schulen und Jugendclubs. 1996 zog Lange nach Neuruppin. Es folgte eine schnelle Kontaktaufnahme zu den wichtigsten Nazikadern vor Ort: Renald Christopeith, einem seit 1991 aktiven Mitglied der verbotenen Nationalistischen Front, und dem Notariatsgehilfen und Ex-FAP-Kader Thomas Pennecke. Als dritter Kader gesellte sich die Neuruppiner Skinheadschläger-Kultfigur Volker auf der Tangen zum Kreis um Wilhelm Lange. Die drei bildeten den harten Kern des am Anfang des Jahres gegründeten Vereines »Jugendtreff e.V.«. 1997 war den rechten Skinheads die Eigenverantwortung für den laufenden Betrieb des »Bunkers« übertragen worden. In dieser Situation begannen Pennicke und Christopeith unter Anleitung Wilhelm Langes sowie der Berliner Nazikader Frank Schwerdt und Christian Wendt, eine rund 10köpfige Kerngruppe um sich zu sammeln, um durch die Gründung des »Jugendtreff e.V.« den »Bunker« in die organisierten Neonazistrukturen zu überführen. Anfang 1998 meldeten sich Vertreter des »Jugendtreffs e.V.« dann mit einer Satzung beim Jugendamt der Stadt Neuruppin und beantragten Fördermittel sowie die Nutzung des »Bunkers« bzw. einen eigenen Treffpunkt. Als Ziele gaben die Nazis an, sich mit dem Verein um »*Hausaufgabenhilfe*« und »*Wanderfahrten*« kümmern zu wollen. Zunächst signalisierte das Jugendamt auch Unterstützung für den Verein und begann mit Verhandlungen. Erst nachdem Sozialarbeiter das Jugendamt über die Hintergründe des Vereins informierten, brach die Stadt die Verhandlungen im Februar diesen Jahres wieder ab. Seitdem fühlen sich Mitarbeiter des Trägervereins durch die Naziszene bedroht. Auch ohne diesen Organisierungsversuch ist der »Bunker« bis heute einer der wichtigsten rechten Treffpunkte, und das nicht nur für die Neuruppiner Nazi-Szene.

Wilhelm Lange am 1. August in Neustrelitz



Wilhelm Lange macht aus seinen politischen Überzeugungen keinen Hehl. Er ist stolz auf seine Vergangenheit in der Hitlerjugend, trat dann in die NPD ein und ist nach einem Intermezzo bei der Deutschen Liga für Volk und Heimat heute wieder für die NPD aktiv. In Neuruppin versucht er offenbar, eine »nationale Jugendbewegung« aufzubauen. Wilhelm Lange vertreibt seine Propaganda unter dem Namen Volkstreue Deutsche Jugend. Zu seinem Repertoire gehören auch Kugelschreiber mit entsprechenden Aufschriften, die er kostenlos verteilt. Eine Zeitlang versuchte Lange, mit Leserbriefen an die Regionalpresse seine rechte Propaganda möglichst effektiv zu verbreiten. Seitdem die örtlichen Zeitungen seine Pamphlete nicht mehr abdrucken, schreibt er vorzugsweise für Neonazipublikationen, so beispielsweise im Naziskinhead-Fanzine Freya aus Hennigsdorf, das neuerdings in Neubrandenburg erscheint. Obwohl Langes Schriften über »*Disziplin*«, »*Opferbereitschaft*« und die Verherrlichung des »*Rittertums der Deutschen Wehrmacht*« mehr als antiquiert wirken, ist seine Wohnung längst zum Treffpunkt der sehr jungen rechten Szene geworden. Auch zu Jugendlichen aus den umliegenden Städten und Dörfern hält er Kontakt. Seine Gäste werden mit allem versorgt – rechte Videos, Musik, massenhaft Aufkleber und Nazipostillen.

Auch wenn die NPD bei den Bundestagswahlen im Kreis Neuruppin gerade einmal 1% der Zweitstimmen erhielt und ihr Wahlkampfstand am 12. September von AntifaschistInnen massiv behindert wurde, könnte die Zusammensetzung von alten und jungen Nazis auch über Neuruppin hinaus durchaus zu einer brisanten Entwicklung führen. Daß dem rechten Treiben etwas entgegengesetzt werden muß, haben nun endlich auch bürgerliche Kreise und verschiedene Parteien/Organisationen erkannt. Es existiert mittlerweile ein antifaschistisches Bündnis, das sich hauptsächlich um Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit bemüht. Anfang September wurde beispielsweise die »Aktion Noteingang« ins Leben gerufen. In Neuruppin gibt es noch etliche Menschen, die antifaschistisch aktiv sind und das macht Hoffnung. In anderen Städten Nord-Brandenburgs sieht es da eher düster aus. ■

Von Volksgruppenpolitik und den Brücken(köpfen) nach Osten

Ein halbes Jahrhundert bundesdeutsche Ostlandritter

Überall wird in diesem Jahr das zum großen Teil 50jährige Bestehen der zahllosen »Vertriebenen«-Organisationen gefeiert. Die am rechten Rand agierenden Patenkinder werden in vielen Städten, Kreisen und Bundesländern geehrt, die eine der rund 400 Patenschaften über eine Heimatstadt, Heimatkreisgemeinschaft oder sogar über eine Landsmannschaft der »Vertriebenen« übernommen haben. Bürgermeister, Landräte oder Ministerpräsidenten geben sich die Ehre des Besuchs bei den Veranstaltungen der Ostlandritter. Ihr Spitzenverband, der BUND DER VERTRIEBENEN (BdV) behauptet auch heute noch, 2.000.000 Mitglieder zu vertreten.

Eigentlich hätten viele der »Vertriebenen«-Verbände, die in diesem Jahr ihr 50jähriges Bestehen begehen, diese Feierlichkeiten schon vor ein oder zwei Jahren durchführen müssen. Die organisatorischen Grundlagen der meisten Landsmannschaften der »Vertriebenen« wurden nämlich von alten NS-Aktivisten noch in der Illegalität gelegt. An die Öffentlichkeit konnten sie erst treten, als die Alliierten der Anti-Hitler-Koalition im Kalten Krieg zu Gegnern wurden. Die West-Alliierten bedienten sich dann der alten NS-Ost- und Volksgruppenexperten und ihrer Erfahrung im Kampf um »*Lebensraum im Osten*«. Ostlandritter und Festredner auf den 50-Jahre-Feierlichkeiten schweigen über diese illegalen Organisationsansätze ebenso wie über einen anderen historischen Vorgang, der sich in diesen Tagen zum 60. Mal jährt.

Am 29. September 1938 trafen sich in München die faschistischen Führer Italiens und Deutschlands mit den Regierungschefs aus Frankreich und Großbritannien, um die westlichen Gebiete der Tschechoslowakei dem Deutschen Reich zuzuschlagen. Bei der Erpressung der Tschechoslowakei und der Alliierten durch das faschistische Deutschland spielten diejenigen eine große Rolle, die 1948 dann maßgeblich an der Gründung der SUDETENDEUTSCHEN LANDSMANNSCHAFT beteiligt waren – der größten der insgesamt 21 Landsmannschaften der »Vertriebenen«. Die sudetendeutschen Volksgruppenaktivisten hatten das Münchener Abkommen vorbereitet, indem sie auf Anweisungen aus dem NS-Staat die innenpolitischen Spannungen in der Tschechoslowakei angeheizt hatten. Sie arbeiteten also quasi als Brückenkopf des NS-Staates.

Würde man auf den 50-Jahr-Feierlichkeiten der »Vertriebenen«-Verbände auch daran erinnern, was vor 60 Jahren in München und der Tschechoslowakei geschah, würde sich die Kontinuität der Täter offenbaren: Wie jene, die sich in der Rolle der Opfer gefallen, noch immer die gleichen Konzepte verfolgen, mit denen sie einst im Namen diverser Volksgruppen-Organisationen den »*Lebensraum im Osten*« erobern wollten. Die Gegenüberstellung folgender Zitate verdeutlicht, wie sehr die heutigen außenpolitischen Linien der BRD, die am ehesten als völkischer Imperialismus zu beschreiben sind, dem Arsenal des Nazismus entnommen sind. »*Jeder Pakt, der der Sicherung des Friedens dienen soll und sich hierbei lediglich auf Regelung der Beziehungen von Staat zu Staat beschränkt, die Notwendigkeit gesicherter Volksgruppenrechte aber übersieht, wird niemals Sicherheit schaffen.*« »*Die deutschen Volksgruppen sind ein Ordnungselement ihrer Staaten und werden die Rechte, um die sie kämpfen, dazu nutzen, den Brückendienst von Volk zu Volk und von Staat zu Staat erfolgreich zu leisten*«, so WERNER HASSELBLATT[1] auf der Ausschußsitzung des VERBANDES DER DEUTSCHEN VOLKSGRUPPEN 1935 in Prag vor den führenden Vertretern der sogenannten Sudetendeutschen. Sie wurden nach 1945 führende Funktionäre der Sudetendeutschen Landsmannschaft, sofern sie nicht von tschechischen AntifaschistInnen zur Rechenschaft gezogen worden waren.

Um die Funktion des »Brückenbaus« zwischen den Staaten erfüllen zu können, bedarf es der »*Selbstverwaltung für die Volksgruppen (...) Erst dann werden sie die Funktion im gesamteuropäischen Rahmen erfüllen können (...) Brücken zu bilden zwischen den einzelnen Kulturen*«, so WALTER BRAND[2] 1935 in der Zeitschrift NATION UND STAAT. Diese Zeitschrift wird heute von der FÖDERALISTISCHEN UNION EUROPÄISCHER VOLKSGRUPPEN (FUEV) als EUROPA ETHNICA fortgesetzt. Finanziert wird die FUEV vom Bundesministerium des Inneren.[3] Und der Führer der faschistischen Sudetendeutschen Partei, KONRAD HENLEIN, meinte 1936 zu diesem Thema: »*Mit dem bestehenden Nationalitätenrecht können wir uns nicht zufrieden geben (...) Es muß eine Völkerordnung gegründet auf Volksordnungen gefunden werden, die das heilige Lebensrecht der Völker wahrt.*«

Unverändert lesen sich die Positionen aus den »Vertriebenen«-Organisationen zu ihren zentralen Ideologieelementen der Volksgruppenpolitik nach 1945. So schreibt die Sudetendeutsche Landsmannschaft in ihrer für die landsmannschaftliche Organisierung grundlegenden »Detmolder Erklärung« von 1950: »*Die Sudetendeutsche Volksgruppe betrachtet es als ihre Aufgaben, sich selbst dem deutschen Volk zu erhalten, ihr Heimatbewußtsein und den Rechtsanspruch auf ihre Heimat wachzuhalten und ihr grenzdeutsches Erfahrungsgut dem Deutschtum zu vermitteln. Ihr Ziel ist die Wiedergewinnung der Heimat! Im Kampf um die Erreichung dieses Zieles erwartet sie die Unterstützung des ganzen deutschen Volkes*«. Wer 1950 von »*grenzdeutschem Erfahrungsgut*« spricht, das er als Volksgruppe dem ganzen deutschen Volk zu vermitteln gedenkt, hätte auch genauso gut davon schreiben können, daß er dem deutschen Volk die Strategie der Volksgruppenpolitik als zentrales Element eines deutschen, völkischen Imperialismus erhalten und vermitteln will.

Knapp 30 Jahre später liest man in einer Resolution der Sudetendeutschen Landsmannschaft von 1979, man habe über das Volksgruppenrecht »*mit den Vertretern zahlreicher Völker und Volksgruppen auf internationaler Ebene, in wissenschaftlichen Gremien sowie im Rahmen der 'Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen' (FUEV) beratschlagt*«. Die Anerkennung »*des Rechts auf die Existenz einer Volksgruppe, insbesondere als nationale oder kulturelle Einheit, des Rechts auf Autonomie in einem von der Volksgruppe bewohnten Gebiet oder Personalverband, und das Recht zur Bildung eigener politischer Parteien oder Beteiligung an allgemeinen politischen Parteien, weitgehende Gesetzgebungs- und Verwaltungsautonomie, (..) gegebenenfalls Selbstregierung*« sei fundamental für ein zu konstituierendes Volksgruppenrecht.So ist es nicht verwunderlich, daß die Volksgruppenideologen aus den »Vertriebenen«-Verbänden, den um sie herum gruppierten (pseudo-)wissenschaftlichen Instituten und den scheinbar übernationalen Organisationen wie die FUEV oder die PANEUROPA-UNION beim Brücken(kopf)bau gen Osten nach 1945 die Strategien des völkischen Imperialismus des NS-Regimes nahtlos fortgesetzt haben. Personen wie der Antisemit THEODOR VEITER stehen für diese bruchlose Kontinuität. Er arbeitete während des Nationalsozialismus für das Auswärtigen Amt, für das er Konzepte zur Instrumentalisierung des Volksgruppenrechts im Sinne des völkischen Imperialismus erarbeitete. Veiter arbeitete außerdem in führender Position bei der Zeitschrift NATION UND STAAT,

einem halbamtlichen Organ des NS-Außenministeriums. In dieser Zeitschrift publizierte auch Walter Brand zum Volksgruppenrecht. Nach 1945 erarbeitete er u.a. die Grundsätze des FUEV-Volksgruppenrechts, wie es heute in der Europa Ethnica propagiert wird. Der 1994 verstorbene Veiter trug seinen Einfluß auch direkt in den BdV. So erarbeiteten er und BORIS MEISSNER in den 60er Jahren die Leitlinien der Volksgruppenstrategie des BdV. Eine BdV-Charta der Freizügigkeit und des Volksgruppenrechts begrüßte er wie folgt: »*Das Werk erscheint in einer Zeit, da in der europäischen Öffentlichkeit die Fragen des Volkstums eine neue Aktualität gewonnen hatten*«. Als Regionen, in denen diese Frage des Volkstums aktuell sei, zählte Veiter neben Osteuropa Irland, Belgien, Südtirol und Jugoslawien auf.

Auch die Geschichte Boris Meissners ist ein Beleg für die braunen Seilschaften in dieser vom Bundesministerium des Inneren ausgehaltenen Szene. Boris Meissner war vor dem 2. Weltkrieg Kreisamtsleiter der illegalen faschistischen Bewegung in Estland und als solcher am Volkstumskampf zur faschistischen Unterminierung Estlands beteiligt. Später wurde er SA-Führer und nahm in dieser Funktion an einem Sonderlehrgang der obersten SA-Führung in Dresden teil. Er wurde Sonderführer faschistischer estnischer Verbände und ist mitverantwortlich für die Verbrechen dieser Verbände. Dafür erhielt er die »Tapferkeitsmedaille für Ostvölker in Silber«. Außerdem war Meissner Sonderführer der Abteilung 10 (»Abwehr«) des Oberkommandos der 18. deutschen Okkupationsarmee. Auf derartige Erfahrungen wollte man nach 1945 beim erneuten Kampf gegen die Sowjetunion offensichtlich nicht verzichten. So konnte Meissner im Bonner Auswärtigen Amt eine Karriere bis zum Referatsleiter machen. Außerdem wurde er Professor für Ostrecht und Präsident des GÖTTINGER ARBEITSKREISES OSTDEUTSCHER WISSENSCHAFTLER, von dem aus auch schon mal für den BND gearbeitet wurde.[4] Nicht nur die »Vertriebenen«-Verbände, sondern auch das Verteidigungsministerium ließen sich von Meissner in Sachen Minderheiten- und Volksgruppenpolitik beraten. Noch 1992 dokumentierte Meissner, daß er seiner braunen Gesinnung treu geblieben ist: Er publizierte ein Buch zusammen mit dem ehemaligen REP- und DEUTSCHE LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT-Funktionär HARALD NEUBAUER. Zuvor hatte er bereits in einem von Helmut Kohl herausgegebenen Adenauer-Buch schreiben dürfen. Offensichtlich will auch die SPD beim Hofieren dieses »verdienten« Alt-Nazi und Volksgruppenstrategen nicht fehlen. Johannes Rau schlug Meissner für das Bundesverdienstkreuz vor, das ihm am 18. September 1996 mit Stern verliehen wurde.

Die Außenpolitik der bisherigen CDU-Regierung belegt, daß die Volksgruppenpolitik als wichtigstes Element eines deutschen, völkischen Imperialismus nach wie vor auf der Tagesordnung stand. Bei der Zerschlagung Jugoslawiens, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion stand die BRD immer auf der Seite jener »Volksgruppen«, die den ursprünglichen Staatsverband sprengen wollten.

Bestätigt wird diese Einschätzung durch eine Entschließung des Bundestags vom 29. Mai 1998, die von den Regierungsparteien eingebracht wurde. Dort heißt es: »*Für eine dauerhafte europäische Friedensordnung ist die Lage von Minderheiten von entscheidender Bedeutung. Diese können eine wichtige Brücke zwischen den europäischen Staaten und Völkern sein. Die in Europa beheimateten Minderheiten und Volksgruppen können ihrer Brückenfunktion um so eher gerecht werden, je mehr sie in ihrer kulturellen, sprachlichen, religiösen und ethnischen Identität respektiert und geschätzt werden. (...) Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ihre Politik zur Unterstützung der deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa aktiv fortzusetzen.*«

Rätselte man bei den Grünen zunächst, ob man diesem Entschließungsantrag der Regierungsparteien zustimmen sollte oder nicht – schließlich war in ihm doch von Minderheiten die Rede, und wer wollte nicht zu deren Schutz beitragen – stimmte man schließlich wie die PDS gegen den Antrag. Man hatte erkannt, welchen ideologischen Konstrukten man sonst zugestimmt hätte. Anders die SPD: Sie enthielt sich der Stimme, als sei das halbe Jahrhundert bundesdeutscher Ostlandritter-Organisationen ebenso spurlos an ihr vorüber gegangen wie die Volksgruppenpolitik des NS. In dieser Tradition stehen die Ostlandritter. Auch die Abgeordneten des Bundestages haben sich mit der Entschließung vom Mai diesen Jahres erneut in diese Tradition gestellt. Es bleibt abzuwarten, inwieweit diese Tradition unter einer rot-grünen Regierung fortgesetzt oder – endlich – gebrochen wird. ■

---

1) Werner Hasselblatt war 1935 ständiger Beauftragter des »Verbandes der deutschen Volksgruppen in Europa«. Dieser Verband stellt die Vorläuferorganisation der heutigen »Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen« dar.
2) Walter Brand war eine der wichtigsten Personen im Kameradschaftsbund, einer kleinen elitären Gruppe, die in der faschistischen Sudetendeutschen Partei bis 1938/39 die Fäden zog. Er war Leiter der Kanzlei Henleins. Bevor er durch naziinterne Cliquenkämpfe in Ungnade fiel, stieg er bis zum Generalreferent für den Vierjahresplan des an den NS-Staat angegliederten »Sudetenlandes« auf. Nach dem 2. Weltkrieg gehörte er zu den Gründern des faschistischen Witikobundes in der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Der Witikobund läßt sich als Nachfolgeorganisation des Kameradschaftsbundes verstehen. 1950-52 war Brand Vorsitzender des Witikobundes. Er brachte es bis zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Sudetendeutschen Landsmannschaft.
3) Hans Rüdiger Minow, »Von Krieg zu Krieg«, Berlin 1997
4) Goldenbow/Minow, »Deutschtum erwache«, Berlin 1994

René Nehring, der Vorsitzende der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen





Die neue Präsidentin der organisierten Vertriebenen gehört zum äußersten rechten Rand. Sie hat zwar keine eigenen Erinnerungen an Flucht und Vertreibung, tritt aber um so vehementer für das »*elementare Recht unseres Volkes*« zur Wiedererlangung der ehemaligen Ostgebiete ein.

»Volksgemeinschaft« und Großdeutschland

Erika Steinbach – die neue Präsidentin der Vertriebenen

Erika Steinbach, nunmehr Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV), galt gegenüber ihrem Mitbewerber, Hans-Günther Parplies, als gemäßigt. Die CDU-Bundestagsabgeordnete, so hieß es, stände für die Anbindung der Vertriebenenverbände an die Unionsparteien. Wie weit rechts das Spektrum der Unionsparteien reicht und welche Positionen Steinbach vertritt, macht folgendes Beispiel deutlich: Schon wenige Wochen nach Amtsantritt wurde Steinbach selbst vom rechtsextremen Witikobund gelobt. Im Vergleich zu ihrem Vorgänger sei sie die »*tatkräftigere Sachwalterin der Vertriebenen*«, schrieb Hans-Ulrich Kopp im Witikobrief.

Sie hat nicht jene organisierten Vertriebenen zur Union zurückgeholt, die offen zu Reps oder zum Bund freier Bürger tendieren, sondern vielmehr die CDU auf Linie des BdV gebracht. Ihre Kampagne, den EU-Beitritt Polens und Tschechiens mit der Erfüllung von Vertriebenenforderungen nach Eigentums- und Landrückgabe zu verknüpfen, fand ihren Höhepunkt immerhin in einer Bundestagsentschließung. Zwar wurden die BdV-Forderungen dort nicht zur Bedingung des EU-Beitritts gemacht. Aber die »*berechtigten Anliegen*« der Vertriebenen wurden aufgegriffen und die Hoffnung geäußert, der Beitritt Polens und Tschechiens zur Europäischen Union würde die Lösung »*noch offener, bilateraler Fragen erleichtern*«. Die »*offenen, bilateralen Fragen*« sind eine diplomatische Umschreibung für die Besitzverhältnisse in den ehemaligen deutschen Ostgebieten. Bei den bisherigen Vertragsverhandlungen mit Polen oder Tschechien wurden diese »*Fragen*« nicht geklärt, sondern von deutscher Seite »*offengehalten*«.

In Reaktion auf die Bundestagsentschließung sah sich das polnische Parlament genötigt eine Selbstverständlichkeit festzustellen – nämlich die »*Unantastbarkeit der polnischen Grenzen*« und die »*Unantastbarkeit der polnischen Eigentumsrechte an Immobilien*«. Als Außenminister Kinkel in Warschau versuchte, die Wogen zu glätten und auf die Frage nach den Forderungen der Vertriebenen antwortete, die Polen »*könnten ruhig schlafen*«, legte die Vertriebenenpräsidentin nach. Sie kritisierte das Verhalten Kinkels als nicht hinnehmbare »*Rücksichtslosigkeit gegenüber den Heimatvertriebenen*«. Und sie erhob auch Anspruch auf polnisches Mobiliar. Steinbach: »*Wir gönnen jedem einen ruhigen Schlaf, aber nach Möglichkeit im eigenen Bett, in der eigenen Heimat.*«

»Am äußersten rechten Rand« gegen die deutsche Ostgrenze

Die 1943 im ehemaligen Westpreußen geborene Steinbach hat keine eigenen Erinnerungen an diese »*Heimat*«. Sie kam auch nicht über die Vertriebenenverbände in die Politik. 1968 empörte sie sich darüber, daß »*die Straße ständig von Demonstranten blockiert war*« und entschloß sich, die Demokratie »*vor den linken Barbaren*« zu retten. Dabei fühlte sie sich von der »*enormen Strahlkraft*« des CDU-Rechtsaußen und ehemaligen Wehrmachtshauptmanns, Alfred Dregger, angezogen. 1974 trat sie der CDU bei und wurde drei Jahre später in den Frankfurter Stadtrat gewählt. 1990 wechselte sie in den Bundestag und besetzt dort, so das CDU-Mitglied Michel Friedmann, eine Nische »*am äußersten rechten Rand*«.

Dank einer Listenplatzabsicherung wird Steinbach, obwohl sie ihr Direktmandat verlor, diesen Platz auch weiter ausfüllen.

Die Grenzen des wiedervereinigten Deutschland lehnte sie 1991 ab und stimmte mit anderen Vertriebenenvertretern gegen den Grenzvertrag, der die deutsche Ostgrenze bestätigte. Steinbach, die sich sehr gefühlvoll für die »*Heilung des Vertreibungsunrechts*« einsetzt, ist mitleidslos, wenn es darum geht, verfolgten Menschen heute Asyl zu gewähren und Migration als Normalität zu begreifen. Für den tödlichen Brandanschlag auf ein von MigrantInnen bewohntes Haus in Solingen machte sie 1993 »*den ungezügelten Zustrom von Menschen*« nach Deutschland verantwortlich. Und auf dem Höhepunkt der neonazistischen Angriffe auf MigrantInnen begründete sie die Zerrüttung des »*Landfriedens*« nicht etwa mit den Gewalttaten der Neonazis, sondern mit verstärkter Zuwanderung. Als der Bundestag über das »*Europäische Jahr gegen Rassismus*« debattierte, warb Steinbach für eine Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes, mit dem Flüchtlinge jeden sozialen Anspruch verlieren und auf kaltem Wege ausgehungert und vertrieben werden sollen. Eine solche Regelung sei notwendig, sagte Steinbach, »*um den Nährboden für fremdenfeindliches Verhalten unfruchtbar zu machen.*«

Im Umfeld der »Jungen Freiheit« für die »Volksgemeinschaft«

Die konsequente Gegnerin der Multikultur sorgt sich jedoch weniger um fremdenfeindliches Verhalten, als um die Nation und die 'Blut- und Schicksalsgemeinschaft' der Deutschen. In einem Artikel in der Frankfurter Allgemeinen propagierte sie 1994 unter Benutzung der NS-Begrifflichkeit die »*Volksgemeinschaft*«. Der »*Verfassungspatriotismus*«, also die Identifikation mit dem Grundgesetz, sei »*einer der sichtbarsten Symptome unseres nationalen Selbstwertdefektes*«. Es bedürfe deshalb eines »*eigenständigen, nicht auf Paragraphen fixierten Patriotismus*«. Da wundert es nicht, daß sich Steinbach im Umfeld der »JUNGEN FREIHEIT« engagiert. Zusammen mit Rechtsextremen, Vertriebenen und Neonazis unterzeichnete sie einen Aufruf zum 8. Mai 1995, in dem der 8. Mai in geschichtsrevisionistischer Weise nicht als Tag der Befreiung, sondern als »*Beginn von Vertreibungsterror und neuer Unterdrückung im Osten*« beschrieben wurde. Besondere Unterstützung gab sie der von der JUNGEN FREIHEIT inszenierten Kampagne gegen »*political correctness*«. Sie ließ sich von der Jungen Freiheit interviewen und organisierte in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft Räume für die Präsentation eines Buches von KLAUS RAINER RÖHL gegen »political correctness«. Außerdem nahm sie 1996 an einer Podiumsdiskussion anläßlich der Verleihung des »*Mittelstandspreises*« des Bundes der Selbstständigen teil. Neben Röhl und Steinbach saß auch HEINER KAPPEL, heute beim BUND FREIER BÜRGER, auf dem Podium. Moderiert wurde die Diskussion von dem »neurechten« HEIMO SCHWILK. Eine von Steinbach initiierte Gegenveranstaltung zur Eröffnung der Ausstellung »*Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944*« in Frankfurt kritisierte die Frankfurter SPD-Vorsitzende als »*gezielte Einladung an rechtsradikale Gruppen*«.

Nachwuchsvertriebene mit Sympathie für Südtirolterroristen

Die Wahl Steinbachs als BDV-Präsidentin macht nicht nur die rechtsextremen Tendenzen in vielen Verbänden deutlich, sondern zeigt auch einen Generationswechsel im BdV an. Ihre Gegnerschaft zu den Grenzverträgen begründet die heutige Präsidentin irrational: Etwas anderes sei ihr »*emotional nicht möglich*« gewesen – auch wenn sie aufgrund ihres Alters keine Erinnerungen an die »*Heimat*« haben kann.

Die 1943 im ehemaligen Westpreußen geborene Steinbach gehört zur Generation der »Nachwuchs- und Bekenntnisvertriebenen«, die das »*Recht auf Heimat*« und großdeutsche Visionen nicht aus Erleben und Erinnerungen ableiten, sondern aus purem Nationalismus. Nach Steinbach handele es sich um »*ein elementares Recht unseres Volkes. (...) Es geht um grundsätzliche Erwägungen.*« Daher ist die Einschätzung falsch, die Vertriebenen seien ein Problem, das mit dem Ableben der Erlebnisgeneration sein Bewenden habe. Eher werden sich die jungen Nationalrevanchisten soweit rechts verorten, daß die Unionsparteien sie nicht mehr zu decken und zu fördern in der Lage sind. Steinbach ist auf dem Weg dorthin.

Wenn sie beispielsweise behauptet, in der Weltgeschichte habe es kein vergleichbares Ereignis zur Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten gegeben, oder ihre Sympathie für die Südtirolterroristen bezeugt: »*Die haben zwar Masten gesprengt, aber damit auch viel erreicht*«. Die Frau, die unter dem »*Recht auf Heimat*« etwas anderes versteht als ein Ansiedlungsrecht oder die EU-Freizügigkeit, wurde von Kinkel nicht mehr zum formalen Antrittsbesuch empfangen, weil der Außenminister nicht wußte, worüber er »*mit dieser Frau*« reden solle. ■

»Sprich deutsch!«

Berlins Innensenator Schönbohm führt eine Debatte um »Integration«, die völkisch geprägt ist

Die Debatte um Integration und Abgrenzung der in Deutschland lebenden »Ausländer« in diesem Sommer war mehr als nur ein Wahlkampfthema der CDU/CSU. Sie kann den Auftakt zu einer langfristigen, prinzipiellen Kampagne bilden. Ausgelöst hat sie Jörg Schönbohm, Berlins Innensenator, durch seine Forderungen, Ausländer sollten durch deutsche Sprachkenntnisse ihre »*Integrationswilligkeit*« beweisen; »*Ghettos*« gelte es aufzulösen. Im Mittelpunkt steht dabei die größte Gruppe: die türkischen ImmigrantInnen.

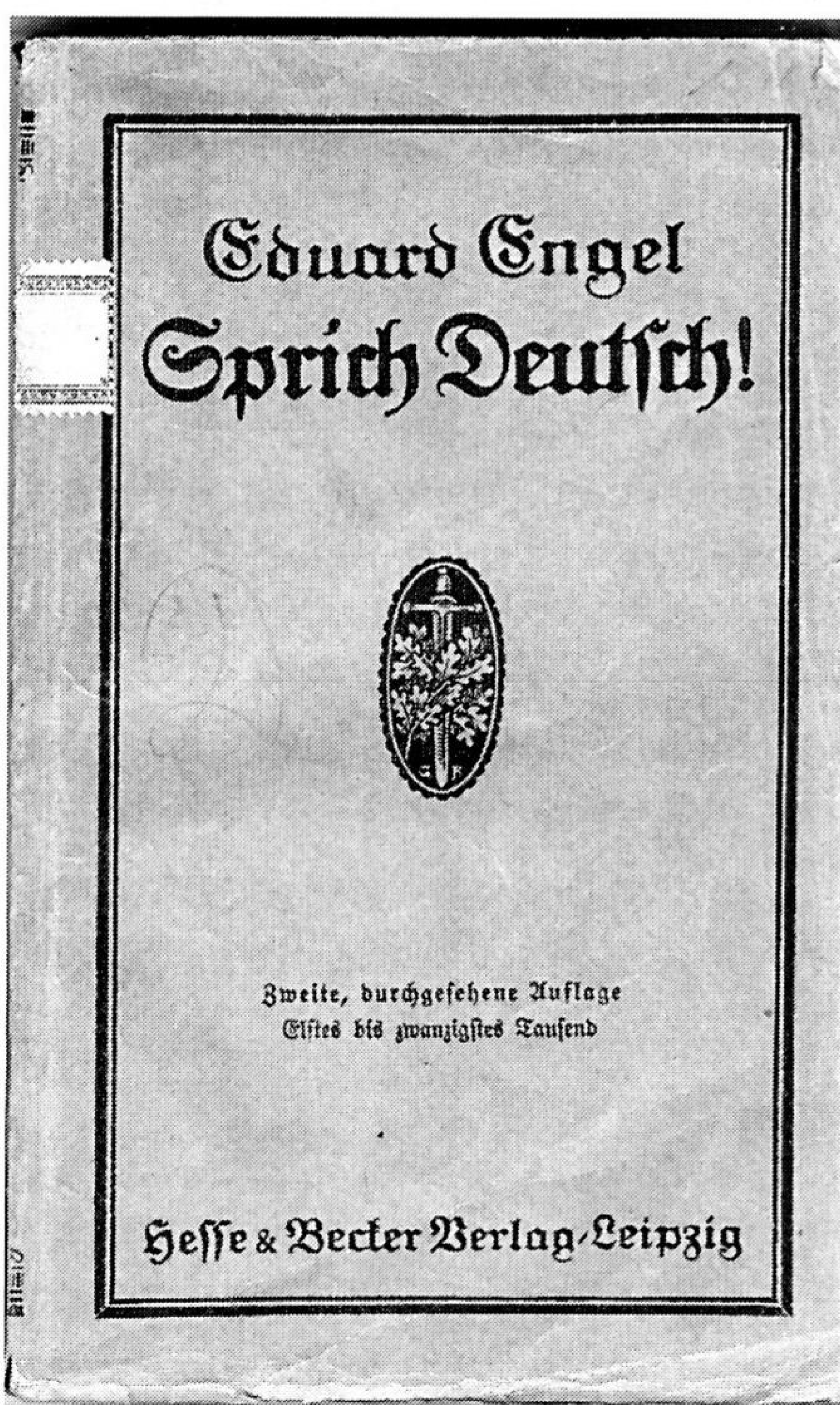
Die Äußerungen Schönbohms gehen auf ältere Debatten zurück. Wie in der Frage des Asylrechtes sind auch in diesem Falle Diskussionen, die im rechtsextremen Lager seit 15 bis 20 Jahren diskutiert werden, über den rechten Rand der Union langsam in die Partei eingedrungen. Seit längerem werden sie hier – im Zusammenhang mit der langfristig angelegten »Werte«-Debatte der Union – diskutiert. Zu meinen, daß hier »bloß« rechte Stammtische bedient werden, verharmlost insofern die Angelegenheit. Tatsächlich geht es um die Konstruktion einer neuen Form des »Deutschtums«. Kritiker werden dabei in äußerst aggressiver Form angegriffen.

Auch in den Methoden bedient sich Schönbohm dabei jener Provokationstaktik und Begriffsumdeutungsstrategie, die die sogenannte »Neue Rechte« seit längerem entwickelt hat: »Brand-Sätze«, begriffliche Zeitbomben, werden gezündet, bei der kalkulierten öffentlichen Empörung inszeniert man sich dann als ungerechtfertigt angegriffener Demokrat, der nur ganz unverkrampft seine Gedanken ausspreche und von der fiesen »PC-Diktatur« unterdrückt werde. An Schönbohm verblüfft indessen die ausgesprochene Aggressivität der »Gegenangriffe«. Nachdem ihn Andreas Nachama, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, in erfreulich offener Weise kritisiert hatte, veröffentlichte der Innensenator einen Artikel, der zu Unrecht als Rückzug gewertet wurde. Tatsächlich ging Schönbohm über seine Position insofern hinaus, als er in die Generalattacke noch gleich »die Linke« mit einbezog, die mit einem ideologischen Begriff von Multikulturalität die »sachliche« Debatte und politische Steuerung des Problems bewußt verhindere. Er dagegen sei ein an sachgerechten Lösungen ganz unideologisch interessierter Politiker, der sich eben den Realitäten stelle.

Schönbohm kann sich dieses Vorgehen schon deswegen leisten, weil er als Innensenator unangezweifelte »Führungsstärke« zeigt. In der CDU und auch in der Großen Koalition ist er in fachlicher Hinsicht hochangesehen, da man seine inkompetenten Vorgänger noch allzu gut in Erinnerung hat.

Umkehrung der 'Schuld'

Die Debatte ist nicht einfach die Fortsetzung der bisherigen Politik der Union. Noch in der Asylkampagne war man peinlich darum bemüht, die ausländische Wohnbevölkerung aus dem Konflikt herauszuhalten. Unter Integrationspolitik verstand man in der Bundesrepublik über Jahre das Problem, das »Ausländer« damit haben, sich in einer fremden Gesellschaft zurechtzufinden. Dementsprechend wollte man die Integration erleichtern – in der Schule, durch Sprachunterricht, durch kulturelle Aktivitäten zum gegenseitigen Kennenlernen, durch wirtschaftliche Förderung. Die Logik, die dahinter steckte, lautete: Ausländer haben ein Problem, sich zu integrieren. Man muß ihnen dabei helfen, ohne von ihnen völlige Assimilation zu fordern. Diese Problemstellung ist seit der neuen Debatte exakt umgekehrt. Gegenwärtig stellt die Politik die Frage so: Ausländer machen ein Problem bei der Integration. Sie wollen sich nicht integrieren. Verlangt wird Assimilation.



Völkische Progaganda aus dem Jahr 1917

Die 'Schuld' liegt nicht mehr in der Undurchlässigkeit der gesellschaftlichen Mehrheit. Schuld sind nun die Ausländer. Von sachlichen Argumenten ist die Diskussion dabei weitgehend frei; sie knüpft an alltägliche, unhinterfragte Wahrnehmungen an. Beispielsweise werden viele LeserInnen dieser Zeitschrift der Auffassung zunächst zustimmen, innerhalb der türkischen Bevölkerung sei eine Tendenz zu Abschottung und eine Hinwendung zum Fundamentalismus gegeben. Setzt man aber kritische Maßstäbe an, so wird diese Wahrnehmung sofort schief. Eine Studie der Ausländerbeauftragten zeigt, daß die Gruppe, die zu Abschottung und zum Fundamentalismus neigt, eine Minderheit darstellt. Der Trend geht – beispielsweise in der Berufswahl, in Werten und kulturellem Verhalten, in der Wahl des Wohnumfeldes und auch bezüglich binationaler Partnerschaften und Ehen – für die Berliner TürkInnen in die genau entgegengesetzte Richtung. Allerdings mag sich die Minderheit radikalisieren und ist vielleicht nach 40 Jahren im Straßenbild auch deutlicher wahrzunehmen. Die Mehrheit der TürkInnen will sich integrieren, jedoch ohne ihre unterschiedliche kulturelle Herkunft zu leugnen. Es ist die deutsche Mehrheit, die sich in zunehmend aggressiver Weise abschottet. So nimmt etwa der Berliner Mittelstand seine Kinder aus den Schulen der Innenstadtbezirke oder verläßt diese Bezirke gleich vollständig. Schaut man aber in die relativ »deutschen« Bezirke Ostberlins, so erkennt man, daß die Vernachlässigung der Innenstädte mit dem ausländischen Bevölkerungsanteil gar nichts zu tun hat – abgesehen davon, daß eben in Berlin ein türkisches Proletariat gewachsen ist, dem im Osten ein deutsches entspricht. Zugleich entsteht aber ein florierender türkischer Mittelstand, der seinerseits aus den bisherigen Quartieren herausdrängt – sofern man ihn denn läßt. Um einen Bezirk verlassen zu können, muß man in den besseren Bezirken auch mit dem Namen Öztürk eine Wohnung finden und Nachbarn gewinnen können, die einen nicht schneiden.

Die Ballung türkischer BewohnerInnen und entsprechender Infrastruktur

in bestimmten Quartieren ist eine logische Folge der Immigration und an sich unproblematisch – diese Viertel lösen sich in aller Regel früher oder später auf. Mit »Ghettobildung« hat das gar nichts zu tun. Ghettos bilden immer die Mächtigen, sie sind Zwangsmaßnahmen der Herrschenden bzw. des Staates. Die Verkehrung der Begriffe in ihr genaues Gegenteil ist das charakteristische Merkmal der gegenwärtigen Debatte. So auch, wenn die CSU den Begriff »Gastrecht« verwendet. Gastrecht ist eine uralte, gewissermaßen »heilige« und damit unantastbare Einrichtung, die den Fremden mit Rechten ausstattet und den Gastgeber verpflichtet. Was die CSU meint, aber sich nicht zu sagen traut, ist der Begriff des »Fremdenrechtes«, der den Fremden bestimmter Ansprüche berauben soll und zum nur geduldeten Außenseiter macht, von dem ständiges Wohlverhalten erwartet wird.

Die Logik dieser Debatte läuft auf eine immer stärkere Radikalisierung der Positionen heraus. Innerhalb der gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Strukturen können die TürkInnen die an sie gestellten Erwartungen nicht erfüllen, ob sie wollen oder nicht. Bleibt der Trend ungebrochen, so wird früher oder später die Frage noch ganz anders gestellt werden: Die Ausländer machen dann nicht mehr Probleme, sie sind das Problem. Assimilation ist ausgeschlossen, nur Absonderung kann »Lösungen« bringen.

Sprache und Kultur – Grundkategorien der Völkischen

Tatsächlich ist die Debatte eine völkische, denn sie kreist um die Grundkategorien der deutsch-völkischen Bestimmung dessen, was das Eigene und das Fremde sei. Am Beginn der antisemitischen Debatten des 19. Jahrhunderts steht ebenfalls die Debatte um Sprache und Kultur. Bis heute bestimmt das »blutsrechtliche« Staatsbürgerschaftsrecht für die osteuropäischen »deutschen Volksgruppen«, daß ihre Angehörigen als Deutsche gelten, wenn sie:

- ➡ deutscher Abstammung sind
- ➡ sich zur deutschen Sprache bekennen
- ➡ sich zur deutschen Kultur bekennen.

Sprache und Kultur – das sind zentrale Begriffe der völkischen Politik in Deutschland, wobei Kultur ein wertender, aber nicht sinnvoll eingrenzbarer Begriff ist. Derzeit wird er an den »Werten des Abendlandes« festgemacht – im Gegensatz zum Islam. Der Kulturkampf bezieht sich auf Symbole, die denen der Jahrhundertwende sehr ähnlich sind: Dürfen Moscheen gebaut werden? Dürfen rituelle Tierschlachtungen vorgenommen werden? Unter welchen Bedingungen dürfen Muslime in den Staatsdienst übernommen werden?

Aber kann sich denn eine solche Sicht am Ende des 20. Jahrhunderts überhaupt durchsetzen? Zeigt nicht die öffentliche Reaktion auf Schönbohm, daß die demokratische Gesellschaft der Bundesrepublik sich nicht auf solche Ausgrenzungen festlegen läßt? Wer die Stimmung in der Bevölkerung aufmerksam beobachtet, der wird eine große Bereitschaft feststellen, pauschale Urteile über die hier lebenden TürkInnen zu treffen. Diese Tendenz reicht weit bis in die Linke hinein und betrifft nicht nur die Berichterstattung der Taz. Auch in antifaschistischen und sogar antirassistischen Kreisen macht sie sich bemerkbar. Z.B. werden angebliche oder tatsächliche Erfahrungen mit »Türken« – und nicht etwa: mit proletarischen jungen Männern – hochstilisiert, der Minderheit als Ganzes angelastet, nicht weiter hinterfragt. Aus der Kritik sexistischer Verhaltensweisen wird die Kritik »der Türken«.

Durch die Verknüpfung mit der Offensive gegen eine vermeintliche islamistische Gefahr in Deutschland wird der Konflikt unüberschaubar. Im Juli wurde gerichtlich bestätigt, daß eine muslimische Lehrerin mit Schleier eine Gefahr für ihre SchülerInnen darstelle. Im Berliner Tagesspiegel konnte man dann am 26.7.1998 den Brief einer Kreuzberger Diplom-Politologin lesen, die aus feministischer Argumentation heraus den Schleier als Mittel der Unterdrückung von Frauen brandmarkte, anschließend aber schrieb: *»Hier sollte das ewige, undifferenzierte 'Gelaber' über die multikulturelle Gesellschaft aufhören bzw. den hier lebenden Ausländern einmal abverlangt werden, daß auch sie multikulturell denken, handeln und leben können. Sie sterben daran nicht! Vor allem aber sollte damit aufgehört werden, jede Minimalforderung an Ausländer mit ausländerfeindlichem Verhalten gleichzusetzen (...) wo bleiben* [die] *Fürsprecher, wenn unsere Töchter an den Schulen sie brauchen?«.*

Ein »Ausländerproblem«

Auch die Kritiker Schönbohms gestehen zu, daß es ein »Ausländerproblem« gebe – ein Problem der mangelnden Integrationsbereitschaft der Ausländer. Gegen reale Angebote zur Integration sperrt sich die Mehrheitsgesellschaft allerdings zunehmend. Die CDU/CSU blockiert wirksam die Anerkennung der Realität: daß Deutschland ein Einwanderungsland war, ist und bleiben wird.

Die entscheidenden Auseinandersetzungen der kommenden Jahre in diesen Fragen werden auf dem Feldern der Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes und der juristischen Fixierung Deutschlands als Einwanderungsland geführt werden. Der Union gelingt es aber, von diesen Fragen abzulenken und mit der Umkehrung der Problemstellung Breschen bis tief in die Linke hinein zu schlagen. Denn die Bereitschaft zu einem Konsens in der Ablehnung der TürkInnen ist erstaunlich groß.

Wie können wir als Linke reagieren? Wir sind eher ratlos. Schon bei der Verteidigung des Asylrechtes haben wir versagt. Welche Strategien können wir nun dieser Tendenz entgegensetzen? Zunächst und vor allem gilt es, sich bewußt zu machen, daß auf diesem Feld eine der zentralen Auseinandersetzungen der kommenden Jahre ins Haus steht. Wir stehen hier am Anfang und müssen dringend Handlungsmöglichkeiten diskutieren und entwickeln. ■

»Nichts von dem, was sich hier gerade durchsetzt, ist erträglich«

Das Hamburger Schanzenviertel ist über die Stadtgrenzen hinaus zu einem stehenden Begriff geworden. Mit der Kernaussage: »*Ein Stadtteil kippt um*« wurde vor etwa einem Jahr die Hetze gegen HändlerInnen und KonsumentInnen illegalisierter Drogen medienwirksam losgetreten. Insbesondere im Rahmen des Hamburger Wahlkampfes bildete das »subjektive Unsicherheitsgefühl« der BürgerInnen einen Dauerbrenner, eingerahmt von elendsvoyeuristischen Junkiereportagen und teils offen rassistischen Klagen über das Verbrechen der Dealer, die bald unter den schwarzafrikanischen Flüchtlingen verortet und zur Bedrohung stilisiert wurden. Die BürgerInnen verlangen »ihren Stadtteil« zurück. Von Teilen wurde auch die Forderung nach weiteren Druckräumen im Viertel vertreten, vor allem um die Drogenszene von der Straße zu haben.
Die Rote Flora hat Ende 1997 beschlossen, die zunehmende Nutzung der Fläche hinter dem Haus durch UserInnen und Dealer zu billigen und durch Baumaßnahmen praktisch zu unterstützen. Dieser Entscheidung ging eine intensive Diskussion über altbekannte, scheinbar unumstößliche Positionen zum Thema voraus. Seither ist einiges passiert, hat sich vieles verschärft und ist manches erstarrt.
Das AIB hat AutorInnen aus dem Umfeld der Roten Flora gebeten, die Situation und die politischen Einschätzungen zu beschreiben. Dieser Artikel, den wir gekürzt abdrucken, soll auch ein Anstoß für eine breitere Diskussion zum Umgang mit den Themen »Drogenproblematik«, »Repression« und »Illegalisierung« sein. Wir sind gespannt auf Eure Reaktionen.

Am 14. 11. 1997 wurde Alimang S. aus Sierra Leone im Hamburger Schanzenviertel von zwei Männern aufgehalten. Sie zwangen ihn, in ihr Auto zu steigen und brachten ihn auf ein unbeobachtetes Grundstück. Dort mußte S. aussteigen, einer der Männer stopfte ihm einen Handschuh in den Mund, dann schlugen beide auf ihn ein. Dann ließen sie ihn laufen. Alimang S. ist nur einer von vielen im Schanzenviertel, die seit Herbst 1997 von Delikten wie Körperverletzung, Nötigung und Freiheitsberaubung betroffen sind. Grund für diese Entwickling ist die »*Wiederherstellung ordentlicher Verhältnisse*« im Viertel. Wie S. schwarzer Hautfarbe zu sein, reicht zur Zeit, um als potentiell des Dealens Verdächtigter zum Objekt polizeilicher Maßnahmen zu werden. Die beiden Schläger sind Zivilfahnder der Hamburger Polizei. Daß für fast niemanden die Mißhandlung Anlaß war, die polizeiliche Praxis der Drogenbekämpfung wenigstens kritisch zu hinterfragen, geschweige denn, sie als das zu benennen, was sie ist – eine Kette von rassistischen Übergriffen –, zeigt, wie unhaltbar die Verhältnisse im Stadtteil sind: Haben Übergriffe auf (weiße) Autonome durch Polizisten der Wache 16 Anfang der 90er noch für breite Empörung gesorgt und 1994 die Mißhandlung eines Schwarzafrikaners wiederum durch Beamte der 16er Wache den Polizeiskandal mitausgelöst, ist heute Schweigen im Walde.

Das mutet umso bemerkenswerter an, als in der letzten Zeit eigentlich jedeR sich berufen fühlte, etwas zur Situation im Viertel zu sagen. Demnach müßte es ziemlich schlecht um das Schanzenviertel stehen: schwarzafrikanische Dealer böten ungehindert und aggressiv Drogen an, in aller Öffentlichkeit fixende Junkies bestimmten das Bild, Kinder stolperten von einer liegengelassenen Spritze zur nächsten. Kurz, der Stadtteil kippt. Die Fakten liegen allerdings anders. Schließlich stehen die HändlerInnen vor allem auf der Straße, weil sie Geschäfte mit DrogenkonsumentInnen erledigen wollen. Sie haben weder Interesse daran, braven BürgerInnen Kokain zu verkaufen, noch mit irgendwem Streß zu bekommen, der sehr bald die Polizei auf den Plan rufen würden. Nützt es, festzustellen, daß vermutlich Dreiviertel aller DrogenkonsumentInnen sich ihren Schuß entweder unmittelbar hinter der Roten Flora (mit ausdrücklicher Billigung des Projekts) bzw. tagsüber im Druckraum des nahegelegenen Drogenhilfeprojekts »Fixstern« setzen? Kaum jemand im Stadtteil will hören, daß trotz der etablierten Drogenszene die Zahl klassischer Delikte sogenannter Beschaffungskriminalität im Schanzenviertel etwa auf dem Niveau des Hamburger Nobelstadtteils Harvestehude liegt. Doch um Logik geht es hier schon lange nicht mehr. Wie kommt es, daß sich die Mehrheit der im Stadtteil lebenden Menschen dafür entschieden zu haben scheint, ein soziales und gesellschaftliches Problem vor allem duch den Einsatz polizeilicher Repression aus dem Blick geschafft haben zu wollen? Warum schlagen die meisten im Stadtteil (z. Zt. noch nur) verbal auf die gesellschaftlich am schlechtesten gestellten Menschen ein; an zweiter Stelle auf die UserInnen, an erster auf die (oft schwarzafrikanischen) HändlerInnen?

Ausgrenzung aus »der guten Stube«

Die Fragen beantworten sich dadurch, daß das Schanzenviertel z. Zt. ein Studienfeld für die Bildung eines kleinen nationalen Kollektivs ist. Dies steht hier nicht im Widerspruch zum positiven Bezug auf ein multikulturelles Ideal. Im alternativen Wohlfühlambiente sind »erwünschte« MigrantInnen explizit einbezogen. In der gemeinsamen Allianz gegen »schwarze Dealer« finden der türkische Gemüsehändler und der deutsche Tabakladenbesitzer problemlos zusammen. Die Medieninszenierung des vermeintlich »toleranten« Viertels, das von der Drogenszene bedroht sei, hat eine neue Qualität von Identifikation mit dem Stadtteil geschaffen. Sie benötigt ein abgrenzbares Gegenüber, welches in diesem Fall durch verschiedene marginalisierte Gruppen gebildet wird. Besonders trifft dies Flüchtlinge, denen immer wieder bestimmte Eigenschaften zugeschrieben werden: »glücksspielende Kosovoalbaner«, »marodierende Rumänenbanden«, oder, wie eben im Schanzenviertel, »dealende Schwarzafrikaner«. Sie werden zum zweifach Fremden: Als Nicht-Deutsche, die ohnehin rassistisch wahrgenommen werden, wie auch als möglicherweise Illegale. Sei es, weil sie ohne Papiere unterwegs sind, sei es, weil sie als Dealer stigmatisiert werden. Das Wechselspiel zwischen bereits vorhandenen rassistischen und anderen ausgrenzenden Einstellungen und der medialen Inszenierung des Viertels bildet einen Legitimationszirkel. In der Zeitung steht, das Viertel kippe; weil es in der Zeitung steht, glauben es alle, das ist neuer Stoff für Reportagen.

»Repressive Toleranz«

Der Rahmen der Debatte um die Hamburger Drogenpolitik ist sehr eng abgesteckt. Bei aller Unterschiedlichkeit in den konkreten Vorstellungen gilt in der Auseinandersetzung ein unangefochtenes Dogma der sogenannten »repressiven Toleranz«. Es wird zwar mal mehr Repression oder mal mehr Toleranz gewünscht. Die Legitimität der »freundlichen« oder eben offen gewalttätigen Verdrängung von Menschen, die nicht ins Ideal des satten Wohlstands passen und aus der Verwertungslogik herausfallen, wird an keinem Punkt in Frage gestellt. Dies ist ein Ausdruck der Durchsetzung von ordnungspo-

litischen Konzepten, die als »Null Toleranz« in der Innenstadt beginnen und in andere Gebiete bedarfsgerecht ausgedehnt werden. In einem noch unter SPD-Alleinregierung formulierten Behördenpapier, dem sogenannten Bettlerpapier, wurde ziemlich unverblümt die »Säuberung« der Innenstadt von unliebsamen Gruppen gefordert. Nach öffentlichen Protesten zunächst zurückgezogen, wird es mittlerweile unter der Regie des grünen Senators MAIER als *»Handlungskonzept Hauptbahnhof«* umgesetzt. Die darin vorgesehene Koordination zielgerecht eingesetzter Sozialarbeit mit polizeilichen Maßnahmen wie u.a. massiven Platzverweisen und der effektiven Zusammenarbeit mit der AusländerInnenbehörde, wird hamburgweit praktiziert. Die konkrete Ausgestaltung »repressiver Toleranz« in diesem Sinne kann dabei je nach Situation unterschiedlich ausfallen. Im Schanzenviertel etwa ist es die mediale Herstellung eines toleranten Mikrokosmos, in dem sich Ausgrenzung als linksalternativ gerieren kann. Dieses Bild entfaltet eine Integrationskraft, die unterschiedlichsten Gruppen eine Zusammenarbeit erlaubt (besorgte Eltern, Geschäftsleute, Polizei, alternativ angehauchte BürgerInneninis u.a.). Die Einheit stiftende Wirkung des immer beschworenen Bildes des eigentlich so *»vielfältigen Miteinanders im Schanzenviertel«* ist nicht zu unterschätzen. Entlang dieser Parole werden klare Grenzlinien gezogen, durch einen liberalen Mitleidsdiskurs legitimiert und mittels polizeilicher Repression verwirklicht. Zusätzlich leistet dies die endgültige Legitimation reaktionärer Haltungen: Dadurch, daß sogar den Alternativen die ganze Sache zu bunt wird, sieht sich jedeR andere befugt, nach weiteren Maßnahmen gegen Schwarze und Dealer zu schreien und die UserInnen mit der liberalen Forderung nach weiteren Druckräumen von der Straße zu schaffen.

Reaktionen und Aktionen

Waren zunächst die Schwarzen im Sternschanzenpark vorrangiges Ziel polizeilichen Zugriffs, sind seit vergangenem Herbst im Zuge der polizeilich erzwungenen Verlagerung der Szene in den Bereich um die Rote Flora UserInnen im ähnlich unerträglichem Ausmaß davon betroffen. Nach anfänglicher »Untätigkeit« finden, auch auf Druck der AnwohnerInnen, seit spätestens Februar diesen Jahres tägliche Razzien im »provisorischen Druckraum« hinter der Flora und ständige Kontrollen auf der Straße statt. Mittlerweile werden auch vermehrt Obdachlose Opfer des allgegenwärtigen polizeilichen Kontrollwahns.

Das Erdrückende an der Situation besteht in ihrer Alltäglichkeit und Normalität. Genau das infragezustellen und effektiv anzugreifen, wäre die Aufgabe linker Intervention. Es ist zugleich die schwerste. Die angeblich so bedrohliche Atmosphäre im Schanzenviertel besitzt allerdings eine bedrohliche Realität: Für die Betroffenen, an denen die Polizei täglich demonstriert, daß Bürgerängste ernstgenommen werden. Darin besteht auch der qualitative Unterschied zwischen Medienhetze und Polizeipräsenz. Diese setzt um, was »öffentliche Meinung« ist, und wird entsprechend herzlich aufgenommen. Gleichzeitig macht es für die Betroffenen einen realen Unterschied, ob sie Gegenstand von Ablehnung und Vorurteilen sind, oder ob sie kontrolliert, vertrieben, in Gewahrsam genommen und zusammengeschlagen werden. Es gab immer wieder Interventionsversuche. Im Spätsommer 1997 veranstaltete ein »Bündnis gegen Rassismus, Ausgrenzung und Vertreibung« Aktionstage am Sternschanzenbahnhof. Im gleichen Sommer fanden zwei Diskussionsveranstaltungen statt. Kontinuierlich agiert ein Bündnis »Kontrolleure kontrollieren!«, das Polizisten »begleitet« und ihre Arbeit zu behindern versucht. Anfang Oktober 1997 wurde die mobile Revierwache am Schanzenbahnhof zerstört. Am 8.November 1997 fand eine Demonstration »Rechte für afrikanische Flüchtlinge in Deutschland!« statt, die von den Betroffenen der Razzien am Sternschanzenpark und antirassistischen Gruppen getragen wurde. Als letzte größere Aktion ist der Angriff auf einen Streifenwagen Mitte April 1998 zu nennen. Mit der Einrichtung eines »provisorischen Druckraums« hinter der Roten Flora wurde darauf reagiert, daß der Platz dort zum Drücken und als Treffpunkt der Drogenszene genutzt wird. Über Flugblätter und Öffentlichkeitsaktionen wurde dieser Ansatz vermittelt. Seit die Polizei auch dort massiv vorgeht, wird versucht, dort präsent zu sein und sich in die Razzien einzumischen. Inzwischen finden sie mehrmals täglich statt, und die alltägliche Notwendigkeit des Eingreifens, nicht nur hinter der Flora, sondern im ganzen Viertel, zeigt die Schwierigkeiten und Schwächen linksradikaler Politik auf. Zwar wurde in Debatten im letzten Jahr ein wichtiger Schritt vollzogen, indem, ein Novum in der autonomen Linken, die Position entwickelt wurde, daß sowohl das Konsumieren als auch das Dealen zu akzeptieren sind. Die Hetze gegen die Betroffenen transportiert ausgrenzende und aggressive gesellschaftliche Tendenzen. Die liberale Spaltung in »Junkies = arme Kranke« und »Dealer = Verbrecher« darf nicht nachvollzogen werden, da sich Konsum und Handel unter den Bedingungen der Illegalisierung nicht trennen lassen. Letztlich geht es um die Freigabe illegalisierter Drogen und die Schaffung von sozialen Bedingungen, in denen Menschen nicht mehr gezwungen sind, auf der Straße überleben zu müssen. Daraus hat sich allerdings weder eine kontinuierliche und breiter getragene Debatte, noch ein gemeinsamer Prozeß linker Gruppen ergeben. Der Widerstand besteht allzuoft aus dem gänzlich individualisierten Sicheinmischen in Kontrollsituationen, so mensch nicht mittlerweile, von der eigenen Hilflosigkeit gelähmt, verschämt vorbeigeht. Hilflosigkeit bis Desinteresse überwiegen. Dennoch ist es wichtig, die rassistische Dimension der aktuellen Atmosphäre und der Vertreibungsrealität zu begreifen und zu handeln. Die saubere Trennung des Rassismus von der Drogenpolitik, die im Schanzenviertel vollzogen wird, ignoriert, daß die Polizeikontrollen Teil rassistischer Ordnungspolitik sind. Dabei wird systematisch übersehen, daß die seit langem verbreitete Alltagswahrnehmung »Schwar-zer = Dealer« ganz unbestreitbar rassistisch ist und durch die Fixierung auf die »Drogenproblematik« legitimiert wird. Dieses Konstrukt muß aufgebrochen werden. Deshalb wäre es letztlich nicht nur ignorant, sondern auch gefährlich, den Schwerpunkt der eigenen Politik auf die aktuelle Drogendebatte zu beschränken.

Nichts von dem, was sich hier gerade durchsetzt, ist erträglich. Der Frieden, der im Schanzenviertel aktuell auf Kosten der Dealer, der KonsumentInnen, der Schwarzen und der Obdachlosen hergestellt wird, bedeutet eine Niederlage linksradikaler Politik. ■



Farbbeutel gegen den »Henker von Milano«

Zum 54. Jahrestag des Massakers auf dem Piazzale Loreto, dem 9. August 1998, hielten deutsche AntifaschistInnen aus verschiedenen Städten eine Kundgebung vor dem Haus des SS-Hauptsturmführers Theodor Saevecke, Buchholzstraße 4 in Bad Rothenfelde ab. Sein Haus wurde mit Parolen und Farbbeuteln »verziert« und Scheiben eingeworfen. Gleichzeitig verteilten die AntifaschistInnen Flugblätter, sangen Partisanenlieder und es wurde ein Redebeitrag für die Nachbarn des »ehrbaren Mörders« gehalten. In dieser Rede grüßten die AntifaschistInnen die Kundgebung auf dem Piazzale Loreto in Milano, die Überlebenden und Angehörigen, die jüdischen Gemeinden, den Verband der Deportierten ANED, den Partisanenverband ANPI und die antifaschistische Öffentlichkeit Italiens.

Den »Henker von Milano« zur Verantwortung ziehen

In einer Erklärung schrieben die AntifaschistInnen nach der Kundgebung: *»Die Linke in Deutschland hat es versäumt, die Nazimörder aus den Ämtern, Polizeirevieren und Machtstellungen zu vertreiben. Eine Zeit der selbstorganisierten Bestrafung durch die Widerstandsbewegung wie in Frankreich, Holland, Italien, Luxemburg und Belgien hat es nicht gegeben. Die ehemaligen Widerstandskämpfer und Überlebenden des Holocaust mußten, gerade noch aus den Zuchthäusern und Vernichtungslagern entkommen, mit ansehen, wie die Mörder und Naziverbrecher wieder schnell an den Schalthebeln der Macht in allen gesellschaftlichen Bereichen saßen. Wir deutsche AntifaschistInnen haben viel zu spät aus der Nachwirkung des Nazismus und seinem Weiterleben in der Gesellschaft der BRD politische und praktische Schlüsse gezogen. So waren es vor allem jüdische AntifaschistInnen, die in eigener Regie versuchten, die Naziverbrecher zur Verantwortung zu ziehen.«*

Der »Henker von Milano« – eine deutsche Karriere

Die braune Karriere von Theodor Saevecke begann 1927, als er mit 16 Jahren in die rechtsextreme Schill-Jugend eintrat. Ein Jahr später folgte sein Eintritt in die SA, und mit 18 Jahren war er bereits Mitglied der NSDAP. Er wurde Polizeibeamter in Berlin und in Posen Leiter des dortigen Mordkommissariats. 1942 reiste er als Verbindungsmann der SS nach Libyen zur italienischen Kolonialpolizei. Im selben Jahr wurde er Vizechef eines SS-Einsatzkommandos in Tunesien. 1944 lobte man ihn, *»mit großem Erfolg die Judenfrage im tunesischen Raum bearbeitet zu haben«*. Der in Mailand stationierte SS-Standartenführer Walter Rauff, der *»Erfinder des Gaswagens«* holte ihn in dieser Zeit zum Sicherheitsdienst (SD). In Mailand war er dann von 1943 bis 1945 Chef des SD-Außenkommandos und leitete die Razzien, Verhaftungen und Folterungen italienischer JüdInnen und WiderstandskämpferInnen. So wurden z.B. dem jüdischen Flüchtling Erich Wachtor auf Anordnung von Saevecke 26 Zähne ausgerissen, da er versteckte JüdInnen nicht verraten wollte. Er beteiligte sich auch daran, von den jüdischen Gemeinden 50 Millionen Francs und 43 Kilogramm Gold zu erpressen. Gleichzeitig wurden die Deportationen von 1.200 JüdInnen und fast tausend WiderstandskämpferInnen in die deutschen Vernichtungslager in Saeveckes Dienststelle in Mailand organisiert. Am 10. August 1944 ließ er in einer Vergeltungsaktion 15 politische Gefangene auf der Piazzale von Loreto erschießen und die Leichen zur Abschreckung tagelang in der Sonne liegen. Es war deswegen kein Zufall, daß die Partisanen die Leiche des italienischen Faschistenführers Mussolini zu diesem Platz nach Mailand brachten. 1945 wurde Saevecke zwar von den amerikanischen Truppen vorläufig verhaftet, aber schon kurze Zeit später in die Dienste des amerikanischen Geheimdienstes CIA aufgenommen. Für den CIA war er dann von 1949 bis 1951 in Berlin tätig. Von hier aus stieg er rasch in die Sicherungsgruppe Bonn und in das Bundeskriminalamt (BKA) auf. Sein sog. Spezialgebiet war die Bekämpfung des *»Hoch- und Landesverrates«* in der BRD. Auf diesem Posten konnte er nun wieder hochoffiziell KommunistInnen verfolgen. 1962 leitete er auf Befehl von Franz Josef Strauss zusammen mit Friedrich Buback die verdeckten Aktionen gegen das Nachrichtenmagazin Spiegel. Der Angriff auf die Pressefreiheit und die illegalen Verhaftungen von SpiegelredakteurInnen in Spanien unter dem Vorwand des Landesverrates führten damals zu weltweiten Protesten. Aber auch nach der öffentlichen Enthüllung von Saeveckes Vorgeschichte kam es zu keinerlei Anklagen gegen Saevecke in Deutschland. 1971 konnte er in aller Ruhe in den Ruhestand treten. Nun versucht ein Militärtribunal in Turin ein letztes Mal, den *»Henker von Milano«* zur Verantwortung zu ziehen. Angehörige der Opfer und der Partisanenverband treten als Nebenkläger auf. Saevecke fühlt sich sicher, er weiß, daß ein Deutscher nicht ausgeliefert werden darf. Gegenüber der Presse höhnt er, ein Deutscher würde niemals freiwillig vor das Gericht in Turin gehen. Rückendeckung bekam er nach der Antifa-Aktion nun auch von führenden lokalen Politikern.

Theodor Saevecke



Der Hasberger CDU-Landtagsabgeordnete Georg Schirmbeck zeigte sich empört darüber, daß »Gleiches mit Gleichem« (!) vergolten werde: *»Wir leben schließlich in einer zivilisierten Gesellschaft im christlichen Abendland. Blutrache gibt es bei uns Gott sei Dank nicht«*. Der Bad Iburger SPD-Kreistagsabgeordnete Nazih Musharbash erklärte, Urteile über Saevecke, seien *»allein Sache der Justiz«*. Musharbash: *»Ich bin über diese Tat erschüttert. Es geht nicht, daß einfach zur Selbstjustiz gegriffen wird.«*

»In dem Augenblick, in dem wir Auschwitz vergessen, ist es wieder da.« (Primo Levi)

Die AntifaschistInnen beendeten ihre Erklärung mit der Aufforderung an alle AntifaschistInnen, die Zeit zu nutzen, Überlebende persönlich kennenzulernen und deren Angehörige zu unterstützen: *»Die Erfahrungen der Überlebenden des Holocaust und der WiderstandskämpferInnen werden uns in den kommenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen sehr fehlen. Ihre Erzählungen und Erinnerungen bleiben aber für alle Zeit eine wichtige Waffe im Kampf gegen Faschismus und Rassismus und gegen Menschenverachtung überall auf der Welt«.* ■



»Wir müssen dahin zurück, daß über Widerstand nicht nur geredet wird...«

mit Uwe Adamczyk, PDS-Landtagsabgeordneter in Sachsen

AIB: Im März diesen Jahres hat die sächsische PDS ein Papier unter der Überschrift »*Konzeption: PDS und Antifaschismus*« veröffentlicht. Das Papier ist parteiintern umstritten und für unabhängige AntifaschistInnen ein Schlag ins Gesicht. Da unabhängige AntifaschistInnen auf unterschiedlichen Ebenen mit der PDS zusammenarbeiten, hält das AIB eine Auseinandersetzung darüber für dringend notwendig. Gehen wir das Papier doch einmal im Einzelnen durch.
Unter Punkt 1.3 heißt es: »*In den einzelnen Politikbereichen findet die Diskussion um die Positionen anderer Parteien und gesellschaftlicher Kräfte statt – dies muß auch für Positionen gelten, die noch rechts neben der CDU/CSU stehen.*« Da stellt sich doch die Frage, ob die PDS demnächst ähnliche Debatten führen will wie beispielsweise das Neue Deutschland, das zu der Frage »Die Linke und die Nation« einen Beitrag des faschistischen Autors ROLAND WEHL von der JUNGEN FREIHEIT veröffentlicht hat.

Adamczyk: Zunächst einmal: Mir gefällt das ganze Papier nicht. Und zu Deiner Frage: Hier kann ich nur für mich persönlich sprechen. Ich bin sehr wohl dafür, daß man inhaltliche Debatten führt, auch zu Standpunkten der Rechten. Aber ich diskutiere in der Öffentlichkeit und in Podiumsveranstaltungen nicht mit rechten Vertretern.

Zweitens bin ich nicht bereit, in der Öffentlichkeit über rechte Parolen wie »Arbeitsplätze zuerst für Deutsche« zu diskutieren. Ich halte es für gefährlich, sich auf diese rechten Parolen einzulassen und sie öffentlich zu diskutieren. Mit solchen Diskussionen werden Rechte erst hoffähig gemacht. Die PDS hat genügend linke Ansätze, die ich für diskussionswürdiger halte. Ich weiß sehr wohl, daß sich die Rechte und insbesondere die NPD in Sachsen mit sozialen Themen beschäftigt und ihre Parolen publikumswirksam verkauft. Das muß man analysieren. Man muß den Leuten vorführen, wo das hingeht. Diese inhaltliche Auseinandersetzung fehlt momentan bei uns. Die Grundkenntnisse innerhalb der PDS über rechte Organisationen und ihre Argumentation sind ausgesprochen mager.

Was tut sich innerhalb der PDS, damit diese Lücke gefüllt wird?

Aus meiner Sicht wird zu wenig getan, um wirklich innerhalb der eigenen Basis aufzuklären. Und ich glaube auch nicht, daß man diese Diskussion nur auf bestimmte Persönlichkeiten und Parteigremien abschieben darf. Mit dem Politikfeld »Antifaschistische Politik« verbindet sich vor allem innerhalb der PDS-Basis zunächst die Auseinandersetzung auf bestimmten Ebenen, wie beispielsweise Demonstrationen gegen rechtsextreme Veranstaltungen. Die einen sagen dann, daß man das so nicht mitträgt, die anderen sind natürlich dafür. Demonstrationen sind aber für mich nur ein kleiner Bereich antifaschistischer Politik. Und andererseits gibt es auch positive Ansätze, wo die PDS auch an der Basis bemüht ist, antifaschistische Politik zu betreiben – ich erinnere an die Bündnisse gegen Rechts, wo versucht wird, sich einzubringen und Probleme auszudiskutieren.

Zum Stichwort Bündnisse steht unter dem Punkt 2.3 des Papiers wörtlich: »*Der gesellschaftliche Widerstand gegen rechtsextreme Aktivitäten ist kaum spürbar. Dies hat auch eine Ursache in den Aktivitäten der autonomen Antifa. [...] Der ständige Druck auf rechte Kleingruppen hat diese nicht zerschlagen, sondern zusammengeführt und gefestigt. In der Öffentlichkeit wird rechtsextremen Gruppen so die Möglichkeit gegeben, die Opferrolle zu übernehmen.*« Zum Schluß heißt es dann, daß eine Zusammenarbeit der PDS mit der autonomen Antifa nicht möglich sei.

(lacht) Unter anderem habe ich mir das angekreuzt und druntergeschrieben: »Scheiße!«

Kannst Du das näher erklären?

Die maßgebliche Verfasserin dieses Papiers ist die gleichstellungspolitische Sprecherin im PDS-Landesvorstand, Kerstin Köditz aus dem Muldentalkreis. Sie hat ganz einfach den Inhalt antifaschistischer Politik verfehlt, indem sie bestimmte Gruppen präventiv ausgrenzt. Ich rede und arbeite mit jedem, der ehrlich bemüht ist, etwas gegen rechts zu unternehmen und gehe zunächst nicht danach, welcher Gruppierung jemand angehört. Nach der Definition des sächsischen Innenministeriums existiert die autonome Antifa vor allem in Leipzig, und dann werden die Göttinger und Berliner Antifas als Beispiele angeführt. Das Innenministerium versucht immer, die Leipziger Antifa in die kriminelle Ecke zu stellen, und das Papier übernimmt de facto diese Position. Ich arbeite jedenfalls hervorragend mit der autonomen Antifa zusammen und werde das weiterhin tun, unabhängig davon, ob einige Genossen oder Sympathisanten denken, daß man mit denen nicht zusammenarbeiten kann.

» Ich rede und arbeite mit jedem, der ehrlich bemüht ist, etwas gegen Rechts zu unternehmen... «

Eine Analyse, die das Papier dafür liefert, daß so viele Leute den rechten Parolen nachhängen, lautet: »*Grund dafür ist das manipulierte Aufgreifen der Ängste der Bevölkerung wie Arbeitslosigkeit und Einführung des Euro.*«

Das würde ich nicht als Analyse bezeichnen, und es begründet meiner Ansicht nach auch nicht den starken Zuspruch für rechte Parteien.

Aber im Wahlkampf hat die PDS die Arbeitsplatzfrage sehr in den Vordergrund gestellt. Geht das nicht am Kern der Ursachen vorbei, warum die Leute den Nazis hinterherlaufen? Wenn man die rechte Argumentation nur ein bißchen umdreht oder abschwächt, muß man sich doch nicht wundern, daß viele WählerInnen mit der Erststimme PDS und mit der Zweitstimme DVU oder andere Neonaziparteien wählen. Das müßte die PDS ja eigentlich zum Nachdenken bringen. Was tut die PDS denn in der Öffentlichkeit und gegenüber der Basis für eine klare Abgrenzung zu rechten Positionen?

Es stimmt, daß Arbeit für die PDS in diesem Wahlkampf zum Hauptkampffeld geworden ist – wie für alle anderen Parteien ja übrigens auch. Was wir vielleicht nicht immer richtig geschafft haben, ist, die Unterschiede deutlich zu machen, was die PDS unter Arbeit und Verteilung versteht, und was andere Par-

teien darunter verstehen. Ich stehe aber dazu, daß wir Arbeit zu einer der wichtigsten Grundfragen gemacht haben. Schließlich ist Arbeit die Voraussetzung dafür, um in dieser heutigen Gesellschaft seinen Erwerb zu sichern. Ansonsten bekommst Du keinen Lohn, der ja die Anerkennung der Leistung der Arbeit sein soll. Daß dieses heute bei weitem nicht ausreicht, daß trotz Arbeit viele auf Sozialhilfe angewiesen sind, hat andere Ursachen. Ich vertrete auch nicht die Position »Arbeit unter allen Umständen«. Arbeit muß wenigstens soviel einbringen, daß damit mein Lebensunterhalt gesichert ist. Wenn ich die ganzen Billigjobs ansehe, tut sie das nicht. Es ist ungeheuer schwer, Menschen die ökonomischen Zusammenhänge begreiflich zu machen. Wir müssen dahin zurück, daß über Widerstand nicht nur geredet wird, sondern auch aktiv Widerstand geleistet wird. Aber das muß in erster Linie von den Betroffenen kommen.

» Ich denke, ein nicht geringer Teil der PDS-Basis ist nicht anders als CDU/CSU-WählerInnen. «

Die PDS hat ja einen ziemlich hohen WählerInnen-Anteil in sogenannten »sozialen Brennpunkten« wie Berlin-Lichtenberg oder Marzahn, in Magdeburg in Neu Olvenstedt oder in Rostock-Lichtenhagen. Bei Umfragen wird immer wieder deutlich, daß die Leute zwar einerseits PDS wählen, aber andererseits auch deutlich rechte und rassistische Grundeinstellungen haben. Versucht die PDS überhaupt ihre Positionen beispielsweise in der Flüchtlingspolitik unter die Leute zu bringen? Also antirassistische Aufklärungsarbeit zu machen? Oder traut man sich an das Thema bei der eigenen Basis und den eigenen WählerInnen nicht ran, aus Angst Stimmen zu verlieren?

Ich denke, ein nicht geringer Teil der PDS-Basis denkt und handelt wie Otto Normalverbraucher. Leider gibt es auch innerhalb unserer Basis rassistische Vorurteile und Einstellungen. Vieles wird auch nicht ausgesprochen, aber gedacht. Das ist eigentlich das Traurige: Daß es offenbar der PDS nicht gelungen ist, das, was engagierte Leute an Konzepten entwickelt haben, tatsächlich auch bis runter an die Basis zu vermitteln. Es ist uns einfach nicht gelungen, diese Programme wirklich überzeugend an der eigenen Basis zu vertreten – nicht nur im Bereich antifaschistischer Politik. Wir müssen uns in der nächsten Zeit wieder intensiver damit beschäftigen, was unsere Visionen sind und was eigentlich unser tatsächlicher Stand ist. Der Ist-Zustand hängt weit hinter unseren Visionen her.

In dem Papier steht auch der Satz: »*Die PDS versteht sich als konsequent antifaschistische Partei.*« Demgegenüber steht in bestimmten Regionen wie im Muldentalkreis/Wurzen, Hoyerswerda oder der ganzen Lausitz die Tatsache, daß das Problem von PDS-VertreterInnen ignoriert oder heruntergespielt wird. Jugendliche und Antifas, die mit dem Thema an die PDS herantreten bzw. die Situation öffentlich machen, werden als Nestbeschmutzer angesehen. Lokalpatriotismus ist in der PDS oftmals wesentlich stärker ausgeprägt als der Wille, gegen rechts vorzugehen.

Ja, das ist ganz deutlich so. Man müßte diesen Bereich viel stärker thematisieren. Andere in der PDS sagen dagegen: »*Ihr popularisiert diese Rechten erst, Ihr macht sie durch antifaschistische Öffentlichkeitsarbeit hoffähig*«. Ich halte dem entgegen: Wenn ich wirklich was gegen rechts machen will, muß ich zunächst aufklären – auch über Ziele und Strategien der Rechten. Und ich muß auch versuchen, daß die PDS-Basis selber herausfindet, wo die Unterschiede zu unseren Ansätzen sind. Es kann nicht angehen, daß auf öffentlichen Veranstaltungen – wie dieses Jahr im Erzgebirge zum 1. Mai – ein Vertreter der NPD für seine Rede beklatscht wird, unter anderem auch von Mitgliedern der PDS. Als danach einige von ihnen befragt wurden, warum sie geklatscht haben, lautete die Antwort: »*Das war doch 'ne gute Rede. Genau das wollen wir auch!*« Ein weiteres Beispiel: Wir haben uns im Bundestagswahlkampf bedauerlicherweise oftmals dazu hinreißen lassen, bei Diskussionen aufzutreten, wo auch Vertreter rechter Parteien auf dem Podium saßen. Wenn wir das durchgehend ablehnen würden, dann entgeht uns vielleicht manchmal eine Wahlveranstaltung. Aber ich glaube, die Leute könnten das besser nachvollziehen, als wenn wir uns immer hinstellen und sagen, wir stellen uns gegen die Rechten, aber vor Ort diskutieren wir dann mit ihnen.

» Wir haben uns oftmals dazu hinreißen lassen, bei Diskussionen aufzutreten, wo auch Vertreter rechter Parteien auf dem Podium saßen. «

Repräsentieren die in dem Papier vertretenen Positionen in der PDS eine Mehrheitslinie?

Zum Teil. Aber nicht in allen Punkten. Die einen haben das Papier zu den Akten gelegt und gesagt »*Noch ein schwachsinniges Papier. Damit beschäftigen wir uns nicht und machen lieber unser eigenes Ding*«. Andere haben es diskutiert. Aber am Ende ist für mich die Arbeit wichtig, und nicht, was auf vier Seiten Papier steht. Das Schlimme an diesem Papier ist, daß die PDS versucht, sich als die einzige in Deutschland existente antifaschistische Kraft hinzustellen. Da werden andere Organisationen wie beispielsweise der VVN/BdA mit keiner Silbe erwähnt. Es gibt auch keine Reflektion darüber, welche Positionen andere Parteien oder Organisationen zu dem Thema einnehmen. Wir haben in Sachsen schon gute Veranstaltungen mit Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen gemacht. Alle diese Leute werden in diesem Papier ausgegrenzt. Wenn ich wirklich in der PDS antifaschistische Politik betreiben will, dann muß ich wenigstens eine Aussage haben, wie ich mit meinen Bündnispartnern oder mit Leuten umgehe, die auch auf diesem Gebiet tätig sind. Und die finden in dem ganzen Papier überhaupt keine Erwähnungen – außer die autonome Antifa, die auch noch ausgegrenzt wird.

In Rostock hat die PDS ihre Anmeldung einer Gegendemonstration in Dierkow, dem Stadtteil, wo die NPD marschiert ist, 24 Stunden vor dem NPD-Aufmarsch zurückgezogen. Was ist da passiert?

Ich kenne die Gründe dafür auch nicht, aber ich finde das Verhalten des PDS-Kreisverbandes Rostock peinlich. Ich hätte die Anmeldung aufrechterhalten, denn dann hätte das Schweriner Innenministerium die Antifademo verbieten müssen. Stattdessen hat die PDS vor Ort vorauseilenden Gehorsam praktiziert.

Angeblich hat sich das sächsische Innenministerium für ein Verbot der JN ausgesprochen. Stimmt das?

Nein. Innenminister Klaus Hardraht hat auf eine parlamentarische Anfrage von mir dazu wörtlich geantwortet, daß er zur Zeit nicht an einen Verbotsantrag gegen die rechtsradikale NPD und/oder ihre Jugendorganisation denkt.

Eine letzte Frage. In Sachsen finden im nächsten Jahr Landtagswahlen statt. Wie sieht Deine Prognose dafür aus?

Ich denke, daß die Rechten zulegen werden. Die NPD hat zum gegenwärtigen Zeitpunkt durchaus reelle Chancen, in den sächsischen Landtag einzuziehen. Im Übrigen haben die Rechten bei den Bundestagswahlen in Sachsen einige Stimmengewinne erzielt.

Danke für das Gespräch. ■

Nach monatelangen Vorbereitungen schaffte es die Antira/Antifaszene in diesem Sommer, gleich dreimal offensiv an die Öffentlichkeit zu gehen: Den Anfang machten die »Frauen/Lesbenaktionstage« in Görlitz Anfang Juli; dann folgte das gemischte Grenzcamp in der gleichen Region, und ab August zog die »Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen« über mehrere Wochen durch alle Bundesländer. Aus Platzmangel können wir nur kurz auf alle drei Aktionen eingehen. Wir hoffen, daß die guten Ansätze dieses Sommers in vielen Nachfolgeaktionen und in kontinuierlicher Arbeit gegen das Asylbewerberleistungsgesetz und die Abschiebepolitik weitergeführt werden.



»Kein Mensch ist illegal«

Die Karawane

Vom 15. August bis zum 19. September zog die Karawane durch insgesamt 45 Städte. Unterstützt wurde das Projekt von Flüchtlingsorganisationen wie Yek-Kom, WTM, IFIR, AFHF und The Voice sowie von den Gruppen der Kampagne »Kein Mensch ist illegal«, von Frauen- und Lesbenorganisationen und dem Antirassismusbüro Bremen. Das Konzept bestand im wesentlichen darin, den Widerstand von Flüchtlingen und MigrantInnen in den jeweiligen Orten zu unterstützen. In Thambach-Dietharz in Thüringen beispielsweise, wo sich ein Flüchtlingslager mit katastrophalen Lebensbedingungen für die 500 dort zwangsweise untergebrachten Asylsuchenden befindet, zog die Karawane zusammen mit rund 150 Menschen, darunter viele afrikanische Flüchtlinge, vor den Lagereingang. Trotz eines zuvor vom thüringischen Innenministerium verhängten »Besuchsverbots« erhielt eine Delegation der Karawane Zutritt zum Lager. Das Lager befindet sich am Waldrand, ist von einem drei Meter hohen Stacheldrahtzaun umgeben und hat zwei elektronisch gesicherte Eingangstore. Viele Flüchtlinge leiden aufgrund der Massenversorgung an körperlichen Beschwerden. Dazu kommen die psychischen Folgen der Sammelunterkunft und gesellschaftlichen Ausgrenzung. Die Karawane forderte gemeinsam mit dem thüringischen Flüchtlingsrat die Auflösung des Lagers und eine Unterbringung der BewohnerInnen in Einzelunterkünften in der nahegelegenen Stadt Gotha. In Hannover und Büren demonstrierte die Karawane gemeinsam mit antirassistischen Gruppen gegen die dortigen Abschiebeknäste. In Bielefeld organisierte die Karawane spontan eine Demonstration unter dem Motto »*Wir haben keine Wahl, aber eine Stimme*« zum SPD-Parteitag in der Stadthalle. An der Abschlußdemonstration in Köln beteiligten sich dann rund 3.000 Menschen.

Ein Gefühl von Einheit

Zur Stimmung unter den KarawanenteilnehmerInnen und der Resonanz auf die Aktion schrieben einige TeilnehmerInnen nach der ersten Hälfte der Karawane: »*Nach 18 Tagen auf Tour hatte die Karawane beständig an Zuversicht und Bewußtsein gewonnen. Während dieser 18 Tage haben wir mehr als 10.000 Leute getroffen, die gekommen waren, um die Karawane zu sehen, und ebenso Hunderte von Organisationen. In jeder einzelnen Stadt haben wir auf der Straße die Probleme von Flüchtlingen und MigrantInnen zum Ausdruck gebracht. Wir haben gegen Abschiebungen, gefängnisähnliche Flüchtlingslager, für die Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe protestiert und unseren Widerstand gegen alle Formen von Rassismus zum Ausdruck gebracht. Jene von uns, die mehrere Tage im Bus mitgereist sind, egal ob Flüchtling, MigrantIn oder Deutsche/r haben die aufregende Geburt einer neuen Bewegung gespürt. Die »Kerngruppe« der Karawane besteht im Moment aus Leuten aus Kurdistan, der Türkei, Nigeria, dem Iran, der Elfenbeinküste, Sierra Leone, Togo, Zaire-Congo, Tamil Eelam, Sri Lanka, Indien, Chile sowie fortschrittlichen Leuten aus England, den USA und natürlich aus Deutschland. Viele andere Leute, beispielsweise aus Vietnam, dem Kosovo, aus Afghanistan, Rußland sowie den meisten lateinamerikanischen Ländern haben an den Demonstrationen in den verschiedenen Städten teilgenommen. Zahlreiche Flüchtlinge unterschiedlicher Herkunft haben sich zu dem Gefühl der Kraft der Einheit geäußert. Beobachter haben ihre Überraschung darüber ausgedrückt, daß Leute mit unterschiedlichen Kulturen und ideologischen Ansichten zusammenarbeiten können.*«

Die Grenzcamps

Im Rahmen der Kampagne »Kein Mensch ist illegal« hatten Frauen- und Lesbengruppen sowie gemischte antirassistische Gruppen die Situation in den Grenzregionen an der Oder und Neiße zu einem Schwerpunkt gemacht. Mit unterschiedlichsten Aktionen sollte versucht werden, die Bevölkerung über Fluchtursachen zu informieren und die weithin vorherrschende Mentalität der Zusammenarbeit mit dem BGS und der Denunziation von Flüchtlingen beim Grenzübertritt zumindest in Frage zu stellen. Immerhin werden 2/3 aller Flüchtlinge nach Denunziationen durch die Bevölkerung festgenommen. So errichteten Frauen und Lesben während der Aktionstage in Görlitz beispielsweise ein »*Denkmal für den unbekannten Denunziant in einer Telefonzelle*«; beim gemischten Camp wurde mit viel Medienöffentlichkeit ein symbolischer illegaler Grenzübergang aufgebaut.

Das gemischte Grenzcamp reagierte außerdem mit einer Demonstration und konkreter Betreuung für die betroffenen Flüchtlinge auf die Hetzjagd des BGS auf einen Bus mit 16 Flüchtlingen. Dabei starben sieben Flüchtlinge. Neben den Schwerpunkten »Rassismus« und »Offene Grenzen« wurden auch die örtlichen Strukturen der Neonaziszene in Görlitz angegangen. Auch wenn nach Einschätzungen, sowohl der Frauen/Lesbenaktionstage als auch des gemischten Camps, die örtliche Bevölkerung auf die Aktionen eher zurückhaltend bis mißtrauisch und ablehnend reagierte, gab es auch Überraschungen: Die Lokalpresse berichtete überwiegend positiv und erstaunlich inhaltlich über die Forderungen der Camps, und beim »*Rave against the Border*« des gemischten Camps beteiligten sich die Jugendlichen aus der nahegelegenen Kleinstadt Rothenburg spontan mit einer eigenen Bühne. ■

Detailliertere Informationen und Berichte über die Karawane können abgefragt werden bei: Koordinationsbüro, Internationaler Menschenrechtsverein Bremen e.V., Kornstraße 51, 28201 Bremen, Telefon 0421/5577093, Fax 0421/5577094, e-mail: mail@humanrights.de und im Internet unter: www.humanrights.de. Spendenkonto: Kto.-Nr. 10 73 92 82, Sparkasse Bremen, BLZ 290 501 101.



»Wir haben uns eine Akzeptanz regelrecht erarbeitet«

mit der Jungen Gemeinde Jena-Stadtmitte



AIB: Seit wann gibt es Euch, und was macht Ihr momentan?

JG: Die JG-Stadtmitte gibt es seit Anfang der 70er Jahre. Zuerst waren es die »Langhaarigen«, und später kamen die Punks dazu. Zu DDR-Zeiten war die JG eine der wenigen Möglichkeiten für solche Leute, sich zu treffen, Gedanken auszutauschen und einfach so zu sein, wie man sein wollte. Und die Stasi war immer dabei – wie sich später herausstellte.

Ab 1990/91, nachdem fast ein Jahr nichts mehr mit der JG gelaufen war – die Leute hatten sich anderweitig engagiert, von Parteiarbeit über Vereine gründen bis Häuser besetzen – kam langsam die JG wieder auf die Beine: Stasispitzel wurden entlassen, Wanzen entfernt (lachen), Mitarbeiter neu eingestellt, nötige Sanierungen vorgenommen. Ab Februar 1991 traf sich eine erste kleine Gruppe, um mit der eigentlichen JG-Arbeit wieder anzufangen: erst einmal mit tausend Arbeitseinsätzen und bald auch mit inhaltlicher Arbeit. Die drehte sich von Anfang an – nicht nur, aber in wesentlichen Teilen – um die Auseinandersetzung mit Rechten.

> **»Erst wurde es tagelang unter Wasser gesetzt, dann Feuer gelegt, zuletzt schlugen sie alles kurz und klein.«**

Die JG ist heute wieder ein Treffpunkt für Leute so zwischen 14 und 25, aus Jena hauptsächlich, aber auch drumherum. Leute, die aus unterschiedlichen Gründen immer wieder aus der Reihe tanzen. Neben der normalen Arbeit (Info-Runden, Cafébetrieb, Arbeiten an Haus und Hof, KDV- und TKDV-Beratung, Barabende usw.) laufen zur Zeit die Vorbereitungen zum Flüchtlingstag. Auch der 3. Oktober kommt gewiß, und mit ihm so mehrere hundert Leute und x Bands: Für die einen eine Anti-Einheits-Fete, für andere ein Chaostag oder einfach ein thüringenweites Punkertreffen. Für die Stadtherren jedenfalls ein Tag des Grauens: Die Polizei in Bereitschaft, das Jugendamt mit ihren Sozialarbeitern vor der Tür und die Zivis unauffällig wie eh und je.

Wie seid Ihr darauf gekommen, Antifaarbeit zu machen?

Im Januar/Februar 1990 gab es mehrere Überfälle von Glatzen auf unser Haus. Erst wurde es tagelang unter Wasser gesetzt, dann Feuer gelegt – was sich in dieser Reihenfolge als recht schwierig erwies –, zuletzt schlugen sie alles kurz und klein. Spätestens damit war die Konfrontation mit den Rechten vorprogrammiert. Zuerst ging es mehr um die gewalttägigen Überfälle auf Leute von uns. Seit Mitte der 90er Jahre ist die Arbeit viel stärker politisch geprägt.

Gibt es Bereiche, an denen Ihr kontinuierlich arbeitet?

Den Laden am Laufen halten – das ist schon eine richtige kontinuierliche Arbeit, sozusagen die Grundlage für alles andere. Darüber hinaus sind wir uns erst mal selber wichtig. Auch bei uns gibt es Liebeskummer und Zoff untereinander und jede Menge Scheißprobleme: von der Schule bis hin zur Wohnung usw. Daß wir das mitkriegen, wie es dem/der anderen geht, ist wichtig. Nur so, oder besser, deshalb ist es uns möglich, da zu sein, wenn es darauf ankommt; dann aber auch ganz.

> **»Trotzdem hoffen wir, daß die Saalfeld-Kampagne mit zu einer veränderten Sichtweise des Rechtsradikalismus in der Öffentlichkeit beiträgt.«**

Ihr habt Euch in der Saalfeldmobilisierung stark engagiert. Führt Ihr die Saalfeldkampagne in irgendeiner Form weiter?

Mit der Saalfeld-Demo wurde die Auseinandersetzung mit den Faschos auf ein neues politisches Niveau gehoben. So tief hatten wir uns bis dahin in keine Bündnisarbeit reingehangen. Das Wichtigste daran war vielleicht, daß sich so viele und unterschiedliche Gruppierungen und Parteien und Einzelpersonen zusammengefunden haben. Daß Vorurteile und

Mißtrauen abgebaut werden konnten und daß wir uns selbst in schwierigen Situationen nicht haben auseinandertreiben lassen. Wenn's drauf ankommt, wenn eine breite Öffentlichkeit erreicht werden soll, versuchen wir diese Bündnisarbeit fortzuführen, so zuletzt bei der Rep-Kundgebung mit Rolf Schlierer in Jena. In diesem erweiterten Sinn führen wir die Saalfeld-Kampagne weiter. Am »Saalfelder Bündnis« mit seinen monatlichen Treffen sind wir auch noch dran, aber unser Hauptaugenmerk liegt nicht mehr nur auf Saalfeld. Wir müssen hier bei uns, vor allem was das Neubaugebiet in Jena-Lobeda betrifft, genau so aufpassen.

Wie schätzt ihr die Saalfeldkampagne allgemein ein, könnt ihr was über die jetzige Situation in Saalfeld sagen?

Wie schon bei der ersten verbotenen Demo im Oktober '97 waren wir auch im März einer wahnsinnigen Diffamierungskampagne ausgesetzt – vom SPD-Innenminister angefangen über die Medien bis hin zu den Lokalpolitikern. Trotzdem hoffen wir, daß die Saalfeld-Kampagne mit zu einer veränderten Sichtweise des Rechtsradikalismus in der Öffentlichkeit beiträgt. Zumindest von einigen Medien und von manchem Politiker hört man mittlerweile deutlichere Worte. In Saalfeld selbst hat sich wenig verändert bzw. es ist noch schlimmer geworden. Das hängt auch damit zusammen, daß die Faschos ihren zentralen Treffpunkt in Heilsberg verloren haben und nun verstärkt versuchen, in Saalfeld-Gorndorf Fuß zu fassen. Das dortige Jugendzentrum wurde über Wochen regelrecht belagert und Besucher angemacht und verprügelt. Zuletzt, weil man sich nicht mehr anders zu helfen wußte, hat man das Jugendzentrum schließen müssen.

Warum seid Ihr kirchlich organisiert?

Die JG ist etwas anderes: Einerseits gehören die Räume der Evangelischen Kirchgemeinde und die Arbeit wird finanziell und – wenn's darauf ankommt – auch inhaltlich unterstützt. Andererseits sind wir nicht kirchlich organisiert in dem Sinn, daß die Kirche unsere Arbeit bestimmen würde. Es gibt Leute von uns, die in der Kirche sind und/oder ganz bewußt christlich zu leben versuchen und in der JG auch so eine Art andere Kirche sehen. Manches davon fließt in unsere Arbeit ein. Andere dagegen haben mit der Kirche nichts am Hut oder stehen der Institution sehr skeptisch gegenüber.

»...wenn, dann kommen Einmischungsversuche von Seiten der Stadt.«

Hattet Ihr schon einmal Ärger mit kircheninternen Hierarchien, z.B. in der Form, daß Euch ein Pfarrer oder Sozialarbeiter sagen wollte, was Ihr zu tun oder zu lassen habt?

Eine schwierige Frage für uns: Einerseits haben wir mittlerweile mit und durch unsere Arbeit ziemlich viel Anerkennung in Jena und auch in der Kirchengemeinde bekommen – auch und gerade mit manch heiklen und umstrittenen Aktionen. Wir haben uns sozusagen eine Akzeptanz regelrecht erarbeitet, so daß man sich von außen nicht einmischt, jedenfalls nicht von der Kirche. Wenn, dann kommen Einmischungsversuche von Seiten der Stadt.

Andererseits ist mit dem Pfarrer und den MitarbeiterInnen eine »Kirchenhierarchie« schon vorhanden. Aber nicht von »Außen« oder gar von »Oben« sondern sozusagen von »Innen«. Die gehören mit dazu und auch die damit verbundenen Reibungen und Auseinandersetzungen.

Was für Bündnispartner habt ihr in der kontinuierlichen Arbeit?

Für unsere kontinuierliche Arbeit haben wir keine festen Bündnispartner. Das hängt natürlich auch damit zusammen, daß wir hier so eine Art Großgruppenarbeit haben mit bis zu 150 Leuten und unterschiedlichen Interessen, Problemen und Kleingruppen usw. Wichtige Kontakte zu anderen laufen in der Regel über persönliche Beziehungen, die einzelne von uns privat oder auch über die JG aufgebaut haben und die immer wieder in die Arbeit einfließen: PDS-Land und Jena, LAG Thüringen, hbv Erfurt, DGB Ostthüringen, Ausländerbeirat Jena, Anti-Atom-Plenum Thüringen, Flüchtlingsrat Thüringen, ai, Latino e.V., Grüne, bestimmte kirchliche und Antifa-Gruppen in Thüringen u.a.m.

Gibt es andere Bereiche außer Antifaschismus, in denen ihr Euch engagiert?

Die Antifa-Arbeit ist sicher zur Zeit einer der wichtigsten Bereiche unserer Arbeit, hinzu kommt die ganze Asylproblematik sowie die Anti-Atom-Bewegung. Das jeweilige Engagement hängt auch immer von ganz aktuellen Entwicklungen oder auch persönlichen Problemen ab. Zum Beispiel stehen wir im Moment vor der Frage, ob wir so eine Art Kirchenasyl organisieren, weil zwei Freunde von uns aus Kurdistan vor der Abschiebung stehen. Ansonsten laufen noch jede Menge anderer Sachen, von Konzerten, Kino bis hin zu Rüstzeiten (Freizeiten), selbst eine Fußballmannschaft gibt es – damit die Politik uns nicht völlig die Luft nimmt.

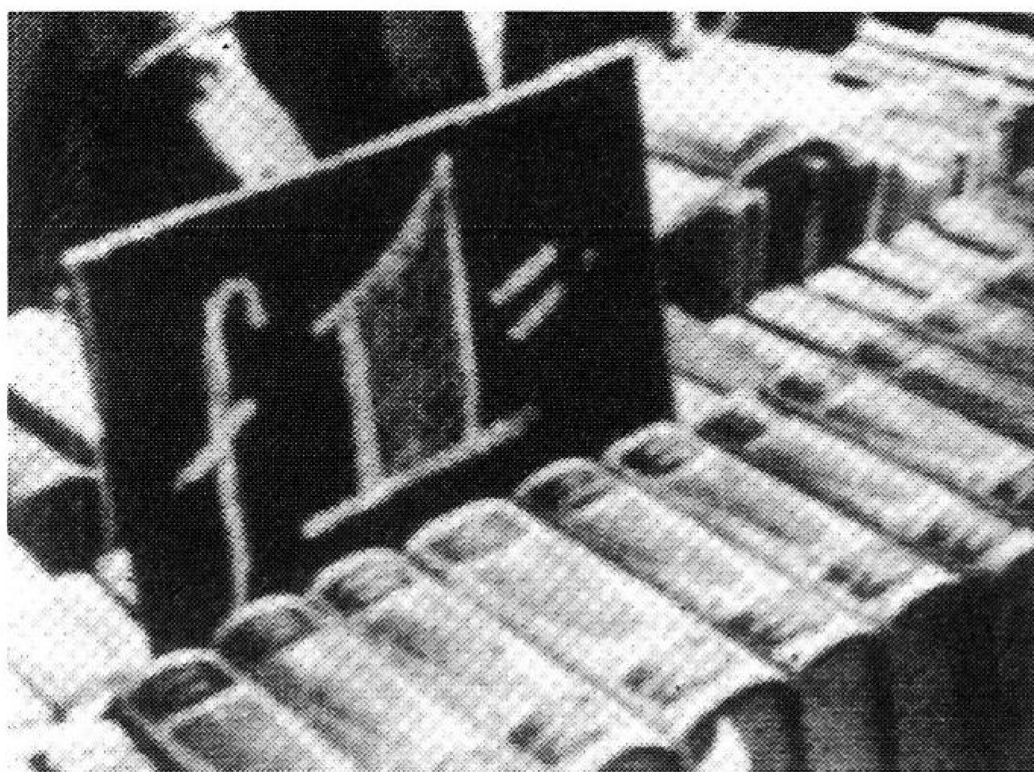
Seid ihr durch Euer Engagement schon einmal Ziel staatlicher Repression geworden? Wenn ja, wie sah diese aus, und wie geht ihr damit um?

Irgendwann kam mal jemand herein, wedelte mit einer Blechmarke herum und meinte, daß jetzt keiner mehr den Raum verlassen solle. Ihm folgten allerlei Herren und Damen in grün (und zwei Hunde – braun/schwarz) und durchsuchten alle und alles. Ja, das war dann unsere erste Drogenrazzia (in Jena und überhaupt in Thüringen). Zu Beschlagnahmen gab es nicht viel. Aber darum ging es wohl auch gar nicht. Ein Beispiel – vielleicht das spektakulärste bisher – zu den Versuchen offizieller Stellen, unsere Arbeit und damit das politische Engagement zu diskreditieren und so in eine nicht ernstzunehmende Kriminellenecke zu stellen. Das übliche Spiel, wenn Argumente nicht mehr reichen. In der Regel reagieren wir auf solche Versuche sehr offensiv und versuchen sie mit Phantasie und Witz – und harter Arbeit auch – zurückzuschießen.

Danke für das Gespräch. ■

Anmerkung der Redaktion:
Wie wir erfahren haben, wurde am Abend des 3. Oktober auf dem Gelände der JG ein Transparent mit der Aufschrift: »*Lieber tot als rot – Thüringer Heimatschutz*« angebracht. Das Transparent wurde sehr schnell entdeckt und entfernt. Es ist allerdings zu befürchten, daß diese Provokation der Nazis ein Anzeichen dafür ist, daß sie sich nicht mehr nur auf Jena-Lobeda beschränken sondern ihren Terror auch auf die Innenstadt ausweiten.

Das Interview wurde geführt mit VertreterInnen der Infogruppe der Jungen Gemeinde Jena-Stadtmitte.



Bücher, Broschüren, Zeitungen, Filme

Kater, Michael H.: Das »Ahnenerbe« der SS 1935-1945. Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reiches. 2., um ein ausführliches Nachwort ergänzte Auflage. R. Oldenbourg, München 1997, 529 S., DM 128,-.
Hachmeister, Lutz: Der Gegnerforscher. Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six. C.H. Beck, München 1998, 414 S., DM 58,-.
Gutberger, Jörg: Volk, Raum und Sozialstruktur. Sozialstruktur- und Sozialraumforschung im »Dritten Reich«. Lit-Vlg., Münster 1996, 602 S., DM 58,80.

Seit die SS Mitte der 30er Jahre ihre Macht gefestigt hatte, drang sie in weite Gebiete der Gesellschaft und Politik ein. Zu einem Interessengebiet wurde auch die Wissenschaftspolitik. Der »Reichsführer-SS« Heinrich Himmler war besonders an germanischer Vorgeschichte interessiert und baute zu diesem Zweck die Stiftung »Ahnenerbe« auf. Diese Stiftung bewegte sich in einer eigentümlichen Mischung aus Wissenschaftlichkeit, kruder Germanenromantik und rassistischer Ideologieproduktion, die bis hin zur Fälschung reichte. Die Vorgeschichtsforschung des Ahnenerbe ist wichtig zum Verständnis jener Ideologie, die bis heute in Teilen des Neonazi-Spektrums gepflegt wird. Pseudoreligiöse Sinnstiftung durch den Blick auf die angebliche Götterwelt der Germanen, wie sie von den seit 1937 im Ahnenerbe versammelten Kräften vor 1933, im NS und auch wieder nach 1945 betrieben wurde, motiviert viele jüngere Nazis in der Gegenwart. Über das Ahnenerbe erschien bereits 1974 das Standardwerk von Michael H. Kater. Dieses Buch war in den letzten Jahren ausgesprochen schwer zu beschaffen, auch in größeren Bibliotheken geklaut oder ständig ausgeliehen. Nun legt der Verlag Oldenbourg eine Neuauflage vor.

Kater konnte seinerzeit nachweisen, daß die Stiftung keineswegs die schrulligen Spinnereien des »Reichsführers« allein bediente und bei harmlosen Gräbereien und Fälschungen stehenblieb. Schon vor Kriegsbeginn wurde das Ahnenerbe von der SS, bei der es als Amt fungierte, zu Kontroll- und Repressionszwecken im Wissenschaftsbereich eingesetzt – es erfüllte, wie Kater schreibt, »kulturpolitische Polizeifunktionen«. Insbesondere im Krieg weitete es seine Aufgaben aus. Rassen- und Rüstungsforschung wurden beim Ahnenerbe nicht zuletzt mit brutalen Menschenversuchen in Konzentrationslagern betrieben. Schließlich geriet das Amt nach Katers Darstellung in eine innere Krise. Der zweiten Auflage, die neuere Forschungen nicht berücksichtigt, fügt der Verfasser ein sechsseitiges Nachwort bei, in dem er auch Selbstkritisches anmerkt. So scheint er sich in zahlreichen Gesprächen mit Beteiligten etwas zu weit auf deren Selbstdarstellung eingelassen zu haben. Vor diesem Hintergrund muß das Buch sicher auch kritisch gelesen werden. Daß der Verlag es jetzt neu aufgelegt hat und damit zumindest in Büchereien wieder zugänglich macht, ist eine erfreuliche Entscheidung. Germanisch-heidnische Orientierungen im rechtsextremen Lager können damit zwar nur in Ausschnitten besser verständlich gemacht werden. Daß es sich dabei aber nicht bloß um harmlose Kindereien handelt, zeigt die Geschichte des Ahnenerbe.

In Verbindung mit dem Ahnenerbe wirkte in den späten 30ern nicht zuletzt auch der einflußreiche Amtschef im SS-Sicherheitsdienst (SD), Franz Alfred Six. In Lutz Hachmeisters nun vorgelegter biographischer Studie über den »Gegnerforscher« finden wir davon, wie von einigen anderen Tätigkeitsfeldern des »SS-Professors«, wenig. Insgesamt ist dieses seltsam unkonzentrierte und oberflächliche Buch eine große Enttäuschung. Zwar fördert der Autor, bis 1995 Leiter des Adolf-Grimme-Instituts in Marl und renommierter »Medienbeobachter«, zahlreiche interessante Einzelaspekte über die Tätigkeit des von Six geleiteten SD-Amtes für »Weltanschauliche Forschung« zutage. Gerade die rabiaten Säuberungs- und Vereinnahmungsaktivitäten im Wissenschafts- und Kulturbereich, für die der drittklassige Wissenschaftler mit dem außerordentlichen Organisationstalent von Himmler und Heydrich immer wieder eingesetzt wurde, werden in der Darstellung zu wenig berücksichtigt. Ein roter Faden läßt sich in dem Buch nicht finden, immer wieder schweift Hachmeister ab. Damit liefert er, allerdings verstreut, immerhin zahlreiches Material über einzelne Mitarbeiter von Six, die auch nach 1945 zum Teil eine Rolle spielten. Für die Geschichte des bundesrepublikanischen Rechtsextremismus ist beispielsweise der Soziologe Karl Heinz Pfeffer von Interesse, der mit Six im Krieg wissenschaftlich zusammenarbeitete. In der Restaurationsphase der 50er gab er im Vowinckel-Verlag (der inzwischen in der Verlagsgemeinschaft Berg aufgegangen ist) die »Zeitschrift für Geopolitik« heraus.

Six eigene Nachkriegskarriere bleibt dagegen weitgehend im Dunkeln. Nach wie vor ungeklärt ist die Frage, ob der Geheimdienstmann später für Gehlens BND arbeitete – wie dies in der DDR immer wieder behauptet wurde. Hachmeister folgt hier der Darstellung des BND selbst, die allerdings wenig aussagekräftig ist, und hält eine solche Tätigkeit für unwahrscheinlich. Auch die Rolle, die Six im Anwaltsbüro des berüchtigten FDP-Abgeordneten Ernst Achenbach spielte, bleibt ungeklärt, Hachmeister hält sie für wenig bedeutend. Das Büro und die dort von Werner Best organisierte Amnestiekampagne ist ein wichtiger Aspekt in der Frühgeschichte der bundesrepublikanischen extremen Rechten und wird vom AIB demnächst ausführlicher dargestellt.

Das zweifellos interessanteste Kapitel des Buches – und hier schwingt sich Hachmeister tatsächlich zu Hochleistungen auf – ist ein Exkurs über die Frühgeschichte des Spiegel. Rassistische Beiträge im Magazin und nationalistische Ausfälle des Gründers und Herausgebers Rudolf Augstein in den 90ern werden vielleicht verständlicher, wenn man nun weiß, daß er von Beginn an mehrere ehemalige SD-Mitarbeiter beschäftigte, die immer wieder mit »Hintergrundberichten« über die Nazizeit und aus dem Bereich der Geheimdienste aufwarteten. F.A.Six rechte Hand, Horst Mahnke, wechselte allerdings von der Ressortleitung »Internationales« später zu einer einflußreichen Position im Springerimperium, ebenfalls ein würdiges Aufgabenfeld für einen Nazi-Geheimdienstler. Wie der Rezensent der Süddeutschen Zeitung bemerkt, wagt sich Hachmeister mit der Untersuchung des Spiegel an »eine der letzten Tabuzonen bei der Untersuchung brauner Kontinuität«.

Vor allem wegen solcher Kontinuitäten sei hier auch noch ein weiteres Buch zur NS-Wissenschaftspolitik erwähnt. Jörg Gutbergers Arbeit zur soziologischen Raumforschung ist wohl eher für Fachpublikum interessant, zumal es mit den beiden anderen Büchern den hohen Preis teilt und damit für unsere LeserInnen kaum erschwinglich sein wird. Aber in einem über fünfzigseitigen biographischen Anhang liefert es Daten über zahlreiche deutsche Sozialforscher, die ihre Karriere im Rahmen der nationalsozialistischen »scientific community« fortsetzten oder begannen, und die in der Regel nach 1945 weiter wirkten. Da einige von ihnen rechte Orientierungen weiter öffentlich pflegten, andere sehr wichtig in der bundesrepublikanischen Wissenschaft oder gar Politik wurden, macht dieser Anhang – und die ausgedehnte Bibliographie – Gutbergers Buch zu einem wichtigen Nachschlagewerk, auf das wir im Bereich antifaschistischer Recherche ausdrücklich aufmerksam machen wollen.

Grufties gegen rechts: Die Geister, die ich rief... Selbstverlag, Bremen 1998, 16 S.

In den letzten Jahren hat es wiederholt Versuche von rechts gegeben, Verbindungen zur Dark Wave/Gothic-Szene zu knüpfen. Beispiele für diese Anknüpfungsversuche sind die Verbindungen zwischen der rechts-intellektuellen Jungen Freiheit und der Szene-Musikzeitschrift Zillo 1996, bzw. die Neuerscheinungsanzeige für den »Leni Riefenstahl-Sampler« in der Zillo vom Dezember '96/Januar '97. Auf diesem Sampler sind viele Bands vertreten, die dafür bekannt sind, rassistische Ideologien und neurechtes Gedankengut in ihren Texten zu propagieren. Ein anderes Beispiel ist die Dresdner Zeitschrift Sigill, die sich als *»Magazin für die konservative Kulturavantgarde Europas«* (Untertitel) für die rechte Dark Wave-Szene versteht und mit ihrem Musikteil versucht, das ganze Spektrum der Szene zu erreichen. Gern wird der ideologische Hintergrund unter einer neuheidnisch-mystischen Oberfläche verborgen, was in einer so facettenreichen Szene oft nicht schwer ist.

Diesem Trend stellen sich ganz bewußt einige VertreterInnen der Dark Wave/Gothic-Szene mit einer kleinen neuen Publikation entgegen. In ihrem Heft setzen sie sich direkt mit der Tatsache auseinander, *»daß sich auch in Teilen der Dark Wave/Gothic-Szene seit einiger Zeit rechtsextreme, nationalistische und neofaschistische Tendenzen breit machen«*. Die AutorInnen kommen selbst aus dieser Szene und deren Musikspektrum. Im Heft werden verschiedene Beispiele angeführt und auch die Hintergründe und Zusammenhänge erläutert, wie zum Beispiel die oben angedeuteten Vorfälle.

Diese Publikation ist ein weiterer, nötiger Versuch, neben den verschiedenen »Erklärungen gegen Rassismus und Neonazismus«, die von einigen Bands aus der Szene in den letzten Jahren verfaßt und unterschrieben wurden, der Etablierung rechten Gedankenguts in der Dark Wave/Gothic-Szene entgegenzutreten. Außerdem wird mit dem Heft gewährleistet, daß die Hintergründe rechter Gothic-Bands und deren Veröffentlichungen über die Szene hinaus bekannt werden.

Bestellen kann man das Heft bei: Grufties gegen rechts/Music For A New Society, c/o St. Pauli-Str. 10/12, 28203 Bremen oder bei feb@uni-bremen.de.

Frauenzeitschriften im nationalsozialistischen und rechtsextremen Spektrum und ihr Frauenbild

Kampfgefährtinnen und Mütter

Häufig finden Frauen keine Erwähnung, wenn es um Rechtsextremismus in der Bundesrepublik geht. Dabei sind sie nicht nur Randfiguren, sondern wichtiger Teil rechter Ideologien und Organisationen. Sie lassen sich nicht auf ein Klischee »der« rechten Frau reduzieren. Einige präsentieren sich als Renee oder Skingirl der Öffentlichkeit, anderen sieht man ihre rechte Einstellung äußerlich nicht an. Teilweise vertreten sie sehr traditionelle Vorstellungen vom »Frau-Sein«. Aber die Annahme, rechtsextreme Frauen strebten alle die Hausfrauen- und Mutterrolle an, ist falsch. Vielmehr vertreten heute rechte Frauen in ihrem Lebensalltag und ihren politischen Aktivitäten auch antisexistische Meinungen und begeben sich damit teilweise in Widersprüche. Anhand rechter Frauenzeitschriften von der Zeit des Nationalsozialismus bis heute läßt sich nachvollziehen, wie die Rolle von Frauen in rechten Frauenkreisen diskutiert wird. Eine derartige Analyse ist wichtig, um die eigenen feministischen Konzeptionen zu überprüfen.

Ausgehend von der Diskussion um Frauen als Täterinnen im Nationalsozialismus, die in den 80er Jahren begann, entwickelten feministische Rechtsextremismusforscherinnen Erklärungsansätze, warum Frauen sich in rechte Strukturen begeben. Frauen werden in rechten Parteiprogrammen auf ein Hausfrauen- und Mutterdasein reduziert, was eigentlich der Selbstbestimmung von Frauen widersprechen müßte.

Trotzdem sprechen diese Parteien auch Frauen an (beispielsweise sind ein Drittel der Rep-WählerInnen Frauen), sie sind Sympathisantinnen, Kämpferinnen auf der Straße, aktive Ideologinnen. Da die Lebensrealitäten von Frauen in rechten Kreisen sehr vielfältig sind, kann vermutet werden, daß das programmatische Frauenbild nicht so entscheidend ist. Hauptsächlich scheinen sich rechte Frauen über Auffassungen von Volk, Nation und »Rasse« zu identifizieren. Vielleicht machen gerade die vielfältig lebbaren Frauenbilder rechte Gruppierungen für Frauen attraktiv. Die Frage, ob nun die Frauenbilder oder nationalistische Auffassungen Motive von Frauen sind, sich rechtsextremen Ideologien zuzuwenden, ist bisher nicht vollständig beantwortet. Auf jeden Fall wird in rechten Frauenkreisen über die gesellschaftliche Rolle von Frauen diskutiert.

Interessant ist dabei, welche Lebensentwürfe gezeichnet werden, wie diese begründet und mit nationalistischen Meinungen verknüpft werden, wie und wodurch sich Diskussionen im Laufe der Zeit veränderten.

Rechtes Frauenbild während der NS-Zeit

Während der Zeit des Nationalsozialismus ging die Anzahl der Frauenzeitschriften von 235 (1933) auf 43 (1944) zurück. Die meisten Zeitschriften können als nationalsozialistisch eingeordnet werden, da sie alle entsprechende Ideologien verbreiteten, um überhaupt vor der NSDAP-Zensur bestehen zu können. Die Mehrheit war auf die Themen Haushalt, Familie, Mode, Handarbeiten und nationalsozialistische Propaganda spezialisiert.



In der Wiking-Jugend gehörte trotz nationalsozialistischem Frauenbild die paramilitärische Ausbildung für Frauen und Mädchen mit zum Programm.

Eine von ihnen war die NS-Frauenwarte. Sie erschien von 1932 bis 1945 mit einer Auflage von schätzungsweise mehr als 1,5 Millionen Exemplaren. Dadurch, daß sie der NSDAP unterstand und von der Frauenschaftsleiterin Elsbeth Zander, später Lydia Gottschewski, herausgegeben wurde, hatte sie großen Einfluß. Die NS-Frauenwarte hatte als Zielsetzung, ihre Leserinnen auf die von der Partei vorgeschriebene Frauenrolle einzuschwören und versuchte, Frauen aus allen Bevölkerungsschichten anzusprechen. Sie glorifizierte die Mutterschaft vor dem Hintergrund der »Rassenlehre«. Persönliche Bedürfnisse hätten hinter dem Wohl des »Volksganzen« zurückzustehen. Als Aufgabe der Frau wurde zusammengefaßt: *»Frau sein heißt, dasein für andere«*.

Eine andere Richtung schlug die ab 1933 von Pia Sophie Rogge-Börner – in der einschlägigen Literatur häufig als »National-Feministin« bezeichnet – herausgegebene Zeitschrift Die deutsche Kämpferin ein. Sie hatte vor allem drei Themenschwerpunkte: Offen fremdenfeindlichen Nationalismus, Rassismus, hauptsächlich in Form von Antisemitismus und elitärem »Feminismus«. Aus der Zugehörigkeit von Mann und Frau zur gleichen »Rasse« leitete Rogge-Börner eine gleichberechtigte Position der Frau ab. Sie widersprach damit der nationalsozialistischen Polarisierung männlich/weiblich und verweigerte sich dem Mutterkult. Sie forderte, *»daß an den höchsten, den führenden Stellen in allen Ministerien und Behörden Männer und Frauen in gleicher Verantwortung stehen müssen«* – allerdings innerhalb ihres rassistischen und antisemitischen Weltbildes. Dementsprechend galten ihre Forderungen nur für »nordische« Frauen.

Rogge-Börner machte »orientalische und jüdische Einflüsse« verantwortlich für den Einzug und die Durchsetzung des Patriarchats. Obwohl die Zeitschrift Die deutsche Kämpferin in vielen Punkten mit der nationalsozialistischen Ideologie übereinstimmte, wurde sie 1937 aufgrund ihres Frauenbildes verboten.

Rechte Frauenzeitschriften nach 1945

1954 veröffentlichte die Zeitschrift Nation (und) Europa, deren erste Ausgabe 1950 erschien[1], einmalig eine Frauenbeilage mit dem Titel *»Die Frau in unserer Zeit«*. Die Frau wird darin als starkes Wesen dargestellt, das sich während des Krieges »bewährte«. Die AutorInnen kritisieren, daß nach der Rückkehr vieler Männer, also dem Ende der »Notzeit«, die Frauen oft nicht mehr bereit waren, von ihnen inzwischen eingenommene Stellungen zu verlassen, sondern viele berufstätig blieben und sich so ihrer »natürlichen Bestimmung« entfremdeten.

In den 70er Jahren gab es nach bisherigen Erkenntnissen nur eine einzige rechte Frauenzeitschrift mit dem Titel Bauge und dem Untertitel »*Mädelbrief der Wiking-Jugend*«. Sie war ein Mitteilungsmedium für die weiblichen Mitglieder der Wiking Jugend (WJ). Vermutlich traten nach dem Verbot des Bund Deutscher Mädel (BDM) 1945 viele ehemalige Mitglieder in den Mädelbund der WJ ein.

In den vorliegenden Ausgaben der Bauge von 1975 stehen vor allem Informationen über »*germanisch-heidnisches Brauchtum*« und Vertriebenenpropaganda im Vordergrund. Außerdem gibt es Berichte von sogenannten Sommer- und Ausbildungslagern der WJ und dem Mädelbund, Hinweise für nationalistische und geschichtsrevisionistische Veranstaltungen, Lieder und Bastelanleitungen.



Die Frauenbilder der Renees sind sehr unterschiedlich. Ein Teil von ihnen akzeptiert ihre Rolle als reines Sexualobjekt in der extrem sexistischen Naziskin-Szene, andere hingegen versuchen dem entgegenzuwirken, geben eigene Zines heraus, verfügen über viele Kontakte und gelten als verläßliche Kontaktpersonen.

Artikel, in denen es explizit um die Rolle von Frauen geht, sind in den vorliegenden Ausgaben nicht enthalten. Aussagen über Mädchen- und Frauenbilder verstecken sich eher in Artikeln wie zum Beispiel »*Deutschen Kindern deutsche Namen*«, in dem Abdruck von Backrezepten oder kommen subtil in Erlebnisberichten vor: »*Am Mittwochabend lernten wir schießen und legten die Feuerstellenprüfung ab. [...] Im Lagerbus fuhren 16 Mädel [...] zum Jungenlager, wo wir aßen und das Küchenzelt schrubben durften.*«

In Anlehnung an die Entwicklung der militanten Neonaziszene in der BRD erschienen dann in den 80er Jahren zwei rechte Frauenzeitschriften: Die DFF informiert, aus der später die Kampfgefährtin wurde, und der Mädelbrief.

Die von Ursula Worch herausgegebene Zeitschrift Die DFF informiert war das erste Mitteilungsmedium der Deutschen Frauenfront (DFF), einer Untergruppe der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF). Sie erschien erstmalig 1984 als Frauenseite der GdNF-Zeitschrift Die Neue Front. Es kam ziemlich schnell zu Auseinandersetzungen zwischen der DFF und der GdNF um die Eigenständigkeit der Arbeit der DFF-Frauen, um die Beteiligung von Frauen an militanten Aktionen und um die Haltung zur Homosexualität Michael Kühnens. Aufgrund der Streitigkeiten entwickelte sich die Die DFF informiert 1985 zur eigenständigen Frauenzeitschrift. Nachdem die DFF sich Anfang 1986 als selbständige Frauenorganisation bildete, änderte sie den Namen ihres Mitteilungsblatts in Kampfgefährtin. Die Frauen der DFF sahen sich selbst als gleichberechtigte »Kampfgefährtinnen« der nationalsozialistischen Ideologie und wehrten sich durch ihre Organisierung als eigenständige Frauengruppe zum Teil auch gegen Sexismus innerhalb der Neonaziszene: »*Wir sind selbständige Frauen und Mädchen, und wir wollen unseren Weg selbst bestimmen. Wir unterordnen uns allein der völkischen Sache und den sich daraus ergebenen Notwendigkeiten.*«

Die Kampfgefährtin beschäftigte sich in Grundsatzartikeln mit ideologischen Fragen, Aktivitäten von DFF-Mitgliedern in ihren sogenannten »Gauen«, historischen Rückblicken auf weibliche Vorbilder der NS-Zeit und Themen wie Abtreibung, Vergewaltigung und der Rolle der Frau in der Gesellschaft. Fazit der Neonazifrauen: Der Leserin, ob »*dienende Mutter*« oder »*kämpferische Heldin*«, stünde alles offen, solange es »*im Dienste der deutschen Sache*« sei. Es gibt kein einheitlich propagiertes Frauenbild, vielmehr bietet die Vielfalt der Weiblichkeitsbilder Möglichkeiten für viele Frauen, sich damit zu identifizieren. Andererseits produzierte diese Vielfalt auch Widersprüchlichkeiten innerhalb der DFF. Die Streitigkeiten spitzten sich in der Debatte um die Homosexualität Kühnens zu. Wahrscheinlich liegt darin ein Grund für das Ende der Kampfgefährtin 1988/89. In Folge der »Schwulendebatte« spaltete sich 1987 die FAP-Frauenschaft von der DFF ab und verfaßte von nun an ihre eigene Zeitschrift Mädelbrief, die von Sabine Wasilewski herausgegeben wurde. Der Mädelbrief hielt am Frauenbild nationalsozialistischer Prägung fest und positionierte sich eindeutig schwulenfeindlich. Dazu kamen völkisch-rassistische NS-Positionen, innerhalb derer Mutterschaft als zentrale Bestimmung der Frau propagiert wurde: »*Wir fordern die Rückbesinnung auf germanische Kultur, damit gerade Frauen ihren mütterlichen Stolz, ihre körperlich-geistige Sittlichkeit und ihren einstmals hohen Rang im Volke wiederfinden.*« Dazu kamen die üblichen Heirats- und Geburtsanzeigen, Aktionsberichte, geschichtliche Rückblicke, NS-Gedichte, antisemitische und rassistische Grundsatzartikel etc.

Der Mädelbrief erschien bis kurz vor der offiziellen Auflösung der FAP-Frauenschaft im Frühjahr 1990. Im folgenden Jahr gab Dajana Riefling den Mädelbrief als überparteiliche Zeitschrift heraus und gestaltete ihn zu einem Skingirl-Zine in jugendlicher Aufmachung um. Die Leserinnen fanden von nun an vor allem Konzertberichte von rechten Bands, Bandinterviews, Aktionsberichte, Fotos von Renees und Skins und Kontaktanzeigen. In Artikeln über »Germanentum« wurden nationalsozialistische Ideologie und Antisemitismus transportiert. Ein explizit propagiertes Frauenbild tauchte nur in wenigen Artikeln auf. Darin wird mit Bezug auf die »*GermanInnen*« biologistisch argumentiert, daß Frauen sich aufgrund der Natur grundsätzlich von Männern unterscheiden würden und deshalb gleichwertig, aber nicht gleichartig seien. Andererseits zeichnete der Mädelbrief in Skingirl-Comics und Bildern ein anderes Weiblichkeitsbild, in dem Frauen als Kämpferinnen glorifiziert werden. Die letzte vorliegende Ausgabe des Mädelbrief ist von 1991.

In den 90er Jahren erschienen neben dem Mädelbrief mehrere rechte Frauenzeitschriften: Midgard, die heutige Walküre, Victory und die Internetseite Storchennest. Die Zeitschrift Midgard erschien erstmalig 1991 und wurde zunächst von Ines Krause als Mitteilungsorgan der eigenständigen Neonazifrauengruppe Skingirl Freundeskreis Deutschland (SFD) herausgegeben. Anfangs hatte der SFD etwa 11 Mitglieder, mittlerweile kann von etwa 50 Aktivistinnen ausgegangen werden. Anfang

1993 wurde die Midgard von STEVIE BERISHA übernommen und einige Monate später in WALKÜRE umbenannt. Unter diesem Titel erscheint sie auch momentan und wird bundesweit nur an Mitglieder verschickt. Um aufgenommen zu werden, müssen die Bewerberinnen Kontakt zu sogenannten »Bezugspersonen« (BP) aufnehmen und sich in der Midgard/Walküre ausführlich schriftlich und mit Foto vorstellen.

Die Midgard/Walküre enthält sowohl typische Skingirl-Zine Informationen, als auch Artikel über »Germanentum«, »deutsches Brauchtum«, nationalsozialistische Vorbilder, Berichte von befreundeten Neonaziorganisationen wie der HNG, NS-Gedichte, Heirats- und Geburtsanzeigen, Buchtips etc. Es ist auffällig, daß nach der Umbenennung des SFD-Organs in Walküre und insbesondere in den neueren Ausgaben Frauen verstärkt für politische Aktivitäten, wie beispielsweise NPD-Aufmärsche gegen die Wehrmachtsausstellung oder über Veranstaltungen wie im Nazi-Zentrum Hetendorf, informiert werden. Außerdem wird versucht, aktuelle gesellschaftliche Themen vermeintlich wertneutral von rechts zu besetzen.

Viele Artikel berühren inhaltlich das Thema Weiblichkeitsbilder oder handeln explizit von Frauen. Ein einheitliches Frauenbild wird nicht propagiert. Eine Autorin der Walküre formuliert ihre Zielvorstellung von »Frauenarbeit«, indem sie die NS-Reichsfrauenführerin GERTRUD SCHOLTZ-KLINK zitiert: *»Die Frau ist in dem großen politischen Geschehen der Zeit in erster Linie die Kameradin des Mannes. Genauso wie er ist sie verantwortlich für Sein oder Nichtsein ihres Volkes.«* Widersprüchlich dazu schildert sie ihre persönlichen Erfahrungen mit Männern in der rechten Szene, von denen sie sich nicht ernstgenommen fühlt: *»...wo wir wiedermal feststellen mußten, daß die meisten [...] Männer überhaupt nicht wissen, worum es uns politischen Frauen überhaupt geht. Sie wollen uns in eine Schiene drängen, mit der wir überhaupt nichts anfangen können...«* Andere Artikel kritisieren »Emanzen« oder handeln von der »Rolle der Frau bei den Germanen«.

In ihrer Selbstdarstellung schreibt der SFD: *»Ohne Emanzentick, mit genügend Selbstvertrauen sind wir Frauen und die 'bessere Hälfte' unserer Männer. Wir kämpfen für dieses urgermanische Prinzip des gleichwertigen Zusammenlebens von Mann und Frau.«*Dieses Zitat verdeutlicht die Zwiespältigkeit, in der sich die Macherinnen der Walküre bewegen, indem sie sich einerseits als eigenständige Frauengruppe organisieren und andererseits die patriarchale Zuschreibung der »Andersartigkeit« von Frauen akzeptieren und unterstützen. Völlig anders aufgemacht ist das erstmals Anfang 1996 erschienene Skingirl-Zine VICTORY. Es wurde anfangs von den beiden Renees ANNETT WENDEFEUER – liiert mit dem Berliner BLOOD & HONOUR-Sektionsleiter »PINOCCIO« – und MANDY NEFF aus dem Hammerskin-Umfeld herausgegeben. Dann flog Neff aufgrund von Unterschlagungung von Geldbeträgen aus der Redaktion und Wendefeuer vertrieb das Fanszine alleine weiter aus Berlin. Es unterscheidet sich sowohl inhaltlich als auch von der Aufmachung her wenig von anderen Skin-Fanzines. Auf Frauen wird in den Artikeln nicht direkt eingegangen. Sie tauchen aber in einigen rassistischen und sexistischen Comics auf, und weibliche Mitglieder von Skin-Bands werden in Interviews nach ihrer Rolle als Frau befragt. Mit seiner letzten Ausgabe vom Spätsommer diesen Jahres, die nur noch dem Zine BLOOD & HONOUR – DIVISION DEUTSCHLAND beigelegt war, meldete das Victory die Einstellung des Erscheinens aus persönlichen Gründen: Die Herausgeberin erwartet ein zweites Kind.

Seit Anfang 1998 gibt es rechte Frauenbilder auch im Internet: So ist das STORCHENNEST – DIE ERSTE VOLKSTREUE FRAUEN UND FAMILIENSEITE erstmals im Internet aufgetaucht, Kontaktperson ist BIRKA VIBEKE. Es enthält ausführliche Texte, die unter anderem die neurechten Themen *»Wohlstandsverwahrlosung«*, *»Überfremdung«*, *»Wir und die deutsche Zukunft«*, *»volksbewußte Geburtenpolitik«*, *»Gefahr durch Multikultur«* zum Inhalt haben.

Das Storchennest



oben:
Faksimile der Storchennest-Seite im Internet
unten:
Frauen und Mädchen der Wiking-Jugend



Zusammenfassung und Einschätzung

Die Analyse rechter Frauenzeitschriften zeigt, daß die Annahme falsch ist, extrem rechte Frauen strebten alle ein traditionelles Hausfrauen- und Mutterdasein an. Nur die wenigsten sehen darin ein für sie relevantes Lebensmodell. Ihr gemeinsamer Nenner ist ein völkisch-rassistischer Nationalismus. Ansonsten bewegen sie sich in Widersprüchen. Es wird eine Bandbreite von Frauenbildern entworfen, die von der traditionellen Muttervorstellung bis zur gleichberechtigten Straßenaktivistin reicht. Rechte Frauen können Mütter sein, beruftstätig, sich an gewalttätigen Aktionen beteiligen, sich gegen sexistische Anmache wehren, theoretische Diskussionen führen. Dabei greifen sie häufig auf ein »germanisches« Ideal zurück, in dem Frauen glorifiziert werden, und gleichwertig aber nicht gleichartig an der Seite von Männern stehen. Einerseits argumentieren sie in ihrer biologistischen Herangehensweise zum Teil ähnlich wie Vertreterinnen einer Strömung der Frauenbewegung, die »Weiblichkeit« per se als eine natürlich gegebene positive Eigenschaft bewertet. Andererseits grenzen sie sich offensiv von der Frauenbewegung, den sogenannten »Emanzen« ab.■

1) Es gibt unterschiedliche Angaben dazu. Die Ausgabe der NE Heft 1 vom Januar 1954 ist als 4. Jahrgang ausgewiesen.

Literaturhinweise:

- Rommelspacher, Birgit:Dominanzkultur. Berlin 1995
- Siller, Gertrud: Rechtsextremismus bei Frauen. Opladen 1997.
- Birsl, Ursula: Rechtsextremismus:weiblich - männlich? Opladen 1994.
- Bitzan, Renate (Hg.): Rechte Frauen. Berlin 1997.

Liebe Leserinnen und Leser, eine Gruppe »Germany is Our Problem« bat uns, die folgenden kritischen Betrachtungen aus anti-deutscher Perspektive, die sicher in vielem nicht der Redaktions-Position entsprechen, zu veröffentlichen. Da wir den Beitrag für eine gute Diskussionsgrundlage zu diesem kontroversen Thema halten, drucken wir ihn ungekürzt und ohne redaktionelle Veränderungen ab. Der Forderung, die Linke solle an internationalen emanzipatorischen Diskursen partizipieren (also: teilnehmen), können wir uns nur anschließen.

die Redaktion

Antifa heißt erstmal gar nichts

Über Antifa wird derzeit viel geschrieben. Nicht verwunderlich, sind doch die FaschistInnen[1] derzeit im Aufwind. Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt hat sich ausdrucksvoll ihr Potential unter Beweis gestellt. Und in den fünf neuen Bundesländern wird ihnen oft eine »subkulturelle Hegemonie unter Jugendlichen« bescheinigt. Was aber ist eigentlich Antifa?

Antifa ist erstmal nicht mehr als ein Anti-Begriff, der von verschiedenen Gruppen ganz unterschiedlich interpretiert wird. Für eine gewisse bundesweite Organisation ist er mobilisierendes Element eines sonst eher K-Gruppen-ähnlichen Politikverständnisses; für andere bedeutet er Recherche, verfassungsschutzähnliche Faktensammlung und möglichst jede/n Fa in jeder Lebenslage abzulichten, für wieder andere ist er der kleinste gemeinsame Nenner in Sachen Bündnispolitik – Hauptsache gegen Nazis halt. Die Vielfalt zeigt: Antifa ist beliebig füllbar. Nur einen Aspekt enthält er selten, nämlich eine gesellschaftliche Analyse. Darin besteht ein entscheidender Unterschied zu anderen Antis: Anti-Rassismus und Anti-Patriarchat ließen sich zwar auch als reine Worthülsen gebrauchen (und werden leider auch oft in dieser Form genutzt), zweifellos gibt es aber weit mehr Antiragruppen und FrauenLesben-Zusammenhänge[2], die sich mit den Begriffen Rassismus und Patriarchat auseinandersetzen, als Antifas, die ein fundiertes Faschismusverständnis haben. Dieses Phänomen ließe sich als AntifaschistInnen ohne Antifaschismus beschreiben. Einfach gegen Nazis sein reicht eben, einen inhaltlichen oder gar theoretischen Diskurs gibt es in der Antifa-Bewegung entsprechend nicht. Stattdessen gilt: »Antifa heißt Angriff«, also militante Praxis, Gelaber stört nur. Daher kann nicht verwundern, daß die Antifa hauptsächlich eine Männerdomäne ist und schon immer war.[3]

Die wenigen Ansätze theoretischer Art lassen sich schnell zusammenfassen: Ein plakativ-dimitroffsches »Hinter dem Faschismus steht das Kapital« auf der einen Seite, während auf der anderen Seite die FaschistInnen zu Geistern werden, die staatlicherseits gerufen wurden, jetzt aber nicht mehr loszubekommen sind. Beide Interpretationsmuster haben eines gemeinsam: Sie abstrahieren von den Fa-AkteurInnen auf diffuse Termini wie **das** Kapital oder **den** Staat. Mit gesellschaftlicher Analyse hat das nichts zu tun, nur mit dem Aufwärmen alter Konzeptionen. Einerseits der KP-Tradition, die am liebsten alles nebenwiderspruchsfrei auf die Klassenkonstellation im bürgerlichen Kapitalismus zurückführen möchte und damit auch die Shoa als Folge ökonomischer Interessen interpretieren muß, andererseits jene Tendenz, die sich selbst als »Antiimperialismus« bezeichnet hat. In dieser Konzeption werden FaschistInnen zu Marionetten eines das Böse verkörpernden Staatsapparates, dessen Widerpart angeblich die Gesellschaft darstellt. Die Lösung des Problems wird folglich in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis gegen Nazis gesehen, in der vagen Hoffnung, davon ausgehend auch den »Strategen der Inneren Sicherheit« – der Verkörperung des Staates – den Garaus machen zu können.

Dabei wird vor allem eines übersehen: Daß die FaschistInnen erstmal gewöhnliche Deutsche sind. Als solche sind sie Ausdruck des gesellschaftlichen Klimas und nur Spitze des Eisbergs. Leute, die augenscheinlich nicht in die »rassischen« Schemata des »Deutschseins« passen, erfahren tagtäglich, was das bedeutet. Sie werden angestarrt oder mißachtet, verbal oder physisch angegriffen, ihr Recht auf Leben wird von einem Großteil der deutschen Gesellschaft negiert. Dies ist nur bedingt eine neue Entwicklung. Schon in den siebziger und achtziger Jahren ließ sich in den Medien und an den Stammtischen die Dominanz eines rassistisch-determinierten Diskurses feststellen, der sich aber erst ab 1989 zugunsten rechter oder gar nationalsozialistischer Parteien manifestierte. Deren Wahlpotential fühlte sich damals noch von anderen Volksvertretern bestens repräsentiert. Wie vielfältig der rassistische Mob ist, zeigt eine Betrachtung der Erststimmenvoten der DVU-WählerInnen in Sachsen-Anhalt: 23 % PDS, 22 % SPD, 20 % CDU, 9 % FDP, 3 % Bündnis 90/Grüne.

Geleugnet werden soll hier aber nicht, daß es qualitative Veränderungen gibt: Momentan gebärdet sich der Mob wesentlich selbstbewußter, bedingt durch den nationalistisch-chauvinistischen Aufschwung mit der sogenannten »Wende«. Bezeichnenderweise wirkt das neu entflammte großdeutsche Selbstbewußtsein zugleich potenzierend auf eine antifeministische Grundtendenz zurück, ohne natürlich dafür verursachend zu sein.

Die aktuelle Entwicklung als Ergebnis eines von Medien oder einem nicht weiter bestimmten Staatsgebilde angestimmten Diskurses zu sehen, ist in unseren Augen falsch. Wer von FaschistInnen in Deutschland oder von Nationalsozialismus spricht, sollte von Deutschland selbst nicht schweigen. Historisch zeichnet sich dieses Land durch einen

Sonderweg aus: Eine bürgerliche Revolution hat es auf deutschem Boden nie gegeben, das bürgerlich-kapitalistische Wirtschaftssystem hielt nur durch einen feudal-aristokratisch geprägten autoritären Etatismus auf den Pickelhauben des preußischen Militarismus Einzug. Entsprechend formierte die deutsche Nation sich nicht als bürgerlich-modern aufgeklärtes, sondern als antimodernistisch-ständisches rassistisch-exklusives Moment. Ein gewisser bärtiger Patriarch mit Namen Karl Marx analysierte das seinerzeit zwar richtig, folgerte daraus aber, daß in Deutschland eine proletarische Revolution erfolgen müsse, ohne ihr bürgerliches Pendant abzuwarten. In den vergangenen 130 Jahren hat sich an Deutschlands Gesellschaft wenig geändert. Wie die Sozialdemokratie 1918 die bürgerliche Revolution von oben durchzudrücken versuchte (die KPD spielte ja nicht mit, weil sie getreu Marx gleich zur Diktatur des Proletariats übergehen wollte), favorisierten auch die Westallierten nach 1945 einen etatistischen Ansatz mit ökonomischer Unterstützung zur Zivilisierung Deutschlands, während in der DDR ein wahrhaft preußischer Sozialismus etabliert wurde. Somit findet



sich in Deutschland keine bürgerliche Gesellschaft im eigentlichen Sinne: Der Nationenbegriff ist rassistisch-exklusiv determiniert, Antikapitalismus in der Regel antimodernistisch statt modernistisch begründet (worin sicher auch die Ursache für die »Revolutionsromantik« deutscher Antiimps und teilweise der Autonomen zu suchen ist) und der Glaube an staatliche Regulierung im sozialen Bereich ist tief verwurzelt. Für einen bündnispolitischen Ansatz auf der Grundlage eines vermeintlichen gemeinsamen Nenners Humanismus fehlt damit in Deutschland jegliche Substanz.[4] Natürlich ist linke Bündnispolitik zunächst nur taktisch und keineswegs inhaltlich begründet. Gerade deshalb halten wir aber eine breitgefächerte Bündnispolitik für gefährlich – sich mit ganz gewöhnlichen deutschen RassistInnen gegen die Nazis zu formieren ist mehr als zweifelhaft. Ein Teil jener vermeintlich antifaschistischen Bündnisse, die in München, Passau und Leipzig auf die Straße gingen, würden sich wohl ohne weiteres auch gegen eine geplante Unterbringung von MigrantInnen mobilisieren lassen, weil es ihnen in erster Linie um die Verteidigung »ihres Ortes«, ihrer feudalistisch-ständischen Vorstellung von Lebenswelt, geht. Bündnisse sollten entsprechend nicht primär gegen die NPD oder sonst eine rechte Gruppierung abzielen, sondern sich gegen den rassistischen deutschen Normalzustand formieren. Antifaschismus in Deutschland müßte damit vor allem Kampf dem Deutschtum, Kampf den gegenwärtigen deutschen Zuständen bedeuten. Nicht etwa den Versuch, mit der Gesellschaft zusammen ein paar Stiefelnazis zu marginalisieren und gleichzeitig den rassistischen Konsens in diesem Land unangetastet zu lassen. Andererseits aber auch nicht das exklusiv-rassistische Deutschtum ähnlich wie die Dominanz patriarchaler Herrschaftsmechanismen auf einen »Nebenwiderspruch« in der Geschichte der Klassengesellschaften zu reduzieren, der mit der proletarischen Revolution schon irgendwann obsolet werden würde.



Mit einem solchen Verständnis von der deutschen Gesellschaft wird »der Antifaschismus« keineswegs seiner politischen Grundlage beraubt. Obwohl es natürlich zweifellos die verkrampfte Suche nach einem breiten »humanistisch-antifaschistischen« Bündnis in Deutschland zu einem illusionären Wunschdenken degradiert. Daraus ergibt sich vielmehr die Chance für einen neuen Ansatz: Eine politische Perspektive nicht innerhalb der deutschen Gesellschaft, sondern **gegen sie** zu suchen. Dazu muß sich Deutschlands Linke endlich einmal selbst von ihrer bisherigen Bodenständigkeit lossagen, internationale emanzipatorische Diskurse wahrnehmen und an ihnen partizipieren. Angesichts der fortschreitenden Globalisierung der Produktivkräfte wird sich ein auf den nationalen Rahmen bezogener Politik-Ansatz sonst früher oder später in die antimodernistisch-kulturpessimistische Richtung entwickeln – nicht nur in Deutschland, aber dort besonders stark. ■

1) Wir benutzen auch hier einen geschlechtsneutralen Ausdruck, weil es ja durchaus auch Faschistinnen gibt, auch wenn diese eine Minderheit darstellen. Aber sonst ließe sich auch nicht mehr von AntifaschistInnen sprechen, weil dort der Männeranteil ähnlich hoch ist.

2) Wir denken keineswegs, daß nur FrauenLesben-Zusammenhängen die Auseinandersetzung mit patriarchalen Strukturen und Verhaltensweisen obliegt, halten es aber für ein trauriges Faktum, daß gemischte Gruppen dies äußerst selten thematisieren.

3) Wir erlauben uns an dieser Stelle einen Hinweis auf den Beitrag zur Antifa Westberlin in der radikal 139, der zwar knapp neun Jahre alt, aber nach wie vor aktuell ist (bis auf das »West«).

4) Nicht ganz unbegründet überließ die radikale Linke 1992/93 das pseudo-Lichterketten-Getue denjenigen, die sich um Deutschlands Ansehen in der Welt sorgten.

Proteste gegen Nazidemonstrationen in Lübeck

Die Prozeßlawine rollt an

Am 31. Januar und 14. März diesen Jahres gingen Hunderte von AntifaschistInnen in Lübeck auf die Straße, um gegen zwei vom Bündnis Rechts für Lübeck geplante Aufmärsche durch die Hansestadt zu demonstrieren und diese zu verhindern. Der Widerstand gegen die Faschisten war breit und ebenso vielfältig die Aktionen. Nun rollt eine Prozeßwelle gegen viele der damals festgenommenen AntifaschistInnen an.

Die faschistische Aktion im Januar war noch in letzter Minute durch den Lübecker Bürgermeister verboten worden, weil – so Bürgermeister Bouteiller – die Sicherheit und Ordnung nicht gewährleistet gewesen sei. So hatten 80 AntifaschistInnen versucht, den Faschisten die Zufahrt zu blockieren, wurden von der Polizei eingekesselt und »in Gewahrsam genommen«; an der Demonstrationsroute der Faschisten wurden Müllcontainer in Brand gesetzt.

Die Folgen für die antifaschistischen Aktionen

Wegen der Aktionen im Januar wurden insgesamt 66 Verfahren wegen »Verstosses gegen das Versammlungsgesetz« eingeleitet. Betroffen von diesen Verfahren sind diejenigen, die in dem Kessel waren. Hiervon wurden vier Verfahren eingestellt, weil die Betroffenen im Ausland leben, 17 wurden rechtskräftig, weil nicht oder nicht rechtzeitig Widerspruch eingelegt oder der Bußgeldbescheid über 200 Mark zu spät bezahlt wurde. Gegen 45 Bußgeldbescheide wurde Widerspruch eingelegt.

Die ersten beiden Prozesse (beide gegen Jugendliche) haben bereits stattgefunden. In diesen ist das Verfahren »wegen geringer Schuld« eingestellt worden. Mittlerweile sind einzelne weitere Verfahren wegen Verstosses gegen das Versammlungsgesetz ohne Prozeß eingestellt worden. Gegen Leute, die in dem Kessel waren, laufen zudem noch einige Verfahren wegen Vermummung, Beleidigung oder Widerstand. Die ersten Strafbefehle zwischen 300 Mark und 600 Mark sind bei einigen Betroffenen angekommen. Gegen diese wurde – soweit uns bekannt – Widerspruch eingelegt.

Beim ersten Termin am 31. Januar machten einige der Nazis Erfahrungen mit dem sogenannten antifaschistischen Selbstschutz. Im Zusammenhang mit diesen Auseinandersetzungen wurden gegen mindestens drei Menschen Verfahren wegen gefährlicher Körperverletzung eingeleitet; in einem Fall zusätzlich wegen Landfriedensbruches und Sachbeschädigung.

Der Aufmarsch im März

Die Demonstration des Bündnis Rechts für Lübeck im März wurde mit einem großen Polizeiaufgebot, Wasserwerfern, Räumpanzern und Hundestaffeln durchgesetzt. Trotz Verbots gingen Hunderte von AntifaschistInnen in den Stadtteil, in dem die faschistische Demonstration stattfinden sollte, und versuchten durch Blockaden und andere Aktionen, den Aufmarsch zu verhindern. 426 AntifaschistInnen wurden »in Gewahrsam genommen« und eine Vielzahl von Strafverfahren eingeleitet. Darunter mindestens elf Verfahren wegen Landfriedensbruchs, mindestens zwei Verfahren wegen schwerer bzw. gefährlicher Körperverletzung, Verfahren wegen Widerstand, Gefangenenbefreiung und Verstosses gegen das Versammlungsgesetz. Unter den von den Verfahren Betroffenen sind auch viele Jugendliche.



Gut bewacht: Der Aufmarsch des Bündnis Rechts für Lübeck

Die große Zahl eingeleiteter Verfahren und Bußgeldbescheide sollte die AntifaschistInnen wohl einschüchtern und zukünftig von dem Versuch abhalten, faschistische Demonstrationen zu verhindern.

Im Zusammenhang mit der Demonstration im März sind nach Angaben der Stadt inzwischen viele Ordnungswidrigkeitsverfahren eingestellt worden, ohne daß es zu Prozessen kam. Damals hatte die Polizei unter anderem wahllos Menschen festgenommen, nur weil diese sich in dem Stadtteil befanden, in dem die Nazis marschieren wollten.

Ausblicke

Bei den Verfahren aus dem Januar könnte es zu einer größeren Zahl von Einstellungen kommen. Diese dürfen jedoch nicht davon ablenken, daß mit einer ganzen Reihe von Prozessen gerechnet werden muß, die zum Teil schwerwiegende Vorwürfe beinhalten. Schon jetzt hat sich gezeigt, daß es dagegen durchaus gelingen kann, einen gewissen Druck auf die Verantwortlichen auszuüben, indem die Verfahren in der Öffentlich bekannt gemacht werden.

Ein großer Teil der Betroffenen hat sich mittlerweile zusammengetan, um einen gemeinsamen Umgang mit den Verfahren zu finden. Schon die Tatsache, daß gegen die meisten Ordnungsgelder Widerspruch eingelegt wurde, und die Gerichte damit immerhin gezwungen sind, jeden Vorwurf zu verhandeln, beweist eine große Geschlossenheit. Insbesondere für die Verfahren mit schwereren Tatvorwürfen dürfte es wichtig sein, weiterhin in der Öffentlichkeit die Legitimität antifaschistischen Widerstandes deutlich zu machen. Es bleibt abzuwarten, ob das breite antifaschistische Bündnis nach den gemeinsam durchgeführten Aktionen nun auch bereit ist, sich hinter die Opfer der Polizeieinsätze zu stellen. ■

Alle Betroffenen sollten sich bei der Roten Hilfe melden: Rote Hilfe Ortsgruppe Kiel, Postfach 6444, 24125 Kiel, Telefon (AB) & Fax: 0431/75141, e-mail: rote-hilfe-kiel@cl-hh.comlink.de. Für Spenden sind wir dankbar, bitte überweisen an: Rote Hilfe Ortsgruppe Kiel, Stichwort: Lübeck, Konto-Nr. 91012880, BLZ 210 501 70, Sparkasse Kiel.

Die Guten Menschen und die Überlebenden

Entschädigungszahlungen an ehemalige ZwangsarbeiterInnen

Ein Gastbeitrag von Katja Leyrer

Entschädigungszahlungen an NS-Opfer sind seit 50 Jahren ein beschämendes Thema. Sind die neuen Einsichten vonKonzernen wie VW, Allianz und Siemens ernstzunehmen?

Jan Philipp Reemtsma berichtete zu Beginn der neunziger Jahre von einer Kampagne, bei der sämtliche Behörden und Firmen, die an Bau und Existenz des ehemaligen KZ Neuengamme bei Hamburg verdient und/oder Zwangsarbeiterinnen oder Zwangsarbeiter »beschäftigt« hatten, einen Brief erhielten. Im Schreiben wurde um finanzielle Unterstützung der heutigen Gedenkstätte Neuengamme gebeten. Die Reaktionen der Adressaten waren mehr als deutlich: Ignoranz, Abwiegeln, Abwehr von Zuständigkeit und, so Reemtsma, vor allem »Gedächtnisschwund«. Die Reifenfirma Continental schrieb beispielsweise: *»Obwohl wir sehr viel Verständnis für Ihre Aktion haben, möchten wir uns trotzdem nicht beteiligen. Einmal haben wir erst kürzlich mit einem vierstelligen Betrag eine Denkfahrt zum Konzentrationslager Neuengamme unterstützt. Zum zweiten ist es einfach so, daß – wenn wir richtig unterrichtet sind – wir weder am Aufbau des Lagers beteiligt waren, noch Häftlinge des Lagers als Zwangsarbeiter beschäftigt hatten.«*[1]

Continental unterhielt allein drei Außenlager des KZ Neuengamme, eines davon war firmeneigen geplant. Insgesamt waren Neuengamme 80 Nebenlager angeschlossen. Baufirmen, Gruben, MAN, Krupp, Dräger, Rheinmetall, Varta, VW, aber auch die Kommunen Hamburg, Bremen und Kiel – Bombenräumkommandos wurden in der Regel aus Zwangsarbeitern zusammengestellt – profitierten am System der Häftlingsausbeutung in den KZ. Die Beschäftigung von Häftlingen beiderlei Geschlechts war nicht Ausnahme sondern die Regel. Noch im Frühjahr 1945 waren nach eigenen Zahlen der NS–Oberen etwa 500.000 Häftlinge in der deutschen Wirtschaft eingesetzt. Dafür existierten Gesetze und Durchführungsbestimmungen.[2] Insgesamt wurden etwa 7 Millionen Menschen zur Zwangsarbeit für Deutsche eingesetzt. Juristisch wird dabei zwischen Kriegsgefangenen, Verschleppten und KZ-Gefangenen unterschieden.

»Die hatten ja nicht schlecht zu essen«

Zwangsarbeit im Nationalsozialismus wurde und wird von denen, die daran verdienten und sie organisierten, immer wieder dargestellt als eine Möglichkeit, den »armen Menschen zu helfen«. Schon beim Nürnberger Kriegsverbrechertribunal gegen IG Farben versuchten die Verantwortlichen, ihr Tun als humanitär darzustellen – man habe den Häftlingen in BUNA/Monowitz doch täglich wenigstens eine Suppe gereicht. Und erst kürzlich argumentierte der Sprecher des deutschen Bauernverbandes, Michael Lohse, ganz ähnlich gegen eventuelle Entschädigungsforderungen für seinen Bereich: *»Die hatten ja nicht schlecht zu essen, und das war damals ja auch schon etwas.«*[3]

»Zwangsarbeit« ist ein verharmlosendes Wort, weil KZ-Haft eben mehr bedeutete als Zwang und Arbeit zusammen. Die Überlebenden leiden ausnahmslos bis ins späte Alter (und bis in nachfolgende Generationen) unter den traumatischen Erlebnissen und nicht selten sogar an der Tatsache, selbst überlebt zu haben.[4]

Seit Beginn der fünfziger Jahre wurden von einzelnen überlebenden Häftlingen oder deren Interessenvertretungen Anträge auf »Entschädigung«, gegebenenfalls auf Rentenzahlungen oder die Übernahme medizinischer Kosten im Zusammenhang mit sogenannten Spätfolgen gestellt. Zusammenfassend läßt sich dazu feststellen: Es gab eine unterschiedliche Praxis in beiden deutschen Staaten, und diejenige der DDR ist trotz erheblicher Mängel insgesamt positiver zu bewerten als die der ehemaligen BRD. Bis auf Ausnahmefälle, beispielsweise bei Straffälligkeit, wozu auffällig staatskritisches Verhalten gegenüber der DDR zählte, wurden ehemaligen KZ-Häftlingen sog. »Ehrenrenten« zugesprochen bzw. es wurden ihnen besondere Förderungen auf unterschiedlichen Ebenen zuteil.

Insbesondere galt – ganz im Gegensatz zur BRD – eine Häftlingsbiographie als ehrenvoll und gesellschaftlich anerkannt. Die Bevorzugung ehemaliger ausgewiesener antifaschistischer Widerstandskämpfer war jedoch üblich, und es sind auch antisemitische Ausgrenzungen bekannt geworden. Allerdings gab es den Anspruch auf Verfolgtenehrenrente ohne Ausnahme nur für DDR-Bürger.

In der BRD wurde – auf der Folie eines fast ungebrochen weiter agierenden Apparates ehemaliger Nationalsozialisten – grundsätzlich nur in Einzelfällen »entschädigt« oder gezahlt, jedoch nur für nachgewiesene »gesundheitliche Schäden«. Dazu mußten die Betroffenen entwürdigende Befragungen über sich ergehen und sich »begutachten« lassen – nicht selten von Staatsangestellten und Ärzten, denen sie bereits im Nationalsozialismus begegnet waren. Die Verfahren wurden in der Regel abschlägig beschieden, den Überlebenden Simulantentum unterstellt. Aufwendungen für Nicht-BRD-Bürger waren in Ausnahmefällen möglich, mußten aber auf eigene Kosten erklagt werden und waren meist mit Reisen in die BRD verbunden. Auch in der BRD wurden die Anträge auf »Wiedergutmachung« abgelehnt, wenn nicht – nach dem KPD-Verbot – eine Verzichtserklärung auf politische Betätigung erfolgte. Bereits 1951 wurde einzelnen Bundesländern die VVN (Vereinigte der Verfolgten des Naziregimes) verboten.[5]

Flankierend kam es im Gegensatz zur SBZ/DDR in Westdeutschland nur in seltenen Fällen zu Enteignungen ehemaliger NS-Firmen (IG Farben). Kurz: Die gesellschaftliche Stimmung war gegen die Opfer und Überlebenden gerichtet und hatte dementsprechend eine weitere Marginalisierung der bereits Marginalisierten zur Folge. Erst Mitte der achtziger Jahre kam das Thema »Zwangsarbeit« – auch wieder im Gegensatz zur DDR-Forschung – bei bundesdeutschen Historikern überhaupt auf.[6]

Die bundesdeutsche Gesetzgebung sah nie eine prinzipielle Entschädigungsregelung für KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter vor, nicht einmal nachträgliche Lohnforderungen wurden anerkannt. Bereits seit Beginn der fünfziger Jahre verhandelte die Conference on Jewish Material Claims against Germany neben dem Staat BRD mit einzelnen bundesdeutschen Industrieunternehmen und erreichte später mit wiederum einzelnen Firmen eine vorübergehende Vergleichsebene (u.a. IG Farben i. Auflösung, Krupp, Telefunken, AEG, Dynamit Nobel). Die Betroffenen erhielten in der Regel eine einmalige Zahlung zwischen 1.000 und 5.000 DM zugesprochen. Die Claims Conference war damals ein Zusammen-

schluß von 52 jüdischen Organisationen westlicher Länder zur Gesamtvertretung der außerhalb Israels lebenden Juden, gegründet, um Wiedergutmachungsforderungen an Deutschland zu stellen. Im öffentlichen Bewußtsein (auch der Linken) wurde dem Thema mit antisemitischer Hetze begegnet, später wurde sie als Privatangelegenheit der Juden angesehen. Insgesamt wurden von der deutschen Industrie bis Ende der achtziger Jahre 55 Millionen DM an rund 17.500 ehemalige KZ-ArbeiterInnen gezahlt.[7]

Bewegung in der Entschädigungsfrage

Als vor gut eineinhalb Jahren etwas Bewegung in diesem Bereich entstand, sorgte das erst einmal für Überraschung. Die Allianz-Versicherung trat im April 1997 vergleichsweise offensiv und mit anderen Worten als gewohnt an die Öffentlichkeit und teilte mit, sie wolle unbürokratisch und schnell allen überlebenden, ehemals verfolgten Kunden aus der NS-Zeit das ihnen Zustehende auszahlen. Der Aufwand war beträchtlich: Man engagierte sprachgewandte Berater und richtete internationale Telefon-Hotlines ein. Hintergrund war eine vorbereitete Sammelklage in den USA, zu der sich 29 Kläger US-amerikanischer Staatsbürgerschaft zusammengeschlossen hatten, um einen Musterprozeß für alle Betroffenen zu führen. Die Allianz – angeklagt waren 16 europäische Versicherungsgesellschaften – hatte von Tausenden ermordeten, aber auch überlebenden NS-Verfolgten profitiert, deren Policen verfielen bzw. als nicht auffindbar galten. Der Versicherungskonzern beschloß dann im Frühjahr 1997 angesichts des drohenden geschäftsschädigenden Verfahrens, Schadensbegrenzung zu betreiben. Mittlerweile hat die Allianz – neben drei weiteren Versicherungsriesen – eine Absichtserklärung veröffentlicht, nach der bereits ab Oktober 1998 gezahlt werden solle. Die US-Klage läuft noch.

Noch zum 150. Firmenjubiläum – ebenfalls 1997 – waren von der Siemens AG ganz andere Töne zu hören. Man sah zum wiederholten Mal keinerlei Anlaß für bedauernde Töne oder gar Zusagen gegenüber den ehemaligen ZwangsarbeiterInnen (bei Siemens wurden mehr Frauen als Männer zu Zwangsarbeit gezwungen). Die Firma hatte zu NS-Zeiten Standorte in Ravensbrück, Auschwitz, Groß Rosen und Buchenwald. Allein in und bei Ravensbrück wurden ständig mehr als 2.000 Frauen zu Siemens-Sklavenarbeit gezwungen. 1943 sind insgesamt mehr als 50.000 ZwangsarbeiterInnen in der Beschäftigungsstatistik des Konzerns angeführt. Die Gesamtzahl muß wesentlich höher angesetzt werden, denn viele der Häftlinge starben oder wurden, sobald sie nicht mehr arbeitsfähig waren, an andere Orte deportiert. Die Aufsicht sowie die Selektion in Arbeitsfähige und Arbeitsunfähige wurde von Firmen und SS-Personal gemeinschaftlich vorgenommen.[8]

»Die erforderlichen Arbeiten waren leicht und sauber und konnten zu 90 Prozent im Sitzen ausgeführt werden«, hieß es im Herbst 1945 in einem von Siemens-Angestellten erstellten Bericht. 1997 ist die Ausdrucksweise der Festschrift zum 150. Geburtstag des Konzerns kaum anders: *»Die Zeit von 1918 bis 1945 bewegt sich im Spannungsfeld von Weimarer Demokratie und Nationalsozialismus. Es ist eine Zeit, in der schwierige politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen den Erfolg des Unternehmens zeitweise beeinträchtigen [...] Der politische und militärische Zusammenbruch im Frühjahr 1945 stellte die Existenz des Hause Siemens allerdings in Frage.«*[9] Sämtliche Klagen ehemaliger ZwangsarbeiterInnen hatten Siemens bzw. die entsprechenden Gerichte bis dahin erfolgreich abgewiesen.

Am 23. September 1998 beschloß Siemens, 20 Millionen DM für einen Fond für *»Personen, die damals als Zwangsarbeiter in Siemens-Werken arbeiten mußten«*, zur Verfügung zu stellen. Abgesehen davon, daß dieser Betrag für den Multi Siemens kaum ins Gewicht fällt, liest sich auch die Begründung der Siemens-Verantwortlichen für einen Entschädigungsfond so gruselig wie die ihrer Vorväter: *»Während des Zweiten Weltkrieges wurde die deutsche Industrie von der NS-Diktatur in das System der 'Kriegswirtschaft' einbezogen. Den Unternehmen wurden unter Androhung von Sanktionen Produktionsauflagen verordnet. Da diese wegen der zahlreichen Einberufungen im Laufe der Kriegsjahre immer weniger mit den eigenen Belegschaften erfüllt werden konnten, mußten die Unternehmen im Rahmen eines staatlichen Programms auch auf Zwangsarbeiter zurückgreifen. Das galt auch für Siemens.«*[10] Auch bei VW – Hersteller der »Kraft durch Freude«-Wagen und einem nicht unwichtigen Rüstungsproduzenten im Nationalsozialismus – steht eine Klage an. 150 ehemalige Zwangsarbeite-

Links: Elsa Iwanova de Meyer, ehemalige Zwangarbeiterin bei Ford, im September 1995 im Kölner Ford-Werk. Sie wurde während des Krieges von den deutschen Besatzern zur Zwangsarbeit verschleppt. Sie hat in den USA zusammen mit anderen ehemaligen ZwangsarbeiterInnen eine Sammelklage gegen Ford eingereicht.



rInnen haben sich zusammengeschlossen. Wie bei Siemens hat man schnell 20 Millionen DM für einen Fonds versprochen. Dafür hatten sich u.a. prominente Sozialdemokraten ausgesprochen – Gerhard Schröder sitzt im VW-Aufsichtsrat. Ende September platzten die Vorverhandlungen allerdings, nachdem öffentlich wurde, daß dem Verhandlungsführer der ehemaligen Verfolgten ganz nebenbei »ein Auto oder ein Flugticket« angeboten wurde.

In den letzten zehn Jahren ist das Thema »Entschädigung« zu neuer Brisanz angewachsen. Vor allem einzelne PolitikerInnen der Grünen, aber auch einige Sozialdemokraten und versprengte Persönlichkeiten anderer Parteien haben eine andere Politik als zuvor unterstützt. Ob diese Haltung der Oppositionsrolle geschuldet war oder ernsthaftes Anliegen bleibt, wird sich demnächst zeigen. Bewegung jedenfalls gibt es. Fast zu spät. Auch BMW, Daimler-Benz, die Deutsche Bank (man denkt hier an einen 100-Millionen-Fonds) haben sich zumindest dahingehend geäußert, daß sie es nicht mehr für abwegig hielten, ehemalige ZwangsarbeiterInnen zu entschädigen. Im Oktober beginnt eine Sammelklage ehemaliger NS-Opfer gegen die deutschen Banken. Der Vergleich zwischen zwei Schweizer Großbanken und jüdischen Klägern – immerhin 2,2 Milliarden DM – im August 1998 hat die Banken unter Zugzwang gesetzt.

Anfang September 1998 hat auch der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma verlangt, die Entschädigungszusagen auf ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter der von ihm vertretenen Menschen auszudehnen.

Warum heute? Warum so spät?

Kann es angesichts der vielen Toten und Leiden, der vielen bereits gestorbenen Überlebenden, noch Grundzur Freude geben über diese neue Entwicklung?

Jede Mark, die den früheren NS-Tätern und deren Erben weggenommen wird bzw. die sie zurückgeben müssen, zählt. Es ist gut so und kann gar nicht genug sein. Verfolgung, KZ-Traumata und Zwangsarbeit sind keine Erfahrungen, für die die Worte »Entschädigung« oder gar »Wiedergutmachung« passend sind, doch es gibt keine angemessenen Worte dafür. Das, was den Opfern aktuell gerade versprochen und vielleicht sogar gezahlt wird, wird immer zu wenig sein.

Und selbstverständlich geht all das Gerede von »humanitären Gesten« oder »gutem Willen« völlig an der Sache vorbei. Den Überlebenden steht mehr als eine finanzielle »Entschädigung« oder wenigstens versorgende Rente zu. Dazu zählt vor allem die Anerkennung, daß es eine moralische Selbstverständlichkeit ist, ihren Lebensunterhalt im Alter zu regeln. Zudem aber auch, ihre Erfahrungen als Verfolgte des Nationalsozialismus ernst zu nehmen. Ob von ihnen selbst irgendwann vermeidbare Fehler gemacht worden sind – möglichereise in den Verhandlungsführungen der Claims Conference–, ob es fragwürdige Vergleiche gegeben haben mag – so wie mit IG Farben –, ob es Ausgrenzungen in den eigenen Reihen gegeben hat (Ost-West, DDR-Verfolgte) – es ist nicht Dringlichkeitssache der deutschen Linken, die »richtigen« Bewertungen zu liefern. Ebenso ist es unangemessen, die Bigotterie der NS-Nachfolgefirmen umzumünzen in eine Haltung, die sich unter dem Deckmantel »Schweinesystem, schon immer gewußt« von Einmischung fernhält. Alle Überlebenden haben lange genug auf das, was ihnen zusteht, verzichten müssen. Und ob wir nun dieses neue, wiedervereinigte Deutschland mögen oder nicht: Es ist ihnen, den Opfern und ihren Kindern, zum Teil erst jetzt möglich, einem gemeinsamen juristischen Gegner – auf Staats- und Konzernebene – entgegenzutreten. Vielleicht ist das eine der wenigen »positiven« Folgen der politischen Entwicklung seit 1989. Nie wieder Deutschland? – Doch: zahlen soll es, sollen sie. Wir. ■



Flugmotorenwerk Rzeszów im besetzten Polen – von den Deutschen »General-Gouvernement« genannt.
Ein polnischer Zwangsarbeiter wird von einem deutschen Vorarbeiter beaufsichtigt. Das Bild zeigt Zwangsarbeit beim Daimler-Benz-Konzern. Es entstand um 1943/44.

Katja Leyrer ist freie Journalistin, sie lebt und arbeitet in Hamburg und Berlin.

1) Jan Philipp Reemtsma: Aus diesem Grunde daher. Deutschland in seinen eigenen Worten. In: Falun. Berlin 1992.
2) Mehr dazu in: Franciszek Piper, Industrieunternehmen als Initiatoren des Einsatzes von KZ-Häftlingen. In: »Deutsche Wirtschaft«. Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen für Industrie und Behörden. Hamburg 1991.
3) Nach Frankfurter Rundschau vom 3. September 1998.
4) S. zum Beispiel: Gertrud Hardtmann, Spuren der Verfolgung. Seelische Auswirkungen des Holocaust auf die Opfer und ihre Kinder. Gerlingen 1992; Jörg Wiese, Erhard Olbrich (Hg.), Ein Ast bei Nacht ist kein Ast. Seelische Folgen der Menschenvernichtung für Kinder und Kindeskinder. Göttingen, Zürich 1994.
5) S. zum Beispiel: Christian Pross, Wiedergutmachung - Der Kleinkrieg gegen die Opfer. Frankfurt/M 1988.
6) S. Gerd Wysocki, Zwangsarbeit in der deutschen Kriegswirtschaft 1939 - 1945. Eine Sammelrezension. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. Und 21. Jahrhunderts, 3/89, Hamburg.
7) S. Dieter Vaupel, »Entschädigung« von KZ-Gefangenen durch die Deutsche Industrie - das Beispiel Dynamit Nobel. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. Und 21. Jahrhunderts, 1/91, Hamburg.
8) S. Die verweigerte Entschädigung. Zwangsarbeit und Siemens 1938 -1945. Memorandum anläßlich des 150jährigen Firmenjubiläums der Siemens AG. Aktionsbündnis 150 Jahre SIEMENS - Entschädigung jetzt. Berlin 1997.
9) Beide Zitate nach: Tjark Kunstreich, Glückwunsch, Siemens! Themenseiten in: Jungle World 41, Berlin 1997.
10) Pressemitteilung SIEMENS vom 23. September 1998.

Morde an Antifaschisten in Las Vegas

Am 4. Juli sind zwei antirassistische Skinheads in der Wüste bei Las Vegas ermordet worden. Anfang September verhaftete die Polizei einen 26jährigen Mann, der über gute Verbindungen zur Naziskinszene und zur militanten Naziskingruppe Army of Israel verfügt. Ende August organisierte die Anti Racist Action (ARA) eine Gedenkdemonstration für ihre beiden ermordeten Mitglieder in Las Vegas, an der sich ca. 200 Menschen beteiligten.

Daniel Shersty, ein weißer 21jähriger Flieger vom Luftwaffenstützpunkt Nellis und Lin Newborn, ein 25jähriger Afroamerikaner, der in einem Tattoo- und Piercing-Laden arbeitete, waren Mitglieder der Las Vegas Unity Skins. Antirassisten sind der Ansicht, daß die beiden in jener Nacht von zwei jungen Frauen in die Wüste gelockt wurden. Eine von ihnen war kurz vorher Kundin in dem Tattoo-Laden und hatte Newborn telefonisch ein Treffen vorgeschlagen. Shersty wurde 500 Meter vor der Autobahn in der Nähe seines Wagens gefunden. Ein Schuß hatte ihn mitten ins Gesicht getroffen. Newborn wurde einige hundert Meter weiter gefunden – offensichtlich erschossen, als er zu fliehen versuchte.

Erste Ermittlungsergebnisse

Am 9. September gab es mit der Verhaftung von John Edward Butler einen Durchbruch bei den Ermittlungen: Der 26jährige wurde wegen zweifachen Mordes angeklagt. Ihm wurde eine Waffe zugeordnet, die im Zusammenhang mit dem Mord an den beiden Antirassisten steht. Augenzeugen berichteten, daß sie Butler und zwei weitere Personen vom Tatort hatten wegfahren sehen. Das Kennzeichen des Autos wurde Butlers Freundin zugeordnet, die zusammen mit einem 19jährigen Mann auch vor Ort gewesen sein soll. Butler soll in Aktivitäten von rassistischen Skinheads in Las Vegas involviert gewesen sein. Außerdem sei er ein Vertrauter des Naziskinanführers Johnny Bangeter und seiner sogenannten Army of Israel. Bangeter sitzt zur Zeit eine Haftstrafe wegen Waffenbesitzes ab.

Aktivitäten rassistischer Skinheads in Las Vegas haben zugenommen. Nur wenige Wochen vor den Morden hatten rassistische Skins einen Afroamerikaner bis nach Hause verfolgt und in seiner Wohnung auf ihn geschossen. Bewohner erwiderten das Feuer und vertrieben dadurch die Angreifer. Der Mord an Shersty und Newborn paßt jedoch nicht in die bisherigen Gewaltmuster von weißen rassistischen Skins. In den meisten Fällen war diese Gewalt spontan und durch Drogen und Alkohol gefördert. Die Morde vom 4. Juli könnten eine neue Qualität der Gewalt einläuten. Las Vegas liegt an der Autobahn zwischen Orange County, California und St. George, Utah. Orange County ist seit Jahrzehnten eine Hochburg von Neonazigruppen. Im St. George-Zion Nationalpark gibt es einen Stützpunkt der Skinheads von Johnny Bangeter und seiner schwerbewaffneten Army of Israel.

Bangeter zog 1992 von Las Vegas in den Nationalpark. Kurze Zeit später wurden die Skins seiner Army of Israel verhaftet, als sie versuchten, Waffen zu dem vom FBI belagerten Rechtsextremen Randy Weaver zu schmuggeln. Seitdem hat die Army of Israel ihr Waffentraining öffentlich abgehalten. Die Bangeter-Gruppe ist nicht die einzige paramilitärische Bürgermiliz in Utah. Das FBI sucht immer noch nach zwei Faschisten, die vor einigen Wochen einen Polizisten erschossen haben.

Naziskinübergriffe nehmen zu

Zwischen nordamerikanischen White-Power-Skins und antirassistischen Skinheads kommt es gelegentlich zu Auseinandersetzungen. Das nordamerikaweite Netzwerk Anti-Racist Action (ARA), in dem auch Skinheads mitarbeiten, berichtet von mindestens zwei Vorfällen in den letzten Monaten: Rassistische Skinheads stürmten in Louisiana die Wohnung einer antirassistischen Musikgruppe, zerstörten die Ausrüstung und hinterließen rassistische Slogans. In den kanadischen Städten Toronto und Montreal kam es zu schweren Schlägereien.

Zum ARA-Netzwerk gehören momentan 115 aktive Gruppen – viele davon haben sich erst vor kurzem gegründet. Im Sommer hatte ARA mit der Band Mighty Mighty Bosstones eine Tournee in 50 Städten organisiert. Nach einer Zeit weit verbreiteter, spontaner Übergriffe in den 80er und frühen 90er Jahren sind die Naziskinheads zunehmend unter den Einfluß der Hammerskins geraten. Sie betonen den Aufbau organisierter Gruppen gegenüber der Ausübung beliebigen Straßenterrors. Wie Searchlight im Januar berichtete, konzentrieren sich die Neonazis auf ihre eigenen »Arischen« Festivals und kommerzielle Aktivitäten. Bis vor kurzem beherrschte Resistance Records die Szene mit einem eigenen Zeitschriften- und CD-Vertrieb (s. AIBs Nr. 41 u. 43). Auch Propaganda von William Pierce's National Alliance (NA) wurde in der Naziskinheadszene verbreitet, nachdem Resistance Records Besitzer George Burdi eine Allianz mit der NA eingegangen war. Inzwischen hat sich Burdi etwas zurückgezogen, und Resistance Records muß sich den CD-Markt mit Wolfpack Records und Tri-State Terror teilen. Zu Hochzeiten von Resistance Records hatte Detroit eine zentrale Bedeutung für die Naziskinsubkultur. Mittlerweile hat sich das Zentrum in den Nordosten der USA verschoben. Die AC-Skins sind wohl die stärkste rechte Skinhead-Gruppe mit 300 Mitgliedern in New Jersey und Pennsylvania. Drei Gruppen – Aggravated Assault, Blue-Eyed Devils und Operation Ghetto Storm – sind eng mit den AC-Skins verbunden und geben ihnen zusätzlichen Einfluß. Ein neues, unpolitisches Selbstverständnis hat die scharfe Abgrenzung zwischen Antirassisten und der White Power Fraktion aufgeweicht. Das heißt, daß selbst sich »nicht-rassistisch«-nennende Skinheads (im Unterschied zu »antirassistischen« Skinheads) mit Neonazis zusammen Bier trinken. Antirassistische Skinheads hingegen werden eher gemieden, da sie daran festhalten, nichts mit Neonazis zu tun haben zu wollen. ■

Dieser Artikel wurde uns vom Searchlight-Korrespondenten aus den USA zur Verfügung gestellt.

Kein »Ian-Stuart-Memorial« in der Schweiz

Das seit Mitte August geplante Konzert zu Ehren des verstorbenen SCREWDRIVER-Sängers IAN STUART DONALDSON wurde von den zuständigen Behörden verboten. Trotzdem begaben sich nach mehreren Falschinformationen der Organisatoren am 19. September gut fünfzig Neonazis in den Kanton Waadt. Dort fand allerdings kein Konzert statt.

Es sollte das größte Neonazi-Ereignis in der Schweiz werden. Zu Ehren des vor fünf Jahren verstorbenen Ian Stuart, Hauptpromoter des BLOOD & HONOUR-Netzwerks, waren seit Mitte August Nazi-Skinheads für den 19.September in die Westschweiz eingeladen. Insgesamt neun Musikgruppen aus ganz Europa sowie den USA sollten, wie bereits in den vergangenen vier Jahren, ihrem verstorbenen Vorbild huldigen. Folgende Bands wurden in der per Post verschickten Einladung angekündigt: BOUND FOR GLORY, BRUTAL ATTACK (sowie ein gemeinsames Set BOUND FOR ATTACK), MAX RESIST, RAZORS EDGE, PLUTON SVEA, WEISSE RIESEN, HATE SOCIETY und NO ALIBI.

Als Organisatoren traten die ROMANDIE HAMMERSKINS um den 24jährigen Neuenburger Feinmechaniker OLIVIER KUNZ und seiner polnischen Freundin KAROLINA auf. Sie war unter anderem für die Gestaltung der Einladung verantwortlich. Durch das frühe Bekanntwerden waren auch die Behörden und die Medien auf den Plan gerufen. Das erprobte Argument von seiten der Polizei, es sei für ein Verbot zu kurzfristig, konnte nun auf keinen Fall angebracht werden.

Die Bestätigung der bisherigen Praxis

Am 7. September reichte eine grüne Parlamentarierin im Waadtländer Großen Rat eine Frage an den Staatsrat ein. Sie verlangte Auskunft darüber, welche Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedenke, damit der Kanton Waadt nicht zu einem Tummelfeld für Neonazis werde.

Dies vor dem Hintergrund, daß im letzten Jahr mehrere Treffen mit einigen hundert BesucherInnen von den Hammerskins im Kanton Waadt organisiert werden konnten, die von der Öffentlichkeit kaum beachtet wurden. Eine Woche später, am 14. September, nahm der verantwortliche Staatsrat, JEAN-CLAUDE MERMOUD (SVP), vor dem Parlament Stellung und erklärte, daß die Veranstaltung toleriert werde und die Polizei erst einschreite, wenn die öffentliche Ordnung gestört werde. Das Signal war unmißverständlich und eine Bestätigung der bisherigen Praxis: Solange die Anlässe *»privaten Charakter«* haben und keine weiteren Vorfälle zu verzeichnen sind, scheint es für die Behörden kein Problem darzustellen, Versammlungen von mehreren hundert Neonazis über die Bühne gehen zu lassen. Dies obwohl die Bundespolizei empfiehlt, solche Konzerte zu verbieten und der Kanton Neuenburg nach dem bisher größten Neonazi-Treffen im März diesen Jahres (siehe AIB Nr. 44) sich die Möglichkeit offenhält, Anlässe mit rassistischem Charakter zu verbieten.

Noch bevor sich die Empörung über diesen Regierungsentscheid breit machen konnte, erfolgte nur einen Tag nach dem Segen ein Verbot für jegliche Neonazi-Anlässe in den folgenden drei Tagen auf dem Gebiet des Kantons Waadt. Wie den Verlautbarungen der Regierung zu entnehmen war, hatte offenbar die Bundespolizei Druck ausgeübt.

Katz und Maus

Als am Mittwochabend vor dem geplanten Konzert über das NIT der SHS (Nationales Infotelefon der SCHWEIZER HAMMERSKINS, wird von REINHOLD FISCHER betrieben) zu erfahren war, daß das »Ian-Stuart-Memorial« aufgrund des Verbots kurzfristig nach Ostdeutschland verlegt werde, schien klar, daß sich die Schweizer Organisatoren nicht auf ein Kräftemessen mit der Polizei einlassen wollten. Um so größer war die Verwirrung, als zwei Tage später auf dem NIT zu hören war, daß es sich beim Hinweis auf die Verlegung des Konzerts in den Großraum Dresden um eine bewußte Falschmeldung gehandelt habe, in der Absicht, die Medien an der Nase herumzuführen. Der Treffpunkt sei indes auf einer Autobahnraststätte im Kanton Waadt.

Der Nachmittag des 19. September bot ein seltsames Bild: Gut fünfzig Neonazis aus den Kantonen Bern, Basel-Land, Solothurn, Luzern und Zürich, sowie zwei Fahrzeuge aus dem grenznahen Lörrach, treffen auf der Raststätte ein. Es ist jedoch niemand anwesend, der sie zu einem Konzertlokal weiterleiten könnte.

Unter den Anwesenden sind einige bekannte Hammerskins aus der Deutschschweiz anzutreffen, wie etwa der 23jährige MICHAEL KUNFERMANN von der RECHTSFRONT OLTEN, OLIVER BANNWART, ehemaliges Mitglied der bis Anfang 1997 aktiven Hammerskin-Aufbauorganisation, sowie RENÉ BUCHER von der Gruppe MORGENSTERN, die sich zwar nicht zu den Hammerskins zählt, jedoch einen engen Austausch pflegt. Von den organisierenden Romandie Hammerskins ist niemand zu sehen. Allmählich wird klar, daß es sich bei dieser Mobilisierung um eine Falschmeldung handeln muß.

Nachdem am Montag darauf zudem bekannt wurde, daß sich im thüringischen Pölzig rund 350 Neonazis, unter ihnen auch Schweizer, getroffen haben, scheint klar zu sein, dass das »Ian-Stuart-Memorial« erfolgreich nach Deutschland verlegt werden konnte, und der Hinweis auf dem NIT in erster Linie bei den Medien und anderen Interessierten für Verwirrung sorgen sollte. Dies geschah, nachdem durch die Medien auf die Existenz eines solchen Kommunikationsmittels der Nazi-Skinheads aufmerksam gemacht worden war. ■

Österreich

Haider mehrt seine Macht

Mit 90prozentiger Zustimmung hatten knapp 900 Delegierte bei einem FPÖ-Sonderparteitag in Linz drei Leitanträge angenommen. Mit ihnen will die »*Gesinnungsgemeinschaft*« laut Haider eine »*neue Qualität der Demokratie*« einführen. Danach müssen sich Mandatsträger vertraglich verpflichten, die FPÖ-Beschlußlage einzuhalten. Bei Verstößen drohen Geldstrafen bis zu einem Jahresgehalt oder Parteiausschluß durch ein »Ehrengericht«. Haider erhielt Weisungsrecht gegenüber allen Mitgliedern und kann gegen unliebsame Wahl-KandidatInnen sein Veto einlegen. Die ursprünglich angekündigte Einklagbarkeit von Wahlversprechen vor Zivilgerichten wurde nicht beschlossen. Stattdessen können WählerInnen ihre Beschwerden an einen »*Bürgeranwalt*« richten. In die neue Funktion wurde der frühere FPÖ-Nationalratsabgeordnete Helmut Jossek gewählt. Der 77jährige war 1997 in die Schlagzeilen geraten, weil er einen politischen Gegner als »*Volksschädling*« bezeichnet hatte.

In Linz unterschrieben 230 FPÖ-Parlamentsabgeordnete aller Ebenen die Verpflichtungserklärung. Rund 20 Mandatsträger, die abwesend waren, müssen dies bei Androhung des Funktionsverlustes innerhalb eines Monats nachholen. Ein Vertreter des Liberalen Forums, einer linksliberalen Abspaltung der FPÖ, bezeichnete die »*Entmündigung*« als »*letzten Schritt auf dem langen Weg zu einer totalitären Führerpartei*«.

Quelle: Frankfurter Rundschau

Polen

Nationalist als Gastautor in deutschen Blättern

Regelmäßiger Autor in Blättern des deutschen Neofaschismus ist Jaroslaw Tomasiewicz. Der Pole veröffentlichte bisher vor allem bei dem nationalrevolutionären Flügel, der sich in jüngster Zeit um die Bildung europaweiter Zirkel, die Synergies Européenes, bemüht. Seit Beginn der 90er Jahre erschienen Artikel von Tomasiewicz bei DESG-Inform und der Zeitschrift Junges Forum, beide von der Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft aus Hamburg. Schwerpunkt der Artikel sind Nachrichten über die politischen Parteien im Verlauf der Wahlen, so zuletzt im Juli 1997. Tomasiewicz informierte »*in bewährter Weise*« (so DESG-Inform über seinen Autor) über die »*Außerparlamentarische Linksopposition in Polen*« (DESG-Inform 10-11/1995) und die polnische Parteienlandschaft (DESG-Inform 11/1993). Seine Nähe zu regionalistischen und ökologischen Themen drückte er in Artikeln in Wir Selbst (Ausgabe 3/1992, Thema: Schlesische Autonomisten) und in Ökologie, der Zeitschrift der Unabhängigen Ökologen Deutschlands, aus.

Norwegen I

Nazi-Propaganda über die Knastadresse

Wie der Norwegische Menschenrechts-Informationsdienst Samora aus Oslo meldet, benutzen Nazis, die im Knast sitzen, die Gefängnisanschrift als Adresse für ihre Organisation. Eine Gruppe, die sich Norsk Hedensk Front (Norwegisch heidnische Front – NHF) nennt, betreibt offene Nazi-Propaganda im Internet, und ihre Postanschrift ist identisch mit der des Gefängnisses der Stadt Trontheim, wo der Nazi Varg Vikernes eine Haftstrafe wegen Mordes und dreifacher Brandstiftung absitzt. Die Homepage der NHF ist gespickt mit Propaganda wie z.B. daß Schwangerschaften, die nicht »*reinrassig*« seien, abgetrieben werden müssen und daß kranke und alte Menschen getötet werden sollten. Von Homosexuellen und schwarzen Menschen wollen die rechten Knackies schon gar nichts wissen.

Quelle: SAMORA Newsletter 4/98

Norwegen II

Nazi-Rock unerwünscht

Der norwegische Nazi Michael Knutsen wurde, nachdem er wegen Aufstachelung zum Rassenhaß verurteilt worden war, mit einer Geldstrafe von 20.000 norwegischen Kronen (rund 5.000 DM) bestraft. Die Polizei fing an zu ermitteln, nachdem das Antifa-Magazin Monitor zusammen mit der Zeitung Arbeiderbladet beweisen konnte, daß Knutsen die gleichen Sachen vertrieb und verkaufte, aufgrund derer der ehemalige schwedische Nazi-Führer Erik Blücher von der »Firma« Ragnarock Records (s. AIB Nr. 43) in Schweden Ärger mit den Behörden hatte. Nachdem die Polizei am 16. Mai ein Nazi-Rockkonzert vor den Toren Oslos verhinderte, ist dies die zweite große Schlappe für norwegische Nazis binnen kurzer Zeit.

Quelle: Antifa-Magazin Monitor

Abo & Nachbestellung

Abos

Ein Abo kostet 30.- DM für fünf Ausgaben / 60.- DM für zehn Ausgaben, bei zwei Exemplaren pro Ausgabe 50.- DM bzw. 100.- DM. Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten fünf / zehn Ausgaben. Wenn Du diese bezahlst, läuft das Abo weiter, wenn nicht, gilt dies als Kündigung.
Abos müssen bezahlt sein, bevor wir sie rausschicken, egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung. Bei Überweisungen bitte immer ganz sorgfältig drauf schreiben, von wem und für was das Geld ist. Besonders freuen wir uns über Förderabos und sonstige Spenden, da wir an notorischer Geldknappheit leiden.

○ Ich abonniere das AIB ab Ausgabe Nr. ____ (incl.)
- ○ für fünf Ausgaben (30.- DM)
- ○ für zehn Ausgaben (60.- DM)

○ Geschenkabo: Ich möchte an die untenstehende Person ein Abo verschenken.

○ Knastabo: Ich übernehme ein Knastabo für untenstehende Person oder ihr sucht jemanden aus.

Nachbestellung

Die nebenstehenden Ausgaben können nachbestellt werden. Ausverkaufte Ausgaben sind nur noch als Kopien für Archive und in Sonderfällen erhältlich. Zu dem Preis für die Ausgaben (siehe Liste rechts) kommt nochmal der entsprechende Portobetrag dazu (3,- DM bis fünf Stück, darüber 7,- DM) und es muß ebenfalls im Voraus bezahlt werden.

○ Ich bestelle folgende alte Ausgaben / AIB-Pakete: ____

Adresse:

Den Betrag von ____ DM habe ich bar / als Scheck beigelegt / überwiesen (Beleg liegt bei).

Weiterverkauf

Bedingungen

Ihr sagt uns, wieviele Exemplare pro Ausgabe (mindestens drei) Ihr haben wollt und ab welcher Ausgabe. Wir verschicken die Ausgaben mit beiliegender Rechnung. Vorkasse ist schön, aber nicht Bedingung.
Nicht verkaufte, unbeschädigte Exemplare könnt Ihr zurückschicken. Der entsprechende Betrag wird Euch gutgeschrieben.

Preise

ab drei Stück pro Ausgabe: 6,- DM
ab fünf Stück: 20% Rabatt
ab 50 Stück: 25% Rabatt
(alle Preise inclusive Porto & Verpackung)

Ich möchte das AIB weiterverkaufen. Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf Euer Konto.

○ Bitte sendet mir ____ Hefte ab der Nr. ____ solange, bis ich Euch eine Änderung mitteile, an folgende Adresse:

Adresse:

Konto: J. Lehmann, Konto-Nr.: 411 960 - 105
BLZ: 100 100 10, Postbank Berlin

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist. Als Absender bitte Name und Adresse angeben, wenn bereits eine Lieferung erfolgt ist, unbedingt die Lieferadresse angeben.

Noch lieferbare AIBs

AIB 14 (Früh/91): 3,00 DM
Gladio +++ Antifa in Leipzig +++ die »Deutsche Allianz« +++ Interview mit franz. Antifas

AIB 17 (3/92): 4,00 DM
Kühnen-Beerdigung, Fiasko für seine Erben +++ »Revisionismus« als faschist. Strategie +++ Schweden & Frankreich

AIB 18 (5/92): 4,00 DM
»Neue Rechte« +++ Neues von der GdNF +++ Rassismus in Medien & auf der Straße +++ Dänemark

AIB 19 (7/92): 4,00 DM
Wunsiedel +++ HIAG - die SS heute +++ Banknotenfälschung im KZ +++ Kroatien, CSFR, Südafrika +++ Diskussion: Organisierung & Kaindl

AIB 23 (Som/93): 4,00 DM
Solingen: Einzeltäter? +++ Behinderte im NS +++ DESG und Denkfabrik +++ »Die Bürger« +++ die alte »Neue Front« +++ die hist. Antifaschist. Aktion

AIB 24 (10/93): 4,00 DM
NF- & NB-Nachfolgegruppen +++ Aufmarsch in Fulda +++ VDA +++ Junge Freiheit +++ Südafrika

AIB 25 (12/93): 4,00 DM
Verhaftungen wg. Kaindl +++ Nazi-Rock i.d. BRD +++ Staatlicher Rassismus +++ Eichberg, Burschenschaften +++ Organisierung der Naziszene

AIB 26 (3/94): 5,00 DM
Innere Sicherheit, Briefbomben, Anti-Antifa +++ »Moderne Zeiten« +++ Roma in Europa

AIB 27 (6/94): 5,00 DM
illegale NSDAP +++ FAP-Aufmarsch verhindert +++ CDU und Innere Sicherheit +++ Italien: Faschisten a.d. Regierung

AIB 28 (11/94): 5,00 DM
der Apparat rückt nach rechts +++ NF-Nachfolge +++ Nationalbolschewismus +++ Prozeßbeginn in Berlin +++ Schweden: VAM

AIB 29 (3/95): 5,00 DM
Wohin treibt die FDP? +++ Frauen und Neofaschismus +++ Einblick-Prozeß +++ DKeG +++ KZs Oranienburg & Treblinka

AIB 30 (6/95): 5,00 DM
Werwolf - Nazis go terror +++ Gedenkveranstaltungen zur Befreiung +++ 8. Mai und die Rechte +++ Anschlag in Oklahoma

AIB 31 (9/95): 5,00 DM
aus dem Parteiarchiv der NF +++ Roskilde: Nazis packen ein +++ Verbrechen der Wehrmacht +++ der Begriff »Neue Rechte« +++ Frauen in der Anti-Antifa

AIB 32 (11/95): 5,00 DM
Ausbau der Inneren Sicherheit +++ Graue Wölfe +++ Veganer auf rechtem Weg? +++ Österreich: Prozeß, Bomben, Wahlen

AIB 33 (2/96): 5,00 DM
Runde Tische +++ das Netzwerk der Neonazis +++ Beilage: Faschismus i.d. USA +++ Nazis i.d. Hermann-Niermann-Stiftung +++ »Lebenslänglich« im ersten Söldnerprozeß

AIB 34 (5/96): 5,00 DM
Schwerpunkt: Deutschland auf dem Weg zur Weltmacht +++ Umstrukturierung d. Naziskinszene +++ »Befreite Zonen« +++ Oklahoma-Prozeß

AIB 35 (7/96): 5,00 DM
Nazis in der Offensive +++ Aufmarsch in Marzahn +++ neue Bedeutung der JN +++ Ostpreußenblatt +++ Band-Interview: rechte Grufties?

AIB 36 (9/96): 5,00 DM
Schwerpunkt I: Regionalismus +++ Schwerpunkt II: Lübeck - Grevesmühlen +++ Interview m. d. Antifa (M) +++ Geschichte: die Sudetendeutschen

AIB 37 (12/96): 5,00 DM
Schwerpunkt: Osteuropa +++ Nazis in Internet und Offenem Kanal +++ Heitmeyer-Kritik +++ Goldhagen +++ Österreich

AIB 38 (4/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Soziale Frage +++ Nazimarsch in München +++ Berührungen zwischen Faschismus & Feminismus +++ Interview mit russischen Antifas

AIB 39 (7/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Jugend & Subkultur +++ Nazimärsche am 1. Mai +++ JN-Kongreß +++ Deutschland-Stiftung +++ »WGA?«

AIB 40 (9/97): 5,00 DM
10 Jahre AIB +++ Prozeß gegen Kay Diesner +++ Nazi-Versände +++ Front National +++ Kirchenasyl +++ »Otto-von-Bismarck-Stiftung« +++ »WGA?«

AIB 41 (11/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Rückblicke & Ausblicke +++ Befreite Zonen +++ Wehrmachtsausstellung in Marburg +++ Antifa in Canada +++ »WGA?«

AIB 42 (2/98): 5,00 DM
Schwerpunkt: Extreme Rechte, Ostexpansion & die Bundeswehr +++ NPD mit Führungsanspruch +++ Interviews: Antifas aus Saalfeld & Meck-Pom +++ Studienzentrum Weikersheim +++ Sababurgrunden +++ »WGA?«

AIB 43 (4/98): 6,00 DM
Schwerpunkt: NPD – Hinter den Kulissen +++ Saalfeld: Rechter Konsens +++ Bündnis Rechts +++ »Neurechtes« Netzwerk »Synergies Européennes« +++ Rußland, Frankreich, Schweden +++ »WGA?«

AIB 44 (6/98): 6,00 DM
Schwerpunkt: Rechte Jugend zwischen Mainstream, Clique und Partei +++ Rechtsparteien nach Sachsen-Anhalt +++ Rechte und der Euro +++ Heidentum +++ Gen-Dateien +++ Frankreich, Rußland, Schweiz +++ »WGA?«

AIB-Pakete !

Paket A: Ausgaben 14,17,18,19,23,25,26 für 15,- DM incl. Porto.
Paket B: Ausgaben 27,28,29,30,31,32,33 für 22,- DM incl. Porto.
Paket C: Ausgaben 34,35,36,37,38,39,40 für 22,- DM incl. Porto.

Alle AIB-Pakete zusammen gibt´s für 50,- DM incl. Porto!

Antifaschistisches INFO BLATT

45

Oktober/November 1998 6,– DM

Wie lange lassen sich 12,9 % integrieren?

Wahl '98: Analysen, Hintergründe, Perspektiven

Aus Prinzip gegen den Mißbrauch des Asylrechts und Wirtschaftsflucht in unsere Länder

Darum: Dankward Buwitt in den Deutschen Bundest



MORD

Wir s echte

Arbei zuerst Deutsch

radikal sozial deutsch

NP

Die Nationale

MIT 10 SEITEN

Was geht ab

Impressum

Antifaschistisches Info-Blatt
12. Jahrgang
Nr. 45, Oktober/November 1998



Redaktion:
AIB, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
Fax: 030/694 67 95
e-mail: aib@mail.nadir.org
Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

Internet:
http://www.nadir.org/nadir/periodika/aib

e-mail & pgp:
Mails bitte nur als ascii-, MS-DOS-Text oder per pgp verschlüsselt und mit einer Postanschrift anbei. Den pgp-key gibt es auf unserer WWW-Seite oder auf Anfrage, der Fingerabdruck des keys lautet »07 E8 99 62 CE 2E BD 4D BA AE BA 99 62 7A 1B 2E«.

V.i.S.d.P.: L. Meyer (Adresse s.o.)

Konto:
J. Lehmann, 411 960 - 105,
Postbank Berlin, BLZ: 100 100 10
(Bei Überweisungen bitte immer deutlich den Absender angeben!)

Erscheinungsweise: Fünf mal im Jahr

Preis: 6,- DM

Abo: 30,- DM/Jahr (s. vorletzte Seite)

Bilder auf der Titelseite:
Das Bild im Vordergrund zeigt Neonazis bei einem NPD-Aufmarsch in Neustrelitz am 1. August diesen Jahres anläßlich des Wahlkampfes in Mecklenburg-Vorpommern. Im Hintergrund ist ein Wahlplakat der CDU Berlin-Neukölln zu sehen. Deren Direktkandidat für den Stadtteil, Dankward Buwitt, wurde von einem Bürger aufgrund dieser Plakate wegen Volksverhetzung angezeigt.

Inhalt

Antifaschismus mit Biß!

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen!

Einzug Rechtsextremer in den Bundestag möglich.« »*Fast jeder zweite Ostdeutsche akzeptiert rechtsextreme Parteien.*« »*Jedes dritte Gewerkschaftsmitglied zwischen 18 und 24 kann sich vorstellen, rechts zu wählen.*« So lauteten die Meldungen der Presseagenturen im Vorfeld der Wahlen am 27. September. Man möchte meinen, daß ein breiteres gesellschaftliches Spektrum langsam aufwacht und erkennt, daß die extreme Rechte nicht nur eine Gefahr darstellt, sondern daß ihr bereits Einbrüche in viele gesellschaftliche Bereichen gelungen sind. Dann jedoch war der Wahlerfolg der extremen Rechten nicht so groß wie befürchtet und flächendeckend hieß es: Entwarnung.

Im Schwerpunkt zu den Wahlen findet Ihr Hintergrundberichte, Analysen und Ausblicke zu den Wahlkämpfen und Wahlergebnissen in Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und zur Bundestagswahl. Da wir diese Wahlen – vor allem auch was die neofaschistischen Parteien angeht – als entscheidend einschätzen, wollten wir aktuell darüber berichten. Deshalb haltet Ihr dieses Heft später als gewohnt in den Händen. Warum es alles andere als Entwarnung heißen muß und wir uns auf weitere Wahlergebnisse à la Sachsen-Anhalt gefaßt machen müssen, könnt Ihr ab Seite 4 lesen.

Im zweiten Schwerpunkt haben wir uns diesmal des Themas Euthanasie angenommen, das wir für unterbelichtet halten und auch in Zukunft stärker behandeln wollen. In diesem Bereich finden derzeit verheerende Entwicklungen statt, die eine Weichenstellung für die Zukunft bedeuten und die es nicht einfach hinzunehmen gilt. Ein erstes Heranführen an die Thematik findet Ihr ab Seite 21.

Abschied nehmen müßt Ihr mit dieser Ausgabe von dem erst drei Jahre alten Ressort »Frauen«. Die ursprüngliche Idee zu dieser Rubrik war, regelmäßig über den Bereich »Frauen in der rechten Szene« zu berichten, der in der Regel unter den Tisch fällt und nicht ernst genommen wird. Da sich aber der von Beginn an für dieses Ressort zuständige Kreis mittlerweile aufgelöst hat und es uns zunehmend schwerer fällt, AutorInnen zu finden, die kontinuierlich zu diesem Thema arbeiten und schreiben, haben wir nun die Konsequenz daraus gezogen und beschlossen, das Ressort aufzulösen. Artikel zum Thema werdet Ihr hoffentlich dennoch hin und wieder in den anderen Ressorts finden. Einen letzten Beitrag im Frauen-Ressort zu Frauen und rechtsextremer Publizistik gibt es ab Seite 53.

Das PDS-nahe Blatt Neues Deutschland schreckt nicht mehr davor zurück, rechten Autoren und ihrem chauvinistischen Nationalismus auf seiner Debattenseite ein Forum zu geben und sie somit weiter salonfähig zu machen. Und während es auch dem Schwarzbuch des Kommunismus gelingt, neurechte Standpunkte weiter in die gesellschaftliche Debatte einzubringen, entfacht der Berliner Innensenator und CDU-Rechtsaußen Jörg Schönbohm eine regelrechte rassistische Kampagne gegen die in Deutschland lebenden MigrantInnen. Diese Politik der Ausgrenzung, Abschottung und Diskriminierung manifestiert und fördert nicht nur den bestehenden Rassismus – so sind in Umfragen nach wie vor 52 Prozent der befragten BürgerInnen der Meinung, daß in Deutschland zuviele AusländerInnen leben würden: Diese bereits bekannte Unterteilung von Menschen in Rechthabende und Rechtlose bedeutet in der Konsequenz auch Verfolgung und Tod für die Ausgegrenzten. Für das vergangene Jahr vermelden die offiziellen staatlichen Zahlen den seit dem Zweiten Weltkrieg höchsten Stand an von Neofaschisten verübten Straftaten, die sich traditionell zu einem großen Teil aus rassistischen Übergriffen und Morden zusammensetzen. Wie Biedermann Schönbohm den Brandstiftern die geistigen Grundlagen schafft, könnt Ihr ab Seite 42 lesen; zum Thema PDS und Antifaschismus haben wir den sächsischen PDS-Landtagsabgeordneten Uwe Adamczyk interviewt.

Verstärkt sahen sich AntifaschistInnen in den vergangenen Monaten mit der Gleichsetzung mit Faschisten konfrontiert, die Totalitarismustheorie erlebt eine Renaissance. Offensichtlich ist dieses auf »neurechtem« Gedankengut basierende Konstrukt das einzige, was den Innenministern zu Rechtsruck, Rassismus und erstarkendem Neofaschismus einfällt. Um so wichtiger wird es für aktive AntifaschistInnen, in der Öffentlichkeit die eigenen Ansätze und Standpunkte offensiv und erklärend darzustellen, sowie deutlich zu machen, wer die wirklich Verantwortlichen sind.

Es gilt, den Faschisten weiter die Straße zu nehmen. Für Ignorieren und Totschweigen ist es lange zu spät. Das trägt heute höchstens dazu bei, daß die extreme Rechte irgendwann so stark ist, daß sich nur noch eine Minderheit traut, sich den Brandstiftern entgegenzustellen. Vielmehr sollten wir uns mit Mut, Spontanität und mehr Selbstverständlichkeit im Auftreten die Gegenden zurückholen, die nicht mehr unsere sind. Ohne den Nazis zu sehr hinterherzurennen, sollten wir eigene Akzente setzen, kulturelle und politische Initiativen gegen das ängstliche, gesellschaftliche Ducken vor den Rechten schaffen. Lösungen über den eigenen Tellerrand hinaus, an jedem Ort ein anderer Ansatz, bunt und vielseitig lautet die Devise.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Eure AIB-Redaktion



Peinlich, peinlich, Herr Uhrlau:
Wir wissen ja, daß die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern sich in den geistigen Spagat begeben, das AIB einerseits systematisch auszuwerten und unsere Informationen ohne Quellenangaben zu verwenden, und andererseits gegen uns zu hetzen. Der unter Ihrer Führung stehende Hamburger VS hat sich in seinem Bericht für 1997 nun aber einen Patzer von neuer Qualität erlaubt. Nicht nur, daß er ohne Nachfrage und Bezahlung ein aus unserer Ausgabe 41, Seite 33 stammendes Bild verwendet hat. Ihre Beamten wählten auch noch zielsicher ein von uns deutlich verfremdetes Foto aus, so daß wir selbiges sofort wiedererkennen konnten.





Ab durch die Mitte, oder

Trotz aller Skepsis über die Perspektiven: Das Wahlergebnis der Bundestagswahlen ist aus linksradikaler Perspektive das beste realistisch denkbare Ergebnis gewesen. Eine rot-grüne Regierungskoalition mit der PDS als Linksopposition könnte jedenfalls einen größeren gesellschaftlichen und politischen Spielraum bedeuten, als es ihn in den letzten 16 Jahren gab. Schwere Verluste haben dagegen die CDU und CSU hinnehmen müssen. Traditionell orientieren sich die Entwicklungen am rechten Rand des Parteienspektrums an der Union. Wie also geht es nun weiter? Bricht die Union auseinander? Driftet sie weiter nach rechts? Wir finden die Tendenzen – bei Redaktionsschluß eine Woche nach den Bundestagswahlen – noch nicht eindeutig. Trotzdem wollen wir versuchen, einen ersten Überblick über mögliche Varianten zu geben.

Im Gegensatz zu den Bundestagswahlen 1994 spielten die Themen »Innere Sicherheit« und »Ausländerpolitik« keine vorherrschende Rolle – weder in der Parteienpropaganda, mit Ausnahme der CSU, noch bei der Entscheidung der meisten WählerInnen. Der Mehrheit ging es offensichtlich um einen Wechsel bei der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Ob die dabei in eine rot-grüne Regierungskoalition gesetzten Erwartungen einen realen Hintergrund haben, bleibt eine spannende Frage. Für den wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich könnte entscheidend sein, inwieweit der ArbeitnehmerInnenflügel und die Gewerkschaften innerhalb der SPD ihren Einfluß geltend machen können. Eine wichtige Veränderung wurde zumindest im Bereich »Ausländerpolitik« angekündigt: Sowohl die SPD als auch die Grünen wollen das Staatsbürgerschaftsrecht ändern; für viele MigrantInnen wäre dann die doppelte Staatsbürgerschaft kein unerreichbarer Traum mehr. Auch das rassistische Abstammungsrecht soll verändert werden.

Für Asylsuchende wird dagegen vermutlich alles beim Alten bleiben: Die Abschottung der Festung Europa ist von SPD-Politikern und Parteigremien maßgeblich mitforciert worden; das rassistische Asylbewerberleistungsgesetz wurde mit den Stimmen der SPD-regierten Bundesländer verabschiedet. Auch in Bezug auf die Innere Sicherheit scheint vor allem die SPD auf Altbewährtes zu setzen. So will man beispielsweise am großen Lauschangriff nicht rütteln. Es wird wichtig sein, zu beobachten, inwieweit gerade in den Bereichen Strafvollzug/Strafrecht und bei der »Nulltoleranz-Politik« Veränderungen angestrebt werden. Ob sich außenpolitisch etwas verändern wird, ist noch unklar. Hier stellt sich für AntifaschistInnen insbesondere die Frage, inwieweit der aggressive Expansionskurs in Osteuropa und deutsche Militäreinsätze sowie »Diplomatie«-Interventionen mit der Brechstange à la Bosnien ein Ende finden.

Das rechte Lager

Für die weitere Entwicklung im rechten Lager wird eine Schlüsselrolle spielen, wie sich die CDU/CSU nach ihrer Wahlniederlage verhält (zu den Rechtsparteien selbst s. Artikel ab S. 5). Zum Zeitpunkt unseres Redaktionsschlusses war in der Union ein offener Kampf zwischen den unterschiedlichen Flügeln ausgebrochen, in dem sich bislang keine Fraktion durchsetzen konnte. Am Ende dieses Streits zwischen rechtskonservativen, neoliberalen und wieder stärker in die Mitte tendierenden Unionsfunktionären, die ihre Integrationsfigur HELMUT KOHL verloren haben, wären drei Varianten denkbar.

➡ Die CDU/CSU ändert ihr politisches und personelles Profil, verläßt den Hardliner-Kurs von ex-Innenminister MANFRED KANTHER und WOLFGANG SCHÄUBLE und orientiert sich mehr zur Mitte. Diese Forderung wird von jüngeren Funktionären sowie u.a. vom saarländischen CDU-Vorsitzenden Peter Müller erhoben, der eine stärkere soziale Ausrichtung der CDU forderte: *»Es reicht nicht, daß die Union mit ökonomischer Kompetenz verbunden wird.«* Daneben müsse die soziale Gerechtigkeit ein erkennbares Thema sein. Das sei in den vergangenen Jahren aufgrund der Rücksichtnahme gegenüber der FDP in der Koalition verlorengegangen.

CDU-Rechtsaußen Jörg Schönbohm



Sollte die CDU/CSU einen derartigen Kurswechsel vornehmen, würde am rechten Rand ein Vakuum entstehen, das dann von den rechtsextremen Parteien wie der DVU, der NPD und den REPS ausgefüllt werden könnte. Die rechten Parteien könnten sich so als die »wahren Vertreter« des unzufriedenen und heimatlosen, nationalistischen und rassistischen Wählerpotentials sowie der Vertriebenenorganisationen profilieren und ihre WählerInnenbasis auf Kosten der CDU/CSU ausbauen.

➡ Andererseits wäre es auch möglich, daß die CDU/CSU ihren derzeitigen Kurs beibehält oder noch weiter nach rechts rückt. Auch für diese Position gibt es genügend VertreterInnen innerhalb beider Parteien, insbesondere in der CSU. Dabei geht es nicht nur um die Asyl- und Einwanderungspolitik, in der die CSU ohnehin unbeirrt ihren Hardlinerkurs fährt. Auch in wirtschafts- und sozialpolitischen Bereichen fordern Spitzenpolitiker der Union eine härtere Linie. *»Die Macht der großen Koalition der Sozialpolitiker von CDU und SPD«* müsse endlich gebrochen werden, forderte beispielsweise der sächsische Wirtschaftsminister KAJO SCHOMMER. Er verlangte gleichzeitig einen personellen Wechsel sowie die komplette Entmachtung von Kohl und dessen Vertrauten innerhalb der Partei. Auch die durchaus einflußreichen Vertriebenenverbände drängen darauf, daß die Unionsparteien weiterhin ihren Kurs stützen.

Sollte die CDU/CSU noch weiter nach rechts abdriften, könnte sie zumindest Teile der Rep-Basis weiter integrieren. Es käme zu einer gesellschaftlichen und politischen Polarisierung ähnlich wie zu Anfangszeiten der sozialliberalen Koalition in den 70er Jahren. Und ähnlich wie damals könnte dann ein Teil der militanten Neonaziszene noch weiter in den terroristischen Bereich gehen und versuchen, durch Terroranschläge ein Klima der Destabilisierung und Unsicherheit zu schaffen. Dabei könnten sich dann sowohl die



doch weiter nach rechts?

CDU/CSU als auch rechtsextreme Parteien als »Hüter von Recht und Ordnung« profilieren. Erste Anzeichen für eine derartige Entwicklung gibt es bereits: Im THULE-NETZ rufen Nazis seit dem 27. September dazu auf, *»in den Untergrund«* abzutauchen. Weiter heißt es: *»Wie in jeder verarmten multikulturellen Gesellschaft«*, werde es *»auch in der BRD zum Bürgerkrieg kommen«*. Und: *»Bereitet Euch auf den Tag X vor.«*

➡ Oder aber die Union bricht auseinander. Das heißt, die CSU verläßt die Union und versucht, sich als bundesweite Rechtspartei zu etablieren. Überlegungen und auch konkrete Ansätze in dieser Richtung gab es seit den 70er Jahren mehrfach. Letztendlich war die Gründung der Reps eine Reaktion darauf, daß die CSU diesen Schritt in den 80er Jahren dann doch nicht vollzogen hat. Sollte die Union tatsächlich zerfallen und die CSU als bundesweite Partei antreten, ist davon auszugehen, daß eine noch rechtere CSU die Vertriebenen sowie Teile der Republikaner und der DVU integrieren wird und immer weiter ins rechtsextreme Fahrwasser drängt.

Was bleibt ?

Niemand kann ernsthaft davon ausgehen, daß rassistische Übergriffe, neonazistische Organisierung und ein zunehmender Nationalismus und Revanchismus nach dieser Wahl plötzlich aus der Gesellschaft verschwinden. Das rechte und rechtsextreme WählerInnenpotential ist nach wie vor vorhanden. Es hat sich bei dieser Wahl nur an der Zuspitzung »Kohl oder Schröder« orientiert. Niemand kann sagen, ob zukünftige Protestbewegungen, die mit der rot-grünen Regierungspolitik unzufrieden sind, nach links oder rechts tendieren werden. Ebenso unklar ist noch, inwieweit sich durch das Wahlergebnis ein gesellschaftliches Klima, das in den letzten Jahren immer weiter nach rechts gerückt ist, verändern wird.

Für AntifaschistInnen haben sich die politischen Aufgaben und Schwerpunkte jedenfalls nicht verändert. Nach wie vor ist es dringend notwendig, sowohl gegen institutionellen als auch alltäglichen Rassismus vorzugehen, konkrete antifaschistische Aufklärungs- und Bündnisarbeit vor Ort zu machen sowie Neonazistrukturen zu benennen und anzugehen. Positiv könnte es sich auswirken, wenn es der antifaschistischen Bewegung gemeinsam mit anderen sozialen Bewegungen gelingen sollte, aus ihrer Defensive und der Politik des ständigen Reagierens und Verteidigens herauszukommen und stattdessen offensiv und konkret linksradikale Positionen eingefordert würden. Zumindest könnte so versucht werden, den gesellschaftlichen und politischen Spielraum wieder zu erweitern und die Grenzen des Machbaren neu zu definieren. ■

Obwohl die Wahlergebnisse der extremen Rechten niedriger ausfielen als befürchtet, sind sie ein weiter(er) Schritt in Richtung Etablierung einer Rechtspartei. Eine Wahlanalyse und Ausblicke.

Wie weit ist es von Magdeburg nach Bonn?

Enttäuschung machte sich breit bei den extrem rechten Parteien, als am Abend des 27. September die ersten Prognosen über die Bildschirme flimmerten und klar wurde, daß die Ergebnisse weit hinter den Hoffnungen zurückgeblieben waren: Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis erhielten die REPS 1,8 Prozent der Stimmen, die DVU 1,2 und die NPD kam auf 0,3 Prozent. Der BUND FREIER BÜRGER (BFB) schaffte immerhin 0,2 Prozent und die auf das gleiche Wählerklientel abzielende INITIATIVE PRO DM erhielt aus dem Stand überraschende 0,9 Prozent. Die ÖDP landete bei 0,2 Prozent, während DIE BÜRGERRECHTSBEWEGUNG SOLIDARITÄT (BüSo) mit 9.682 Stimmen (0,0 Prozent) eines der schlechtesten Ergebnisse überhaupt erzielte.

Als noch enttäuschender insbesondere für DVU und NPD entpuppte sich das Ergebnis der Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern. Die GERHARD FREY-Partei DVU hatte hier einen Schwerpunkt gesetzt und ein ähnliches Ergebnis wie nur wenige Monate zuvor in Sachsen-Anhalt erwartet, wo sie 12,9 Prozent der Stimmen erhalten hatte. An der Ostseeküste wurden es am 27. September schließlich nur 2,9 Prozent und auch die NPD, die ihre ganze Kraft auf den Landtagswahlkampf konzentriert hatte, schnitt mit 1,1 Prozent der Stimmen wesentlich schlechter ab als erwartet. Die Reps landeten durch Antritt und Schwerpunktsetzung der beiden anderen Parteien deutlich abgewertet bei 0,5 Prozent. Im Vorfeld war den Neofaschisten in dem nordöstlichen Bundesland ein Wählerpotential von über 15 Prozent prognostiziert worden, ein Einzug von zwei der extrem rechten Parteien in den Landtag schien möglich (zur Wahl in Mecklenburg-Vorpommern siehe Artikel S. 11).

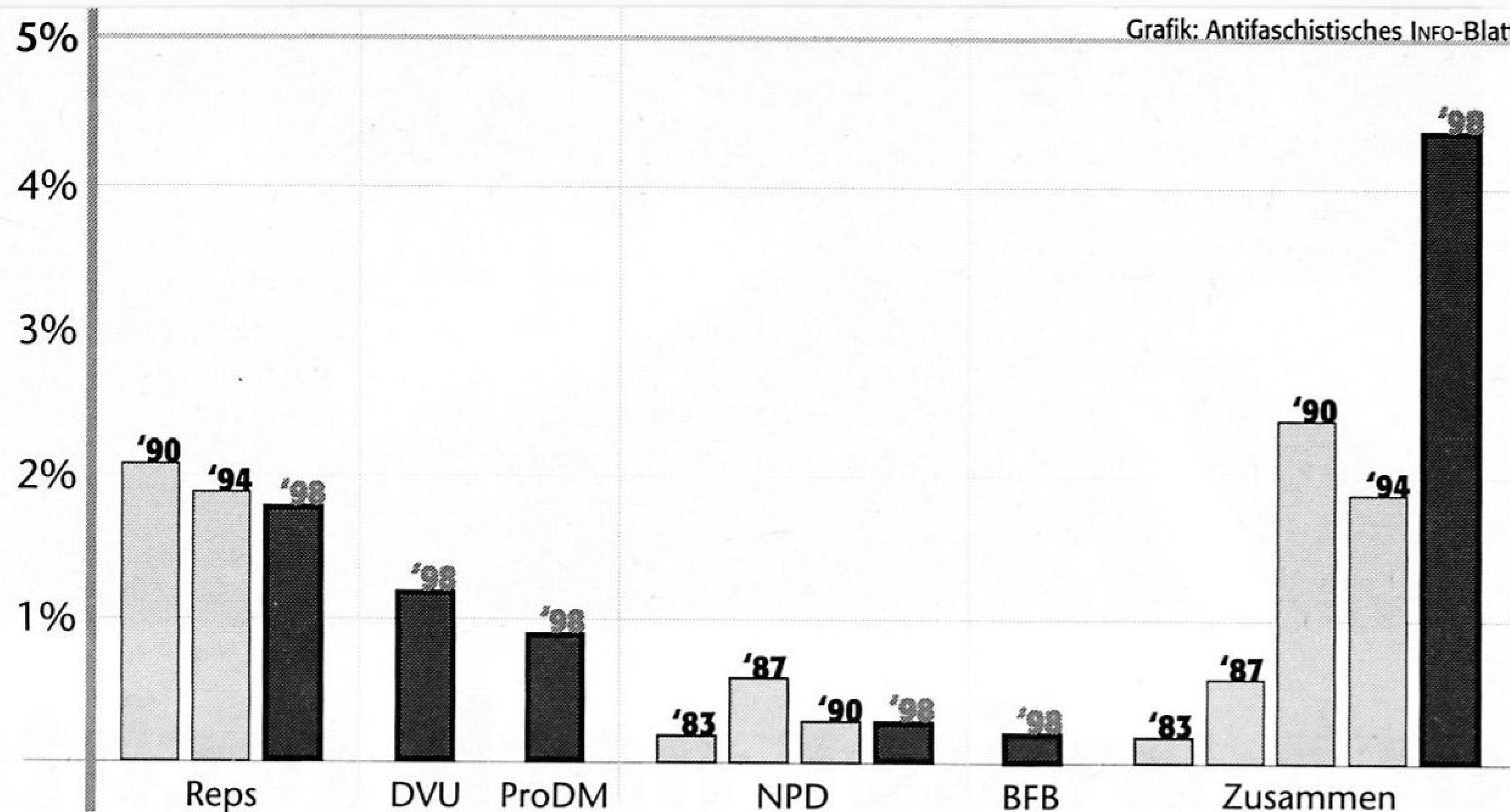
Während die NPD sich nach Bekanntwerden der Ergebnisse nüchtern gab und mit der Wahlkampfkostenrückerstattung in die Zukunft blickt, ging die DVU noch am Abend des 27. September auf Tauchstation. Lediglich Rep-Chef ROLF SCHLIERER war bemüht, aus den Hochrechnungen einen Erfolg für seine Partei herauszulesen.

Auch wenn die Wahlergebnisse der extremen Rechten um einiges hinter den Befürchtungen zurückgeblieben sind, stellen sowohl Bundes- als auch Landtagswahl alles andere als eine Entwarnung dar. Nicht nur, daß die neofaschistischen Parteien zusammengenommen ihren Stimmenanteil – im Vergleich zu den vorangegangenen Wahlen – erheblich steigern konnten. Sie bereiten sich auch bereits auf die Landtags- und Europawahlen im kommenden Jahr vor, bei denen sie mit wesentlich mehr Prozenten rechnen können. Die statistisch immer wieder ermittelten 12 bis 17 Prozent der Bevölkerung mit geschlossen rechtsextremem Weltbild sind nach wie vor vorhanden; ebenso das Potential der RechtswählerInnen, das auf bis zu 20 Prozent geschätzt wird. ➡

Prozente rechts von der Union

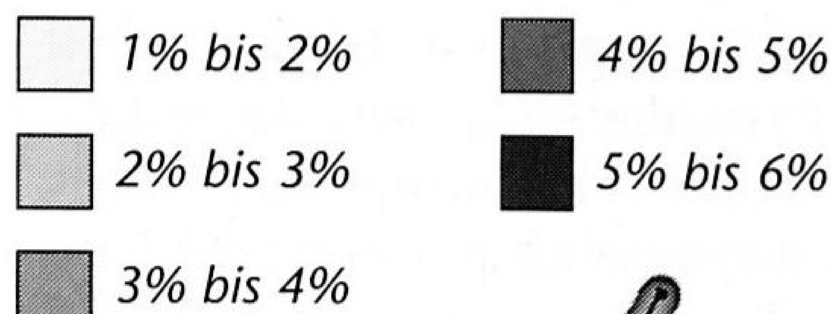
Zweitstimmenergebnisse der Parteien rechts von der Union bei Bundestagswahlen seit 1983

Berücksichtigt wurden nur die relevanten Parteien rechts von der Union mit überregionaler Bedeutung. Keinen Eingang fanden beispielsweise ödp, DSU, EAP, Bürgerrechtsbewegung Solidarität. Ebenfalls nicht berücksichtigt sind neonazistische Parteien, die nur aus taktischen Gründen antraten (Anerkennung als Partei durch Wahlteilnahme), wie z.B. die FAP.
Bei den Bundestagswahlen '83 und '87 handelt es sich um die Werte des ehemaligen Bundesgebiets ohne West-Berlin.



Die Rechtsparteien in den Ländern

Zusammengezählte Zweitstimmenergebnisse von Reps, DVU und NPD bei der Bundestagswahl



Berlin
Zusammen: 4,9 %
Reps: 2,4 %
DVU: 2,1 %
NPD: 0,4 %

Hamburg
Zusammen: 2,8 %
DVU: 2,1 %
Reps: 0,6 %
NPD: 0,1 %

Schleswig-Holstein
Zusammen: 1,9 %
DVU: 1,3 %
Reps: 0,4 %
NPD: 0,2 %

Mecklenburg-Vorpommern
Zusammen: 4,3 %
DVU: 2,7 %
NPD: 1,0 %
Reps: 0,6 %

Bremen
Zusammen: 2,4 %
DVU: 1,6 %
Reps: 0,6 %
NPD: 0,2 %

Niedersachsen
Zusammen: 1,6 %
Reps: 0,9 %
DVU: 0,6 %
NPD: 0,1 %

Brandenburg
Zusammen: 5,2 %
DVU: 2,7 %
Reps: 1,7 %
NPD: 0,8 %

Sachsen-Anhalt
Zusammen: 4,1 %
DVU: 3,2 %
Reps: 0,6 %
NPD: 0,3 %

Nordrhein-Westfalen
Zusammen: 2,0 %
Reps: 1,0 %
DVU: 0,9 %
NPD: 0,1 %

Sachsen
Zusammen: 5,7 %
DVU: 2,6 %
Reps: 1,9 %
NPD: 1,2 %

Thüringen
Zusammen: 4,5 %
DVU: 2,9 %
Reps: 1,6 %

Hessen
Zusammen: 3,6 %
Reps: 2,3 %
DVU: 1,0 %
NPD: 0,3 %

Rheinland-Pfalz
Zusammen: 3,0 %
Reps: 2,1 %
DVU: 0,7 %
NPD: 0,2 %

Bayern
Zusammen: 3,3 %
Reps: 2,6 %
DVU: 0,6 %
NPD: 0,1 %

Saarland
Zusammen: 2,4 %
Reps: 1,2 %
DVU: 0,9 %
NPD: 0,3 %

Baden-Württemberg
Zusammen: 4,7 %
Reps: 4,0 %
DVU: 0,6 %
NPD: 0,1 %

Grafik: Antifaschistisches Info-Blatt

Die Gründe für das unerwartet schlechte Abschneiden der extrem rechten Parteien bei den Wahlen sind vielschichtig. Seit jeher sind bei Wahlen zum Bundestag wesentlich weniger WählerInnen so risikofreudig, außerhalb des etablierten Parteienspektrums ihre Stimmen zu verteilen, als beispielsweise bei Landtags-, Kommunal- oder Europawahlen. Das bekam der rechte Rand in diesem Jahr einmal mehr zu spüren. Verschärfend kam hinzu, daß die Wahl am 27. September – im Unterschied zu den beiden vorangegangenen Bundestagswahlen – stark von der Kanzlerwahl und den Spitzenkandidaten Schröder und Kohl geprägt war. Viele potentielle RechtswählerInnen werden ihre Stimme dafür eingesetzt haben, Kohl zu halten oder aber die Chance zu nutzen, ihn abzuwählen. Eine Dynamik, die sich ohne Zweifel auch auf die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern ausgewirkt hat, welche wie ein ostdeutsches Abbild der Bundestagswahl wirkt.

Das mit Abstand wichtigste Wahlthema waren soziale Fragen und die Massenarbeitslosigkeit. An diesen Punkten wurde die Wahl gewonnen und verloren, wovon sicher nicht nur CDU/CSU und FDP betroffen waren. Auch die neofaschistischen Parteien gelten in Sachen Soziales – im Gegensatz zum Beispiel zum Thema Asyl – kaum als kompetent. Während des Wahlkampfes gelang es weder Reps oder DVU mit ihren Parolen von den »*Arbeitsplätzen für Deutsche*«, noch der NPD mit ihrer Phrase vom »*nationalen Sozialismus*«, sich auf diesem Gebiet entscheidend zu profilieren. Jedenfalls nicht derart, daß ein größerer Teil der Bevölkerung bereit gewesen wäre, der extremen Rechten die Verantwortung für dieses Thema zu übergeben.[1] Die Ausfälle von CDU und SPD in Sachen »Innerer Sicherheit« und Asyl dürften auch ihren Teil dazu beigetragen haben, daß die Stimmenanteile der Rechten kleingehalten wurden.

Einen weiteren Grund für das schlechte Abschneiden können sich die Rechten und insbesondere die NPD selbst zuschreiben: Ihr militärisches Aufmarschieren unter Trommelschlägen und wehenden Fahnen schreckt zumindest vorerst noch ab. Ein Effekt, der sich auch auf die anderen Rechtsparteien ausgewirkt haben dürfte und den auch der mecklenburg-vorpommersche NPD-Spitzenkandidat Torsten Kowalski nicht verhindern konnte: Auf dem NPD-Wahlkampfabschluß in Rostock wirkte der Glatzkopf im Anzug ebenso lächerlich wie seine flehentliche Bitte an die BürgerInnen, doch zu glauben, daß die Neonazis gar nicht die

bösen Gewalttäter seien. Solange zu seinen Füßen an der Tribüne ein Heer haßerfüllt dreinschauender, glatzköpfiger Jungmänner aggressive Parolen brüllt, JournalistInnen anpöbelt und sich bei jeder Gelegenheit mit wem auch immer schlägt, wird seine Bitte wohl kaum Erfolg haben. Der Abschreckungseffekt gekoppelt mit dem »Schock« von Sachsen-Anhalt und der andauernden warnenden bis ironisierenden Medienberichterstattung über die rechten Parteien dürften ihr Übriges getan haben.

Wohin führt der rechte Weg?

Daß die extreme Rechte nicht die vielerorts befürchteten großen Stimmengewinne verbuchen konnte, kann sicher kein Grund zur Beruhigung oder gar Entwarnung sein: Trotz der oben beschriebenen schlechten Ausgangspositionen für die Neofaschisten haben weit mehr als zwei Millionen Menschen mit ihrer Zweitstimme rechte Parteien gewählt. Damit konnte die extreme Rechte ihren Stimmenanteil im Gegensatz zu den vergangenen Bundestagswahlen erheblich ausbauen und, daran gemessen, einen wichtigen Erfolg verbuchen – auch wenn dieser geringer ausfiel, als von ihnen erhofft.

Ein Blick zurück: Noch vor zehn Jahren waren es rechts der Union lediglich die Reps, die sich kontinuierlich entwickelten und Chancen hatten, nicht in der parteipolitischen Bedeutungslosigkeit zu verschwinden. Die Partei Franz Schönhubers hatte hin und wieder Erfolge, wie beispielsweise in Berlin und Baden-Württemberg. In dem südwestdeutschen Bundesland schaffte sie 1996 mit 9,1 Prozent als erste rechtsextreme Partei in der Geschichte der Bundesrepublik den Wiedereinzug in einen Landtag. Derweil war die DVU hinzugekommen und Mitte der neunziger Jahre restaurierte sich die NPD mit Hilfe der Neonazi-Szene zu einer wieder ernstzunehmenden Partei. Neben diesen drei Favoriten der extremen Rechten traten bei der Bundestagswahl am 27. September nicht weniger als ein halbes Dutzend Parteien rechts von der Union an. Das Parteienspektrum am rechten Rand hat sich also deutlich erweitert und differenziert und kann heute auf ein Wählerpotential zugreifen, von dem die Reps vor zehn Jahren nur träumen konnten.

Längst sind viele Tabus gebrochen. Die Rechten tauchen als ernstzunehmender Faktor in nahezu jeder Wahlberichterstattung auf, haben das Image der Provokation abgelegt und auch das Bild vom »Protestwähler« läßt sich nicht mehr aufrechterhalten. Nach einer Entscheidung des Berliner Verwaltungsgerichts vom August diesen Jahres dürfen die Reps bereits nicht mehr als rechtsextrem eingestuft werden, da es nicht genügend Anhaltspunkte für die Verfolgung verfassungsfeindlicher Ziele durch die Partei gäbe. Es scheint nur noch eine Frage der Zeit, bis ein Herr Schönhuber oder ein Herr Voigt am Tisch der »Bonner Runde« Platz nehmen dürfen.

Eine Frage der Zeit

Seit Beginn des jüngsten Aufschwungs der extremen Rechten in den 80er Jahren haben wir es folgerichtig mit einem wachsenden rechten Wählerpotential und erfolgreicher werdenden neofaschistischen Parteien zu tun. Dafür stehen nicht nur die 12,9 Prozent der DVU in Sachsen-Anhalt, die damit den größten Wahlerfolg einer extrem rechten Partei in der Geschichte der Bundesrepublik einfuhr. Wie die Grafiken zeigen, handelt es sich vielmehr um eine kontinuierliche Entwicklung: Nach 15jähriger Erfolglosigkeit seit dem Scheitern der alten NPD Anfang der siebziger Jahre meldeten sich die Rechtsparteien Ende der achtziger Jahre wieder auf der parteipolitischen Bühne zurück. Wenn auch regional noch relativ unterschiedlich, so ist das Streben nach Wahlerfolgen doch von steigendem Erfolg gekrönt.

In dieser Entwicklung waren die Wahlen am letzten September-Wochenende ein weiterer Schritt. Alle Parteien rechts von der Union zusammengenommen konnten ihren Stimmenanteil im Gegensatz zu 1994 mehr als verdoppeln. Die Reps erhielten nur 0,1 Prozent weniger als vor vier Jahren, dafür kam die DVU auf Anhieb auf 1,2 Prozent und auch die generalüberholte NPD konnte quasi aus dem Stand 0,3 Prozent für sich verbuchen.

Ebenfalls als Zeichen der kontinuierlichen Aufwärtsbewegung der rechten Parteien muß die Wählerwanderung gewertet werden: DVU und

Die rechten Parteien im Einzelnen

Reps

Die Schlierer-Partei – vor allem im südlichen Teil Westdeutschlands stark – konnte ihr Ergebnis von vor vier Jahren trotz DVU-Konkurrenz nahezu halten. Bei den Erststimmen legte die Partei sogar um einiges zu. Damit sind die Reps im Bund nach wie vor stärkste extrem rechte Partei – sie investierten mit geschätzten fünf Millionen Mark aber auch das meiste Geld in den Wahlkampf. DVU-Chef Frey gab für die Wahlkämpfe schätzungsweise nur etwa drei Millionen Mark aus.

Parteichef Schlierer tut zwar so, als wäre er mit dem Wahlergebnis relativ zufrieden und sein Kurs der richtige, kann dies aber Teilen seiner Partei schon seit Sachsen-Anhalt nicht mehr wirklich verkaufen. Der dem Parteichef treue Berliner Landesverband gibt unterdessen Durchhalteparolen aus. In einem internen Rundschreiben vom August heißt es mit Hinweis auf die »*Irrlichter*« DVU, NPD und BFB: »*Halten wir also Kurs und behalten wir die Nerven.*« Für die Bayernwahl hatten sich die Berliner in dem Papier schon einen Einzug ausgerechnet und gehofft, daß in diesem Falle die »*Karten für die Bundestagswahlen im Bereich der Rechtsparteien sowieso neu gemischt*« werden würden. Die Ergebnisse vom 27. September waren nach dem Scheitern in Bayern (3,6 Prozent) dann allerdings Öl ins Feuer des parteiinternen Streits. Der gegen den gemäßigten, abgrenzenden Schlierer-Kurs opponierende Parteiflügel um den Bundesvize Christian Käs fühlte sich bestätigt und forderte umgehend eine Bewegung in Richtung DVU bzw. zumindest Gespräche. Schlierer hingegen lehnte ein auf den Wahlsonntag folgendes Gesprächs-Angebot aus dem Hause Frey ab und erklärte: »*Wir bleiben mit Abstand die führende Kraft im rechten Spektrum.*« Gleichzeitig kündigte der Parteichef an, sich um einen engeren Zusammenschluß mit DSU und BFB bemühen zu wollen.

Bleibt die Frage, ob Schlierer sich durchsetzt und Gespräche mit der DVU weiter zum Parteiausschluß führen, ob Schlierer gekippt wird, wie er es selbst einst mit Schönhuber tat, oder ob sich die Partei spaltet. Jede dieser Varianten würde jedenfalls einen deutlichen Umbau des Spektrums rechts der Union nach sich ziehen, der als Folge der Wahlergebnisse ohnehin anstünde. Für eine einvernehmliche Lösung innerhalb der Reps scheinen die Erfolge zu rar gesät, die Risse zu tief.

DVU

Der Frey-Verein DVU war wohl am wenigsten auf den unerwartet klein ausgefallenen Wahlerfolg gefaßt. Nicht nur die Alibi-Statthalter aus Mecklenburg-Vorpommern, die sich offensichtlich eines Ergebnisses à la Sachsen-Anhalt schon sicher gewesen waren, zogen sich am Wahlabend beleidigt zurück und waren für niemanden zu sprechen. Auch in der Münchner Parteizentrale ging man zunächst auf Tauchstation. Am nächsten Tag gaben sich Gerhard Frey und sein Sprecher Bernd Dröse dann selbstsicher, blickten nach vorn und teilten Seitenhiebe gegen die Konkurrenz aus. Neben dem Gerede von der »*stärksten rechten Kraft*« DVU gaben sie aber auch die Einsicht kund, die Rechte müsse »*einen Weg der Zusammenarbeit*« finden: »*Das vorrangige Mindestziel ist jetzt einstweilen, sich bei Wahlen nicht zu blockieren und jeden rechten Bruderkrieg [...] zu unterlassen.*« Daß Gerhard Frey dabei vor allem auf seinen eigenen Vorteil bedacht ist, darauf kann man sich verlassen und auch Reps und NPD scheinen derzeit nicht zur Beendigung des »*Bruderkriegs*« bereit.

Ein rechtes Bündnis forderte nach der Wahl auch der ex-Rep-Chef und jetzige DVU-Kandidat Franz Schönhuber, der in seinem Wahlkreis nur 0,6 Prozent der Stimmen erhielt. Im Gegensatz zu Frey, der den Reps Gespräche an-



Ein typisches Bild für den vor allem in Mecklenburg-Vorpommern geführten Wahlkampf der NPD: Jugendliche Neonazis auf einem Aufmarsch am 14. Juni in Anklam.

bot, fordert Schönhuber, der sich nach dem 27. September vorsichtig von der DVU und dem Führungsstil Freys distanzierte, eine Annäherung an die NPD. Für den Fall eines Ausbleibens eines DVU-Erfolgs bei den Europawahlen kündigte Schönhuber seinen Rückzug von der DVU und Frey an.

Die vergangenen Bundestagswahlen haben auch gezeigt, daß es der DVU im Gegensatz zu den Reps nur mäßig gelingt, einen bundesweiten Wahlkampf zu führen. Für einen Landtagswahlkampf wie in Sachsen-Anhalt mag die Mannschaft aus München zusammen mit einigen Helfershelfern genügen. Längerfristig aber wird eine Phantom-Partei mit der Struktur der DVU kaum Erfolg haben. Da hilft auch die aus dem Sachsen-Anhalt-Erfolg gewachsene Selbstüberschätzung der Frey-Truppe nichts. Bleibt abzuwarten, wie weit die DVU ohne die schwindende Selbstsicherheit durch vergangene Erfolge kommen wird.

Derweil scheint die Möglichkeit einer Umstrukturierung bei dem Frey-Verein nicht mehr gänzlich ausgeschlossen: Die jüngere Funktionärsriege in Person des Berliner Parteichefs Olaf Herrmann (23), des Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, Sven Elske (22), und Gerhard Frey junior (29) drängt auf eine größere Eigenständigkeit der Landesverbände und fordert den Aufbau arbeitsfähiger Strukturen außerhalb der Münchner Parteizentrale.

NPD

Die NPD hat ihre selbstgesteckten Wahlziele nicht erreicht: Weder schafften die Neonazis die für die Wahlkampfkostenrückerstattung nötigen 0,5 Prozent bei der Bundestagswahl, die beim Schwerpunktwahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern mitgeholt werden sollten. Noch kann man die 1,1 Prozent bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern als Achtungserfolg – geschweige denn als verpaßten Einzug – bezeichnen. Und das, obwohl die Mannen um Parteichef Udo Voigt die Führungsspitze der Partei für Monate an die Ostsee verlegt hatten und man einen überaus aktiven Wahlkampf mit zahlreichen Aufmärschen, täglichen Info-Ständen und vielen auf ein Medienecho bedachten Aktionen führte.

Nichtsdestotrotz sind die Wahlergebnisse der Partei, ihre verhältnismäßig guten, weiter im Ausbau begriffenen Strukturen und insbesondere ihr langfristig angelegtes Konzept nicht zu verkennen. In der Ausgabe 9/98 des den österreichischen Freiheitlichen nahestehenden Magazins AULA schreibt Parteichef Voigt: »*Erst wenn wir den ‚Kampf um die Straße' endgültig für uns entschieden haben, ist der ‚Kampf um die Parlamente' mit der Aussicht zu führen, keine schnell verschwindenden Proteststimmen zu kanalisieren, sondern eine dauerhafte nationale Kraft im Nachkriegsdeutschland zu etablieren.*« Es gehe der NPD nicht um kurzfristige Wahlerfolge, »*sondern um langfristige, kontinuierliche Aufbauarbeit*«.

Gleich nach Bekanntwerden der Wahlergebnisse, die die strategischen Pläne des NPD-Chefs offensichtlich kaum behindern, kündigte Voigt an, nun alle Kraft auf die Landtagswahlen in Sachsen im kommenden Sommer legen zu wollen. Bereits eine Woche nach der Bundestagswahl stellte der sächsische Landesverband, der bundes-

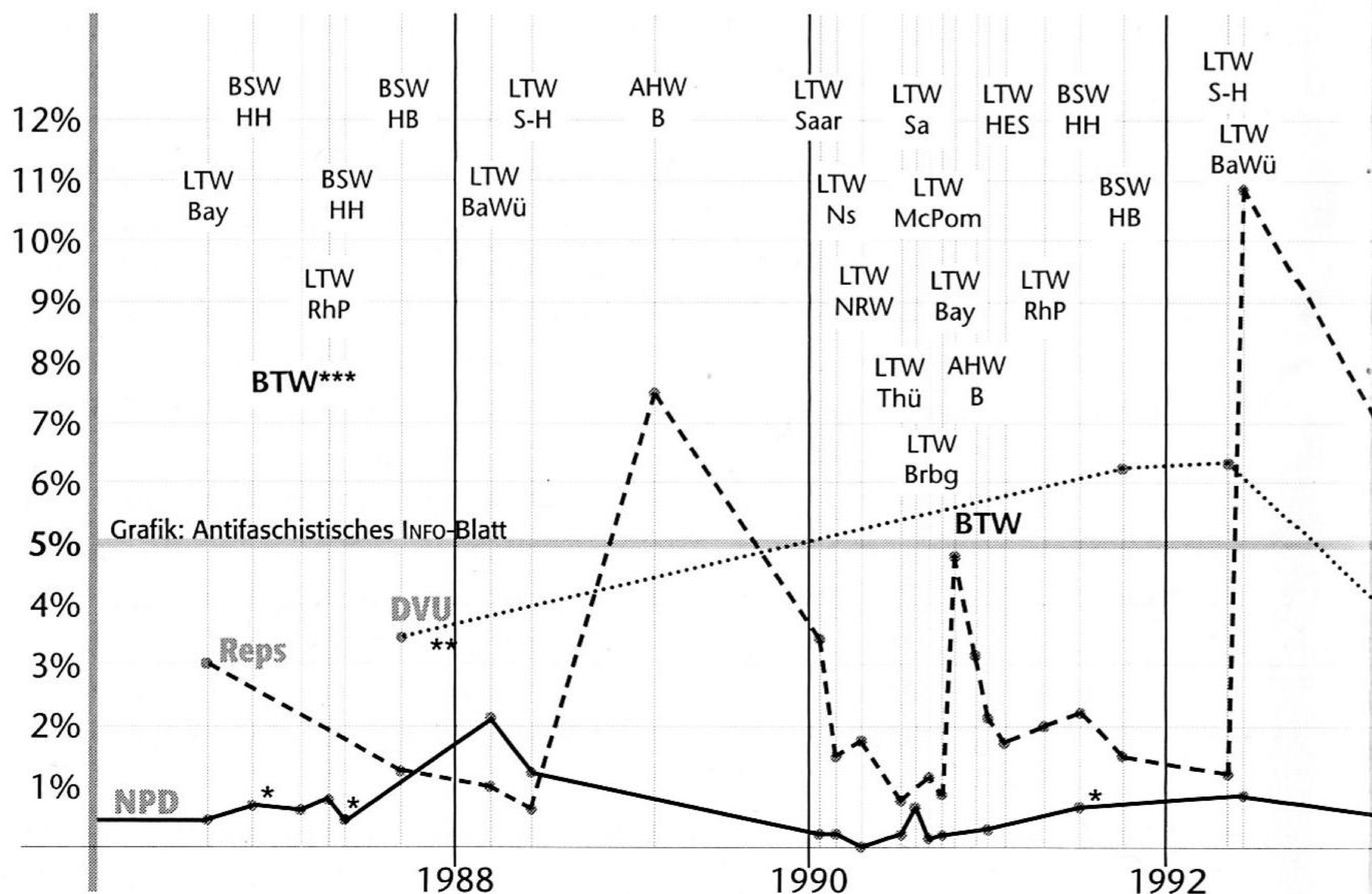
Reps zusammengenommen gewannen im Vergleich zur Wahl vor vier Jahren nicht nur von der CDU mehr Stimmen, als sie an diese abgaben. Als einzige Partei konnte die DVU auch der ansonsten von allen Parteien gewinnenden SPD WählerInnen abringen (0,08 Prozent). Die Reps verloren an die SPD lediglich 0,03 Prozent, womit es den rechten Parteien als einzigen gelang, der SPD mehr Stimmen abzunehmen, als diese von ihnen gewann. Neben den üblichen Hochburgen der verschiedenen extrem rechten Parteien in einzelnen Wahlkreisen, kamen die drei aussichtsreichsten Kandidaten der extremen Rechten, DVU, Reps und NPD, zusammengenommen in vielen Wahlkreisen insbesondere in Ostdeutschland bereits über die Fünf-Prozent-Hürde. In Sachsen und Brandenburg schafften sie dies sogar landesweit.

In Mecklenburg-Vorpommern ist die DVU nach Sachsen-Anhalt zum zweiten Mal viertstärkste Partei vor FDP und Grünen geworden, auch wenn der Frey-Partei diesmal der Sprung in den Landtag nicht gelang. Daß sich dies bald ändert, dafür könnten neben den bereits genannten Gründen in Zukunft auch die Jung- und ErstwählerInnen sorgen: Bundesweit votierten fünf Prozent der ErstwählerInnen für die DVU, im Osten waren es sogar acht Prozent. Unter den 18- bis 24jährigen gaben bundesweit sieben Prozent extrem rechten Parteien ihre Stimme. Mittlerweile ist nicht mehr nur die NPD um die jungen WählerInnen bemüht. Auch die Reps, die mit der Wahlkampfzeitung Junge Deutsche ein auf Jungwähler zugeschnittenes Blatt in einer Auflage von etlichen Zehntausend Exemplaren herausgaben, versuchen, das in dieser Altersklasse besonders große rechte Wählerpotential auszuschöpfen. Bei der DVU gibt es ähnliche Ansätze.

Ausblicke

Es scheint »nur« noch eine Frage der Zeit, bis die anhaltende Aufwärtsbewegung des rechten Parteienspektrums auf die dauerhafte Etablierung einer Partei rechts von der Union hinausläuft. Anders als Ende der sechziger Jahre, als die NPD in einer ähnlichen Situation an diesem Ziel scheiterte, in der Bedeutungslosigkeit versank und sich das neofaschistische Spektrum zersplitterte, können sich die rechtsextremen Parteien der neunziger Jahre auf ein wachsendes Wählerpotential, eine rechte Subkultur und den rechten Zeitgeist verlassen. Wie lange es bis zu dieser Etablierung dauert und in welcher Form sie stattfindet, wird nicht unwesentlich davon abhängen, in welche Richtung sich die CDU/CSU nach ihrer Wahlniederlage wendet, ob sie rechtsextremes Wählerpotential freigibt oder weiter bindet (siehe Artikel S. 4).

Den rechtsextremen Parteien selbst haben die Wahlergebnisse einmal mehr vor Augen geführt, daß sie sich den größten Gefallen erweisen würden, wenn sie ein Bündnis eingingen. Die Möglichkeiten dafür sind ebenso vielfältig, wie unwahrscheinlich: Die NPD ist selbstherrlich nur auf ihren eigenen Erfolg bedacht, hetzt bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegen die Konkurrenz und könnte ihrem Klientel ein Zusammenge-



hen mit Reps und DVU wohl auch nur schwer verkaufen. Rep-Chef Schlierer kann in dem Wahlergebnis seiner Partei keine Niederlage erkennen, was seine Parteifreunde mitunter anders sehen. Die Rufe nach einem Bündnis mit der DVU werden auch in der Parteispitze immer lauter. Die DVU in Person ihres Alleinherrschers Gerhard Frey wäre dazu auch bereit und hat den Reps nach den Wahlen bereits Gespräche angeboten – ohne Erfolg. Statt Bündnissen zwischen NPD, Reps und DVU wäre aber auch denkbar, daß sich das rechte Parteienspektrum klar polarisiert: In einen »gemäßigten« Teil um Reps, BFB und Kleinparteien wie die DSU, und einen Flügel der alten Rechten um DVU und NPD.

Wie dem auch sei: Falls die extreme Rechte zu einem Bündnis kommt oder eine der Parteien sich durchsetzen kann, kommt es lediglich noch auf die Anbindung eines ausreichend breiten Spektrums und gute Strukturen an, damit die Etablierung einer Rechtspartei absehbar ist. Zwar ist es möglich, daß dieser Schritt noch viele Jahre auf sich warten läßt, er würde allerdings auch eine neue Entwicklung einleiten, die kaum noch aufzuhalten sein wäre: Die Tage bis zur ersten schwarz-braunen Koalition wären dann zählbar. Zeitlich klar fixiert hingegen sind die weiteren Schritte auf dem Weg zur angestrebten Etablierung. Im Juni kommenden Jahres stehen nicht nur Europawahlen an, bei denen die Reps 1989 7,1 Prozent erhielten. Auch mehrere Landtage im für die Rechten chancenreichen Osten werden neu gewählt:

➡ Thüringen gilt als führend in Sachen rechtsextremer Straftaten pro Kopf der Bevölkerung und als NPD-Hochburg. Reps und DVU erhielten hier bei der Bundestagswahl zusammen 4,5 Prozent der Stimmen – die NPD verpaßte die Abgabe der Unterstützungsunterschriften und durfte nicht antreten.

➡ In Brandenburg erhielten DVU, NPD und Reps bei der Bundestagswahl zusammen 5,2 Prozent. Das Bundesland führt die Statistiken über Rechtsextremismus an und bei der Kommunalwahl parallel zur Bundestagswahl erhielten verschiedene Rechtsparteien Sitze in Kommunalparlamenten (siehe Artikel S. 18).

➡ In Sachsen hat die NPD ihren stärksten Landesverband und die besten Chancen auf einen Erfolg. Mit 1,2 Prozent konnte die Neonazi-Partei bei der Bundestagswahl hier ihr bestes Ergebnis verbuchen. Auch Reps, NPD und DVU zusammengenommen erzielten mit 5,7 Prozent dort ihr bestes Ergebnis. Die DVU meldete folgerichtig ebenfalls ihre Ambitionen auf einen Wahlerfolg bei den Landtagswahlen an.

Daß das nötige Potential für ein zweites Sachsen-Anhalt vorhanden ist, zeigen die Umfragen: Im Osten können sich 17 Prozent vorstellen, rechtsextrem zu wählen. Vor vier Jahren waren es noch elf Prozent. ■

1) Laut einer Forsa-Umfrage von Ende August waren lediglich zwölf Prozent der Befragten der Meinung, daß sich eine rechtsextreme Partei im Bundestag überhaupt um den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit kümmern würde.



Arge Probleme hatte der BFB bei seiner Wahlkampfabschlußkundgebung am 22. September in Erfurt. Statt interessierten BürgerInnen waren vor allem 100 AntifaschistInnen gekommen, die die rechte Propaganda mit Pfiffen, Sprechchören und leichten Manipulationen der Mikrofone nahezu unmöglich machten. Als BFB-Chef Manfred Brunner (2.v.l. auf der Tribüne) auch noch von Farbbeuteln getroffen wurde, wurde die Veranstaltung abgebrochen.

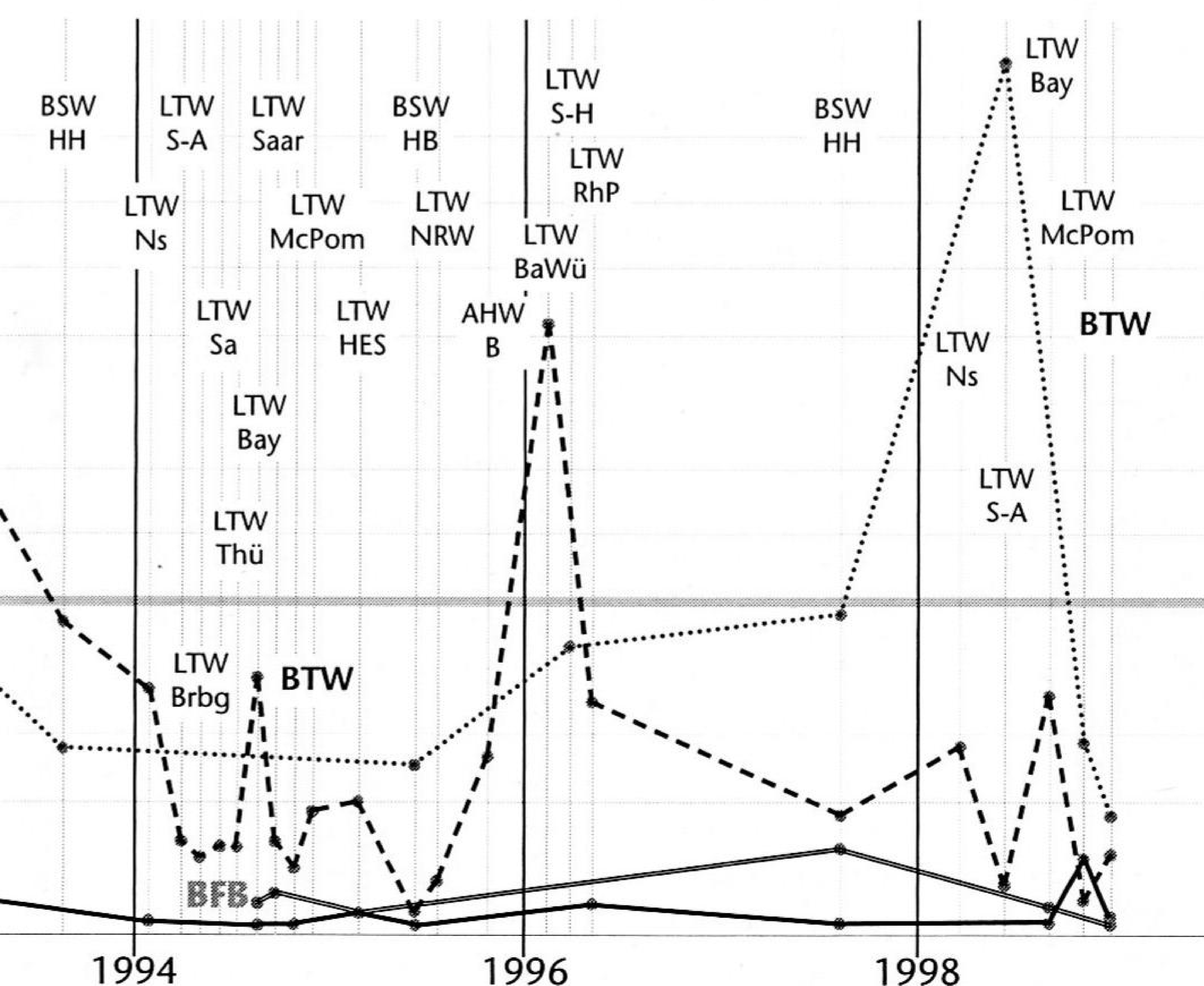
weit der mit Abstand stärkste ist, eine 25köpfige Landesliste für die Landtagswahl auf, die von dem Landesvorsitzenden Winfried Petzold angeführt wird. In dem südöstlichen Bundesland rechnen sich die Neonazis nicht ganz unberechtigt gute Chancen aus. Auch die Wahlkampfkostenrückerstattung aus Mecklenburg-Vorpommern soll dort eingesetzt werden. Fraglich scheint nur, wie lange das Fußvolk der NPD das Backen kleiner Brötchen noch mitmachen will, wenn die großmäulig angekündigten Erfolge ausbleiben und wie lange sich die zum Teil tiefen Risse innerhalb der Partei auf diesem Wege kitten lassen.

BFB & Pro DM

Der BFB konnte erwartungsgemäß keinen wirklichen Erfolg verbuchen. Nun bleibt abzuwarten, wie sich die wohl geschwundene Aufbruchseuphorie auf die Partei auswirkt. An seinem Wahlkampf gemessen, der durch qualitativ besonders schlechte Plakate und einen immer deutlicher hervortretenden Rassismus und Antisemitismus gekennzeichnet war, müßte der BFB zur Kleinstpartei verkommen. Ob die Orientierung des Brunner-Bundes auf eine rechtskonservative Sammlungsbewegung Erfolg nach sich zieht, bleibt dennoch abzuwarten.

Überraschungssieger unter den rechten Parteien und gleichzeitig vermutlich der größte Stimmenwilderer beim BFB war die Initiative Pro DM des Düsseldorfer Millionärs Bolko Hoffmann. Mit umfangreichen Wahlkampfmitteln, die vor allem in Fernsehspots und unzählige ganzseitige Zeitungsanzeigen investiert wurden, kam Pro DM auf immerhin 0,9 Prozent. Ob die Gruppierung, für die unter anderem der ehemalige Geschäftsführer des Junge Freiheit-Verlages und wir selbst-Autor Götz Meidinger antrat, mehr als eine Eintagsfliege war, bleibt abzuwarten.

Ausführlicheres zu den Parteien siehe AIB 44 ab Seite 40.



Entwicklung der Zweitstimmenergebnisse von NPD, Reps, DVU und BFB bei Wahlen zu Länderparlamenten und Bundestagswahlen seit 1986. Berücksichtigt wurden nur die Wahlen, bei denen mindestens eine der vier Parteien antrat.

LTW ➡ Landtagswahl
BTW ➡ Bundestagswahl
AHW ➡ Abgeordnetenhauswahl
BSW ➡ Bürgerschaftswahl

** angetreten als Hamburger Liste für Ausländerstopp (HLA)*
*** DVU-Liste D (DVU mit NPD im Wahlbündnis)*
**** ehemaliges Bundesgebiet ohne West-Berlin*

Parteienfinanzierung und Postwurfsendungen

Staatliche Hilfen für Rechtsextreme

Ohne staatliche Hilfen wären rechtsextreme Parteien längst am Ende. In die rassistische und nationalistische Propaganda von Reps und DVU werden jährlich Steuergelder in Millionenhöhe investiert. MitarbeiterInnen öffentlich-rechtlicher Sendeanstalten oder verbeamtete BriefträgerInnen müssen die braune Propaganda dann weiterverbreiten.

Weil die Parteien zur *»politischen Willensbildung des Volkes«* beitragen, so heißt es im Bericht der Bundestagspräsidentin über die Rechenschaftsberichte der Parteien, sind sie *»für die demokratische Ordnung unerläßlich«*. Sie kommen darum in den Genuß der lukrativen staatlichen Parteienfinanzierung. Dies gilt auch für rechtsextreme Parteien wie Reps, NPD, DVU oder Initiative Pro DM. Ebenso wie andere seien auch sie berufen, die Bürger zu *»politischen Handlungseinheiten zusammenzuschließen«*, und ihnen so *»einen wirksamen Einfluß auf das staatliche Geschehen zu ermöglichen«*.

Die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der staatlichen Finanzierung sind nicht allzu schwer zu erfüllen. Die Parteien müssen bei Bundestags- oder Europawahlen mindestens 0,5 Prozent erreichen oder bei einer Landtagswahl mit mindestens einem Prozent abschneiden. Für die ersten fünf Millionen Stimmen zahlt der Staat dann je 1,30 DM, für jede weitere immer noch 1 Mark. Spenden und Beiträge bis zu 6000 Mark je Person werden mit 50 Pfennig pro Spendenmark bezuschußt. Insbesondere die Reps profitieren von dieser Regelung. Sie erhielten 1996 gut sieben Millionen DM, und damit fast 50 Prozent ihres Gesamtbudgets aus dem Bundeshaushalt. Die anteilige Finanzierung liegt somit weit höher als bei den im Bundestag vertretenen Parteien, die nur um die 30 Prozent ihrer Einnahmen aus dem Staatssäckel beziehen. Auch der Bund Freier Bürger (BFB) konnte mit 735.000 DM rund 36 Prozent seiner Einnahmen aus Steuergeldern decken. Die DVU brachte es auf 20 Prozent und 699.000 DM.

Der staatliche Umgang mit den öffentlich geschmähten rechtsextremen Parteien ist durchaus liberal. Die NPD, die in früheren Jahren einen zu hohen Abschlag auf zu erwartende Wahlergebnisse kassiert hatte, war darüber jahrelang vorfinanziert worden. Mittlerweile hat sie die Schulden beim Bund jedoch beglichen. Erst durch öffentlichen Druck konnte die Bundestagsverwaltung bewogen werden, mit Sanktionen gegen die DVU vorzugehen, die 1995 gegen das Parteiengesetz verstoßen hatte, als sie für einen angeblichen Großspender eine falsche Adresse angab. Jacques de Mathan aus Paris – der sich nicht mehr daran erinnert, der rechtsextremen Partei eine Summe von immerhin 274.634 DM vermacht zu haben – hatte die DVU in einem nicht mehr existierenden Hotel in Villingen-Schwenningen einquartiert. Nun müssen 549.000 DM an die Staatskasse zurückgezahlt werden.

Für die Rückzahlung kann die Partei dann wohl auf die neuen Bundeszuwendungen aus der Wahlkampfkostenrückerstattung zurückgreifen. Gemeinsam mit den Reps wird auch die Hauspartei des Millionärs Frey wieder am 230 Millionen-Topf teilhaben. Insgesamt gehören nun, wie das Handelsblatt nach der Wahl berichtete, 20 Parteien zu den Profiteuren. Die beiden neu hinzugekommenen Empfänger zählen beide zum rechtsextremen Spektrum: Die 429.468 WählerInnen der Initiative Pro DM Bolko Hoffmanns können zwar den Euro nicht verhindern. Mit ihrer Stimmabgabe haben diese 0,9 Prozent aber dafür gesorgt, daß sie in die Parteifinanzierung einbezogen wird und damit die Parole »Pro DM« in dem Sinne wahr werden lassen, in dem Hoffmann sich das wohl gewünscht hat. Er wird kaum ablehnen, wenn die nicht zu verachtende Summe eines Tages in Euro auf seine Konten überwiesen werden wird.

Für die NPD reichte es bei der Bundestagswahl zwar nicht. Bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern aber überschritt die Partei die erforderliche Marke von 1,0 Prozent der Zweitstimmen und kommt somit in den Genuß der staatlichen Finanzierung.

Die rassistische und nationalistische Propaganda wird nicht nur zu großen Teilen aus Steuergeldern finanziert, sondern Bund, Länder und Kommunen tragen zum Teil auch Sorge für ihre Verbreitung. So gaben bislang die meisten Kommunen spezifische WählerInnenadressen an rechtsextreme Parteien weiter, die zielgerichtete Wahlwerbung – beispielsweise an Jung- und ErstwählerInnen – ermöglichen. Auch der braunen Propaganda stehen im Wahlkampf Fernseh- und Radiospots bei den öffentlich-rechtlichen Sendern zur Verfügung. Während einige Privatsender im Bundestagswahlkampf gerichtlich dazu gezwungen wurden, Werbespots der Reps auszusenden, verhielten

Die Großspender rechtsextremer Parteien 1996

Spenden an Parteien von mehr als 20.000 Mark müssen mit der Adresse der Spender in den Rechenschaftsberichten veröffentlicht werden. Aufgrund der Erfahrungen aus der Weimarer Republik und der Zeit des Nationalsozialismus sollen die Parteien sichtbar machen, wer hinter ihnen steht und sie finanziert.

Republikaner	
Günther Bernlöhr, Ludwigstr. 14, 70794 Filderstadt	27.110,40 DM
Rainer Brem, Obere Wöhrstr. 2a, 84034 Landshut	49.220,52 DM
Wolf Krisch, Murrstr. 5, 70806 Kornwestheim	53.798,90 DM
Bodo Krämer, Postweg 14/E, 04849 Bad Düben	24.574,40 DM
Christian Käs, Riedgrasweg 65, 70599 Stuttgart	24.920,26 DM
Lothar König, Höhenstr. 54, 75335 Dobel	27.540,90 DM
Heinz Lorz, Grabenstr. 53, 97447 Gerolzhofen	21.780,51 DM
Herbert Nehring, Dorfstr. 122 A, 04838 Audenhain	20.204,40 DM
Frank Rohleder, Schillerstr. 19, 07973 Greiz	40.651,70 DM
Dr. Rolf Schlierer, Kernerstr. 2a, 70182 Stuttgart	32.840,00 DM
Heinz Troll, Kraichgaustr. 3, 76661 Philippsburg	23.131,05 DM
Karl-Werner Weiss, Irgenhöhe 8, 66119 Saarbrücken	25.493,00 DM
DVU	
Gertrud König, Auf der Hardt 22, 51570 Windeck	103.608,00 DM
August Fritz Liesegang, Grillparzerstr. 10, 2340 Mödling (AU)	48.238,16 DM



sich die Einwohnermeldeämter in Mecklenburg-Vorpommern in Sachen Datenherausgabe an die NPD unterschiedlich. Ihnen bleibt für die Herausgabe der Daten ein Ermessensspielraum. Angesichts der DVU-Wahlerfolge in Sachsen-Anhalt und nach Beschwerden von BürgerInnen hielten einige Meldeämter, insbesondere in den Städten, die Erstwählerdaten zurück; zahlreiche Meldeämter kleinerer und mittlerer Parteien hingegen erfüllten der NPD den Datenwunsch. Auch die DVU verschickte wieder persönliche Wahlbriefe. Gerade sie ist bei der Realisierung ihrer millionenschweren Wahlkampagnen auf fremde Hilfe angewiesen. Flächendeckende Postwurfsendungen werden von der bundeseigenen Post AG in die Briefkästen befördert. Die in der Regel verbeamteten BriefträgerInnen würden den rechtsextremen Dreck oft viel lieber in den Müll als in die Briefkästen werfen, doch wer sich weigert, muß mit Abmahnungen und in letzter Konsequenz mit dem Verlust des Arbeitsplatzes rechnen.Dieser Gewissenskonflikt plagt nicht nur die BriefträgerInnen und die Beschäftigten der Sendeanstalten, die rechte Wahlwerbespots ausstrahlen müssen. Auch SetzerInnen oder DruckerInnen sind zum Beispiel mit der Produktion rechtsextremer Propaganda konfrontiert, KellnerInnen mit Serviceleistungen für rechtsextreme Veranstaltungsbesucher. Ein Antrag, den die Bündnisgrünen im Bundestag eingebracht hatten, und der ein Verweigerungsrecht für die betroffenen ArbeitnehmerInnen forderte, wurde bei Stimmenthaltung der SPD von der Koalitionsmehrheit abgelehnt. Nur die PDS stimmte zu. CDU, FDP und SPD setzen stattdessen auf die »politische Bekämpfung« des Rechtsextremismus. Was damit gemeint ist, ließ sich in den letzten zehn Jahren beobachten. Fast alle spektakulären Auftritte oder Wahlerfolge von Reps, DVU oder NPD wurden zum Anlaß genommen, selbst ausgrenzende und nationalistische Parolen zu verbreiten oder entsprechende Gesetze zu beschließen. Die Abschottung nach außen und die autoritäre Politik nach Innen hat den Rechtsextremen insgesamt genutzt. Sie können heute mehr denn je an ein rechtes und rechtsextremes Einstelungspotential anknüpfen. ■

Kommunen verweigern Meldedaten

Sechs Monate vor Wahlen dürfen die Kommunen WählerInnenadressen aus ihren Meldedateien an Parteien weitergeben. Vor allem für die rechtsextremen Parteien hat das den Vorteil, spezifische WählerInnengruppen, z.B. Jung- oder ErstwählerInnen, anschreiben und mit rassistischer Propaganda beliefern zu können.

Die Kommunen dürfen zwar die Daten herausgeben, sind aber rechtlich nicht dazu verpflichtet. Einige ostdeutsche Städte und Gemeinden, so Dresden, Dessau und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern, haben der Datenweitergabe nun einen Riegel vorgeschoben. Zwar hatte die NPD in Mecklenburg-Vorpommern angekündigt, sie wolle die Herausgabe der Meldedaten einklagen, aber die Kommunen konnten dem gelassen entgegensehen: Wenn der Gleichbehandlungsgrundsatz nicht verletzt wird, d.h. allen Parteien die Daten verweigert werden, haben auch die Rechtsextremen keine Chance. Eine Klage der DVU gegen die Stadt Dessau scheiterte bereits.

Weil aber auch die etablierten Parteien gerne Gebrauch von den WählerInnendaten machen, wird es notwendig sein, öffentlichen Druck auf die Kommunen auszuüben. Die rechtsextreme Propaganda könnte so wenigstens etwas eingeschränkt werden.

Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern

Kopfschußübungen und Aufmärsche

Nach den Ergebnissen bei der Wahl in Sachsen-Anhalt hatten viele auch mit einem Einzug neofaschistischer Parteien in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern gerechnet. Dies ist nicht geschehen.

Die angetretenen Parteien DVU, REP und NPD haben zusammengerechnet 4,5 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten. Im Vergleich zu den letzten Landtagswahlen – damals wählten lediglich 1,3 Prozent eine der damals angetretenen rechtsextremen Parteien – ist dies angesichts der hohen Wahlbeteiligung dennoch eine deutliche Steigerung. Diesmal haben knapp 50.000 Menschen im Land ihre Stimme einer der neofaschistischen Parteien gegeben.

Mit 1,1 Prozent hat neben der DVU auch die NPD entsprechend ihrem WählerInnenanteil einen Anspruch auf staatliche Teilfinanzierung nach dem Parteiengesetz erlangt.

Rückblickend muß festgestellt werden, daß die Nazis im Zuge des Wahlkampfes eine bis dahin nicht vorhandene Öffentlichkeit erhalten haben. Spätestens ab Juli war neofaschistische Propaganda (mit Ausnahmen) im gesamten Land durch Veranstaltungen, Aufmärsche und flächendeckend verteiltes Werbematerial präsent.

Der NPD-Schwerpunktwahlkampf

Die NPD hatte seit Juni jeden Tag versucht, eine Veranstaltung durchzuführen. Dieser Landtagswahlkampf war insbesondere für die NPD von zentraler Bedeutung. Dies wurde bereits auf dem vorgezogenen Bundesparteitag in Stavenhagen Anfang Januar formuliert. Mit dem gerade neu gewählten Stellvertreter im Bundesvorstand Hans Günther Eisenecker an der Spitze, hat die NPD auch in Mecklenburg-Vorpommern die Anbindung von Naziskins und unabhängigen Nazigruppen erreicht.

Sie werden jetzt unterstützt und angeleitet: Mehrere Kader der Bundespartei hielten sich vorübergehend im Land auf oder bezogen hier ein neues Quartier. Holger Apfel, Sascha Roßmüller, Udo Voigt, Alexander von Webenau, Klaus Beier u.a. – fast der gesamte NPD-Bundesvorstand, bis auf den inhaftierten *»Bundeswerbebeauftragten«* Frank Schwerdt, war da. Frank Rennicke hat gemanagt und gesungen. Manfred Roeder, Bundestagskandidat in Stralsund, bezog bei Stralsund eine Pension, und Peter Stöckicht wohnt schon seit längerem bei Rostock. Sascha Wagner leitete den Ordnerdienst für die Aufmärsche und Veranstaltungen und wurde sogar beim Plakatieren gesehen. Die Kameraden vom Bündnis Rechts für Lübeck gaben ihre Unterstützung. Und eine Leipziger Nazischläger-Gruppe verübte über Wochen im Raum Stralsund Angriffe auf Linke; Christian Worch und Thomas »Steiner« Wulff leisteten Schützenhilfe bei den Aufmärschen. Etliche neue Kreisverbände entstanden. Scheinbar nebenbei hat die NPD

Eine unvollständige Chronologie der NPD-Wahlkampfaufmärsche

14.03. 200 Nazis in Neustrelitz
09.05. 150 Nazis in Stralsund
01.08. 500 Nazis in Neustrelitz
14.06. 200 - 300 Nazis in Anklam
20.06. 200 Nazis in Stralsund
01.08. 500 Nazis in Neustrelitz
05.09. 80 Nazis in Ribnitz-Dammgarten
12.09. 30 - 40 Nazis in Schwerin
19.09. ca. 3.000 Nazis in Rostock
26.09. 250 Nazis in Wolgast
26.09. 40 Nazis in Neustrelitz

eine Steigerung ihrer Mitgliederzahl im Land von 80 auf 300 erreicht.

Radikahl-national?

»Mit brutalen Wahlkampfmethoden«, so die Ostseezeitung (OZ), wurden andere Parteien konfrontiert. An Infoständen von CDU oder SPD wurden Menschen belästigt; das Auto eines Mitarbeiters der Stadtverwaltung Wolgast wurde mit Eiern beworfen, weil er wild geklebte NPD-Plakate entfernte. In etlichen Regionen waren zeitweise nur Plakate der NPD und DVU zu sehen. Der letzte NPD-Aufmarsch am Tag vor der Wahl führte vor das Haus des Wolgaster Bürgermeisters Jürgen Kannehl (SPD). Er hatte sich getraut, die Situation in Ostvorpommern zu beschreiben: *»Die Nazis erzeugen Angst, um zu erreichen, daß die Bevölkerung, die Staatsgewalt und auch die Stadt vor ihnen zurückweicht. Sie wollen Zonen schaffen, in denen praktisch nur ihr Recht gilt, wo es nur das Volkstum gibt, so wie sie es sich vorstellen.«* In mehreren Fernsehbeiträgen wurde Torsten Kowalski, die »Nummer Eins« auf der Landtagsliste der NPD, während eines Nazi-Ausbildungscamps beim Vorführen eines Kopfschusses gezeigt. Wegen diesem und anderen Berichten hatten die Nazis für das Wahlwochende Protestaktionen vor Rundfunkhäusern im Land angekündigt. Bereits vorher hatten die beiden großen mecklenburger Privatrundfunksender gegen die Ausstrahlung von Wahlwerbespots vergeblich, aber medienwirksam geklagt.

Noch Anfang des Jahres wollte in Neustrelitz die Stadtverwaltung keinen der angekündigten Naziaufmärsche und Anifagegendemos zulassen. Im September zitierte die OZ den SPD-Bürgermeister von Neustrelitz, Rainer Günther, dann mit den Worten: *»Totschweigen hilft nicht.«* Lektionen über den Schutz der Demokratie seien notwendig. Da Lehrerinnen und Lehrer aus Verunsicherung dazu offenbar keinen Beitrag leisten oder sie selbst oft keinen vermittelbaren eigenen Standpunkt haben, lud der nun besorgte Bürgermeister gleich zwei Mitarbeiter des Verfassungsschutzes in die Schulen ein.

Keine Angst vor den Nazis

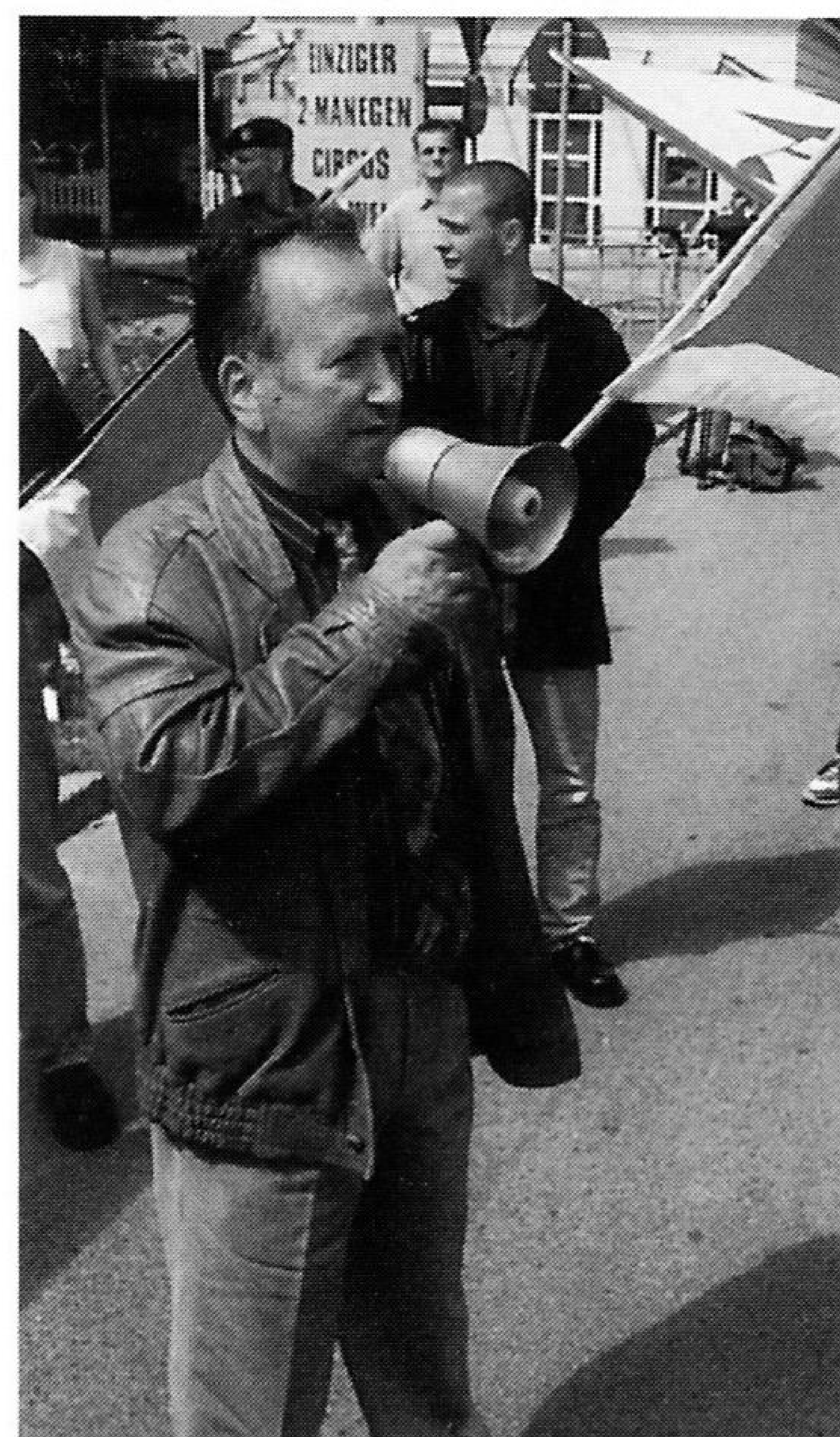
Im Konzeptmix der NPD von propagierter Gewaltlosigkeit, gekoppelt mit latenter Gewaltandrohung und Machtausübung, ist das Erzeugen von Ängsten zwar nicht vordergründiges Ziel. Aber um Gegner einzuschüchtern und Mitläufer anzuziehen, wird darauf gebaut. Doch dieses Moment hat sich offensichtlich auch gegen die Nazis gewendet. Auf den NPD-Aufmarsch in Rostock-Dierkow herabschauende AnwohnerInnen waren doch erschrocken, als es *»Tod und Haß der PDS!«* von der Straße schallte. Auch die unverblümte Parteinahme für und Integration von Nazi-Skinheads durch die NPD läßt die meisten Menschen auf Distanz gehen. Und die Anwesenheit der Polizei bei den NPD-Veranstaltungen wirkte nicht gerade anziehend. Bei den meisten NPD-Aktionen gab es kaum Menschen, die spontan Sympathie geäußert haben. Meistens wurden die Nazis vorsichtig aus der Nähe beobachtet.

Auch wenn Übereinstimmung mit den Parolen besteht: Das martialische Erscheinen und die tendenziöse Aufwertung des Nationalsozialismus haben auf die WählerInnen eher abstoßend gewirkt.

Ein Eigentor hatte die NPD noch in der letzten Woche vor der Wahl geschossen. Peter Stöckicht entpuppte sich als Pflichtverteidiger eines Angeklagten in einem Mißbrauchsprozeß vor dem Rostocker Landgericht. Anwesende Journalisten erinnerten ihn dann süffisant an die Parole *»Todesstrafe für Kinderschänder!«*

Streit in der DVU

Die DVU griff relativ spät in den Wahlkampf ein. Ihr war es anzumerken, daß ihr im Land die Strukturen fehlten und gerade junge Parteihelfer sich lieber der NPD andienten. Die DVU litt unter den peinlichen Darstellungen der Kandidaten in Sachsen-Anhalt. Diejenigen DVUler, die auf Autonomie pochten, wurden von Verlagschef Frey rausgedrängt. Undemokratisches Prozedere und Manipulation riefen die DVU-«Rebellen« mit Manfred Dumm und Friedrich-Wilhelm Fischer an der Spitze und forderten ein Parteiausschlußverfahren gegen Frey. Eine *»ungeheure Schurkerei (...) zweier schräger Gestalten«* tönte dieser zurück und war bemüht, den Eklat schnell vergessen zu machen. Die schlußendlich

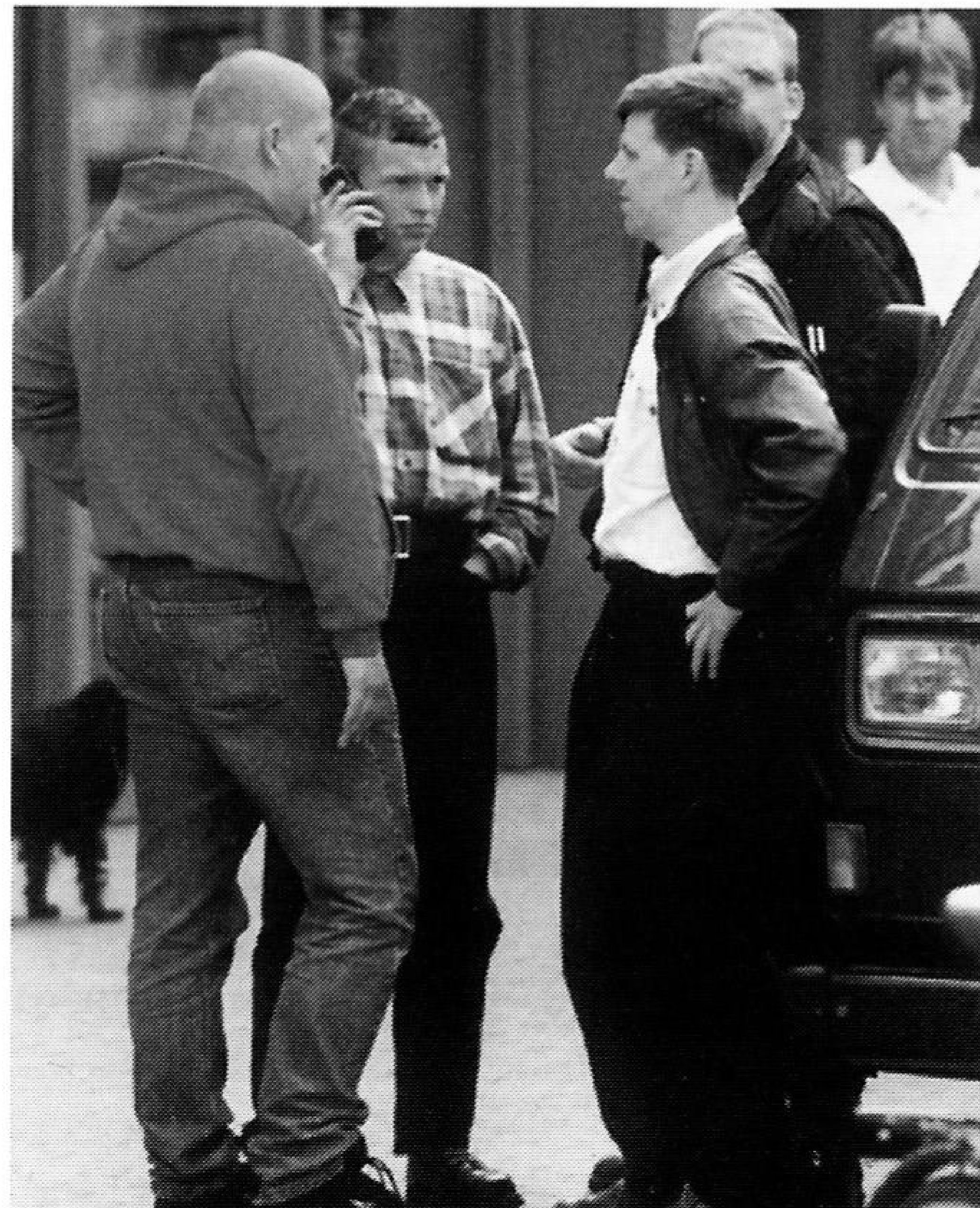




aufgestellten Kandidaten waren keinesfalls überzeugender. Angeführt wurde die DVU-Landesliste von dem 23jährigen Studenten Sven Elske aus Neustadt-Glewe. Die DVU-Kandidatin Edith Happel fiel mit der Bemerkung auf, unter den Kandidaten der DVU seien *»sehr viele, die etwas mit der Wehrmacht zu tun hatten«*. Die Schweriner Staatsanwaltschaft hat gegen die 38jährige unterdessen Anklage wegen 16 Straftaten, darunter Betrug und Unterschlagung, erhoben.

Daß die DVU eine Briefkastenpartei sei, wußten im Land bald viele. Die DVU-Veranstaltungen erinnerten an aus dem Ruder gelaufene Kaffeefahrten. Häufig kamen zwischen 200 bis 400 Deutschlandbesessene in Reisebussen auch aus anderen Bundesländern. Aus dem *»Donnerwetter des Wählers gegen die von Bonn ferngesteuerten arroganten Polit-Bonzen in*

5. August, Rostock – NPD-Kundgebung und Infostand müssen ausfallen. Sascha Wagner (1.v.l.) und Frank Rennicke (3.v.l.) beraten das weitere Vorgehen.







Die drei Gesichter der NPD:

***Bild links** – Während der NPD-Demonstration in Anklam spricht Peter Stöckicht von »Recht und Ordnung«.*
***Bild Mitte** – Vermummte Neonazis marschieren in Neustrelitz.*
***Bild rechts** – NPD-Spitzenkandidat Torsten Kowalski zeigt als Ausbilder beim paramilitärischem Training den aufgesetzten Kopfschuß.*

Schwerin« ist nichts geworden. Auch für die DVU war das Wahlergebnis enttäuschend. Sie holte flächendeckend um die drei Prozent. *»Kriminalität hart bekämpfen!«* – Das will auch die CDU. Viele wählten dann gleich die Partei, die in Mecklenburg-Vorpommern gut den Beinamen Ost-CSU verdient hätte.

Bürgerliche AntifaschistInnen

Während es in einigen Regionen nur noch wenige gibt, die sich trauen etwas gegen Nazis zu sagen, und Menschen sich aus Angst vor Repressalien der Nazis vor einer Fernsehkamera nicht mehr dazu äußern möchten, ist es woanders chic geworden, gegen Nazis zu sein.

In etlichen Städten haben sich in den letzten Monaten meist spektrumsübergreifende Bündnisse gegen Rechts gebildet. Die Bündnisse haben sich auf ihre Fahnen geschrieben, eine rechtsgerichtete Politik im Land zu stoppen und Gegenöffentlichkeit zu schaffen. In Rostock wurde das dortige Bündnis so groß, daß man schon fast von einer Anti-Nazi-Welle sprechen könnte. Selbst der Kreisverband der CDU stritt sich um eine Beteiligung. Was das gebracht hat, darüber streiten sich noch die Antifas. In einem Aufruf des Rostocker Bündnisses gegen Rechts zu Gegenaktivitäten hieß es: *»Wir wollen mehr Demokratie für Alle und überzeugende politische Alternativen!«* In jedem Fall konnten die Nazis sich in Rostock nur selten in der Öffentlichkeit widerspruchlos präsentieren.

Im Gegensatz zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt wurde in den bürgerlichen Parteien ein möglicher Einzug der Rechtsextremen in den Schweriner Landtag und dessen mögliche Ursachen zum Thema der Auseinandersetzung gemacht. Bei der SPD lautete das zweite Wahlziel, den Einzug von DVU und NPD in den Landtag zu verhindern *»Keine Nazis«* wurde zur politischen Parole bei Parteien, Gewerkschaften und regionalen Medien. Bloß die Analysen, warum denn z.B. so viele Jugendliche sich rechts orientieren, blieben meist an der Oberfläche. Vielen ging es dabei oft auch nur um den befürchteten Imageverlust für das Dorf oder die Stadt.

Doch es gab auch über das ganze Land verteilt Antifaaktionen, Demos, Flugblätter und Plakate. Etliche Male wurden Nazis bei ihren Aktivitäten angegriffen, wie beispielsweise in Wismar, wo Holger Apfel und der Kleinbus von Frank Rennicke attackiert wurden. Die Nazis konnten sich oft nicht sicher fühlen und agierten teilweise ängstlich. Allein, daß sogar auf Landstraßen immer wieder Naziplakate runtergerissen waren, hat demonstriert, daß es Widerstand gibt.

Das rechte WählerInnenpotential ist den Umfragen zufolge höher, als es sich in den Ergebnissen ausdrückt, und die Nazis hatten sich mehr ausgerechnet. Der von der CDU propagierte Lagerwahlkampf hat sich zu Ungunsten der Rechtsextremen ausgewirkt, und viele haben gegen Rot die CDU gewählt. Das könnte für die CDU bedeuten, daß sie beim nächsten Mal noch weniger Stimmen einfahren wird.

Während die NPD überwiegend in den Städten deutlich unter der Ein-Prozent-Marke geblieben ist, holte sie die meisten Stimmen mit über zwei Prozent in den Regionen nahe der polnischen Grenze. Das sind die Landkreise Ostvorpommern und Uecker-Randow, eben da, wo sich eine Kultur des Rechtsseins alternativlos durchgesetzt hat. Dennoch die NPD hat dreifach verloren: Gegen die Linken, gegen die DVU und gegen die Fünf-Prozent-Hürde. Dementsprechend groß ist jetzt die Trauer über das Wahlergebnis. Auf dem NPD-Infotelefon hört sich das so an: *»Uns bleiben viele schöne Erinnerungen an gemeinsame Kampftage. (...) Eine schlimme Zeit steht uns bevor. (...) Ein neues blutrotes Deutschland wurde geboren.«* Eine hausgemachte Repres-sionspanik wird viele wieder in verdeckte Gruppenstrukturen abtauchen lassen. Man darf gespannt sein, mit welchen Mitteln die Neonazis ihre Arbeit fortsetzen werden.

Medienberichterstattung und antifaschistische Perspektive

Bemerkenswert ist das scheinbare Wiedererwachen einer liberal-demokratischen Medienöffentlichkeit. Obwohl selbst in der größten regionalen Zeitung »Ostseezeitung« kein einziger in der Thematik Rechtsextremismus kundiger Redakteur arbeitet, wurde relativ kritisch berichtet. Dankbar wurden Anlässe aufgegriffen, anhand derer die Gefährlichkeit der Nazis festgemacht wurde. Anzeigenzeitungen veröffentlichten kostenlos großformatige Ankündigungen über Aktionen gegen den NPD-Aufmarsch in Rostock.

Für alle, die sich in den letzten Wochen gegen die Nazis ausgesprochen haben, ist der Nichteinzug in den Landtag ein erfreuliches Ergebnis. Man wird den bisherigen SPD-Sozialminister Hinrich Kuessner jetzt an seine Worte erinnern müssen, daß eine weitere Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus notwendig sei. Die entstandenen Bündnisse bieten dafür möglicherweise einen Raum, der ausgebaut werden könnte. Doch eine wirkliche Veränderung wird nur eintreten, wenn demokratische Teilhaberechte für alle Menschen gleich welcher Nationalität oder Herkunft existieren und eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums realisiert wird. Die organisierte Antifa muß sich entscheiden, wie sie sich in einen Prozeß dahin einbringen kann. Eine Antifa-Politik, die überwiegend auf Demos und ein paar militante Aktionen ausgerichtet ist, wird nicht viel erreichen. Wir haben aber Gründe genug, selbstbewußter und vehementer zu werden. Erobern wir kulturelle Räume! ■


»Deutsche Früchte für die deutsche Jugend«

Von Bündnissen, Fehlern und Erfolgen

Rostocker Rückblicke

Nach dem 1. Mai in Leipzig gelang es der NPD am 19. September in Rostock, mit rund 3.000 Neonazis ihren zweiten großen Aufmarsch in diesem Jahr durchzuführen. Gleichzeitig beteiligten sich ca. 10.000 Menschen an mehreren Aktivitäten des »Bündnis gegen Rechts«. Während im Innenstadtbereich von Rostock rund 2.000 unabhängige AntifaschistInnen demonstrierten, griffen 60 Nazis das nahegelegene antifaschistische Infozelt an. Wenige Minuten nach dem Angriff wurde ein Antifaschist von einem Naziauto überfahren und schwer verletzt. Mittlerweile ist der 28jährige Mann aus dem Wendland nach acht Tagen im Koma wieder bei Bewußtsein.

Großspurig hatten JN und NPD zum Abschluß ihres Schwerpunktwahlkampfes in Mecklenburg-Vorpommern für den 19. September nach Rostock mobilisiert. Ziel des Aufmarsches, der schon am 16. Juni angemeldet wurde, sollte das Sonnenblumenhaus sein. Das ehemalige Vertragsarbeiterwohnheim war Ende August 1992 von einem rassistischen Mob und Neonazikadern während eines tagelangen Pogroms in Brand gesetzt worden. 115 VietnamesInnen und ein ZDF-Kamerateam entkamen den Flammen nur knapp, indem sie auf das Dach des Hauses flüchteten. (s. AIB Nr. 20 u. 41)

Mit dem Sonnenblumenhaus als Abschlußkundgebungsort hatte die NPD nach eigener Aussage gezielt eine *»Provokation«* angestrebt. Ziel war vor allem, die ohnehin schon große Medienöffentlichkeit für ihren Wahlkampf noch einmal kurz vor Schluß zu steigern. Gegenüber den eigenen SympathisantInnen sollte der Mythos von der schlagfähigen Kampfpartei gestärkt werden, indem man sich in die Kontinuität der Brandstifter von Rostock einreihte und gleichzeitig gegenüber den Medien augenzwinkernd beteuerte, daß die NPD eine gewaltlose Partei sei.

Bündnisarbeit und Antifamobilisierung

Nachdem die Pläne der NPD öffentlich geworden waren, begannen AntifaschistInnen in Rostock zusammen mit dem Rostocker »Bündnis gegen Rechts«, das sich nach den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt gegründet hatte, mit der Mobilisierung gegen den Aufmarsch. In den politischen Gremien der Stadt, aber auch bei weiten Teilen der Rostocker Bevölkerung wurde die Empörung über den NPD-Aufmarsch vor allem durch die Wahl des Abschlußkundgebungsortes »Sonnenblumenhaus« ausgelöst. Rostocks Parteien und der SPD-Oberbürgermeister befürchteten eine weitere Imageschädigung für die Stadt, die auch nach sechs Jahren immer noch weltweit mit dem Pogrom identifiziert wird.

Eine Aufarbeitung des Pogroms und des Verhaltens der BürgerInnen 1992 – ganz zu schweigen von dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß im Schweriner Landtag, der kaum Fehler an dem Polizeieinsatz und der Einsatzleitung finden konnte bzw. wollte – hat in Rostock nur sehr schleppend stattgefunden. Abgesehen von Ausnahmen, wie der vietnamesisch-deutschen Begegnungsstätte im Sonnenblumenhaus und den Jugendclubs in Lichtenhagen, die zwar auch mit rechten Jugendlichen arbeiten, dabei aber nicht nach dem Konzept der »akzeptierenden Sozialarbeit« vorgehen, wurde in Rostock das Thema »Lichtenhagen« lange Zeit unter den Teppich gekehrt. Mit der NPD-Aufmarschanmeldung waren nun alle möglichen Parteien und Organisationen damit konfrontiert, sich der jüngeren Vergangenheit der Stadt stellen zu müssen.

Öffentlich wurde erklärt, einen Naziaufmarsch nicht dulden zu wollen; gemeint war: Er solle verboten werden. Die eigene Verantwortung, etwas tun zu können, wurde wegdelegiert. Obwohl vielen klar war, daß ein Verbot keinen Bestand haben würde, beschränkte sich die Palette der Handlungsmöglichkeiten im Denken vieler auf die Forderung nach dem Ausschöpfen der juristischen Möglichkeiten. In dieser Logik erließ der SPD-Oberbürgermeister eine Verbotsverfügung gegen die Aufmarschanmeldung. Wie zu erwarten war, wurde von den zuständigen Gerichten entschieden, daß die NPD demonstrieren dürfe. Allerdings nicht, so das OVG Greifswald, vor dem Sonnenblumenhaus in Rostock-Lichtenhagen.

Es ist der Verdienst der Rostocker Antifas, den Verbotshoffnungen rechtzeitig entgegengewirkt, und gemeinsam mit dem Bündnis eine weitergehende Plattform für all diejenigen geschaffen zu haben, die zeigen wollten, daß sie gegen Nazis sind. Mehrere Demonstrationen und Kundgebungen wurden angemeldet und ein multikulturelles »Friedensfest« vor dem Sonnenblumenhaus sowie ein »Rock gegen Rechts«-Konzert geplant. Die Offenheit des Bündnisses führte dazu, daß viele unterschiedliche Menschen und Organisationen aktiv und die Planungen immer umfangreicher wurden. Gleichzeitig beteiligten sich immer mehr, denen die Kampagne auch als willkommener Anlaß zur Imageverbesserung des Standortes Rostock gelegen kam und die allein nur deswegen ihr Geld gaben. Ein vom Bündnis formulierter Aufruf forderte zwar *»Kein Nazi-Aufmarsch in Rostock«*. Die Parole wurde jedoch nach und nach – auch aus Angst vor direkten Konfrontationen mit der NPD – als eine politische Forderung ausgelegt, deren Umsetzung von der Mehrheit im Bündnis nur sehr vage bestimmt war. Letztendlich wurde der Aufruf von immerhin 80 Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen der unterschiedlichsten politischen Richtungen unterschrieben. Bis auf die CDU unterstützten sämtliche Parteien sowie Gewerkschaften, die Fachhochschulen und Universität der Stadt, Kirchen, kommunale Betriebe, Vereine etc. die Bündnisaktivitäten. Daß es den meisten in Rostock eher darum ging, »ein Zeichen zu setzen« und nicht den Naziaufmarsch zu verhindern, wurde mit der Aktion »Bunt statt Braun« deutlich. Mit diesem Motto und mit dem Zusatz *»Rostock miteinander. Für eine friedliche, weltoffene und demokratische Gesellschaft«* wurden die bis dahin bestimmenden Ziele überlagert und vereinnahmt. Statt den bis dato *»lauten und kämpferischen Tönen«* sollten nun *»leise, friedliche Klänge von einem anderen Rostock«*

in den Medien und der Öffentlichkeit vernommen werden.

Die Stadtverwaltung sah sich durch die Demoanmeldung des Bündnisses lange Zeit in der Zwickmühle: Einerseits mußte sie die Planungen des Bündnisses wohlwollend akzeptieren. Andererseits wollte sie die Bündnisveranstaltungen möglichst weit weg von den Nazis haben. Ein Verbot der Bündnisdemonstration mußte aus politischen Gründen vermieden werden, was im Falle eines NPD-Aufmarsches auf der Route nach Lichtenhagen jedoch schwierig geworden wäre. Also begann man sich in der Stadtverwaltung, wohl in Absprache mit dem CDU-geführten Schweriner Innenministerium, nach Alternativen für den NPD-Aufmarsch umzusehen. Schließlich befürchtete die SPD auch, daß Krawallbilder aus Rostock der CDU kurz vor Wahlkampfschluß durchaus gelegen gekommen wären. Wichtigstes Kriterium bei der Wahl des Stadtteils Dierkow war darum sicherlich, daß das Plattenbauviertel relativ einfach polizeilich abzuriegeln und kontrollierbar ist. Schon mehrere Wochen vor dem 19. September wurde Dierkow vom Ordnungsamt als alternativer Aufmarschort anvisiert – ohne, daß das Bündnis davon informiert wurde. Als sich die NPD dann 48 Stunden vor dem Aufmarsch für Dierkow und gegen Lichtenhagen als Aufmarschort entschied, blieb nur noch wenig Zeit, um darauf zu reagieren. Viele Alternativen gab es zu diesem Zeitpunkt für die unabhängigen AntifaschistInnen ohnehin nicht mehr: Eine Mehrheit im Bündnis hatte sich schon vorher darauf festgelegt, eine direkte Konfrontation mit der NPD vermeiden zu wollen, d.h. nicht mal Sitzblockaden o.ä. am Aufmarschort zu versuchen. Stattdessen hielt das Bündnis an der angemeldeten Route nach Lichtenhagen und insbesondere dem »Friedensfest« fest.

Den Zorn von AntifaschistInnen zog sich diese mit NPD-Anhängern voll besetzte und auf dem Weg nach Dierkow befindliche Straßenbahn zu.



Ein gravierender Fehler war auch, daß eine am 17. September noch kurzfristig von der PDS in Dierkow angemeldete Gegenkundgebung am 18. September wieder zurückgezogen wurde. Nach heftigen Debatten auf dem letzten Bündnistreffen am Abend des 17. September einigte man sich lediglich auf einen Verbalkompromiß: Das Bündnis ruft weiter zu den bisher geplanten Aktivitäten auf, und erklärt lediglich eine solidarische Unterstützung für eine Antifademo mit Dierkow als Ziel. Das war dem PDS-Kreisverband Rostock als Anmelder in Dierkow zu wenig. Sie wollten die politische Verantwortung nicht alleine tragen. Am Freitag Abend versuchten dann noch einmal namenhafte VertreterInnen des Bündnisses, bei der Stadtverwaltung um Unterstützung im Falle einer neuen Demoanmeldung durch unabhängige AntifaschistInnen zu werben. Sie wurden mit dem Hinweis, daß inzwischen das Innenministerium in Schwerin die Entscheidungsgewalt an sich gezogen hätte, unverrichteter Dinge nach Hause geschickt. Die Einsatzpläne waren schon lange geschrieben. Nichts sollte noch dazwischen kommen.

Der Naziaufmarsch

Bereits in den frühen Morgenstunden des 19.9. wurden von der Polizei sämtliche Zufahrtsstraßen nach Dierkow kontrolliert und mit Wasserwerfern und Räumpanzern gesichert. Ab neun Uhr morgens sammelten sich die Nazis auf einem Parkplatz in Dierkow. Mit fast zweistündiger Verspätung setzten sich die ca. 3.000 Nazis in Bewegung.

Am Rand hielten führende NPD-Kader Pressegespräche ab: Der 27jährige Torsten Kowalski, NPD-Spitzenkandidat und Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Rostock, sowie der auf Listenplatz 3 plazierte 67 Jahre alte Rechtsanwalt Peter Stöckicht, der schon von 1968 bis 1972 für die NPD im baden-württembergischen Landtag gesessen hatte und mittlerweile in Laage wohnt. Auch Manfred Roeder suhlte sich im Medieninteresse. Die »einfachen Kameraden« dagegen hatten strikte Anweisung, sich nicht interviewen zu lassen. Mehrfach wurden Pressevertreter angegriffen, während die Polizei zusah. Der Aufmarsch wurde vom Landesverband Sachsen-Anhalt angeführt und durch große Lücken zwischen den einzelnen Landesverbänden sowie *»ordentliche Fünferreihen«* künstlich in die Länge gezogen. Die zahlenmäßig größten Blöcke kamen aus Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen. Auffallend war die starke Präsenz sogenannter »Freier Kameradschaften«. Wie schon am 1. Mai in Leipzig leitete NPD-Kader Sascha Wagner den Ordnerdienst. Eine Gruppe der selbsternannten Freien Nationalisten aus Hamburg unter der Führung von Thomas Wulff und Christian Worch sorgte für den Schutz des Leitfahrzeuges. NPD-Bundesvorstandsmitglied Jürgen Distler und JN-



Alle Fotos zeigen Teilnehmer des Aufmarsches

Chef Holger Apfel waren für die Zusammenarbeit mit der Polizei zuständig. Der Aufmarsch endete mit Reden von Udo Voigt, Hans-Günter Eisenecker, Torsten Kowalski, Peter Stöckicht und Christian Worch. Danach verließen die meisten Nazibusse die Stadt. Auf der Autobahn Richtung Süden wurden abends dann mehrere Autos mit AntifaschistInnen von Nazibussen und Pkws aus angegriffen.

Brutale Polizeieinsätze

Der Einsatz von 6.000 Polizisten aus allen Bundesländern sowie SEK- und MEK-Einheiten mitsamt Hubschraubern war von vornherein darauf ausgerichtet, AntifaschistInnen daran zu hindern, in die Nähe der NPD zu kommen. Beim NPD-Aufmarsch beschränkte sich die Polizei lediglich darauf, mit Wasserwerfern hinterherzufahren und den Verkehr zu regeln. Nur einzelne Blöcke wurden von Polizeieinheiten begleitet.

Gegen AntifaschistInnen ging die Polizei dagegen massiv vor. Schon im Vorfeld wurde der norddeutsche Buskonvoi an einer Polizeisperre aufgehalten und durchsucht. Dabei setzten Polizisten Chemical Maze und Schlagstöcke gegen die Insassen des dänischen Antifabusses ein. Auch alle anderen antifaschistischen Buskonvois wurden aufgehalten und durchsucht. In Berlin kam es schon bei der Abfahrt zu Festnahmen. Bei der Demonstration in der Innenstadt gingen die Poli-



Deutschland

zeischikanen und brutalen Übergriffe dann weiter. Permanenter Schlagstockeinsatz und willkürliche Festnahmen gehörten an diesem Tag zur Normalität. 117 AntifaschistInnen wurden festgenommen.

Denjenigen, denen es gelang, bis nach Dierkow zu kommen, sahen sich dort mit einer massiven Polizeipräsenz, Platzverweisen und Neonazis konfrontiert, ohne daß eine Möglichkeit bestanden hätte, sich – ähnlich wie in Leipzig – zu sammeln und zu agieren. Das ist wohl auch aus antifaschistischer Sicht ein wesentlicher Unterschied zwischen dem 1. Mai in Leipzig und dem 19. September in Rostock: In Leipzig gingen die Polizeikräfte weniger konsequent und koordiniert vor; eine räumliche Trennung zwischen AntifaschistInnen und Neonazis wurde weniger strikt durchgesetzt.

Folgenschwerer Angriff

Ungehindert von der bei antifaschistischen Aktivitäten allgegenwärtigen Polizei gelang es rund 60 Nazis, unbemerkt bis zum antifaschistischen Informationszelt am Hafen zu kommen und dieses anzugreifen. Während des Angriffs hielten sich nur wenige Menschen, darunter auch Kinder, im bzw. beim Zelt auf. Zwei Personen wurden durch Steinwürfe der Nazis verletzt. Minuten später überfuhr ein Naziauto auf der Straße vor dem Zelt einen Antifaschisten. Während der Mann mit schweren Kopfverletzungen auf der Straße liegenblieb, flüchtete das Naziauto.

In einer Presseerklärung der Antifaschistischen Aktion Lüneburg/Uelzen heißt es dazu: »(...) *Daß es sich bei diesem Anschlag nicht um einen Verkehrsunfall handelte, haben mehrere ZeugInnen bestätigt. Der Fahrer des Autos ist mit sehr hoher Geschwindigkeit (...) auf den Antifaschisten zugefahren. Der Antifaschist konnte dem Auto nicht mehr ausweichen und wurde überfahren.*« Der Vorfall wurde von der Polizei als Unfall verharmlost und in den meisten überregionalen Medien entweder komplett ignoriert bzw. die Polizeiversion berichtet. Der Halter des Fahrzeugs, Jens Pohl aus Lengerich, den die Polizei als »*nicht einer rechten Szene zuortbar*« bezeichnete, wurde von Journalisten an einer Tankstelle am Ortsausgang von Rostock gestellt. Als diese filmten, breiteten die Fahrzeuginsassen eine Reichskriegsflagge über dem Auto aus und versuchten, die Journalisten anzugreifen. Der Angriff auf das Zirkuszelt wurde von der Polizei – wen wundert es – in ihrer Tagesbilanz im übrigen gänzlich verschwiegen. Stattdessen ermittelt der Staatsschutz mittlerweile gegen Menschen, die in der Nähe gestanden haben könnten, als der Antifaschist überfahren wurde.

Nicht das Ende antifaschistischer Politik

Zunächst einmal die positive Bilanz des Tages: Die große Beteiligung an den antifaschistischen Aktivitäten ist als Erfolg zu werten. Auch, daß es unabhängige AntifaschistInnen geschafft haben, ein derart breites Bündnis auf die Beine zu stellen und eine Spaltung zu verhindern, ist politisch wichtig und richtungsweisend. Es ist dem Bündnis gelungen, in der Stadt mehrheitlich eine Anti-Nazi-Stimmung zu erzeugen, die auch nach außen sichtbar war. Für viele Menschen wurde an diesem Tag deutlich, daß es einen breiten Widerstand gegen Neofaschismus und die NPD gibt. Daß es nicht gelang, den NPD-Aufmarsch zu verhindern bzw. zumindestens zu behindern, hatte mehrere Ursachen. Zum einen wollte das Bündnis mehrheitlich keine direkte Konfrontation mit der NPD. Außerdem hatte das Bündnis eine schon Wochen vor dem 19.9. geplante Anmeldung einer Antifademonstration in Dierkow immer wieder verschoben. Für das Zurückziehen der Demonstrationsanmeldung in Dierkow durch den PDS-Kreisverband gibt es keine Entschuldigung. Eine Partei, die sich selber als antifaschistisch bezeichnet, muß auch gewillt sein, politische Verantwortung auf der Straße zu übernehmen.



Unter diesen Bedingungen war es relativ unmöglich, eine unabhängige Antifademonstration im Innenstadtbereich anzumelden, die als Sammelpunkt für Antifas dienen sollte und gleichzeitig versuchen wollte, bis nach Dierkow zu kommen. Zumal die Entscheidung sehr kurzfristig fiel und die Möglichkeiten, bis an den Stadtrand von Dierkow zu gelangen – angesichts eines fehlenden Ersatzkonzepts – falsch eingeschätzt wurden. Trotzdem ist dies auch noch am Morgen, wenn auch vergeblich, versucht worden. Daß sich letztendlich doch noch ein Demozug formieren würde, war vorhersehbar. Genauso wie feststand, daß dieser nicht bis nach Dierkow kommen würde. Es hätte noch viele andere Möglichkeiten für Antifas gegeben, die Nazis am Marschieren zu hindern. Diese sind – wie schon oft – nicht genutzt worden.

Wie immer nach antifaschistischen Versuchen, Großveranstaltungen der Nazis zu be- bzw. verhindern, stellt sich die Frage nach den Konzepten und der Notwendigkeit, neue Wege zu gehen. Eine Diskussion darum sollte auf jeden Fall solidarisch geführt werden. Es gab erfolgversprechende Konzepte, wenn der NPD-Aufmarsch in Lichtenhagen stattgefunden hätte. So war es fatal, daß ein vom Bündniskonzept unabhängiges Ersatzkonzept für den Fall der Verlegung des Aufmarschortes zu spät überlegt wurde.

Der NPD-Aufmarsch in Rostock ist nicht der erste Naziaufmarsch, der nicht verhindert worden ist, und es wird wohl auch leider nicht der letzte sein. Es wäre aber fatal, wenn wir den Erfolg antifaschistischer Politik alleine am Verhindern bzw. Behindern von Naziaufmärschen messen würden. Der Erfolg, einen breiten Widerstand auf der Straße gezeigt und den Nazis sowohl den räumlichen, als auch gesellschaftlichen Bewegungsspielraum genommen zu haben, ist unter Umständen sogar um einiges größer. ■

Der Rostocker EA hat eine neue Telefonnummer: 0381/4922989. Repressionsbetroffene können sich auch beim Berliner EA 030/6922222 melden. Spendenkonto für den verletzten Antifaschisten: Abraxas, Kto.-Nr. 22 199 88, BLZ 258 551 335, Kreissparkasse Lüchow-Dannenberg, Stichwort: »Holger«.

Immerhin 2,1 Prozent der Erststimmen erhielt Manfred Roeder im Wahlkreis Stralsund, wo er als NPD-Direktkandidat angetreten war. Für den 69jährigen war der Wahlkampf vorläufiger Höhepunkt eines spektakulären Comebacks.

Er lächelt in jede Kamera, redet in jedes Mikrophon:

Der zweite Frühling des Terroristen Manfred Roeder

Geboren wurde Roeder am 6. Februar 1929 in Berlin. 16jährig meldete er sich freiwillig zur Wehrmacht und nahm er an den letzten Kämpfen um Berlin teil. 1967 erhielt er seine Zulassung als Rechtsanwalt, die ihm die Bundesanwaltskammer später wieder entzog.

1970 startete er in Bensheim seine offizielle politische Karriere in der örtlichen CDU. 1971 gründete er den gemeinnützigen Deutsche Bürgerinitiative e.V. Ab 1972 betätigte sich Roeder als Autor rechtsradikaler Schriften. Sein erstes Buch »Unser Kampf gegen eine widernatürliche Justiz« wurde von dem 1997 verstorbenen Revisionisten Thies Christophersen herausgegeben. Im selben Jahr folgten erste Aktionen mit Christophersen, wie z.B. Rauchbomben gegen die »Documenta« in Kassel.

1973 schrieb Roeder das Vorwort zu Thies Christophersens Hetzschrift »Die Auschwitzlüge«. Zudem betätigte er sich als Autor für Christophersens Hauspostille Die Bauernschaft. 1974 wurde Roeder Bundesbruder der Europaburschenschaft Arminia in Zürich und erhielt das »*Arminia-Ehrenband*«. Im selben Jahr organisierte er einen Aufmarsch zum 80. Geburtstag von Rudolf Heß. Weitere Aufmärsche folgten, zumeist für die Freilassung von Rudolf Heß oder Öko-Demos für den Erhalt deutscher Landschaften. 1975 gründete er die Freiheitsbewegung Deutsches Reich (FDR), deren Nachfolgeorganisation die Europäische Freiheitsbewegung ist. In Absprache mit Großadmiral Dönitz organisierte Roeder einen »*Reichstag*« der FDR in Flensburg und ließ sich dort als Nachfolger von Dönitz zum »*Reichsverweser*« ernennen.

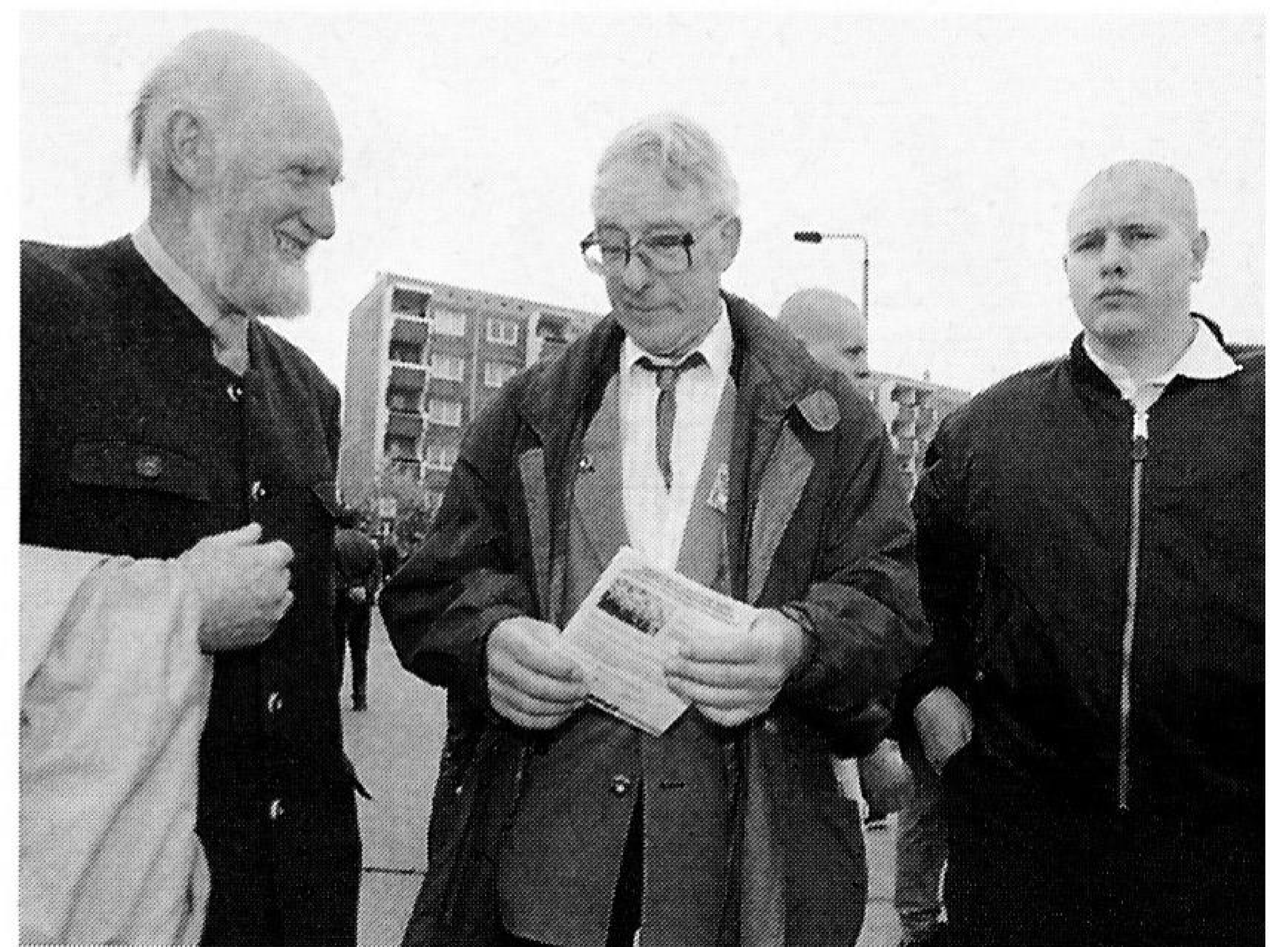
1976 nahm der damals 47jährige an einem Treffen der illegalen NSDAP auf Helgoland teil. In dieser »*bewegten*« Zeit wurde er mehrfach wegen Beleidigung, Volksverhetzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt verurteilt. Er floh aus Deutschland über die Schweiz und Österreich nach Brasilien, wo er am 20. April 1978 mit dem KZ-Wächter Wagner »*Führers Geburtstag*« feierte. Weitere Fluchtstationen waren Großbritannien, Kanada, die USA und Südafrika. In diesen Ländern knüpfte Roeder enge Kontakte zu Nazigruppen und alten Faschisten. Schon damals gehörte er, aufgrund seiner internationalen Beziehungen, zu den führenden Nazis in Deutschland.

Obwohl Roeder mit internationalem Haftbefehl gesucht wurde, gelang ihm noch 1978 die Wiedereinreise in die BRD. 1979 folgte seine Festnahme und eine kurzzeitige Inhaftierung in der Schweiz, jedoch keine Auslieferung an die BRD. Er knüpfte nicht nur wichtige Kontakte zur internationalen Naziszene, sondern scharte auch militante Neonazis in der Deutschen Aktionsgruppe um sich. 1980 verübte diese Nazigruppe mehrere Sprengstoffanschläge, bei denen am 22. August 1980 in Hamburg zwei Vietnamesen ermordet wurden.[1] Die Festnahme am 1. September 1980 in Hannoversch Münden markierte das vorläufige Ende seiner braunen Karriere: 1982 folgte Roeders Verurteilung wegen Rädelsführerschaft in einer »*terroristischen Vereinigung*« sowie der Anstiftung zu sieben Brand- und Sprengstoffanschlägen zu 13 Jahren Haft. Das 1983 von seiner Frau Gertrud Roeder gegründete Hilfswerk Manfred Roeder verbreitete dann die Nazipamphlete, die Roeder in der Haft produzierte. Seine vorzeitige Haftentlassung 1990 feierte er, indem er – trotz Bewährungsauflagen – direkt am Revisionistentreffen »*Wahrheit macht frei*« in München teilnahm.

Danach wurde es ersteinmal stiller um Roeder. Mit dem Abdruck seiner rassistischen und antisemitischen »*95 Thesen zum Lutherjahr*« in der Hessischen Allgemeinen Zeitung meldete sich Roeder 1996 ins Rampenlicht zurück. Seine Hauptenergie steckte er jedoch in das Deutsch-Russische Gemeinschaftswerk – Förderverein Nord-Ostpreußen. Ziel ist die Ansiedlung von »*Rußlanddeutschen*« in der Nähe von Kaliningrad. Der Förderverein wirbt bei betuchten Rechtskonservativen um finanzielle Unterstützung. Außer vielen leeren Versprechungen und einigen nicht bezugsfähigen Häusern haben die sogenannten Rußlanddeutschen jedoch nichts von der versprochenen Unterstützung gesehen. Vermutlich hat Roeder einen Großteil der Spendengelder selbst behalten. Roeder und Co. wollen in Osteuropa – noch einmal – vollendete Tatsachen schaffen. In Staaten, in denen viele »Deutsche« leben, ist die Forderung nach Autonomie von Gebieten, die dann später »*Heim ins Reich*« geholt werden sollen, natürlich viel einfacher. Ein vermeintlicher »*Freistaat Preußen*« soll später aus dem russischen Staatenverband herausgelöst werden.

Als »Experte« für die »*Übersiedlung von Rußlanddeutschen in den Raum von Königsberg*« hatte Roeder im Januar 1995 an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg im Rahmen einer Offiziersweiterbildung einen Vortrag zum Thema gehalten.[2] Weiterhin wurde 1997 bekannt, daß die Bundeswehr, obwohl das Innenministerium angeblich die Bundeswehr-Führung eindringlich vor den Machenschaften des Naziterroristen und dem Deutsch-Russischen Gemeinschaftswerk gewarnt hatte, mit ausgedienten LKWs versorgt hatte. Roeder genoß jede Minute des Medienrummels, der nach den letzten Enthüllungen ausbrach, steigerten sie doch seine Popularität und seinen Marktwert innerhalb der Neonaziszene erheblich. Mit der Kandidatur für die NPD stieg seine Medienpräsenz dann noch einmal. Gerade während des Wahlkampfs hatte Roeder kaum eine wichtige Naziveranstaltung ausgelassen; fast überall wurde er als mehr oder weniger gern gehörter »*Vater der Bewegung*« eingeladen. Auch sein vorerst letztes Ermittlungsverfahren rührt von einer NPD-Veranstaltung her: Der Antisemit und Revisionist hatte am 24. August in Updahl den Holocaust geleugnet.

Auch wenn Roeder hin und wieder den Eindruck eines senilen Altnazis erweckt – so



Manfred Roeder mit Parteifreund und Bodyguard

brachte er kürzlich ein Flugblatt in Umlauf, in dem er sich als »*Kanzleralternative*« anpries –, sollte man sich nicht täuschen lassen: Roeder ist eine der wichtigsten Integrationsfiguren für die Neonaziszene. Er ist sowohl bei burschenschaftlichen Treffen, in neuheidnischen Gruppen als auch auf »*Vertriebenentreffen*« und Veranstaltungen militanter Neonazis und der NPD gern gesehen. Außerdem verfügt er immer noch über beste internationale Kontakte. Nicht zuletzt ist er für den Tod von zwei Menschen verantwortlich. Das sollte nicht vergessen werden! ■

1) siehe AIB Nr 42/1998, S. 11 (Kasten)
2) siehe AIB Nr 42/1998, S. 10

Wahlen im Land der Skins und Schläger

Mit rund 44.000 Erstwählerstimmen für die NPD gehört Brandenburg zu den Bundesländern, in denen die Neonazis bei der Bundestagswahl ihren deutlichsten Erfolg erzielen konnten. Bei der parallel abgehaltenen Kommunalwahl gewann die NPD genügend Stimmen, um in die Stadtparlamente von Fürstenwalde und Frankfurt/Oder einzuziehen.

Im Vergleich zu Mecklenburg-Vorpommern hatten NPD/JN mit ihren knapp 200 Mitgliedern in Brandenburg ihren Bundestags- und Kommunalwahlkampf auf niedrigerer Flamme gehalten. Eine Ausnahme bildete dabei Frankfurt/Oder, wo der Kreisverband um den JN-Barden Jörg Hähnel durch Aktionen wie Bäumepflanzen im Plattenbauviertel und Auftritten bei fast allen öffentlichen Veranstaltungen zu den Themen »Rechtsextremismus/Rassismus« einen sehr aggressiven Wahlkampf führte. Die Regionalpresse tat ihr Übriges, um der NPD zu Öffentlichkeit zu verhelfen. So druckte beispielsweise die Märkische Oderzeitung in ihrer Wahlserie unkommentiert auch das Wahlprogramm der NPD ab und berichtete regelmäßig vermeintlich »neutral« über die NPD-Aktionen. Ansonsten gab es größere Wahlkampfstände der NPD in Eberswalde, Fürstenwalde und Strausberg sowie einen NPD-«Schweigemarsch« am 25.9. in Schwedt, an dem ca. 200 Nazis teilnahmen. AntifaschistInnen organisierten bei fast allen NPD-Aktionen Gegenaktivitäten.



Vor allem mit Informationsständen, wie hier in Frankfurt/Oder, versuchte die NPD in Brandenburg auf Stimmenfang zu gehen.

Die Ergebnisse von NPD, Reps und DVU

Bei den Bundestagswahlen erzielte die NPD mit 0,8% der Zweitstimmen und 3,5% der Erststimmen in Brandenburg bundesweit ihr drittbestes Ergebnis nach Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Bei den Kommunalwahlen gelang ihr der Einzug in die Stadtparlamente von Frankfurt/Oder und Fürstenwalde. In der brandKleinstadt Fürstenwalde erreichte die NPD 5,2 Prozent: Auf ihre drei Kandidaten entfielen insgesamt 2.811 Stimmen. Das bedeutet zwei Sitze, die von Danilo Wilke (26) und David Kellert (20) eingenommen werden. In Frankfurt/Oder wählten 2.217 bzw. 1,75% der Wahlberechtigten die NPD. Die meisten Stimmen für die Neonazis sammelte der im Plattenbauviertel Neuberesinchen angetretene 18jährige René Wegner, der auch im Stadtparlament sitzen wird. Hinzu kommt, daß auch der Bund Freier Bürger (BFB) mit 1.883 Stimmen bzw. 1,49 Prozent einen Sitz im Stadtparlament erhält. In Eisenhüttenstadt gelang es den Republikanern, sich im Vergleich zu den Kommunalwahlen vor fünf Jahren sogar noch zu verbessern. Sie werden jetzt mit zwei Abgeordneten im Stadtparlament vertreten sein. Der schon 1993 gewählte Winfried Steinberg, der in der Neonazipostille »Berlin-Brandenburger Zeitung« mehrfach lobend erwähnt wurde, hat nun die parteilose Bettina Helbig an seiner Seite. Die Reps in Eisenhüttenstadt haben damit Fraktionsstatus.

Dagegen war die DVU bei den Kommunalwahlen gar nicht erst angetreten. Allerdings gewann sie bei den Bundestagswahlen 2,7% der Zweitstimmen in Brandenburg – mehr als Reps und NPD zusammen. Ihre höchsten Ergebnisse erzielte die Frey-Partei mit 3,8% im Wahlkreis Fürstenwalde-Strausberg-Seelow, wo auch der DVU-Landevorsitzende Axel Hesselbarth zuhause ist; im Wahlkreis Bad Liebenwalde-Finsterwalde-Herzberg-Lübben-Luckau erhielt sie sogar 4% der Stimmen.

Die Nazikandidaten

NPD-Landesliste:

Jörg Hähnel, Frankfurt/oder
Thilo Kabus, Hennigsdorf
Maik Hampel, Oranienburg
Sven Issler, Wittstock
Reimar Leibner, Oranienburg

DVU-Landesliste:

Axel Hesselbarth, Strausberg
Michael Claus, Petershagen
Hartmut Koch, Stücken
Oliver Köhler, Klosterfelde
Bärbel Mielis, Storkow
Siegmund Platz, Rückersdorf
Ortwin Tietz, Storkow
Werner Firnelburg, Müncheberg
Christian Köhler, Klosterfelde

Ausblick: Landtagswahlen 1999

Es bleibt abzuwarten, wie die neofaschistischen Parteien ihre Mandate in den brandenburgischen Kommunalparlamenten nutzen werden, um ihre Position innerhalb der politischen Landschaft zu konsolidieren bzw. weiter zu stärken. Auch wenn den neofaschistischen Parteien nur in einigen Kommunen der Sprung in die Kommunalparlamente gelungen ist, hat der 27. September klar gemacht, daß das WählerInnenpotential für rechte Parteien zusammengefaßt über der 5%-Marke liegt.

Die Kopplung mit der Bundestagswahl und die »Kohl-muß-weg«-Stimmung hat auch die Wahlergebnisse dieser Kommunalwahlen beeinflußt. Denn durchschnittlich 13 Prozent der Bevölkerung (ab 14 Jahren) haben nach Umfragen ein rechtsextremes Weltbild. Das rechte WählerInnenpotential ist also nicht verschwunden, es hat sich dieses Mal nur taktisch anders entschieden. Es ist also keinesfalls Entwarnung angesagt.

Für die Landtagswahlen im nächsten Jahr kann dies nur bedeuten, daß es gelingen muß, der Wahlkampfmaschinerie der Rechten, bei denen insbesondere die NPD zu einem wirkungsvollen und flächendeckenden Wahlkampf mit Hilfe eines aktiven Mitglieder- und Sympathiesantenkreises fähig ist, Einhalt zu gebieten. Dabei gilt es, den Spagat zwischen Bündnisarbeit und eigenen Positionen zustande zu bringen. ■



Rassismus hat viele Gesichter. Dies trifft insbesondere auf die CSU zu. Forderungen nach »asylantenfreien Zonen« oder Stimmen gegen eine »durchrasste Gesellschaft« sind hinlänglich bekannt und stellen im Zusammenhang mit der bayerischen Regierungspartei nichts Neues dar. Schließlich gilt immer noch das Credo von Franz-Josef Strauß, daß es entscheidend darauf ankäme, den rechten Rand der Union nicht ausfransen zu lassen. Neu ist jedoch, wie systematisch und perfekt getimt die CSU für die bayerischen Landtagswahlen und die darauffolgenden Bundestagswahlen eine rassistische Kampagne entfachte. Das Ganze unter dem Motto: »CSU – Mit Herz und Verstand«.

Der Landtagswahlkampf der CSU in Bayern übertraf den Bundestagswahlkampf der Union an rechtem Populismus bei weitem.

Wer ist das Original und wer die Kopie?

Die bayerische CSU grub mit ihrer rassistischen Kampagne zu den Wahlen den rechtsextremen Parteien das Wasser ab

Schon im Sommer 1997 ließ die Ankündigung von CSU-Chef Theo Waigel, man müsse sich *»auf härteste Wahlkämpfe«* einstellen, Schlimmes erahnen. »*Die Auseinandersetzungen der Vergangenheit waren nur matte Trainingseinheiten verglichen mit dem, was uns 1998 erwartet*«, tönte der Bayer.

Bevor die CSU ihr Trainingslager verließ, durfte ihr stellvertretender Generalsekretär, Joachim Herrmann, noch schnell die Marschroute konkretisieren. Der Themenkomplex »Ausländer und Innere Sicherheit« müßte eine wichtige Rolle im Wahlkampf spielen, denn die Integration wäre nun einmal *»am Ende ihrer Möglichkeiten«* angelangt. Er forderte die Senkung des Nachzugsalters für Kinder ausländischer Familien von derzeit 16 auf zehn Jahre. Es könne nicht so weitergehen, daß *»wir ständig Jugendarbeitslosigkeit aus der Türkei importieren«* würden.

Anfang Januar 1998 verabschiedete die CSU auf ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth ein Konzept zur schärferen Verbrechensbekämpfung, im Mittelpunkt davon die *»schnelle Abschiebung krimineller Ausländer«*. Einen Monat später tauchte dann der CSU-Rechtsaußen und Münchner Unterbezirksvorsitzender Peter Gauweiler aus der Versenkung auf. Er kündigte ein Volksbegehren mit dem Ziel an, den Satz *»Bayern ist kein Einwanderungsland«* in der Verfassung zu verankern. Ein Vorstoß, der in seiner eigenen Partei zunächst auf Ablehnung stieß.

Mitte März machte dann der CSU-Fraktionschef im bayerischen Landtag, Alois Glück, unmißverständlich klar, daß seine Partei *»die Ausländerpolitik zum Wahlkampfthema«* machen würde. Je näher nun die Wahltermine heranrückten, desto mehr nahm die CSU-Kampagne an Intensität zu.

Anhand eines jugendlichen türkischen Mehrfachstraftäters, »Mehmet« genannt, entfachte man zunächst in München, dann bayern- und bundesweit, eine Kampagne zur Abschiebung *»krimineller Ausländer«* und darüber hinaus zur Sippenhaft für Eltern straffällig gewordener Kinder. Die CSU forderte, die Eltern straffällig gewordener Ausländerkinder zur Strafe gleich mitabzuschieben. Bis zum Wahltag wurde diese Debatte am Kochen gehalten, obwohl das OVG Bayern schon längst entschieden hatte, daß der Ausweisungsbescheid sowohl für »Mehmet« als auch für seine Eltern nicht rechtmäßig ist.

Nachdem die DVU mit rassistischen Parolen 12,9 Prozent der Stimmen bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt im April eingefahren hatte, war die CSU kaum mehr zu bremsen. Die Angst packte die Partei schon am Abend nach Bekanntgabe der ersten Hochrechungen derart, daß man sich von Mahnungen der Kirchen, Wohlfahrtsverbände oder auch des Hotel- und Gaststättenverbandes nicht irritieren ließ. »*Härtere Themen sind nun gefragt*«, gab CSU-Generalsekretär Bernd Protzner die künftige Linie aus. CSU-Chef Waigel forderte von der gesamten Union einen Themenwechsel hin zur Ausländerpolitik, um zu versuchen, die DVU-Wähler für die demokratischen Parteien zurückzugewinnen. Bayerns Finanzminister Erwin Huber verlangte die stärkere Berücksichtigung »*na-*



Peter Gauweiler, CSU-Rechtsaußen und selbsternannter Asylpolitiker

tionaler Interessen«. Beim kleinen Parteitag der CSU in Ingolstadt, genau einen Monat nach dem DVU-Triumph in Sachsen-Anhalt, hatte dann Peter Gauweiler seinen großen Auftritt. Keiner schien der CSU-Spitze besser geeignet, den Leitantrag »*Deutschland und Bayern sind kein Einwanderungsland*« den 200 Delegierten vorzustellen. »*Unsere Aufnahmekapazität ist erreicht*«, betonte Gauweiler. Er wolle »*nicht nur reden, sondern handeln*«, und eine Debatte führen, die die »*vielen Denkpolizisten im linken Lager nicht gerne sehen*«. Ein Vorkämpfer gegen die »political correctness«, ein Fighter gegen Denkverbote, der unbeirrt die Wahrheit trotz heftigem Gegenwind verkündet, so sieht sich Gauweiler gerne. Das kam an bei den Delegierten, draußen in den Bierzelten und auch bei der CSU-Führung. »*Wir bleiben eine deutsche Nation*«, rief Parteichef Waigel begeistert aus und verwies darauf, daß man Volkes Stimme hinter sich hätte: »*Wir als CSU rücken nicht nach rechts. Wir bleiben wo wir sind: in der Mitte.*« Man müßte eben die »*diffusen Ängste in der Bevölkerung*« ernst nehmen. Derer nimmt sich auch Bayerns Innenminister Günther Beckstein jederzeit an, »*emotionslos verantwortungsbewußt*«, wie der christliche Hardliner stets betont.

»*Zuwanderung – weiter begrenzen!*« und »*Bayern ist kein Einwanderungsland*« hieß es fortan im Wahlpapier der CSU. Alle Anstrengungen liefen darauf hinaus, dies auch in der gemeinsamen Wahlplattform der Union zu verankern. Dies mißlang zwar, doch die CSU-Propaganda brachte nun fast täglich neue negative Highlights zustande. So fordert CSU-Vizegeneralsekretär Joachim Herrmann, man müßte künftig in den Ausländerbehörden zwischen »*hoch willkommenen und eher unerwünschten Leuten*« unterscheiden. Obwohl in den letzten fünf Jahren die Zahl der Asylbewerber von 450.000 auf 105.000 sank, geißelte Beckstein den »*weiterhin eklatanten Mißbrauch des deutschen Asylrechts*« und forderte zur »*forcierten Rückführung*« der bosnischen Kriegsflüchtlinge in ihre Heimat auf. »*Unsere Gastfreundschaft ist zu Ende.*« Becksteins Innenstaatssekretär, Hermann Regensburger, lehnte es öffentlichkeitswirksam ab, die Sondererfassung in der kriminalpolizeilichen Kartei des Freistaats in die Kategorien »*negroid*« und »*Personentyp Roma/Sinti*« abzuschaffen.

Auf ihrer Klausur Anfang Juli im Kloster Banz legte die CSU-Landesgruppe dann noch einmal nach. Schließlich lag die Partei bei Meinungsumfragen am Boden. Um die fünf Prozent für die Reps und nur noch 46 Prozent für die CSU in Bayern. Vorbei also mit dem »50 plus X«, aus dem die CSU ihre bundespolitische Bedeutung und Ausnahmestellung ableitet. Die DVU hatte schon vorher auf eine Kandidatur im Freistaat bei den Landtagswahlen verzichtet, da – so DVU-Chef Frey – die CSU »*bereits unsere Politik*« vertrete. Nun galt es, die Reps zu schwächen.

Zwar war das CSU-Positionspapier zur Ausländerpolitik in Banz mit »*Deutschland und Bayern – weltoffen und gastlich*« überschrieben. Was die CSU unter Weltoffenheit versteht, offenbarte sich dann im Text. Wer als Ausländer in Deutschland leben wolle, müßte so sprechen wie ein Deutscher, also regelmäßig Deutschkurse belegen, sonst wecke er »*Zweifel an seiner Integrationsbereitschaft*«. Er sollte sich in deutschen Vereinen und Verbänden engagieren und nicht mit zu vielen Ausländern in einer Straße wohnen. »*Maßnahmen zur Sicherung ausgewogener Bewohnerstrukturen*«, nannte man das. »*Die Integrationsfähigkeit und Identität unserer Gesellschaft bewahren, heißt Zuwanderung begrenzen*«, hieß es in den CSU-Wahlprospekten.

Mit einer rassistischen Stimmungsmache hatte schon die SPD in Baden-Württemberg und in Hamburg die Rechtsextremisten stark gemacht. Das Gleiche passierte der CSU 1989 bei den Europawahlen, damals holten die Reps 14,6 Prozent in Bayern. Diesmal jedoch ging das Konzept der CSU auf. Sie holte 52,9 Prozent der Stimmen. Die Reps, die landesweit den Slogan »*Wir halten, was die CSU verspricht*« plakatiert hatten, scheiterten mit 3,6 Prozent überraschend klar an der Fünfprozenthürde. Edmund Stoiber jubelte nach den ersten Hochrechnungen in Bayern: »*Es ist unser Verdienst, undemokratische Parteien aus dem Landtag herausgehalten zu haben.*«

Kurz vor den Bundestagswahlen setzte die CSU ihre Kampagne fort. Sie präsentierte Umfrageergebnisse, wonach die Mehrzahl der in Deutschland lebenden Ausländer Rot-Grün bevorzugen würden. CSU-Landesgruppenchef Michael Glos gab kund, daß die CSU auch künftig nur »*jetzigen Deutschen*«, aber nicht irgendwelchen »*Neo-Deutschen*« das Wahlrecht zugestehen werde. Er warnte in diesem Zusammenhang vor einer »*islamischen Republik Deutschland*«. Der Zeitpunkt war denkbar geschickt gesetzt. Zwei Tage zuvor war in Freising bei München ein angeblicher Komplize des mutmaßlichen internationalen Topterroristen Ussamar Bin Laden festgenommen worden und im Freistaat ging die Angst vor Vergeltungsmaßnahmen und Anschlägen islamischer Fundamentalisten um.

Auch wenn die CSU bei der Bundestagswahl im Vergleich zur Landtagswahl unter die 50-Prozent-Marke rutschte: Mit ihrem Wahlkampf und ihren Positionen hat sie die Eckpunkte der Debatte noch weiter nach Rechts verschoben. ■

Euthanasie und Bevölkerungspolitik

Der Historiker Detlev Peukert veröffentlichte kurz vor seinem Tod einen Aufsatz, in dem er versuchte, die Logik der Vernichtung, die mit dem Namen »Auschwitz« verbunden ist, aus der Logik der medizinischen Pflege und dem Versprechen auf einen gesunden »Volkskörper« zu erklären. In der Moderne lag nach Peukert ein Zug, soziales Elend und Krankheit abzuschaffen. Für lange Zeit sei es dabei um Maßnahmen gegen die Ursachen und Symptome von Armut und Krankheit gegangen.
Doch in Verbindung mit einer rassistischen Ausgrenzungsmentalität seien schließlich statt der Armut die Armen und statt der Krankheit die Kranken ins Blickfeld gerückt. Als die zu verteilenden Mittel spärlicher und die Ausgaben für Sozial- und Gesundheitssystem knapper wurden, stieg die Bereitschaft, diese Menschen zu ermorden.[1]

Bereits seit den Siebzigern war, beispielsweise in der Zeitschrift »Autonomie« oder in den »Beiträgen zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik«, auf den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Verwertungslogik und Bereitschaft zur Vernichtung in modernen Gesellschaften aufmerksam gemacht worden.

Tatsächlich war es das Fachwissen der Ärzte, die auf Hitlers Anweisung die Euthanasie-Aktion durchgeführt hatten – das heißt praktische Erfahrungen in der massenhaften Vernichtung von Menschen gesammelt hatten –, das dann beim Aufbau der Todesfabriken als Grundlage diente, als es darum ging, zur Judenvernichtung zu schreiten. Sicher wäre es falsch, in dieser Logik den entscheidenden, alles erklärenden Schlüssel zu Auschwitz zu suchen. Aber zumindestens in Deutschland nach 1945 konnten sich die diskreditierten Befürworter des angeblich so »*schönen Todes*« – denn das heißt Euthanasie übersetzt – über lange Zeit nicht mehr offensiv in die Öffentlichkeit wagen.

Euthanasie und Sterbehilfe

Das hat sich seit einigen Jahren geändert. Wesentlich unbefangener wird Euthanasie öffentlich diskutiert, auch wenn der Begriff nicht immer verwendet wird. Es ist bequem für die Befürworter von Euthanasie-Maßnahmen, wenn der prominenteste Fürsprecher dieser Praxis, Peter Singer, nicht nur kein Deutscher ist, sondern vom Vorwurf des Rassismus stets als Jude in Schutz genommen wird. Mit dem »Personenkult« um Singer beschäftigt sich der Artikel über ein Seminar an der TU Braunschweig ab Seite 22.

Statt um das häßliche Wort vom »*schönen Tod*« wird in der deutschen Debatte oft um Sterbehilfe diskutiert. Medienwirksam wird das Schicksal einzelner PatientInnen dargestellt, die Sterbehilfe mehr oder weniger offen als einzige Erlösung präsentiert. Dabei verwischen häufig die Grenzen. Moralisch und ethisch ist das Problem hochkompliziert: Gibt es einen Anspruch auf einen selbstbestimmten Tod? Kann ein Tod selbstbestimmt sein in einer entfremdeten Gesellschaft, in der noch nicht einmal das Leben selbstbestimmt ist? Wann ist eine Entscheidung »frei«?

Mit dem Problem der Sterbehilfe gerät die moderne Medizin im ausgehenden 20. Jahrhundert ins Blickfeld. Einerseits sind PatientInnen Objekte von Kosten-Nutzen-Kalkulationen, andererseits sind zahlungsfähige PatientInnen auch profitträchtig. Die Zerschlagung der Polikliniken in der DDR sowie die Privatisierungen und Teilprivatisierungen im gesamtdeutschen Gesundheitssystem haben die betriebswirtschaftliche und auf Profit orientierte Ideologie im medizinischen Bereich verstärkt. Zugleich steigt die Forderung, nicht mehr verwertbare Menschen töten zu dürfen. Behinderten, Alten, schwer leidenden Kranken wird dabei abgesprochen, darüber entscheiden zu können, ob ihnen ihr Leben noch etwas »bringt«. Einige Urteile der vergangenen Jahre weiten die Möglichkeiten zu derartigen Maßnahmen aus.

Bevölkerungspolitik im Norden und im Süden

Ausgrenzung, passives »Sterbenlassen« und aktive Vernichtung armer, kranker, »nicht-lebenswerter« Menschen ist kein Gespenst der Vergangenheit – es ist alltägliche Praxis in jenem größeren Teil der Erde, in dem der größere und ärmere Teil der Menschheit lebt.

Die Hightech-Medizin der Industrieländer steht in einem krassen Gegensatz zur nicht vorhandenen medizinischen und ökonomischen Grundversorgung der Menschen in der sogenannten Dritten Welt. Und so liegt dort und bei der armen Bevölkerung der Industrieländer auch der Schwerpunkt auf jenen Maßnahmen, die verhindern sollen, daß sie nach ihrem eigenen Willen Kinder bekommen. Von der Vernichtung der Armut zur Vernichtung der Armen – und weiter, zur präventiven Verhinderung ihrer Reproduktion. Dreimonatsspritzen, Implantate und Zwangssterilisierung von Frauen in Afrika, Asien und Lateinamerika sind das Instrumentarium dieser »Prävention«.

Ein Geschäft, bei dem die multinationalen Pharmakonzerne riesige Gewinne einfahren – wie beispielsweise Schering mit dem umstrittenen Langzeitverhütungsmittel Depo-Provera, das zuerst an schwarzen Frauen in Südafrika und Namibia getestet wurde. In den USA werden mittlerweile afroamerika-nische Sozialhilfeempfängerinnen mit mehreren Kindern per Gerichtsbeschluß dazu gezwungen, Depotverhütungsmittel zu benutzen. Diesen Punkt gilt es festzuhalten, da sich die hier abgedruckten Artikel auf Deutschland und Europa konzentrieren. Zugleich dienen die armen Länder auch als Versuchsfelder für den reichen Norden.

Weltweit sind es bestimmte Bevölkerungsgruppen, die kein selbstbestimmtes Recht auf Reproduktion haben sollen. Erst vor kurzem wurde bekannt, daß sowohl in Schweden als auch in Frankreich Zehntausende von Menschen mit Behinderungen ohne ihre Einwilligung sterilisiert wurden; und es sind bestimmte Kinder, die nicht leben sollen: Arme, kranke, behinderte. Dem dient die pränatale Diagnostik der Industrieländer, mit der sich Udo Siercks Gastbeitrag ab Seite 24 befaßt. Kriterium ist die Verwertbarkeit nach Kapitallogik.

Das AIB ist selbstverständlich weder gegen einen selbstbestimmten Tod, noch gegen das Recht zur Entscheidung von Frauen, ob sie ein Kind austragen wollen oder nicht. Doch die aktuelle Debatte verschiebt die Frage weg von der Selbstbestimmung hin zur Fremdbestimmung. Danach sollen, können, müssen »*verwertbare*« Kinder ausgetragen werden. »*Nicht-verwertbare*« Menschen, »*nutzlose Esser*«, sollen, können, müssen von ihrem Leben »*erlöst*« werden. ■

---

1) Peukert, Detlev J.K., »Die Genesis der 'Endlösung' aus dem Geist der Wissenschaft«, in: J.K. Detlev Peukert, Max Webers Diagnose der Moderne, Göttingen 1989, S. 102 ff.. 1990 starb Detlev Peukert im Alter von 40 Jahren.

Personenkult um Peter Singer

Akademische Euthanasiedebatte in Braunschweig

Im Wintersemester 1997/98 fand an der TU Braunschweig am Seminar für Philosophie ein Proseminar mit dem Titel »*Peter Singer – sein Standpunkt und dessen Rezeption in Deutschland*« statt. Bei Peter Singer handelt es sich um einen australischen Philosophen, der mit seinem Buch »Praktische Ethik« Anfang der 80er eine neue Euthanasie-Debatte eingeleitet hat. Dieses Buch ist auch das einzige, das in der Literaturliste zum Seminar aufgeführt ist. Gleich in der ersten Sitzung sollte der auf Emotionen zielende Film »Zum Leiden geboren?« gezeigt werden; das Thema »*Euthanasie im Dritten Reich*« dagegen wurde erst am Ende des Semesters behandelt. Einige StudentInnen befürchteten, daß sich nur sehr unkritisch mit Singers Thesen auseinandergesetzt werden würde. Sie forderten, daß vor allem eine Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse stattfinden müßte, in denen es verschärft zu Ausgrenzungsmechanismen gegenüber Menschen kommt, die im Produktionsprozeß nicht verwertbar sind. Aufgrund der Proteste gestaltete Seminarleiter Wolfgang Buschlinger das erste Treffen zu einer Diskussionsveranstaltung um, in der es um die Fortführung des Seminars ging. Das Ergebnis dieser Diskussion war jedoch, daß das Seminar trotzdem abgehalten wurde. Diskussionsleiter Roland Simon-Schäfer schlug sogar vor, Singer selbst als Referenten in die Universität einzuladen. Den »Behinderten«vertreterInnen wurden dagegen »*irrationale Ängste*« vorgeworfen. Ein Großteil der Anwesenden berief sich bei ihrer Unterstützung für das Seminar auf die sogenannte »*Freiheit der Wissenschaft*«.

Doch erstmal zu Peter Singer und seiner Arbeit: Er ist Co-Direktor am Institute of Human Bioethics an der Monash-University in Melbourne und bezieht sich in seinen Werken auf die philosophische Richtung des Utilitarismus. Obwohl schon im 18.Jahrhundert entstanden, hat der Utilitarismus in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen. In der Ethik des Utilitarismus geht es darum, einen »*größtmöglichen Nutzen für eine größtmögliche Zahl von Menschen*« zu erreichen. Das Wohl des Einzelnen hat sich hierbei dem Allgemeinwohl unterzuordnen. In den letzten Jahren wird bei politischen Entscheidungen verstärkt mit utilitaristischen Kosten-Nutzen-Rechnungen gearbeitet. Im Jahre 1984 veröffentlichte Peter Singer das umstrittene Buch »Praktische Ethik«. Darin führt er Kriterien auf, um Menschen in zwei Kategorien einzuteilen. Er unterscheidet zwischen »*Personen*« und »*Nicht-Personen*«. Zu den Kriterien, die laut Singer eine »Person« ausmachen, gehören Rationalität, Autonomie, Selbstbewußtsein und die Fähigkeit, die Zukunft zu planen. Wenn ein Mensch diese Kriterien nicht erfüllt, sei dieser auch keine »Person« und habe damit keinen Anspruch auf ein Recht zum Leben: »*Sie zu töten kann daher nicht gleichgesetzt werden mit dem Töten normaler menschlicher Wesen.*« Dies gilt nach Singer beispielsweise für Menschen mit Alzheimer oder für KomapatientInnen. Auch Neugeborenen spricht er ein Lebensrecht ab. Mit Hilfe von utilitaristischen Kosten-Nutzen-Rechnungen versucht er, die »*Summe des Glückes*« zu ermitteln; schwerbehinderte Neugeborene werden in dieser Logik als ein Kostenfaktor gewertet. Da ja die Kriterien des »Personseins« fehlen, dürfen sie getötet werden. Gesunde Neugeborene dagegen wirken positiv auf die Summe des Glücks. Nach Singers Personenkriterium können allerdings auch Neugeborene getötet werden, wenn deren Geschlecht unerwünscht ist. Dies trifft in patriarchalen Gesellschaften meist nur auf Mädchen zu.

Peter Singer ist neben seiner Befürwortung der Euthanasie auch als Tierrechtler bekannt. Er spricht bestimmten Tieren, z.B. Schimpansen, die Eigenschaft zu, »Person« zu sein, und fordert für diese Grundrechte ein. Darüber hinaus ist Singer führendes Mitglied bei den australischen Grünen im Bundesstaat Victoria.

Singer in Deutschland

In Deutschland erregte Singer das erste Mal Aufsehen, als er auf einem Symposium der Lebenshilfe in Marburg reden sollte, aber aufgrund der Proteste von Behindertenbewegungen wieder ausgeladen wurde. Auch andere Vorträge Singers sind durch massive Proteste verhindert worden. Trotzdem hat die Veröffentlichung der »Praktischen Ethik« einer neuerlichen Euthanasie-Debatte zum Durchbruch verholfen. Die Debatte über Bioethik darf jedoch nicht nur anhand von Peter Singer geführt werden. Denn es gibt noch jede Menge anderer BioethikerInnen, die ähnliche Gedanken und Ansätze haben. Auch die wirtschaftlichen Interessen an der Bioethik müssen analysiert werden. Es ist kaum verwunderlich, daß in Zeiten, in denen die Ausgaben für ärztliche Versorgung gekürzt werden, eine »Euthanasie-Diskussion« geführt wird. Staat und Wirtschaft kommt dieser Diskurs durchaus als Argumentationshilfe bei Kürzungen im Gesundheitsbereich gelegen. Auch die Bioethik-Konvention des Europarates ist in diesem Zusammenhang zu sehen, geht es darin doch unter anderem um die Forschung an nicht »*einwilligungsfähigen Menschen*« – also Menschen, die Singers Personenkriterien nur zum Teil oder gar nicht erfüllen. An diesen Menschen soll selbst dann Forschung erlaubt sein, wenn von dem getesteten Medikament keine Besserung zu erwarten ist. Forschung zum Wohl der Allgemeinheit ..... .

Protest in Braunschweig

Zurück zu den Protesten gegen das Singer-Seminar in Braunschweig: Der AStA der TU Braunschweig rief zu einem Boykott des Seminars auf. Gemeinsam mit KritikerInnen der Bioethik sowie AktivistInnen von »Behinderten«gruppen wurde eine Veranstaltungsreihe organisiert. Obwohl



Singer auf den Spuren der Vergangenheit? Die beiden Bilder zeigen Kosten-Nutzen-Vorstellungen aus dem Jahr 1939.

dabei die Diskussion und Stimmung eindeutig gegen die Fortführung des Singer-Seminars waren, betonte TU-Präsident Bernd Rebe bei einer Podiumsdiskussion, daß seiner Ansicht nach das Seminar auf jeden Fall stattfinden müßte.

Das hat es auch getan, wobei Buschlinger trotz der Proteste keine Änderungen an dem Seminarkonzept vornahm. Währenddessen wurde die Gegenveranstaltungsreihe des AStA durchgeführt. Die Vorträge – z.B. mit Oliver Tolmein und Udo Sierck – waren zum Teil sehr gut besucht. Außerdem hat sich ein außeruniversitärer »Arbeitskreis Bioethik« gegründet. In diesem Zeitraum wurden auch in der Lokalpresse und in regionalen Radiosendern mehr und mehr Stimmen gegen das Singer-Seminar laut. Im Laufe der Zeit wurde deutlich, daß die Öffentlichkeit keineswegs geschlossen für die Fortführung des Seminars ist. Insbesondere linke, liberale und auch christliche Gruppen und Einzelpersonen engagierten sich stark. Einige Menschen aus der autonomen »Behinderten«bewegung suchten auch die direkte Auseinandersetzung und erschienen während einer der Sitzungen des Seminars. Sie versuchten, mit den TeilnehmerInnen über den Zusammenhang zwischen alltäglicher »Behinderten«feindlichkeit und den Thesen Singers zu diskutieren. Dabei wurde jedoch deutlich, daß sich die SeminarteilnehmerInnen durch die »Behinderten« eher gestört fühlten und eine Diskussion nicht erwünscht war. Gegen Ende des Semesters änderte Buschlinger aufgrund des öffentlichen Druckes, der auch nicht an den offiziellen Stellen der TU vorbeigegangen ist, den Seminarplan. Er sah sich gezwungen, im Seminar Texte zu verteilen und zu behandeln, die sich kritisch mit Singers Personenbegriff auseinandersetzen.

Ein Teilerfolg

Erwähnenswert ist auch das Verhalten der Hochschulleitung während des ganzen Semesters. So wurden Einladungen des AStA an die Institute zu einem Vorbereitungstreffen, auf dem der Protest gegen das Singer-Seminar hätte organisiert werden sollen, auf Anweisung der Hochschulleitung bis nach dem Treffen zurückgehalten. Ähnlich ist es mit dem »Appell wider tödliche Philosophie« gelaufen, der von der Lebenshilfe und der Evangelischen Stiftung Neuerkerode in Zusammenarbeit mit dem AStA initiiert worden ist, sowie mit einer Veranstaltungsankündigung, die beide erst nach Protesten von AStA-Mitgliedern von der Poststelle verteilt wurden. Der Appell richtete sich gegen das Stattfinden des Singer-Seminars und Singers Euthanasie-Thesen. Dabei wurden über zweitausend Unterschriften gesammelt, darunter auch die Unterschriften aller Braunschweiger Bundestagsabgeordneten.

Die Unterschriften wurden wegen »*Terminschwierigkeiten*« erst nach dem Ende des Singer-Seminars an den Präsidenten der TU Braunschweig überreicht. Als es dann zu der Übergabe der Unterschriften in Anwesenheit der Presse kam, distanzierte sich TU-Präsident Rebe vom Singer-Seminar und einer von Buschlinger bei dieser Gelegenheit gemachten Äußerung, daß für ihn das menschliche Leben nicht auf jeden Fall erhaltenswert sei. Auch hat Rebe darauf hingewiesen, daß ein derartiges Seminar nicht noch einmal an der TU Braunschweig stattfinden werde – eine klare, wenn auch völlig verspätete Distanzierung von seiner anfänglichen uneingeschränkten Unterstützung des Seminars. Die Presse nahm diese Aussagen irritiert zur Kenntnis, ist doch von Rebe bis zu diesem Zeitpunkt jegliche Kritik an dem Seminar zurückgewiesen worden. Festzuhalten bleibt, daß das Seminar zwar nicht verhindert worden ist.

Den Veranstaltern des Seminars ist es jedoch nicht gelungen, ihre menschenverachtende Ideologie ungestört zu verbreiten. Deutlich wurde auch, daß progressive Positionen in der Studierendenschaft nicht unbedingt vorausgesetzt werden können. In derartigen Fällen ist es von Vorteil, auch die oftmals verschmähten bürgerlichen Kräfte als BündnispartnerInnen zu gewinnen. ■

Prävention und Normalität



Ein Gastbeitrag von Udo Sierck

Die Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung mit dem Neonazi Jürgen Rieger an der Spitze verschickte Ende der siebziger Jahre ein Rundschreiben an Ärzte des deutschen Sprachraums. In ihm wurde aus ärztlicher Verantwortung die *»Führung auf eugenischem Gebiet«* beansprucht und der weitere Ausbau der genetischen Beratungsstellen verlangt. In der Wortwahl eindeutig und treffend, fand lobend Erwähnung, daß in diesen Einrichtungen jetzt auch auf Krankenschein »Erbgesundheitsgutachten« erstellt würden. Bei geringstem Zweifel am gesunden Nachwuchs gäbe es nur eines: *»Verweisen Sie Ihre Patienten an die Genetischen Beratungsstellen.«* Zur weiteren Information und zur *»Vertiefung Ihrer erbgesundheitlichen Kenntnisse«* wurden Bücher prominenter bundesdeutscher Humangenetiker empfohlen.

In einem Merkblatt mit gesundheitlichen Ratschlägen für Eheschließende, das Heiratswilligen auf den Standesämtern in Baden-Wüttemberg mindestens noch Ende der achtziger Jahre in die Hand gedrückt wurde, heißt es in einem Jargon, der an die »Aufklärung« zur Volksgesundheit im NS-Regime erinnert: *»Gesundheit ist eine der wesentlichen Grundlagen für das Glück der Ehe. Gesundheitsvorsorge (...) ist eine wichtige Voraussetzung für ein harmonisches Eheleben und für gesunde Kinder. Krankheit dagegen bringt Kummer und Sorgen ins Haus, beeinträchtigt die Schaffens- und Lebensfreude des Ehepartners und zerbricht die eheliche Gemeinschaft. Bestimmte Krankheiten der Eltern können die Kinder in ihrer körperlichen und geistig-seelischen Entwicklung schädigen. Unheilvoll sind vor allem bestimmte Erbleiden (...). Es sollte sich deshalb jeder, der heiraten will, vergewissern, ob sich die Verehelichung mit seinem Gesundheitszustand vereinbaren läßt. Es ist dies die ernste Pflicht eines gewissenhaften Menschen gegen sich selbst, gegenüber seinem künftigen Ehegatten und den Nachkommen. (...) Verlobte sollen deshalb vor der Eheschließung ihren Arzt aufsuchen und diesen um eine gründliche Untersuchung (...) und um seinen sachverständigen Rat bitten. Zumeist wird die ärztliche Untersuchung eine Bestätigung der Heiratsfähigkeit bringen. (...) Wer gegen diese Vorschriften verstößt, obwohl er seine Erkrankung kennt oder den Umständen nach kennen muß, kann mit Freiheitsstrafe oder mit Geldstrafe bestraft werden.«* Solche Appelle an die Selbstverantwortung, die diversen Angebote der Prävention in Anspruch zu nehmen, verbunden mit dem drohenden Vorwurf der Selbstverschuldung, wenn ein Kind eine vorgeburtlich erkennbare Behinderung hat, sind heute kaum noch notwendig. Denn ohnehin besitzen immer mehr scheinbar verantwortungsbewußte Menschen ein Präventivbewußtsein und akzeptieren die Versprechungen der Humangenetik auf ein nichtbehindertes Kind. Nach dem Büro für Technikfolgen-Abschätzung (TAB) beim Deutschen Bundestag sind mit DNA-Analysen seit Anfang 1993 bereits 738 verschiedene Erkrankungen nachweisbar. Daß mit dieser Entwicklung die Stigmatisierung behinderter Menschen als *»nicht rechtzeitig erkannt«* einhergeht, ist eine wenige Jahre alte Behauptung aus der Behindertenbewegung, die sich inzwischen bewahrheitet hat. Die Prävention erhebt den Anspruch, eine Behinderung erst gar nicht entstehen zu lassen. Tritt eine Behinderung auf, hat die Prävention demnach in ihrem Selbstverständnis versagt. Lebende behinderte Menschen sind eine Provokation für die ExpertInnen und PraktikerInnen der Prävention.

Anton Leist, ein in der aktuellen bioethischen Debatte stehender Philosoph, der sich in schriftlichen Beiträgen auch für die Tötungsdiskussion stark macht und der eine Verbindung zu den Rechtsextremen weit von sich weisen würde, äußert zu den Möglichkeiten und Konsequenzen der vorgeburtlichen Untersuchungen: *»Vielleicht führt das Bestreben, möglichst gesunde Kinder zu haben, zugleich zur verbreiteten Intoleranz gegenü-*

ber lebenden Behinderten. Andererseits werden durch die pränatale Diagnose in Zukunft weniger Behinderte leben, gegen die sich eine Intoleranz richten kann. (...)«

Prävention, übersetzt mit Vorbeuge oder Vorsorge, ist auf den ersten Blick ein vernünftiger Ansatz, der aktives Eingreifen in Verhältnisse und Verhalten rechtfertigt. Aber in Konkurrenz zueinander stehen schon der medizinische und der sozialwissenschaftliche Ansatz der Prävention: Letzterer setzt auf die mündigen Bürger, auf gesellschaftliche Reformen mit Gesundheits- und Sozialpolitik. Das faktisch herrschende medizinische Präventionsmodell individualisiert Krankheit, macht die Menschen zum Objekt, deren »natürliche« Anlagen es zu entschlüsseln und an denen es anzusetzen gilt. Prävention und Eugenik verbinden sich zu einem undurchsichtigen Geflecht. Mit der Definitionsmacht über Normalität und mit der Macht, in Lebenszusammenhänge eingreifen zu können, bedeutet medizinisch orientierte Gesundheitsvorsorge auf den zweiten Blick Selektion, soziale Ausgrenzung sowie physische und psychische Gewalt.

Die Perspektiven der Prävention sind Entmündigung und Disziplinierung der Versicherten sowie die Ökonomisierung und Bürokratisierung von Krankheit und Behinderung. Die Medizin übernimmt die Rolle einer »Institution sozialer Kontrolle«: Wer sich angepaßt verhält, bekommt nach bestimmten Kriterien finanzielle und materielle Unterstützung. Der gutachtende Arzt oder die attestierende Ärztin bestimmen über den weiteren Lebensweg, sie hierarchisieren die zu ihnen kommenden Menschen in noch Förderbare und in jene, bei denen der zu betreibende Aufwand sich aus ihrer Sicht nicht mehr lohnt. Der Präventionsgedanke wandelt sich in ein technokratisches Instrument der Medizin, das auf individuelle Schuldzuweisung und persönliche Verantwortung setzt und selektiv wirkt.

Auf die eugenischen Varianten der Prävention machte der 1991 vorgelegte und im Auftrag des Bundesministers für Forschung und Technologie erstellte Bericht *»Die Erforschung des menschlichen Genoms. Ehtische und soziale Aspekte«* aufmerksam. In ihm wurde festgehalten: *»Menschen, die aufgrund ihrer genetischen Disposition (...) aus der Normalität herausfallen, werden daher 'von Natur aus' benachteiligt, ja mit der Wiederbelebung eugenischer Vorstellungen als 'minderwertig' eingeschätzt.«* Aus diesem Befund folgerten die Berichterstatter die Einschränkung individueller Freiheiten, denn aus *»dem Modell der Selbstverantwortlichkeit des Individuums kann der Selbstzwang entstehen, die Lebensführung unter das Diktat genetischer Information zu stellen.«*

Trotz des Wissens um diese Perspektive sangen die Autoren des Berichtes ein Loblied auf das reduzierte Menschenbild der Naturwissenschaft, auf die Totalisierung von Erfassung und Zurichtung, bei der das Subjekt und soziale Aspekte auf der Strecke bleiben. Die private soziale Absicherung ist nicht mehr nur eine finanzielle Frage, sondern auch eine der »guten Gene«: Im Technikfolgen-Abschätzung-Brief Nr. 7/1993 des Deutschen Bundestages liest sich lapidar: *»Eine Nutzung genetischer Tests durch Versicherungen kann vor dem Hintergrund steigender Kosten im Gesundheitswesen und einer Verschärfung der Konkurrenz in einem liberalisierten EG-Binnenmarkt nicht ausgeschlossen werden.«*

Ein wichtiges Merkmal der Prävention ist es, beim Individuum anzusetzen, um Entstehung und Verlauf von psychischen oder körperlichen Behinderungen und Erkrankungen zu beeinflussen. Zum Präventionsansatz gehört auch die Offerte, die lebenslängliche Dauer der Behinderung oder chronischen Krankheit im Vorfeld zu verhindern sowie das Ansinnen, einen eingetretenen Leidenszustand nicht zu lange andauern zu lassen. Ein künftiges *»Leben in Leiden«* zu ersparen, ist ein Handlungskonzept und eine Begründung, die von den Vordenkern und TheoretikerInnen sowie von den Tätern und Täterinnen in der aktuellen »Euthanasie«-Auseinandersetzung stammt. Die Prävention vor dem angeprangerten langsamen Sterben bildet in diesem Denken der schnelle Tod.

Behinderung und chronische Krankheit wird zum individuellen Schicksal erklärt, das es privat zu meistern gilt. Ansprüche an die Solidargemeinschaft werden schrittweise negiert. Jeder und jede soll in schwierigen Lebenssituationen selbst zusehen, wieder »auf die Beine zu kommen«. Gelingt dies nicht, wird das dem Einzelnen als persönliche Schwäche gedeutet. Er oder sie hat versagt und kann weder in der Gegenwart noch in der Zukunft größere Unterstützung von außen erwarten.

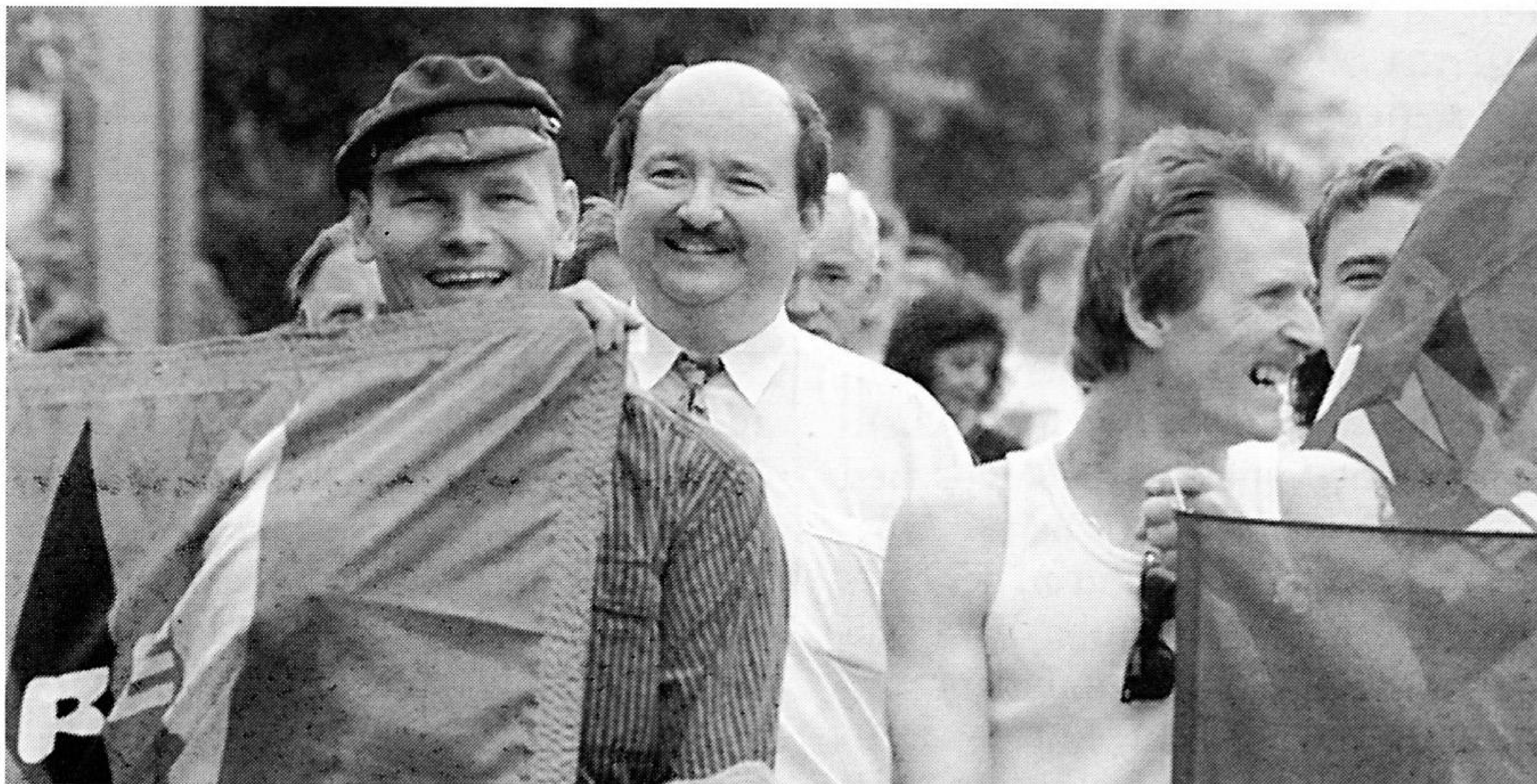
Die naheliegende Konsequenz aus dieser Haltung ist der sprichwörtliche Gedanke an das Ende mit Schrecken statt ein Schrecken ohne Ende. So ist es kein Zufall, daß Hans Schaefer, der Vater der deutschen Sozialmedizin, angesichts behinderter Menschen, bei denen er von einer *»beinahe krankhaften Fröhlichkeit«* ausgeht, Leben nicht mehr absolut setzen möchte. Schaefer folgert, daß eines Tages dem Recht auf Leben das Recht der Gesellschaft auf Kostensenkung gegenübergestellt werden müsse. ■

Udo Sierck ist Autor. Er lebt und arbeitet in Hamburg.

Mit deutlich weniger Teilnehmern als angekündigt, dafür aber in illustrer Spannbreite demonstrierten ca. 300 Republikaner, NPDler und Angehörige des sogenannten »Nationalen Widerstands« bzw. der Freien Kameradschaften einträchtig am 6. Juni 1998 in Kassel. Anlaß war die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-44« des Hamburger Instituts für Sozialforschung, die vom 26. Mai bis 5. Juli in der Documenta-Halle gezeigt wurde.

Allianz der Geschichtsleugner Teil 5 & 6

Wehrmachtsausstellung und Nazi-Aufmarsch in Kassel...



Ein ungewohntes Bild:
In trauter Eintracht marschierten Reps und unabhängige Kameradschaften.
Christian Käs (stellv. Rep-Bundesvorsitzender, Mitte) läßt sich von Thomas Wulff (Freie Nationalisten, links) das Rep-Transparent tragen.

Die lokalen TrägerInnen der Ausstellung hatten ein umfangreiches Begleitprogramm abendlicher Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen organisiert; Führungen durch die Ausstellung fanden statt, und die Lokalpresse (HNA) brachte unterstützend ausführliche Hintergrundberichte und Sonderseiten mit einer Fülle unterschiedlicher LeserInnenbriefe. Bilanziert wurde ein Erfolg des Konzeptes »*Gräben anschauen – nicht vertiefen*«. Mehr als 30.000 Menschen besuchten die Ausstellung in Kassel. Und: Hier hatte sich erstmals ein CDU-Oberbürgermeister bereit erklärt, auf der Eröffnungsveranstaltung zu sprechen. So weit, so demokratisch in der Form. Inhaltlich war neben interessanten Informationen eine relativ starke Behutsamkeit im Umgang mit den Tätern und eine Tendenz zu Abgrenzungen gegen »*jedwede politische Extreme*« zu beobachten. Bei den Veranstaltungen ging es um einen Aufarbeitungsdiskurs aus vorrangig historischer Perspektive, der nicht durch konfrontative Strategien, sondern durch Information, gegenseitiges Zuhören und Differenzierung gefördert werden sollte. Ein Ansatz, der punktuell jedoch zu dem Unbehagen führte, daß sich vor allem Linke – in quasi vorauseilender »Zahmheit« – um den Dialog bemühten und manches Mal Täter- und Opferpositionen allzusehr verwischt wurden.

Spektakuläre Stör- oder Beschädigungsaktionen gegen die Ausstellung blieben aus. Es gab diverse verbale Bekenntnisse, ein schüchterner Pappschild-Opi für wenige Minuten vor dem Eingang und Schmähbriefe gegen die VeranstalterInnen. Das Gästebuch spiegelt die unterschiedlichen Haltungen der BesucherInnen wieder.

Sicherheitstechnisch setzten die VeranstalterInnen auf private Security und Polizei zum Schutz der Ausstellung im engsten Sinne und verhielten sich nicht zu den anderen angekündigten Aktivitäten von Faschisten in der Stadt.

Bündnis gegen Rechts

Umso notwendiger war es, daß sich hier andere Kräfte organisierten, um den – seit München – zu erwartenden Öffentlichkeits- und Propagandaaktionen der Rechten etwas entgegenzusetzen. So konstituierte sich im Frühjahr ein »Bündnis gegen Rechts« (BgR), dem neben autonomen und feministischen AntifaschistInnen auch Gruppen wie VVN/BdA, Friedensforum, DFG/VK, Kasseler Erwerbslosen-Initiative, Frauengruppe Courage, DGB/ÖTV, AWO und Sozialistische Initiative Voran sowie die Parteien PDS, Grüne und SPD angehörten.

Insgesamt bewährte sich die Bündnisarbeit hinsichtlich eines breiten Unterzeichnungsspektrums bei Aufrufen, was möglicherweise auch eine breitere Mobilisierung bewirkte. Unerfreulich hingegen war, daß die meiste praktische Organisations-Arbeit vor allem an den (ex-)Autonomen hängenblieb und die Verbindlichkeit vieler »FunktionärInnen« (aus diversen Spektren) zu Wünschen übrig ließ. Der Anspruch gemeinsamer inhaltlicher Diskussionen konnten ebenfalls nur sehr begrenzt umgesetzt werden. Ärgerlich war zudem, daß die HNA nur sehr selten und/oder verspätet die Presseerklärungen des BgR veröffentlichte.

Trotz alledem wird das BgR – auch nach der sog. Wehrmachtsausstellung und den diesbezüglichen Nazi-Aktivitäten – vorerst weiterexistieren.

Eröffnungstag

Zur Ausstellungseröffnung am 25. Mai wurde das Gelände um den Ausstellungsort reichlich von Polizei abgesichert. Die rechte Präsenz war eher spärlich, man blieb angesichts der Situation relativ unbehelligt und beschränkte sich auf das Verteilen einiger Flugblätter. Gekommen waren: Für das Friedenskomitee 2000 Friedrich Baunack aus Rothenburg a.d. Fulda (Regionalbeauftragter für Nordhessen der Deutschlandbewegung um Alfred Mechtersheimer), für die Bürgeraktion unsere Zukunft Roy A. Godenau aus dem nordhessischen Gilserberg, der seit langem im Umfeld verschiedener Nazi-Organisationen tätig ist (mit einigen Begleitern), die Rechtsaußen Ruth Bachmann aus Arolsen, mehrere Kasseler Reps, u.a. deren lokale Gallionsfigur Christine Mey und Bauer, ein Mitglied der Republikanischen Jugend (RJ) aus Volkmarsen.

Vor dem Nazi-Aufmarsch

Zentraler Mobilisierungspunkt wurde dann die von der Republikanischen Jugend bzw. deren hessischem Landesvorsitzenden Andreas Lehmann aus Gelnhausen angemeldete Kundgebung am 6.Juni. Das Ordnungsamt nutzte keine Möglichkeit, um die REP-Veranstaltung zu verbieten oder außerhalb der City zu verlegen. Stattdessen entschied SPD-Bürgermeister und Ordnungsdezernent Ingo Groß, eine »*Pufferzone*« einzurichten und die Nazi-Kundgebung vor dem Rathaus, direkt am Denkmal für den im »Dritten Reich« zerstörten Brunnen des jüdischen Stifters Aschrott zu genehmigen. Die antifaschistische Gegendemo durfte nur bis zum etwa 200 Meter entfernten Königsplatz gehen. Der Verbotsforderung des BgR begegnete Groß mit für ihn nicht sonderlich typischen liberalen Demokratie-Begründungen (»*Versammlungsfreiheit*«) und der angeblichen Aussichtslosigkeit juristischer Anstren-

gungen in dieser Angelegenheit. Damit versäumte er es sowohl, den Rechten mehr »Nerverei« durch Gerichtsverfahren zu bescheren, als auch, ein politisches Signal zu setzen. Stattdessen wurde das extrem spärliche Lippenbekenntnis, daß er die rechte Demo nicht begrüße, faktisch überlagert von der Garantie für diese, an sehr exponierter (und zusätzlich thematisch sensibler) Stelle demonstrieren zu dürfen und ihren Schutz polizeilich durchzusetzen.

Nazi-Aufmarsch und Gegendemo

Nachdem der städtische Kurs der Genehmigung und Absicherung gegenüber den Rechten nicht mehr zu revidieren war, verließen sich Antifas und BgR auf die eigenen (vorbereiteten) Kräfte: Die antifaschistische Demo war mit ca. 1.500 Leuten für Kasseler Verhältnisse sehr groß und bunt gemischt und konnte zügig die offizielle Route absolvieren, inklusive einer spektrumsmäßig breit gefächerten, aber bewußt kurz gehaltenen Abschlußkundgebung. Etwa 150 Menschen gelangten auf den Rathausplatz und konnten ihn zunächst besetzen, andere standen jenseits der Polizeiketten um den Platz herum. Die über die Autobahn kommenden Neonazis wurden in zwei Konvois von der Polizei in die Stadt eskortiert. Nach verzögerter Sammlungsphase marschierten die ca. 300 Nazis gut beschützt eine kurze Strecke in Richtung Rathaus. Dabei waren einige Reps wie Andreas Lehmann, Christine Mey und CHRISTIAN KÄS (stellvertretender Bundesvorsitzender der Reps), THOMAS »STEINER« WULFF (Ex-NL, FREIE NATIONALISTEN, Hamburg), THORSTEN HEISE (Ex-FAP, KAMERADSCHAFT NORTHEIM), MARKUS ECKEL (Ex-FAP, Kassel), CHRISTIAN HEHL (zu diesem Zeitpunkt noch Nazi-Ladenbesitzer, Ludwigshafen), FRIEDHELM BUSSE (Ex-FAP-Chef) sowie MICHAEL HOMEISTER (Göttingen, früher im Umfeld des ehemaligen Schulungszentrums von KARL POLACEK in Mackenrode aktiv). Kurz vor Eintreffen des Nazi-Aufmarsches am Rathaus wurde der Vorplatz durch die Polizei freigeräumt, zum Teil unter Schlagstockeinsatz mit einigen Verletzungen bei GegendemonstrantInnen.

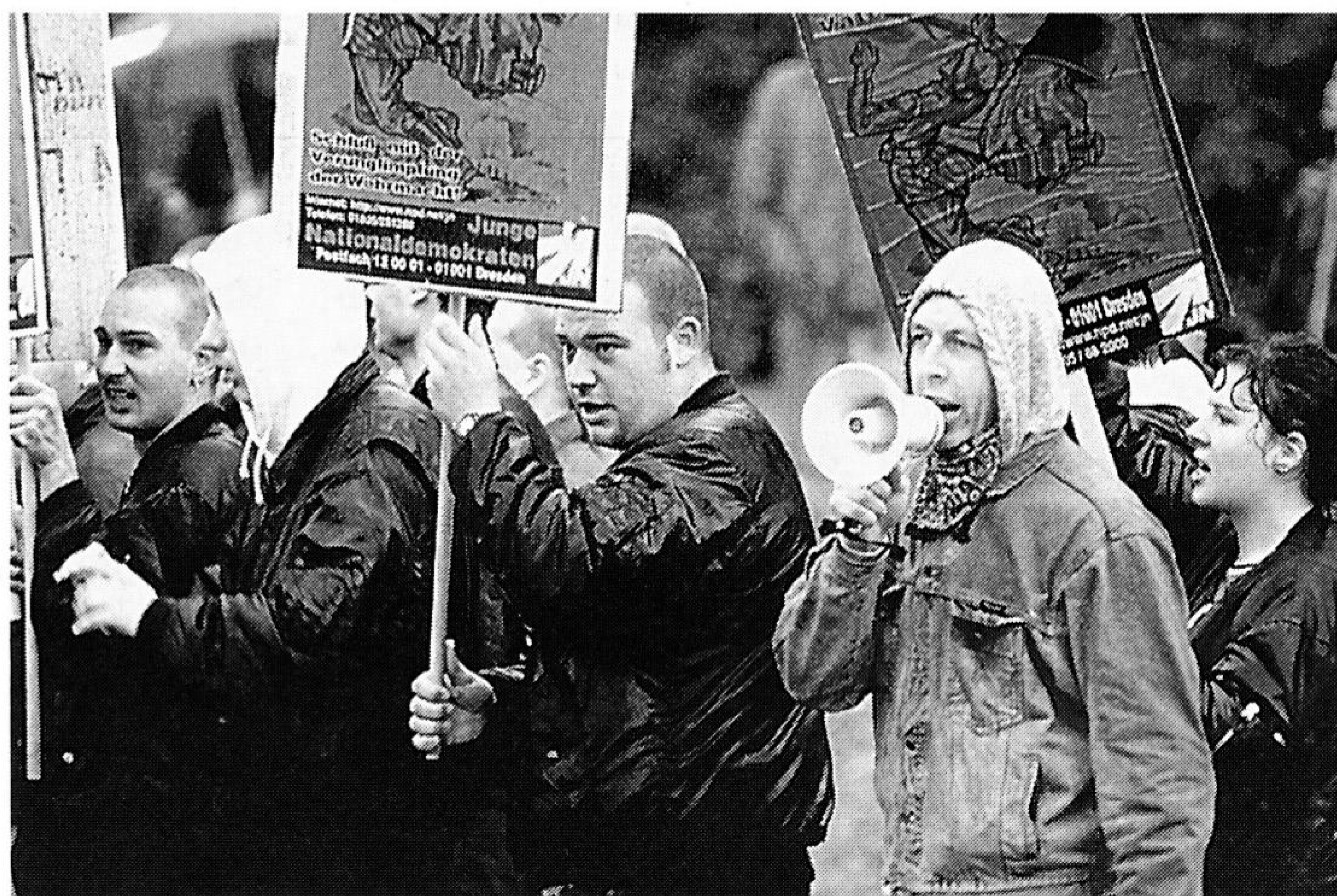
Die Kundgebung der Nazis, auf der neben Hauptredner Käs und Anmelder Lehmann auch Baunack und Wulff einen kurzen Redebeitrag halten durften, wurde teilweise von den protestierenden Umstehenden akustisch übertönt. Verhindert werden konnte sie aufgrund der Polizeipräsenz nicht. Beim baldigen eskortierten Rückmarsch kam es zu einigen Konfrontationen, die mit insgesamt 16 Festnahmen und etlichen Personalienfeststellungen von AntifaschistInnen endeten. Obwohl die Polizei angekündigt hatte, keinerlei Straftaten zu tolerieren, wurden Steinwürfe von Nazis und das Zeigen des Hitlergrußes nicht geahndet. Die Polizei begleitete anschließend den Konvoi von ca. 50 Nazi-PKWs und einem Bus bis zum Stadtrand.

Die Bilanz bleibt zwiespältig: Die Nazis konnten Dank des städtischen und polizeilichen Verhaltens ihre Veranstaltung durchziehen. Das Bemerkenswerte an dem seit Jahrzehnten ersten großen Nazi-Aufmarsch in Kassel wurde von Hamburger Nazis im Internet kommentiert: »*Das besondere bei dieser Demonstration: Republikaner und Freie Nationalisten marschieren gemeinsam. In einer Ansprache begrüßte der stellvertretende Bundesvorsitzende der Republikaner ausdrücklich den parteiübergreifenden Zusammenhalt. Findet nun auch bei den Republikanern ein positives Umdenken statt?*« Daß sich die Fraktion innerhalb der Reps, die eine Zusammenarbeit mit militanten Nazis propagiert, durchsetzen könnte, erscheint durchaus möglich, zumal auch NPD/JN zur Zeit relativ erfolgreich auf dieses Konzept setzen. Die antifaschistischen Aktivitäten konnten die Kundgebung zwar stören, jedoch nicht verhindern. Die zahlreiche Beteiligung eines bunten Spektrums an der Gegendemo und auch später in direkter Nähe zu den Nazis war jedoch sehr erfreulich. Die antifaschistischen Aktivitäten um den 6.6. stießen auf recht breite öffentliche Zustimmung, was darauf hoffen läßt, daß es auch in Zukunft für öffentlich auftretende Nazis in Kassel ungemütlich bleibt – unabhängig vom »offiziellen« städtischen Kurs. ■

...und auch in Münster

Für den 12. September '98 meldeten die Landesverbände NRW von NPD und JN eine Demonstration gegen die zur Zeit in Münster weilende Wanderausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944« an. Nach einigem juristischen Hin und Her erlaubten die Gerichte schließlich den Naziaufmarsch.

So marschierten am 12. September etwa 300 Nazis eine knappe Stunde durch Münster. An die 1.000 GegendemonstrantInnen sorgten jedoch von Beginn an dafür, daß nicht nur Regen auf die Faschisten niederging. Die anwesende Polizei hatte anfangs einige Schwierigkeiten, die nassen »Kameraden« vor größeren antifaschistischen Unwettern zu schützen.



»Schluß mit der Verunglimpfung der Wehrmacht« hieß es auf den Plakaten der überwiegend dem Spektrum der »unabhängigen« Kameradschaften zugehörigen Neonazis. Rechts mit Megafon: Bernd Stehmann aus Bielefeld

Veranstaltungsleiter der NPD-Kundgebung war der Landesvorsitzende NRW und JN-Bundesvorstandsmitglied ACHIM EZER aus Köln-Buchheim (Hermann-Kunz-Straße 19). Der NPD-Landesvorsitzende UDO HOLTMANN erfreute die anwesenden Nazis mit einer schmissigen Rede, die in ihrer Schwachsinnigkeit von Ezer anschließend noch übertroffen wurde. Aber auch einige Mitglieder UNABHÄNGIGER KAMERADSCHAFTEN um SVEN SKODA vom NIT RHEINLAND und der KAMERADSCHAFT BONN/RHEIN-SIEG erschienen bei diesem Stelldichein der extremen Rechten. SIEGFRIED BORCHARDT, OLIVER HÄNDEL, DIETER RIEFLING und THORSTEN CRÄMER (DKW) waren ebenso mit von der Partie wie JNler aus Frankfurt um ROLF GIESEMANN. Abschließend ist festzustellen, daß es den Nazis trotz starker und entschlossener Gegenwehr gelungen ist, ihren Marsch gegen die Ausstellung durchzuführen. Zwar kamen nicht die großmäulig angekündigten 3000 Teilnehmer, aber die faschistische Hetze gegen die Ausstellung hat mittlerweile eine gewisse Kontinuität erreicht. Als nächsten Schritt haben die Nazis bereits angekündigt, am 24. Oktober in Bonn gegen die Ausstellung aufmarschieren zu wollen. Der positive Effekt für die Faschisten liegt dabei wohl weniger in der nicht mehr sonderlich großen Publicity, sondern in dem verbindenden und einigenden Charakter für die gesamte rechte Szene, den der »Widerstand« gegen die Wehrmachtsausstellung besitzt. ■

Ein »Café Germania« ist schon eins zuviel



»Nationales Gastronomieprojekt« strebt Ausbreitung an und stößt auf Widerstand

Seit Dezember 1997 sorgt das Berliner CAFÉ GERMANIA für Schlagzeilen. Gründungsvater des mittlerweile bundesweit bekannten Neonazitreffpunktes in der Lichtenberger Normannenstraße 5a ist der Nazikader ANDREAS VOIGT aus dem Raum Stuttgart. Von Anfang an gingen AntifaschistInnen mit Demonstrationen und Glasbruch gegen das Germania vor. Mittlerweile rufen die in Bedrängnis geratenen »verantwortlichen Initiatoren« mit Anzeigen in der DEUTSCHEN STIMME und auf den Internet-Seiten der BERLIN-BRANDENBURGER ZEITUNG *»ab sofort das Projekt Café Germania«* aus. Ihr Ziel: *»Eine erst berlinweite und später deutschlandweite Infrastruktur von nationalen Gastronomie- und Freizeitobjekten zu schaffen«*. Vorher jedoch gilt es, daß Lichtenberger Objektzu halten: Nach dem dritten Glasbruch soll sich die Versicherung geweigert haben, weiter für den Schaden aufzukommen. Seitdem hat das Germania Sicherheitsscheiben aus Plastik. Über Andreas Voigt wird berichtet, daß ihn mittlerweile mehrere zehntausend Mark Schulden plagen.

Das Café Germania hat sich seit seiner Eröffnung schnell zum Sammelpunkt für bundesweit bekannte Neonazikader, Naziskins und rechte Kundschaft aus dem umliegenden Stadtteil entwickelt. Der Name ist Programm: Bei germanischem Met können die Gäste Landsermusik hören, sich an germanischen Kunstwerken wie der *»Sprachenkarte von Mitteleuropa«* – publiziert vom ARNDT-VERLAG des Neonazis DIETMAR MUNIER – erfreuen und ungestört ihre Pläne schmieden.[1] Hier sind die Möchtegerngermanen bei »nationalen Liederabenden« unter sich, denn der Zutritt zu dem Café mit der breiten Fensterfront in dem renovierten Neubau wird nicht selten wird nur nach Augenschein und Gesichtskontrolle gewährt. Wenn Besucher an auf der Straße und vor dem Caféeingang herumlungernden Naziskins vorbeigekommen sind, haben sie die erste Hürde auf dem Weg in das *»nationale Gastronomieobjekt«* geschafft. Doch Laufkundschaft verirrt sich ohnehin nur selten hierher. Alle, die nicht in das rechte Weltbild passen, wechseln schon einige hundert Meter vor dem Germania die Straßenseite. Zu oft gingen von Besuchern der Nazi-Kneipe Übergriffe und Pöbeleien aus, als daß nicht alle im Viertel lebenden Menschen über die politische Einstellung der Gäste und der Betreiber informiert wären.

Etwas länger dauerte es, bis die Informationen über das Treiben im Germania bei den Hausbesitzern und deren Hausverwaltung Besorgnis und halbherzige Distanzierungen auslösten. Das Gebäude in der Normannenstraße gehört seit 1996 der L&R Wohnbau GmbH aus Mönchengladbach. Die Hausverwaltung wechselte im Juni diesen Jahres zur im Haus befindlichen Perfecta Hausverwaltung. Gepachtet wurden die Caféräume von ERIK BEHRENDT, der diese an die Germania-Betreiber untervermietet. Nach einem offenen Brief, der zur Schließung des Germania auffordert und u.a. vom PDS-Bezirksbürgermeister unterschrieben wurde, behauptet die Hausverwaltung mittlerweile, daß sie die Germanen gerne loswerden würde. Allein die komplizierten Pacht- und Mietrechtsbestimmungen hätten sie bislang an einem Rausschmiß gehindert. Durch eine Veranstaltung der »Aktion gegen Rechts Friedrichshain/Lichtenberg« zum Germania Mitte September wurde der Druck auf die Hausverwaltung verstärkt. Etwa 150 ZuhörerInnen – vornehmlich ältere BürgerInnen und Antifas – informierten sich über den rechten Treffpunkt und planten weitere Aktivitäten. Erstmal jedoch sieht es so aus, als wenn Andreas Voigt & Co weiterhin Met ausschenken und der Naziszene einen Treffpunkt bieten können.

Mit Lichtenberg haben Voigt und Kameraden einen idealen Standort gewählt. In dem Bezirk wurden 1997 die meisten rechtsextremen Straftaten in Berlin verübt; hier gibt es neun bekannte faschistische Skinheadstützpunkte – weit mehr als in jedem anderen Bezirk – sowie zwei Stützpunkte von Neonazikameradschaften.[2] In der Nähe des Germania befindet sich das Ring-Center, ein beliebter rechter Treffpunkt, und der von dem Ex-NA-Kader FRANK LUTZ betriebene Tattooshop UTGARD.

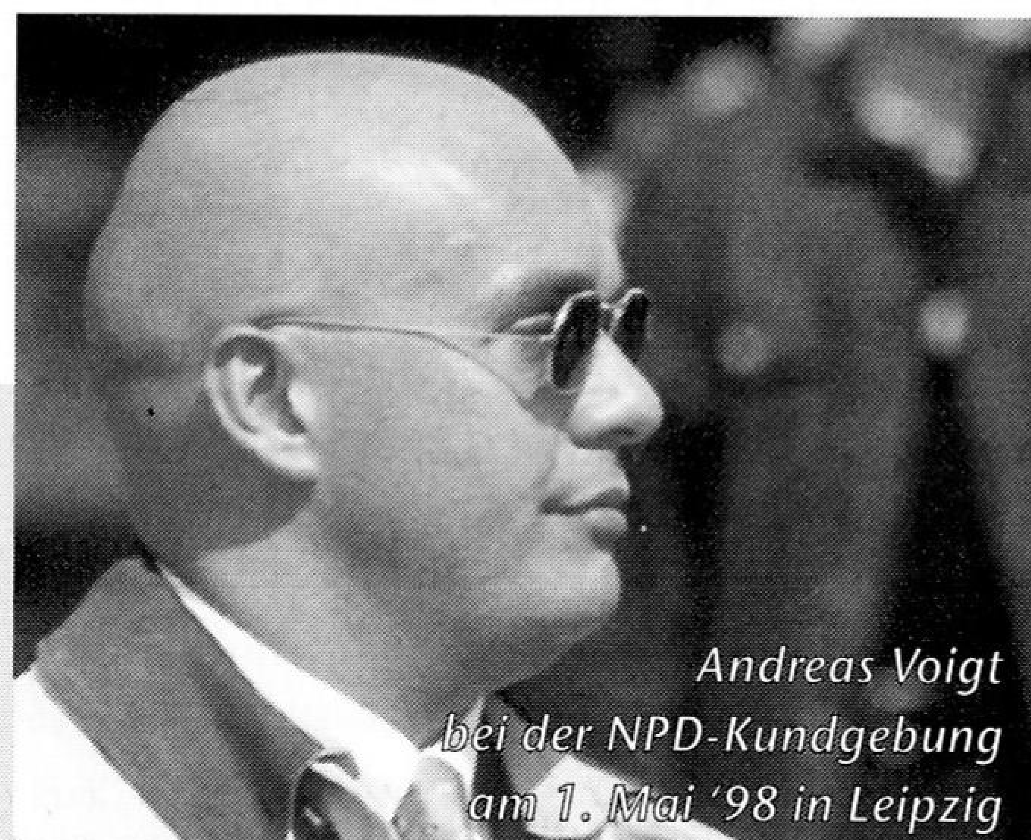
Die Kundschaft kommt aus allen Strömungen der Berliner Neonaziszene: NPD-Kader ANDREAS STORR wurde hier ebenso gesehen wie der ANTI-ANTIFA-Aktivist OLIVER SCHWEIGERT, der das Germania offenbar zu seiner Stammkneipe gemacht hat. Schweigert kennt sich in Lichtenberg aus. Schließlich war er Anfang der 90er Jahre an der Nazihausbesetzung in der Lichtenberger Weitlingstraße beteiligt. ■

Bestelladresse für eine Infomappe zum Germania: »Aktion gegen Rechts«, c/o Stadtteilladen, Grünberger Str. 73, 10245 Berlin.

1) Bulletin »Zentrum Demokratische Kultur« 2/98, »Café Germania – das etwas andere Lokal«. Berlin 1998.
2) Kleine Anfrage Nr. 13/3697 der PDS-Abgeordneten Dr. Margit Barth über rechtsextremistische Orientierung bei Jugendlichen. Berliner Abgeordnetenhaus, August 1998.

Wer ist Andreas Voigt?

Voigt, der nach Angaben der Hausverwaltung als Germania-Geschäftsführer auftritt, war Chef der Boneheadgruppierung KREUZRITTER FÜR DEUTSCHLAND (KDF) aus dem Stuttgarter Raum. Die damals etwa 50 Mitglieder zählenden Gruppe war Anfang der neunziger Jahre eine der aktivsten in der bundesweiten Naziskin-Szene. Zu ihren Aktivitäten gehörte vor allem die Organisierung von Nazikonzerten – u.a. mit international bekannten Bands wie SKREWDRIVER aus England – ein Versandhandel und der Verkauf ihres Zines DIE BURG. Seit 1993 spielten die Kreuzritter und die ihr nahestehende Band NOIE WERTE eine maßgebliche Rolle beim Aufbau der deutschen Sektion des internationalen Naziskin-Netzwerkes BLOOD & HONOUR. Fünf Mitglieder der Kreuzritter wurden im März 1994 wegen Verbreitung von Propagandamaterial verfassungswidriger Organisationen zu mehrmonatigen Bewährungsstrafen verurteilt. Andreas Voigt erhielt vom Landgericht Stuttgart u.a. wegen Nötigung, Körperverletzung und Bedrohung eine Haftstrafe von drei Jahren und vier Monaten. Er hatte zusammen mit zwei Gesinnungsgenossen einen abtrünnigen Kameraden mißhandelt und nach Frankreich entführt. Dort wollten sie ihn zwingen, in die Fremdenlegion einzutreten.


Andreas Voigt bei der NPD-Kundgebung am 1. Mai '98 in Leipzig

Zwischen Subkultur und Politik – die Nazi-Szene in Sachsen

Die NPD hat in Sachsen ihren mit Abstand stärksten Landesverband. Warum? Daß die Partei und ihre Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten gerade im Freistaat einen enormen Zulauf haben, ist nicht zufällig, sondern eine Reihe von Faktoren spielen dabei eine Rolle. Neben der weitverbreiteten rassistischen und nationalistischen Grundstimmung, etablierte sich in Sachsen innerhalb der vergangenen Jahre eine kontinuierlich arbeitende Nazi-Skinhead-Subkultur. Parallel dazu bildeten sich »Autonome Kameradschaften«, die das Bindeglied zwischen den rechtsradikalen Nachwendestrukturen und der heutigen NPD bildeten. Zwei dieser Faktoren, die maßgeblich zur Entwicklung der Naziszene in Sachsen beitrugen, werden im Folgenden näher beleuchtet und ihre Auswirkungen auf NPD und JN dargestellt.



Die Skinhead-Subkultur als Rekrutierungsfeld für »unpolitische« Rechtsradikale

In mehreren Gegenden Sachsens begannen ab 1994 Einzelpersonen oder kleinere Gruppen mit der Organisation von Nazikonzerten. Hochburgen waren dabei die Regionen Chemnitz und Ostsachsen. Der Freistaat entwickelte sich innerhalb der letzten zwei Jahre zum bundesweiten Schwerpunkt von Nazi-Skinheadkonzerten. So fanden in diesem Zeitraum annähernd 50 Veranstaltungen statt,[1] bei denen entweder Nazi-Bands auftraten oder der größte Teil der BesucherInnen Neonazis waren. Die Konsequenz daraus war eine Festigung rechtsextremen Gedankgenguts bei sächsischen Jugendlichen.

Bereits 1993 wurden eigene Bands gegründet und unprofessionelle Fanzines herausgegeben. So wirkt(e) der Chemnitzer Jens Schaarschmidt, Frontmann der Naziband AEG, an der Veröffentlichung des Fanzines »Der Henker« mit. Mit zunehmender Routine, die mit einer Kommerzialisierung der Skinheadszene einherging, entstanden qualitativ verbesserte Zines. Schaarschmidts Hauptengagement gilt heute dem Foier Frei. Professionell aufgemacht, war es eines der ersten Zines, das zu einem moderaten Preis eine CD beilegte. Es ist extrem rassistisch geprägt und orientiert sich an der Ideologie von Blood & Honour (B&H).

Begann die Chemnitzer Nazimusikszene zunächst mit kleinen Konzerten mit regional ansässigen Bands, so gründete sich später die Chemnitz Concert 88 (CC 88) um Schaarschmidt. Sie war maßgeblich an der Vorbereitung von Konzerten in Westsachsen beteiligt. Ermöglicht wurde das durch jahrelang intensivierte Kontakte zu B&H. Das spiegelt sich beispielsweise darin wieder, daß einige CC 88-Leute an der Herstellung des aus Dänemark verschickten Blood & Honour-Magazins beteiligt sind. Die überregionale Einbindung der Chemnitzer hatte auch regionale Auswirkungen, denn mit ihrem Grad der Organisierung wurde es möglich, eine von rechts dominierte kulturelle Hegemonie aufzubauen, ohne dabei auf Parteistrukturen angewiesen zu sein.

Ganz anders als in Chemnitz entwickelte sich die Konzertstruktur im ostsächsischen Raum. Dort wurden die Konzerte ab Sommer 1996 maßgeblich von Mario Ansorge in Zusammenarbeit mit Sascha Wagner vorbereitet (vgl. AIB 42, S.21). Bis heute organisierte Ansorge annähernd zehn Konzerte. Trotz der teilweise bis zu 1.000 BesucherInnen vermochte er es nicht, vor Ort funktionierende Strukturen zu etablieren. Ein Grundhierfür ist die einseitigen Festlegung auf Konzerte. 1997 stieß die NPD in dieses organisatorische Loch. Offensichtlich wurde das im Juli 1997, als im Anschluß an einen NPD-Aufmarsch ein von Ansorge vorbereitetes Konzert in Weißwasser stattfinden sollte. Auch war zu beobachten, daß bei regionalen Parteiveranstaltungen immer auch für ein musikalisches Rahmenprogramm gesorgt wurde. Damit gelang es der NPD, unorganisierte rechte Jugendliche an die Parteipolitik heranzuführen und ihre führende Position als rechtsextreme Partei in der Region auszubauen.

Wegbereiter für »bessere« Zeiten

Nach den Parteiverboten kam es ab 1994 zu einer Aufsplittung des rechtsextremen Lagers. Die Zeit der Neuorganisierung von unten begann. In vielen Regionen Sachsens bildeten sich sogenannte »Autonome Kameradschaften«, was teilweise eine Weiterführung der Arbeit verbotener Organisationen bedeutete. Die Kader waren vor allem in ihren »Wohngebieten« aktiv. Dort gelang es ihnen, eine große Anzahl von rechtsgerichteten Jugendlichen an sich zu binden. Mit der Zeit bildeten sich aus lockeren Zusammenhängen festere Gruppen, die sich schließlich als Kameradschaften begriffen. Diese Art der Umstrukturierung erlaubte ihnen freies Agieren. Und im Unterschied zu jeder Partei ermöglichte diese Unabhängigkeit ein militantes Auftreten. Durch Übergriffe auf alle, die sich nicht dem rechten Mainstream anpaßten, entstand in vielen Gebieten Sachsens, wie z.B. der Muldentalkreis, eine rechte Hegemonie.

Ab 1996 ist anhand verschiedenster rechtsradikaler Publikationen nachweisbar, daß einzelne Kameradschaften regen Kontakt mit NPD/JN pflegten. So die Dresdner Kameradschaft Sachsenfront, die schon im Dezember 1995 in der sächsischen NPD-Zeitschrift »Sachsenstimme« vorgestellt wurde. Mit zunehmender Organisierung gestalteten die Kameradschaften ihre Öffentlichkeitsarbeit professioneller; eigene Plakaten und Zeitschriften wurden hergestellt.

Mit dem NPD-Großaufmarsch gegen die Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht« in München wurden die Vereinzelungstendenzen der sächsischen Kameradschaften aufgebrochen. NPD/JN konnten erstmals einen überregionalen Führungsanspruch behaupten. Ab diesem Zeitpunkt traten die Kameradschaften immer weniger an die Öffentlichkeit. Dagegen waren ihre Führungsfiguren dann



»Ein Herz für Deutschland« – NPD-Aufmarsch 1997 in Görlitz

ab 1997 in der sächsischen NPD zu finden. MARKUS MÜLLER, ehemaliger Führer der KAMERADSCHAFT WURZEN, ist heute Kreisverbandsvorsitzender der NPD im Muldentalkreis. Bis zum Herbst 1997 war es der NPD/JN in Sachsen gelungen, fast das gesamte organisierte rechtsextreme Potential an sich zu binden. Die Namen der Kameradschaften werden jedoch weiterhin für Aktionen genutzt, die nicht öffentlich auf die NPD/JN zurück geführt werden sollen.[2]

»jung, national, erfolgversprechend«

Schon ab Ende 1995 wurde der Versuch unternommen, »*ein Zusammengehen aller rechtsextremen Gruppierungen*«[3] zu forcieren. Im Freistaat führte dies zu parteiübergreifenden RUNDEN TISCHEN von rechtsextremen Gruppierungen. Die Veranstaltungen, die vor allem in Leipzig und Dresden ab dem Frühjahr 1996 stattfanden, liefen unter dem Motto *»Ein Herz für Deutschland – vereint sind wir stark«*. Die Gründung eines BÜNDNISSES FÜR DEUTSCHLAND wurde versucht, denn nur im festen *»Bündnis aller Nationalen«*[4] wurde eine Chance für die erfolgreiche Umsetzung der *»historischen Mission«*[5] gesehen. Der Sammlungsversuch aller rechten Gruppierungen scheiterte. Aber nichtsdestotrotz gelang es der NPD, wichtige Kader anderer Organisationen zum Parteiübertritt zu bewegen. Offensichtlichstes Beispiel ist der heutige NPD-Landesvorsitzende WINFRIED PETZOLD, der früher dieselbe Funktion bei den REPUBLIKANERN inne hatte.

Parallel zu dieser Entwicklung ging der sächsische Landesverband gezielt in parteipolitisch unorganisierte Gegenden und versuchte, vor Ort Aufbauarbeit zu betreiben. Ziel war die Ausbreitung der NPD innerhalb Sachsens und die Erhöhung des Einflusses an der Basis. So geschehen 1996 in Görlitz, wo der NPD-Landesverband mit zwei Informationsveranstaltungen die Gründung eines Kreisverbandes unterstützte. Im selben Jahr war die sächsische NPD mehr mit der Selbstorganisierung beschäftigt, als daß sie öffentlich auftrat. Der Kauf bzw. die Anmietung eigener Räumlichkeiten und die Werbung neuer Mitglieder standen zu dieser Zeit im Vordergrund ihrer Arbeit.

Der Aufschwung in Sachsen begann 1997, vor allem nach dem für die Nazis erfolgreichen Großaufmarsch in München am 1. März 1997. Neue Kreisverbände schossen wie Pilze aus dem Boden. Möglich wurde dies durch schon vorhandene Nazistrukturen in Sachsen. *»Während im Raum Weißwasser ehemalige Mitglieder der Republikaner (darunter ein Kreistagsabgeordneter) mit bisher parteilosen Bürgern den NPD-Kreisverband NIEDERSCHLESISCHER OBERLAUSITZKREIS gründeten, sind es im KV Muldentalkreis zumeist junge Parteimitglieder.«*[6]

Mit der nunmehr fast flächendeckenden[7] Präsenz der NPD ist sowohl eine vielfältige Öffentlichkeitsarbeit, als auch ein reges innerparteiliches Leben festzustellen. Seit 1998 sind jedes Wochenende in Sachsen Aktivitäten von NPD/JN zu registrieren. So finden immer wieder Vortragsveranstaltungen mit bekannten Referenten statt, wie z.B. PER-LENNART AAE und THOMAS SALOMON. Neben der ideologischen Weiterbildung der Mitglieder gibt es häufig von der NPD organisierte Konzerte. Exemplarisch ist die FRANK RENNICKE-Tour im März 1998 in Ostsachsen.

Die *»vorbildliche«* Arbeit des sächsischen Landesverbandes wurde schließlich im Januar 1998 in Stavenhagen beim NPD-Bundesparteitag belohnt, als der Leipziger JÜRGEN SCHÖN abermals zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt und der Rechtsanwalt GREGOR JANIK aus Zittau neu in den Bundesvorstand berufen wurde.

Doch obwohl der sächsische NPD-Landesverband der derzeit stärkste in der Bundesrepublik ist, hat er einige Probleme. Die NPD ist nicht mehr in der Lage, Sachsen flächendeckend mit fähigen Führungspersonen abzudecken. Nachzuvollziehen ist diese Entwicklung beispielsweise an OLIVER HÄNDEL, der in Personalunion einerseits Führungskader der JN und andererseits stellvertretender Landesvorsitzender in Sachsen ist. Vor Ort übernehmen oft unerfahrenere Mitglieder die Führung und scheitern daran. So geschehen Anfang diesen Jahres in Dresden mit der Wahl von RONNY THOMAS zum neuen NPD-Kreisvorsitzenden. Er war aber mit seiner Aufgabe, Führungsperson einer zugelassenen Partei zu sein, überfordert. Mitte Mai 1998 war der als Schläger bekannte Thomas erneut an einem Überfall auf Punks beteiligt und wurde inzwischen verurteilt.

Daß sächsische NPD-Mitglieder an gewalttätigen Übergriffen beteiligt sind, ist nichts Neues. In Freiberg beteiligte sich das NPDler HEIKO BÖHM an einem Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim. Im Zuge der Ermittlungen zu einem Brandanschlag im Juni 1998 in Kamenz wurde ein JN Mitglied als Tatbeteiligter gefaßt. Diese Beispiele sind keine Zufälle. Denn durch ihre Öffnung für alle, hat es die NPD schwer, die Kontrolle über die Disziplin ihrer Aktivisten zu behalten. Die derzeitige NPD-Rekrutierungspolitik beschreibt der Landespressesprecher der NPD, MATTHIAS PAUL, wie folgt: *»Uns ist es eigentlich egal, woher einer kommt oder ob er früher mal Mist gebaut hat.«*[8]

Die oben erwähnte dünne Kaderdecke ist auch den innerparteilichen Differenzen geschuldet. Diese haben ihre Ursachen im Streit um die Entmachtung des ehemaligen Parteivorsitzenden GÜNTER DECKERT. Was innerhalb der bundesweiten NPD zu einer Spaltung der Mitglieder führte, hinterließ auch in Sachsen seine Spuren. So mußten ehemalige Landesvorstandsmitglieder ihren Hut nehmen, weil sie sich weiterhin hinter Deckert stellten. Einer von ihnen, TORSTEN KEIL, ist seit September 1997 Mitherausgeber des »SACHSENSPIEGEL«. Begründet wurde die Herausgabe dieser Publikation damit, daß das innerparteiliche Meinungsgleichgewicht in Sachsen wieder hergestellt werden sollte[9]. Dieses Ungleichgewicht wird mit dem absoluten Führungsanspruch von JÜRGEN SCHÖN begründet. Einer der Autoren in dieser Zeitschrift ist STEFAN GIEMSA aus Altenberg (vgl. AIB 42, S.21). Aufgrund der innerparteilichen Säuberung dürften jetzt alle Kreisverbände in Sachsen zum Voigt--treuen Flügel gehören.

Die JN in Sachsen – bundesweiter Schwerpunkt ohne regionale Bedeutung?

Bewußt haben wir in diesem Beitrag fast ausschließlich die NPD-Strukturen in

Sachsen beleuchtet. Gegenwärtig ist die seltene Nennung von expliziten JN-Aktivitäten dem geringen Altersdurchschnitt der sächsischen NPD-Anhänger geschuldet, der eine Trennung in NPD und JN fast unmöglich macht. Mit dem Ende der DDR plante die JN ihre Ausweitung im Osten. Ihr Hauptaugenmerk richtete sie dabei auf Leipzig, wo im Herbst 1990 ihr Bundeskongreß stattfand, um die Vereinigung der mittel- und westdeutschen JN[10] zu vollziehen. Die Delegierten wählten den Leipziger Frank Kolender zu ihrem neuen Vorsitzendenden. Dieser Schritt zeigte, wie ernst die JN ihre neugewonnenen Kameraden in Ostdeutschland nehmen wollte. Im Verlauf der folgenden fünf Jahre gelang es ihr aber nicht, sich aus ihrer Bedeutungslosigkeit zu befreien.

Uwe Leichsenring (links), Kreisgeschäftsführer des NPD-KV Sächsische Schweiz, führte am 24.01.98 in Dresden zusammen mit Udo Voigt (mitte) und Winfried Petzold (rechts) den bisher größten NPD-Aufmarsch in Sachsen an.



Eine Änderung dieser Situation stellte sich erst Pfingsten 1996 ein, als in der Messestadt erneut ein JN-Bundeskongreß stattfand. Diese Veranstaltung galt als Startsignal für den Aufbau neuer Strukturen im Freistaat. So wurde u.a. die Dresdnerin Katharina Handschuh zur Bundesmädelbeauftragten in den JN-Bundesvorstand gewählt.

Zur gleichen Zeit verkündete der sächsische Landesverband, daß »*es endlich gelungen* [ist], *einen Stamm von Aktivisten zu bilden*« und daß es »*eine eigene Geschäftsstelle in Sachsen*«[11] gibt. Der damalige Landesbeauftragte der JN war Christian Piche. Im Zuge einer NPD-Demonstration im Juli 1997, kam es innerhalb der sächsischen JN-Struktur zu Differenzen, die mit Versäumnissen und Anmaßungen von Piche begründet wurden. Im Anschluß an seine Absetzung sollte ein »*Dresdner Kamerad*«[12] neuer Vorsitzender werden.

Im Sommer 1997 fand für die sächsische JN ein endgültiger Bruch mit ihrer bedeutungslosen Vergangenheit statt. Oliver Händel verlegte seinen Wohnsitz nach Dresden. Auch sorgte der Sog von München für einen enormen Mitgliederzuwachs in der sächsischen NPD. Neben der Installation eines regionalen NPD-Telefones, betreute Händel zusammen mit Katharina Handschuh ab Herbst 1997 das bundesweite Infotelefon der JN[13]. Die Gründung des ersten sächsischen JN-Stützpunktes folgte am 4.Oktober 1997 in Dresden. Seit der Verlegung ihrer Bundesgeschäftsstelle im November 1997, managt die JN nun einen Großteil ihrer Kommunikationsstruktur von Dresden aus. Bis Ende des Jahres 1998 soll in Sachsen ein Landesverband der JN konstituiert werden.[14]

Ob dieses Ziel erreicht wird, ist fraglich, da die organisatorische Ausbreitung der sächsischen JN, getreu dem Motto »Qualität vor Quantität«, nur langsam vorangeht. Dresden ist zwar einer der organisatorischen Schwerpunkte der JN, dennoch konnte sich die JN in Sachsen bisher nicht als eigenständige Kraft gegenüber ihrer Mutterpartei etablieren. ■

1) Materialsammlung »Dresden ganz rechts«, Dresdner Bündnis gegen Rechts, 19.Mai 1998
2) Beispielsweise 1998 im Vorfeld der Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944« in Dresden
3) Pressemitteilung des NPD-KV Pirna/Sebnitz, 3.November 1995
4) Sachsenstimme Mai/Juni 1996
5) ebenda
6) Sachsenstimme März/April 1997
7) Die NPD hat Sachsen inzwischen parteipolitisch vollständig erschlossen Eine Ausnahme ist das Gebiet um die Stadt Hoyerswerda: Hier gründete sich am 27.Mai 1998 die »Vereinigte Rechte« unter explizitem Ausschluß der NPD.
8) Bild-Zeitung Dresden 15.Mai 1998
9) Sachsenspiegel September 1997
10) Leipzig ganz Rechts, 1995
11) Sachsenstimme Juli/August 1996
12) Die Kameradschaft, September 1997
13) Seit Frühjahr 1998 wird das Infotelefon wahrscheinlich nur noch von Oliver Händel betreut.
14) Diese Ankündigung machte Händel im Anschluß an die Gründung des zweiten JN-Stützpunktes in Bischofswerda im Mai 1998.

Die Gästewoche der DKG, die Mitteldeutschen Vortragstage und das Europa Vorn Pressefest fanden in diesem Jahr in Sachsen statt

Drei auf einen Streich



Seit nunmehr über einem Jahr zieht es JournalistInnen nach Sachsen, um dem Phänomen NPD auf die Spur zu kommen. Sie schrieben viel und sagten nur wenig, denn ihre Darstellungen gingen selten über eine Portraitierung der offensichtlichen Zustände hinaus.

Unerwähnt blieben die Folgen des Aufstieges der NPD. Während der vorhergehende Beitrag versucht, die Gründe für das Erstarken der NPD im Freistaat darzulegen, zeigt der nun folgende Text die Verlagerung des bundesweiten Aktionsschwerpunktes rechter Gruppierungen dorthin auf.

Die Gästewochen der Deutschen Kulturgemeinschaft

Zum fünften Mal in Folge veranstaltete die Deutsche Kulturgemeinschaft« im September ihre jährliche Gästewoche im sächsischen Altenberg. Der im Osterzgebirge gelegene Touristenort ist den Wintersportenthusiasten eher als Mekka der Bobfahrer denn als Nazitreffpunkt bekannt. Unter dem Motto »*Organisches Denken und Bruchstückdenken. Gegen das politische Zertrümmern aller gewachsener Ordnung*« kamen die etwa 130 überwiegend älteren TeilnehmerInnen zusammen, in der Mehrzahl aus Deutschland und Österreich. In Altenberg braucht der Vorortorganisator Stefan Giemsa keinen Widerstand von der Bevölkerung zu fürchten. Örtlichen AntifaschistInnen zufolge gab es in der Vergangenheit Absprachen zwischen Giemsa und der Stadtverwaltung. Diese besagten, daß Giemsa nur geschlossene Saalveranstaltungen durchführt und im Gegenzug der Stadt Altenberg finanziell unter die Arme greift. Auf das unweit der tschechischen Grenze liegende Dorf und den örtlichen Organisator Giemsa ist die DKG über die ehemals starken Strukturen der Wiking-Jugend in Sachsen gestoßen. Schon ab 1991 lassen sich enge Verbindungen und Aktivitäten einiger DKG-AktivistInnen

im Freistaat dokumentieren. Dafür griffen sie immer wieder auf die existierenden WJ-Gruppen zurück. Auch war die Mehrzahl der sächsischen Wiking-Jugendlichen parallel in der NPD organisiert. Somit erscheint es logisch, daß das

JN-Funktionär Sascha Wagner (links) interessierte sich beim Europa Vorn Pressefest mehr für die Ereignisse vor dem Hygienemuseum

langjährige NPD-Mitglied Giemsa der sächsischen WJ häufig seine Gaststätten für Veranstaltungen zur Verfügung stellte. Mit dem Verbot der Wiking-Jugend im Jahr 1994 setzten dann auch einige Führungskader ihre politische Arbeit innerhalb der NPD fort.

Hetendorf light

Mitte Juni diesen Jahres erwählte der Hamburger Nazi JÜRGEN RIEGER das beschauliche Städtchen Ostritz zum Austragungsort für eine seine »1. Mitteldeutschen Vortragstage«. Quartier bezogen die ca. 50 angereisten Nazis, unter ihnen auch einige Kleinkinder, im Hotel »Neißeblick«. Ostritz liegt einige Kilometer südlich von Görlitz im Niederschlesischen Oberlausitzkreis, einer Gegend, die der sächsische Verfassungsschutz als eines der aktionistischen Zentren der NPD bezeichnet.

Der Kreis der einladenden Vereine waren nahezu identisch mit dem, welcher schon zu den jährlichen »Hetendorfer Tagungswochen« lud. Einzig und allein die im Februar diesen Jahres verbotenen »HEIDEHEIM«-Vereine fehlten im Briefkopf.

Das auf sechs Tage aufgeteilte Programm gliederte sich laut dem Einladungsschreiben einerseits in die 1. MITTELDEUTSCHE VORTRAGSWOCHE und andererseits in das MITTSOMMERTREFFEN DER ARTGEMEINSCHAFT. Das Programm kündigte für die Tagungswoche die bekannten Rechtsextremisten Jürgen Rieger, KARL BAßLER, RUDOLF GABRIEL, WOLFGANG JUCHEM, DR. EDUARD PETER KOCH und PROF. DR. KLAUS WEINSCHENK an. Neben Rieger sollten beim »Mittsommertreffen der Artgemeinschaft« FRANZ KEHL und die Aktivisten des BUNDES DER GODEN, URSULA LINDENBERG und GERHARD HESS, auftreten und ihr Wissen zum Besten geben. Weiterhin offerierte das Programm sportliche Ertüchtigungen in Form eines »*Germanischen Sechskampfes*« und den nationalen Liedermacher FRANK RENNICKE. Den Höhepunkt des Wochenendes bildete eine öffentlich angekündigte Sonnenwendfeier auf einer am Hotel angrenzenden Wiese.

Die Anwesenheit des Görlitzer NPD-Vorsitzenden JÜRGEN-UWE KRUMPHOLZ bestätigt die Vermutung, daß die sächsischen NPD-Strukturen bei der Wahl des Austragungsortes für die abgespeckten HETENDORFER TAGUNGSWOCHEN ihre Finger im Spiel hatten. Auch das Erscheinen des ehemaligen NPD-Bundesvorstandsmitglied AXEL SCHUNK, der internen Unterlagen zufolge zum Organisationskreis der jährlichen DKG-Gästewochen in Altenberg gehörte, bestätigt diesen Verdacht.

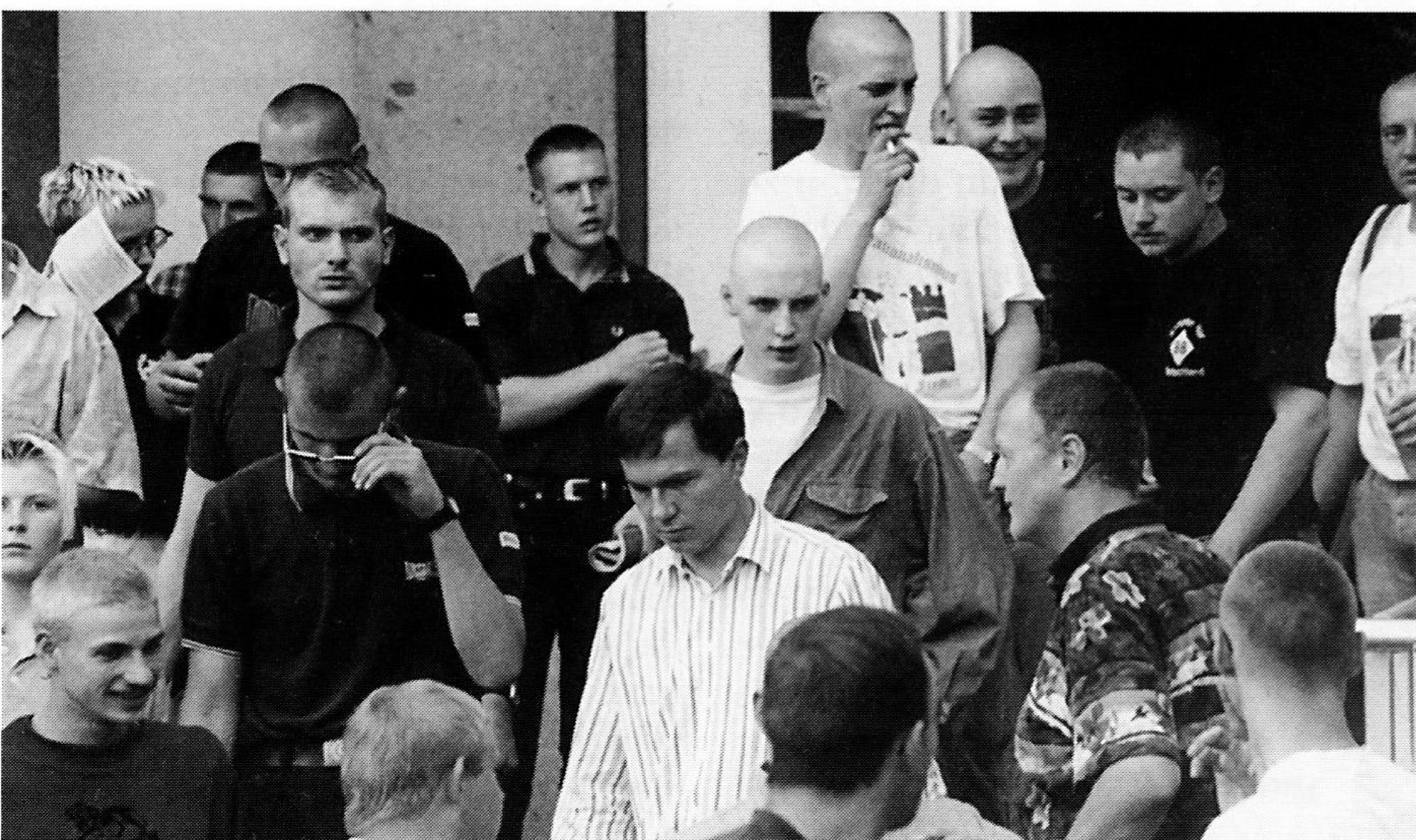
Pressefest von Europa Vorn

Am 27.Juni veranstaltete die rechtsextreme Zeitschrift EUROPA VORN ihr jährliches Pressefest in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden. Doch der Aufenthalt der etwa 200 angereisten Nazis in der Elbmetropole dauerte nur gute zwei Stunden, denn der Direktor des »Deutschen Hygienemuseums« trat umgehend von seinem Vertrag mit MANFRED ROUHS zurück. Dieser hatte sich für eine währungspolitische Debatte zum Euro in den dortigen Veranstaltungssaal eingemietet. Die von dem Kölner Manfred Rouhs herausgegebene »Europa Vorn« macht sich seit vielen Jahren für eine Einigung des zersplitterten rechten Randes stark. So entsprach dann auch das Programm des Pressefestes diesem Anspruch. Als Redner konnte Rouhs den ehemaligen Parteivorsitzenden der REPUBLIKANER, FRANZ SCHÖNHUBER, gewinnen. Nachdem Schönhuber 1994 von seinen Parteikollegen geschaßt wurde, ging er bei der diesjährigen Bundestagswahl für die DVU ins Rennen. Daneben sollten die Nazi-Liedermacher JÖRG HÄHNEL und Frank Rennicke, die beide in den Reihen von NPD und JN zu finden sind, im Rahmen des Kulturprogrammes auftreten.

Neben Rouhs war der JN-Führungskader SASCHA WAGNER wichtigster Akteur vor Ort. Wagner, der das »Europa Vorn«-Seitenprojekt NEUE DOITSCHE WELLE herausgibt, engagiert sich seit längerer Zeit für die Skinhead-Subkultur und versucht diese zu politisieren. Offensichtlich war die Dominanz von NPD und JN beim Pressefest. So befanden sich unter den TeilnehmerInnen u.a. der Bundesvorsitzende der JN, HOLGER APFEL, und das NPD-Bundesvorstandsmitglied STEFFEN HUPKA. Auch der in Dresden ansässige OLIVER HÄNDEL, der von dort aus die Bundesgeschäftsstelle der JN betreibt, ließ sich die Teilnahme nicht nehmen. Ergänzt wurde das Publikum durch eine Reihe von regionalen Aktivisten des mit über 1.400 Mitgliedern derzeit größten Landesverbandes der NPD. Nach dem Rausschmiß in Dresden, verlegten Rouhs und Wagner ihr Happening kurzerhand ins »*Nationale Bürger- und Jugendzentrum*« nach Wurzen.

Es gibt vielfältige Hinweise dafür, daß Wagner schon seit längerer Zeit seine Arme in Richtung dieses »*Modells einer gelungenen lokalen Kulturrevolution*« (Zitat »Neue Doitsche Welle«) ausgebreitet hat. In diesem für zehn Jahre gepachteten Haus konnten Rouhs und Wagner zumindestens noch den kulturellen Teil ihres Festes über die Bühne bringen. ■

Mehr Glatzenparty als Pressefest – die überwiegend jungen TeilnehmerInnen konnten am Ausweichort Wurzen nur noch den Kulturteil erleben



Antifa-Nachrichten-Doku

Nr. 25

Oktober/November '98

Was geht ab?

Impressum:
Was Geht Ab? Nr. 25
Oktober/November '98
Herausgeber und V.i.S.d.P.:
Kai Mara
Gneisenaustr.2a
10961 Berlin
Die »Was geht ab?« erscheint seit der Nr. 19 als ständige Beilage im Antifaschistischen Info-Blatt. Für Abo, Nachdruck und alles weitere gelten dessen Bedingungen.

Bundesweit

Lummer und Siegerist für die CDU

DDK, Focus - 8/9 1998 - In ganzseitigen Anzeigen unter anderem im ***Focus*** betrieb der ***CDU***-Rechtsaußen **Heinrich Lummer** Lagerwahlkampf für die CDU. Die Anzeigen wurden geschaltet vom ultrarechten Verein ***Die Deutschen Konservativen e.V. (DK)*** in Zusammenarbeit mit der ***Aktion für Deutschland***. Die DK sind eine aus der ***Konservativen Aktion*** hervorgegangene Kleinstpartei, die keine wichtige Rolle im ultrarechten Lager spielt. Ihr Vorsitzender **Joachim Siegerist** machte sich jedoch einen Namen als skandalträchtiger Rassist und Antisemit im lettischen Parlament. Er ist in Deutschland bereits wegen Volksverhetzung verurteilt worden. In ihrer Anzeige versuchten Lummer und die DK, mit dem Abdruck eines Briefes von **Gerhard Schröder** an das damalige ***SED***-Politbüromitglied **Egon Krenz** Ängste vor einer »*linken Volksfrontregierung*« zu schüren. Außerdem wird für das Lummer-Heftchen »*Das rote Quartett*« geworben, in dem er die »*Horrorvision*« einer »*Volksfrontregierung*« von Schröder, **Lafontaine**, **Trittin** und **Fischer** beschreibt und eine Koalition der CDU mit ***REPs***, ***DVU*** und ***NPD*** befürwortet.

Schwerdt und Wendt im Knast

Presse 6/7 '98 - Seit Ende Mai bzw. Anfang Juli sitzen zwei führende Köpfe der bundesweiten NS-Szene hinter Gittern. **Christian Wendt** wurde am 30. Mai von einem Staatsschutzbeamten erkannt und mit Hilfe eines dazugerufenen Streifenwagens festgenommen. Wendt, der untergetaucht war, war mit dem Macher des ***NIT-Preußen***, **Mike Penkert**, auf dem Weg zu einer ***NPD***-Veranstaltung gewesen. Er mußte eine zweimonatige Reststrafe wegen Volksverhetzung absitzen, sowie gleich im Anschluß zehn Monate wegen Körperverletzung. Von der ersten Strafe hatte er schon zehn Monate abgesessen, die restlichen zwei hätte er bei Befolgung der Meldeauflagen nicht absitzen müssen, er tauchte jedoch unter. Wendt war 1997 wegen Herstellung der nationalsozialistischen ***Schulungsbriefe*** verurteilt worden. Die Körperverletzung war ein Angriff von ihm auf zwei vermeintliche Linke in einer Regionalbahn in Brandenburg. Wendt war führender Funktionär der inzwischen aufgelösten ***Nationalen***. Jetzt mischt er, wie auch Mike Penkert, bei der ***AG nationale Sozialisten in und außerhalb der NPD (AGnS)*** mit, die sich um eine engere Zusammenarbeit zwischen NPD und offenen Nazis wie den ***Freien Nationalisten*** und dem Kameradschaftsspektrum bemühen.

Frank Schwerdt sitzt seit dem 7.7.98 in der JVA Berlin-Tegel. Beim Haftantritt begleitete ihn NPD-Chef **Udo Voigt** höchstpersönlich vor das Tor der JVA. Auch Schwerdt sitzt wegen der »Schulungsbriefe«, seine Haftstrafe wurde nach 14 Tagen offenem Vollzug in geschlossenen verwandelt. Nach einer Revision wurde sie vom Bundesgerichtshof von zwölf auf neun Monate reduziert. Desweiteren war damals **Lutz Giesen** zu 18 Monaten verurteilt worden, der auch in Schwerdts Haus wohnte. Schwerdt ist seit Jahren eine der Schlüsselfiguren der deutschen Naziszene. Er ist Herausgeber der ***Berlin-Brandenburger Zeitung (BBZ)*** (momentan nur im Internet), die in den ***Nationalen Medienverbund*** eingegliedert ist, einem Netzwerk deutscher Nazizeitungen, die bis auf einige lokale Meldungen von der BBZ abschreiben. Schwerdt war bis zu deren Auflösung Chef der **Nationalen**. Er betätigt sich seit Jahren als Entwicklungshelfer beim Aufbau von Nazistrukturen in ganz Ostdeutschland und ist seit einiger Zeit Mitglied des Bundesvorstandes der NPD.

JF bettelt wieder

JF-Brief 20.8. 98, JF-intern - In einem Bettelbrief, der an alle AbonnentInnen verschickt wurde, heult ***Junge-Freiheit***-Geschäftsführer **Dieter Stein** in pseudointim gehaltenem Ton zum x-ten Mal über die finanzielle Lage seiner Zeitung. Zitat: »*...ich*

Chronologie

1. April
★ **Rostock** – Zwei Asylbewerber aus Togo wurden am frühen Morgen von mehreren Männern überfallen und mißhandelt. Einer der zwei wurde verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert.
★ **Berlin** – Zwischen den Berliner S-Bahnstationen Friedrichstraße und Alexanderplatz wurde ein 33jähriger Mann aus Nigeria von etwa 10 Männern angegriffen. Der Mann wurde mißhandelt und fast aus der fahrenden S-Bahn gestoßen.

2. April
★ **Oranienburg** – Eine 22jährige Thailänderin wurde von zwei Nazis attackiert und ins Gesicht geschlagen. Einer der beiden hob zudem die Hand zum Hitlergruß.

3. April
★ **Magdeburg** – Vier US-amerikanische Studenten und ein zuhilfeeilender Deutscher wurden von vier Nazis in einer Straßenbahn attackiert und mit einem Messer bedroht. Der eingreifende Mann wurde so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus behandelt werden mußte.

4. April
★ **Klötze (Sachsen-Anhalt)** – Unter Federführung der faschistischen »Kameradschaft Altmark« fand ein Aufmarsch mit etwa 250 Nazis statt. An einer antifaschistischen Gegendemonstration beteiligten sich rund 150 Personen.
★ **Bad Hersfeld** – Etwa 120 AntifaschistInnen nahmen an einer Demo gegen einen geplanten NPD-Aufmarsch teil. Die Stadtverwaltung der als NPD-Hochburg bekannten Stadt hatte zuvor den Aufmarsch verboten.
★ **Halensee bei Frankfurt/O.** – Eine Gruppe rechter Schläger überfiel unter »Sieg-Heil«-Rufen eine private Grillfeier und verletzte mehrere der TeilnehmerInnen.

5. April
★ **Oberlödla (Thüringen)** – Am frühen Morgen stürmten 15 Nazis einen Jugendclub. Vier Jugendliche aus dem Club wurden zum Teil schwer verletzt. Die Nazis waren mit mindestens zwei PKW mit Nürnberger Kennzeichen unterwegs und hatten nach dem Überfall versucht, im Club Feuer zu legen.

→

7. April
★ **Berlin-Treptow** – Ein türkischer Imbiß wurde am Abend im Sterndamm von 15 bis 20 Nazis überfallen und zum Teil zerstört. Der einzige Gast, ein 27jähriger Türke wurde durch einen Messerstich so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus auf der Intensivstation behandelt werden mußte. Einige Nazis aus der Gruppe fielen bereits einige Stunden zuvor vor dem Imbiß durch aggressives Auftreten auf.

8. April
★ **Freiberg** – Nazis verübten einen Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft. Einer der Täter ist Mitglied der NPD.

9. April
★ **Oranienburg** – Sieben Nazis randalierten auf einer Feier eines kirchlichen Jugendzentrums. Sie riefen Nazi-Parolen, darunter »Judenschweine, wir legen euch um«, und warfen außerdem Mülltonnen, Bänke und Stühle um.
★ **Freiberg (Sachsen)** – Nazis verübten einen Brandanschlag auf ein AsylbewerberInnenheim, in dem sich mehr als 100 Menschen befanden. Es entstand allerdings nur geringer Sachschaden.
★ **Königs-Wusterhausen** - Eine Gruppe linker Jugendlicher wurde von mehreren Nazis brutal überfallen. Der Überfall, bei dem ein Antifaschist für mehrere Stunden bewußtlos geschlagen wurde, ereignete sich bei einem Osterfeuer-Fest. An verschiedenen Feuer-Festen nahmen in der Umgebung von KW rund 200 Nazis teil. Die Antifa-Süd-Ost (ASO), die den Überfall bekannt machte, meldete weiter, daß sich z. B. im nahegelegenden Schulzendorf über 60 Neonazis versammelt hatten.

10. April
★ **Quedlinburg** - Einen »feurigen gruß« hinterließen autonome AntifaschistInnen dem Neonazi-Kader Steffen Hupka und fackelten einen seiner Firmen-LKW ab. Ihm sollte so sein »ruhiges Hinterland genommen« sowie sein finanzielles Standbein (Hupka betreibt eine Innenausbau-Firma) getroffen werden.
★ **Berlin-Lichtenberg** - Nach der Berliner Szene-Zeitung »Interim« wurden rund 20 NPD/JN-Nazis vertrieben, als sie einen Info-Tisch aufgebaut hatten. Die Nazis unter der Führung von Andreas Storr verteilten Flugblätter und hatten zum Schluß einige Verletzte zu beklagen.
★ **Berlin-Neukölln** - Hier randalierte eine Gruppe Nazi-Fans von Hertha BSC. Sie riefen faschistische Parolen und provozierten türkische Jugendliche. Ein Jugendlicher wehrte sich gegen die Attacke und verletzte einen Nazi durch einen Messerstich. Der Jugendliche wurde einige Tage wegen versuchten Totschlags in U-Haft genommen.
★ **Berlin-Spandau** - Etwa 15 Sinti und Roma, die auf dem Parkplatz vor dem Hertha-Stadion campierten, mußten aus Angst vor Nazihool-Angriffen ihr Quartier verlassen. Immer wieder kam es zu Angriffen von Hertha-Fans. Gleichzeitig verteilten Nazis →

bin ratlos und verzweifelt. Denn die Junge Freiheit geht jetzt durch die größte Krise ihrer Geschichte. (...) ...es ist 23.00 Uhr. Die letzten Mitarbeiter haben das Büro verlassen. Bis auf die Buchhaltung weiß noch niemand von der Krise. Jetzt schreibe ich eilig an sie und an unsere anderen treuen Freunde. Und morgen muß ich es auch unseren Mitarbeitern sagen... (...) Diesen Fehler kann ich nur mir selbst anlasten. Deshalb habe ich auch ein so schlechtes Gewissen! (...) ...ich bin traurig.« Er will sogleich einen »*radikalen Sanierungsplan*« entworfen haben, der unter anderem Entlassungen vorsehe. Um zu überleben, sei man aber auf die Spendierfreudigkeit der AbonnentInnen angewiesen. In der nächsten WGA werden wir wahrscheinlich schon über eine neue Bettelkampagne der JF berichten können.

Des weiteren hat es laut der unregelmäßig erscheinenden ***JF-intern*** personelle Veränderungen bei der JF gegeben. Neuer Redakteur der Ressorts »*Im Gespräch*« und »*Hintergrund*« ist seit dem 1.April **Peter Krause** (34). Das neue Ressort »*Wirtschaft & Soziales*« übernahm **Gerhard Quast** (früher ***wir selbst***). Der Ex-***Rep***-Fraktionsgeschäftsführer im Berliner Abgeordnetenhaus, **Thorsten Thaler**, betreut in Zukunft neben dem Politikressort auch die Medienseite. Die Nachfolge von **Wolfgang Saur**, der bereits am 31.1. 98 als Betreuer des JF-Buchdienstes ausschied, traten **Peter Boigk** und **Diana Bonheio** an. Im Gegensatz zu seinem Bettelbrief freut sich Dieter Stein hier noch, daß die Versandbuchhandlung »*floriert und täglich neue Kunden gewinnt*«.

Heideheim e.V. bleibt verboten

Presse 9.8. 98 - Das Bundesverfassungsgericht hat das Verbot des Neonazivereins ***Heideheim e.V.*** bestätigt, nachdem dieser einen Antrag gegen das Verbot gestellt hatte. Der Verein war Anfang Februar diesen Jahres verboten worden. Er hatte als Träger des Neonazischulungs- und organisierungszentrums im niedersächsischen Hetendorf gedient.

Deutsche Justiz bequemt sich nach 54 Jahren

Presse 20.7. 98 - Die bayerische Staatsanwaltschaft hat nach jahrzehntelangem Druck aus Dänemark die Ermittlungen gegen den ***SS***-Mörder **Sören Kam** wiederaufgenommen. Kam hatte 1943 im von den Deutschen besetzten Dänemark den dänischen Journalisten **Carl Henrik Clemmensen** ermordet, weil dieser vor einem kollaborierenden Kollegen ausgespuckt und ihn als Landesverräter bezeichnet hatte. Die dänische Regierung hatte jahrzehntelang erfolglos versucht, die deutsche Justiz zu einem Vorgehen gegen den nach Kriegsende nach Deutschland übergesiedelten Kam zu bewegen. 1971 ermittelten die deutschen Behörden ein erstes Mal, das Verfahren wurde jedoch eingestellt. Kam behauptete, er habe auf den bereits tot am Boden liegenden Clemmensen geschossen. Diese Behauptung wird jedoch durch den Obduktionsbericht widerlegt, der beweist, daß Kam und zwei weitere SS-Männer gleichzeitig auf den stehenden Clemmensen schossen. Der mittlerweile 76jährige Kam war den Ermittlungsbehörden 1995 wieder aufgefallen, als er in SS-Uniform bei einem Veteranentreffen in Österreich gesehen wurde.

DVU muß blechen

Presse Juni 98 - Die ***DVU*** muß über 500.000 Mark an staatlichen Parteizuschüssen zurückzahlen, weil sie falsche Angaben über einen Spender gemacht hat. Grundlage der Entscheidung von ex-Bundestagspräsidentin **Süssmuth *(CDU)*** ist das Transparenzgebot des Parteiengesetzes, nach dem Parteien bei Spenden über 20.000 Mark Namen und Anschrift des Spenders in ihrem Rechenschaftsbericht veröffentlichen muß.

Die DVU hatte 1995 die Spende eines Franzosen von 274.500 Mark zwar in der Höhe korrekt ausgewiesen, jedoch eine falsche Adresse angegeben. Begründet wurde die Falschangabe mit der Angst des Spenders vor Anschlägen. Da eine Partei bei falschen Spendenangaben den Anspruch auf staatliche Mittel in doppelter Höhe der Spende verliert, muß sie 549.000 Mark zurückzahlen. Die DVU bezeichnete die Entscheidung als unrechtmäßig und kündigte rechtliche Schritte dagegen an.

Diesner-Urteil teilweise aufgehoben

Presse 24.6. 98 - Der Bundesgerichtshof (BGH) hat das Urteil gegen den Nazimörder **Kay Diesner** teilweise aufgehoben und zur erneuten Verhandlung an das Landgericht Lübeck zurückverwiesen. Die lebenslange Haftstrafe wegen Polizistenmordes bestätigte der BGH. Jedoch war er der Meinung, das Geschehen nach dem zweiten Schuß auf den Buchhändler **Klaus Baltruschat** einige Tage zuvor sei noch nicht ausreichend aufgeklärt worden. Es müsse festgestellt werden, ob er den Mordversuch mit einem dritten Schuß hätte fortführen können oder »*ob er die weitere Tatausführung freiwillig aufgegeben hat*«.

Nachdem im Februar 1997 ein Aufmarschversuch der Berliner ***JN*** in Berlin-Hellersdorf von Antifas unterbunden worden war, schoß Diesner wenige Tage später auf Baltruschat, den er für ein ***PDS***-Mitglied hielt.

Thüringen, Bayern, Sachsen, Ba-Wü

NPD/JN & Antifa-Actions

DS, ZN, WGA, Antifas, NITs, Presse - Wie die neue Zuständige für die ***JN-Abteilung Finanzen***, **Katja Beier**, beklagt, stürmte am 27. Mai 98 die SOKO REX des LKA Sachsen im Auftrag der Staatsanwaltschaft Bochum die Räumlichkeiten der JN-Bundesgeschäftsstelle in Dresden und beschlagnahmte sämtliche Computer-Hard- und Software der JN. Die JN hatte indizierte, volksverhetzende Aufkleber verbreitet. Katja Beier (0172/4715940) aus Miltenberg ist seit drei Jahren in der NPD/JN und seit zwei Jahren als Landesschatzmeisterin in Bayern aktiv.

Für den 5.6.98 plante die NPD eine Saalveranstaltung im Gasthof Langbräusaal in Wunsiedel-Holenbrunn mit den NPD/JN-Funktionären **Udo Voigt** und **Sascha Roßmüller**. AntifaschistInnen riefen zu einer Gegendemonstration am selben Tag auf. Der ***NPD-Ortsverband Wunsiedel*** wurde im Februar 98 mit etwa 36 Mitgliedern gegründet. Zum Ortsvorsitzenden wurde **Gerhard Pietrzyk** gewählt. Zum Ortsvorstand gehören **Claudia Golbs, Harald Bestehorn, Steffen Seeboth, Sandra Gintenreiter, Marcus Pfau** und **Frank Werner**.

Auch in Offenburg wollte die NPD am 5.6.98 einen Aufmarsch durchführen, den sie aber aus Angst vor einer antirassistischen Demo um eine Woche verschob. Da an diesem Tag aber die SPD eine Wahlaktion durchführte, schleuste die Polizei die 35 NPDler mit Flugblättern ins benachbarte Lahr. Hier blockierten 60 Antifas eine Stunde lang die Nazis, bis die Polizei diesen den Weg freiknüppelte. Im Laufe von weiteren Blockaden und weiteren Knüppeleinsätzen wurden vier Antifas festgenommen. Zum Schluß blockierten rund 200 empörte BürgerInnen, Antifas und jugendliche MigrantInnen den Marktplatz, so daß die NPD dort nicht ihre Abschlußkundgebung abhalten konnte.

Am 10.6.98 erließ das Amtsgericht Bautzen Haftbefehl gegen drei JN-Mitglieder im Alter zwischen 16 und 20 Jahren. Diese hatten versucht, in Kamenz eine Flüchtlingsunterkunft anzuzünden. Als Motiv gaben sie Ausländerfeindlichkeit an.

Am 18.6.98 wollte die ***NPD-Thüringen*** in Eisenach einen Infotisch aufbauen. AntifaschistInnen gelang es, den NPD-Parteibus (GTH-JN 300, Hyundai), den der thüringische NPD-Chef **Frank Golkowski** unbeobachtet auf dem Eisenacher Markt stehen ließ, zu entglasen.

In Eislingen (Ba.-Wü.) ist der NPD-Stadtrat **Jakob Hopp** (62) für seine *»jugendpolitische Arbeit«* im ***Sportverein TSG*** zum Ehrenmitglied ernannt worden.

In der sächsischen Schweiz trat der 31jährige Fahrlehrer **Uwe Leichsenring** für die NPD zur Bundestagswahl an. Er ist seit 1990 in der NPD und Geschäftsführer des ***NPD-KV Sächsische Schweiz***. Im Vogtland tritt die 24jährige Kinderkrankenschwester **Diana Kaiser** aus Reichenbach für die NPD an.

Am 24.6.98 razzte die Polizei 17 Objekte (Wohnungen, Garagen, Lagerhallen, eine Waldhütte und einen Wehrmachtsbunker) in den Landkreisen Neu-Schrobenhausen und Pfaffenhofen/Ilm. Sie fanden u.a. MGs, Sturmgewehre, Handgranaten und Tretminen. Gegen den 52jährigen **Anton Pfahler** (siehe WGA # 43), einen 22jährigen Komplizen aus Neustadt a.d. Weinstraße und einen 27jährigen Kfz-Mechaniker wurde Haftbefehl erlassen. Das Grundstück von Pfahler in Sinningen ist u.a. Sitz und Druckerei des NPD-Blattes ***Deutsche Stimme***.

Bei einer ***DGB***-Demo in Heilbronn mischten sich kurzzeitig JNler mit ihren Fahnen und NPD-Flugis unter die Demo.

Für den 11.7.98 meldete der NPD/JN-Kader **Jens Pühse** eine Demo in Freising an, da die Stadt sich weigerte, der NPD/JN die Luitpoldhalle für einen JN-Kongreß unter dem Motto *»Verbrechen an der Wehrmacht«* zur Verfügung zu stellen. Am 11./12.7.98 traf sich die JN dann mit etwa 100 Leuten in Pfaffenhofen (Oberbayern) zu ihrem Bundeskongreß. Neuwahlen gab es keine, aber dafür einen Vortrag des eigentlich zu einer Haftstrafe verurteilten Altnazis **Herbert Schweiger**. Im Anschluß an den Kongreß marschierten die JNler durchs benachbarte Ingolstadt.

Am selben Wochenende demonstrierten in Chemnitz etwa 250 NPD/JN-Aktivisten unter enormem Polizeischutz gegen den Euro. Der Chemnitzer NPD-Chef **Robert Rohlauf**, der NPD-Landesvorsitzende **Winfried Petzold** und der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt hielten Reden. Den ganzen Tag über wurden hunderte Antifas von der Strasse weggehaftet und eingesperrt, so daß



Uwe Leichsenring und Diana Kaiser

von NPD und DVU mehrere Male Flugblätter vor dem Olympiastadion.

★ **Ebendorf bei Magdeburg** - Drei junge Nazis überfielen einen türkischen Imbiß-Stand und beschossen den Besitzer mit einer Gaspistole. Der Inhaber des Imbiß konnte sich erfolgreich gegen den Angriff zur Wehr setzen und verletzte einen Nazi mit einem Döner-Messer.

12. April

★ **Stendal (Sachsen-Anhalt)** - Ein DVU-Funktionär sowie zwei Wahlhelfer wurden von autonomen AntifaschistInnen angegriffen. Ein Nazi wurde so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

14. April

★ **Saalfeld** - 30 Nazis überfielen eine 7-köpfige Gruppe linker Mädchen und schlugen und traten auf sie ein.

15. April

★ **Berlin** - Militante AntifaschistInnen warfen beim Naziaktivisten Michael Aulich in der Trachtenbrodtstraße 14 die Scheiben ein.

16. April

★ **Eichwalde bei Berlin** - Zwei Neonazis haben im Umland zwei junge Schüler ohne ersichtlichen Grund angepöbelt und durch einen Schuß aus einer Gaspistole schwer verletzt.

17. April

★ **Bayern** - Ein Ex-SS-Mann und verurteilter Nazi-Mörder wird jetzt eventuell aus Bayern nach Tschechien ausgeliefert. Bislang galt der heute 86jährige Anton Malloth als Deutscher und wurde deshalb nicht den damaligen tschechoslowakischen Behörden übergeben. Malloth wurde 1948 von einem tschechoslowakischen Gericht wegen Ermordung von Häftlingen des Gestapo-Gefängnisses in Theresienstadt zum Tode verurteilt.

★ **Bautzen** – 60 Nazis griffen das alternative Projekt Steinhaus an.

18. April

★ **Züssow (Ostvorpommern)** - Vier nigerianische Flüchtlinge wurden von Nazis mit Baseballschlägern verprügelt. Eine antirassistische Antwort von örtlichen AsylbewerberInnen gegen Züssower Jungnazis konnte von der Polizei nur durch Warnschüsse unterbunden werden.

★ **Angermünde (Uckermark)** - Ein pakistanischer Mann wurde auf dem Bahnhof von Nazis niedergeschlagen. Rund eine Stunde später wurde ein Türke vor einem Imbiß angepöbelt, rassistisch beschimpft und bedroht.

★ **Blankenfelde (Brandenburg)** - Zwei Nazis überfielen einen Palästinenser und wurden kurze Zeit später von der Polizei festgenommen.

★ **Magdeburg** - Zwei Nazis schlugen einen 14jährigen Jungen mit ausländischen Aussehen in der Straßenbahn zusammen.

★ **Tostedt (Niedersachsen)** - Vier Mitglieder der Menschenrechtsorganisation »prison watch« wurden gleich zwei Mal von rund zehn Neonazis angegriffen und zum Teil schwer verletzt. Eine Frau mußte mit einem Schädelbruch ins Krankenhaus eingeliefert werden. Ein →

25jähriger Nazi wurde festgenommen.

★ **Zöblitz** – Vor der Disko »Wind« wurde ein linker Skin von 10 Nazis mit Eisenstangen verprügelt. Er mußte operiert werden, lag mehrere Wochen im Krankenhaus und verlor ein Auge.

20. April

★ **Leipzig-Grünau** - 15 Nazis überfielen einen PDS-Stand.

1. Mai

★ **Sauerland** - Eine antifaschistische Gruppe »hexennacht« grifft den Privat-PKW des örtlichen Nazi-Kaders und JN-Landesbeauftragten Uli Diehl an. Nach seiner Rückkehr vom Aufmarsch aus Leipzig mußte er feststellen, daß sein Auto erheblich beschädigt war.

★ **Gostenhof bei Nürnberg** - Hier wurde ebenfalls ein Privat-LKW eines Nazis von autonomen AntifaschistInnen attackiert. Sie zerstörten den Firmen-LKW des Nürnberger DVU-Chefs Papa in der Adam-Klein-Str. 83 in Gostenhof.

★ **Neumark** - In der bayerischen Kleinstadt kam es während eines Frühlingsfestes zu einer Auseinandersetzung zwischen rund 30 Nazi-Skins und etwa 70 Aussiedlern.

★ **Bochum-Günnigfeld** – In der Nacht zum 1.5. griffen Antifas die NPD/JN-Landeszentrale mit Steinen, Farbeiern und Buttersäure an.

★ **Freiberg** – Zwei NPD-Busse wurden auf dem Weg nach Leipzig von Antifas angegriffen, gestoppt und zurückgeschickt. Zuvor waren 3 Nazi-PKWs beschädigt und der Antik-Laden des NPD-KV-Chefs Lamprecht entglast worden. Am Abend hißten Nazis eine Nazi-Fahne vor dem Rathaus.

★ **Berlin** - Auf der abendlichen 1.-Maidemo im Prenzlauer Berg wurden mehrere Nazis, die glaubten, unerkannt mitlaufen zu können, von aufmerksamen AntifaschistInnen nachdrücklich des Platzes verwiesen. Später wurde ein ausländischer Fotograf von Nazis angegriffen.

★ **Langenhagen** - In der Nacht zum 1.5. fackelten autonome Antifas das Auto des Langenhagener Nazis Tobi Quellmalz ab.

2. Mai

★ **Berlin** - Zum wiederholten Male wurde eine jüdische Gedenktafel im Bezirk Mitte von Neonazis geschändet.

3. Mai

★ **Wilmersdorf (Brandenburg)** - In einem Jugendclub löste die Polizei eine Feier von rund 30 Nazis der Gruppe »Prignitz 88« auf. Nach kurzer Schlägerei mit den Nazis wurden Waffen und Propagandamaterial sichergestellt und drei von ihnen festgenommen.

5. Mai

★ **Annweiler** - Ein Schaufenster mit Literatur zum 50. Geburtstag Israels wurde vermutlich von Neonazis eingeschlagen und zerstört. Dies war der zweite faschistische Übergriff binnen zwei Wochen in der Stadt im Kreis Südliche Weinstraße.

→

von den geplanten Gegenaktivitäten zum Schluß »nur« eine Menschenkette von 6.000 BürgerInnen »übrigblieb«.

Am 18.7.98 demonstrierten in Bruchsal etwa 160 NPD/JN-Anhänger ungehindert für den inhaftierten Ex-NPD-Chef **Günter Deckert**. Dies war bereits die dritte Demo dieser Art. Dabei waren u.a. der NPDler **Eric Rößler**, **Christian Hehl**, der ex-JN-Ba.Wü.-Chef **Michael Wendland**, Nazi-Kader **Helmut Braun** und **Ernst Tag**, JNler **Uli Diehl** sowie der angebliche Nazi-Aussteiger **Manfred Huck**.

In Thüringen sollten weitere NPD-Kreisverbände gegründet werden: Am 30.8. 98 Ilmkreis in Arnstadt, am 4.9. 98 Greiz in Zeulenroda, am 5.9. Suhl in Suhl, am 6.9. 98 Unstrut-Hainich-Kreis in Mühlhausen und am 12.9. 98 Weimar und Weimar-Land in Apolda. In Pößneck ist bereits Anfang des Jahres ein Kreisverband unter der Leitung von **Peter Barth** (Pößneck), **Ilona Holzhäuser** (Langendembach) und **Ralf Henge** (Pößneck) gegründet worden. Besonders aktiv ist hier der 67jährige Rentner **Oswald Müller**, der durch die thüringischen NPD-Funktionäre **Andreas Schönleben** und **Roswitha Schumann** geehrt wurde.



Frank Golkowski und Frau Ortlepp (Gotha)

Am 15.8. 98 tauchten im Fußballstadion von Dresden u.a. Transparente mit der Aufschrift »*Kreisverband Sächsische Schweiz der NPD grüßt Dynamo Dresden*« und »*Juden DSC*« auf.

Am 5.9.98 führte die NPD/JN in Göppingen einen Marsch unter dem Motto »*Deutschland uns Deutschen*« durch. AntifaschistInnen warfen Flaschen und Steine.

Antifa-Soli

Am 14.8. 97 kam es in Bietigheim-Bissingen zu einer Auseinandersetzung zwischen Nazis und Antifas. Mindestens sechs Nazis wurden verletzt und an PKWs ein Schaden von 10.000 Mark angerichtet. Die Polizei verhaftete in derselben Nacht zwei Antifas in Tatortnähe. Durch massiven psychischen Druck kam es zu Teilaussagen eines Verhafteten. Inzwischen erhielten fünf Antifas Anklageschriften. Zwei weitere Antifas sind wegen Beihilfe angeklagt. Die Antifas brauchen Unterstützung. Kontakt über Anti-Repressionsgruppe (ARG), c/o Jugendhaus, Farbstraße. 15, 74321 Bietigheim-Bissingen, Tel. 07142-943884. Spenden unter dem Stichwort »ARG« an: Kreissparkasse Ludwigsburg, BLZ 60450050, Kto.-Nr. 7740071.

Dienel hat's nicht drauf

NIT Rheinland 10.6. 98 - Wie der Bundesvorsitzende der ***Deutschen Nationalen Partei (DNP)***, **Thomas Dienel**, bekanntgab, ist sein Computer von einem »*drogenabhängigen Verräter*« geklaut worden. Auf diesem Computer waren Daten von »*vielen Kameraden*« der DNP, des ***Jungsturms der DNP, Autonomer Kameradschaften*** sowie Daten zu den Schriftstücken ***Mitteldeutsche Stimme, ANG*** und der ***Kameradschaftshilfe***. Auch Daten der ***Anti-Antifa*** seien nun verschwunden.

REPs

Der REP, Antifas aus Erfurt, Jena - Eine neue Parteizentrale wollen die REPs in einem Ladenlokal in Feldberg im Schwarzwald, Ortsteil Altglashütten aufbauen. Verantwortlich ist u.a der Bezirksvorsitzende **Wolfgang Meier**. Der Rep-Kreisverband Bad Dürkheim hat unter 06356/6237 ein Infotelefon eingerichtet. Am sog. Bodenseetag versammelten sich 149 Reps in Lindau, um eine Rede vom Bezirksvorsitzendem **Karl-August Schaal** zu hören. Dieser rief auch die »*Aktion Kornblume*« ins Leben. Als Hauptquartier bei den Einsätzen in und um Freiberg diente eine abgelegene Mühle von **Kerstin Lorenz** und Schaal. In Großzabern bei Plauen lag die Zentrale für die gesamte »*Kornblumen-Aktionen*«, bei der u.a. 20.000 Plakate geklebt werden sollten. Mit dabei die Reps-Chemnitz (Clausstr. 62, 09126 Chemnitz), die Reps-Vogtland (037436-2526), der Landeswahlkampfleiter **Stimpel** (0371-50057) sowie der Vizelandesvorsitzende und Landesschatzmeisterin (034244-51322). Am 1.7.98 hat sich der ***Republikanische Hoschulverband (RHV)*** an den Unis Heidelberg und Mannheim gegründet. Kreisvorsitzender ist **Hubert Jungbauer**, Vorsitzender **Thomas Prill**. Am 18.7.98 verhinderten 500 Antifas in Jena eine Rep-Kundgebung mit **Rolf Schlierer** und **Wilhelm Tell**. Sie mußten ihre Reden unter dem Schutz des **Thüringer Heimatschutzes** vor weniger als 20 AnhängerInnen halten. Ihre Worte gingen in dem lautstarkem Antifa-Protest unter. Am 28.7.98 versuchte der LV Thüringen einen Infostand in Erfurt aufzubauen. Antifas überschütteten den Stand mit mehreren Litern Saft und Ketchup. Daraufhin verdrückten sich die anwesenden Nazis. Nachdem der Stand bei einer zweiten Aktion mit mehreren Kilo fauligem Obst beehrt wurde, verdrückten sich auch die Reps.

Berlin

Nazis & Wahlen

Presse - Neben diversen rechten Kleinstparteien kandidierten auch ***NPD***, ***REP***s und ***DVU*** erfolglos. Rep-Spitzenkandidat war der 56jährige »Journalist« **Sven Thomas Frank**. Bei ihrem »Wahlkampfauftakt« am 20. August im Saal der BVV-Tempelhof versammelte sich nur eine Schar aus Rentnern, Mittvierzigern und zwei Dutzend Jugendlichen, um dem Rep-Chef **Rolf Schlierer** zu lauschen.

Öffentliche Räume wie im Rathaus Tempelhof, wo regelmäßig Treffen stattfinden, bekommen die REPs nicht überall. Meistens müssen sie sich in ihrem Büro in der Sternstr. 7 bzw. im Vereinszimmer der darunterliegenden Kneipe treffen. Die meisten Bezirke sträubten sich und wurden durch die Reps mit einstweiligen Anordnungen oder Dienstaufsichtsbeschwerden bedacht. Zweimal bekamen die Reps Recht, zweimal platzten Wahlkampfveranstaltungen – am 14. August in Hellersdorf und am 20. Juni der Bundesparteitag in der Kongreßhalle in Berlin Mitte. Stattdessen beteiligten sie sich an diesem Tag an dem NPD-Aufmarsch und protestierten in Berlin-Tiergarten zusammen mit Reps aus NRW gegen ein sowjetisches Ehrenmal. Für die NPD kandidierten **Andreas Storr, Jürgen Bolte, Lars Macht, Bernd Barthel, Otfried Pahncke und Hans Schmidt-Stölting**. Die NPD konzentrierte sich auf ihren *»Schwerpunkt-Wahlkampf«* in Mecklenburg-Vorpommern und will sich erst zur nächsten Wahl hauptstädtisch zurückmelden. Die einzige halbwegs bekannte Veranstaltung der NPD im Saal des Freizeitforums Marzahn, der ihr vom PDS-Stadtrat **Wolfgang Kieke** genehmigt wurde, mußte nach öffentlichem Druck, durch juristische Tricks und schließlich durch die starke Anwesenheit von Antifas ausfallen (die NPD tagte dann privat). Abgesehen von dem 200-Leute-Aufmarsch am 20. Juni unter massivem Polizeischutz sowie mit Hilfe des Innensenat und extra bereitgestellten städtischen Bussen in Hohenschönhausen, dümpelt sie mit Propagandaverbreiten vor sich hin. Hierbei versucht sie einerseits bei Deutschen mit Rassismus zu punkten, um dann bei russischen Aussiedlern mit Flugblättern in russischer Sprache um Stimmen zu werben.

Als Spitzenkandidat der zehn DVU-Kandidaten ging der Landesvorsitzende **Olaf Herrmann** ins Rennen. Der Lichtenberger Kreisvorsitzende **André Otto** und vier andere DVUler wurden noch vor der Wahl festgenommen, nachdem sie - unterwegs im Wahlkampfbus - einen schwarzen Franzosen und seine Begleiterin beschimpften, schlugen und mit Reizgas besprühten. Gegen Otto liegen mehrere Anzeigen vor, da er beim DVU-Plakatebewachen Übergriffe gegen vermeintliche Gegner anführte. Die Aktivitäten der DVU beschränkten sich auf Stammtische, kleine konspirative Treffen und auf gemeinsame Busfahrten zu Veranstaltungen im Umland. Die einzige größere DVU-Veranstaltung in Berlin fand am 16. September unter starkem Polizeischutz im Landhaus Lichtenrade (Bahnhofstr. 30) mit **Franz Schönhuber, Helmut Wolf** und **Linda-Susanne Liß** statt. Im Laufe des Wahlkampfes luden mehrere Berliner Schulen Kandidaten von Reps und DVU zu Diskussionen ein. In der Spandauer Martin-Buber-Oberschule gestattete man den Reps sogar, einen Infotisch im Schulfoyer aufzubauen.

Antifa-Aktionen

Presse - Da er Fahnen für die ***NPD*** herstellte, wurde der Laden ***Lünser & Hennlein*** am 28.7.98 von Antifas entglast. Genauso erging es schon den Klamottenläden ***MC Trend*** und ***East-Side*** am 15.7.98, weil sie Nazi-Material verkaufen.

Am 14.8.98 statteten AntifaschistInnen einem Treffen von ca. 60 ***DVU***lern in Lichtenberg einen Besuch ab und hinterließen dort bei einigen der Faschisten einen bleibenden Eindruck. Das Kleben von DVU-Plakaten mußte ein 62jähriger Nazi am 24. August unterlassen, nachdem er von einem Unbekannten attackiert wurde. In Marzahn wurde nach DVU-Angaben eine Wahlhelfer die Treppe runtergeschubst.

Zu einer Veranstaltung mit **Gerhard Frey** am 12.9.98 in Mecklenburg Vorpommern kamen nur ca. 15 DVUler, da einer ihrer Busse in Potsdam entglast wurde und die weiteren DVU-Treffpunkte nicht oder verspätet angefahren wurden. Der ***Ratskeller*** im Rathaus Lichtenberg, wo sich mehrere DVU-Kreisverbände trafen, wurde von Antifas entglast und besprüht.

Ähnlich erging es der bekannten Nazikneipe ***Falkos Schwabenstuben***, der am 7.9.98 mit Buttersäure der passende Geruch verpasst wurde.

Und auch das Nazi-***Cafe Germania*** von dem bekannten Neonazi **Andreas Voigt** wurde von Antifas mehrmals mit Steinen und Farbeiern attackiert. Gegen das Germania hat sich ein breites Bündnis zusammengefunden, das am 14.9.98 eine mit über 100 alten und jungen Menschen gut besuchte Veranstaltung im Rathaus Lichtenberg durchführte. Gleichzeitig wurde im Germania zum *»nationalen Liederabend«* geladen, an dem ca. 50 Naziskins teilnahmen.

6. Mai

★ **Neustadt (Ostholstein)** - Eine Gruppe von Neonazis aus Neustadt, Eutin, Lübeck und Scharbeutz randalierte nachts in der Innenstadt. Sie zogen grölend durch die Stadt und versuchten, in die Räume einer Ausstellung über Rechtsextremismus einzudringen.

7. Mai

★ **Berlin-Prenzlauer Berg** - Ein Reisebüro der »Ruperti«-Gruppe wurde in der Grellstraße von autonomen AntifaschistInnen angegriffen und mit dem Spruch »Keine Busse für Nazis« besprüht. Eine Brandenburger »Ruperti«-Filiale hatte Nazis am 1. Mai zur NPD/JN-Kundgebung nach Leipzig gefahren.

9. Mai

★ **Berlin-Prenzlauer Berg** - Auf dem U-Bahnhof Eberswalder Straße wurden zwei Männer aus Äthiopien von zwei Nazis zunächst massiv angepöbelt und anschließend brutal zusammengeschlagen. Einer der Nazis fiel nach Gegenwehr auf die Bahngleise und wurde leichtverletzt festgenommen. Gegen ihn lag bereits ein Haftbefehl vor.

★ **Ba-Wü** - Die NPD führte im Großraum Stuttgart eine Veranstaltung unter der Bezeichnung »Forum Südwest« durch. Redner waren u. a. der österreichische Alt-Nazi Herbert Schweiger, Gerhard Heß aus Wiesbaden sowie der Revisionist Dr. Eduard Koch.

★ **Karlsruhe** - Die Autonome Antifa Heidelberg rief zu einer antifaschistischen Demonstration nach Karlsruhe-Durlach auf. Sie richtete sich gegen die örtlichen JN-Strukturen sowie gegen die Kameradschaft-Karlsruhe.

★ **Weilheim (Oberbayern)** - Rund 50 AntifaschistInnen blockierten den Zufahrtsweg zur Hochhalle (Wessobrunner Straße), in der der Rep-Bezirksverband eine »Großkundgebung« veranstaltete. Als Gäste waren u. a. Rep-Chef Rolf Schlierer sowie Johann Gärtner und Gottfried Schubert angekündigt. Trotz Polizeischutz wurden einige Nazis mit Obst und Gemüse beworfen. 13 AntifaschistInnen wurden festgenommen.

★ **Neuhaus (Thüringen)** - JN-Nazis führten einen Schweigemarsch für den 1995 von einem linken Jugendlichen in Notwehr erstochenen Nazi Sandro Weilkes durch.

10. Mai

★ **Erfurt** - Autonome AntifaschistInnen versuchten vergeblich, eine Feier von Nazis anzugreifen, konnten jedoch einige der Faschisten vor der Lokalität attakieren. Als die Polizei die antifaschistische Aktion zu verhindern versuchte, wurde sie von den Autonomen angegriffen. Die Polizei nahm insgesamt 38 Personen fest - drei Polizisten wurden verletzt.

★ **Altenhain (Sachsen)** - Über zwanzig Nazis im Alter zwischen 15 und 21 Jahren überfielen zehn Aussiedler und grölten dabei Nazi-Parolen. Einige Tage nach dem Überfall, bei dem vier Personen leicht verletzt wurden, ermittelte die Polizei insgesamt 21 Tatverdächtige, von denen einige die Tat sofort gestanden. →

★ **Mannheim** - Am frühen Morgen wurde das selbstverwaltete Jugendzentrum von rund 20 jungen Nazis angegriffen. Nach ziemlich schnellem Eintreffen eines Streifenwagens verzogen sie sich.

11. Mai

★ **Halle** - In der Straßenbahn wurde ein Afrikaner von zwei Rassisten (25- und 28jährig) beschimpft und zusammengeschlagen.

★ **Hamburg** - Auf die Christianskirche im Stadtteil Ottensen verübten Neonazis einen Brandanschlag. An die Außenfassaden wurden Hakenkreuze geschmiert. Zwei Molotow-Cocktails hinterließen nur geringen Sachschaden.

15. Mai

★ **Aichbach b. Augsburg** - Vier Skinheads verübten einen Brandanschlag auf eine von AfrikanerInnen bewohnte Unterkunft. Das Feuer konnte schnell gelöscht werden, so daß nur Sachschaden entstand. Die Nazis (16 bis 24 Jahre) wurden festgenommen; zwei gestanden.

★ **Wilhelmsaue b. Frankfurt/Oder** - Etwa 10 Nazi-Skins griffen im Landheim des Ortes eine türkische SchülerInnengruppe aus Berlin an. Die Nazis grölten »Heil-Hitler« und breiteten u. a. eine Hakenkreuzfahne aus. Sechs Nazis wurden festgenommen.

★ **Wihelmsaue/Brbg** - Eine vorwiegend türkische Schülergruppe wurde von Nazis attackiert.

16. Mai

★ **Speyer/Ludwigshafen** - Ein »Schweigemarsch« der Reps-Rheinland-Pfalz wurde aufgrund der »fehlenden öffentlichen Sicherheit und Ordnung« zuerst in Speyer und dann in Ludwigshafen verboten. In beiden Städten fanden antifaschistische Demonstrationen mit insgesamt über 1.200 Personen statt. In der Ludwigshafener City wurden rund 50 autonome AntifaschistInnen von Polizeikräften daran gehindert, gegen etwa 25 Nazis vorzugehen. Die Reps kündigten statt dessen eine geschlossene Veranstaltung mit ihrem Chef Rolf Schlierer an.

★ **Goslar (Harz)** - Am frühen Morgen randalierten rund 80 Nazis aus der regionalen Skinhead-Szene in der Stadt und riefen Nazi-Parolen.

★ **Breitenbrunn** – Es fand ein Nazi-Konzert mit ca. 500 Nazi-Skins aus verschiedenen Ländern statt. Organisatoren waren u.a. Cymorek aus Aue und Jan Werner (Skins 88) aus Chemnitz.

17. Mai

★ **Oranienburg** - Zwei Männer aus Togo wurden von einem deutschen Rassisten angegriffen, wobei einer im Gesicht verletzt wurde.

21. Mai

★ **Ruhlsdorf (Brandenburg)** - An einem Kiessee rund 10 km südlich von Eberwalde wurde eine Gruppe campender BerlinerInnen von Rechtsradikalen angepöbelt, attackiert und verprügelt. Mehrere BerlinerInnen wurden verletzt.

★ **Magdeburg** - Bei zwei Angriffen von Neonazis auf AfrikanerInnen wurden insgesamt vier Nazis →

Brandenburg

Nazi-CDs beschlagnahmt

BeZe,4.8. 98- Nachdem am 22.7.98 an der deutsch-polnischen Grenze zwei einschlägig bekannte Nazi-Skins aus Cottbus festgenommen wurden, weil sie 352 CDs mit rechtsradikalem Inhalt im Reserverad über die Grenze schmuggeln wollten, durchsuchte die Polizei am 31.7.98 18 Wohnungen von Neonazis in fünf Bundesländern. Es wurden Adressenlisten und Skinhead-Magazine sowie mehrere tausend Tonträger in Großverpackungen und dazugehörige leere Hüllen und Etiketten beschlagnahmt. Als Herkunftsland wird Polen vermutet, aber auch andere osteuropäische sowie skandinavische Länder werden nicht ausgeschlossen.

Antifa-Demo in Potsdam

ND, 29. 6. 98- Am 27.6.98 demonstrierten ca. 500 Antifas in Potsdam unter dem Motto *»Dem rechten Konsens entgegentreten! Für eine emanzipierte und antifaschistische Jugendkultur*!«. Unmittelbarer Anlaß für die Demo war die jahrelange städtische Förderung der Nazi-Band ***Proissenheads*** (siehe WGA#24), deren Sänger **Uwe Menzel** auch am Rand der Demo provozierte. Die Demonstration führte durch Potsdamer Außenbezirke, die als Nazi-Hochburgen bekannt sind. Daß sie hier keinen Widerspruch dulden wollen, machten etwa 100 Nazis deutllich, die sich in der Nähe der Abschlußkundgebung zusammenrotteten und sich Schlägereien mit der Polizei lieferten. Bei der Demo blieb es bis auf kleinere Auseinandersetzungen ruhig.

NPD und Kameraden

NIT-Preußen- Am 15.8.98 lud die ***NPD*** zu einem *»politischen Spaziergang»* durch Potsdam ein. So zogen ca. 20 NPDler unter Führung des NPD-Bezirksvorsitzenden **Thilo Kabus** durch die Stadt, um Flugblätter zu verteilen. Dies endete in der Einkesselung der Nazis durch Antifas. Bei der anschließenden Flucht wurde eine Gruppe Nazi-Skins von Antifas durch die Straßen gejagt. Von der NPD-Führung kam dazu der Kommentar, daß die Skins sich das aufgrund ihres Aussehens selbst zuzuschreiben hätten. Die NPD sollte wohl etwas freundlicher mit ihren Kameraden umgehen, denn als dann am Nachmittag **Andreas Storr** als Kandidat für die Wahl des Oberbürgermeisters von Potsdam aufgestellt werden sollte, waren von den 100 geladenen Personen gerade mal acht erschienen, von denen nur drei aus Potsdam waren. Da von den dreien nur einer bereit war, an Ort und Stelle der NPD beizutreten, um für Storr unterschreiben zu können, endete auch dieses Unternehmen in einem Fiasko.

Am Rande eines Infostandes der NPD in Strausberg wurden zwei 19jährige Jungnazis von vermummten Antifas angegriffen und verletzt. Für die NPD kandidierten **Thilo Kabus, Jörg Hähnel, Maik Hampel, Sven Issler** und **Reimar Leibner**. Am 25.9.98 demonstrierte die NPD in Schwedt. Wegen Hitlergruß und Totschläger wurden zwei Nazis verhaftet. 500 Schwedter demonstrierten gegen den Aufmarsch. Am selben Tag bildeten 1.000 BewohnerInnen von Frankfurt/O. eine Menschenkette um das Rathaus, um vor dem Einzug von Naziparteien zu warnen. 50 NPDler störten die Aktion mit Trommelschlägen und Zwischenrufen. Von einem Kino wurde ein Transparent mit der Aufschrift »*Wir kommen - NPD*« heruntergelassen. Antifas entfernten das fünf mal fünf Meter große Transparent.

BFB-Wahlfälschung

BeZe, 24.7/16.9. 98- Die Staatsanwaltschaft Neuruppin hat beim ***Bund Freier Bürger*** wegen des Verdachts der Fälschung von Unterschriften für die Zulassung zur Bundestagswahl zwei Listen mit 100 Unterschriften beschlagnahmt. Einer Mitarbeiterin des Ordnungsamtes waren beim Sichten der Unterschriften-Formblätter ähnliche Namenszüge aufgefallen. Eine Stichprobe ergab, daß sich von sieben Personen, die in der Liste der Partei auftauchten, nur eine daran habe erinnern können, unterschrieben zu haben.

Doch nicht nur mit Unterschriftenfälschungen macht der in Brandenburg 50 Mitglieder zählende BFB auf sich aufmerksam. Gegen den Bundestagskandidaten des BFB **Johannes Rey** ermittelt die Staatsanwaltschaft nach einer anonymen Anzeige wegen Nötigung. Er soll Rechnungen von Handwerksbetrieben nur unter der Bedingung beglichen haben, daß deren Mitarbeiter Unterschriften für seine Kandidatur leisten.

Nazikonzert

Presse - Zu schweren Auseinandersetzungen kam es am Abend des 5.9. 98 bei der Auflösung eines Naziskinkonzertes in Hirschfeld (Elbe-Elster). Ca. 200 Nazis, vornehmlich aus Brandenburg und Sachsen, hatten sich zu einem Konzert in einer Gaststätte versammelt und Naziparolen skandiert. 20 Polizisten wurden verletzt, 65 Nazis festgenommen.

Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Bremen, Meck-Pom, Hamburg, Schleswig-Holstein

Nazidemo für Bismarck

DRR, NIT - Am 8.8.98 nahmen über 100 Neonazis an einer Kundgebung unter dem Motto » *Bismarck - ein sozialer Nationalist*« zu Ehren Otto von Bismarcks 100. Todestag in Hamburg-Aumühle teil. Zu diesem Aufmarsch hatten die ***JN*** und die ***Freien Nationalisten*** aufgerufen. Am Aufmarsch nahmen dann u.a.



die Anti-Antifa-Aktivistin **Thekla Kosche**, der Naziaktivist **Sascha Bothe** aus Tostedt und die Freien Nationalisten um **Christian Worch** und **Thomas Wulff** (ex-***Nationale Liste, 1995 verboten)*** teil. **Michael Swierczek** (ex-Vizegeneralsekretär der ***FAP*** und Gründer der ***Nationalen Offensive***) hielt vor dem Bismarck-Turm die Abschlußrede. Die Polizei unterband zwei Gegendemonstrationen und entfernte eine von BürgerInnen angebrachte Verdeckung eines Gedenksteins des radikalen Antisemiten **Georg Schönerer**. Einige AnwohnerInnen hielten antifaschistische Transparente hoch, und vereinzelt kam es zu Angriffen von Antifas auf Nazidemonstranten.

REP plus DSU

Der REP, DESG-Inform, JF - Die ***REP***s wollen ihre Zusammenarbeit mit der ***Deutschen Sozialen Union (DSU)*** und der ***Demokratischen Erneuerung (DE)*** in Sachsen-Anhalt fortsetzen. Auch die Kontakte zum ***BFB*** sollen erweitert werden. Der DSU-Landeschef Dr. **Joachim Nothdurft** versicherte auf einem Treffen des Rep-LV am 28.7. 98 in Zerbst die weitere Bereitschaft seiner Partei zur intensiven Zusammenarbeit mit den ***Reps***. Neuer Landesvorsitzender der Reps wurde **Hermann Lehmann** (Stadtrat aus Zerbst). Zu seinen Stellvertretern wurden gewählt: Dr. **Ekkehard Birkholz** (Bundesvorsitzender der DE, Ex-Rep-Landeschef aus Frose), **Wilfried Naruhn** (Haldensleben) und **Ulrich Reinke** (Dessau). Eine gemeinsame Landesliste von Reps, DSU und DE unter dem Namen ***Arbeit für Sachsen-Anhalt*** scheiterte. In Magdeburg wollten Hermann Lehmann (REP), **Wolfgang Heim** (DSU), **Dieter Jeserich** (REP), und **Andreas Kaluza** (DSU) kandidieren.

Aktion gegen DVU

Antifas Bremen - Am 20.6.98 haben AntifaschistInnen am Bremer Hauptbahnhof versucht, eine Busfahrt von Nazis zu einer zentralen Sonnenwendfeier verschiedener ***DVU***-Landesverbände in Pölitz zu verhindern. Der Doppelstock-Bus war von der Bremer DVU bei der Firma ***von Rahden*** gemietet worden. Teilnehmer waren neben DVUlern auch ***NPD***ler, ***Hammer-Skins*** und ***Freie Nationalisten***. Als ca. 90 Antifas durch eine Blockade und eine Flugi-Aktion die Abfahrt des Nazi-Busses verhindern wollten, kam es zu einem schweren Unfall. Ein Reifen des Doppelstock-Busses explodierte und verletzte einen Antifaschisten so schwer, daß er an der Hand operiert werden mußte. Die Polizei nahm anschließend 21 Personen in der Umgebung des Hauptbahnhofes fest. Auch die Leute, die sich um den Verletzten kümmerten, wurden verhaftet. Der Bus mußte seine Fahrt abbrechen. Später wurden bei mehreren Streifenwagen und beim Auto des DVU-Landeschefs die Reifen abgestochen.

Aktionen gegen Kosche

JW, NIT, Thule - Am 13.6. 98 gab es in Bad Segeberg eine Antifa-Demo gegen die Anti-Antifa-Aktivistin und Betreiberin der Nazi-Mailbox ***Asgard BBS*** **Thekla Kosche**. An der Demo beteiligten sich etwa 150 Antifas. Störungsversuche von Thekla Kosche am Rande der Antifa-Demo wurden schnell beendet. Später schrieb Kosche im Thule-Netz: »*Die Antifa-Demo in Segeberg zeigt Wirkung: meinen Arbeitsplatz bin ich schon los. Obwohl man mich in Bad Segeberg gut kennt, weicht alles vor dem gewalttätigen roten Mob, der sich hier durch die Strassen trollte, zurück.*« Am 24.7.98 ging dann das Auto von Kosche in Flammen auf.

NPD in Magdeburg

Presse, AK Antifaschismus - Am 18.7.98 wurden etwa 60 ***NPD***ler in Magdeburg Neu-Olvenstedt verhaftet, die trotz Verbot einen Aufmarsch durchführen wollten. Die NPD wollte zunächst in Tangerhütte eine Demo unter dem Motto »*Widerstand gegen den Euro*« durchführen, die aber verboten wurde. Die Behörden verhängten außerdem im gesamten Regierungsbezirk ein NPD-Demonstrationsverbot. Die Nazis (u.a. **Christian Worch** und **Thekla Kosche**) landeten für eine Nacht in Polizeigewahrsam. Unterstützt wurde die ***NPD*** durch ***Freie Nationalisten, Freie Aktionsgruppen im Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Norddeutschland*** und die ***JN-Hamburg*** und ***Schleswig--Holstein***.

festgenommen. Mehrere Männer wurden durch Schläge der Nazis verletzt.

★ **Mühlhausen (Thüringen)** - Drei Nazis im Alter zwischen 16 und 20 Jahren schlugen einen 30jährigen Mann aus Aserbaidschan so schwer zusammen, daß er mit gebrochenem Ober- und Unterkiefer ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

★ **Halle** - Faschisten griffen MigrantInnen an.

★ **Saalfeld** - Ca. 20 Nazis griffen zwei Antifas an und verletzten diese unter den Augen von Polizisten schwer. Im nahegelegenem Kamsdorf wurden in einer Disco Leute von Nazis angegriffen und verletzt. Im selben Ort überfielen die Nazis noch eine Tankstelle.

23. Mai

★ **Sauerland** - Vier Nazis wurden festgenommen, nachdem sie zeltende Jugendliche angegriffen und mit Steinwürfen verletzt hatten.

★ **Weinheim (Ba-Wü)** - Etwa 30 mit Schlagstöcken bewaffnete Neonazis überfielen eine Privatparty im Jugendzentrum Café Central. Bei dem Anschlag wurden zahlreiche Café-Gäste zum Teil schwer verletzt. Zwei Nazis wurden festgenommen, ein Rädelsführer konnte festgehalten werden. Er kam in Untersuchungshaft.

★ **Saalfeld** - Im Stadteilzentrum Gorndorf sollte es ein Indie-Konzert geben. Nazis belagerten das Gelände, beschädigten die Einrichtung und das Bandauto. Die Band mußte fliehen, und das Zentrum wurde für offene Arbeit geschlossen.

★ **Märkisch Buchholz** - Nazis forderten eine 7. Klasse eines Gymnasiums auf, einen Deutsch-Brasilianer auszuliefern und versuchten anschließend, eine Jugendherberge zu stürmen.

★ **Berlin** – Zwei Nazis griffen an einer Badestelle in Köpenick eine türkische Familie mit Stein- und Flaschenwürfen, Tritten und Schlägen an und verletzten ein Familienmitglied.

★ **Berlin** – Eine Gruppe Nazis überfielen mehrere teils nichtdeutsche bzw. langhaarige Jugendliche am S-Bhf. Storkower Straße und verletzten einen Jugendlichen dabei.

25. Mai

★ **Rheinsberg** – Ein Jungnazi ging mit Faustschlägen und Tritten auf zwei Schüler ausländischer Herkunft los. Er wurde festgenommen. Weil gegen ihn noch andere Anzeigen liefen, wurde Untersuchungshaft angeordnet.

26. Mai

★ **Mörfelden (Hessen)** - Erneut versuchte der örtliche Kreisverband der Reps, seine Kreismitgliederversammlung durchzuführen - diesmal im Bürgerhaus. Nachdem es die REPs aufgrund antifaschistischer Proteste bereis Ende April nicht schafften, lehnte es diesmal die Stadt ab, ihnen Räume zur Verfügung zu stellen. Vor dem Bürgerhaus fanden sich trotzdem über 150 AntifaschistInnen ein, um gegen sie zu demonstrieren.

→

23. Mai

★ **Coburg** - Bei einer Auseinandersetzung zwischen 20 türkischen Personen und Nazis wurde ein 15jähriger Nazi verletzt. Kurze Zeit später versuchten die Nazis, ein türkisches Lokal zu stürmen.

2. Juni

★ **Fürstenwalde** - Nazis verübten einen Anschlag auf das Mahnmal zur Erinnerung an die Häftlinge des NS-Arbeitslagers »Fuchsbau/Bad Sarow«. Die Täter verwüsteten die Gedenkstätte, rissen eine im Zentrum stehende Messingplatte um und schmierten faschistische Parolen, darunter ein Hakenkreuz, »Juden Raus« und SS-Runen.

3. Juni

★ **Freiberg** – Es gab einen Brandanschlag auf das AZ Barrikade. In den Tagen zuvor und danach gab es vermehrt Überfälle auf Linke.

★ **Frankfurt/Oder** – Ein polnischer Student wurde von zwei Nazis attackiert und von deren Hund gebissen.

4. Juni

★ **Leipzig** – Nazis warfen nachts eine NVA-Nebelgranate in ein von Linken bewohntes Haus. Sie flohen mit einem Auto.

★ **Kamenz** – Nazis warfen sechs Brandsätze gegen ein Flüchtlingsheim. Drei Täter gestanden, darunter ein JN-Mitglied.

6./7. Juni

★ **Lambsheim** – Nach einem verbalen Streit mit Nazis wurden mehrere Angler von 10 Nazis überfallen und drei von ihnen verletzt.

★ **Kröges bei Meißen** – Ca. 20 Nazis überfielen ein christliches Jugendlager und verletzten 3 Personen.

★ **Bedburg-Hau/NRW** – Ein Nazi legte Feuer in einer Flüchtlingsunterkunft.

★ **Anklam** – Eine Gruppe von 20 Nazis griff mehrere Afrikaner an und verletzte zwei schwer.

9. Juni

★**Fürstenwalde** – Mehrere deutsche Jugendliche schlugen einen Jugoslawen zusammen.

★ **Bodenfelde** – In dem niedersächsischen Ort verwüsteten unbekannte Nazis einen jüdischen Friedhof.

12. Juni

★ **Leipzig** – Es gab einen versuchten Brandanschlag auf eine Wagenburg.

★ **Freiberg** – Zwei Besucherinnen des AZ Barrikade wurden auf dem nächtlichen Heimweg von Nazis angegriffen, die ihnen im Gebüsch aufgelauert hatten.

13. Juni

★ **Ehrenberg** – Der sächsische NPD-Parteitag fand im Gasthof »Am Mühlberg« statt. 80 Antifas führten eine Gegendemo durch.

★ **Sandersdorf** – 200 Antifas demonstrierten gegen den DVU-Landeschef Helmut Wolf.

★ **Leubnitz** – 5 Nazis überfielen eine Gruppe Afghanen. Ein Nazi wurde an beiden Händen verletzt, da →

NRW, Rheinland-Pfalz, Hessen, Saarland

Saarlouis

Antifa Saar-AG - Am 26.6.98 fand vor dem Amtsgericht Saarlouis ein Prozeß gegen sieben saarländische Neonazis statt, die am Rande einer Antifa-Veranstaltung Ärger gemacht hatten und gegen Platzverweise der Polizei verstießen. Die Nazis hatten nach der Veranstaltung Antifas angegriffen. Bei der darauf folgenden Auseinandersetzung wurde der Neunkirchener Nazi-Hool **Pulvermüller** schwer verletzt. Die Polizei stürmte daraufhin den Infoladen und verhaftete anwesende Antifas. Angeklagt waren die Nazis **Dominique Jerome Bacquez** (20) aus Spießen-Elversberg, der 18jährige **Marco Schwickert (Kiki)** aus Saarlouis, der JN-Beauftragte **Uli Peter Diehl** (23) aus Heusweiler-Wahlschied, der Anführer der ***Kameradschaft Horst Wessel Saarlautern*** **Peter Strumpler** (29) aus Saarlouis, **Heiko Georg Theobald** (21) aus Saarlouis und **Markus Karl-Heinz Mang** (32) aus Wadgassen. Wegen fehlender Zeugen wurde der Prozeß vertagt.

Nach der Verhandlung kam es vor dem Gericht zu Auseinandersetzungen zwischen Antifas und Nazis, bei denen der Nazi-Skin **Mark Alexander Martin** verletzt worden sein soll. Am 17.8.98 überreichten VertreterInnen des ***Bündnis gegen Rechts*** dem Bürgermeister einen Eimer mit weißer Farbe. Damit sollte auf die Duldung faschistischer Machenschaften in Saarlouis aufmerksam gemacht werden. So wurde bereits im Mai ein Pavillon im Saarlouiser Ludwigspark (Treffpunkt der Nazi-Szene) von Nazis schwarz-weiß-rot angestrichen. Bis heute hat sich daran nichts geändert.

Nach dieser Aktion wurden VertreterInnen des Bündnisses von mehreren Faschisten (u.a. Peter Strumpler und Markus Karl-Heinz Mang) angegriffen und fotografiert. Verletzt wurde niemand. Am 26.8.98 überfielen ca. 25 Nazis unter der Führung von Peter Strumpler 15 linke Jugendliche und verletzten sie teilweise schwer.

Nazi-Skin-Treffen

DRR - Auch dieses Jahr fand am letzten Juli-Wochenende wieder ein Nazi-Skin-Treffenunter dem Motto *»Froide durch Alkohol«* in Offenbach statt. Etwa 100 Nazi-Skins versammelten sich auf einem abgelegenem Grillplatz, um sich zu besaufen und ***NPD***-Flugis zu verbreiten. Konzerte wie z.B. mit ***Brutal Attack*** gab es dieses Jahr nicht. Organisiert wurde das Ganze dieses Jahr von den Nazi-Skins **Andreas Reuhl** und **Stefan Werth**. In den letzten Jahren wurde dieses Fest von **Michael (Mike) Hansen** und **Lars Schulz** (beide Brutal Attack-Security) organisiert. Die beiden betreiben den Plattenladen ***CD-Room*** in Offenbach-Bieber, den ***Skrewdriver Service Deutschland*** und das Nazi-Skin-Szine ***Appelwoi-Express***. Mike Hansen soll mittlerweile nach Frankfurt/M. gezogen und dort bei dem *Böhse Onkelz*-Frontmann **Kevin Russel** untergekommen sein.

REPS

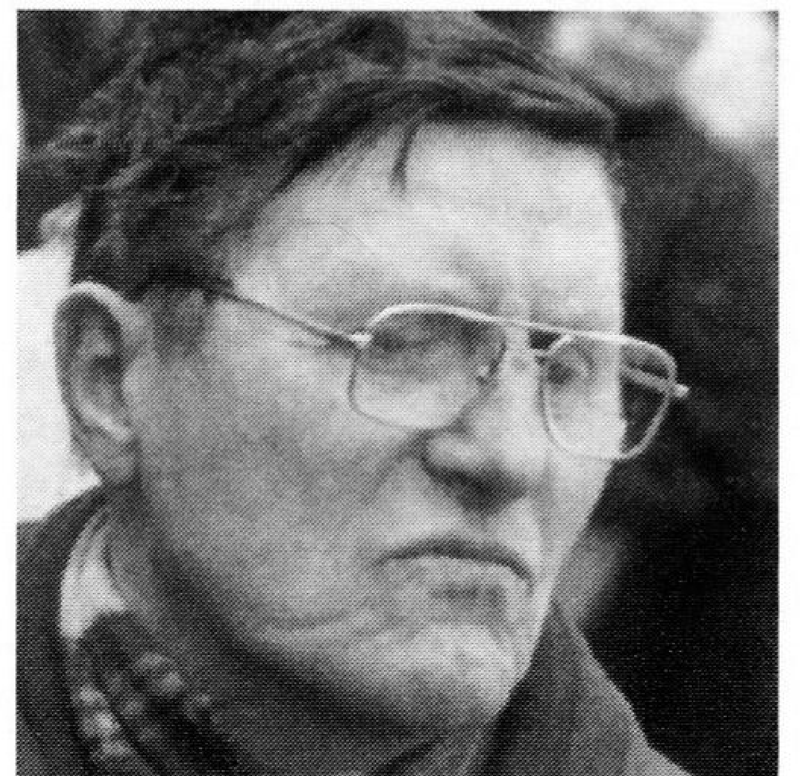
Der REP, JF - Der Vorsitzende des REP-LV Hessen **Haymo Hoch** darf weiter Regierungsdirektor bleiben. Ein Gericht erklärte: *»Die vorläufige Dienstenthebung war rechtswidrig«*. In Wiesbaden stellten die Reps mit **Marl Olaf Enderes**, **Peter Schadt** und **Hermann Höhn** drei Direktkandidaten auf. In Düsseldorf kandidierten **Andre Maniera** (26) und **Frank Heise** (35). Wahlkreiskandidat wurde der 66jährige **Walter Armann**.

Am 16.8.98 fand im Kolpinghaus in Herne-Wanne (Kolpingstr. 23) eine Rep-Veranstaltung mit **Rolf Schlierer**, **Hans Hirzel** und **Uschi Winkelsett** statt. Den Reps **Ralf Bargenda** (Waldeck-Frankenberg) und **Bernd Ulrich Peter** (Dillenburg) wurde das ehrenamtliche Richteramt am hessischen Verwaltungsgerichtshof verweigert. Rep-Wahlkampfveranstaltungen fanden auch Anfang Juli in der Veranstaltungshalle von Bad Soden/Allendorf mit ***Gitta*** und **Siegfried Schülbe** und am 27.8.98 im Bürgerhaus von Wiesbaden-Biebrich mit Enderes und Hirzel statt. In Burg bei Herborn machte **Markus Rompf** Panik vor dem Islam, der Dillenburg einnehme.

NPD

DS - Bei einer Sitzung der Gemeindevertretung in Ehringhausen provozierte der ***NPD***-Abgeordnete **Alfred Zutt** so lange, bis er von der Polizei rausgeworfen wurde. Im Rahmen der Razzia gegen die ***JN*** (s. Süd) wurde auch die NPD-Geschäftsstelle in Wattenscheid und Wohnungen in Bochum und Oberhausen durchsucht.

Zu mutmaßen ist, daß in Bochum der NPD-Funktionär **Wolfgang Hennig** und Ehefrau **Claudia** gerazzt wurden. Hennig erstellt die Internetseiten der NPD. Der JNler **Claus Crämer** ist Ordner bei Wattenscheid 09.



Alfred Zutt

sich einer der Angegriffenen mit seinem Küchenmesser verteidigte.
★ **Freiberg** – Wegen der Überfälle in den Tagen zuvor gab es eine Antifa-Kundgebung mit 70 Leuten.
★ **Lüneburg** – 65 sog. Freie Nationalisten marschierten im Namen einer Arbeitsloseninitiative.

14. Juni
★ **Flöha** – Es gab einen Brandanschlag auf ein Aussiedler-Wohnheim. Die BewohnerInnen konnten den Brand löschen. Ein Nazi wurde verhaftet und wieder freigelassen, nachdem er die Aussage verweigerte.
★ **Anklam** – Nach einer NPD-Demo griffen Antifas Nazis an und verletzten einige.

15. Juni
★ **Fürstenwalde** – Ein Inder wurde von zwei Deutschen angegriffen und verletzt.

16. Juni
★ **Herne** – Gegen eine geplante großangelegte Plakatieraktion der REPs rief ein breites Bündnis zu einer Kundgebung auf.

19. Juni
★ **Leipzig-Reudnitz** – Ein Antifa wurde von sechs Nazis angegriffen und schwer verletzt.
★ **Berlin** – Drei Jungnazis erfreuten sich daran, einem 11jährigen in einem Erholungspark ein Hakenkreuz aufzumalen und ein Feuerzeug an die Hand zu halten.

20. Juni
★ **Leipzig-Markleeberg** – Zeltende Nazis, die Punks belästigten, wurden von Antifas angegriffen und verjagt.
★ **Haldensleben** – 10 Nazis überfielen eine Kneipe und versuchten, den Wirt aufzuhängen.
★ **Detmold** – Am Rande einer Sonnenwendfeier randalierten sächsische Nazis, zerkloppten Autos und griffen Ausländer an. 26 wurden festgenommen.
★ **Bad Dürrheim** – Auf einen PDS-Kandidaten wurde ein Nazi-Überfall verübt. Der bekannte Antifaschist wurde schwer verletzt. Im Vorfeld kam es zu Drohungen durch den »Nationalen Widerstand«.
★ **Schmalkalden/Thüringen** – 5 Nazis überfielen zwei Linke und prügelten diese krankenhausreif.
★ **Oibesfelde/Sachsen Anhalt** – Ca. 10 Nazis überfielen eine Gartenparty und verletzten fünf linke Besucherinnen schwer.
★ **Cottbus** – Drei Jungnazis überfielen einen Kurden auf seinem Schulhof, dieser setzte sich zur Wehr und verletzte einen der drei Angreifer.

21. Juni
★ **Rheinsberg** – Anti-Atom- und Antifagruppen demonstrierten gemeinsam gegen örtliche Nazis. Zuvor hatten Nazis bei einem der regelmäßig stattfindenden Sonntagsspaziergänge gegen den geplanten Castor-Transport nach Rheinsberg die DemoteilnehmerInnen fotografiert und mit Transpis wie »Chaoten raus« und »Freie Fahrt dem Castor« provoziert.

22. Juni
★ **Blankenfelde** – Ein Farbiger wurde von vier Nazis angegriffen und verletzt.

25. Juni
★ **Berlin-Marzahn** – Ein vietnamesischer Bahnhofsreiniger wurde von drei Nazis zusammengeschlagen und auf die Gleise geworfen. Er entkam nur knapp einer S-Bahn. Er erlitt eine Gehirnerschütterung, mehrere Prellungen und Platzwunden.

26. Juni
★ **Leipzig-Plagwitz** – Zehn bis fünfzehn Nazis griffen das alternative Wohnprojekt »Plaque« an. Sie stürmten eine Wohnung, die Bewohner konnten sich in einer benachbarten Wohnung verbarrikadieren. Die Nazis zerschlugen Computer, Anlage Türen, Fenster und andere Einrichtungsgegenstände. Nach dem Angriff flüchteten sie in die bekannte Nazikneipe »Zur Wilden Sau«. Zivilpolizisten, die während des ca. 10minütigen Angriffs das Geschehen aus einem Auto beobachteten, griffen nicht ein.

27. Juni
★ **Pausitz (nähe Leipzig)** – Antifas griffen den Schleusungspunkt für das Pressefest des »Europa-Vorn«-Verlages (siehe Artikel im AIB) an. Mindestens zwei Nazikader wurden verletzt und etliche ihrer Autos beschädigt. Später sammelten sich ca. 100 Nazis an einer Tanke und fuhren im Konvoi zu der Veranstaltung nach Dresden.
★ **Brandenburg** – Vier Nazis überfielen zwei 18- und 19jährige beim Zelten und verletzten sie.
★ **Schwarzenberg** – Nachdem zwei Antifas von Nazis angepöbelt worden waren und daraufhin Antifas acht Nazis in einen See befördert hatten, überfielen 20 Nazis den »Bunker« im Neubaugebiet Schwarzenberg-Heide und verletzten sieben Menschen schwer. In der gleichen Nacht überfielen ca. 20 Nazihools die Disco »Tandem« und schlugen zehn Menschen mit Baseballschlägern zusammen. Auch in der Umgebung Schwarzenbergs gab es in der Nacht Schlägereien mit Nazis.
★ **Anklam** – Ein Asylbewerber wurde von sechs Jugendlichen angegriffen und mit einem Messer verletzt.
★ **Saal/Meck.Pomm.** – Ein Algerier wurde von 50 Jungnazis beleidigt und anschließend auf dem Heimweg von sechs Nazis krankenhausreif geschlagen.

29. Juni
★ **Schwarzenberg** – Auf dem Busbahnhof wurde ein 25jähriger Türke von vier Nazis aus dem Bus gezerrt und verprügelt. Er kam mit Kopfverletzungen und Prellungen ins Krankenhaus.

Ende Juni
★ **Berlin** – Mehrere Antifas griffen zwei DVU-Wahlhelfer an, die DVU-Propaganda in Briefkästen steckten.

1. Juli
★ **Frankfurt/O.** – Zwei Dutzend NPDler um Jörg Hähnel störten das zweite Treffen der »Plattform gegen Rechts« im Frankfurter Rathaus.

3. Juli
★ **Wismar** – Ein NPD-Infostand wurde von autonomen Antifas angegriffen. Das Auto von JN-Chef Holger Apfel und seinem Bruder wurde beschädigt, die beiden wurden leicht verletzt. Auch das Auto des Nazibarden Frank Rennicke wurde angegriffen.

4. Juli
★ **Freiberg** – Gegen 3 Uhr morgens versuchten erneut Nazis, das AZ Barrikade, ein linkes Jugendzentrum, anzuzünden, was jedoch an einer Stahltür scheiterte.
★ **Altrip (Rheinpfalz)** – Auf einem Fischerfest griffen Naziskins und -hools Polizisten an. Mehrere wurden festgenommen.
★ **Zittau** – Unter starkem Polizeischutz demonstrierten ca. 200 NPDler. Einen Tag später beteiligten sich ca. 300 Personen an einer antifaschistischen Demonstration.

6. Juli
★ **Dieuze (Lothringen)** – Unbekannte Nazis warfen auf dem jüdischen Friedhof etwa 60 Grabsteine um.

8. Juli
★ **Rheinsberg** – Ein 18jähriger Nazi schlug den Leiter der Tucholsky-Gedenkstätte krankenhausreif. Zuvor hatte er zwei Berliner rassistisch beschimpt und einen von ihnen geschlagen. Der Nazi wurde festgenommen.

11. Juli
★ **Villingen-Schwenningen** – Hier gab es eine Antifa-Demo wegen des Nazi-Überfalls auf ein PDS-Mitglied in Bad Dürrheim am 20. Juni.
★ **Lauchhammer** – Zwei jugendliche Faschisten schlugen einen Obdachlosen mit einem Baseballschläger zusammen.

14. Juli
★ **Usedom** – Sechs Nazis griffen Camper an und verletzten zwei Berliner Jugendliche schwer. Einer der Festgenommenen trug einen Hakenkreuzanstecker mit NSDAP-Schriftzug.

15. Juli
★ **Schönwalde** – Nazis verübten einen Brandanschlag auf ein Restaurant, das einem Mann ägyptischer Abstammung gehört.

18. Juli
★ **Altenburg** – Zwei deutsche Jugendliche verletzten einen russischen Musiker mit Schnitt- und Stichverletzungen im Gesicht und Oberkörper so schwer, daß er notoperiert werden mußte. Die 16- und 18jährigen Nazis wurden festgenommen.
★ **Potsdam** - Ein Dutzend Nazis versuchte gegen Linke vorzugehen, die die militaristische Wachparade der sog. »Langen Kerls« störten, vereinzelt kam es zu Übergriffen und namentlichen Bedrohungen.

★ **Magdeburg** – 118 NPDler wurden vorläufig in Gewahrsam genommen, nachdem ein NPD-Treffen in Tangerhütte verboten wurde und sie statt dessen nach Neu-Olvenstedt zogen.

19. Juli
★ **Templin** – Zehn deutsche Jugendliche griffen fünf Rußlanddeutsche an und verletzten sie.

20. Juli
★ **Berlin** – Ein Franzose wurde in einem Bus von etwa zehn Nazis geschlagen und als »Kanake« beschimpft.

22. Juli
★ **Usedom** – Auf einer Wahlkampfveranstaltung von Helmut Kohl wurden zwei Nazis festgenommen, die NPD-Flugblätter in die Menge warfen.

24. Juli
★ **Bad Honnef** – Nazis überfielen jugendliche Camper an einem See. Sie hatten zuvor Nazilieder gesungen. Sie verletzten einen Mann, gaben zwei Schüsse ab und verwüsteten das Zeltlager.

25./26. Juli
★ **Buchenwald** – Nazis schändeten ein Denkmal in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald. Sie versuchten, aus einer Plastik befreiter KZ-Häftlinge das Bein eines Kindes abzusägen.
★ **Johanngeorgenstadt** – 15 Nazis griffen eine Gruppe von 30 Berliner StudentInnen auf einem Volksfest an. Zuschauer ignorierten die Hilferufe der Opfer. Mindestens sechs StudentInnen erlitten Kopf- und Gesichtsverletzungen und teils komplizierte Knochenbrüche.

28. Juli
★ **Bernau** – Vier Deutsche überfielen einen 53jährigen Gambier, beschimpften ihn als »Nigger« und prügelten ihn krankenhausreif. Er kam mit beidseitiger Nierenprellung und Verdacht auf innere Blutungen ins Krankenhaus. Anschließend überfielen sie einen Deutschen, den sie für einen Russen hielten. Er mußte mit Kopfplatzwunden, Schädelprellung und einem Kapselanriß ins Krankenhaus. Die vier Nazis wurden festgenommen,und es wurden Haftbefehle beantragt.

30. Juli
★ **Rathenow** – 30 Deutsche verprügelten einen 19jährigen Aussiedler aus Kasachstan. Er wurde mit schweren Kopfverletzungen und Blutergüssen am ganzen Körper ins Krankenhaus geliefert. Drei Nazis wurden vorübergehend festgenommen.

1. August
★ **Widach bei Coburg** – Der Nazi-Kader Peter Dehoust (Nation & Europa) führte in der Gaststätte »Zum kühlen Trunk« eine Veranstaltung zu Bismarcks Todestag durch. Antifas führten gegen die Gaststätte einen Buttersäureanschlag durch. Der «Kühle Trunk« ist auch sonst ein Treffpunkt von Naziskins.



★ **Weferlingen** – An diesem Wochenende überfielen neun Nazi-Skins einen Döner-Stand und verletzten den türkischen Betreiber.

2. August

★ **Bernau** – Unbekannte Nazis schändeten ein Denkmal für die Opfer des Faschismus. Sie verbogen eine Opferschale und rissen zwei Füße aus dem Sockel. Die Polizei fand »keinen Hinweis auf ein politisches Motiv«.

4. August

★ **Berlin** – Antifas warfen laut NIT bei einem Kameradschaftsnazi die Scheiben ein.

★ **Wismar** – Am Rande einer NPD-Wahlkampfveranstaltung griffen Antifas NPDler an ihrem Auto an und verletzten zwei von ihnen, darunter den JN-Chef Holger Apfel und den Dortmunder JN-Kader Sven Schwertfeger. Es wurden mehrere Naziautos beschädigt.

7. August

★ **Berlin-Kaulsdorf** – Drei WahlhelferInnen der Grünen wurden von einem Nazi bedroht, der zudem den Infotisch zerschlug.

8. August

★ **Strausberg** – Autonome Antifas störten eine Wahlkampfveranstaltung der NPD. Die Nazis machten einen Infostand und verteilten Flugblätter. Zwei 19jährige Nazis, die gerade NPD-Flyer an Autos steckten, wurden von Antifas verprügelt.

★ **Aumühle** – Am Rande einer Nazidemo von NPD und freien Nationalisten wurden Nazis von Antifas angegriffen.

10. August

★ **Schwerin** – Das Vorstandsmitglied der DVU Mecklenburg-Vorpommern Manfred Dumm leitete ein Parteiausschlußverfahren gegen Gerhard Frey wegen »parteischädigenden Verhaltens« ein. Die DVU vermutete, Dumms Antrag solle dazu dienen, den DVU-Wahlkampf in Meck-Pomm »in fremdem Interesse« zu behindern.

11. August

★ **Gudow** – Nazis zündeten zwei Autos einer Gruppe geistig Behinderter an. Die Feuerwehr konnte ein Übergreifen des Brandes auf ein Ferienheim verhindern. In einem anonymen Anruf bekannten sich Nazis zu dem Anschlag.

15. August

★ **Saarlouis** – Antifas legten einen Wagen mit dem Kennzeichen SÜW-Y 237 tiefer, mit dem Nazis zu den dortigen Aktionen anläßlich des Rudolf-Hess-Todestages gereist waren.

★ Fürstenwalde – Zwei Naziskins, die einen Kubaner beschimpft hatten, griffen zwei sie verfolgende PolizistInnen an und schlugen sie krankenhausreif.

Der Polizist gab einen Warnschuß ab. Die beiden Nazis sowie die anderen rassistischen Pöbler wurden festgenommen.

22. August

★ **Neustrelitz** – An diesem Wochenende verunglückte der Nazi-Kader Ronny Klein aus Neustrelitz tödlich. Er war Kader der Unabhängigen Nationalen Bewegung und Chef des Unabhängigen Freundeskreises.

★ **Dedelow (Uckermark)** – Nazis überfielen auf einem Dorffest einen Italiener und traten ihm mit Stahlkappenschuhen gegen den Kopf. Er erlitt mehrere Schädelbrüche. Gegen den 19jährigen Hauptverdächtigen wurde Haftbefehl wegen versuchten Mordes erlassen.

23. August

★ **Gotha/Thüringen** – Ca. 60 Nazis demonstrierten, um dem Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess zu gedenken.

★ **Gera** – Ca. 25 Nazis sammelten sich aus demselben Grund, marschierten aber nicht.

★ **Rathenow** – 50 - 100 Nazis machten auch eine Demo für ihren Rudi.

28. August

★ **Berlin** – Nachdem er in der U-Bahn auf seine Nazitätowierung angesprochen wurde, schlug ein Naziskinhead einem Türken einen Feldspaten auf den Kopf, so daß er einen Schädelbasisbruch erlitt.

27. August

★ **Bernau** – Drei Nazis rissen einen Vietnamesen zu Boden und schlugen ihn mit einem Kantholz auf den Kopf. Er mußte mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus gebracht werden.

29.August

★ **Dresden** – 15 Antifas griffen eine Veranstaltung des BFB an. Drei BFBler und ein Polizist wurden verletzt. Zwei Personen wurden verhaftet.

★ **Verden** – Die NPD/JN hatte eine Kundgebung angemeldet. Den Kundgebungsplatz hatten jedoch rund 60 Antifas zuvor besetzt, so daß sich ganze 13 Nazis unter der Führung von Achim Ezer und unter Polizeischutzschutz in einer Ecke des Platzes sammelten. Ezers durch ein Megaphon gehaltene Reden waren aufgrund des lautstarken Protests nicht zu verstehen. Im Anschluß an die Kundgebung wurde Ezer von Antifas aus seinem Auto gezerrt und verprügelt. Auch ein anderes Naziauto wurde durch Steinwürfe beschädigt.

1. September

★ **Halle** – Zehn deutsche Jugendliche verfolgten einen 31jährigen Mosambikaner, schlugen ihn mit einem Baseballschläger zusammen und verletzten ihn mit einem Messer am Auge. Mehrere Passanten schauten zu und griffen nicht ein, obwohl der Mann sie mehrmals um Hilfe bat. Er wird möglicherweise auf einem Auge blind bleiben.

5. September

★ **Berlin-Hellersdorf** – Einige hundert Antifas demonstrierten gegen die Präsenz von Faschisten im Stadtteil. Provozierende Nazis wurden in ihre Schranken gewiesen.

6. September

★ **Berlin** – Gegen den »Tag der Heimat« des BdV fand eine Kundgebung statt.

★ **Magdeburg** – Vier Nazis griffen einen Jemeniter an, der aber fliehen konnte.

8. September

★ **Eisenhüttenstadt** – Auf einem Schulhof gab es eine Massenschlägerei zwischen Nazis und Antifas. 14 Schüler wurden festgenommen.

9. September

★ **Eisenhüttenstadt** – Nach der Massenschlägerei am Vortag wurden heute 30 Nazis und Antifas vor der 1. Gesamtschule Platzverweise erteilt.

11. September

★ **Berlin-Treptow** – 20 Nazis griffen einen Junge-Union-Infostand an, wobei sie einen linken Jugendlichen und einen JUler verletzten, obwohl gerade die JU Treptow ein Tummelplatz für Rechte ist.

★ **Jüterbog** – Eine Gruppe junger Deutscher jagte drei Vietnamesen und verletzte einen von ihnen. Zwei der Täter wurden vernommen und wieder auf freien Fuß gesetzt.

12. September

★ **München** – Rund 400 AntifaschistInnen demonstrierten gegen den rassistischen Wahlkampf und zogen zur CSU-Zentrale.

15. September

★ **Mecklenburg** – Es wurde bekannt, daß eine PDS-Kreistagsabgeordnete private Räume an die NPD vermietet hat.

19. September

★ **Magdeburg** – Ein Türke wurde an einer Tramhaltestelle von mehreren Deutschen zusammengeschlagen.

20. September

★ **Schwerin** – Ein Afrikaner und seine beiden kleinen Kinder wurden von Nazis mit einer Gaspistole beschossen und verletzt. Ein 19jähriger Täter wurde festgenommen.

Termine Herbst/Winter '98

24. bis 26.Oktober

Der Heidenkreis Hamburg e.V. plant zusammen mit einer heidnischen Gruppe aus Schwerin ein Erlebniswochenende zum Thema Runen im Tagungshaus Hohen-Woost in der Nähe von Dömitz. Kleinere Exkursionen zu heidnischen Kultplätzen der Umgebung sollen das Programm abrunden.

30.Oktober

19.00 Uhr Rep-Veranstaltung mit Pastor Hans-Joachim Brühe (BdV-Landesvorstand): »Christentum und Islam - eine vergleichende Darstellung« im Rathaus Berlin-Tempelhof.

7. November

Antifaschistische Demonstration anläßlich des 60. Jahrestages der Reichspogromnacht in Erfurt. Ab 10.00 Uhr, Hauptbahnhof. Um 12.00 Uhr findet im Haus der Gewerkschaften der 10. Antifaschistische Ratschlag statt.

20. November

19.00 Uhr, Rep-Veranstaltung mit Michael Thiergart »Der Niedergang der Bauwirtschaft und die Arbeitslosigkeit in Berlin« im Rathaus Berlin-Tempelhof.

21./22. November

Antifaaktionen gegen den Bundesparteitag der REPs in Witzenhausen/Unterrieden.

27. bis 30. November

Mini-Wochenend-Kongreß der Deutschen Konservativen im Hotel FREUND in Oberorke. Am 27.11.'98 17.00 Uhr Hauptbahnhof Kassel-Wilhelmshöhe Busse zum Hotel. Dann Vorträge des Ultra-Rechten Joachim Siegerist, des Pfarrers Winfried Pietrek (Christliche Mitte), , des RA Klaus Kunze (DESG-Referent, RFS, Ostpreußenblatt), Heinrich Lummer, des ehem. Generalkonsuls Carl-Hans Bütow und des BFBlers Bruno Bandulet (Deutschland-Brief).

27. November

Antifaschistische Blockade der IG Farben-Aktionärsversammlung in Frankfurt/Main.

Über ein halbes Jahr lang bewachten ANDREAS ROSSIAR, KARIN BÄCHTLE und weitere führende Neonazis aus Südwestdeutschland als Angestellte eines Sicherheitsdienstes das soziokulturelle Zentrum »Sudhaus« in Tübingen. Nachdem es im Sudhaus des öfteren zu Konfrontationen mit der Rockerclique »Bones« gekommen war, hatten die Verantwortlichen die Security-Firma TITAN aus Balingen engagiert. Als bekannt wurde, daß es sich bei den mit Schlagringen, Schreckschußwaffen, schußsicheren Westen und Teleskopschlagstöcken ausgerüsteten Security-Leuten um Neonazis handelt, wurden endlich auch die Berichte über rassistische Übergriffe im Kassenbereich ernst genommen und dem Sicherheitsdienst der Vertrag gekündigt. Das Einsatzgebiet des Sicherheitsdienstes Titan erstreckt sich neben mehreren Discos in Reutlingen über die Schwäbische Alb bis hin zum Schwarzwald.

Führende Köpfe der 1993 verbotenen HVD schützten soziokulturelles Zentrum

Nazi-Kader unterwandern süddeutschen Sicherheitsdienst

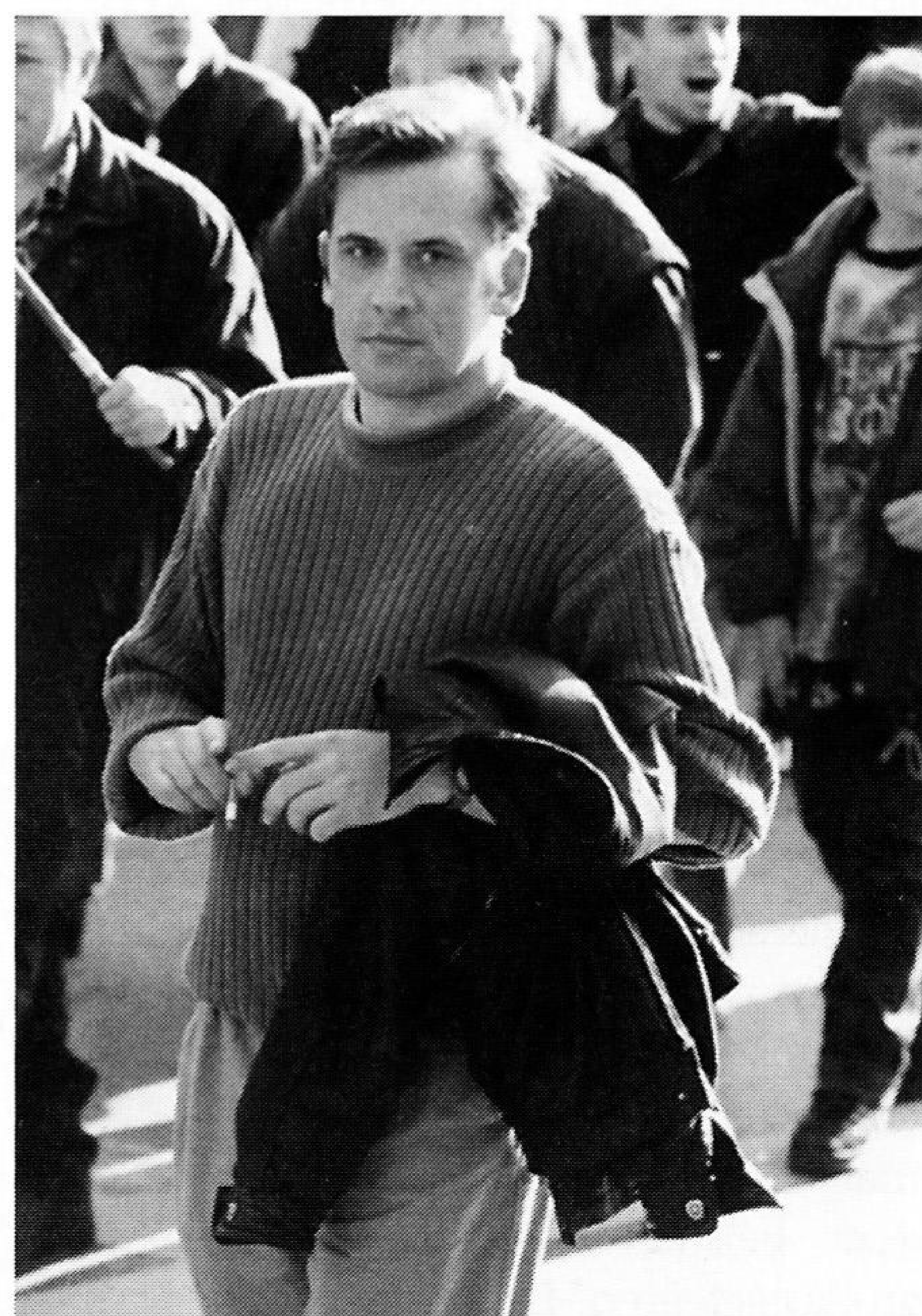
Andreas Rossiar gehört zum härteren Kaliber in der Neonazi-Szene. Seine weitgehend konspirativ agierende HEIMATTREUE VEREINIGUNG DEUTSCHLANDS (HVD), die zeitweise etwa 100 Mitglieder hatte, war bekannt für paramilitärisches Training und Wehrsport, ihr Schwerpunkt lag auf der Kaderschulung. Auch nach dem Verbot der Neonazi-Gruppierung durch das baden-württembergische Innenministerium im Herbst 1993 verkündete HVD-Chef Rossiar in der Öffentlichkeit: »*Mit Sicherheit werden sich Teile des rechten Lagers überlegen, ob sie nicht in den Untergrund gehen und Gewaltakte verüben.*«[1]

Ende 1994 meldete sich der Neonazi dann via Fernsehen aus Spanien anläßlich des Todestages von Diktator FRANCO in Uniform und mit Hitlergruß wieder. Daß er währenddessen beim »*Stuttgarter Bewegungsprozess*« beteuert hatte, mit der Neonaziszene nichts mehr zu tun zu haben, schien Rossiar dabei nicht weiter zu stören. Damals saß er monatelang wegen der Fortführung der 1982 verbotenen AKTIONSFRONT NATIONALER SOZIALISTEN/NATIONALE AKTIVISTEN (ANS/NA) in Form des KOMITEES ZUR VORBEREITUNG DER FEIERLICHKEITEN DES 100. GEBURTSTAGS ADOLF HITLERS (KAH) vor dem Stuttgarter Landgericht auf der Anklagebank. Er kam mit einer siebenmonatigen Bewährungsstrafe davon.

Am 1. März 1997 war Rossiar in München beim Aufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung anwesend, wo auch der FREIHEITLICHE VOLKSBLOCK (FVB), der als Nachfolgeorganisation der HVD gehandelt wird, seinen ersten großen Auftritt hatte. Zwar trat Rossiar nie direkt im Zusammenhang mit dem FVB in Erscheinung, in einem Flugblatt von Neonazis zum FVB heißt es dazu aber: »*Die ehem. führenden HVD-Köpfe übten nach außen hin keinen Einfluß auf diese Neugründung* [des FVB, d.Red.] *aus, um ein Verbot wegen evtl. HVD-Nachfolge zu umgehen.*«[2]

Mittlerweile drängt sich der Verdacht auf, daß Andreas Rossiar bei der Sicherheitsfirma Titan nicht nur angestellt ist, sondern in seiner Funktion als Koordinator auch auf die verbliebene Infrastruktur der Neonazi-Gruppierung HVD zurückgreift. Ihre Mitglieder überfielen Flüchtlingsheime, schändeten jüdische Friedhöfe und machten nachts Jagd auf AusländerInnen:[3] Für den Sicherheitsdienst sollen Leute aus Heidenheim, Ulm, Nürnberg und Göppingen angeworben werden – exakt die Städte, in denen die HVD früher ihre Stützpunkte hatte und der FVB heute aktiv ist. Angeblich plant Titan auch, eine Zweigstelle in Halle zu eröffnen, wo der FVB neben Südwestdeutschland ebenfalls über Aktivisten verfügt.

Andreas Rossiar beim NPD-Aufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung am 1. März vergangenen Jahres in München.

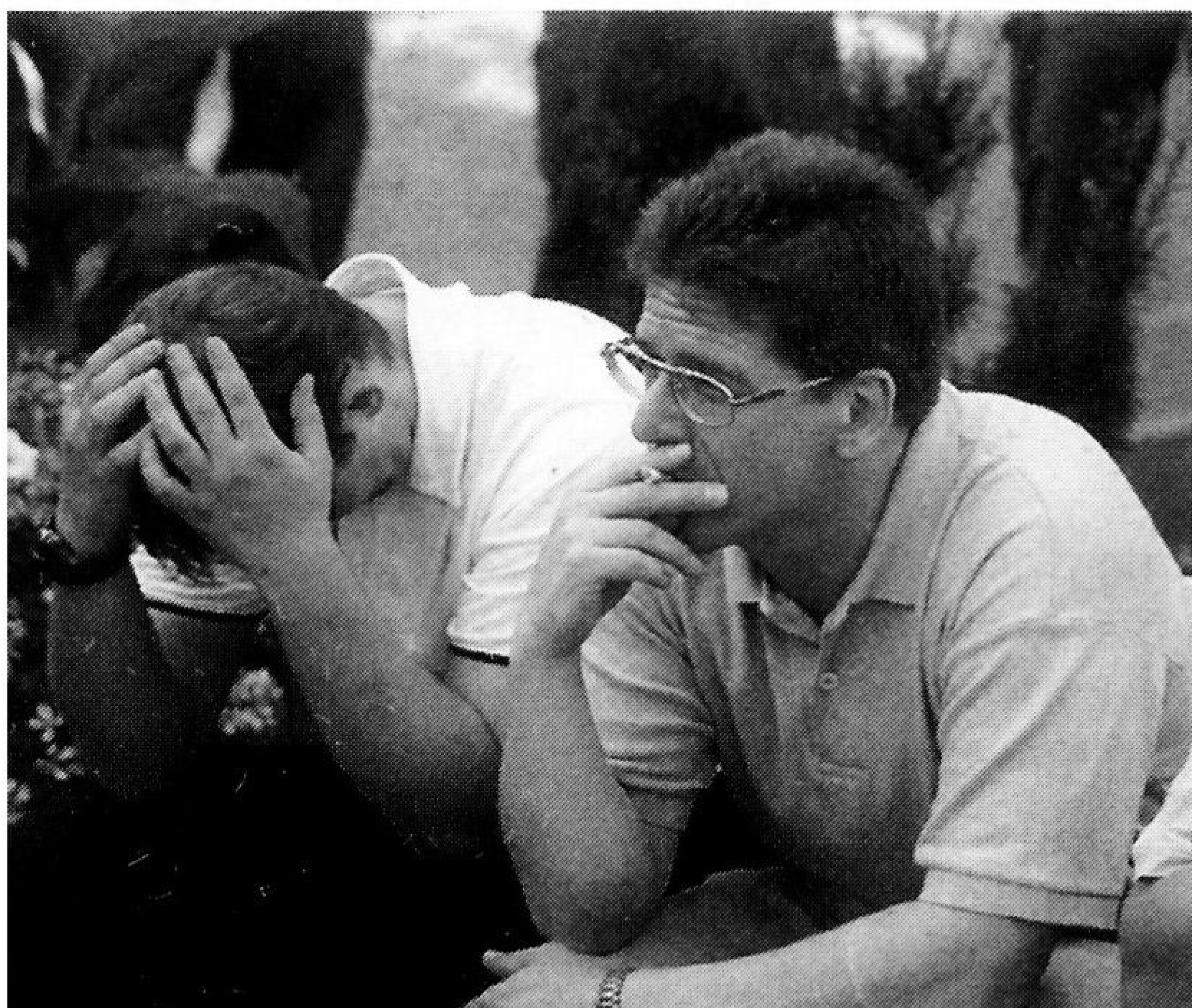


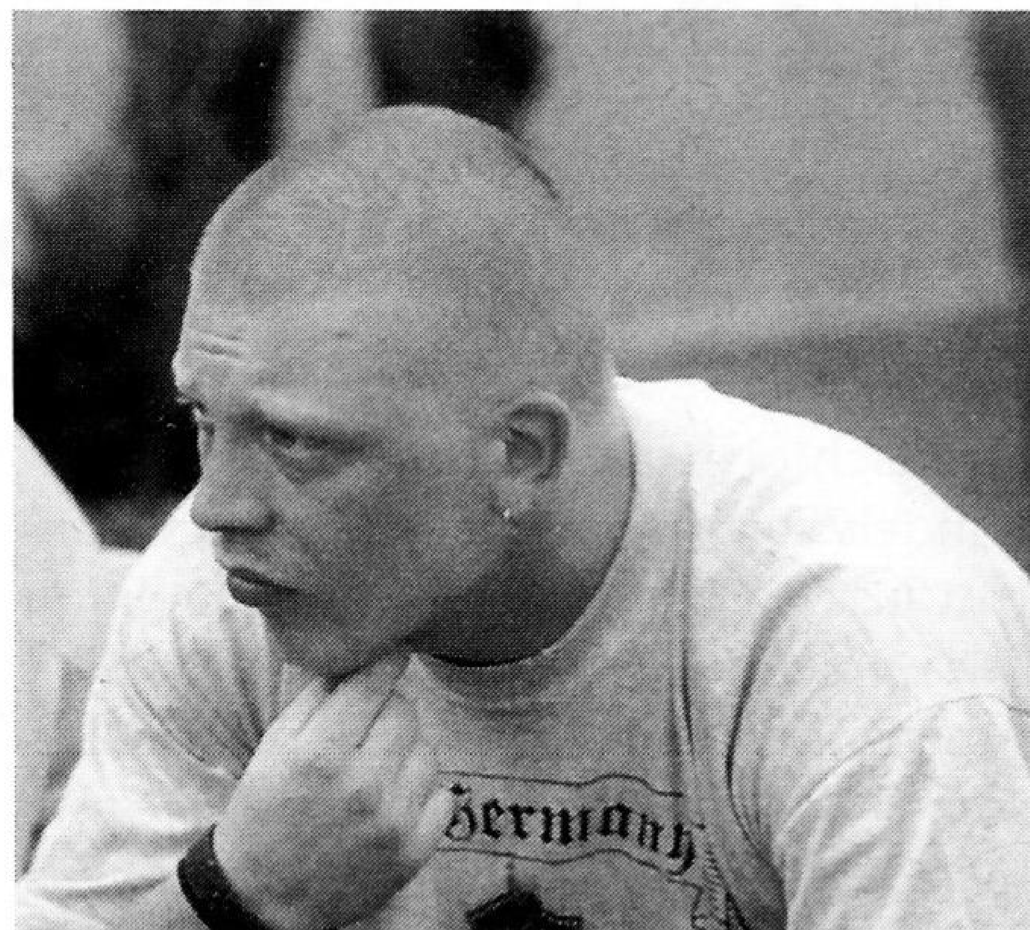
Mit DIRK PLANKENHORN, dem ehemaligen HVD-Vize, soll bei Titan ein weiterer HVD-Führungskader beschäftigt sein. Über dessen Versandhandel für In- und Outdoor PLADI-VERSAND in Pfullingen (bei Reutlingen) und über PADDY'S MILITARY SHOP – einen Laden in Heidenheim, den er gemeinsam mit JÜRGEN BOER betreibt – scheint Titan seinen Bedarf an Waffen und Uniformen zu decken. Mittlerweile soll Plankenhorn auch eine Filiale in Balingen haben. KARIN BÄCHTLE, Rossiars Lebensgefährtin und ebenfalls ehemals in der HVD-Führung aktiv, züchtet inzwischen Kampfhunde, die eventuell auch bei dem Security-Service zum Einsatz kommen. Im schwäbischen Raum ist Bächtle mit der Zucht dieser Hunde nicht alleine: STEFFEN FÖLL (ex-FAP) ist hier schon länger im Geschäft. Kampfhunde gehören im übrigen auch zum Erscheinungsbild bei Aufmärschen des FVB. Schon des öfteren versuchten die ehemaligen Führer der Heimattreuen Vereinigung, als scheinbar ehrbare Geschäftsleute Fuß zu fassen. So betrieben sie beispielsweise einen Versand für Holzspielzeug und Kräutertees; ein anderes Mal eröffneten sie zwei Läden mit Geschenkartikeln, die sie nach einigen erfolgreichen Antifa-Aktionen wieder schließen mußten. Auch das zweifelhafte Projekt von Dessous-Modeschauen mußten sie wieder aufgeben. Ob sich die ehemalige HVD-Führungsriege im Security-Geschäft festsetzen kann und womöglich einen eigenen Laden aufmachen wird, könnte sich naher Zukunft zeigen. ■

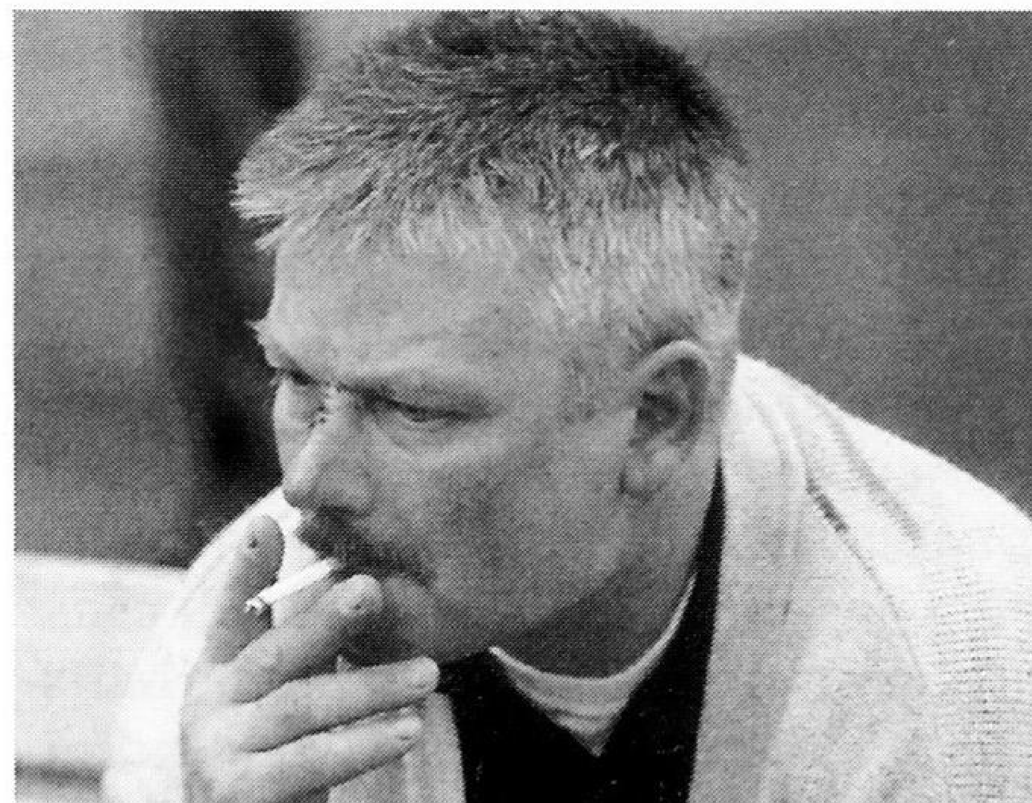
1) Schwäbisches Tagblatt vom 7. August '93.
2) Flugblatt »Deutschland in Not...? Wer ist der Freiheitliche Volksblock?« einer »Initiative freier und organisierter Nationalisten des nationalen Widerstandes«, Berlin.
3) Vgl. Antifaschistisches Autorenkollektiv, Drahtzieher im braunen Netz. Hamburg 1996, S. 165 ff.

Es wird ruhiger um Rudolf

Versuche von Neonazis, einen »Rudolf-Heß-Gedächtnismarsch« durchzuführen, endeten dieses Jahr noch desaströser als 1997. Dezentrale Aktionen nahmen zu.







***Bilder oben:** Nervös und am Ende seiner Weisheit angelangt. So präsentierte sich das »Aktionskomitee Rudolf Heß« samt Anhang am 15. August in Masberg. Ganz rechts ist Rüdiger Kahsner zu sehen.*
***Bild unten:** Auch einige NPD-Kader, wie der Bonner Hans Robert Klug (1.v.r.) konnten sich nicht verkneifen, zum Heß-Marsch zu kommen.*
***Bild rechts oben:** Der Nazi-Aufmarsch in Greve.*
***Bild rechts unten:** Zahlreiche deutsche Neonazis traten in Greve zum Aufmarsch an. Unter ihnen René Rodriguez-Teufer (1.v.l.), Christiane Dollscheid (2.v.l., Betreiberin der Nazikneipe »Club 88« in Neumünster) und ihr Freund Tim Bartling (1.v.r., Besitzer der Kneipe).*

Der ehemalige Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß würde sich vermutlich im Grabe wälzen, wüßte er um die verzweifelten Versuche seiner Jünger, anläßlich seines elften Todestages am 17. August einen »*Gedächtnismarsch*« durchzuführen. Nachdem es den Neonazis verschiedener Fraktionen bereits im vergangenen Jahr nicht gelungen war, in Deutschland eine derartige Aktion auf die Beine zu stellen, und nur in Dänemark 150 FaschistInnen aus ganz Nordeuropa unter Polizeischutz aufmarschieren konnten, war die Pleite in diesem Jahr noch größer: Wo auch immer die Nazis hinkamen, waren Polizei, Presse und Antifa schon da. Die erneut in Dänemark abgehaltene Veranstaltung der skandinavischen KameradInnen geriet aus Angst vor aufgebrachten BürgerInnen und AntifaschistInnen zu einem halbstündigen Kleinstaufmarsch in den frühen Morgenstunden des 15. August. Ein Nachruf auf einen jährlichen Aufmarsch, der Anfang der neunziger Jahre der bedeutendste der deutschen Neonazi-Szene war, und eine Einschätzung, warum er dies nicht mehr ist.

Nachdem sich mit Andree Zimmermann und Thomas Kubiak im November vergangenen Jahres zwei führende Mitglieder des Aktionskomitees Rudolf Heß in den Tod gefahren und der Rest sich aufgelöst hatte, mußte dieses Jahr eine neue Garde ran, um die »Aktionswoche« und den »zentralen Aufmarsch« zum Gedenken an Hitlerstellvertreter Heß zu planen. In die Bresche sprangen unter anderem Rüdiger Kahsner[1] aus Hagen und Neonazis um den Donner-Versand aus Lüdenscheid. Die NPD und ihre Jugendorganisation JN hatten sich in diesem Jahr endgültig aus den Aktivitäten zurückgezogen, um kurz vor den Wahlen nicht mit den verbotenen Aktionen und Aufmärschen in Verbindung gebracht zu werden. Sie überließen das Feld komplett den selbsternannten Freien Nationalisten. Damit die Anhänger der Partei diesem Wunsch auch Folge leisteten, organisierte die NPD eigens für den Tag des Heß-Marsches eine eigene Veranstaltung im Burgenland in Österreich, die ebenfalls verboten wurde.

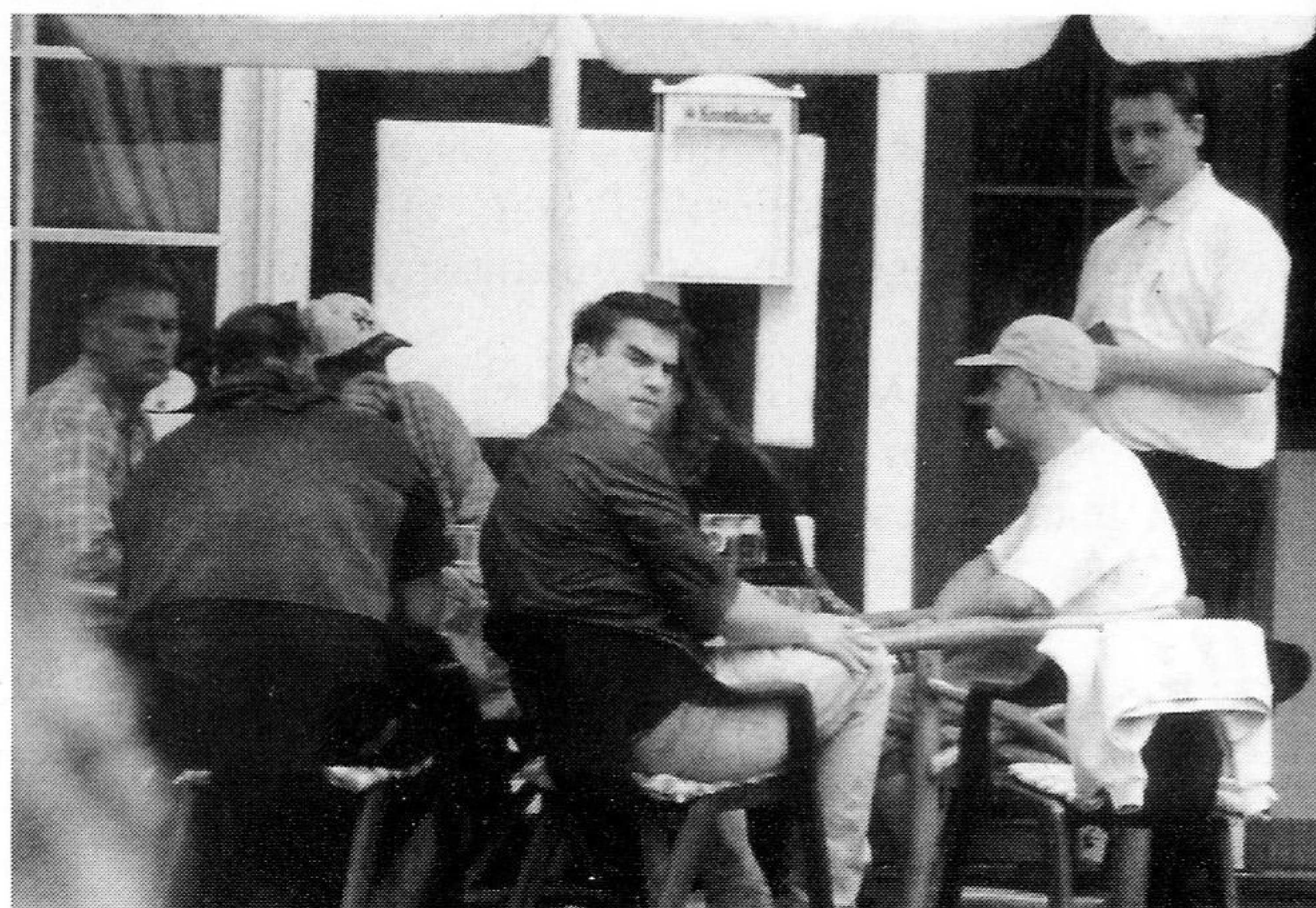
Die Verschickung des Informations- und Propagandamaterials zum zehnten »Rudolf-Heß-Marsch« wurde über den RK Druck und Vertrieb Kahsners, ein Postfach in Lüdenscheid und die Adresse der Zeitschrift Zentralorgan abgewickelt. Erneut eine wichtige Rolle in der Mobilisierungsstruktur spielten die Nationalen Infotelefone (NIT).

Wie im vergangenen Jahr riefen die Aktionen zum Heß-Todestag bereits Wochen vor dem 17. August Polizei, Innenbehörden und Justiz auf den Plan, denen daran gelegen war, jegliche Aufmärsche zu verhindern. So wurden beispielsweise bei einer großangelegten Durchsuchungsaktion am 13. August zahlreiche der Plakate und Aufkleber zur »Aktionswoche« sichergestellt. Möglich wurde dies, weil die Beamten zuvor bei einem namentlich nicht genannten Neonazi eine Bestelliste mit den Adressen derjenigen fand, die das Propagandamaterial geordert hatten.

Zusammengenommen kamen erneut nicht nur ein großes Polizeiaufgebot, sondern auch zahlreiche andere Werkzeuge der »Inneren Sicherheit« zum Einsatz. Staatliche Stellen demonstrierten bei dieser Gelegenheit einmal mehr den starken Staat und man kann sich gewiß sein, daß bei den nächsten Forderungen nach Gesetzesverschärfungen und einer Ausweitung polizeilicher Befugnisse auch die Rechtsextremisten wieder auf der Liste der Gründe auftauchen werden.

Traurige Aufmarschversuche und eine »Aktionswoche«

Am 15. August, dem Tag des »zentralen« Aufmarsches, boten die Neonazis und ihr »Aktionskomitee« ein klägliches Bild. Wohl nicht viel mehr als hundert Kameraden ließen sich mittels einiger Mobiltelefone, die als Kontaktnummern dienten, über den Großraum Kassel in Richtung Sauerland lotsen. Die meisten von ihnen schafften es nicht einmal bis zum ersten geplanten Aufmarschort Brilon südlich von Paderborn. Dort warteten





schon zahlreiche Journalisten, Antifas und Polizei auf sie. Als auch dem Aktionskomitee klar geworden war, daß in dem Ort an diesem Tag kein Aufmarsch stattfinden würde, dirigierte man die zu diesem Zeitpunkt noch nicht festgenommenen Kameraden in das 15 Kilometer entfernte Masberg um. Am ausgegebenen Treffpunkt aber erschien kein einziger der Heß-Jünger mehr. 25 von ihnen, darunter das Aktionskomitee, waren schon vorher festgenommen worden. Im Bundesgebiet wurden ca. weitere 100 Neonazis von der Polizei festgesetzt.

Rund um den 15. August herum allerdings kam es zu zahlreichen Neonazi-Aktionen, die nur zum Teil von der Polizei unterbunden wurden. Nachdem der »zentrale Marsch« bereits im vergangenen Jahr gescheitert war, verlegten sich diesmal offensichtlich noch mehr Neonazis auf dezentrale und selbst geplante Aktionen, darunter Saalveranstaltungen, Aufmärsche, »Mahnwachen« und Propagandaverteilaktionen. So kam es beispielsweise in der Nacht des 14. August in Zielitz bei Magdeburg zu einem halbstündigen Aufmarsch von etwa 100 zum Teil vermummten und Fackeln tragenden Nazis, einem Aufmarschversuch in Goslar und einer Kranzniederlegung in Marburg. Bereits am 8. August fand im Saarland ein kurzer Aufmarsch örtlicher Kameradschaften in St. Wedel statt. Als die Neonazis anschließend ein Fuballspiel der Regionalliga als Propagandakulisse nutzen wollten, wurden 37 von ihnen festgenommen.

Immer wieder Dänemark

Der internationale Heß-Marsch fand dieses Jahr erneut in Dänemark statt. Nachdem Anmeldungen der DÄNISCHEN NATIONALSOZIALISTISCHEN BEWEGUNG (DNSB) in Køge bei Kopenhagen und in der Kopenhagener Innenstadt verboten worden waren, wichen die Neonazis in den Vorort Greve aus, in dem auch das bunkerartig gesicherte DNSB-Hauptquartier liegt. Um den mehreren Tausend angereisten AntifaschistInnen auszuweichen, führte die DNSB ihren Aufmarsch anders als geplant bereits in den frühen Morgenstunden und unter starkem Polizeischutz durch: Ab acht Uhr dreißig marschierten ganze 132 Neonazis aus Skandinavien und Deutschland zum Teil vermummt, uniformiert und mit Hakenkreuzfahnen unter Führung von DNSB-Chef JONNI HANSEN nur eine knappe Stunde durch Greve. Anschließend zogen sie sich schnell in den DNSB-Bunker zurück und die ersten Kameraden machten sich bereits an die Abreise. Ab dem Vormittag demonstrierten mehrere Tausend Menschen in Kopenhagen und Greve gegen den Nazi-Aufmarsch und verhinderten weitere Aktionen der Nazis, die unter Polizeischutz abreisen mußten. Als einige Hundert AntifaschistInnen in Greve näher zum Nazi-Hauptquartier ziehen wollten, wurden sie von der Polizei mit Tränengas daran gehindert. Bereits im Vorfeld waren nicht nur weit über 120 Nazis, sondern auch zahlreiche AntifaschistInnen an den Grenzen von BeamtInnen auf beiden Seiten an der Einreise gehindert worden.

Resümee

Die Nazis sind mit dem Ergebnis ihrer Aktionen nicht zufrieden, und der Streit hat schon begonnen. Das NIT RHEINLAND wirft dem Aktionskomitee eine »*mißlungene Planung*« vor und mokiert sich darüber, daß man sich bei der Koordinierung wieder auf die leicht zu ortenden Mobiltelefone verlassen habe.[2] In die gleiche Kerbe schlägt ein unter dem Pseudonym »HAUPTFELD« im THULE-NETZ schreibender Neonazi aus dem Saarland: Er hält es für »*wesentlich sinnvoller*«, auf regionale Aktionen zu setzen, »*als sich dem, ich sabe bewusst, diesjaehrigen Aktionskomitee anzuschliessen*«.[3] Für die eigenen regionalen Aktionen klopft er sich dann auch gleich selbst auf die Schulter.

Bereits im Vorfeld der »Aktionswoche« hatte auch die BERLIN-BRANDENBURGER ZEITUNG (BBZ) in ihrer Internetausgabe dazu aufgerufen, zumindest parallel zu dem Aufmarsch »*ein noch stärkeres Augenmerk auf die Arbeit vor Ort*« zu richten: »*Eurer Phantasie sind dabei keine Grenzen gesetzt. Wichtig ist vielmehr, daß der Name Rudolf Heß über die Aktionswochen in jedem noch so kleinen Systemblatt Einzug hält.* (...) *Alles Aufsehenerregende sollte ins nähere Augenmerk genommen werden.*«[4]



Auch wenn der »zentrale Aufmarsch« in diesem Jahr erneut ein Trauerspiel war, haben die Nazis zumindest ihr Ziel erreicht, Aufsehen zu erregen, und den Namen Heß zu verbreiten. Natürlich ein bescheidener Anspruch gemessen daran, daß der Heß-Marsch über mehrere Jahre hinweg die zentrale und mit bis zu 2.000 TeilnehmerInnen größte Aktion des Nazi-Lagers mit großer Integrationsfunktion war. Andererseits stehen der extremen Rechten mit Kundgebungen der NPD heute natürlich auch ganz andere – legale – Massenaktionen zur Verfügung.

In Zukunft werden wir uns wohl darauf einstellen können, daß ein zentraler »Rudolf-Heß-Gedenkmarsch« weiter an Bedeutung verlieren und schließlich ganz aufgegeben werden wird. Stattdessen werden kleine, regionale Aktivitäten wichtiger. Daß dem so ist und die Nazi-Szene damit eine wichtige Großveranstaltung mit Tradition und Mythos weniger besitzt, ist in erster Linie der antifaschistischen Bewegung zu verdanken. Von Anfang an und über Jahre hinweg waren es die Antifas, die kontinuierlich gegen den Aufmarsch mobilisierten, ihn in der Öffentlichkeit und vor dem Ausland anprangerten und mit vielen verschiedenen Aktionen den Nazis Bewegungsspielraum nahmen. Dies und letztendlich auch die Tatsache, daß staatliche Stellen durch die entstandene Öffentlichkeit zum Eingreifen gezwungen waren, bereitete dem Heß-Marsch das Ende. Nun heißt es, den Nazis rund um den 17. August bei ihren regionalen Aktionen die Straße zu nehmen, ohne dabei die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf ihr Anliegen zu lenken. ■

1) Kahsner fiel bislang vor allem als Chef der WESTDEUTSCHEN VOLKSZEITUNG (WVZ) auf, einer Tochterzeitung der BBZ. Die BBZ – und damit auch die WVZ – erscheint wegen finanzieller Engpässe bereits seit längerer Zeit nicht mehr als Druckausgabe und auch die virtuelle Ausgabe im Internet wird derzeit wegen personeller Probleme nur noch sporadisch aktualisiert.
2) NIT Rheinland, Ansage vom 25. August 1998.
3) Bericht im Thule-Netz vom 22. August 1998, Rechtschreibung im Original.
4) Internetausgabe der BBZ vom 9. August 1998.

Sachsen-Anhalt: Altmark löst Ostharz ab?

In der militanten Nazi-Szene Sachsen-Anhalts hat sich in den letzten zwei Jahren eine Entwicklung vollzogen, die – auch durch den Wahlerfolg der DVU – bislang von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wurde. So haben die vor einiger Zeit noch sehr aktiven Neonazistrukturen im Ostharz an überregionaler Bedeutung verloren, während in der nördlich von Magdeburg liegenden Altmark die Nazi-Aktivitäten deutlich zugenommen haben.

In der Altmarkregion verlief die Entwicklung nach der Wende genauso wie in der gesamten ehemaligen DDR: Beeinflußt von Jugendsubkulturen, abhängig von lokalen Cliquenanführern und polarisiert durch den neonazistischen Taumel der Wiedervereinigung bildeten sich in den Kleinstädten und Dörfern der Altmark ebenfalls linke und rechte subkulturell geprägte Szenen. Auch wenn es der rechten Szene gelang, ihren Einfluß in diesem Bereich zu einer den Alltag prägenden Hegemonie auszubauen, so ist dennoch auf Ausnahmen zu verweisen. In der Altmarkstadt Stendal gibt es einen »linken Jugendklub«, Kalbe/Milde und Salzwedel gelten als von einer alternativen Szene dominierte Städte.



»Keine Macht den Drogen«-Aufmarsch in Klötze am 4. April diesen Jahres. Im Vordergrund v.l.n.r.: Christian Worch und die Klötzer Kameradschaftsführer Kay Schweigel und Mirko Appelt

Dennoch zeigt sich auch in der Altmark eine dominierende rechte Jugendkultur. In mehreren Städten haben sich »Kameradschaften« gegründet, die personell in der Regel auf schon länger existierende Nazistrukturen zurückgreifen können. Eine Vorreiterrolle für die genannte Entwicklung in der Region spielt die Altmarkstadt Klötze. Hier bemühen sich Neonazis stärker als in der Vergangenheit um die Vermittlung ihrer politischen Inhalte durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit. Begünstigt wurde diese auch durch Unkenntnis und politische Naivität lokaler Behörden und Medien. So intervenierten Landesverfassungsschutz und das Magdeburger Regierungspräsidium mehrfach beim Landratsamt der Region ob des laxen Umgangs der Behörde mit rechten Aktivitäten. Entsprechend dem bundesweiten Trend wird die politische Arbeit der Neonazis verstärkt von lokalen Kadern geleistet. In Klötze führen die zwei mehrfach vorbestraften Neonazis Kay Schweigel und Mirko Appelt sowie Andreas Nickel eine Kameradschaft mit ca. 20 Mitgliedern an. Zugleich integrieren sie das rechte Umfeld in der Altmarkregion.

Ebenfalls der allgemeinen Entwicklung entsprechend, versuchen die organisierten Nazis durch Aufmärsche, innerhalt der eigenen Szene Stärke zu zeigen und mittels populistischer Forderungen öffentliches Interesse auf sich zu lenken (siehe Kasten).

Die Grenze zwischen »autonomen« Kameradschaften und der NPD/JN ist – das zeigen die Aufmärsche der letzten Monate – fließend. Auf diese Zusammenarbeit ist die NPD in Sachsen-Anhalt angewiesen, da die Mitgliederzahl des Landesverbandes im Gegensatz zu anderen Bundesländern bei wenigen Dutzend stagniert und die Partei kaum eigene, größere Aktivitäten entfalten kann. Ausschlaggebend hierführ ist sicher auch, daß das Vorhaben der NPD, in der Altmark ein bundesweites Schulungszentrum zu etablieren, an der gerichtlichen Rückübertragung des Grundstücks an den Alteigentümer scheiterte. Verantwortlich für die Planung des Zentrums war der ehemalige NPD-Chef Günther Deckert. Er und ein örtliches NPD-Mitglied organisierten im September 1995 den Bundeskongreß der NPD/JN in Siedentramm bei Klötze.

Auch der Hamburger Christian Worch und Anhänger der Freien Nationalisten verfügen über informelle Kontakte zu den Kameradschaften in der Region und nehmen des öfteren an Aufmärschen in nördlichen Sachsen-Anhalt teil. Vermutungen, wonach Worch der eigentliche Drahtzieher der vermehrten Naziaktivitäten wäre, teilen AntifaschistInnen in der Region jedoch nicht. Ebenfalls mehrfach in Klötze gesehen wurde Thorsten Heise.

Insgesamt sehen AntifaschistInnen die Lage der Altmark noch nicht als verloren an. Zwar gibt es innerhalb der rechten Szene momentan einen Aufschwung, über dessen Dauer kann jedoch derzeit nur spekuliert werden. Die Verbindung der NPD mit der rechten Skinheadsubkultur führt nach ihrer Einschätzung auf Dauer in die Sackgasse, da sich die Masse der Naziskins nicht längerfristig für politische Arbeit gewinnen lassen wird. Gefährlicher wird die Situation, wenn es der NPD bzw. anderen Nazigruppierungen gelingt, aus der anpolitisierten Szene Kader heranzuziehen, mit deren politischen Aktivitäten sich auch BürgerInnen ansprechen lassen.

Hoffnung macht die Arbeit antifaschistischer Gruppen in der Region. Die überregionale Zusammenarbeit von Antifas hat sich in den letzten Monaten verbessert, und auch unabhängig von Unterstützung aus größeren Städten gibt es positive Ansätze. So demonstrierten in Salzwedel nach Ausschreitungen von Neonazis rund 500 BürgerInnen aus Gewerkschaften, Kirchen und Parteien gegen Faschismus und Naziaktivitäten in der Altmark. ■

Die Redaktion dankt AntifaschistInnen aus der Altmark für Material und Beratung.

Kurze Chronologie neofaschistischer Aktivitäten in der Altmark

Seit 1992/93 zahlreiche Überfälle auf AsylbewerberInnen und linke Jugendliche

1995

➡ 16./17. November (»Volkstrauertag«): ca. 30 Neonazis aus der Region marschieren unter Fahnen und Trommelspiel durch Klötze und legen am Kriegerdenkmal Kränze nieder.

1996

➡ 28. Dezember, Klötze: Polizei verhindert einen geplanten Aufmarsch von ca. 50 Neonazis.

1997

➡ »Volkstrauertag«, Jävenitz: Aufmarsch von ca. 80 Neonazis. Anschließend Kranzniederlegung, der anwesende Steffen Hupka spricht zu den TeilnehmerInnen.

1998

➡ 2. Februar, Klötze: Angeleitet durch Kay Schweigel reinigen 15 Naziskins öffentlichkeitswirksam Hauswände von »drogenverherrlichenden« Graffities.

➡ 4. April, Klötze: Aufmarsch der NPD/JN mit ca. 250 TeilnehmerInnen.

➡ Nachfolgend weitere Übergriffe und Wahlkampfaktivitäten der NPD/JN.

Wilhelm »Opa« Lange und seine Schergen

Die NPD im brandenburgischen Neuruppin

Neuruppin, eine idyllische Kleinstadt im Norden Brandenburgs, hat in diesem Sommer nicht nur als »Fontanestadt« von sich reden gemacht. Neuruppin war eine der über 30 Kommunen des Landes Brandenburg, in denen die NPD versuchte, zu den gleichzeitig zur Bundestagswahl stattfindenden Kommunalwahlen anzutreten. Daß es dazu doch nicht kam, lag wohl vor allem daran, daß das lokale Aushängeschild der NPD – der 82jährige Wilhelm Lange – sich nach eigenen Angaben gesundheitlich nicht mehr zur Kandidatur in der Lage fühlte.

Um die Entwicklung der rechten Szene Neuruppins nachvollziehen zu können, ist ein kleiner Ausflug in die Vergangenheit nötig. Nach der sogenannten Wende machten auch in Neuruppin die Stiefelnazis mit Schlägereien und Übergriffen auf sich aufmerksam. Höhepunkt dieser Entwicklung war die Ermordung des Obdachlosen Emil Wendtland. Er wurde in der Nacht zum 1. Juli 1992 von mehreren Nazis erschlagen. Nach Angriffen auf kirchliche und alternative Jugendeinrichtungen reagierten die Stadt und ein freier Träger mit dem Angebot eines Jugendclubs für die rechte Jugendszene – der »Bunker«. Dort wird seit 1992 »akzeptierende Jugendsozialarbeit« ausprobiert.

Nach einer erfolgreichen Hausbesetzung war das linke Infocafé MittenDrin dann immer wieder Zielscheibe von rechtsradikalen Übergriffen. Im Oktober ´95 wurde das MittenDrin von 30 Rechtsradikalen angegriffen und teilweise zerstört. Weitere Angriffe gegen vermeintliche Linke und Ausländer sind bis heute Alltag. Vor zwei Jahren kam Bewegung in die eher unorganisierte rechte und Naziskinszene: Der 82jährige Wilhelm »Opa« Lange zog kurz nach der Wende aus Schwelm bei Wuppertal ins Dörfchen Vielitz bei Lindow. Schon dort fiel er durch seine »präventive« (O-Ton Lange) politische Arbeit auf. So spendete er Anfang 1996 rund 1.000 DM für den Aufbau eines rechten Jugendtreffs in Lindow, in dem sich rund 20 Naziskins regelmäßig trafen, und verteilte – wie auch heute in Neuruppin – Propagandamaterial verschiedenster neonazistischer Couleur vor Schulen und Jugendclubs. 1996 zog Lange nach Neuruppin. Es folgte eine schnelle Kontaktaufnahme zu den wichtigsten Nazikadern vor Ort: Renald Christopeith, einem seit 1991 aktiven Mitglied der verbotenen Nationalistischen Front, und dem Notariatsgehilfen und Ex-FAP-Kader Thomas Pennecke. Als dritter Kader gesellte sich die Neuruppiner Skinheadschläger-Kultfigur Volker auf der Tangen zum Kreis um Wilhelm Lange. Die drei bildeten den harten Kern des am Anfang des Jahres gegründeten Vereines »Jugendtreff e.V.«. 1997 war den rechten Skinheads die Eigenverantwortung für den laufenden Betrieb des »Bunkers« übertragen worden. In dieser Situation begannen Pennicke und Christopeith unter Anleitung Wilhelm Langes sowie der Berliner Nazikader Frank Schwerdt und Christian Wendt, eine rund 10köpfige Kerngruppe um sich zu sammeln, um durch die Gründung des »Jugendtreff e.V.« den »Bunker« in die organisierten Neonazistrukturen zu überführen. Anfang 1998 meldeten sich Vertreter des »Jugendtreffs e.V.« dann mit einer Satzung beim Jugendamt der Stadt Neuruppin und beantragten Fördermittel sowie die Nutzung des »Bunkers« bzw. einen eigenen Treffpunkt. Als Ziele gaben die Nazis an, sich mit dem Verein um »*Hausaufgabenhilfe*« und »*Wanderfahrten*« kümmern zu wollen. Zunächst signalisierte das Jugendamt auch Unterstützung für den Verein und begann mit Verhandlungen. Erst nachdem Sozialarbeiter das Jugendamt über die Hintergründe des Vereins informierten, brach die Stadt die Verhandlungen im Februar diesen Jahres wieder ab. Seitdem fühlen sich Mitarbeiter des Trägervereins durch die Naziszene bedroht. Auch ohne diesen Organisierungsversuch ist der »Bunker« bis heute einer der wichtigsten rechten Treffpunkte, und das nicht nur für die Neuruppiner Nazi-Szene.

Wilhelm Lange am 1. August in Neustrelitz



Wilhelm Lange macht aus seinen politischen Überzeugungen keinen Hehl. Er ist stolz auf seine Vergangenheit in der Hitlerjugend, trat dann in die NPD ein und ist nach einem Intermezzo bei der Deutschen Liga für Volk und Heimat heute wieder für die NPD aktiv. In Neuruppin versucht er offenbar, eine »nationale Jugendbewegung« aufzubauen. Wilhelm Lange vertreibt seine Propaganda unter dem Namen Volkstreue Deutsche Jugend. Zu seinem Repertoire gehören auch Kugelschreiber mit entsprechenden Aufschriften, die er kostenlos verteilt. Eine Zeitlang versuchte Lange, mit Leserbriefen an die Regionalpresse seine rechte Propaganda möglichst effektiv zu verbreiten. Seitdem die örtlichen Zeitungen seine Pamphlete nicht mehr abdrucken, schreibt er vorzugsweise für Neonazipublikationen, so beispielsweise im Naziskinhead-Fanzine Freya aus Hennigsdorf, das neuerdings in Neubrandenburg erscheint. Obwohl Langes Schriften über »*Disziplin*«, »*Opferbereitschaft*« und die Verherrlichung des »*Rittertums der Deutschen Wehrmacht*« mehr als antiquiert wirken, ist seine Wohnung längst zum Treffpunkt der sehr jungen rechten Szene geworden. Auch zu Jugendlichen aus den umliegenden Städten und Dörfern hält er Kontakt. Seine Gäste werden mit allem versorgt – rechte Videos, Musik, massenhaft Aufkleber und Nazipostillen.

Auch wenn die NPD bei den Bundestagswahlen im Kreis Neuruppin gerade einmal 1% der Zweitstimmen erhielt und ihr Wahlkampfstand am 12. September von AntifaschistInnen massiv behindert wurde, könnte die Zusammensetzung von alten und jungen Nazis auch über Neuruppin hinaus durchaus zu einer brisanten Entwicklung führen. Daß dem rechten Treiben etwas entgegengesetzt werden muß, haben nun endlich auch bürgerliche Kreise und verschiedene Parteien/Organisationen erkannt. Es existiert mittlerweile ein antifaschistisches Bündnis, das sich hauptsächlich um Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit bemüht. Anfang September wurde beispielsweise die »Aktion Noteingang« ins Leben gerufen. In Neuruppin gibt es noch etliche Menschen, die antifaschistisch aktiv sind und das macht Hoffnung. In anderen Städten Nord-Brandenburgs sieht es da eher düster aus. ■

Von Volksgruppenpolitik und den Brücken(köpfen) nach Osten

Ein halbes Jahrhundert bundesdeutsche Ostlandritter

Überall wird in diesem Jahr das zum großen Teil 50jährige Bestehen der zahllosen »Vertriebenen«-Organisationen gefeiert. Die am rechten Rand agierenden Patenkinder werden in vielen Städten, Kreisen und Bundesländern geehrt, die eine der rund 400 Patenschaften über eine Heimatstadt, Heimatkreisgemeinschaft oder sogar über eine Landsmannschaft der »Vertriebenen« übernommen haben. Bürgermeister, Landräte oder Ministerpräsidenten geben sich die Ehre des Besuchs bei den Veranstaltungen der Ostlandritter. Ihr Spitzenverband, der BUND DER VERTRIEBENEN (BdV) behauptet auch heute noch, 2.000.000 Mitglieder zu vertreten.

Eigentlich hätten viele der »Vertriebenen«-Verbände, die in diesem Jahr ihr 50jähriges Bestehen begehen, diese Feierlichkeiten schon vor ein oder zwei Jahren durchführen müssen. Die organisatorischen Grundlagen der meisten Landsmannschaften der »Vertriebenen« wurden nämlich von alten NS-Aktivisten noch in der Illegalität gelegt. An die Öffentlichkeit konnten sie erst treten, als die Alliierten der Anti-Hitler-Koalition im Kalten Krieg zu Gegnern wurden. Die West-Alliierten bedienten sich dann der alten NS-Ost- und Volksgruppenexperten und ihrer Erfahrung im Kampf um *»Lebensraum im Osten«*. Ostlandritter und Festredner auf den 50-Jahre-Feierlichkeiten schweigen über diese illegalen Organisationsansätze ebenso wie über einen anderen historischen Vorgang, der sich in diesen Tagen zum 60. Mal jährt.

Am 29. September 1938 trafen sich in München die faschistischen Führer Italiens und Deutschlands mit den Regierungschefs aus Frankreich und Großbritannien, um die westlichen Gebiete der Tschechoslowakei dem Deutschen Reich zuzuschlagen. Bei der Erpressung der Tschechoslowakei und der Alliierten durch das faschistische Deutschland spielten diejenigen eine große Rolle, die 1948 dann maßgeblich an der Gründung der SUDETENDEUTSCHEN LANDSMANNSCHAFT beteiligt waren – der größten der insgesamt 21 Landsmannschaften der »Vertriebenen«. Die sudetendeutschen Volksgruppenaktivisten hatten das Münchener Abkommen vorbereitet, indem sie auf Anweisungen aus dem NS-Staat die innenpolitischen Spannungen in der Tschechoslowakei angeheizt hatten. Sie arbeiteten also quasi als Brückenkopf des NS-Staates.

Würde man auf den 50-Jahr-Feierlichkeiten der »Vertriebenen«-Verbände auch daran erinnern, was vor 60 Jahren in München und der Tschechoslowakei geschah, würde sich die Kontinuität der Täter offenbaren: Wie jene, die sich in der Rolle der Opfer gefallen, noch immer die gleichen Konzepte verfolgen, mit denen sie einst im Namen diverser Volksgruppen-Organisationen den *»Lebensraum im Osten«* erobern wollten. Die Gegenüberstellung folgender Zitate verdeutlicht, wie sehr die heutigen außenpolitischen Linien der BRD, die am ehesten als völkischer Imperialismus zu beschreiben sind, dem Arsenal des Nazismus entnommen sind. *»Jeder Pakt, der der Sicherung des Friedens dienen soll und sich hierbei lediglich auf Regelung der Beziehungen von Staat zu Staat beschränkt, die Notwendigkeit gesicherter Volksgruppenrechte aber übersieht, wird niemals Sicherheit schaffen.« »Die deutschen Volksgruppen sind ein Ordnungselement ihrer Staaten und werden die Rechte, um die sie kämpfen, dazu nutzen, den Brückendienst von Volk zu Volk und von Staat zu Staat erfolgreich zu leisten«*, so WERNER HASSELBLATT[1] auf der Ausschußsitzung des VERBANDES DER DEUTSCHEN VOLKSGRUPPEN 1935 in Prag vor den führenden Vertretern der sogenannten Sudetendeutschen. Sie wurden nach 1945 führende Funktionäre der Sudetendeutschen Landsmannschaft, sofern sie nicht von tschechischen AntifaschistInnen zur Rechenschaft gezogen worden waren.

Um die Funktion des »Brückenbaus« zwischen den Staaten erfüllen zu können, bedarf es der *»Selbstverwaltung für die Volksgruppen (...) Erst dann werden sie die Funktion im gesamteuropäischen Rahmen erfüllen können (...) Brücken zu bilden zwischen den einzelnen Kulturen«*, so WALTER BRAND[2] 1935 in der Zeitschrift NATION UND STAAT. Diese Zeitschrift wird heute von der FÖDERALISTISCHEN UNION EUROPÄISCHER VOLKSGRUPPEN (FUEV) als EUROPA ETHNICA fortgesetzt. Finanziert wird die FUEV vom Bundesministerium des Inneren.[3] Und der Führer der faschistischen Sudetendeutschen Partei, KONRAD HENLEIN, meinte 1936 zu diesem Thema: *»Mit dem bestehenden Nationalitätenrecht können wir uns nicht zufrieden geben (...) Es muß eine Völkerordnung gegründet auf Volksordnungen gefunden werden, die das heilige Lebensrecht der Völker wahrt.«*

Unverändert lesen sich die Positionen aus den »Vertriebenen«-Organisationen zu ihren zentralen Ideologieelementen der Volksgruppenpolitik nach 1945. So schreibt die Sudetendeutsche Landsmannschaft in ihrer für die landsmannschaftliche Organisierung grundlegenden »Detmolder Erklärung« von 1950: *»Die Sudetendeutsche Volksgruppe betrachtet es als ihre Aufgaben, sich selbst dem deutschen Volk zu erhalten, ihr Heimatbewußtsein und den Rechtsanspruch auf ihre Heimat wachzuhalten und ihr grenzdeutsches Erfahrungsgut dem Deutschtum zu vermitteln. Ihr Ziel ist die Wiedergewinnung der Heimat! Im Kampf um die Erreichung dieses Zieles erwartet sie die Unterstützung des ganzen deutschen Volkes«*. Wer 1950 von *»grenzdeutschem Erfahrungsgut«* spricht, das er als Volksgruppe dem ganzen deutschen Volk zu vermitteln gedenkt, hätte auch genauso gut davon schreiben können, daß er dem deutschen Volk die Strategie der Volksgruppenpolitik als zentrales Element eines deutschen, völkischen Imperialismus erhalten und vermitteln will.

Knapp 30 Jahre später liest man in einer Resolution der Sudetendeutschen Landsmannschaft von 1979, man habe über das Volksgruppenrecht *»mit den Vertretern zahlreicher Völker und Volksgruppen auf internationaler Ebene, in wissenschaftlichen Gremien sowie im Rahmen der 'Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen' (FUEV) beratschlagt«*. Die Anerkennung *»des Rechts auf die Existenz einer Volksgruppe, insbesondere als nationale oder kulturelle Einheit, des Rechts auf Autonomie in einem von der Volksgruppe bewohnten Gebiet oder Personalverband, und das Recht zur Bildung eigener politischer Parteien oder Beteiligung an allgemeinen politischen Parteien, weitgehende Gesetzgebungs- und Verwaltungsautonomie, (..) gegebenenfalls Selbstregierung«* sei fundamental für ein zu konstituierendes Volksgruppenrecht.So ist es nicht verwunderlich, daß die Volksgruppenideologen aus den »Vertriebenen«-Verbänden, den um sie herum gruppierten (pseudo-)wissenschaftlichen Instituten und den scheinbar übernationalen Organisationen wie die FUEV oder die PANEUROPA-UNION beim Brücken(kopf)bau gen Osten nach 1945 die Strategien des völkischen Imperialismus des NS-Regimes nahtlos fortgesetzt haben. Personen wie der Antisemit THEODOR VEITER stehen für diese bruchlose Kontinuität. Er arbeitete während des Nationalsozialismus für das Auswärtigen Amt, für das er Konzepte zur Instrumentalisierung des Volksgruppenrechts im Sinne des völkischen Imperialismus erarbeitete. Veiter arbeitete außerdem in führender Position bei der Zeitschrift NATION UND STAAT,

einem halbamtlichen Organ des NS-Außenministeriums. In dieser Zeitschrift publizierte auch Walter Brand zum Volksgruppenrecht. Nach 1945 erarbeitete er u.a. die Grundsätze des FUEV-Volksgruppenrechts, wie es heute in der Europa Ethnica propagiert wird. Der 1994 verstorbene Veiter trug seinen Einfluß auch direkt in den BdV. So erarbeiteten er und BORIS MEISSNER in den 60er Jahren die Leitlinien der Volksgruppenstrategie des BdV. Eine BdV-Charta der Freizügigkeit und des Volksgruppenrechts begrüßte er wie folgt: »*Das Werk erscheint in einer Zeit, da in der europäischen Öffentlichkeit die Fragen des Volkstums eine neue Aktualität gewonnen hatten*«. Als Regionen, in denen diese Frage des Volkstums aktuell sei, zählte Veiter neben Osteuropa Irland, Belgien, Südtirol und Jugoslawien auf.

Auch die Geschichte Boris Meissners ist ein Beleg für die braunen Seilschaften in dieser vom Bundesministerium des Inneren ausgehaltenen Szene. Boris Meissner war vor dem 2. Weltkrieg Kreisamtsleiter der illegalen faschistischen Bewegung in Estland und als solcher am Volkstumskampf zur faschistischen Unterminierung Estlands beteiligt. Später wurde er SA-Führer und nahm in dieser Funktion an einem Sonderlehrgang der obersten SA-Führung in Dresden teil. Er wurde Sonderführer faschistischer estnischer Verbände und ist mitverantwortlich für die Verbrechen dieser Verbände. Dafür erhielt er die »Tapferkeitsmedaille für Ostvölker in Silber«. Außerdem war Meissner Sonderführer der Abteilung 10 (»Abwehr«) des Oberkommandos der 18. deutschen Okkupationsarmee. Auf derartige Erfahrungen wollte man nach 1945 beim erneuten Kampf gegen die Sowjetunion offensichtlich nicht verzichten. So konnte Meissner im Bonner Auswärtigen Amt eine Karriere bis zum Referatsleiter machen. Außerdem wurde er Professor für Ostrecht und Präsident des GÖTTINGER ARBEITSKREISES OSTDEUTSCHER WISSENSCHAFTLER, von dem aus auch schon mal für den BND gearbeitet wurde.[4] Nicht nur die »Vertriebenen«-Verbände, sondern auch das Verteidigungsministerium ließen sich von Meissner in Sachen Minderheiten- und Volksgruppenpolitik beraten. Noch 1992 dokumentierte Meissner, daß er seiner braunen Gesinnung treu geblieben ist: Er publizierte ein Buch zusammen mit dem ehemaligen REP- und DEUTSCHE LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT-Funktionär HARALD NEUBAUER. Zuvor hatte er bereits in einem von Helmut Kohl herausgegebenen Adenauer-Buch schreiben dürfen. Offensichtlich will auch die SPD beim Hofieren dieses »verdienten« Alt-Nazi und Volksgruppenstrategen nicht fehlen. Johannes Rau schlug Meissner für das Bundesverdienstkreuz vor, das ihm am 18. September 1996 mit Stern verliehen wurde.

Die Außenpolitik der bisherigen CDU-Regierung belegt, daß die Volksgruppenpolitik als wichtigstes Element eines deutschen, völkischen Imperialismus nach wie vor auf der Tagesordnung stand. Bei der Zerschlagung Jugoslawiens, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion stand die BRD immer auf der Seite jener »Volksgruppen«, die den ursprünglichen Staatsverband sprengen wollten.

Bestätigt wird diese Einschätzung durch eine Entschließung des Bundestags vom 29. Mai 1998, die von den Regierungsparteien eingebracht wurde. Dort heißt es: »*Für eine dauerhafte europäische Friedensordnung ist die Lage von Minderheiten von entscheidender Bedeutung. Diese können eine wichtige Brücke zwischen den europäischen Staaten und Völkern sein. Die in Europa beheimateten Minderheiten und Volksgruppen können ihrer Brückenfunktion um so eher gerecht werden, je mehr sie in ihrer kulturellen, sprachlichen, religiösen und ethnischen Identität respektiert und geschätzt werden. (...) Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ihre Politik zur Unterstützung der deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa aktiv fortzusetzen.*«

Rätselte man bei den Grünen zunächst, ob man diesem Entschließungsantrag der Regierungsparteien zustimmen sollte oder nicht – schließlich war in ihm doch von Minderheiten die Rede, und wer wollte nicht zu deren Schutz beitragen – stimmte man schließlich wie die PDS gegen den Antrag. Man hatte erkannt, welchen ideologischen Konstrukten man sonst zugestimmt hätte. Anders die SPD: Sie enthielt sich der Stimme, als sei das halbe Jahrhundert bundesdeutscher Ostlandritter-Organisationen ebenso spurlos an ihr vorüber gegangen wie die Volksgruppenpolitik des NS. In dieser Tradition stehen die Ostlandritter. Auch die Abgeordneten des Bundestages haben sich mit der Entschließung vom Mai diesen Jahres erneut in diese Tradition gestellt. Es bleibt abzuwarten, inwieweit diese Tradition unter einer rot-grünen Regierung fortgesetzt oder – endlich – gebrochen wird. ■

1) Werner Hasselblatt war 1935 ständiger Beauftragter des »Verbandes der deutschen Volksgruppen in Europa«. Dieser Verband stellt die Vorläuferorganisation der heutigen »Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen« dar.
2) Walter Brand war eine der wichtigsten Personen im Kameradschaftsbund, einer kleinen elitären Gruppe, die in der faschistischen Sudetendeutschen Partei bis 1938/39 die Fäden zog. Er war Leiter der Kanzlei Henleins. Bevor er durch nazi-interne Cliquenkämpfe in Ungnade fiel, stieg er bis zum Generalreferent für den Vierjahresplan des an den NS-Staat angegliederten »Sudetenlandes« auf. Nach dem 2. Weltkrieg gehörte er zu den Gründern des faschistischen Witikobundes in der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Der Witikobund läßt sich als Nachfolgeorganisation des Kameradschaftsbundes verstehen. 1950-52 war Brand Vorsitzender des Witikobundes. Er brachte es bis zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Sudetendeutschen Landsmannschaft.
3) Hans Rüdiger Minow, »Von Krieg zu Krieg«, Berlin 1997
4) Goldenbow/Minow, »Deutschtum erwache«, Berlin 1994

René Nehring, der Vorsitzende der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen





Die neue Präsidentin der organisierten Vertriebenen gehört zum äußersten rechten Rand. Sie hat zwar keine eigenen Erinnerungen an Flucht und Vertreibung, tritt aber um so vehementer für das »*elementare Recht unseres Volkes*« zur Wiedererlangung der ehemaligen Ostgebiete ein.

»Volksgemeinschaft« und Großdeutschland

Erika Steinbach – die neue Präsidentin der Vertriebenen

ERIKA STEINBACH, nunmehr Präsidentin des BUNDES DER VERTRIEBENEN (BdV), galt gegenüber ihrem Mitbewerber, HANS-GÜNTHER PARPLIES, als gemäßigt. Die CDU-Bundestagsabgeordnete, so hieß es, stände für die Anbindung der Vertriebenenverbände an die Unionsparteien. Wie weit rechts das Spektrum der Unionsparteien reicht und welche Positionen Steinbach vertritt, macht folgendes Beispiel deutlich: Schon wenige Wochen nach Amtsantritt wurde Steinbach selbst vom rechtsextremen WITIKOBUND gelobt. Im Vergleich zu ihrem Vorgänger sei sie die »*tatkräftigere Sachwalterin der Vertriebenen*«, schrieb HANS-ULRICH KOPP im WITIKO-BRIEF.

Sie hat nicht jene organisierten Vertriebenen zur UNION zurückgeholt, die offen zu REPS oder zum BUND FREIER BÜRGER tendieren, sondern vielmehr die CDU auf Linie des BdV gebracht. Ihre Kampagne, den EU-Beitritt Polens und Tschechiens mit der Erfüllung von Vertriebenenforderungen nach Eigentums- und Landrückgabe zu verknüpfen, fand ihren Höhepunkt immerhin in einer Bundestagsentschließung. Zwar wurden die BdV-Forderungen dort nicht zur Bedingung des EU-Beitritts gemacht. Aber die »*berechtigten Anliegen*« der Vertriebenen wurden aufgegriffen und die Hoffnung geäußert, der Beitritt Polens und Tschechiens zur Europäischen Union würde die Lösung »*noch offener, bilateraler Fragen erleichtern*«. Die »*offenen, bilateralen Fragen*« sind eine diplomatische Umschreibung für die Besitzverhältnisse in den ehemaligen deutschen Ostgebieten. Bei den bisherigen Vertragsverhandlungen mit Polen oder Tschechien wurden diese »*Fragen*« nicht geklärt, sondern von deutscher Seite »*offengehalten*«.

In Reaktion auf die Bundestagsentschließung sah sich das polnische Parlament genötigt eine Selbstverständlichkeit festzustellen – nämlich die »*Unantastbarkeit der polnischen Grenzen*« und die »*Unantastbarkeit der polnischen Eigentumsrechte an Immobilien*«. Als Außenminister Kinkel in Warschau versuchte, die Wogen zu glätten und auf die Frage nach den Forderungen der Vertriebenen antwortete, die Polen »*könnten ruhig schlafen*«, legte die Vertriebenenpräsidentin nach. Sie kritisierte das Verhalten Kinkels als nicht hinnehmbare »*Rücksichtslosigkeit gegenüber den Heimatvertriebenen*«. Und sie erhob auch Anspruch auf polnisches Mobiliar. Steinbach: »*Wir gönnen jedem einen ruhigen Schlaf, aber nach Möglichkeit im eigenen Bett, in der eigenen Heimat.*«

»Am äußersten rechten Rand« gegen die deutsche Ostgrenze

Die 1943 im ehemaligen Westpreußen geborene Steinbach hat keine eigenen Erinnerungen an diese »*Heimat*«. Sie kam auch nicht über die Vertriebenenverbände in die Politik. 1968 empörte sie sich darüber, daß »*die Straße ständig von Demonstranten blockiert war*« und entschloß sich, die Demokratie »*vor den linken Barbaren*« zu retten. Dabei fühlte sie sich von der »*enormen Strahlkraft*« des CDU-Rechtsaußen und ehemaligen Wehrmachtshauptmanns, ALFRED DREGGER, angezogen. 1974 trat sie der CDU bei und wurde drei Jahre später in den Frankfurter Stadtrat gewählt. 1990 wechselte sie in den Bundestag und besetzt dort, so das CDU-Mitglied Michel Friedmann, eine Nische »*am äußersten rechten Rand*«.

Dank einer Listenplatzabsicherung wird Steinbach, obwohl sie ihr Direktmandat verlor, diesen Platz auch weiter ausfüllen.

Die Grenzen des wiedervereinigten Deutschland lehnte sie 1991 ab und stimmte mit anderen Vertriebenenvertretern gegen den Grenzvertrag, der die deutsche Ostgrenze bestätigte. Steinbach, die sich sehr gefühlvoll für die »*Heilung des Vertreibungsunrechts*« einsetzt, ist mitleidslos, wenn es darum geht, verfolgten Menschen heute Asyl zu gewähren und Migration als Normalität zu begreifen. Für den tödlichen Brandanschlag auf ein von MigrantInnen bewohntes Haus in Solingen machte sie 1993 »*den ungezügelten Zustrom von Menschen*« nach Deutschland verantwortlich. Und auf dem Höhepunkt der neonazistischen Angriffe auf MigrantInnen begründete sie die Zerrüttung des »*Landfriedens*« nicht etwa mit den Gewalttaten der Neonazis, sondern mit verstärkter Zuwanderung. Als der Bundestag über das »*Europäische Jahr gegen Rassismus*« debattierte, warb Steinbach für eine Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes, mit dem Flüchtlinge jeden sozialen Anspruch verlieren und auf kaltem Wege ausgehungert und vertrieben werden sollen. Eine solche Regelung sei notwendig, sagte Steinbach, »*um den Nährboden für fremdenfeindliches Verhalten unfruchtbar zu machen.*«

Im Umfeld der »Jungen Freiheit« für die »Volksgemeinschaft«

Die konsequente Gegnerin der Multikultur sorgt sich jedoch weniger um fremdenfeindliches Verhalten, als um die Nation und die 'Blut- und Schicksalsgemeinschaft' der Deutschen. In einem Artikel in der Frankfurter Allgemeinen propagierte sie 1994 unter Benutzung der NS-Begrifflichkeit die »*Volksgemeinschaft*«. Der »*Verfassungspatriotismus*«, also die Identifikation mit dem Grundgesetz, sei »*einer der sichtbarsten Symptome unseres nationalen Selbstwertdefektes*«. Es bedürfe deshalb eines »*eigenständigen, nicht auf Paragraphen fixierten Patriotismus*«. Da wundert es nicht, daß sich Steinbach im Umfeld der »JUNGEN FREIHEIT« engagiert. Zusammen mit Rechtsextremen, Vertriebenen und Neonazis unterzeichnete sie einen Aufruf zum 8. Mai 1995, in dem der 8. Mai in geschichtsrevisionistischer Weise nicht als Tag der Befreiung, sondern als »*Beginn von Vertreibungsterror und neuer Unterdrückung im Osten*« beschrieben wurde. Besondere Unterstützung gab sie der von der JUNGEN FREIHEIT inszenierten Kampagne gegen »*political correctness*«. Sie ließ sich von der Jungen Freiheit interviewen und organisierte in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft Räume für die Präsentation eines Buches von KLAUS RAINER RÖHL gegen »political correctness«. Außerdem nahm sie 1996 an einer Podiumsdiskussion anläßlich der Verleihung des »*Mittelstandspreises*« des Bundes der Selbstständigen teil. Neben Röhl und Steinbach saß auch HEINER KAPPEL, heute beim BUND FREIER BÜRGER, auf dem Podium. Moderiert wurde die Diskussion von dem »neurechten« HEIMO SCHWILK. Eine von Steinbach initiierte Gegenveranstaltung zur Eröffnung der Ausstellung »*Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944*« in Frankfurt kritisierte die Frankfurter SPD-Vorsitzende als »*gezielte Einladung an rechtsradikale Gruppen*«.

Nachwuchsvertriebene mit Sympathie für Südtirolterroristen

Die Wahl Steinbachs als BDV-Präsidentin macht nicht nur die rechtsextremen Tendenzen in vielen Verbänden deutlich, sondern zeigt auch einen Generationswechsel im BdV an. Ihre Gegnerschaft zu den Grenzverträgen begründet die heutige Präsidentin irrational: Etwas anderes sei ihr »*emotional nicht möglich*« gewesen – auch wenn sie aufgrund ihres Alters keine Erinnerungen an die »*Heimat*« haben kann.

Die 1943 im ehemaligen Westpreußen geborene Steinbach gehört zur Generation der »Nachwuchs- und Bekenntnisvertriebenen«, die das »*Recht auf Heimat*« und großdeutsche Visionen nicht aus Erleben und Erinnerungen ableiten, sondern aus purem Nationalismus. Nach Steinbach handele es sich um »*ein elementares Recht unseres Volkes. (...) Es geht um grundsätzliche Erwägungen.*« Daher ist die Einschätzung falsch, die Vertriebenen seien ein Problem, das mit dem Ableben der Erlebnisgeneration sein Bewenden habe. Eher werden sich die jungen Nationalrevanchisten soweit rechts verorten, daß die Unionsparteien sie nicht mehr zu decken und zu fördern in der Lage sind. Steinbach ist auf dem Weg dorthin.

Wenn sie beispielsweise behauptet, in der Weltgeschichte habe es kein vergleichbares Ereignis zur Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten gegeben, oder ihre Sympathie für die Südtirolterroristen bezeugt: »*Die haben zwar Masten gesprengt, aber damit auch viel erreicht*«. Die Frau, die unter dem »*Recht auf Heimat*« etwas anderes versteht als ein Ansiedlungsrecht oder die EU-Freizügigkeit, wurde von Kinkel nicht mehr zum formalen Antrittsbesuch empfangen, weil der Außenminister nicht wußte, worüber er »*mit dieser Frau*« reden solle. ■

»Sprich deutsch!«

Berlins Innensenator Schönbohm führt eine Debatte um »Integration«, die völkisch geprägt ist

Die Debatte um Integration und Abgrenzung der in Deutschland lebenden »Ausländer« in diesem Sommer war mehr als nur ein Wahlkampfthema der CDU/CSU. Sie kann den Auftakt zu einer langfristigen, prinzipiellen Kampagne bilden. Ausgelöst hat sie Jörg Schönbohm, Berlins Innensenator, durch seine Forderungen, Ausländer sollten durch deutsche Sprachkenntnisse ihre »*Integrationswilligkeit*« beweisen; »*Ghettos*« gelte es aufzulösen. Im Mittelpunkt steht dabei die größte Gruppe: die türkischen ImmigrantInnen.

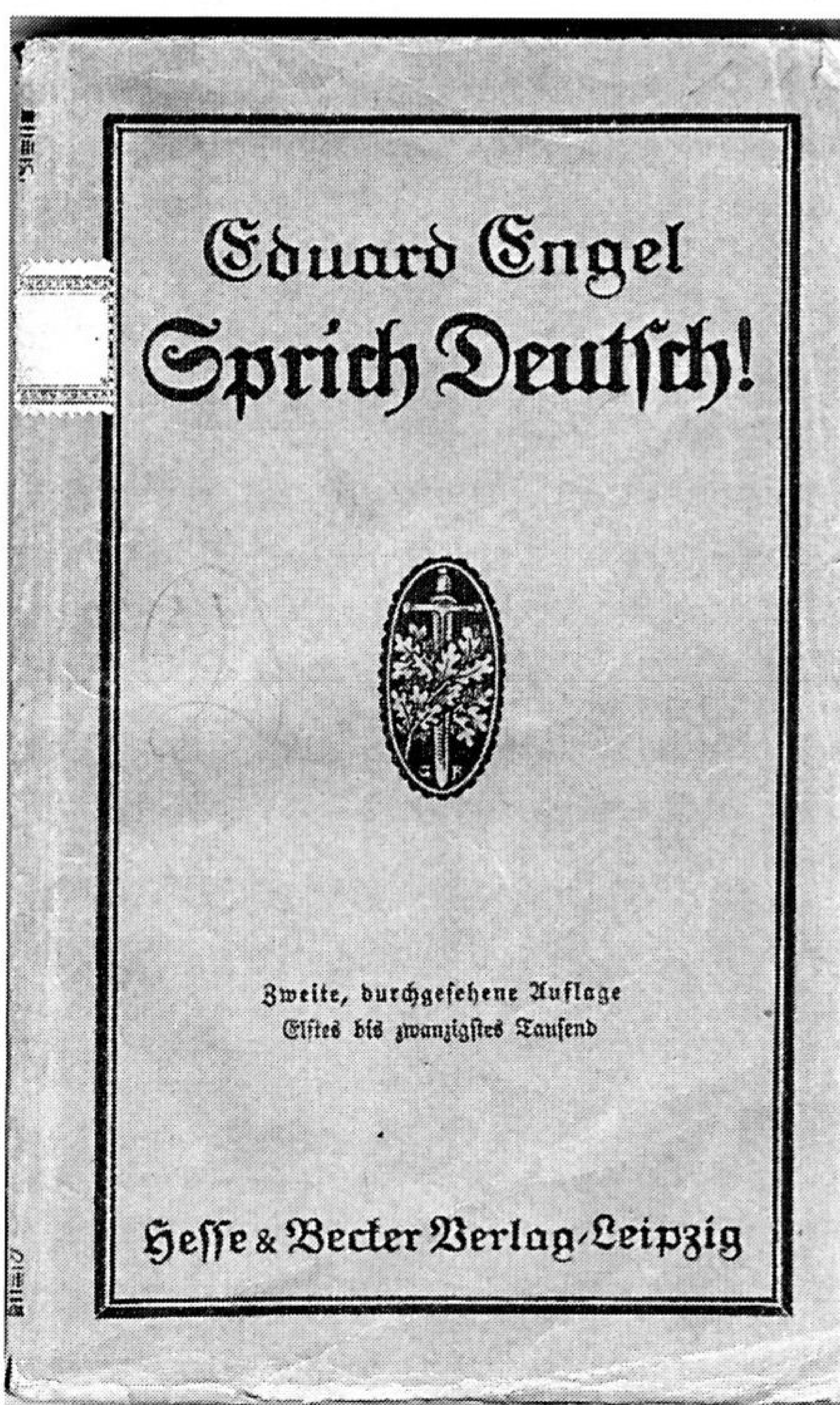
Die Äußerungen Schönbohms gehen auf ältere Debatten zurück. Wie in der Frage des Asylrechtes sind auch in diesem Falle Diskussionen, die im rechtsextremen Lager seit 15 bis 20 Jahren diskutiert werden, über den rechten Rand der Union langsam in die Partei eingedrungen. Seit längerem werden sie hier – im Zusammenhang mit der langfristig angelegten »Werte«-Debatte der Union – diskutiert. Zu meinen, daß hier »bloß« rechte Stammtische bedient werden, verharmlost insofern die Angelegenheit. Tatsächlich geht es um die Konstruktion einer neuen Form des »Deutschtums«. Kritiker werden dabei in äußerst aggressiver Form angegriffen.

Auch in den Methoden bedient sich Schönbohm dabei jener Provokationstaktik und Begriffsumdeutungsstrategie, die die sogenannte »Neue Rechte« seit längerem entwickelt hat: »Brand-Sätze«, begriffliche Zeitbomben, werden gezündet, bei der kalkulierten öffentlichen Empörung inszeniert man sich dann als ungerechtfertigt angegriffener Demokrat, der nur ganz unverkrampft seine Gedanken ausspreche und von der fiesen »PC-Diktatur« unterdrückt werde. An Schönbohm verblüfft indessen die ausgesprochene Aggressivität der »Gegenangriffe«. Nachdem ihn Andreas Nachama, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, in erfreulich offener Weise kritisiert hatte, veröffentlichte der Innensenator einen Artikel, der zu Unrecht als Rückzug gewertet wurde. Tatsächlich ging Schönbohm über seine Position insofern hinaus, als er in die Generalattacke noch gleich »die Linke« mit einbezog, die mit einem ideologischen Begriff von Multikulturalität die »sachliche« Debatte und politische Steuerung des Problems bewußt verhindere. Er dagegen sei ein an sachgerechten Lösungen ganz unideologisch interessierter Politiker, der sich eben den Realitäten stelle.

Schönbohm kann sich dieses Vorgehen schon deswegen leisten, weil er als Innensenator unangezweifelte »Führungsstärke« zeigt. In der CDU und auch in der Großen Koalition ist er in fachlicher Hinsicht hochangesehen, da man seine inkompetenten Vorgänger noch allzu gut in Erinnerung hat.

Umkehrung der 'Schuld'

Die Debatte ist nicht einfach die Fortsetzung der bisherigen Politik der Union. Noch in der Asylkampagne war man peinlich darum bemüht, die ausländische Wohnbevölkerung aus dem Konflikt herauszuhalten. Unter Integrationspolitik verstand man in der Bundesrepublik über Jahre das Problem, das »Ausländer« damit haben, sich in einer fremden Gesellschaft zurechtzufinden. Dementsprechend wollte man die Integration erleichtern – in der Schule, durch Sprachunterricht, durch kulturelle Aktivitäten zum gegenseitigen Kennenlernen, durch wirtschaftliche Förderung. Die Logik, die dahinter steckte, lautete: Ausländer haben ein Problem, sich zu integrieren. Man muß ihnen dabei helfen, ohne von ihnen völlige Assimilation zu fordern. Diese Problemstellung ist seit der neuen Debatte exakt umgekehrt. Gegenwärtig stellt die Politik die Frage so: Ausländer machen ein Problem bei der Integration. Sie wollen sich nicht integrieren. Verlangt wird Assimilation.



Völkische Progaganda aus dem Jahr 1917

Die 'Schuld' liegt nicht mehr in der Undurchlässigkeit der gesellschaftlichen Mehrheit. Schuld sind nun die Ausländer. Von sachlichen Argumenten ist die Diskussion dabei weitgehend frei; sie knüpft an alltägliche, unhinterfragte Wahrnehmungen an. Beispielsweise werden viele LeserInnen dieser Zeitschrift der Auffassung zunächst zustimmen, innerhalb der türkischen Bevölkerung sei eine Tendenz zu Abschottung und eine Hinwendung zum Fundamentalismus gegeben. Setzt man aber kritische Maßstäbe an, so wird diese Wahrnehmung sofort schief. Eine Studie der Ausländerbeauftragten zeigt, daß die Gruppe, die zu Abschottung und zum Fundamentalismus neigt, eine Minderheit darstellt. Der Trend geht – beispielsweise in der Berufswahl, in Werten und kulturellem Verhalten, in der Wahl des Wohnumfeldes und auch bezüglich binationaler Partnerschaften und Ehen – für die Berliner TürkInnen in die genau entgegengesetzte Richtung. Allerdings mag sich die Minderheit radikalisieren und ist vielleicht nach 40 Jahren im Straßenbild auch deutlicher wahrzunehmen. Die Mehrheit der TürkInnen will sich integrieren, jedoch ohne ihre unterschiedliche kulturelle Herkunft zu leugnen. Es ist die deutsche Mehrheit, die sich in zunehmend aggressiver Weise abschottet. So nimmt etwa der Berliner Mittelstand seine Kinder aus den Schulen der Innenstadtbezirke oder verläßt diese Bezirke gleich vollständig. Schaut man aber in die relativ »deutschen« Bezirke Ostberlins, so erkennt man, daß die Vernachlässigung der Innenstädte mit dem ausländischen Bevölkerungsanteil gar nichts zu tun hat – abgesehen davon, daß eben in Berlin ein türkisches Proletariat gewachsen ist, dem im Osten ein deutsches entspricht. Zugleich entsteht aber ein florierender türkischer Mittelstand, der seinerseits aus den bisherigen Quartieren herausdrängt – sofern man ihn denn läßt. Um einen Bezirk verlassen zu können, muß man in den besseren Bezirken auch mit dem Namen Öztürk eine Wohnung finden und Nachbarn gewinnen können, die einen nicht schneiden.

Die Ballung türkischer BewohnerInnen und entsprechender Infrastruktur

in bestimmten Quartieren ist eine logische Folge der Immigration und an sich unproblematisch – diese Viertel lösen sich in aller Regel früher oder später auf. Mit »Ghettobildung« hat das gar nichts zu tun. Ghettos bilden immer die Mächtigen, sie sind Zwangsmaßnahmen der Herrschenden bzw. des Staates. Die Verkehrung der Begriffe in ihr genaues Gegenteil ist das charakteristische Merkmal der gegenwärtigen Debatte. So auch, wenn die CSU den Begriff »Gastrecht« verwendet. Gastrecht ist eine uralte, gewissermaßen »heilige« und damit unantastbare Einrichtung, die den Fremden mit Rechten ausstattet und den Gastgeber verpflichtet. Was die CSU meint, aber sich nicht zu sagen traut, ist der Begriff des »Fremdenrechtes«, der den Fremden bestimmter Ansprüche berauben soll und zum nur geduldeten Außenseiter macht, von dem ständiges Wohlverhalten erwartet wird.

Die Logik dieser Debatte läuft auf eine immer stärkere Radikalisierung der Positionen heraus. Innerhalb der gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Strukturen können die TürkInnen die an sie gestellten Erwartungen nicht erfüllen, ob sie wollen oder nicht. Bleibt der Trend ungebrochen, so wird früher oder später die Frage noch ganz anders gestellt werden: Die Ausländer machen dann nicht mehr Probleme, sie sind das Problem. Assimilation ist ausgeschlossen, nur Absonderung kann »Lösungen« bringen.

Sprache und Kultur – Grundkategorien der Völkischen

Tatsächlich ist die Debatte eine völkische, denn sie kreist um die Grundkategorien der deutsch-völkischen Bestimmung dessen, was das Eigene und das Fremde sei. Am Beginn der antisemitischen Debatten des 19. Jahrhunderts steht ebenfalls die Debatte um Sprache und Kultur. Bis heute bestimmt das »blutsrechtliche« Staatsbürgerschaftsrecht für die osteuropäischen »deutschen Volksgruppen«, daß ihre Angehörigen als Deutsche gelten, wenn sie:

- deutscher Abstammung sind
- sich zur deutschen Sprache bekennen
- sich zur deutschen Kultur bekennen.

Sprache und Kultur – das sind zentrale Begriffe der völkischen Politik in Deutschland, wobei Kultur ein wertender, aber nicht sinnvoll eingrenzbarer Begriff ist. Derzeit wird er an den »Werten des Abendlandes« festgemacht – im Gegensatz zum Islam. Der Kulturkampf bezieht sich auf Symbole, die denen der Jahrhundertwende sehr ähnlich sind: Dürfen Moscheen gebaut werden? Dürfen rituelle Tierschlachtungen vorgenommen werden? Unter welchen Bedingungen dürfen Muslime in den Staatsdienst übernommen werden?

Aber kann sich denn eine solche Sicht am Ende des 20. Jahrhunderts überhaupt durchsetzen? Zeigt nicht die öffentliche Reaktion auf Schönbohm, daß die demokratische Gesellschaft der Bundesrepublik sich nicht auf solche Ausgrenzungen festlegen läßt? Wer die Stimmung in der Bevölkerung aufmerksam beobachtet, der wird eine große Bereitschaft feststellen, pauschale Urteile über die hier lebenden TürkInnen zu treffen. Diese Tendenz reicht weit bis in die Linke hinein und betrifft nicht nur die Berichterstattung der Taz. Auch in antifaschistischen und sogar antirassistischen Kreisen macht sie sich bemerkbar. Z.B. werden angebliche oder tatsächliche Erfahrungen mit »Türken« – und nicht etwa: mit proletarischen jungen Männern – hochstilisiert, der Minderheit als Ganzes angelastet, nicht weiter hinterfragt. Aus der Kritik sexistischer Verhaltensweisen wird die Kritik »der Türken«.

Durch die Verknüpfung mit der Offensive gegen eine vermeintliche islamistische Gefahr in Deutschland wird der Konflikt unüberschaubar. Im Juli wurde gerichtlich bestätigt, daß eine muslimische Lehrerin mit Schleier eine Gefahr für ihre SchülerInnen darstelle. Im Berliner Tagesspiegel konnte man dann am 26.7.1998 den Brief einer Kreuzberger Diplom-Politologin lesen, die aus feministischer Argumentation heraus den Schleier als Mittel der Unterdrückung von Frauen brandmarkte, anschließend aber schrieb: *»Hier sollte das ewige, undifferenzierte 'Gelaber' über die multikulturelle Gesellschaft aufhören bzw. den hier lebenden Ausländern einmal abverlangt werden, daß auch sie multikulturell denken, handeln und leben können. Sie sterben daran nicht! Vor allem aber sollte damit aufgehört werden, jede Minimalforderung an Ausländer mit ausländerfeindlichem Verhalten gleichzusetzen (...) wo bleiben* [die] *Fürsprecher, wenn unsere Töchter an den Schulen sie brauchen?«.*

Ein »Ausländerproblem«

Auch die Kritiker Schönbohms gestehen zu, daß es ein »Ausländerproblem« gebe – ein Problem der mangelnden Integrationsbereitschaft der Ausländer. Gegen reale Angebote zur Integration sperrt sich die Mehrheitsgesellschaft allerdings zunehmend. Die CDU/CSU blockiert wirksam die Anerkennung der Realität: daß Deutschland ein Einwanderungsland war, ist und bleiben wird.

Die entscheidenden Auseinandersetzungen der kommenden Jahre in diesen Fragen werden auf dem Feldern der Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes und der juristischen Fixierung Deutschlands als Einwanderungsland geführt werden. Der Union gelingt es aber, von diesen Fragen abzulenken und mit der Umkehrung der Problemstellung Breschen bis tief in die Linke hinein zu schlagen. Denn die Bereitschaft zu einem Konsens in der Ablehnung der TürkInnen ist erstaunlich groß.

Wie können wir als Linke reagieren? Wir sind eher ratlos. Schon bei der Verteidigung des Asylrechtes haben wir versagt. Welche Strategien können wir nun dieser Tendenz entgegensetzen? Zunächst und vor allem gilt es, sich bewußt zu machen, daß auf diesem Feld eine der zentralen Auseinandersetzungen der kommenden Jahre ins Haus steht. Wir stehen hier am Anfang und müssen dringend Handlungsmöglichkeiten diskutieren und entwickeln. ■

»Nichts von dem, was sich hier gerade durchsetzt, ist erträglich«

Das Hamburger Schanzenviertel ist über die Stadtgrenzen hinaus zu einem stehenden Begriff geworden. Mit der Kernaussage: »*Ein Stadtteil kippt um*« wurde vor etwa einem Jahr die Hetze gegen HändlerInnen und KonsumentInnen illegalisierter Drogen medienwirksam losgetreten. Insbesondere im Rahmen des Hamburger Wahlkampfes bildete das »subjektive Unsicherheitsgefühl« der BürgerInnen einen Dauerbrenner, eingerahmt von elendsvoyeuristischen Junkiereportagen und teils offen rassistischen Klagen über das Verbrechen der Dealer, die bald unter den schwarzafrikanischen Flüchtlingen verortet und zur Bedrohung stilisiert wurden. Die BürgerInnen verlangen »ihren Stadtteil« zurück. Von Teilen wurde auch die Forderung nach weiteren Druckräumen im Viertel vertreten, vor allem um die Drogenszene von der Straße zu haben.
Die Rote Flora hat Ende 1997 beschlossen, die zunehmende Nutzung der Fläche hinter dem Haus durch UserInnen und Dealer zu billigen und durch Baumaßnahmen praktisch zu unterstützen. Dieser Entscheidung ging eine intensive Diskussion über altbekannte, scheinbar unumstößliche Positionen zum Thema voraus. Seither ist einiges passiert, hat sich vieles verschärft und ist manches erstarrt.
Das AIB hat AutorInnen aus dem Umfeld der Roten Flora gebeten, die Situation und die politischen Einschätzungen zu beschreiben. Dieser Artikel, den wir gekürzt abdrucken, soll auch ein Anstoß für eine breitere Diskussion zum Umgang mit den Themen »Drogenproblematik«, »Repression« und »Illegalisierung« sein. Wir sind gespannt auf Eure Reaktionen.

Am 14. 11. 1997 wurde Alimang S. aus Sierra Leone im Hamburger Schanzenviertel von zwei Männern aufgehalten. Sie zwangen ihn, in ihr Auto zu steigen und brachten ihn auf ein unbeobachtetes Grundstück. Dort mußte S. aussteigen, einer der Männer stopfte ihm einen Handschuh in den Mund, dann schlugen beide auf ihn ein. Dann ließen sie ihn laufen. Alimang S. ist nur einer von vielen im Schanzenviertel, die seit Herbst 1997 von Delikten wie Körperverletzung, Nötigung und Freiheitsberaubung betroffen sind. Grund für diese Entwickling ist die »*Wiederherstellung ordentlicher Verhältnisse*« im Viertel. Wie S. schwarzer Hautfarbe zu sein, reicht zur Zeit, um als potentiell des Dealens Verdächtigter zum Objekt polizeilicher Maßnahmen zu werden. Die beiden Schläger sind Zivilfahnder der Hamburger Polizei. Daß für fast niemanden die Mißhandlung Anlaß war, die polizeiliche Praxis der Drogenbekämpfung wenigstens kritisch zu hinterfragen, geschweige denn, sie als das zu benennen, was sie ist – eine Kette von rassistischen Übergriffen –, zeigt, wie unhaltbar die Verhältnisse im Stadtteil sind: Haben Übergriffe auf (weiße) Autonome durch Polizisten der Wache 16 Anfang der 90er noch für breite Empörung gesorgt und 1994 die Mißhandlung eines Schwarzafrikaners wiederum durch Beamte der 16er Wache den Polizeiskandal mitausgelöst, ist heute Schweigen im Walde.

Das mutet umso bemerkenswerter an, als in der letzten Zeit eigentlich jedeR sich berufen fühlte, etwas zur Situation im Viertel zu sagen. Demnach müßte es ziemlich schlecht um das Schanzenviertel stehen: schwarzafrikanische Dealer böten ungehindert und aggressiv Drogen an, in aller Öffentlichkeit fixende Junkies bestimmten das Bild, Kinder stolperten von einer liegengelassenen Spritze zur nächsten. Kurz, der Stadtteil kippt. Die Fakten liegen allerdings anders. Schließlich stehen die HändlerInnen vor allem auf der Straße, weil sie Geschäfte mit DrogenkonsumentInnen erledigen wollen. Sie haben weder Interesse daran, braven BürgerInnen Kokain zu verkaufen, noch mit irgendwem Streß zu bekommen, der sehr bald die Polizei auf den Plan rufen würden. Nützt es, festzustellen, daß vermutlich Dreiviertel aller DrogenkonsumentInnen sich ihren Schuß entweder unmittelbar hinter der Roten Flora (mit ausdrücklicher Billigung des Projekts) bzw. tagsüber im Druckraum des nahegelegenen Drogenhilfeprojekts »Fixstern« setzen? Kaum jemand im Stadtteil will hören, daß trotz der etablierten Drogenszene die Zahl klassischer Delikte sogenannter Beschaffungskriminalität im Schanzenviertel etwa auf dem Niveau des Hamburger Nobelstadtteils Harvestehude liegt. Doch um Logik geht es hier schon lange nicht mehr. Wie kommt es, daß sich die Mehrheit der im Stadteil lebenden Menschen dafür entschieden zu haben scheint, ein soziales und gesellschaftliches Problem vor allem duch den Einsatz polizeilicher Repression aus dem Blick geschafft haben zu wollen? Warum schlagen die meisten im Stadtteil (z. Zt. noch nur) verbal auf die gesellschaftlich am schlechtesten gestellten Menschen ein; an zweiter Stelle auf die UserInnen, an erster auf die (oft schwarzafrikanischen) HändlerInnen?

Ausgrenzung aus »der guten Stube«

Die Fragen beantworten sich dadurch, daß das Schanzenviertel z. Zt. ein Studienfeld für die Bildung eines kleinen nationalen Kollektivs ist. Dies steht hier nicht im Widerspruch zum positiven Bezug auf ein multikulturelles Ideal. Im alternativen Wohlfühlambiente sind »erwünschte« MigrantInnen explizit einbezogen. In der gemeinsamen Allianz gegen »schwarze Dealer« finden der türkische Gemüsehändler und der deutsche Tabakladenbesitzer problemlos zusammen. Die Medieninszenierung des vermeintlich »toleranten« Viertels, das von der Drogenszene bedroht sei, hat eine neue Qualität von Identifikation mit dem Stadtteil geschaffen. Sie benötigt ein abgrenzbares Gegenüber, welches in diesem Fall durch verschiedene marginalisierte Gruppen gebildet wird. Besonders trifft dies Flüchtlinge, denen immer wieder bestimmte Eigenschaften zugeschrieben werden: »glücksspielende Kosovoalbaner«, »marodierende Rumänenbanden«, oder, wie eben im Schanzenviertel, »dealende Schwarzafrikaner«. Sie werden zum zweifach Fremden: Als Nicht-Deutsche, die ohnehin rassistisch wahrgenommen werden, wie auch als möglicherweise Illegale. Sei es, weil sie ohne Papiere unterwegs sind, sei es, weil sie als Dealer stigmatisiert werden. Das Wechselspiel zwischen bereits vorhandenen rassistischen und anderen ausgrenzenden Einstellungen und der medialen Inszenierung des Viertels bildet einen Legitimationszirkel. In der Zeitung steht, das Viertel kippe; weil es in der Zeitung steht, glauben es alle, das ist neuer Stoff für Reportagen.

»Repressive Toleranz«

Der Rahmen der Debatte um die Hamburger Drogenpolitik ist sehr eng abgesteckt. Bei aller Unterschiedlichkeit in den konkreten Vorstellungen gilt in der Auseinandersetzung ein unangefochtenes Dogma der sogenannten »repressiven Toleranz«. Es wird zwar mal mehr Repression oder mal mehr Toleranz gewünscht. Die Legitimität der »freundlichen« oder eben offen gewalttätigen Verdrängung von Menschen, die nicht ins Ideal des satten Wohlstands passen und aus der Verwertungslogik herausfallen, wird an keinem Punkt in Frage gestellt. Dies ist ein Ausdruck der Durchsetzung von ordnungspo-

litischen Konzepten, die als »Null Toleranz« in der Innenstadt beginnen und in andere Gebiete bedarfsgerecht ausgedehnt werden. In einem noch unter SPD-Alleinregierung formulierten Behördenpapier, dem sogenannten Bettlerpapier, wurde ziemlich unverblümt die »Säuberung« der Innenstadt von unliebsamen Gruppen gefordert. Nach öffentlichen Protesten zunächst zurückgezogen, wird es mittlerweile unter der Regie des grünen Senators MAIER als *»Handlungskonzept Hauptbahnhof«* umgesetzt. Die darin vorgesehene Koordination zielgerecht eingesetzter Sozialarbeit mit polizeilichen Maßnahmen wie u.a. massiven Platzverweisen und der effektiven Zusammenarbeit mit der AusländerInnenbehörde, wird hamburgweit praktiziert. Die konkrete Ausgestaltung »repressiver Toleranz« in diesem Sinne kann dabei je nach Situation unterschiedlich ausfallen. Im Schanzenviertel etwa ist es die mediale Herstellung eines toleranten Mikrokosmos, in dem sich Ausgrenzung als linksalternativ gerieren kann. Dieses Bild entfaltet eine Integrationskraft, die unterschiedlichsten Gruppen eine Zusammenarbeit erlaubt (besorgte Eltern, Geschäftsleute, Polizei, alternativ angehauchte BürgerInneninis u.a.). Die Einheit stiftende Wirkung des immer beschworenen Bildes des eigentlich so *»vielfältigen Miteinanders im Schanzenviertel«* ist nicht zu unterschätzen. Entlang dieser Parole werden klare Grenzlinien gezogen, durch einen liberalen Mitleidsdiskurs legitimiert und mittels polizeilicher Repression verwirklicht. Zusätzlich leistet dies die endgültige Legitimation reaktionärer Haltungen: Dadurch, daß sogar den Alternativen die ganze Sache zu bunt wird, sieht sich jedeR andere befugt, nach weiteren Maßnahmen gegen Schwarze und Dealer zu schreien und die UserInnen mit der liberalen Forderung nach weiteren Druckräumen von der Straße zu schaffen.

Reaktionen und Aktionen

Waren zunächst die Schwarzen im Sternschanzenpark vorrangiges Ziel polizeilichen Zugriffs, sind seit vergangenem Herbst im Zuge der polizeilich erzwungenen Verlagerung der Szene in den Bereich um die Rote Flora UserInnen im ähnlich unerträglichem Ausmaß davon betroffen. Nach anfänglicher »Untätigkeit« finden, auch auf Druck der AnwohnerInnen, seit spätestens Februar diesen Jahres tägliche Razzien im »provisorischen Druckraum« hinter der Flora und ständige Kontrollen auf der Straße statt. Mittlerweile werden auch vermehrt Obdachlose Opfer des allgegenwärtigen polizeilichen Kontrollwahns.

Das Erdrückende an der Situation besteht in ihrer Alltäglichkeit und Normalität. Genau das infragezustellen und effektiv anzugreifen, wäre die Aufgabe linker Intervention. Es ist zugleich die schwerste. Die angeblich so bedrohliche Atmosphäre im Schanzenviertel besitzt allerdings eine bedrohliche Realität: Für die Betroffenen, an denen die Polizei täglich demonstriert, daß Bürgerängste ernstgenommen werden. Darin besteht auch der qualitative Unterschied zwischen Medienhetze und Polizeipräsenz. Diese setzt um, was »öffentliche Meinung« ist, und wird entsprechend herzlich aufgenommen. Gleichzeitig macht es für die Betroffenen einen realen Unterschied, ob sie Gegenstand von Ablehnung und Vorurteilen sind, oder ob sie kontrolliert, vertrieben, in Gewahrsam genommen und zusammengeschlagen werden. Es gab immer wieder Interventionsversuche. Im Spätsommer 1997 veranstaltete ein »Bündnis gegen Rassismus, Ausgrenzung und Vertreibung« Aktionstage am Sternschanzenbahnhof. Im gleichen Sommer fanden zwei Diskussionsveranstaltungen statt. Kontinuierlich agiert ein Bündnis »Kontrolleure kontrollieren!«, das Polizisten »begleitet« und ihre Arbeit zu behindern versucht. Anfang Oktober 1997 wurde die mobile Revierwache am Schanzenbahnhof zerstört. Am 8.November 1997 fand eine Demonstration »Rechte für afrikanische Flüchtlinge in Deutschland!« statt, die von den Betroffenen der Razzien am Sternschanzenpark und antirassistischen Gruppen getragen wurde. Als letzte größere Aktion ist der Angriff auf einen Streifenwagen Mitte April 1998 zu nennen. Mit der Einrichtung eines »provisorischen Druckraums« hinter der Roten Flora wurde darauf reagiert, daß der Platz dort zum Drücken und als Treffpunkt der Drogenszene genutzt wird. Über Flugblätter und Öffentlichkeitsaktionen wurde dieser Ansatz vermittelt. Seit die Polizei auch dort massiv vorgeht, wird versucht, dort präsent zu sein und sich in die Razzien einzumischen. Inzwischen finden sie mehrmals täglich statt, und die alltägliche Notwendigkeit des Eingreifens, nicht nur hinter der Flora, sondern im ganzen Viertel, zeigt die Schwierigkeiten und Schwächen linksradikaler Politik auf. Zwar wurde in Debatten im letzten Jahr ein wichtiger Schritt vollzogen, indem, ein Novum in der autonomen Linken, die Position entwickelt wurde, daß sowohl das Konsumieren als auch das Dealen zu akzeptieren sind. Die Hetze gegen die Betroffenen transportiert ausgrenzende und aggressive gesellschaftliche Tendenzen. Die liberale Spaltung in »Junkies = arme Kranke« und »Dealer = Verbrecher« darf nicht nachvollzogen werden, da sich Konsum und Handel unter den Bedingungen der Illegalisierung nicht trennen lassen. Letztlich geht es um die Freigabe illegalisierter Drogen und die Schaffung von sozialen Bedingungen, in denen Menschen nicht mehr gezwungen sind, auf der Straße überleben zu müssen. Daraus hat sich allerdings weder eine kontinuierliche und breiter getragene Debatte, noch ein gemeinsamer Prozeß linker Gruppen ergeben. Der Widerstand besteht allzuoft aus dem gänzlich individualisierten Sicheinmischen in Kontrollsituationen, so mensch nicht mittlerweile, von der eigenen Hilflosigkeit gelähmt, verschämt vorbeigeht. Hilflosigkeit bis Desinteresse überwiegen. Dennoch ist es wichtig, die rassistische Dimension der aktuellen Atmosphäre und der Vertreibungsrealität zu begreifen und zu handeln. Die saubere Trennung des Rassismus von der Drogenpolitik, die im Schanzenviertel vollzogen wird, ignoriert, daß die Polizeikontrollen Teil rassistischer Ordnungspolitik sind. Dabei wird systematisch übersehen, daß die seit langem verbreitete Alltagswahrnehmung »Schwar-zer = Dealer« ganz unbestreitbar rassistisch ist und durch die Fixierung auf die »Drogenproblematik« legitimiert wird. Dieses Konstrukt muß aufgebrochen werden. Deshalb wäre es letztlich nicht nur ignorant, sondern auch gefährlich, den Schwerpunkt der eigenen Politik auf die aktuelle Drogendebatte zu beschränken.

Nichts von dem, was sich hier gerade durchsetzt, ist erträglich. Der Frieden, der im Schanzenviertel aktuell auf Kosten der Dealer, der KonsumentInnen, der Schwarzen und der Obdachlosen hergestellt wird, bedeutet eine Niederlage linksradikaler Politik. ■



Farbbeutel gegen den »Henker von Milano«

Zum 54. Jahrestag des Massakers auf dem Piazzale Loreto, dem 9. August 1998, hielten deutsche AntifaschistInnen aus verschiedenen Städten eine Kundgebung vor dem Haus des SS-Hauptsturmführers THEODOR SAEVECKE, Buchholzstraße 4 in Bad Rothenfelde ab. Sein Haus wurde mit Parolen und Farbbeuteln »verziert« und Scheiben eingeworfen. Gleichzeitig verteilten die AntifaschistInnen Flugblätter, sangen Partisanenlieder und es wurde ein Redebeitrag für die Nachbarn des »ehrbaren Mörders« gehalten. In dieser Rede grüßten die AntifaschistInnen die Kundgebung auf dem Piazzale Loreto in Milano, die Überlebenden und Angehörigen, die jüdischen Gemeinden, den Verband der Deportierten ANED, den Partisanenverband ANPI und die antifaschistische Öffentlichkeit Italiens.

Den »Henker von Milano« zur Verantwortung ziehen

In einer Erklärung schrieben die AntifaschistInnen nach der Kundgebung: *»Die Linke in Deutschland hat es versäumt, die Nazimörder aus den Ämtern, Polizeirevieren und Machtstellungen zu vertreiben. Eine Zeit der selbstorganisierten Bestrafung durch die Widerstandsbewegung wie in Frankreich, Holland, Italien, Luxemburg und Belgien hat es nicht gegeben. Die ehemaligen Widerstandskämpfer und Überlebenden des Holocaust mußten, gerade noch aus den Zuchthäusern und Vernichtungslagern entkommen, mit ansehen, wie die Mörder und Naziverbrecher wieder schnell an den Schalthebeln der Macht in allen gesellschaftlichen Bereichen saßen. Wir deutsche AntifaschistInnen haben viel zu spät aus der Nachwirkung des Nazismus und seinem Weiterleben in der Gesellschaft der BRD politische und praktische Schlüsse gezogen. So waren es vor allem jüdische AntifaschistInnen, die in eigener Regie versuchten, die Naziverbrecher zur Verantwortung zu ziehen.«*

Der »Henker von Milano« – eine deutsche Karriere

Die braune Karriere von Theodor Saevecke begann 1927, als er mit 16 Jahren in die rechtsextreme SCHILL-JUGEND eintrat. Ein Jahr später folgte sein Eintritt in die SA, und mit 18 Jahren war er bereits Mitglied der NSDAP. Er wurde Polizeibeamter in Berlin und in Posen Leiter des dortigen Mordkommissariats. 1942 reiste er als Verbindungsmann der SS nach Libyen zur italienischen Kolonialpolizei. Im selben Jahr wurde er Vizechef eines SS-Einsatzkommandos in Tunesien. 1944 lobte man ihn, *»mit großem Erfolg die Judenfrage im tunesischen Raum bearbeitet zu haben«*. Der in Mailand stationierte SS-Standartenführer WALTER RAUFF, der *»Erfinder des Gaswagens«* holte ihn in dieser Zeit zum SICHERHEITSDIENST (SD). In Mailand war er dann von 1943 bis 1945 Chef des SD-Außenkommandos und leitete die Razzien, Verhaftungen und Folterungen italienischer JüdInnen und WiderstandskämpferInnen. So wurden z.B. dem jüdischen Flüchtling Erich Wachtor auf Anordnung von Saevecke 26 Zähne ausgerissen, da er versteckte JüdInnen nicht verraten wollte. Er beteiligte sich auch daran, von den jüdischen Gemeinden 50 Millionen Francs und 43 Kilogramm Gold zu erpressen. Gleichzeitig wurden die Deportationen von 1.200 JüdInnen und fast tausend WiderstandskämpferInnen in die deutschen Vernichtungslager in Saeveckes Dienststelle in Mailand organisiert. Am 10. August 1944 ließ er in einer Vergeltungsaktion 15 politische Gefangene auf der Piazzale von Loreto erschießen und die Leichen zur Abschreckung tagelang in der Sonne liegen. Es war deswegen kein Zufall, daß die Partisanen die Leiche des italienischen Faschistenführers Mussolini zu diesem Platz nach Mailand brachten. 1945 wurde Saevecke zwar von den amerikanischen Truppen vorläufig verhaftet, aber schon kurze Zeit später in die Dienste des amerikanischen Geheimdienstes CIA aufgenommen. Für den CIA war er dann von 1949 bis 1951 in Berlin tätig. Von hier aus stieg er rasch in die Sicherungsgruppe Bonn und in das Bundeskriminalamt (BKA) auf. Sein sog. Spezialgebiet war die Bekämpfung des *»Hoch- und Landesverrates«* in der BRD. Auf diesem Posten konnte er nun wieder hochoffiziell KommunistInnen verfolgen. 1962 leitete er auf Befehl von FRANZ JOSEF STRAUSS zusammen mit FRIEDRICH BUBACK die verdeckten Aktionen gegen das Nachrichtenmagazin Spiegel. Der Angriff auf die Pressefreiheit und die illegalen Verhaftungen von SpiegelredakteurInnen in Spanien unter dem Vorwand des Landesverrates führten damals zu weltweiten Protesten. Aber auch nach der öffentlichen Enthüllung von Saeveckes Vorgeschichte kam es zu keinerlei Anklagen gegen Saevecke in Deutschland. 1971 konnte er in aller Ruhe in den Ruhestand treten. Nun versucht ein Militärtribunal in Turin ein letztes Mal, den *»Henker von Milano«* zur Verantwortung zu ziehen. Angehörige der Opfer und der Partisanenverband treten als Nebenkläger auf. Saevecke fühlt sich sicher, er weiß, daß ein Deutscher nicht ausgeliefert werden darf. Gegenüber der Presse höhnt er, ein Deutscher würde niemals freiwillig vor das Gericht in Turin gehen. Rückendeckung bekam er nach der Antifa-Aktion nun auch von führenden lokalen Politikern.

Theodor Saevecke



Der Hasberger CDU-Landtagsabgeordnete GEORG SCHIRMBECK zeigte sich empört darüber, daß »Gleiches mit Gleichem« (!) vergolten werde: *»Wir leben schließlich in einer zivilisierten Gesellschaft im christlichen Abendland. Blutrache gibt es bei uns Gott sei Dank nicht«*. Der Bad Iburger SPD-Kreistagsabgeordnete Nazih Musharbash erklärte, Urteile über Saevecke, seien *»allein Sache der Justiz«*. Musharbash: *»Ich bin über diese Tat erschüttert. Es geht nicht, daß einfach zur Selbstjustiz gegriffen wird.«*

»In dem Augenblick, in dem wir Auschwitz vergessen, ist es wieder da.« (Primo Levi)

Die AntifaschistInnen beendeten ihre Erklärung mit der Aufforderung an alle AntifaschistInnen, die Zeit zu nutzen, Überlebende persönlich kennenzulernen und deren Angehörige zu unterstützen: *»Die Erfahrungen der Überlebenden des Holocaust und der WiderstandskämpferInnen werden uns in den kommenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen sehr fehlen. Ihre Erzählungen und Erinnerungen bleiben aber für alle Zeit eine wichtige Waffe im Kampf gegen Faschismus und Rassismus und gegen Menschenverachtung überall auf der Welt«.* ■



»Wir müssen dahin zurück, daß über Widerstand nicht nur geredet wird...«

mit Uwe Adamczyk, PDS-Landtagsabgeordneter in Sachsen

AIB: Im März diesen Jahres hat die sächsische PDS ein Papier unter der Überschrift *»Konzeption: PDS und Antifaschismus«* veröffentlicht. Das Papier ist parteiintern umstritten und für unabhängige AntifaschistInnen ein Schlag ins Gesicht. Da unabhängige AntifaschistInnen auf unterschiedlichen Ebenen mit der PDS zusammenarbeiten, hält das AIB eine Auseinandersetzung darüber für dringend notwendig. Gehen wir das Papier doch einmal im Einzelnen durch.

Unter Punkt 1.3 heißt es: *»In den einzelnen Politikbereichen findet die Diskussion um die Positionen anderer Parteien und gesellschaftlicher Kräfte statt – dies muß auch für Positionen gelten, die noch rechts neben der CDU/CSU stehen.«* Da stellt sich doch die Frage, ob die PDS demnächst ähnliche Debatten führen will wie beispielsweise das Neue Deutschland, das zu der Frage »Die Linke und die Nation« einen Beitrag des faschistischen Autors ROLAND WEHL von der JUNGEN FREIHEIT veröffentlicht hat.

Adamczyk: Zunächst einmal: Mir gefällt das ganze Papier nicht. Und zu Deiner Frage: Hier kann ich nur für mich persönlich sprechen. Ich bin sehr wohl dafür, daß man inhaltliche Debatten führt, auch zu Standpunkten der Rechten. Aber ich diskutiere in der Öffentlichkeit und in Podiumsveranstaltungen nicht mit rechten Vertretern.

Zweitens bin ich nicht bereit, in der Öffentlichkeit über rechte Parolen wie »Arbeitsplätze zuerst für Deutsche« zu diskutieren. Ich halte es für gefährlich, sich auf diese rechten Parolen einzulassen und sie öffentlich zu diskutieren. Mit solchen Diskussionen werden Rechte erst hoffähig gemacht. Die PDS hat genügend linke Ansätze, die ich für diskussionswürdiger halte. Ich weiß sehr wohl, daß sich die Rechte und insbesondere die NPD in Sachsen mit sozialen Themen beschäftigt und ihre Parolen publikumswirksam verkauft. Das muß man analysieren. Man muß den Leuten vorführen, wo das hingeht. Diese inhaltliche Auseinandersetzung fehlt momentan bei uns. Die Grundkenntnisse innerhalb der PDS über rechte Organisationen und ihre Argumentation sind ausgesprochen mager.

Was tut sich innerhalb der PDS, damit diese Lücke gefüllt wird?

Aus meiner Sicht wird zu wenig getan, um wirklich innerhalb der eigenen Basis aufzuklären. Und ich glaube auch nicht, daß man diese Diskussion nur auf bestimmte Persönlichkeiten und Parteigremien abschieben darf. Mit dem Politikfeld »Antifaschistische Politik« verbindet sich vor allem innerhalb der PDS-Basis zunächst die Auseinandersetzung auf bestimmten Ebenen, wie beispielsweise Demonstrationen gegen rechtsextreme Veranstaltungen. Die einen sagen dann, daß man das so nicht mitträgt, die anderen sind natürlich dafür. Demonstrationen sind aber für mich nur ein kleiner Bereich antifaschistischer Politik. Und andererseits gibt es auch positive Ansätze, wo die PDS auch an der Basis bemüht ist, antifaschistische Politik zu betreiben – ich erinnere an die Bündnisse gegen Rechts, wo versucht wird, sich einzubringen und Probleme auszudiskutieren.

»Ich rede und arbeite mit jedem, der ehrlich bemüht ist, etwas gegen Rechts zu unternehmen...«

Zum Stichwort Bündnisse steht unter dem Punkt 2.3 des Papiers wörtlich: *»Der gesellschaftliche Widerstand gegen rechtsextreme Aktivitäten ist kaum spürbar. Dies hat auch eine Ursache in den Aktivitäten der autonomen Antifa. [...] Der ständige Druck auf rechte Kleingruppen hat diese nicht zerschlagen, sondern zusammengeführt und gefestigt. In der Öffentlichkeit wird rechtsextremen Gruppen so die Möglichkeit gegeben, die Opferrolle zu übernehmen.«* Zum Schluß heißt es dann, daß eine Zusammenarbeit der PDS mit der autonomen Antifa nicht möglich sei.

(lacht) Unter anderem habe ich mir das angekreuzt und druntergeschrieben: »Scheiße!«

Kannst Du das näher erklären?

Die maßgebliche Verfasserin dieses Papiers ist die gleichstellungspolitische Sprecherin im PDS-Landesvorstand, Kerstin Köditz aus dem Muldentalkreis. Sie hat ganz einfach den Inhalt antifaschistischer Politik verfehlt, indem sie bestimmte Gruppen präventiv ausgrenzt. Ich rede und arbeite mit jedem, der ehrlich bemüht ist, etwas gegen rechts zu unternehmen und gehe zunächst nicht danach, welcher Gruppierung jemand angehört. Nach der Definition des sächsischen Innenministeriums existiert die autonome Antifa vor allem in Leipzig, und dann werden die Göttinger und Berliner Antifas als Beispiele angeführt. Das Innenministerium versucht immer, die Leipziger Antifa in die kriminelle Ecke zu stellen, und das Papier übernimmt de facto diese Position. Ich arbeite jedenfalls hervorragend mit der autonomen Antifa zusammen und werde das weiterhin tun, unabhängig davon, ob einige Genossen oder Sympathisanten denken, daß man mit denen nicht zusammenarbeiten kann.

Eine Analyse, die das Papier dafür liefert, daß so viele Leute den rechten Parolen nachhängen, lautet: *»Grund dafür ist das manipulierte Aufgreifen der Ängste der Bevölkerung wie Arbeitslosigkeit und Einführung des Euro.«*

Das würde ich nicht als Analyse bezeichnen, und es begründet meiner Ansicht nach auch nicht den starken Zuspruch für rechte Parteien.

Aber im Wahlkampf hat die PDS die Arbeitsplatzfrage sehr in den Vordergrund gestellt. Geht das nicht am Kern der Ursachen vorbei, warum die Leute den Nazis hinterherlaufen? Wenn man die rechte Argumentation nur ein bißchen umdreht oder abschwächt, muß man sich doch nicht wundern, daß viele WählerInnen mit der Erststimme PDS und mit der Zweitstimme DVU oder andere Neonaziparteien wählen. Das müßte die PDS ja eigentlich zum Nachdenken bringen. Was tut die PDS denn in der Öffentlichkeit und gegenüber der Basis für eine klare Abgrenzung zu rechten Positionen?

Es stimmt, daß Arbeit für die PDS in diesem Wahlkampf zum Hauptkampffeld geworden ist – wie für alle anderen Parteien ja übrigens auch. Was wir vielleicht nicht immer richtig geschafft haben, ist, die Unterschiede deutlich zu machen, was die PDS unter Arbeit und Verteilung versteht, und was andere Par-

teien darunter verstehen. Ich stehe aber dazu, daß wir Arbeit zu einer der wichtigsten Grundfragen gemacht haben. Schließlich ist Arbeit die Voraussetzung dafür, um in dieser heutigen Gesellschaft seinen Erwerb zu sichern. Ansonsten bekommst Du keinen Lohn, der ja die Anerkennung der Leistung der Arbeit sein soll. Daß dieses heute bei weitem nicht ausreicht, daß trotz Arbeit viele auf Sozialhilfe angewiesen sind, hat andere Ursachen. Ich vertrete auch nicht die Position »Arbeit unter allen Umständen«. Arbeit muß wenigstens soviel einbringen, daß damit mein Lebensunterhalt gesichert ist. Wenn ich die ganzen Billigjobs ansehe, tut sie das nicht. Es ist ungeheuer schwer, Menschen die ökonomischen Zusammenhänge begreiflich zu machen. Wir müssen dahin zurück, daß über Widerstand nicht nur geredet wird, sondern auch aktiv Widerstand geleistet wird. Aber das muß in erster Linie von den Betroffenen kommen.

» Ich denke, ein nicht geringer Teil der PDS-Basis ist nicht anders als CDU/CSU-WählerInnen. «

Die PDS hat ja einen ziemlich hohen WählerInnen-Anteil in sogenannten »sozialen Brennpunkten« wie Berlin-Lichtenberg oder Marzahn, in Magdeburg in Neu Olvenstedt oder in Rostock-Lichtenhagen. Bei Umfragen wird immer wieder deutlich, daß die Leute zwar einerseits PDS wählen, aber andererseits auch deutlich rechte und rassistische Grundeinstellungen haben. Versucht die PDS überhaupt ihre Positionen beispielsweise in der Flüchtlingspolitik unter die Leute zu bringen? Also antirassistische Aufklärungsarbeit zu machen? Oder traut man sich an das Thema bei der eigenen Basis und den eigenen WählerInnen nicht ran, aus Angst Stimmen zu verlieren?

Ich denke, ein nicht geringer Teil der PDS-Basis denkt und handelt wie Otto Normalverbraucher. Leider gibt es auch innerhalb unserer Basis rassistische Vorurteile und Einstellungen. Vieles wird auch nicht ausgesprochen, aber gedacht. Das ist eigentlich das Traurige: Daß es offenbar der PDS nicht gelungen ist, das, was engagierte Leute an Konzepten entwickelt haben, tatsächlich auch bis runter an die Basis zu vermitteln. Es ist uns einfach nicht gelungen, diese Programme wirklich überzeugend an der eigenen Basis zu vertreten – nicht nur im Bereich antifaschistischer Politik. Wir müssen uns in der nächsten Zeit wieder intensiver damit beschäftigen, was unsere Visionen sind und was eigentlich unser tatsächlicher Stand ist. Der Ist-Zustand hängt weit hinter unseren Visionen her.

In dem Papier steht auch der Satz: »*Die PDS versteht sich als konsequent antifaschistische Partei.*« Demgegenüber steht in bestimmten Regionen wie im Muldentalkreis/Wurzen, Hoyerswerda oder der ganzen Lausitz die Tatsache, daß das Problem von PDS-VertreterInnen ignoriert oder heruntergespielt wird. Jugendliche und Antifas, die mit dem Thema an die PDS herantreten bzw. die Situation öffentlich machen, werden als Nestbeschmutzer angesehen. Lokalpatriotismus ist in der PDS oftmals wesentlich stärker ausgeprägt als der Wille, gegen rechts vorzugehen.

Ja, das ist ganz deutlich so. Man müßte diesen Bereich viel stärker thematisieren. Andere in der PDS sagen dagegen: *»Ihr popularisiert diese Rechten erst, Ihr macht sie durch antifaschistische Öffentlichkeitsarbeit hoffähig«.* Ich halte dem entgegen: Wenn ich wirklich was gegen rechts machen will, muß ich zunächst aufklären – auch über Ziele und Strategien der Rechten. Und ich muß auch versuchen, daß die PDS-Basis selber herausfindet, wo die Unterschiede zu unseren Ansätzen sind. Es kann nicht angehen, daß auf öffentlichen Veranstaltungen – wie dieses Jahr im Erzgebirge zum 1. Mai – ein Vertreter der NPD für seine Rede beklatscht wird, unter anderem auch von Mitgliedern der PDS. Als danach einige von ihnen befragt wurden, warum sie geklatscht haben, lautete die Antwort: *»Das war doch 'ne gute Rede. Genau das wollen wir auch!«* Ein weiteres Beispiel: Wir haben uns im Bundestagswahlkampf bedauerlicherweise oftmals dazu hinreißen lassen, bei Diskussionen aufzutreten, wo auch Vertreter rechter Parteien auf dem Podium saßen. Wenn wir das durchgehend ablehnen würden, dann entgeht uns vielleicht manchmal eine Wahlveranstaltung. Aber ich glaube, die Leute könnten das besser nachvollziehen, als wenn wir uns immer hinstellen und sagen, wir stellen uns gegen die Rechten, aber vor Ort diskutieren wir dann mit ihnen.

» Wir haben uns oftmals dazu hinreißen lassen, bei Diskussionen aufzutreten, wo auch Vertreter rechter Parteien auf dem Podium saßen. «

Repräsentieren die in dem Papier vertretenen Positionen in der PDS eine Mehrheitslinie?

Zum Teil. Aber nicht in allen Punkten. Die einen haben das Papier zu den Akten gelegt und gesagt *»Noch ein schwachsinniges Papier. Damit beschäftigen wir uns nicht und machen lieber unser eigenes Ding«.* Andere haben es diskutiert. Aber am Ende ist für mich die Arbeit wichtig, und nicht, was auf vier Seiten Papier steht. Das Schlimme an diesem Papier ist, daß die PDS versucht, sich als die einzige in Deutschland existente antifaschistische Kraft hinzustellen. Da werden andere Organisationen wie beispielsweise der VVN/BdA mit keiner Silbe erwähnt. Es gibt auch keine Reflektion darüber, welche Positionen andere Parteien oder Organisationen zu dem Thema einnehmen. Wir haben in Sachsen schon gute Veranstaltungen mit Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen gemacht. Alle diese Leute werden in diesem Papier ausgegrenzt. Wenn ich wirklich in der PDS antifaschistische Politik betreiben will, dann muß ich wenigstens eine Aussage haben, wie ich mit meinen Bündnispartnern oder mit Leuten umgehe, die auch auf diesem Gebiet tätig sind. Und die finden in dem ganzen Papier überhaupt keine Erwähnungen – außer die autonome Antifa, die auch noch ausgegrenzt wird.

In Rostock hat die PDS ihre Anmeldung einer Gegendemonstration in Dierkow, dem Stadtteil, wo die NPD marschiert ist, 24 Stunden vor dem NPD-Aufmarsch zurückgezogen. Was ist da passiert?

Ich kenne die Gründe dafür auch nicht, aber ich finde das Verhalten des PDS-Kreisverbandes Rostock peinlich. Ich hätte die Anmeldung aufrechterhalten, denn dann hätte das Schweriner Innenministerium die Antifademo verbieten müssen. Stattdessen hat die PDS vor Ort vorauseilenden Gehorsam praktiziert.

Angeblich hat sich das sächsische Innenministerium für ein Verbot der JN ausgesprochen. Stimmt das?

Nein. Innenminister Klaus Hardraht hat auf eine parlamentarische Anfrage von mir dazu wörtlich geantwortet, daß er zur Zeit nicht an einen Verbotsantrag gegen die rechtsradikale NPD und/oder ihre Jugendorganisation denkt.

Eine letzte Frage. In Sachsen finden im nächsten Jahr Landtagswahlen statt. Wie sieht Deine Prognose dafür aus?

Ich denke, daß die Rechten zulegen werden. Die NPD hat zum gegenwärtigen Zeitpunkt durchaus reelle Chancen, in den sächsischen Landtag einzuziehen. Im Übrigen haben die Rechten bei den Bundestagswahlen in Sachsen einige Stimmengewinne erzielt.

Danke für das Gespräch. ■

Nach monatelangen Vorbereitungen schaffte es die Antira/Antifaszene in diesem Sommer, gleich dreimal offensiv an die Öffentlichkeit zu gehen: Den Anfang machten die »Frauen/Lesbenaktionstage« in Görlitz Anfang Juli; dann folgte das gemischte Grenzcamp in der gleichen Region, und ab August zog die »Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen« über mehrere Wochen durch alle Bundesländer. Aus Platzmangel können wir nur kurz auf alle drei Aktionen eingehen. Wir hoffen, daß die guten Ansätze dieses Sommers in vielen Nachfolgeaktionen und in kontinuierlicher Arbeit gegen das Asylbewerberleistungsgesetz und die Abschiebepolitik weitergeführt werden.



»Kein Mensch ist illegal«

Die Karawane

Vom 15. August bis zum 19. September zog die Karawane durch insgesamt 45 Städte. Unterstützt wurde das Projekt von Flüchtlingsorganisationen wie Yek-Kom, WTM, IFIR, AFHF und The Voice sowie von den Gruppen der Kampagne »Kein Mensch ist illegal«, von Frauen- und Lesbenorganisationen und dem Antirassismusbüro Bremen. Das Konzept bestand im wesentlichen darin, den Widerstand von Flüchtlingen und MigrantInnen in den jeweiligen Orten zu unterstützen. In Thambach-Dietharz in Thüringen beispielsweise, wo sich ein Flüchtlingslager mit katastrophalen Lebensbedingungen für die 500 dort zwangsweise untergebrachten Asylsuchenden befindet, zog die Karawane zusammen mit rund 150 Menschen, darunter viele afrikanische Flüchtlinge, vor den Lagereingang. Trotz eines zuvor vom thüringischen Innenministerium verhängten »Besuchsverbots« erhielt eine Delegation der Karawane Zutritt zum Lager. Das Lager befindet sich am Waldrand, ist von einem drei Meter hohen Stacheldrahtzaun umgeben und hat zwei elektronisch gesicherte Eingangstore. Viele Flüchtlinge leiden aufgrund der Massenversorgung an körperlichen Beschwerden. Dazu kommen die psychischen Folgen der Sammelunterkunft und gesellschaftlichen Ausgrenzung. Die Karawane forderte gemeinsam mit dem thüringischen Flüchtlingsrat die Auflösung des Lagers und eine Unterbringung der BewohnerInnen in Einzelunterkünften in der nahegelegenen Stadt Gotha. In Hannover und Büren demonstrierte die Karawane gemeinsam mit antirassistischen Gruppen gegen die dortigen Abschiebeknäste. In Bielefeld organisierte die Karawane spontan eine Demonstration unter dem Motto »*Wir haben keine Wahl, aber eine Stimme*« zum SPD-Parteitag in der Stadthalle. An der Abschlußdemonstration in Köln beteiligten sich dann rund 3.000 Menschen.

Ein Gefühl von Einheit

Zur Stimmung unter den KarawanenteilnehmerInnen und der Resonanz auf die Aktion schrieben einige TeilnehmerInnen nach der ersten Hälfte der Karawane: »*Nach 18 Tagen auf Tour hatte die Karawane beständig an Zuversicht und Bewußtsein gewonnen. Während dieser 18 Tage haben wir mehr als 10.000 Leute getroffen, die gekommen waren, um die Karawane zu sehen, und ebenso Hunderte von Organisationen. In jeder einzelnen Stadt haben wir auf der Straße die Probleme von Flüchtlingen und MigrantInnen zum Ausdruck gebracht. Wir haben gegen Abschiebungen, gefängnisähnliche Flüchtlingslager, für die Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe protestiert und unseren Widerstand gegen alle Formen von Rassismus zum Ausdruck gebracht. Jene von uns, die mehrere Tage im Bus mitgereist sind, egal ob Flüchtling, MigrantIn oder Deutsche/r haben die aufregende Geburt einer neuen Bewegung gespürt. Die »Kerngruppe« der Karawane besteht im Moment aus Leuten aus Kurdistan, der Türkei, Nigeria, dem Iran, der Elfenbeinküste, Sierra Leone, Togo, Zaire-Congo, Tamil Eelam, Sri Lanka, Indien, Chile sowie fortschrittlichen Leuten aus England, den USA und natürlich aus Deutschland. Viele andere Leute, beispielsweise aus Vietnam, dem Kosovo, aus Afghanistan, Rußland sowie den meisten lateinamerikanischen Ländern haben an den Demonstrationen in den verschiedenen Städten teilgenommen. Zahlreiche Flüchtlinge unterschiedlicher Herkunft haben sich zu dem Gefühl der Kraft der Einheit geäußert. Beobachter haben ihre Überraschung darüber ausgedrückt, daß Leute mit unterschiedlichen Kulturen und ideologischen Ansichten zusammenarbeiten können.*«

Die Grenzcamps

Im Rahmen der Kampagne »Kein Mensch ist illegal« hatten Frauen- und Lesbengruppen sowie gemischte antirassistische Gruppen die Situation in den Grenzregionen an der Oder und Neiße zu einem Schwerpunkt gemacht. Mit unterschiedlichsten Aktionen sollte versucht werden, die Bevölkerung über Fluchtursachen zu informieren und die weithin vorherrschende Mentalität der Zusammenarbeit mit dem BGS und der Denunziation von Flüchtlingen beim Grenzübertritt zumindest in Frage zu stellen. Immerhin werden 2/3 aller Flüchtlinge nach Denunziationen durch die Bevölkerung festgenommen. So errichteten Frauen und Lesben während der Aktionstage in Görlitz beispielsweise ein »*Denkmal für den unbekannten Denunziant in einer Telefonzelle*«; beim gemischten Camp wurde mit viel Medienöffentlichkeit ein symbolischer illegaler Grenzübergang aufgebaut.

Das gemischte Grenzcamp reagierte außerdem mit einer Demonstration und konkreter Betreuung für die betroffenen Flüchtlinge auf die Hetzjagd des BGS auf einen Bus mit 16 Flüchtlingen. Dabei starben sieben Flüchtlinge. Neben den Schwerpunkten »Rassismus« und »Offene Grenzen« wurden auch die örtlichen Strukturen der Neonaziszene in Görlitz angegangen. Auch wenn nach Einschätzungen, sowohl der Frauen/Lesbenaktionstage als auch des gemischten Camps, die örtliche Bevölkerung auf die Aktionen eher zurückhaltend bis mißtrauisch und ablehnend reagierte, gab es auch Überraschungen: Die Lokalpresse berichtete überwiegend positiv und erstaunlich inhaltlich über die Forderungen der Camps, und beim «*Rave against the Border*« des gemischten Camps beteiligten sich die Jugendlichen aus der nahegelegenen Kleinstadt Rothenburg spontan mit einer eigenen Bühne. ■

Detailliertere Informationen und Berichte über die Karawane können abgefragt werden bei: Koordinationsbüro, Internationaler Menschenrechtsverein Bremen e.V., Kornstraße 51, 28201 Bremen, Telefon 0421/5577093, Fax 0421/5577094, e-mail: mail@humanrights.de und im Internet unter: www.humanrights.de. Spendenkonto: Kto.-Nr. 10 73 92 82, Sparkasse Bremen, BLZ 290 501 101.



»Wir haben uns eine Akzeptanz regelrecht erarbeitet«

mit der Jungen Gemeinde Jena-Stadtmitte



AIB: Seit wann gibt es Euch, und was macht Ihr momentan?

JG: Die JG-Stadtmitte gibt es seit Anfang der 70er Jahre. Zuerst waren es die »Langhaarigen«, und später kamen die Punks dazu. Zu DDR-Zeiten war die JG eine der wenigen Möglichkeiten für solche Leute, sich zu treffen, Gedanken auszutauschen und einfach so zu sein, wie man sein wollte. Und die Stasi war immer dabei – wie sich später herausstellte.

Ab 1990/91, nachdem fast ein Jahr nichts mehr mit der JG gelaufen war – die Leute hatten sich anderweitig engagiert, von Parteiarbeit über Vereine gründen bis Häuser besetzen – kam langsam die JG wieder auf die Beine: Stasispitzel wurden entlassen, Wanzen entfernt (lachen), Mitarbeiter neu eingestellt, nötige Sanierungen vorgenommen. Ab Februar 1991 traf sich eine erste kleine Gruppe, um mit der eigentlichen JG-Arbeit wieder anzufangen: erst einmal mit tausend Arbeitseinsätzen und bald auch mit inhaltlicher Arbeit. Die drehte sich von Anfang an – nicht nur, aber in wesentlichen Teilen – um die Auseinandersetzung mit Rechten.

»Erst wurde es tagelang unter Wasser gesetzt, dann Feuer gelegt, zuletzt schlugen sie alles kurz und klein.«

Die JG ist heute wieder ein Treffpunkt für Leute so zwischen 14 und 25, aus Jena hauptsächlich, aber auch drumherum. Leute, die aus unterschiedlichen Gründen immer wieder aus der Reihe tanzen. Neben der normalen Arbeit (Info-Runden, Cafébetrieb, Arbeiten an Haus und Hof, KDV- und TKDV-Beratung, Barabende usw.) laufen zur Zeit die Vorbereitungen zum Flüchtlingstag. Auch der 3. Oktober kommt gewiß, und mit ihm so mehrere hundert Leute und x Bands: Für die einen eine Anti-Einheits-Fete, für andere ein Chaostag oder einfach ein thüringenweites Punkertreffen. Für die Stadtherren jedenfalls ein Tag des Grauens: Die Polizei in Bereitschaft, das Jugendamt mit ihren Sozialarbeitern vor der Tür und die Zivis unauffällig wie eh und je.

Wie seid Ihr darauf gekommen, Antifaarbeit zu machen?

Im Januar/Februar 1990 gab es mehrere Überfälle von Glatzen auf unser Haus. Erst wurde es tagelang unter Wasser gesetzt, dann Feuer gelegt – was sich in dieser Reihenfolge als recht schwierig erwies –, zuletzt schlugen sie alles kurz und klein. Spätestens damit war die Konfrontation mit den Rechten vorprogrammiert. Zuerst ging es mehr um die gewalttägigen Überfälle auf Leute von uns. Seit Mitte der 90er Jahre ist die Arbeit viel stärker politisch geprägt.

Gibt es Bereiche, an denen Ihr kontinuierlich arbeitet?

Den Laden am Laufen halten – das ist schon eine richtige kontinuierliche Arbeit, sozusagen die Grundlage für alles andere. Darüber hinaus sind wir uns erst mal selber wichtig. Auch bei uns gibt es Liebeskummer und Zoff untereinander und jede Menge Scheißprobleme: von der Schule bis hin zur Wohnung usw. Daß wir das mitkriegen, wie es dem/der anderen geht, ist wichtig. Nur so, oder besser, deshalb ist es uns möglich, da zu sein, wenn es darauf ankommt; dann aber auch ganz.

Ihr habt Euch in der Saalfeldmobilisierung stark engagiert. Führt Ihr die Saalfeldkampagne in irgendeiner Form weiter?

»Trotzdem hoffen wir, daß die Saalfeld-Kampagne mit zu einer veränderten Sichtweise des Rechtsradikalismus in der Öffentlichkeit beiträgt.«

Mit der Saalfeld-Demo wurde die Auseinandersetzung mit den Faschos auf ein neues politisches Niveau gehoben. So tief hatten wir uns bis dahin in keine Bündnisarbeit reingehangen. Das Wichtigste daran war vielleicht, daß sich so viele und unterschiedliche Gruppierungen und Parteien und Einzelpersonen zusammengefunden haben. Daß Vorurteile und

Mißtrauen abgebaut werden konnten und daß wir uns selbst in schwierigen Situationen nicht haben auseinandertreiben lassen. Wenn's drauf ankommt, wenn eine breite Öffentlichkeit erreicht werden soll, versuchen wir diese Bündnisarbeit fortzuführen, so zuletzt bei der Rep-Kundgebung mit Rolf Schlierer in Jena. In diesem erweiterten Sinn führen wir die Saalfeld-Kampagne weiter. Am »Saalfelder Bündnis« mit seinen monatlichen Treffen sind wir auch noch dran, aber unser Hauptaugenmerk liegt nicht mehr nur auf Saalfeld. Wir müssen hier bei uns, vor allem was das Neubaugebiet in Jena-Lobeda betrifft, genau so aufpassen.

Wie schätzt ihr die Saalfeldkampagne allgemein ein, könnt ihr was über die jetzige Situation in Saalfeld sagen?

Wie schon bei der ersten verbotenen Demo im Oktober '97 waren wir auch im März einer wahnsinnigen Diffamierungskampagne ausgesetzt – vom SPD-Innenminister angefangen über die Medien bis hin zu den Lokalpolitikern. Trotzdem hoffen wir, daß die Saalfeld-Kampagne mit zu einer veränderten Sichtweise des Rechtsradikalismus in der Öffentlichkeit beiträgt. Zumindest von einigen Medien und von manchem Politiker hört man mittlerweile deutlichere Worte. In Saalfeld selbst hat sich wenig verändert bzw. es ist noch schlimmer geworden. Das hängt auch damit zusammen, daß die Faschos ihren zentralen Treffpunkt in Heilsberg verloren haben und nun verstärkt versuchen, in Saalfeld-Gorndorf Fuß zu fassen. Das dortige Jugendzentrum wurde über Wochen regelrecht belagert und Besucher angemacht und verprügelt. Zuletzt, weil man sich nicht mehr anders zu helfen wußte, hat man das Jugendzentrum schließen müssen.

Warum seid Ihr kirchlich organisiert?

Die JG ist etwas anderes: Einerseits gehören die Räume der Evangelischen Kirchgemeinde und die Arbeit wird finanziell und – wenn's darauf ankommt – auch inhaltlich unterstützt. Andererseits sind wir nicht kirchlich organisiert in dem Sinn, daß die Kirche unsere Arbeit bestimmen würde. Es gibt Leute von uns, die in der Kirche sind und/oder ganz bewußt christlich zu leben versuchen und in der JG auch so eine Art andere Kirche sehen. Manches davon fließt in unsere Arbeit ein. Andere dagegen haben mit der Kirche nichts am Hut oder stehen der Institution sehr skeptisch gegenüber.

»...wenn, dann kommen Einmischungsversuche von Seiten der Stadt.«

Hattet Ihr schon einmal Ärger mit kircheninternen Hierarchien, z.B. in der Form, daß Euch ein Pfarrer oder Sozialarbeiter sagen wollte, was Ihr zu tun oder zu lassen habt?

Eine schwierige Frage für uns: Einerseits haben wir mittlerweile mit und durch unsere Arbeit ziemlich viel Anerkennung in Jena und auch in der Kirchengemeinde bekommen – auch und gerade mit manch heiklen und umstrittenen Aktionen. Wir haben uns sozusagen eine Akzeptanz regelrecht erarbeitet, so daß man sich von außen nicht einmischt, jedenfalls nicht von der Kirche. Wenn, dann kommen Einmischungsversuche von Seiten der Stadt.

Andererseits ist mit dem Pfarrer und den MitarbeiterInnen eine »Kirchenhierarchie« schon vorhanden. Aber nicht von »Außen« oder gar von »Oben« sondern sozusagen von »Innen«. Die gehören mit dazu und auch die damit verbundenen Reibungen und Auseinandersetzungen.

Was für Bündnispartner habt ihr in der kontinuierlichen Arbeit?

Für unsere kontinuierliche Arbeit haben wir keine festen Bündnispartner. Das hängt natürlich auch damit zusammen, daß wir hier so eine Art Großgruppenarbeit haben mit bis zu 150 Leuten und unterschiedlichen Interessen, Problemen und Kleingruppen usw. Wichtige Kontakte zu anderen laufen in der Regel über persönliche Beziehungen, die einzelne von uns privat oder auch über die JG aufgebaut haben und die immer wieder in die Arbeit einfließen: PDS-Land und Jena, LAG Thüringen, hbv Erfurt, DGB Ostthüringen, Ausländerbeirat Jena, Anti-Atom-Plenum Thüringen, Flüchtlingsrat Thüringen, ai, Latino e.V., Grüne, bestimmte kirchliche und Antifa-Gruppen in Thüringen u.a.m.

Gibt es andere Bereiche außer Antifaschismus, in denen ihr Euch engagiert?

Die Antifa-Arbeit ist sicher zur Zeit einer der wichtigsten Bereiche unserer Arbeit, hinzu kommt die ganze Asylproblematik sowie die Anti-Atom-Bewegung. Das jeweilige Engagement hängt auch immer von ganz aktuellen Entwicklungen oder auch persönlichen Problemen ab. Zum Beispiel stehen wir im Moment vor der Frage, ob wir so eine Art Kirchenasyl organisieren, weil zwei Freunde von uns aus Kurdistan vor der Abschiebung stehen. Ansonsten laufen noch jede Menge anderer Sachen, von Konzerten, Kino bis hin zu Rüstzeiten (Freizeiten), selbst eine Fußballmannschaft gibt es – damit die Politik uns nicht völlig die Luft nimmt.

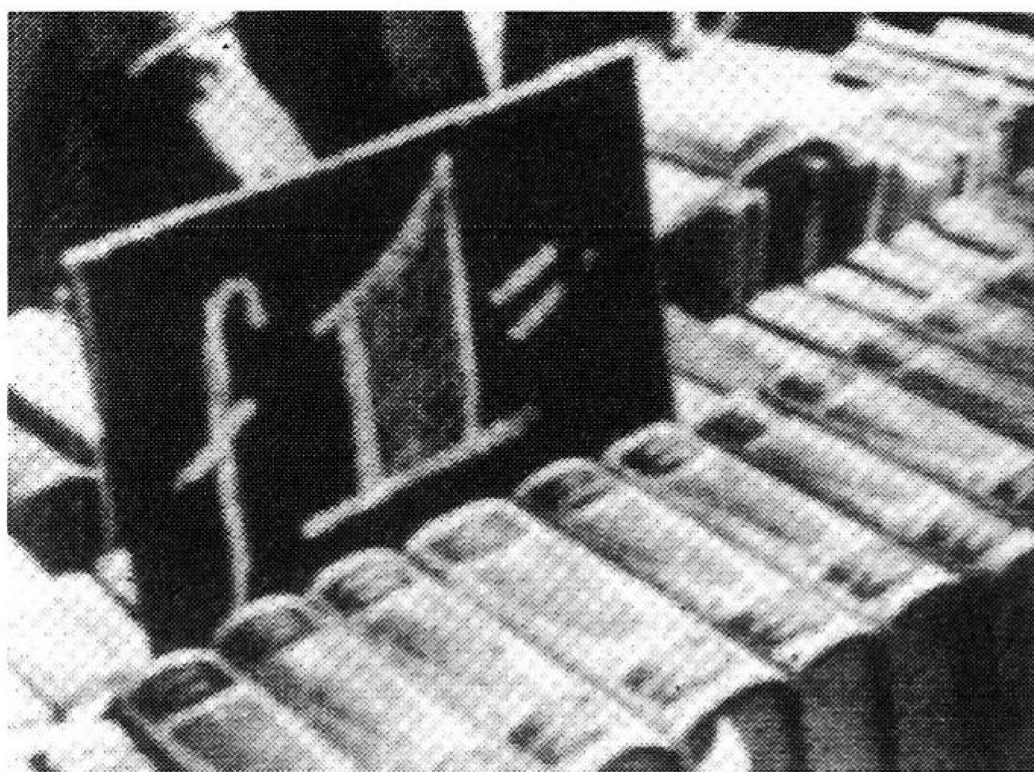
Seid ihr durch Euer Engagement schon einmal Ziel staatlicher Repression geworden? Wenn ja, wie sah diese aus, und wie geht ihr damit um?

Irgendwann kam mal jemand herein, wedelte mit einer Blechmarke herum und meinte, daß jetzt keiner mehr den Raum verlassen solle. Ihm folgten allerlei Herren und Damen in grün (und zwei Hunde – braun/schwarz) und durchsuchten alle und alles. Ja, das war dann unsere erste Drogenrazzia (in Jena und überhaupt in Thüringen). Zu Beschlagnahmen gab es nicht viel. Aber darum ging es wohl auch gar nicht. Ein Beispiel – vielleicht das spektakulärste bisher – zu den Versuchen offizieller Stellen, unsere Arbeit und damit das politische Engagement zu diskreditieren und so in eine nicht ernstzunehmende Kriminellenecke zu stellen. Das übliche Spiel, wenn Argumente nicht mehr reichen. In der Regel reagieren wir auf solche Versuche sehr offensiv und versuchen sie mit Phantasie und Witz – und harter Arbeit auch – zurückzuschießen.

Danke für das Gespräch. ■

Anmerkung der Redaktion:
Wie wir erfahren haben, wurde am Abend des 3. Oktober auf dem Gelände der JG ein Transparent mit der Aufschrift: *»Lieber tot als rot – Thüringer Heimatschutz«* angebracht. Das Transparent wurde sehr schnell entdeckt und entfernt. Es ist allerdings zu befürchten, daß diese Provokation der Nazis ein Anzeichen dafür ist, daß sie sich nicht mehr nur auf Jena-Lobeda beschränken sondern ihren Terror auch auf die Innenstadt ausweiten.

Das Interview wurde geführt mit VertreterInnen der Infogruppe der Jungen Gemeinde Jena-Stadtmitte.



Bücher, Broschüren, Zeitungen, Filme

Kater, Michael H.: Das »Ahnenerbe« der SS 1935-1945. Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reiches. 2., um ein ausführliches Nachwort ergänzte Auflage. R. Oldenbourg, München 1997, 529 S., DM 128,-.
Hachmeister, Lutz: Der Gegnerforscher. Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six. C.H. Beck, München 1998, 414 S., DM 58,-.
Gutberger, Jörg: Volk, Raum und Sozialstruktur. Sozialstruktur- und Sozialraumforschung im »Dritten Reich«. Lit-Vlg., Münster 1996, 602 S., DM 58,80.

Seit die SS Mitte der 30er Jahre ihre Macht gefestigt hatte, drang sie in weite Gebiete der Gesellschaft und Politik ein. Zu einem Interessengebiet wurde auch die Wissenschaftspolitik. Der »Reichsführer-SS« Heinrich Himmler war besonders an germanischer Vorgeschichte interessiert und baute zu diesem Zweck die Stiftung »Ahnenerbe« auf. Diese Stiftung bewegte sich in einer eigentümlichen Mischung aus Wissenschaftlichkeit, kruder Germanenromantik und rassistischer Ideologieproduktion, die bis hin zur Fälschung reichte. Die Vorgeschichtsforschung des Ahnenerbe ist wichtig zum Verständnis jener Ideologie, die bis heute in Teilen des Neonazi-Spektrums gepflegt wird. Pseudoreligiöse Sinnstiftung durch den Blick auf die angebliche Götterwelt der Germanen, wie sie von den seit 1937 im Ahnenerbe versammelten Kräften vor 1933, im NS und auch wieder nach 1945 betrieben wurde, motiviert viele jüngere Nazis in der Gegenwart. Über das Ahnenerbe erschien bereits 1974 das Standardwerk von Michael H. Kater. Dieses Buch war in den letzten Jahren ausgesprochen schwer zu beschaffen, auch in größeren Bibliotheken geklaut oder ständig ausgeliehen. Nun legt der Verlag Oldenbourg eine Neuauflage vor.

Kater konnte seinerzeit nachweisen, daß die Stiftung keineswegs die schrulligen Spinnereien des »Reichsführers« allein bediente und bei harmlosen Gräbereien und Fälschungen stehenblieb. Schon vor Kriegsbeginn wurde das Ahnenerbe von der SS, bei der es als Amt fungierte, zu Kontroll- und Repressionszwecken im Wissenschaftsbereich eingesetzt – es erfüllte, wie Kater schreibt, »kulturpolitische Polizeifunktionen«. Insbesondere im Krieg weitete es seine Aufgaben aus. Rassen- und Rüstungsforschung wurden beim Ahnenerbe nicht zuletzt mit brutalen Menschenversuchen in Konzentrationslagern betrieben. Schließlich geriet das Amt nach Katers Darstellung in eine innere Krise. Der zweiten Auflage, die neuere Forschungen nicht berücksichtigt, fügt der Verfasser ein sechsseitiges Nachwort bei, in dem er auch Selbstkritisches anmerkt. So scheint er sich in zahlreichen Gesprächen mit Beteiligten etwas zu weit auf deren Selbstdarstellung eingelassen zu haben. Vor diesem Hintergrund muß das Buch sicher auch kritisch gelesen werden. Daß der Verlag es jetzt neu aufgelegt hat und damit zumindest in Büchereien wieder zugänglich macht, ist eine erfreuliche Entscheidung. Germanisch-heidnische Orientierungen im rechtsextremen Lager können damit zwar nur in Ausschnitten besser verständlich gemacht werden. Daß es sich dabei aber nicht bloß um harmlose Kindereien handelt, zeigt die Geschichte des Ahnenerbe.

In Verbindung mit dem Ahnenerbe wirkte in den späten 30ern nicht zuletzt auch der einflußreiche Amtschef im SS-Sicherheitsdienst (SD), Franz Alfred Six. In Lutz Hachmeisters nun vorgelegter biographischer Studie über den »Gegnerforscher« finden wir davon, wie von einigen anderen Tätigkeitsfeldern des »SS-Professors«, wenig. Insgesamt ist dieses seltsam unkonzentrierte und oberflächliche Buch eine große Enttäuschung. Zwar fördert der Autor, bis 1995 Leiter des Adolf-Grimme-Instituts in Marl und renommierter »Medienbeobachter«, zahlreiche interessante Einzelaspekte über die Tätigkeit des von Six geleiteten SD-Amtes für »Weltanschauliche Forschung« zutage. Gerade die rabiaten Säuberungs- und Vereinnahmungsaktivitäten im Wissenschafts- und Kulturbereich, für die der drittklassige Wissenschaftler mit dem außerordentlichen Organisationstalent von Himmler und Heydrich immer wieder eingesetzt wurde, werden in der Darstellung zu wenig berücksichtigt. Ein roter Faden läßt sich in dem Buch nicht finden, immer wieder schweift Hachmeister ab. Damit liefert er, allerdings verstreut, immerhin zahlreiches Material über einzelne Mitarbeiter von Six, die auch nach 1945 zum Teil eine Rolle spielten. Für die Geschichte des bundesrepublikanischen Rechtsextremismus ist beispielsweise der Soziologe Karl Heinz Pfeffer von Interesse, der mit Six im Krieg wissenschaftlich zusammenarbeitete. In der Restaurationsphase der 50er gab er im Vowinckel-Verlag (der inzwischen in der Verlagsgemeinschaft Berg aufgegangen ist) die »Zeitschrift für Geopolitik« heraus.

Six eigene Nachkriegskarriere bleibt dagegen weitgehend im Dunkeln. Nach wie vor ungeklärt ist die Frage, ob der Geheimdienstmann später für Gehlens BND arbeitete – wie dies in der DDR immer wieder behauptet wurde. Hachmeister folgt hier der Darstellung des BND selbst, die allerdings wenig aussagekräftig ist, und hält eine solche Tätigkeit für unwahrscheinlich. Auch die Rolle, die Six im Anwaltsbüro des berüchtigten FDP-Abgeordneten Ernst Achenbach spielte, bleibt ungeklärt, Hachmeister hält sie für wenig bedeutend. Das Büro und die dort von Werner Best organisierte Amnestiekampagne ist ein wichtiger Aspekt in der Frühgeschichte der bundesrepublikanischen extremen Rechten und wird vom AIB demnächst ausführlicher dargestellt.

Das zweifellos interessanteste Kapitel des Buches – und hier schwingt sich Hachmeister tatsächlich zu Hochleistungen auf – ist ein Exkurs über die Frühgeschichte des Spiegel. Rassistische Beiträge im Magazin und nationalistische Ausfälle des Gründers und Herausgebers Rudolf Augstein in den 90ern werden vielleicht verständlicher, wenn man nun weiß, daß er von Beginn an mehrere ehemalige SD-Mitarbeiter beschäftigte, die immer wieder mit »Hintergrundberichten« über die Nazizeit und aus dem Bereich der Geheimdienste aufwarteten. F.A.Six rechte Hand, Horst Mahnke, wechselte allerdings von der Ressortleitung »Internationales« später zu einer einflußreichen Position im Springerimperium, ebenfalls ein würdiges Aufgabenfeld für einen Nazi-Geheimdienstler. Wie der Rezensent der Süddeutschen Zeitung bemerkt, wagt sich Hachmeister mit der Untersuchung des Spiegel an »eine der letzten Tabuzonen bei der Untersuchung brauner Kontinuität«.

Vor allem wegen solcher Kontinuitäten sei hier auch noch ein weiteres Buch zur NS-Wissenschaftspolitik erwähnt. Jörg Gutbergers Arbeit zur soziologischen Raumforschung ist wohl eher für Fachpublikum interessant, zumal es mit den beiden anderen Büchern den hohen Preis teilt und damit für unsere LeserInnen kaum erschwinglich sein wird. Aber in einem über fünfzigseitigen biographischen Anhang liefert es Daten über zahlreiche deutsche Sozialforscher, die ihre Karriere im Rahmen der nationalsozialistischen »scientific community« fortsetzten oder begannen, und die in der Regel nach 1945 weiter wirkten. Da einige von ihnen rechte Orientierungen weiter öffentlich pflegten, andere sehr wichtig in der bundesrepublikanischen Wissenschaft oder gar Politik wurden, macht dieser Anhang – und die ausgedehnte Bibliographie – Gutbergers Buch zu einem wichtigen Nachschlagewerk, auf das wir im Bereich antifaschistischer Recherche ausdrücklich aufmerksam machen wollen.

Grufties gegen rechts: Die Geister, die ich rief... Selbstverlag, Bremen 1998, 16 S.

In den letzten Jahren hat es wiederholt Versuche von rechts gegeben, Verbindungen zur Dark Wave/Gothic-Szene zu knüpfen. Beispiele für diese Anknüpfungsversuche sind die Verbindungen zwischen der rechts-intellektuellen Jungen Freiheit und der Szene-Musikzeitschrift Zillo 1996, bzw. die Neuerscheinungsanzeige für den »Leni Riefenstahl-Sampler« in der Zillo vom Dezember '96/Januar '97. Auf diesem Sampler sind viele Bands vertreten, die dafür bekannt sind, rassistische Ideologien und neurechtes Gedankengut in ihren Texten zu propagieren. Ein anderes Beispiel ist die Dresdner Zeitschrift Sigill, die sich als »*Magazin für die konservative Kulturavantgarde Europas*« (Untertitel) für die rechte Dark Wave-Szene versteht und mit ihrem Musikteil versucht, das ganze Spektrum der Szene zu erreichen. Gern wird der ideologische Hintergrund unter einer neuheidnisch-mystischen Oberfläche verborgen, was in einer so facettenreichen Szene oft nicht schwer ist.

Diesem Trend stellen sich ganz bewußt einige VertreterInnen der Dark Wave/Gothic-Szene mit einer kleinen neuen Publikation entgegen. In ihrem Heft setzen sie sich direkt mit der Tatsache auseinander, *»daß sich auch in Teilen der Dark Wave/Gothic-Szene seit einiger Zeit rechtsextreme, nationalistische und neofaschistische Tendenzen breit machen«*. Die AutorInnen kommen selbst aus dieser Szene und deren Musikspektrum. Im Heft werden verschiedene Beispiele angeführt und auch die Hintergründe und Zusammenhänge erläutert, wie zum Beispiel die oben angedeuteten Vorfälle.

Diese Publikation ist ein weiterer, nötiger Versuch, neben den verschiedenen »Erklärungen gegen Rassismus und Neonazismus«, die von einigen Bands aus der Szene in den letzten Jahren verfaßt und unterschrieben wurden, der Etablierung rechten Gedankenguts in der Dark Wave/Gothic-Szene entgegenzutreten. Außerdem wird mit dem Heft gewährleistet, daß die Hintergründe rechter Gothic-Bands und deren Veröffentlichungen über die Szene hinaus bekannt werden.

Bestellen kann man das Heft bei: Grufties gegen rechts/Music For A New Society, c/o St. Pauli-Str. 10/12, 28203 Bremen oder bei feb@uni-bremen.de.

Frauenzeitschriften im nationalsozialistischen und rechtsextremen Spektrum und ihr Frauenbild

Kampfgefährtinnen und Mütter

Häufig finden Frauen keine Erwähnung, wenn es um Rechtsextremismus in der Bundesrepublik geht. Dabei sind sie nicht nur Randfiguren, sondern wichtiger Teil rechter Ideologien und Organisationen. Sie lassen sich nicht auf ein Klischee »der« rechten Frau reduzieren. Einige präsentieren sich als Renee oder Skingirl der Öffentlichkeit, anderen sieht man ihre rechte Einstellung äußerlich nicht an. Teilweise vertreten sie sehr traditionelle Vorstellungen vom »Frau-Sein«. Aber die Annahme, rechtsextreme Frauen strebten alle die Hausfrauen- und Mutterrolle an, ist falsch. Vielmehr vertreten heute rechte Frauen in ihrem Lebensalltag und ihren politischen Aktivitäten auch antisexistische Meinungen und begeben sich damit teilweise in Widersprüche. Anhand rechter Frauenzeitschriften von der Zeit des Nationalsozialismus bis heute läßt sich nachvollziehen, wie die Rolle von Frauen in rechten Frauenkreisen diskutiert wird. Eine derartige Analyse ist wichtig, um die eigenen feministischen Konzeptionen zu überprüfen.

Ausgehend von der Diskussion um Frauen als Täterinnen im Nationalsozialismus, die in den 80er Jahren begann, entwickelten feministische Rechtsextremismusforscherinnen Erklärungsansätze, warum Frauen sich in rechte Strukturen begeben. Frauen werden in rechten Parteiprogrammen auf ein Hausfrauen- und Mutterdasein reduziert, was eigentlich der Selbstbestimmung von Frauen widersprechen müßte.

Trotzdem sprechen diese Parteien auch Frauen an (beispielsweise sind ein Drittel der Rep-WählerInnen Frauen), sie sind Sympathisantinnen, Kämpferinnen auf der Straße, aktive Ideologinnen. Da die Lebensrealitäten von Frauen in rechten Kreisen sehr vielfältig sind, kann vermutet werden, daß das programmatische Frauenbild nicht so entscheidend ist. Hauptsächlich scheinen sich rechte Frauen über Auffassungen von Volk, Nation und »Rasse« zu identifizieren. Vielleicht machen gerade die vielfältig lebbaren Frauenbilder rechte Gruppierungen für Frauen attraktiv. Die Frage, ob nun die Frauenbilder oder nationalistische Auffassungen Motive von Frauen sind, sich rechtsextremen Ideologien zuzuwenden, ist bisher nicht vollständig beantwortet. Auf jeden Fall wird in rechten Frauenkreisen über die gesellschaftliche Rolle von Frauen diskutiert.

Interessant ist dabei, welche Lebensentwürfe gezeichnet werden, wie diese begründet und mit nationalistischen Meinungen verknüpft werden, wie und wodurch sich Diskussionen im Laufe der Zeit veränderten.

Rechtes Frauenbild während der NS-Zeit

Während der Zeit des Nationalsozialismus ging die Anzahl der Frauenzeitschriften von 235 (1933) auf 43 (1944) zurück. Die meisten Zeitschriften können als nationalsozialistisch eingeordnet werden, da sie alle entsprechende Ideologien verbreiteten, um überhaupt vor der NSDAP-Zensur bestehen zu können. Die Mehrheit war auf die Themen Haushalt, Familie, Mode, Handarbeiten und nationalsozialistische Propaganda spezialisiert.



In der Wiking-Jugend gehörte trotz nationalsozialistischem Frauenbild die paramilitärische Ausbildung für Frauen und Mädchen mit zum Programm.

Eine von ihnen war die NS-Frauenwarte. Sie erschien von 1932 bis 1945 mit einer Auflage von schätzungsweise mehr als 1,5 Millionen Exemplaren. Dadurch, daß sie der NSDAP unterstand und von der Frauenschaftsleiterin Elsbeth Zander, später Lydia Gottschewski, herausgegeben wurde, hatte sie großen Einfluß. Die NS-Frauenwarte hatte als Zielsetzung, ihre Leserinnen auf die von der Partei vorgeschriebene Frauenrolle einzuschwören und versuchte, Frauen aus allen Bevölkerungsschichten anzusprechen. Sie glorifizierte die Mutterschaft vor dem Hintergrund der »Rassenlehre«. Persönliche Bedürfnisse hätten hinter dem Wohl des »Volksganzen« zurückzustehen. Als Aufgabe der Frau wurde zusammengefaßt: *»Frau sein heißt, dasein für andere«*.

Eine andere Richtung schlug die ab 1933 von Pia Sophie Rogge-Börner – in der einschlägigen Literatur häufig als »National-Feministin« bezeichnet – herausgegebene Zeitschrift Die deutsche Kämpferin ein. Sie hatte vor allem drei Themenschwerpunkte: Offen fremdenfeindlichen Nationalismus, Rassismus, hauptsächlich in Form von Antisemitismus und elitärem »Feminismus«. Aus der Zugehörigkeit von Mann und Frau zur gleichen »Rasse« leitete Rogge-Börner eine gleichberechtigte Position der Frau ab. Sie widersprach damit der nationalsozialistischen Polarisierung männlich/weiblich und verweigerte sich dem Mutterkult. Sie forderte, *»daß an den höchsten, den führenden Stellen in allen Ministerien und Behörden Männer und Frauen in gleicher Verantwortung stehen müssen«* – allerdings innerhalb ihres rassistischen und antisemitischen Weltbildes. Dementsprechend galten ihre Forderungen nur für »nordische« Frauen.

Rogge-Börner machte »orientalische und jüdische Einflüsse« verantwortlich für den Einzug und die Durchsetzung des Patriarchats. Obwohl die Zeitschrift Die deutsche Kämpferin in vielen Punkten mit der nationalsozialistischen Ideologie übereinstimmte, wurde sie 1937 aufgrund ihres Frauenbildes verboten.

Rechte Frauenzeitschriften nach 1945

1954 veröffentlichte die Zeitschrift Nation (und) Europa, deren erste Ausgabe 1950 erschien[1], einmalig eine Frauenbeilage mit dem Titel *»Die Frau in unserer Zeit«*. Die Frau wird darin als starkes Wesen dargestellt, das sich während des Krieges »bewährte«. Die AutorInnen kritisieren, daß nach der Rückkehr vieler Männer, also dem Ende der »Notzeit«, die Frauen oft nicht mehr bereit waren, von ihnen inzwischen eingenommene Stellungen zu verlassen, sondern viele berufstätig blieben und sich so ihrer »natürlichen Bestimmung« entfremdeten.

In den 70er Jahren gab es nach bisherigen Erkenntnissen nur eine einzige rechte Frauenzeitschrift mit dem Titel BAUGE und dem Untertitel »*Mädelbrief der Wiking-Jugend*«. Sie war ein Mitteilungsmedium für die weiblichen Mitglieder der WIKING JUGEND (WJ). Vermutlich traten nach dem Verbot des BUND DEUTSCHER MÄDEL (BDM) 1945 viele ehemalige Mitglieder in den MÄDELBUND DER WJ ein.

In den vorliegenden Ausgaben der Bauge von 1975 stehen vor allem Informationen über *»germanisch-heidnisches Brauchtum«* und Vertriebenenpropaganda im Vordergrund. Außerdem gibt es Berichte von sogenannten Sommer- und Ausbildungslagern der WJ und dem Mädelbund, Hinweise für nationalistische und geschichtsrevisionistische Veranstaltungen, Lieder und Bastelanleitungen.



Die Frauenbilder der Renees sind sehr unterschiedlich. Ein Teil von ihnen akzeptiert ihre Rolle als reines Sexualobjekt in der extrem sexistischen Naziskin-Szene, andere hingegen versuchen dem entgegenzuwirken, geben eigene Zines heraus, verfügen über viele Kontakte und gelten als verläßliche Kontaktpersonen.

Artikel, in denen es explizit um die Rolle von Frauen geht, sind in den vorliegenden Ausgaben nicht enthalten. Aussagen über Mädchen- und Frauenbilder verstecken sich eher in Artikeln wie zum Beispiel »*Deutschen Kindern deutsche Namen*«, in dem Abdruck von Backrezepten oder kommen subtil in Erlebnisberichten vor: *»Am Mittwochabend lernten wir schießen und legten die Feuerstellenprüfung ab. [...] Im Lagerbus fuhren 16 Mädel [...] zum Jungenlager, wo wir aßen und das Küchenzelt schrubben durften.«*

In Anlehnung an die Entwicklung der militanten Neonaziszene in der BRD erschienen dann in den 80er Jahren zwei rechte Frauenzeitschriften: DIE DFF INFORMIERT, aus der später die KAMPFGEFÄHRTIN wurde, und der MÄDELBRIEF.

Die von URSULA WORCH herausgegebene Zeitschrift Die DFF informiert war das erste Mitteilungsmedium der DEUTSCHEN FRAUENFRONT (DFF), einer Untergruppe der GESINNUNGSGEMEINSCHAFT DER NEUEN FRONT (GdNF). Sie erschien erstmalig 1984 als Frauenseite der GdNF-Zeitschrift DIE NEUE FRONT. Es kam ziemlich schnell zu Auseinandersetzungen zwischen der DFF und der GdNF um die Eigenständigkeit der Arbeit der DFF-Frauen, um die Beteiligung von Frauen an militanten Aktionen und um die Haltung zur Homosexualität MICHAEL KÜHNENS. Aufgrund der Streitigkeiten entwickelte sich die Die DFF informiert 1985 zur eigenständigen Frauenzeitschrift. Nachdem die DFF sich Anfang 1986 als selbständige Frauenorganisation bildete, änderte sie den Namen ihres Mitteilungsblatts in Kampfgefährtin. Die Frauen der DFF sahen sich selbst als gleichberechtigte »Kampfgefährtinnen« der nationalsozialistischen Ideologie und wehrten sich durch ihre Organisierung als eigenständige Frauengruppe zum Teil auch gegen Sexismus innerhalb der Neonaziszene: *»Wir sind selbständige Frauen und Mädchen, und wir wollen unseren Weg selbst bestimmen. Wir unterordnen uns allein der völkischen Sache und den sich daraus ergebenen Notwendigkeiten.«*

Die Kampfgefährtin beschäftigte sich in Grundsatzartikeln mit ideologischen Fragen, Aktivitäten von DFF-Mitgliedern in ihren sogenannten »Gauen«, historischen Rückblicken auf weibliche Vorbilder der NS-Zeit und Themen wie Abtreibung, Vergewaltigung und der Rolle der Frau in der Gesellschaft. Fazit der Neonazifrauen: Der Leserin, ob *»dienende Mutter«* oder *»kämpferische Heldin«*, stünde alles offen, solange es *»im Dienste der deutschen Sache«* sei. Es gibt kein einheitlich propagiertes Frauenbild, vielmehr bietet die Vielfalt der Weiblichkeitsbilder Möglichkeiten für viele Frauen, sich damit zu identifizieren. Andererseits produzierte diese Vielfalt auch Widersprüchlichkeiten innerhalb der DFF. Die Streitigkeiten spitzten sich in der Debatte um die Homosexualität Kühnens zu. Wahrscheinlich liegt darin ein Grund für das Ende der Kampfgefährtin 1988/89. In Folge der »Schwulendebatte« spaltete sich 1987 die FAP-FRAUENSCHAFT von der DFF ab und verfaßte von nun an ihre eigene Zeitschrift Mädelbrief, die von SABINE WASILEWSKI herausgegeben wurde. Der Mädelbrief hielt am Frauenbild nationalsozialistischer Prägung fest und positionierte sich eindeutig schwulenfeindlich. Dazu kamen völkisch-rassistische NS-Positionen, innerhalb derer Mutterschaft als zentrale Bestimmung der Frau propagiert wurde: *»Wir fordern die Rückbesinnung auf germanische Kultur, damit gerade Frauen ihren mütterlichen Stolz, ihre körperlich-geistige Sittlichkeit und ihren einstmals hohen Rang im Volke wiederfinden.«* Dazu kamen die üblichen Heirats- und Geburtsanzeigen, Aktionsberichte, geschichtliche Rückblicke, NS-Gedichte, antisemitische und rassistische Grundsatzartikel etc.

Der Mädelbrief erschien bis kurz vor der offiziellen Auflösung der FAP-Frauenschaft im Frühjahr 1990. Im folgenden Jahr gab DAJANA RIEFLING den Mädelbrief als überparteiliche Zeitschrift heraus und gestaltete ihn zu einem Skingirl-Zine in jugendlicher Aufmachung um. Die Leserinnen fanden von nun an vor allem Konzertberichte von rechten Bands, Bandinterviews, Aktionsberichte, Fotos von Renees und Skins und Kontaktanzeigen. In Artikeln über »Germanentum« wurden nationalsozialistische Ideologie und Antisemitismus transportiert. Ein explizit propagiertes Frauenbild tauchte nur in wenigen Artikeln auf. Darin wird mit Bezug auf die *»GermanInnen«* biologistisch argumentiert, daß Frauen sich aufgrund der Natur grundsätzlich von Männern unterscheiden würden und deshalb gleichwertig, aber nicht gleichartig seien. Andererseits zeichnete der Mädelbrief in Skingirl-Comics und Bildern ein anderes Weiblichkeitsbild, in dem Frauen als Kämpferinnen glorifiziert werden. Die letzte vorliegende Ausgabe des Mädelbrief ist von 1991.

In den 90er Jahren erschienen neben dem Mädelbrief mehrere rechte Frauenzeitschriften: MIDGARD, die heutige WALKÜRE, VICTORY und die Internetseite STORCHENNEST. Die Zeitschrift Midgard erschien erstmalig 1991 und wurde zunächst von INES KRAUSE als Mitteilungsorgan der eigenständigen Neonazifrauengruppe SKINGIRL FREUNDESKREIS DEUTSCHLAND (SFD) herausgegeben. Anfangs hatte der SFD etwa 11 Mitglieder, mittlerweile kann von etwa 50 Aktivistinnen ausgegangen werden. Anfang

1993 wurde die Midgard von STEVIE BERISHA übernommen und einige Monate später in WALKÜRE umbenannt. Unter diesem Titel erscheint sie auch momentan und wird bundesweit nur an Mitglieder verschickt. Um aufgenommen zu werden, müssen die Bewerberinnen Kontakt zu sogenannten »Bezugspersonen« (BP) aufnehmen und sich in der Midgard/Walküre ausführlich schriftlich und mit Foto vorstellen.

Die Midgard/Walküre enthält sowohl typische Skingirl-Zine Informationen, als auch Artikel über »Germanentum«, »deutsches Brauchtum«, nationalsozialistische Vorbilder, Berichte von befreundeten Neonaziorganisationen wie der HNG, NS-Gedichte, Heirats- und Geburtsanzeigen, Buchtips etc. Es ist auffällig, daß nach der Umbenennung des SFD-Organs in Walküre und insbesondere in den neueren Ausgaben Frauen verstärkt für politische Aktivitäten, wie beispielsweise NPD-Aufmärsche gegen die Wehrmachtsausstellung oder über Veranstaltungen wie im Nazi-Zentrum Hetendorf, informiert werden. Außerdem wird versucht, aktuelle gesellschaftliche Themen vermeintlich wertneutral von rechts zu besetzen.

Viele Artikel berühren inhaltlich das Thema Weiblichkeitsbilder oder handeln explizit von Frauen. Ein einheitliches Frauenbild wird nicht propagiert. Eine Autorin der Walküre formuliert ihre Zielvorstellung von »Frauenarbeit«, indem sie die NS-Reichsfrauenführerin GERTRUD SCHOLTZ-KLINK zitiert: *»Die Frau ist in dem großen politischen Geschehen der Zeit in erster Linie die Kameradin des Mannes. Genauso wie er ist sie verantwortlich für Sein oder Nichtsein ihres Volkes.«* Widersprüchlich dazu schildert sie ihre persönlichen Erfahrungen mit Männern in der rechten Szene, von denen sie sich nicht ernstgenommen fühlt: *»...wo wir wiedermal feststellen mußten, daß die meisten [...] Männer überhaupt nicht wissen, worum es uns politischen Frauen überhaupt geht. Sie wollen uns in eine Schiene drängen, mit der wir überhaupt nichts anfangen können...«* Andere Artikel kritisieren »Emanzen« oder handeln von der »Rolle der Frau bei den Germanen«.

In ihrer Selbstdarstellung schreibt der SFD: *»Ohne Emanzentick, mit genügend Selbstvertrauen sind wir Frauen und die 'bessere Hälfte' unserer Männer. Wir kämpfen für dieses urgermanische Prinzip des gleichwertigen Zusammenlebens von Mann und Frau.«* Dieses Zitat verdeutlicht die Zwiespältigkeit, in der sich die Macherinnen der Walküre bewegen, indem sie sich einerseits als eigenständige Frauengruppe organisieren und andererseits die patriarchale Zuschreibung der »Andersartigkeit« von Frauen akzeptieren und unterstützen. Völlig anders aufgemacht ist das erstmals Anfang 1996 erschienene Skingirl-Zine VICTORY. Es wurde anfangs von den beiden Renees ANNETT WENDEFEUER – liiert mit dem Berliner BLOOD & HONOUR-Sektionsleiter »PINOCCIO« – und MANDY NEFF aus dem Hammerskin-Umfeld herausgegeben. Dann flog Neff aufgrund von Unterschlagungung von Geldbeträgen aus der Redaktion und Wendefeuer vertrieb das Fanszine alleine weiter aus Berlin. Es unterscheidet sich sowohl inhaltlich als auch von der Aufmachung her wenig von anderen Skin-Fanzines. Auf Frauen wird in den Artikeln nicht direkt eingegangen. Sie tauchen aber in einigen rassistischen und sexistischen Comics auf, und weibliche Mitglieder von Skin-Bands werden in Interviews nach ihrer Rolle als Frau befragt. Mit seiner letzten Ausgabe vom Spätsommer diesen Jahres, die nur noch dem Zine BLOOD & HONOUR – DIVISION DEUTSCHLAND beigelegt war, meldete das Victory die Einstellung des Erscheinens aus persönlichen Gründen: Die Herausgeberin erwartet ein zweites Kind.

Seit Anfang 1998 gibt es rechte Frauenbilder auch im Internet: So ist das STORCHENNEST – DIE ERSTE VOLKSTREUE FRAUEN UND FAMILIENSEITE erstmals im Internet aufgetaucht, Kontaktperson ist BIRKA VIBEKE. Es enthält ausführliche Texte, die unter anderem die neurechten Themen *»Wohlstandsverwahrlosung«*, *»Überfremdung«*, *»Wir und die deutsche Zukunft«*, *»volksbewußte Geburtenpolitik«*, *»Gefahr durch Multikultur«* zum Inhalt haben.

Das Storchennest





oben:
Faksimile der Storchennest-Seite im Internet
unten:
Frauen und Mädchen der Wiking-Jugend

Zusammenfassung und Einschätzung

Die Analyse rechter Frauenzeitschriften zeigt, daß die Annahme falsch ist, extrem rechte Frauen strebten alle ein traditionelles Hausfrauen- und Mutterdasein an. Nur die wenigsten sehen darin ein für sie relevantes Lebensmodell. Ihr gemeinsamer Nenner ist ein völkisch-rassistischer Nationalismus. Ansonsten bewegen sie sich in Widersprüchen. Es wird eine Bandbreite von Frauenbildern entworfen, die von der traditionellen Muttervorstellung bis zur gleichberechtigten Straßenaktivistin reicht. Rechte Frauen können Mütter sein, beruftstätig, sich an gewalttätigen Aktionen beteiligen, sich gegen sexistische Anmache wehren, theoretische Diskussionen führen. Dabei greifen sie häufig auf ein »germanisches« Ideal zurück, in dem Frauen glorifiziert werden, und gleichwertig aber nicht gleichartig an der Seite von Männern stehen. Einerseits argumentieren sie in ihrer biologistischen Herangehensweise zum Teil ähnlich wie Vertreterinnen einer Strömung der Frauenbewegung, die »Weiblichkeit« per se als eine natürlich gegebene positive Eigenschaft bewertet. Andererseits grenzen sie sich offensiv von der Frauenbewegung, den sogenannten »Emanzen« ab.■

1) Es gibt unterschiedliche Angaben dazu. Die Ausgabe der NE Heft 1 vom Januar 1954 ist als 4. Jahrgang ausgewiesen.

Literaturhinweise:
- Rommelspacher, Birgit:Dominanzkultur. Berlin 1995
- Siller, Gertrud: Rechtsextremismus bei Frauen. Opladen 1997.
- Birsl, Ursula: Rechtsextremismus:weiblich - männlich? Opladen 1994.
- Bitzan, Renate (Hg.): Rechte Frauen. Berlin 1997.

Liebe Leserinnen und Leser, eine Gruppe »Germany is Our Problem« bat uns, die folgenden kritischen Betrachtungen aus anti-deutscher Perspektive, die sicher in vielem nicht der Redaktions-Position entsprechen, zu veröffentlichen. Da wir den Beitrag für eine gute Diskussionsgrundlage zu diesem kontroversen Thema halten, drucken wir ihn ungekürzt und ohne redaktionelle Veränderungen ab. Der Forderung, die Linke solle an internationalen emanzipatorischen Diskursen partizipieren (also: teilnehmen), können wir uns nur anschließen.

die Redaktion

Antifa heißt erstmal gar nichts

Über Antifa wird derzeit viel geschrieben. Nicht verwunderlich, sind doch die FaschistInnen[1] derzeit im Aufwind. Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt hat sich ausdrucksvoll ihr Potential unter Beweis gestellt. Und in den fünf neuen Bundesländern wird ihnen oft eine »subkulturelle Hegemonie unter Jugendlichen« bescheinigt. Was aber ist eigentlich Antifa?

Antifa ist erstmal nicht mehr als ein Anti-Begriff, der von verschiedenen Gruppen ganz unterschiedlich interpretiert wird. Für eine gewisse bundesweite Organisation ist er mobilisierendes Element eines sonst eher K-Gruppen-ähnlichen Politikverständnisses; für andere bedeutet er Recherche, verfassungsschutzähnliche Faktensammlung und möglichst jede/n Fa in jeder Lebenslage abzulichten, für wieder andere ist er der kleinste gemeinsame Nenner in Sachen Bündnispolitik – Hauptsache gegen Nazis halt. Die Vielfalt zeigt: Antifa ist beliebig füllbar. Nur einen Aspekt enthält er selten, nämlich eine gesellschaftliche Analyse. Darin besteht ein entscheidender Unterschied zu anderen Antis: Anti-Rassismus und Anti-Patriarchat ließen sich zwar auch als reine Worthülsen gebrauchen (und werden leider auch oft in dieser Form genutzt), zweifellos gibt es aber weit mehr Antiragruppen und FrauenLesben-Zusammenhänge[2], die sich mit den Begriffen Rassismus und Patriarchat auseinandersetzen, als Antifas, die ein fundiertes Faschismusverständnis haben. Dieses Phänomen ließe sich als AntifaschistInnen ohne Antifaschismus beschreiben. Einfach gegen Nazis sein reicht eben, einen inhaltlichen oder gar theoretischen Diskurs gibt es in der Antifa-Bewegung entsprechend nicht. Stattdessen gilt: »Antifa heißt Angriff«, also militante Praxis, Gelaber stört nur. Daher kann nicht verwundern, daß die Antifa hauptsächlich eine Männerdomäne ist und schon immer war.[3]

Die wenigen Ansätze theoretischer Art lassen sich schnell zusammenfassen: Ein plakativ-dimitroffsches »Hinter dem Faschismus steht das Kapital« auf der einen Seite, während auf der anderen Seite die FaschistInnen zu Geistern werden, die staatlicherseits gerufen wurden, jetzt aber nicht mehr loszubekommen sind. Beide Interpretationsmuster haben eines gemeinsam: Sie abstrahieren von den Fa-AkteurInnen auf diffuse Termini wie **das** Kapital oder **den** Staat. Mit gesellschaftlicher Analyse hat das nichts zu tun, nur mit dem Aufwärmen alter Konzeptionen. Einerseits der KP-Tradition, die am liebsten alles nebenwiderspruchsfrei auf die Klassenkonstellation im bürgerlichen Kapitalismus zurückführen möchte und damit auch die Shoa als Folge ökonomischer Interessen interpretieren muß, andererseits jene Tendenz, die sich selbst als »Antiimperialismus« bezeichnet hat. In dieser Konzeption werden FaschistInnen zu Marionetten eines das Böse verkörpernden Staatsapparates, dessen Widerpart angeblich die Gesellschaft darstellt. Die Lösung des Problems wird folglich in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis gegen Nazis gesehen, in der vagen Hoffnung, davon ausgehend auch den »Strategen der Inneren Sicherheit« – der Verkörperung des Staates – den Garaus machen zu können.

Dabei wird vor allem eines übersehen: Daß die FaschistInnen erstmal gewöhnliche Deutsche sind. Als solche sind sie Ausdruck des gesellschaftlichen Klimas und nur Spitze des Eisbergs. Leute, die augenscheinlich nicht in die »rassischen« Schemata des »Deutschseins« passen, erfahren tagtäglich, was das bedeutet. Sie werden angestarrt oder mißachtet, verbal oder physisch angegriffen, ihr Recht auf Leben wird von einem Großteil der deutschen Gesellschaft negiert. Dies ist nur bedingt eine neue Entwicklung. Schon in den siebziger und achtziger Jahren ließ sich in den Medien und an den Stammtischen die Dominanz eines rassistisch-determinierten Diskurses feststellen, der sich aber erst ab 1989 zugunsten rechter oder gar nationalsozialistischer Parteien manifestierte. Deren Wahlpotential fühlte sich damals noch von anderen Volksvertretern bestens repräsentiert. Wie vielfältig der rassistische Mob ist, zeigt eine Betrachtung der Erststimmenvoten der DVU-WählerInnen in Sachsen-Anhalt: 23 % PDS, 22 % SPD, 20 % CDU, 9 % FDP, 3 % Bündnis 90/Grüne.

Geleugnet werden soll hier aber nicht, daß es qualitative Veränderungen gibt: Momentan gebärdet sich der Mob wesentlich selbstbewußter, bedingt durch den nationalistisch-chauvinistischen Aufschwung mit der sogenannten »Wende«. Bezeichnenderweise wirkt das neu entflammte großdeutsche Selbstbewußtsein zugleich potenzierend auf eine antifeministische Grundtendenz zurück, ohne natürlich dafür verursachend zu sein.

Die aktuelle Entwicklung als Ergebnis eines von Medien oder einem nicht weiter bestimmten Staatsgebilde angestimmten Diskurses zu sehen, ist in unseren Augen falsch. Wer von FaschistInnen in Deutschland oder von Nationalsozialismus spricht, sollte von Deutschland selbst nicht schweigen. Historisch zeichnet sich dieses Land durch einen

Sonderweg aus: Eine bürgerliche Revolution hat es auf deutschem Boden nie gegeben, das bürgerlich-kapitalistische Wirtschaftssystem hielt nur durch einen feudal-aristokratisch geprägten autoritären Etatismus auf den Pickelhauben des preußischen Militarismus Einzug. Entsprechend formierte die deutsche Nation sich nicht als bürgerlich-modern aufgeklärtes, sondern als antimodernistisch-ständisches rassistisch-exklusives Moment. Ein gewisser bärtiger Patriarch mit Namen Karl Marx analysierte das seinerzeit zwar richtig, folgerte daraus aber, daß in Deutschland eine proletarische Revolution erfolgen müsse, ohne ihr bürgerliches Pendant abzuwarten. In den vergangenen 130 Jahren hat sich an Deutschlands Gesellschaft wenig geändert. Wie die Sozialdemokratie 1918 die bürgerliche Revolution von oben durchzudrücken versuchte (die KPD spielte ja nicht mit, weil sie getreu Marx gleich zur Diktatur des Proletariats übergehen wollte), favorisierten auch die Westallierten nach 1945 einen etatistischen Ansatz mit ökonomischer Unterstützung zur Zivilisierung Deutschlands, während in der DDR ein wahrhaft preußischer Sozialismus etabliert wurde. Somit findet



sich in Deutschland keine bürgerliche Gesellschaft im eigentlichen Sinne: Der Nationenbegriff ist rassistisch-exklusiv determiniert, Antikapitalismus in der Regel antimodernistisch statt modernistisch begründet (worin sicher auch die Ursache für die »Revolutionsromantik« deutscher Antiimps und teilweise der Autonomen zu suchen ist) und der Glaube an staatliche Regulierung im sozialen Bereich ist tief verwurzelt. Für einen bündnispolitischen Ansatz auf der Grundlage eines vermeintlichen gemeinsamen Nenners Humanismus fehlt damit in Deutschland jegliche Substanz.[4] Natürlich ist linke Bündnispolitik zunächst nur taktisch und keineswegs inhaltlich begründet. Gerade deshalb halten wir aber eine breitgefächerte Bündnispolitik für gefährlich – sich mit ganz gewöhnlichen deutschen RassistInnen gegen die Nazis zu formieren ist mehr als zweifelhaft. Ein Teil jener vermeintlich antifaschistischen Bündnisse, die in München, Passau und Leipzig auf die Straße gingen, würden sich wohl ohne weiteres auch gegen eine geplante Unterbringung von MigrantInnen mobilisieren lassen, weil es ihnen in erster Linie um die Verteidigung »ihres Ortes«, ihrer feudalistisch-ständischen Vorstellung von Lebenswelt, geht. Bündnisse sollten entsprechend nicht primär gegen die NPD oder sonst eine rechte Gruppierung abzielen, sondern sich gegen den rassistischen deutschen Normalzustand formieren. Antifaschismus in Deutschland müßte damit vor allem Kampf dem Deutschtum, Kampf den gegenwärtigen deutschen Zuständen bedeuten. Nicht etwa den Versuch, mit der Gesellschaft zusammen ein paar Stiefelnazis zu marginalisieren und gleichzeitig den rassistischen Konsens in diesem Land unangetastet zu lassen. Andererseits aber auch nicht das exklusiv-rassistische Deutschtum ähnlich wie die Dominanz patriarchaler Herrschaftsmechanismen auf einen »Nebenwiderspruch« in der Geschichte der Klassengesellschaften zu reduzieren, der mit der proletarischen Revolution schon irgendwann obsolet werden würde.



Mit einem solchen Verständnis von der deutschen Gesellschaft wird »der Antifaschismus« keineswegs seiner politischen Grundlage beraubt. Obwohl es natürlich zweifellos die verkrampfte Suche nach einem breiten »humanistisch-antifaschistischen« Bündnis in Deutschland zu einem illusionären Wunschdenken degradiert. Daraus ergibt sich vielmehr die Chance für einen neuen Ansatz: Eine politische Perspektive nicht innerhalb der deutschen Gesellschaft, sondern **gegen sie** zu suchen. Dazu muß sich Deutschlands Linke endlich einmal selbst von ihrer bisherigen Bodenständigkeit lossagen, internationale emanzipatorische Diskurse wahrnehmen und an ihnen partizipieren. Angesichts der fortschreitenden Globalisierung der Produktivkräfte wird sich ein auf den nationalen Rahmen bezogener Politik-Ansatz sonst früher oder später in die antimodernistisch-kulturpessimistische Richtung entwickeln – nicht nur in Deutschland, aber dort besonders stark. ■

1) Wir benutzen auch hier einen geschlechtsneutralen Ausdruck, weil es ja durchaus auch Faschistinnen gibt, auch wenn diese eine Minderheit darstellen. Aber sonst ließe sich auch nicht mehr von AntifaschistInnen sprechen, weil dort der Männeranteil ähnlich hoch ist.

2) Wir denken keineswegs, daß nur FrauenLesben-Zusammenhängen die Auseinandersetzung mit patriarchalen Strukturen und Verhaltensweisen obliegt, halten es aber für ein trauriges Faktum, daß gemischte Gruppen dies äußerst selten thematisieren.

3) Wir erlauben uns an dieser Stelle einen Hinweis auf den Beitrag zur Antifa Westberlin in der radikal 139, der zwar knapp neun Jahre alt, aber nach wie vor aktuell ist (bis auf das »West«).

4) Nicht ganz unbegründet überließ die radikale Linke 1992/93 das pseudo-Lichterketten-Getue denjenigen, die sich um Deutschlands Ansehen in der Welt sorgten.

Proteste gegen Nazidemonstrationen in Lübeck

Die Prozeßlawine rollt an

Am 31. Januar und 14. März diesen Jahres gingen Hunderte von AntifaschistInnen in Lübeck auf die Straße, um gegen zwei vom Bündnis Rechts für Lübeck geplante Aufmärsche durch die Hansestadt zu demonstrieren und diese zu verhindern. Der Widerstand gegen die Faschisten war breit und ebenso vielfältig die Aktionen. Nun rollt eine Prozeßwelle gegen viele der damals festgenommenen AntifaschistInnen an.

Die faschistische Aktion im Januar war noch in letzter Minute durch den Lübecker Bürgermeister verboten worden, weil – so Bürgermeister Bouteiller – die Sicherheit und Ordnung nicht gewährleistet gewesen sei. So hatten 80 AntifaschistInnen versucht, den Faschisten die Zufahrt zu blockieren, wurden von der Polizei eingekesselt und »in Gewahrsam genommen«; an der Demonstrationsroute der Faschisten wurden Müllcontainer in Brand gesetzt.

Die Folgen für die antifaschistischen Aktionen

Wegen der Aktionen im Januar wurden insgesamt 66 Verfahren wegen »Verstosses gegen das Versammlungsgesetz« eingeleitet. Betroffen von diesen Verfahren sind diejenigen, die in dem Kessel waren. Hiervon wurden vier Verfahren eingestellt, weil die Betroffenen im Ausland leben, 17 wurden rechtskräftig, weil nicht oder nicht rechtzeitig Widerspruch eingelegt oder der Bußgeldbescheid über 200 Mark zu spät bezahlt wurde. Gegen 45 Bußgeldbescheide wurde Widerspruch eingelegt.

Die ersten beiden Prozesse (beide gegen Jugendliche) haben bereits stattgefunden. In diesen ist das Verfahren »wegen geringer Schuld« eingestellt worden. Mittlerweile sind einzelne weitere Verfahren wegen Verstosses gegen das Versammlungsgesetz ohne Prozeß eingestellt worden. Gegen Leute, die in dem Kessel waren, laufen zudem noch einige Verfahren wegen Vermummung, Beleidigung oder Widerstand. Die ersten Strafbefehle zwischen 300 Mark und 600 Mark sind bei einigen Betroffenen angekommen. Gegen diese wurde – soweit uns bekannt – Widerspruch eingelegt.

Beim ersten Termin am 31. Januar machten einige der Nazis Erfahrungen mit dem sogenannten antifaschistischen Selbstschutz. Im Zusammenhang mit diesen Auseinandersetzungen wurden gegen mindestens drei Menschen Verfahren wegen gefährlicher Körperverletzung eingeleitet; in einem Fall zusätzlich wegen Landfriedensbruches und Sachbeschädigung.

Der Aufmarsch im März

Die Demonstration des Bündnis Rechts für Lübeck im März wurde mit einem großen Polizeiaufgebot, Wasserwerfern, Räumpanzern und Hundestaffeln durchgesetzt. Trotz Verbots gingen Hunderte von AntifaschistInnen in den Stadtteil, in dem die faschistische Demonstration stattfinden sollte, und versuchten durch Blockaden und andere Aktionen, den Aufmarsch zu verhindern. 426 AntifaschistInnen wurden »in Gewahrsam genommen« und eine Vielzahl von Strafverfahren eingeleitet. Darunter mindestens elf Verfahren wegen Landfriedensbruchs, mindestens zwei Verfahren wegen schwerer bzw. gefährlicher Körperverletzung, Verfahren wegen Widerstand, Gefangenenbefreiung und Verstosses gegen das Versammlungsgesetz. Unter den von den Verfahren Betroffenen sind auch viele Jugendliche.

Die große Zahl eingeleiteter Verfahren und Bußgeldbescheide sollte die AntifaschistInnen wohl einschüchtern und zukünftig von dem Versuch abhalten, faschistische Demonstrationen zu verhindern.

Im Zusammenhang mit der Demonstration im März sind nach Angaben der Stadt inzwischen viele Ordnungswidrigkeitsverfahren eingestellt worden, ohne daß es zu Prozessen kam. Damals hatte die Polizei unter anderem wahllos Menschen festgenommen, nur weil diese sich in dem Stadtteil befanden, in dem die Nazis marschieren wollten.

Ausblicke

Bei den Verfahren aus dem Januar könnte es zu einer größeren Zahl von Einstellungen kommen. Diese dürfen jedoch nicht davon ablenken, daß mit einer ganzen Reihe von Prozessen gerechnet werden muß, die zum Teil schwerwiegende Vorwürfe beinhalten. Schon jetzt hat sich gezeigt, daß es dagegen durchaus gelingen kann, einen gewissen Druck auf die Verantwortlichen auszuüben, indem die Verfahren in der Öffentlich bekannt gemacht werden.

Ein großer Teil der Betroffenen hat sich mittlerweile zusammengetan, um einen gemeinsamen Umgang mit den Verfahren zu finden. Schon die Tatsache, daß gegen die meisten Ordnungsgelder Widerspruch eingelegt wurde, und die Gerichte damit immerhin gezwungen sind, jeden Vorwurf zu verhandeln, beweist eine große Geschlossenheit. Insbesondere für die Verfahren mit schwereren Tatvorwürfen dürfte es wichtig sein, weiterhin in der Öffentlichkeit die Legitimität antifaschistischen Widerstandes deutlich zu machen. Es bleibt abzuwarten, ob das breite antifaschistische Bündnis nach den gemeinsam durchgeführten Aktionen nun auch bereit ist, sich hinter die Opfer der Polizeieinsätze zu stellen. ■



Gut bewacht: Der Aufmarsch des Bündnis Rechts für Lübeck

Alle Betroffenen sollten sich bei der Roten Hilfe melden: Rote Hilfe Ortsgruppe Kiel, Postfach 6444, 24125 Kiel, Telefon (AB) & Fax: 0431/75141, e-mail: rote-hilfe-kiel@cl-hh.comlink.de. Für Spenden sind wir dankbar, bitte überweisen an: Rote Hilfe Ortsgruppe Kiel, Stichwort: Lübeck, Konto-Nr. 91012880, BLZ 210 501 70, Sparkasse Kiel.

Ein Gastbeitrag von Katja Leyrer

Die Guten Menschen und die Überlebenden

Entschädigungszahlungen an ehemalige ZwangsarbeiterInnen

Entschädigungszahlungen an NS-Opfer sind seit 50 Jahren ein beschämendes Thema. Sind die neuen Einsichten vonKonzernen wie VW, Allianz und Siemens ernstzunehmen?

Jan Philipp Reemtsma berichtete zu Beginn der neunziger Jahre von einer Kampagne, bei der sämtliche Behörden und Firmen, die an Bau und Existenz des ehemaligen KZ Neuengamme bei Hamburg verdient und/oder Zwangsarbeiterinnen oder Zwangsarbeiter »beschäftigt« hatten, einen Brief erhielten. Im Schreiben wurde um finanzielle Unterstützung der heutigen Gedenkstätte Neuengamme gebeten. Die Reaktionen der Adressaten waren mehr als deutlich: Ignoranz, Abwiegeln, Abwehr von Zuständigkeit und, so Reemtsma, vor allem »Gedächtnisschwund«. Die Reifenfirma Continental schrieb beispielsweise: *»Obwohl wir sehr viel Verständnis für Ihre Aktion haben, möchten wir uns trotzdem nicht beteiligen. Einmal haben wir erst kürzlich mit einem vierstelligen Betrag eine Denkfahrt zum Konzentrationslager Neuengamme unterstützt. Zum zweiten ist es einfach so, daß – wenn wir richtig unterrichtet sind – wir weder am Aufbau des Lagers beteiligt waren, noch Häftlinge des Lagers als Zwangsarbeiter beschäftigt hatten.«*[1]

Continental unterhielt allein drei Außenlager des KZ Neuengamme, eines davon war firmeneigen geplant. Insgesamt waren Neuengamme 80 Nebenlager angeschlossen. Baufirmen, Gruben, MAN, Krupp, Dräger, Rheinmetall, Varta, VW, aber auch die Kommunen Hamburg, Bremen und Kiel – Bombenräumkommandos wurden in der Regel aus Zwangsarbeitern zusammengestellt – profitierten am System der Häftlingsausbeutung in den KZ. Die Beschäftigung von Häftlingen beiderlei Geschlechts war nicht Ausnahme sondern die Regel. Noch im Frühjahr 1945 waren nach eigenen Zahlen der NS–Oberen etwa 500.000 Häftlinge in der deutschen Wirtschaft eingesetzt. Dafür existierten Gesetze und Durchführungsbestimmungen.[2] Insgesamt wurden etwa 7 Millionen Menschen zur Zwangsarbeit für Deutsche eingesetzt. Juristisch wird dabei zwischen Kriegsgefangenen, Verschleppten und KZ-Gefangenen unterschieden.

»Die hatten ja nicht schlecht zu essen«

Zwangsarbeit im Nationalsozialismus wurde und wird von denen, die daran verdienten und sie organisierten, immer wieder dargestellt als eine Möglichkeit, den »armen Menschen zu helfen«. Schon beim Nürnberger Kriegsverbrechertribunal gegen IG Farben versuchten die Verantwortlichen, ihr Tun als humanitär darzustellen – man habe den Häftlingen in BUNA/Monowitz doch täglich wenigstens eine Suppe gereicht. Und erst kürzlich argumentierte der Sprecher des deutschen Bauernverbandes, Michael Lohse, ganz ähnlich gegen eventuelle Entschädigungsforderungen für seinen Bereich: *»Die hatten ja nicht schlecht zu essen, und das war damals ja auch schon etwas.«*[3]

»Zwangsarbeit« ist ein verharmlosendes Wort, weil KZ-Haft eben mehr bedeutete als Zwang und Arbeit zusammen. Die Überlebenden leiden ausnahmslos bis ins späte Alter (und bis in nachfolgende Generationen) unter den traumatischen Erlebnissen und nicht selten sogar an der Tatsache, selbst überlebt zu haben.[4]

Seit Beginn der fünfziger Jahre wurden von einzelnen überlebenden Häftlingen oder deren Interessenvertretungen Anträge auf »Entschädigung«, gegebenenfalls auf Rentenzahlungen oder die Übernahme medizinischer Kosten im Zusammenhang mit sogenannten Spätfolgen gestellt. Zusammenfassend läßt sich dazu feststellen: Es gab eine unterschiedliche Praxis in beiden deutschen Staaten, und diejenige der DDR ist trotz erheblicher Mängel insgesamt positiver zu bewerten als die der ehemaligen BRD. Bis auf Ausnahmefälle, beispielsweise bei Straffälligkeit, wozu auffällig staatskritisches Verhalten gegenüber der DDR zählte, wurden ehemaligen KZ-Häftlingen sog. »Ehrenrenten« zugesprochen bzw. es wurden ihnen besondere Förderungen auf unterschiedlichen Ebenen zuteil.

Insbesondere galt – ganz im Gegensatz zur BRD – eine Häftlingsbiographie als ehrenvoll und gesellschaftlich anerkannt. Die Bevorzugung ehemaliger ausgewiesener antifaschistischer Widerstandskämpfer war jedoch üblich, und es sind auch antisemitische Ausgrenzungen bekannt geworden. Allerdings gab es den Anspruch auf Verfolgtenehrenrente ohne Ausnahme nur für DDR-Bürger.

In der BRD wurde – auf der Folie eines fast ungebrochen weiter agierenden Apparates ehemaliger Nationalsozialisten – grundsätzlich nur in Einzelfällen »entschädigt« oder gezahlt, jedoch nur für nachgewiesene »gesundheitliche Schäden«. Dazu mußten die Betroffenen entwürdigende Befragungen über sich ergehen und sich »begutachten« lassen – nicht selten von Staatsangestellten und Ärzten, denen sie bereits im Nationalsozialismus begegnet waren. Die Verfahren wurden in der Regel abschlägig beschieden, den Überlebenden Simulantentum unterstellt. Aufwendungen für Nicht-BRD-Bürger waren in Ausnahmefällen möglich, mußten aber auf eigene Kosten erklagt werden und waren meist mit Reisen in die BRD verbunden. Auch in der BRD wurden die Anträge auf »Wiedergutmachung« abgelehnt, wenn nicht – nach dem KPD-Verbot – eine Verzichtserklärung auf politische Betätigung erfolgte. Bereits 1951 wurde einzelnen Bundesländern die VVN (Vereinigte der Verfolgten des Naziregimes) verboten.[5]

Flankierend kam es im Gegensatz zur SBZ/DDR in Westdeutschland nur in seltenen Fällen zu Enteignungen ehemaliger NS-Firmen (IG Farben). Kurz: Die gesellschaftliche Stimmung war gegen die Opfer und Überlebenden gerichtet und hatte dementsprechend eine weitere Marginalisierung der bereits Marginalisierten zur Folge. Erst Mitte der achtziger Jahre kam das Thema »Zwangsarbeit« – auch wieder im Gegensatz zur DDR-Forschung – bei bundesdeutschen Historikern überhaupt auf.[6]

Die bundesdeutsche Gesetzgebung sah nie eine prinzipielle Entschädigungsregelung für KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter vor, nicht einmal nachträgliche Lohnforderungen wurden anerkannt. Bereits seit Beginn der fünfziger Jahre verhandelte die Conference on Jewish Material Claims against Germany neben dem Staat BRD mit einzelnen bundesdeutschen Industrieunternehmen und erreichte später mit wiederum einzelnen Firmen eine vorübergehende Vergleichsebene (u.a. IG Farben i. Auflösung, Krupp, Telefunken, AEG, Dynamit Nobel). Die Betroffenen erhielten in der Regel eine einmalige Zahlung zwischen 1.000 und 5.000 DM zugesprochen. Die Claims Conference war damals ein Zusammen-

schluß von 52 jüdischen Organisationen westlicher Länder zur Gesamtvertretung der außerhalb Israels lebenden Juden, gegründet, um Wiedergutmachungsforderungen an Deutschland zu stellen. Im öffentlichen Bewußtsein (auch der Linken) wurde dem Thema mit antisemitischer Hetze begegnet, später wurde sie als Privatangelegenheit der Juden angesehen. Insgesamt wurden von der deutschen Industrie bis Ende der achtziger Jahre 55 Millionen DM an rund 17.500 ehemalige KZ-ArbeiterInnen gezahlt.[7]

Bewegung in der Entschädigungsfrage

Als vor gut eineinhalb Jahren etwas Bewegung in diesem Bereich entstand, sorgte das erst einmal für Überraschung. Die Allianz-Versicherung trat im April 1997 vergleichsweise offensiv und mit anderen Worten als gewohnt an die Öffentlichkeit und teilte mit, sie wolle unbürokratisch und schnell allen überlebenden, ehemals verfolgten Kunden aus der NS-Zeit das ihnen Zustehende auszahlen. Der Aufwand war beträchtlich: Man engagierte sprachgewandte Berater und richtete internationale Telefon-Hotlines ein. Hintergrund war eine vorbereitete Sammelklage in den USA, zu der sich 29 Kläger US-amerikanischer Staatsbürgerschaft zusammengeschlossen hatten, um einen Musterprozeß für alle Betroffenen zu führen. Die Allianz – angeklagt waren 16 europäische Versicherungsgesellschaften – hatte von Tausenden ermordeten, aber auch überlebenden NS-Verfolgten profitiert, deren Policen verfielen bzw. als nicht auffindbar galten. Der Versicherungskonzern beschloß dann im Frühjahr 1997 angesichts des drohenden geschäftsschädigenden Verfahrens, Schadensbegrenzung zu betreiben. Mittlerweile hat die Allianz – neben drei weiteren Versicherungsriesen – eine Absichtserklärung veröffentlicht, nach der bereits ab Oktober 1998 gezahlt werden solle. Die US-Klage läuft noch.

Noch zum 150. Firmenjubiläum – ebenfalls 1997 – waren von der Siemens AG ganz andere Töne zu hören. Man sah zum wiederholten Mal keinerlei Anlaß für bedauernde Töne oder gar Zusagen gegenüber den ehemaligen ZwangsarbeiterInnen (bei Siemens wurden mehr Frauen als Männer zu Zwangsarbeit gezwungen). Die Firma hatte zu NS-Zeiten Standorte in Ravensbrück, Auschwitz, Groß Rosen und Buchenwald. Allein in und bei Ravensbrück wurden ständig mehr als 2.000 Frauen zu Siemens-Sklavenarbeit gezwungen. 1943 sind insgesamt mehr als 50.000 ZwangsarbeiterInnen in der Beschäftigungsstatistik des Konzerns angeführt. Die Gesamtzahl muß wesentlich höher angesetzt werden, denn viele der Häftlinge starben oder wurden, sobald sie nicht mehr arbeitsfähig waren, an andere Orte deportiert. Die Aufsicht sowie die Selektion in Arbeitsfähige und Arbeitsunfähige wurde von Firmen und SS-Personal gemeinschaftlich vorgenommen.[8]

»*Die erforderlichen Arbeiten waren leicht und sauber und konnten zu 90 Prozent im Sitzen ausgeführt werden*«, hieß es im Herbst 1945 in einem von Siemens-Angestellten erstellten Bericht. 1997 ist die Ausdrucksweise der Festschrift zum 150. Geburtstag des Konzerns kaum anders: »*Die Zeit von 1918 bis 1945 bewegt sich im Spannungsfeld von Weimarer Demokratie und Nationalsozialismus. Es ist eine Zeit, in der schwierige politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen den Erfolg des Unternehmens zeitweise beeinträchtigen [...] Der politische und militärische Zusammenbruch im Frühjahr 1945 stellte die Existenz des Hause Siemens allerdings in Frage.*«[9] Sämtliche Klagen ehemaliger ZwangsarbeiterInnen hatten Siemens bzw. die entsprechenden Gerichte bis dahin erfolgreich abgewiesen.

Am 23. September 1998 beschloß Siemens, 20 Millionen DM für einen Fond für »*Personen, die damals als Zwangsarbeiter in Siemens-Werken arbeiten mußten*«, zur Verfügung zu stellen. Abgesehen davon, daß dieser Betrag für den Multi Siemens kaum ins Gewicht fällt, liest sich auch die Begründung der Siemens-Verantwortlichen für einen Entschädigungsfond so gruselig wie die ihrer Vorväter: »*Während des Zweiten Weltkrieges wurde die deutsche Industrie von der NS-Diktatur in das System der 'Kriegswirtschaft' einbezogen. Den Unternehmen wurden unter Androhung von Sanktionen Produktionsauflagen verordnet. Da diese wegen der zahlreichen Einberufungen im Laufe der Kriegsjahre immer weniger mit den eigenen Belegschaften erfüllt werden konnten, mußten die Unternehmen im Rahmen eines staatlichen Programms auch auf Zwangsarbeiter zurückgreifen. Das galt auch für Siemens.*«[10] Auch bei VW – Hersteller der »Kraft durch Freude«-Wagen und einem nicht unwichtigen Rüstungsproduzenten im Nationalsozialismus – steht eine Klage an. 150 ehemalige Zwangsarbeite-

Links: Elsa Iwanova de Meyer, ehemalige Zwangarbeiterin bei Ford, im September 1995 im Kölner Ford-Werk. Sie wurde während des Krieges von den deutschen Besatzern zur Zwangsarbeit verschleppt. Sie hat in den USA zusammen mit anderen ehemaligen ZwangsarbeiterInnen eine Sammelklage gegen Ford eingereicht.



rInnen haben sich zusammengeschlossen. Wie bei Siemens hat man schnell 20 Millionen DM für einen Fonds versprochen. Dafür hatten sich u.a. prominente Sozialdemokraten ausgesprochen – Gerhard Schröder sitzt im VW-Aufsichtsrat. Ende September platzten die Vorverhandlungen allerdings, nachdem öffentlich wurde, daß dem Verhandlungsführer der ehemaligen Verfolgten ganz nebenbei »ein Auto oder ein Flugticket« angeboten wurde.

In den letzten zehn Jahren ist das Thema »Entschädigung« zu neuer Brisanz angewachsen. Vor allem einzelne PolitikerInnen der Grünen, aber auch einige Sozialdemokraten und versprengte Persönlichkeiten anderer Parteien haben eine andere Politik als zuvor unterstützt. Ob diese Haltung der Oppositionsrolle geschuldet war oder ernsthaftes Anliegen bleibt, wird sich demnächst zeigen. Bewegung jedenfalls gibt es. Fast zu spät. Auch BMW, Daimler-Benz, die Deutsche Bank (man denkt hier an einen 100-Millionen-Fonds) haben sich zumindest dahingehend geäußert, daß sie es nicht mehr für abwegig hielten, ehemalige ZwangsarbeiterInnen zu entschädigen. Im Oktober beginnt eine Sammelklage ehemaliger NS-Opfer gegen die deutschen Banken. Der Vergleich zwischen zwei Schweizer Großbanken und jüdischen Klägern – immerhin 2,2 Milliarden DM – im August 1998 hat die Banken unter Zugzwang gesetzt.

Anfang September 1998 hat auch der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma verlangt, die Entschädigungszusagen auf ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter der von ihm vertretenen Menschen auszudehnen.

Warum heute? Warum so spät?

Kann es angesichts der vielen Toten und Leiden, der vielen bereits gestorbenen Überlebenden, noch Grundzur Freude geben über diese neue Entwicklung?

Jede Mark, die den früheren NS-Tätern und deren Erben weggenommen wird bzw. die sie zurückgeben müssen, zählt. Es ist gut so und kann gar nicht genug sein. Verfolgung, KZ-Traumata und Zwangsarbeit sind keine Erfahrungen, für die die Worte »Entschädigung« oder gar »Wiedergutmachung« passend sind, doch es gibt keine angemessenen Worte dafür. Das, was den Opfern aktuell gerade versprochen und vielleicht sogar gezahlt wird, wird immer zu wenig sein.

Und selbstverständlich geht all das Gerede von »humanitären Gesten« oder »gutem Willen« völlig an der Sache vorbei. Den Überlebenden steht mehr als eine finanzielle »Entschädigung« oder wenigstens versorgende Rente zu. Dazu zählt vor allem die Anerkennung, daß es eine moralische Selbstverständlichkeit ist, ihren Lebensunterhalt im Alter zu regeln. Zudem aber auch, ihre Erfahrungen als Verfolgte des Nationalsozialismus ernst zu nehmen. Ob von ihnen selbst irgendwann vermeidbare Fehler gemacht worden sind – möglichereise in den Verhandlungsführungen der Claims Conference–, ob es fragwürdige Vergleiche gegeben haben mag – so wie mit IG Farben –, ob es Ausgrenzungen in den eigenen Reihen gegeben hat (Ost-West, DDR-Verfolgte) – es ist nicht Dringlichkeitssache der deutschen Linken, die »richtigen« Bewertungen zu liefern. Ebenso ist es unangemessen, die Bigotterie der NS-Nachfolgefirmen umzumünzen in eine Haltung, die sich unter dem Deckmantel »Schweinesystem, schon immer gewußt« von Einmischung fernhält. Alle Überlebenden haben lange genug auf das, was ihnen zusteht, verzichten müssen. Und ob wir nun dieses neue, wiedervereinigte Deutschland mögen oder nicht: Es ist ihnen, den Opfern und ihren Kindern, zum Teil erst jetzt möglich, einem gemeinsamen juristischen Gegner – auf Staats- und Konzernebene – entgegenzutreten. Vielleicht ist das eine der wenigen »positiven« Folgen der politischen Entwicklung seit 1989. Nie wieder Deutschland? – Doch: zahlen soll es, sollen sie. Wir. ■



Flugmotorenwerk Rzeszów im besetzten Polen – von den Deutschen »General-Gouvernement« genannt.
Ein polnischer Zwangsarbeiter wird von einem deutschen Vorarbeiter beaufsichtigt. Das Bild zeigt Zwangsarbeit beim Daimler-Benz-Konzern. Es entstand um 1943/44.

Katja Leyrer ist freie Journalistin, sie lebt und arbeitet in Hamburg und Berlin.

1) Jan Philipp Reemtsma: Aus diesem Grunde daher. Deutschland in seinen eigenen Worten. In: Falun. Berlin 1992.
2) Mehr dazu in: Franciszek Piper, Industrieunternehmen als Initiatoren des Einsatzes von KZ-Häftlingen. In: »Deutsche Wirtschaft«. Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen für Industrie und Behörden. Hamburg 1991.
3) Nach Frankfurter Rundschau vom 3. September 1998.
4) S. zum Beispiel: Gertrud Hardtmann, Spuren der Verfolgung. Seelische Auswirkungen des Holocaust auf die Opfer und ihre Kinder. Gerlingen 1992; Jörg Wiese, Erhard Olbrich (Hg.), Ein Ast bei Nacht ist kein Ast. Seelische Folgen der Menschenvernichtung für Kinder und Kindeskinder. Göttingen, Zürich 1994.
5) S. zum Beispiel: Christian Pross, Wiedergutmachung - Der Kleinkrieg gegen die Opfer. Frankfurt/M 1988.
6) S. Gerd Wysocki, Zwangsarbeit in der deutschen Kriegswirtschaft 1939 - 1945. Eine Sammelrezension. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. Und 21. Jahrhunderts, 3/89, Hamburg.
7) S. Dieter Vaupel, »Entschädigung« von KZ-Gefangenen durch die Deutsche Industrie - das Beispiel Dynamit Nobel. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. Und 21. Jahrhunderts, 1/91, Hamburg.
8) S. Die verweigerte Entschädigung. Zwangsarbeit und Siemens 1938 -1945. Memorandum anläßlich des 150jährigen Firmenjubiläums der Siemens AG. Aktionsbündnis 150 Jahre SIEMENS - Entschädigung jetzt. Berlin 1997.
9) Beide Zitate nach: Tjark Kunstreich, Glückwunsch, Siemens! Themenseiten in: Jungle World 41, Berlin 1997.
10) Pressemitteilung SIEMENS vom 23. September 1998.

Morde an Antifaschisten in Las Vegas

Am 4. Juli sind zwei antirassistische Skinheads in der Wüste bei Las Vegas ermordet worden. Anfang September verhaftete die Polizei einen 26jährigen Mann, der über gute Verbindungen zur Naziskinszene und zur militanten Naziskingruppe ARMY OF ISRAEL verfügt. Ende August organisierte die Anti Racist Action (ARA) eine Gedenkdemonstration für ihre beiden ermordeten Mitglieder in Las Vegas, an der sich ca. 200 Menschen beteiligten.

Daniel Shersty, ein weißer 21jähriger Flieger vom Luftwaffenstützpunkt Nellis und Lin Newborn, ein 25jähriger Afroamerikaner, der in einem Tattoo- und Piercing-Laden arbeitete, waren Mitglieder der Las Vegas Unity Skins. Antirassisten sind der Ansicht, daß die beiden in jener Nacht von zwei jungen Frauen in die Wüste gelockt wurden. Eine von ihnen war kurz vorher Kundin in dem Tattoo-Laden und hatte Newborn telefonisch ein Treffen vorgeschlagen. Shersty wurde 500 Meter vor der Autobahn in der Nähe seines Wagens gefunden. Ein Schuß hatte ihn mitten ins Gesicht getroffen. Newborn wurde einige hundert Meter weiter gefunden – offensichtlich erschossen, als er zu fliehen versuchte.

Erste Ermittlungsergebnisse

Am 9. September gab es mit der Verhaftung von JOHN EDWARD BUTLER einen Durchbruch bei den Ermittlungen: Der 26jährige wurde wegen zweifachen Mordes angeklagt. Ihm wurde eine Waffe zugeordnet, die im Zusammenhang mit dem Mord an den beiden Antirassisten steht. Augenzeugen berichteten, daß sie Butler und zwei weitere Personen vom Tatort hatten wegfahren sehen. Das Kennzeichen des Autos wurde Butlers Freundin zugeordnet, die zusammen mit einem 19jährigen Mann auch vor Ort gewesen sein soll. Butler soll in Aktivitäten von rassistischen Skinheads in Las Vegas involviert gewesen sein. Außerdem sei er ein Vertrauter des Naziskinanführers JOHNNY BANGETER und seiner sogenannten Army of Israel. Bangeter sitzt zur Zeit eine Haftstrafe wegen Waffenbesitzes ab.

Aktivitäten rassistischer Skinheads in Las Vegas haben zugenommen. Nur wenige Wochen vor den Morden hatten rassistische Skins einen Afroamerikaner bis nach Hause verfolgt und in seiner Wohnung auf ihn geschossen. Bewohner erwiderten das Feuer und vertrieben dadurch die Angreifer. Der Mord an Shersty und Newborn paßt jedoch nicht in die bisherigen Gewaltmuster von weißen rassistischen Skins. In den meisten Fällen war diese Gewalt spontan und durch Drogen und Alkohol gefördert. Die Morde vom 4. Juli könnten eine neue Qualität der Gewalt einläuten. Las Vegas liegt an der Autobahn zwischen Orange County, California und St. George, Utah. Orange County ist seit Jahrzehnten eine Hochburg von Neonazigruppen. Im St. George-Zion Nationalpark gibt es einen Stützpunkt der Skinheads von Johnny Bangeter und seiner schwerbewaffneten Army of Israel.

Bangeter zog 1992 von Las Vegas in den Nationalpark. Kurze Zeit später wurden die Skins seiner Army of Israel verhaftet, als sie versuchten, Waffen zu dem vom FBI belagerten Rechtsextremen RANDY WEAVER zu schmuggeln. Seitdem hat die Army of Israel ihr Waffentraining öffentlich abgehalten. Die Bangeter-Gruppe ist nicht die einzige paramilitärische Bürgermiliz in Utah. Das FBI sucht immer noch nach zwei Faschisten, die vor einigen Wochen einen Polizisten erschossen haben.

Naziskinübergriffe nehmen zu

Zwischen nordamerikanischen WHITE-POWER-Skins und antirassistischen Skinheads kommt es gelegentlich zu Auseinandersetzungen. Das nordamerikaweite Netzwerk Anti-Racist Action (ARA), in dem auch Skinheads mitarbeiten, berichtet von mindestens zwei Vorfällen in den letzten Monaten: Rassistische Skinheads stürmten in Louisiana die Wohnung einer antirassistischen Musikgruppe, zerstörten die Ausrüstung und hinterließen rassistische Slogans. In den kanadischen Städten Toronto und Montreal kam es zu schweren Schlägereien.

Zum ARA-Netzwerk gehören momentan 115 aktive Gruppen – viele davon haben sich erst vor kurzem gegründet. Im Sommer hatte ARA mit der Band Mighty Mighty Bosstones eine Tournee in 50 Städten organisiert. Nach einer Zeit weit verbreiteter, spontaner Übergriffe in den 80er und frühen 90er Jahren sind die Naziskinheads zunehmend unter den Einfluß der Hammerskins geraten. Sie betonen den Aufbau organisierter Gruppen gegenüber der Ausübung beliebigen Straßenterrors. Wie Searchlight im Januar berichtete, konzentrieren sich die Neonazis auf ihre eigenen »Arischen« Festivals und kommerzielle Aktivitäten. Bis vor kurzem beherrschte RESISTANCE RECORDS die Szene mit einem eigenen Zeitschriften- und CD-Vertrieb (s. AIBs Nr. 41 u. 43). Auch Propaganda von WILLIAM PIERCE'S NATIONAL ALLIANCE (NA) wurde in der Naziskinheadszene verbreitet, nachdem Resistance Records Besitzer GEORGE BURDI eine Allianz mit der NA eingegangen war. Inzwischen hat sich Burdi etwas zurückgezogen, und Resistance Records muß sich den CD-Markt mit WOLFPACK RECORDS und TRI-STATE TERROR teilen. Zu Hochzeiten von Resistance Records hatte Detroit eine zentrale Bedeutung für die Naziskinsubkultur. Mittlerweile hat sich das Zentrum in den Nordosten der USA verschoben. Die AC-SKINS sind wohl die stärkste rechte Skinhead-Gruppe mit 300 Mitgliedern in New Jersey und Pennsylvania. Drei Gruppen – AGGRAVATED ASSAULT, BLUE-EYED DEVILS und OPERATION GHETTO STORM – sind eng mit den AC-Skins verbunden und geben ihnen zusätzlichen Einfluß. Ein neues, unpolitisches Selbstverständnis hat die scharfe Abgrenzung zwischen Antirassisten und der White Power Fraktion aufgeweicht. Das heißt, daß selbst sich »nicht-rassistisch«-nennende Skinheads (im Unterschied zu »antirassistischen« Skinheads) mit Neonazis zusammen Bier trinken. Antirassistische Skinheads hingegen werden eher gemieden, da sie daran festhalten, nichts mit Neonazis zu tun haben zu wollen. ■

Dieser Artikel wurde uns vom Searchlight-Korrespondenten aus den USA zur Verfügung gestellt.

Kein »Ian-Stuart-Memorial« in der Schweiz

Das seit Mitte August geplante Konzert zu Ehren des verstorbenen SCREWDRIVER-Sängers IAN STUART DONALDSON wurde von den zuständigen Behörden verboten. Trotzdem begaben sich nach mehreren Falschinformationen der Organisatoren am 19. September gut fünfzig Neonazis in den Kanton Waadt. Dort fand allerdings kein Konzert statt.

Es sollte das größte Neonazi-Ereignis in der Schweiz werden. Zu Ehren des vor fünf Jahren verstorbenen Ian Stuart, Hauptpromoter des BLOOD & HONOUR-Netzwerks, waren seit Mitte August Nazi-Skinheads für den 19.September in die Westschweiz eingeladen. Insgesamt neun Musikgruppen aus ganz Europa sowie den USA sollten, wie bereits in den vergangenen vier Jahren, ihrem verstorbenen Vorbild huldigen. Folgende Bands wurden in der per Post verschickten Einladung angekündigt: BOUND FOR GLORY, BRUTAL ATTACK (sowie ein gemeinsames Set BOUND FOR ATTACK), MAX RESIST, RAZORS EDGE, PLUTON SVEA, WEISSE RIESEN, HATE SOCIETY und NO ALIBI.

Als Organisatoren traten die ROMANDIE HAMMERSKINS um den 24jährigen Neuenburger Feinmechaniker OLIVIER KUNZ und seiner polnischen Freundin KAROLINA auf. Sie war unter anderem für die Gestaltung der Einladung verantwortlich. Durch das frühe Bekanntwerden waren auch die Behörden und die Medien auf den Plan gerufen. Das erprobte Argument von seiten der Polizei, es sei für ein Verbot zu kurzfristig, konnte nun auf keinen Fall angebracht werden.

Die Bestätigung der bisherigen Praxis

Am 7. September reichte eine grüne Parlamentarierin im Waadtländer Großen Rat eine Frage an den Staatsrat ein. Sie verlangte Auskunft darüber, welche Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedenke, damit der Kanton Waadt nicht zu einem Tummelfeld für Neonazis werde.

Dies vor dem Hintergrund, daß im letzten Jahr mehrere Treffen mit einigen hundert BesucherInnen von den Hammerskins im Kanton Waadt organisiert werden konnten, die von der Öffentlichkeit kaum beachtet wurden. Eine Woche später, am 14. September, nahm der verantwortliche Staatsrat, JEAN-CLAUDE MERMOUD (SVP), vor dem Parlament Stellung und erklärte, daß die Veranstaltung toleriert werde und die Polizei erst einschreite, wenn die öffentliche Ordnung gestört werde. Das Signal war unmißverständlich und eine Bestätigung der bisherigen Praxis: Solange die Anlässe *»privaten Charakter«* haben und keine weiteren Vorfälle zu verzeichnen sind, scheint es für die Behörden kein Problem darzustellen, Versammlungen von mehreren hundert Neonazis über die Bühne gehen zu lassen. Dies obwohl die Bundespolizei empfiehlt, solche Konzerte zu verbieten und der Kanton Neuenburg nach dem bisher größten Neonazi-Treffen im März diesen Jahres (siehe AIB Nr. 44) sich die Möglichkeit offenhält, Anlässe mit rassistischem Charakter zu verbieten.

Noch bevor sich die Empörung über diesen Regierungsentscheid breit machen konnte, erfolgte nur einen Tag nach dem Segen ein Verbot für jegliche Neonazi-Anlässe in den folgenden drei Tagen auf dem Gebiet des Kantons Waadt. Wie den Verlautbarungen der Regierung zu entnehmen war, hatte offenbar die Bundespolizei Druck ausgeübt.

Katz und Maus

Als am Mittwochabend vor dem geplanten Konzert über das NIT der SHS (Nationales Infotelefon der SCHWEIZER HAMMERSKINS, wird von REINHOLD FISCHER betrieben) zu erfahren war, daß das »Ian-Stuart-Memorial« aufgrund des Verbots kurzfristig nach Ostdeutschland verlegt werde, schien klar, daß sich die Schweizer Organisatoren nicht auf ein Kräftemessen mit der Polizei einlassen wollten. Um so größer war die Verwirrung, als zwei Tage später auf dem NIT zu hören war, daß es sich beim Hinweis auf die Verlegung des Konzerts in den Großraum Dresden um eine bewußte Falschmeldung gehandelt habe, in der Absicht, die Medien an der Nase herumzuführen. Der Treffpunkt sei indes auf einer Autobahnraststätte im Kanton Waadt.

Der Nachmittag des 19. September bot ein seltsames Bild: Gut fünfzig Neonazis aus den Kantonen Bern, Basel-Land, Solothurn, Luzern und Zürich, sowie zwei Fahrzeuge aus dem grenznahen Lörrach, treffen auf der Raststätte ein. Es ist jedoch niemand anwesend, der sie zu einem Konzertlokal weiterleiten könnte.

Unter den Anwesenden sind einige bekannte Hammerskins aus der Deutschschweiz anzutreffen, wie etwa der 23jährige MICHAEL KUNFERMANN von der RECHTSFRONT OLTEN, OLIVER BANNWART, ehemaliges Mitglied der bis Anfang 1997 aktiven Hammerskin-Aufbauorganisation, sowie RENÉ BUCHER von der Gruppe MORGENSTERN, die sich zwar nicht zu den Hammerskins zählt, jedoch einen engen Austausch pflegt. Von den organisierenden Romandie Hammerskins ist niemand zu sehen. Allmählich wird klar, daß es sich bei dieser Mobilisierung um eine Falschmeldung handeln muß.

Nachdem am Montag darauf zudem bekannt wurde, daß sich im thüringischen Pölzig rund 350 Neonazis, unter ihnen auch Schweizer, getroffen haben, scheint klar zu sein, dass das »Ian-Stuart-Memorial« erfolgreich nach Deutschland verlegt werden konnte, und der Hinweis auf dem NIT in erster Linie bei den Medien und anderen Interessierten für Verwirrung sorgen sollte. Dies geschah, nachdem durch die Medien auf die Existenz eines solchen Kommunikationsmittels der Nazi-Skinheads aufmerksam gemacht worden war. ■

Österreich

Haider mehrt seine Macht

Mit 90prozentiger Zustimmung hatten knapp 900 Delegierte bei einem FPÖ-Sonderparteitag in Linz drei Leitanträge angenommen. Mit ihnen will die »*Gesinnungsgemeinschaft*« laut Haider eine »*neue Qualität der Demokratie*« einführen. Danach müssen sich Mandatsträger vertraglich verpflichten, die FPÖ-Beschlußlage einzuhalten. Bei Verstößen drohen Geldstrafen bis zu einem Jahresgehalt oder Parteiausschluß durch ein »Ehrengericht«. Haider erhielt Weisungsrecht gegenüber allen Mitgliedern und kann gegen unliebsame Wahl-KandidatInnen sein Veto einlegen. Die ursprünglich angekündigte Einklagbarkeit von Wahlversprechen vor Zivilgerichten wurde nicht beschlossen. Stattdessen können WählerInnen ihre Beschwerden an einen »*Bürgeranwalt*« richten. In die neue Funktion wurde der frühere FPÖ-Nationalratsabgeordnete Helmut Jossek gewählt. Der 77jährige war 1997 in die Schlagzeilen geraten, weil er einen politischen Gegner als »*Volksschädling*« bezeichnet hatte.

In Linz unterschrieben 230 FPÖ-Parlamentsabgeordnete aller Ebenen die Verpflichtungserklärung. Rund 20 Mandatsträger, die abwesend waren, müssen dies bei Androhung des Funktionsverlustes innerhalb eines Monats nachholen. Ein Vertreter des Liberalen Forums, einer linksliberalen Abspaltung der FPÖ, bezeichnete die »*Entmündigung*« als »*letzten Schritt auf dem langen Weg zu einer totalitären Führerpartei*«.

Quelle: Frankfurter Rundschau

Polen

Nationalist als Gastautor in deutschen Blättern

Regelmäßiger Autor in Blättern des deutschen Neofaschismus ist Jaroslaw Tomasiewicz. Der Pole veröffentlichte bisher vor allem bei dem nationalrevolutionären Flügel, der sich in jüngster Zeit um die Bildung europaweiter Zirkel, die Synergies Européenes, bemüht. Seit Beginn der 90er Jahre erschienen Artikel von Tomasiewicz bei DESG-Inform und der Zeitschrift Junges Forum, beide von der Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft aus Hamburg. Schwerpunkt der Artikel sind Nachrichten über die politischen Parteien im Verlauf der Wahlen, so zuletzt im Juli 1997. Tomasiewicz informierte »*in bewährter Weise*« (so DESG-Inform über seinen Autor) über die »*Außerparlamentarische Linksopposition in Polen*« (DESG-Inform 10-11/1995) und die polnische Parteienlandschaft (DESG-Inform 11/1993). Seine Nähe zu regionalistischen und ökologischen Themen drückte er in Artikeln in Wir Selbst (Ausgabe 3/1992, Thema: Schlesische Autonomisten) und in Ökologie, der Zeitschrift der Unabhängigen Ökologen Deutschlands, aus.

Norwegen I

Nazi-Propaganda über die Knastadresse

Wie der Norwegische Menschenrechts-Informationsdienst Samora aus Oslo meldet, benutzen Nazis, die im Knast sitzen, die Gefängnisanschrift als Adresse für ihre Organisation. Eine Gruppe, die sich Norsk Hedensk Front (Norwegisch heidnische Front – NHF) nennt, betreibt offene Nazi-Propaganda im Internet, und ihre Postanschrift ist identisch mit der des Gefängnisses der Stadt Trontheim, wo der Nazi Varg Vikernes eine Haftstrafe wegen Mordes und dreifacher Brandstiftung absitzt. Die Homepage der NHF ist gespickt mit Propaganda wie z.B. daß Schwangerschaften, die nicht »*reinrassig*« seien, abgetrieben werden müssen und daß kranke und alte Menschen getötet werden sollten. Von Homosexuellen und schwarzen Menschen wollen die rechten Knackies schon gar nichts wissen.

Quelle: SAMORA Newsletter 4/98

Norwegen II

Nazi-Rock unerwünscht

Der norwegische Nazi Michael Knutsen wurde, nachdem er wegen Aufstachelung zum Rassenhaß verurteilt worden war, mit einer Geldstrafe von 20.000 norwegischen Kronen (rund 5.000 DM) bestraft. Die Polizei fing an zu ermitteln, nachdem das Antifa-Magazin Monitor zusammen mit der Zeitung Arbeiderbladet beweisen konnte, daß Knutsen die gleichen Sachen vertrieb und verkaufte, aufgrund derer der ehemalige schwedische Nazi-Führer Erik Blücher von der »Firma« Ragnarock Records (s. AIB Nr. 43) in Schweden Ärger mit den Behörden hatte. Nachdem die Polizei am 16. Mai ein Nazi-Rockkonzert vor den Toren Oslos verhinderte, ist dies die zweite große Schlappe für norwegische Nazis binnen kurzer Zeit.

Quelle: Antifa-Magazin Monitor

ABO & NACHBESTELLUNG

Abos

Ein Abo kostet 30.- DM für fünf Ausgaben / 60.- DM für zehn Ausgaben, bei zwei Exemplaren pro Ausgabe 50.- DM bzw. 100.- DM. Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten fünf / zehn Ausgaben. Wenn Du diese bezahlst, läuft das Abo weiter, wenn nicht, gilt dies als Kündigung.
Abos müssen bezahlt sein, bevor wir sie rausschicken, egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung. Bei Überweisungen bitte immer ganz sorgfältig drauf schreiben, von wem und für was das Geld ist. Besonders freuen wir uns über Förderabos und sonstige Spenden, da wir an notorischer Geldknappheit leiden.

○ Ich abonniere das AIB ab Ausgabe Nr. ______ (incl.)
 ○ für fünf Ausgaben (30.- DM)
 ○ für zehn Ausgaben (60.- DM)

○ Geschenkabo: Ich möchte an die untenstehende Person ein Abo verschenken.

○ Knastabo: Ich übernehme ein Knastabo für untenstehende Person oder ihr sucht jemanden aus.

Nachbestellung

Die nebenstehenden Ausgaben können nachbestellt werden. Ausverkaufte Ausgaben sind nur noch als Kopien für Archive und in Sonderfällen erhältlich. Zu dem Preis für die Ausgaben (siehe Liste rechts) kommt nochmal der entsprechende Portobetrag dazu (3,- DM bis fünf Stück, darüber 7,- DM) und es muß ebenfalls im Voraus bezahlt werden.

○ Ich bestelle folgende alte Ausgaben / AIB-Pakete: ______

Adresse:

Den Betrag von ______ DM habe ich bar / als Scheck beigelegt / überwiesen (Beleg liegt bei).

WEITERVERKAUF

Bedingungen

Ihr sagt uns, wieviele Exemplare pro Ausgabe (mindestens drei) Ihr haben wollt und ab welcher Ausgabe. Wir verschicken die Ausgaben mit beiliegender Rechnung. Vorkasse ist schön, aber nicht Bedingung.
Nicht verkaufte, unbeschädigte Exemplare könnt Ihr zurückschicken. Der entsprechende Betrag wird Euch gutgeschrieben.

Preise

ab drei Stück pro Ausgabe: 6,- DM
ab fünf Stück: 20% Rabatt
ab 50 Stück: 25% Rabatt
(alle Preise inclusive Porto & Verpackung)

Ich möchte das AIB weiterverkaufen. Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf Euer Konto.

○ Bitte sendet mir ______ Hefte ab der Nr. ______ solange, bis ich Euch eine Änderung mitteile, an folgende Adresse:

Adresse:

Konto: J. Lehmann, Konto-Nr.: 411 960 - 105
BLZ: 100 100 10, Postbank Berlin

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist. Als Absender bitte Name und Adresse angeben, wenn bereits eine Lieferung erfolgt ist, unbedingt die Lieferadresse angeben.

NOCH LIEFERBARE AIBs

AIB 14 (Früh/91): 3,00 DM
Gladio +++ Antifa in Leipzig +++ die »Deutsche Allianz« +++ Interview mit franz. Antifas

AIB 17 (3/92): 4,00 DM
Kühnen-Beerdigung, Fiasko für seine Erben +++ »Revisionismus« als faschist. Strategie +++ Schweden & Frankreich

AIB 18 (5/92): 4,00 DM
»Neue Rechte« +++ Neues von der GdNF +++ Rassismus in Medien & auf der Straße +++ Dänemark

AIB 19 (7/92): 4,00 DM
Wunsiedel +++ HIAG - die SS heute +++ Banknotenfälschung im KZ +++ Kroatien, CSFR, Südafrika +++ Diskussion: Organisierung & Kaindl

AIB 23 (Som/93): 4,00 DM
Solingen: Einzeltäter? +++ Behinderte im NS +++ DESG und Denkfabrik +++ »Die Bürger« +++ die alte »Neue Front« +++ die hist. Antifaschist. Aktion

AIB 24 (10/93): 4,00 DM
NF- & NB-Nachfolgegruppen +++ Aufmarsch in Fulda +++ VDA +++ Junge Freiheit +++ Südafrika

AIB 25 (12/93): 4,00 DM
Verhaftungen wg. Kaindl +++ Nazi-Rock i.d. BRD +++ Staatlicher Rassismus +++ Eichberg, Burschenschaften +++ Organisierung der Naziszene

AIB 26 (3/94): 5,00 DM
Innere Sicherheit, Briefbomben, Anti-Antifa +++ »Moderne Zeiten« +++ Roma in Europa

AIB 27 (6/94): 5,00 DM
illegale NSDAP +++ FAP-Aufmarsch verhindert +++ CDU und Innere Sicherheit +++ Italien: Faschisten a.d. Regierung

AIB 28 (11/94): 5,00 DM
der Apparat rückt nach rechts +++ NF-Nachfolge +++ Nationalbolschewismus +++ Prozeßbeginn in Berlin +++ Schweden: VAM

AIB 29 (3/95): 5,00 DM
Wohin treibt die FDP? +++ Frauen und Neofaschismus +++ Einblick-Prozeß +++ DKeG +++ KZs Oranienburg & Treblinka

AIB 30 (6/95): 5,00 DM
Werwolf - Nazis go terror +++ Gedenkveranstaltungen zur Befreiung +++ 8. Mai und die Rechte +++ Anschlag in Oklahoma

AIB 31 (9/95): 5,00 DM
aus dem Parteiarchiv der NF +++ Roskilde: Nazis packen ein +++ Verbrechen der Wehrmacht +++ der Begriff »Neue Rechte« +++ Frauen in der Anti-Antifa

AIB 32 (11/95): 5,00 DM
Ausbau der Inneren Sicherheit +++ Graue Wölfe +++ Veganer auf rechtem Weg? +++ Österreich: Prozeß, Bomben, Wahlen

AIB 33 (2/96): 5,00 DM
Runde Tische +++ das Netzwerk der Neonazis +++ Beilage: Faschismus i.d. USA +++ Nazis i.d. Hermann-Niermann-Stiftung +++ »Lebenslänglich« im ersten Söldnerprozeß

AIB 34 (5/96): 5,00 DM
Schwerpunkt: Deutschland auf dem Weg zur Weltmacht +++ Umstrukturierung d. Naziskinszene +++ »Befreite Zonen« +++ Oklahoma-Prozeß

AIB 35 (7/96): 5,00 DM
Nazis in der Offensive +++ Aufmarsch in Marzahn +++ neue Bedeutung der JN +++ Ostpreußenblatt +++ Band-Interview: rechte Grufties?

AIB 36 (9/96): 5,00 DM
Schwerpunkt I: Regionalismus +++ Schwerpunkt II: Lübeck - Grevesmühlen +++ Interview m. d. Antifa (M) +++ Geschichte: die Sudetendeutschen

AIB 37 (12/96): 5,00 DM
Schwerpunkt: Osteuropa +++ Nazis in Internet und Offenem Kanal +++ Heitmeyer-Kritik +++ Goldhagen +++ Österreich

AIB 38 (4/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Soziale Frage +++ Nazimarsch in München +++ Berührungen zwischen Faschismus & Feminismus +++ Interview mit russischen Antifas

AIB 39 (7/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Jugend & Subkultur +++ Nazimärsche am 1. Mai +++ JN-Kongreß +++ Deutschland-Stiftung +++ »WGA?«

AIB 40 (9/97): 5,00 DM
10 Jahre AIB +++ Prozeß gegen Kay Diesner +++ Nazi-Versände +++ Front National +++ Kirchenasyl +++ »Otto-von-Bismarck-Stiftung« +++ »WGA?«

AIB 41 (11/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Rückblicke & Ausblicke +++ Befreite Zonen +++ Wehrmachtsausstellung in Marburg +++ Antifa in Canada +++ »WGA?«

AIB 42 (2/98): 5,00 DM
Schwerpunkt: Extreme Rechte, Ostexpansion & die Bundeswehr +++ NPD mit Führungsanspruch +++ Interviews: Antifas aus Saalfeld & Meck-Pom +++ Studienzentrum Weikersheim +++ Sababurgrunden +++ »WGA?«

AIB 43 (4/98): 6,00 DM
Schwerpunkt: NPD – Hinter den Kulissen +++ Saalfeld: Rechter Konsens +++ Bündnis Rechts +++ »Neurechtes« Netzwerk »Synergies Européennes« +++ Rußland, Frankreich, Schweden +++ »WGA?«

AIB 44 (6/98): 6,00 DM
Schwerpunkt: Rechte Jugend zwischen Mainstream, Clique und Partei +++ Rechtsparteien nach Sachsen-Anhalt +++ Rechte und der Euro +++ Heidentum +++ Gen-Dateien +++ Frankreich, Rußland, Schweiz +++ »WGA?«

AIB-PAKETE !

Paket A: Ausgaben 14,17,18,19,23,25,26 für 15,- DM incl. Porto.
Paket B: Ausgaben 27,28,29,30,31,32,33 für 22,- DM incl. Porto.
Paket C: Ausgaben 34,35,36,37,38,39,40 für 22,- DM incl. Porto.

Alle AIB-Pakete zusammen gibt´s für 50,- DM incl. Porto!